

Impressum

Copyright: © 2014 Daniel Wixforth

Verlag: epubli GmbH, Berlin, www.epubli.de

ISBN 978-3-7375-0175-0

Das Netzwerk bin ich!

-

Zur Konstruktion eines adäquaten Modells digitaler
europäischer Öffentlichkeit unter den spezifischen
Bedingungen transnationalisierter und fragmentierter
Informationsgesellschaften im Europa des 21.
Jahrhunderts

Dissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
am Fachbereich Philosophie und Geisteswissenschaften der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Daniel Wixforth

Berlin 2014

Erstgutachter: Prof. Dr. Klaus Siebenhaar

Zweitgutachter: Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl

Tag der Disputation: 3. Juli 2014

Vorwort

Wer über Europa forscht, der muss einen Spagat riskieren. Einerseits gilt es, die große Vielschichtigkeit des Subjekts zu akzeptieren, die Thematik gleichsam aus den unterschiedlichsten Richtungen kommend einzukreisen. Gleichzeitig aber muss der Gegenstand der Betrachtung so klein wie möglich gehalten werden – wissend, dass eine auch nur annähernd erschöpfende Beschäftigung mit dem Themenfeld Europa völlig unmöglich ist.

Ähnlich ambivalent verhält es sich mit dem in dieser Arbeit entwickelten, spezifischen Konzept von Öffentlichkeit. Auch hier geht es im Kern um den Versuch, einen vermeintlichen Gegensatz – nämlich das Verhältnis zwischen den über 200 Jahre alten Wurzeln eines politischen Öffentlichkeitsbegriffs und den Möglichkeiten von europäischer Kommunikation im 21. Jahrhundert – fruchtbar zu machen.

Für die Vermittlung der dafür notwendigen dialektischen Denkweise als entscheidende Prägung für die vorliegende Arbeit möchte ich zu allererst Prof. Dr. Klaus Siebenhaar danken, dem nicht nur während des Masterstudiums immer am intellektuellen, konstruktiven und mitunter auch kontroversen Diskurs mit den Studenten gelegen war, sondern der mir vor allem als Betreuer dieser Dissertation bei deren Entstehung zur Seite stand: als wissenschaftlicher Diskussions- und Dialogpartner und stets mit der nötigen Mischung aus Kritik und Inspiration.

Des Weiteren möchte ich mich ganz herzlich bei Prof. Dr. Stephan Russ-Mohl bedanken, der sich bereit erklärt hat, das Zweitgutachten für diese Arbeit zu schreiben.

Daneben gilt mein besonderer Dank Dr. Thomas Steg, der es maßgeblich zu „verantworten“ hat, dass mein für diese Dissertation notwendiges, theoretisches wie praktisches Interesse an Politik und soziologisch-politologischen Zusammenhängen geweckt und ausgeformt wurde. Ohne seine Unterstützung, nicht zuletzt die vielen inspirierenden Diskussionen über das politische Zeitgeschehen wäre diese Arbeit so nicht möglich gewesen.

Ein weiterer Dank gebührt meinen Freunden und meiner Familie, welche die Entstehung dieser Arbeit mit viel Geduld, Gesprächsbereitschaft und Aufmunterung in den schwierigeren Phasen, die eine Dissertation zwangsläufig auch mit sich bringt, begleitet haben.

Der letzte, aber keinesfalls unwichtigste Dank gilt meinen Eltern. Meinem Vater, der das Dissertationsprojekt immer mit maximaler Überzeugung und in den verschiedensten Bereichen unterstützt hat und meiner Mutter, die die Entstehung und die Fertigstellung der Dissertation nicht mehr miterleben durfte, die mir aber so vieles von dem, was dafür notwendig war, mit auf den Weg gegeben hat.

Ihr möchte ich diese Arbeit widmen.

Berlin, im Juli 2014

Daniel Wixforth

Inhaltsverzeichnis

1. Auf der Suche nach neuen Seismographen – Einleitung und Entwicklung der Forschungsfrage.....	1
2. Historische Modellsuche: Die Aufklärung als Epoche der Bewusstwerdung der Kategorien ‚Europa‘, ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Bürgertum‘	19
3. Politische Öffentlichkeit in der Gegenwart: Zwischen normativen Anforderungen und empirischen Einschränkungen.....	55
3.1. ‚Postbürgerliche‘ Öffentlichkeit	55
3.1.1. <i>Der Verfall bürgerlicher Öffentlichkeit – Zum „ersten“ und „zweiten“ Strukturwandel</i>	57
3.1.2. <i>Von der bürgerlichen Öffentlichkeit zum deliberativen Design: Zur inhärenten Weiterentwicklung der Habermas’schen Öffentlichkeitstheorie</i>	67
3.1.3. <i>Kritik an Habermas, theoretische Weiterentwicklungen und Gegenentwürfe einer politischen Öffentlichkeit</i>	77
3.1.3.1. Bernhard Peters und die empirische Einbettung der Habermas’schen Normen	79
3.1.3.2. Ralf Dahrendorfs repräsentativ-liberaler Öffentlichkeitsbegriff	82
3.1.3.3. Niklas Luhmann und die systemtheoretische Verknüpfung von Öffentlichkeit und Massenmedien	84
3.1.3.4. Das Arena-Modell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt	88
3.1.3.5. Zwischenfazit.....	94
3.2. Zu den Konturen eines transnationalen Öffentlichkeitsbegriffs im globalisierten Zeitalter	95
4. Der unvollendete Kontinent – Demokratietheoretische, politische und soziologische Grundierungen eines europäischen Kommunikationsraumes am Beginn des 21. Jahrhunderts	104
4.1. Europa – Versuch einer Annäherung	104
4.2. Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit? <i>Muss</i> sie eines haben?	110
Exkurs: Mehr Kommunikation wagen? Zum Reputationsmanagement der EU-Kommission.....	131
4.3. „Du sagst mich tot, also bin ich!“ – Europäische Integration im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Theoriebildung und politischer Praxis	136
4.3.1. <i>Zu den historischen Erfahrungen, gegenwärtigen Problemen und zukünftigen Chancen europäischer Integrationspraxis</i>	138
4.3.2. <i>Politikwissenschaftliche Theoriebildung: Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus und deren theoretische Weiterentwicklungen.....</i>	147

4.3.3. Ulrich Becks und Edgar Grandes Theorie des „kosmopolitischen Europa“	155
4.4. Zum Begriff der europäischen Identität(en) und seiner Verbindung zur Kategorie europäischer Öffentlichkeit	164
5. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenzen europäischer Öffentlichkeit	178
5.1. Wider die Pessimisten – Zur Notwendigkeit eines pluralistischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit	181
5.2. Analytische Dimensionen europäischer Öffentlichkeit	187
5.3. Die hermeneutisch-pragmatische Konzeption europäischer Öffentlichkeit	190
5.4. Zur teilfunktionalen Legitimität von Elitenöffentlichkeiten im europäischen Kontext	203
6. Online-Öffentlichkeiten im Dunstkreis der „Network-Society“	210
6.1. Internet, World Wide Web und die Potenziale eines medientechnologischen Netzwerks: Die Innovations-Dimension	226
6.2. Zur Spezifik von Kommunikationsbedingungen politischer Öffentlichkeit im World Wide Web: Die normative Dimension	231
6.3. Zur Beschaffenheit von (digitalen Kommunikations-)Netzwerken: Die strukturelle Dimension	245
7. Politische Blogosphären als netzwerkartige Online-Öffentlichkeiten	263
8. Exemplarische Untersuchung zur Ausbildung transnationaler Netzwerk- Öffentlichkeiten in der europapolitischen Blogosphäre	283
8.1. Theoretische Vorbemerkungen	284
8.2. Methodische Vorbemerkungen	288
8.3. Datenauswahl	292
8.4. Untersuchungsergebnisse	298
8.4.1. Erster Untersuchungsteil: Europäisierungstendenzen durch Verlinkungsstrukturen auf der Ebene der Weblog-Autoren	299
8.4.2. Zweiter Untersuchungsteil: Europäisierungstendenzen durch Verlinkungsstrukturen auf der Ebene der Weblog-Leser	331
8.4.3. Dritter Untersuchungsteil: Verlinkungsstrukturen und die Öffnung für nationale Medienarenen	348
8.5. Zusammenfassung der Ergebnisse	358

9. Conclusio: Prämissen und Charakteristika einer digitalen Netzwerk- Öffentlichkeit in und für Europa	366
10. Forschungsdesiderata	390
11. Literaturverzeichnis	399
12. Anhang	451
12.1. Anlagen zur empirischen Untersuchung	451
12.2. Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation	511
12.3. Summary of the results	522
12.4. Eigenständigkeitserklärung	532

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	<i>Weak ties</i> in Netzwerken	S. 256
Abbildung 2	Unterschiede zwischen einer stochastischen Normalverteilung, einer <i>power law</i> -Verteilung und einer moderaten Verteilung in Netzwerken	S. 262
Abbildung 3	Die Gegenläufigkeit von Hyperlinks und Trackbacks	S. 275
Abbildung 4	Datenmaterial der Untersuchung auf Ebene der Weblogs	S. 294-296
Abbildung 5	Anzahl der Einträge in den einzelnen Weblogs innerhalb des Untersuchungszeitraums	S. 297
Abbildung 6	Verteilung der Autoren-Hyperlinks und Trackbacks in n	S. 300
Abbildung 7	Herkunftsländer der für die Trackbacks verantwortlichen Websites	S. 301
Abbildung 8	Aufteilung der Autoren-Links nach Typen von Websites	S. 304
Abbildung 9	Erster Untersuchungsschritt zur territorialen Analyse der Autoren-Hyperlinks	S. 307-309
Abbildung 10	Anteile der Autoren-Links nach erster, nicht-länderspezifischer territorialer Einteilung	S. 310
Abbildung 11	Verteilung von Autoren-Links nach Zielländern	S. 313
Abbildung 12	Verteilung der Autoren-Links nach Ländern (plus Europa als Kontinent)	S. 316
Abbildung 13	Verteilung der Autoren-Links von europäischen (transnationalen) Weblogs	S. 320
Abbildung 14	Verteilung der Autoren-Links von britischen Weblogs	S. 321
Abbildung 15	Verteilung der Autoren-Links von niederländischen Weblogs	S. 322
Abbildung 16	Verteilung der Autoren-Links von finnischen Weblogs	S. 323
Abbildung 17	Verteilung der Autoren-Links von bulgarischen Weblogs	S. 324
Abbildung 18	Auswertung der Autoren-Links: Analyseparameter <i>Interpretative Schemes</i>	S. 328
Abbildung 19	Auswertung der Autoren-Links: Analyseparameter <i>Interpretative Schemes 2</i>	S. 330
Abbildung 20	Anzahl und Durchschnittswerte von Leser-Kommentaren und Kommentar-Links in den Blog-Einträgen der Stichprobe	S. 332
Abbildung 21	Aufteilung der Kommentar-Links nach Typen von Websites	S. 334
Abbildung 22	Erster Untersuchungsschritt zur territorialen Analyse der Kommentar-Hyperlinks	S. 337
Abbildung 23	Anteile der Kommentar-Links nach erster, nicht-länderspezifischer territorialer Einteilung	S. 338
Abbildung 24	Verteilung von Kommentar-Links nach Zielländern	S. 340

Abbildung 25	Verteilung der Ziele von Kommentar-Links nach Ländern (plus Europa als Kontinent)	S. 343
Abbildung 26	Auswertung der Kommentar-Links: Analyseparameter <i>Interpretative Schemes</i>	S. 345
Abbildung 27	Auswertung der Kommentar-Links: Analyseparameter <i>Interpretative Schemes 2</i>	S. 347
Abbildung 28	Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: Gesamtperspektive	S. 352
Abbildung 29	Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: britische Perspektive	S. 354
Abbildung 30	Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: transnational-europäische Perspektive	S. 355
Abbildung 31	Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: finnische Perspektive	S. 356

Die Idee Europa ist mit dem auf sie konvergierenden Bewusstsein europäischer Menschen in wunderbarer Weise verbunden, wie das Schiff mit dem Gewässer, das es trägt, und mit dessen Austrocknen es zwar immer noch dieses Schiff bliebe, aber seinen Sinn, Güter und Werte in sich zu bergen und von Ort zu Ort zu tragen, verloren hätte.¹

(Georg Simmel, 1917)

The common culture of the global network society is [...] enabling communication between different cultures on the basis not of shared values but of the sharing of the value of communication.²

(Manuel Castells, 2009)

1. Auf der Suche nach neuen Seismographen – Einleitung und Entwicklung der Forschungsfrage

Europa steckt in der Krise. Oder steckt die Krise in Europa? Oder steckt nur der Begriff der Krise tief im europapolitischen Sprachgebrauch?

Fest steht: Seit sich die internationale Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise, die im Frühjahr 2007 mit der US-Immobilienkrise begann, zu einer Staatsschuldenkrise vieler EU-Mitgliedstaaten transformiert hat, ist in den öffentlichen Debatten über die Eurozone und die Europäische Union, über das monetäre, das politische, das kulturelle und das geographische Europa von den unterschiedlichsten und gleichsam konvergierenden Krisen die Rede: Verschuldungskrise, Währungskrise, politische Führungskrise, Demokratiekrise, Integrationskrise, Legitimationskrise, Vertrauenskrise, Stabilitätskrise, Wachstumskrise, Solidaritätskrise und Krise des europäischen Gedankens sind nur einige der Schlagworte, die in diesem Zusammenhang kursieren. Die deutsche Bundeskanzlerin konnte deshalb wohl durchaus kumulativ verstanden werden, als sie in ihrer Regierungserklärung vom 2. Dezember 2011 vor dem Deutschen Bundestag darauf hingewiesen hat, dass es Europa gegenwärtig „mit der schwersten Krise seit der Einführung des Euro, wenn nicht sogar in der Geschichte der europäischen Einigung“ (Merkel 2011) zu tun habe.

¹ Aus: Georg Simmel, „Der Krieg und die geistigen Entscheidungen“, 1917, zit.n. Delschen 2009: 15.

² Castells 2009: 38.

Szenenwechsel: Angesprochen darauf, wie in diesen Zeiten der ‚schwersten Krise‘ jene notwendige und gleichsam offenbar so schwierige politische Debatte über die Zukunft der Europäischen Union gestaltet werden könne, benennt Merkmals unmittelbarer Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers bei einer Diskussion zum Thema „Herausforderung für Politik und Wirtschaft in der europäischen Krise“ im April 2012 fast beiläufig jenen Aspekt, dem sich die vorliegende Arbeit unter spezifischen Gesichtspunkte widmen möchte: „Es ist eine gesellschaftliche Diskussion“, so Gerhard Schröder, „die notwendig ist und wir müssen den Trend zur Re-Nationalisierung, den es in Europa gibt, umdrehen. Das geht nur, indem wir Leute dafür begeistern und indem wir eine europäische Öffentlichkeit darüber herstellen“ (Schröder 2012).

Schnell drängt sich hier die Frage auf, inwiefern sich politische und ökonomische Krisen durch das Herstellen von Öffentlichkeit überhaupt lösen lassen? ‚Krise‘ und ‚Öffentlichkeit‘ – zumindest gehen diese Begriffe spätestens seit der Aufklärung Hand in Hand: Das, was wir heute als politische Öffentlichkeit bezeichnen, war damals ein neues Phänomen – ein Phänomen, das die zunehmende Legitimationskrise der feudalabsolutistischen Systeme in Europa nicht nur evident werden ließ, sondern diese Krise damit zugleich befeuerte. In Reinhart Kosellecks *Kritik und Krise* (1997 [1954]) und in Jürgen Habermas’ *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (1990 [1962]) wurden diese Zusammenhänge, wenn auch mit sehr unterschiedlichen intellektuellen Intentionen, bereits vor Jahrzehnten analytisch dargelegt. Zudem ließe sich bezogen auf die gegenwärtige Situation Europas mit Stephan Ruß-Mohl (2013: 33) argumentieren, dass „Europas Krise [...] auch eine Krise des Journalismus in Europa“ und damit jenes Systems sei, dass immer noch maßgeblich für die Herstellung von Öffentlichkeit verantwortlich ist.

Und dennoch: Die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit als Bodensatz für mehr europäische Affirmation im 21. Jahrhundert, als Richtungsweiser auf dem Weg aus den oben aufgezählten Krisen? Das klingt nach einer Idealvorstellung, an die sich nicht wenige Fragen anschließen: Was ist eine europäische Öffentlichkeit? Wie ist sie beschaffen? Was kann sie leisten? Warum existiert sie gegenwärtig nicht? Warum wird sie gebraucht? Kann sie von der Politik oder von den Medien überhaupt ‚hergestellt‘ werden?

Für die Sozialwissenschaften – auch für die Medien- und Kommunikationswissenschaft – sind diese Fragen nicht neu; sie sind nicht originär mit dem Krisenkonglomerat, gewissermaßen in dessen Windschatten, über Europa hereingebrochen. Vielmehr widmet sich die Forschung seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten – „angestoßen von besorgten Staats- und Verfassungsrechtlern, aufgenommen von Politologen, dann auch von Soziologen und Medienwissenschaftlern“ (Neidhardt 2006: 46) – den Fragen nach der Notwendigkeit, den Voraussetzungen und der Beschaffenheit einer europäischen Öffentlichkeit. Im Licht der jüngeren politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in

Europa aber scheint nicht nur der Wunsch nach einer Herstellung von europäischer Öffentlichkeit durch die Politik und Medien, wie ihn auch Gerhard Schröder äußert, sondern zunächst einmal der Bedarf an eingehender wissenschaftlicher Beschäftigung mit diesem Themenkomplex dringlicher denn je.

Diese Feststellung ist nicht primär politischer Natur – sie ergibt sich vielmehr aus den zentralen Konnotationen eines soziologischen Öffentlichkeits-Begriffs höchstselbst: Weil es auf der einen Seite eine demokratietheoretisch verwurzelte Öffentlichkeit ist, jene „totale soziale Einrichtung“ (Imhof 2008: 17), die komplexe Gesellschaften für deren Mitglieder überhaupt erst als Kollektivsubjekt beobachtbar und erlebbar macht (vgl. Imhof 2006: 203), und weil es auf der anderen Seite vor allem gesellschaftliche Krisenphasen sind, Phasen der Problemverschärfungen und thematischen Schwellenüberschreitungen, in denen solche Öffentlichkeit ihre wahre Relevanz entfaltet, in denen sie aus ihrem Routinemodus ausbricht und ‚anspringt‘ (vgl. Neidhardt 2006: 56), ist der Bedarf nach einer wissenschaftlich-analytischen Auseinandersetzung mit einer wie auch immer gearteten europäischen Öffentlichkeit heute vielleicht größer als jemals zuvor. Hinter möglichen medien- und kommunikationswissenschaftlichen Fragestellungen nach Ausprägungen und Arbeitsweisen einer solchen europäischen Öffentlichkeit steht dabei eine sehr allgemeine, soziologische Frage, die Kurt Imhof wie folgt formuliert:

„Die Notwendigkeit der Ausbildung transnationaler Öffentlichkeit führt nun die Soziologie wieder an ihre Grundlagen heran: Wie entsteht und wandelt sich eine säkulare Gesellschaft, die für ihre Bürgerinnen und Bürger beobacht- und gestaltbar ist?“ (Imhof 2006: 207).

Hier wird ein Öffentlichkeitsverständnis sichtbar, das in zentraler Weise von jener Komponente abhängig ist, die Imhof an anderer Stelle als „seismographische Qualität der Öffentlichkeit“ (Imhof 2008) beschrieben hat und die auch Gerhard Schröder im Sinn gehabt haben könnte, als er die Herstellung von europäischer Öffentlichkeit aus politischer Perspektive als notwendig deklarierte: Öffentlichkeit als Seismograph kann gesellschaftliche Erschütterungen, Umbrüche, Konflikte, Veränderungen und Lernprozesse erstens wahrnehmen und diese zweitens abbilden. Mit dieser Fähigkeit aber geht ein entscheidender soziologischer Effekt einher: Öffentlichkeit als Seismograph sorgt für eine Selbstwahrnehmung von Kollektiven *als* Kollektive, von Gesellschaften *als* Gesellschaften: Wenn ein Kollektiv in gleicher Weise die gleichen Abbildungen von gesellschaftlichen, ökonomischen oder politischen Erschütterungen vorgehalten bekommt, weil diese Erschütterungen es womöglich in gleicher Weise betreffen, dann wird sich dieses Kollektiv zunehmend auch als in gleicher Weise von diesen Erschütterungen betroffen wahrnehmen – es wird sich *als* Kollektiv wahrnehmen. In diesem Sinne kann Öffentlichkeit Gesellschaft schaffen (vgl.: 2006: 203); ein Sachverhalt, der sich mit Klaus Eder und Cathleen Kantner auch weniger abstrakt ausdrücken lässt:

„Ein Bedarf an öffentlicher Kommunikation stellt sich ein, sobald Menschen durch die Folgen der Handlungen anderer betroffen sind. Ein geteilter Handlungsraum ist die Basis für öffentliche Kommunikation“ (Eder/Kantner 2000: 323).

Im mittlerweile über 60 Jahre andauernden Prozess institutioneller europäischer Integration hat sich ein solcher geteilter Handlungsraum mehr und mehr ergeben und verfestigt – die Konsequenzen dessen aber waren für die EU-Bürger vermutlich nie so augenscheinlich und unmittelbar, nie so brachial wie in den letzten Jahren, in denen die EU unter dem Eindruck des oben benannten Krisen-Konglomerates steht. In der Krise treten unverhohlenen europäische Zwänge, Wechselwirkungen, Interdependenzen, Konstruktionsfehler und -versäumnisse zutage, die nicht nur in Nationalstaaten nicht mehr adäquat gelöst, sondern auch in nationalen Öffentlichkeiten nicht mehr adäquat verhandelt werden (können). Dabei können wir bislang deutlich feststellen: Die erzeugte Wahrnehmung als ein im geteilten Handlungsraum lebendes europäisches Kollektiv ist mitnichten zwangsläufig affirmativer Natur – sie führt nicht automatisch zu einer zunehmenden Begeisterung der EU-Bürger für die Europäische Union.

Dies zeigen auch die jüngsten Ergebnisse der repräsentativen Befragungen europäischer Bürger, welche die EU-Kommission in Form des sogenannten *Eurobarometers* regelmäßig durchführen lässt. Teile dieser Ergebnisse lassen sich durchaus interpretieren im Sinne einer konfliktiven Reibung zwischen der zunehmenden Selbstwahrnehmung der EU-Bürger *als* EU-Bürger einerseits und andererseits einer seit Beginn der angesprochenen Krisen zunehmend ablehnenden Haltung gegenüber der Europäischen Union, welche dem Prozess der Kollektivierung einen zumindest schalen Beigeschmack verleiht. So antworten die Befragten etwa auf die Frage, ob sie sich als Bürger der EU fühlen, in den letzten Jahren konstant mehrheitlich positiv: Seit 2010 geben bei jeder Befragung über 60% der Befragten an, sich als EU-Bürger zu fühlen (im Frühjahr 2013: 62% [vgl.: Europäische Kommission 2013: 6]). Demgegenüber allerdings steht ein in den letzten Jahren dramatischer Rückgang der affirmativen Wahrnehmung der Europäischen Union als solche: Während im Herbst 2009 noch 48% der Befragten angaben, dass die EU bei ihnen ein positives Bild hervorrufe und lediglich 15% auf ein negatives Bild verwiesen (vgl. ebd.: 11), haben sich diese Werte im Frühjahr 2013 fast bis zum Gleichstand angenähert: Nur noch 30% sprechen in dieser Befragung von einem positiven Bild, während die EU bei 29% ein negatives Bild hervorruft (vgl. ebd.).

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bei der Beurteilung der Zukunft der EU ausmachen: Haben im Herbst 2009 noch 66% der Befragten optimistisch und nur 27% pessimistisch über diese Zukunft geurteilt, sind es im Frühjahr 2013 49% und 46% (vgl. ebd.). Auch bei der konkreten Frage nach der Einstellung gegenüber einer „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion mit dem Euro als gemeinsame Währung“ (ebd.: 24) ist der Trend mehr als

deutlich: 2013 sind nur noch 51% der Befragten für eine solche Union, während sich 42% dagegen aussprechen. Im Herbst 2009 hingegen waren die Befürworter mit 60% gegenüber den Gegnern mit 33% noch eindeutig in der Mehrheit (vgl. ebd.).

Zu überprüfen, inwiefern sich dieser Trend einer zunehmend negativen Einstellung gegenüber der politischen Institutionalisierung eines geeinten Europa in einer kriseninduzierten Etablierung von (europäisierter) Öffentlichkeit niederschlagen kann, ist eine empirische Aufgabe, zu deren zukünftigen Realisierungsmöglichkeiten die vorliegende Arbeit einen spezifischen Beitrag leisten möchte. Sie selbst kann und soll dieser Aufgabe allerdings nicht nachkommen. Ohnehin hat die empirische Forschung zu europäischer Öffentlichkeit bereits vor der Krise, vor allem in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts, erhebliche Arbeit geleistet und eine Fülle an Ergebnissen präsentiert. Erstaunlicherweise hat das empirische Interesse an europäischer Öffentlichkeit allerdings ausgerechnet in den letzten fünf bis sechs Jahren spürbar nachgelassen.

Die einzelnen Ergebnisse der Vielzahl an Untersuchungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit sind verhältnismäßig heterogen und schwer in allgemeine Trends zu fassen. Sie sind aber an verschiedenen Stellen ausführlich systematisiert worden (vgl. van Os *et al.* 2009: 76-94; Zimmermann 2006a: 89-105; Kantner 2004: 152-160), weshalb eine solche Zusammenstellung hier nicht zu wiederholt werden braucht. Vor dem Hintergrund des in diesem Kapitel darzulegenden Erkenntnisinteresses der vorliegenden Arbeit soll deshalb lediglich exemplarisch auf drei Forschungsprojekte eingegangen werden, deren Ergebnisse die Problemzusammenhänge, die sich bei der Interpretation der bisherigen empirischen Arbeiten zu europäischer Öffentlichkeit herauskristallisieren, verdeutlichen. Dabei geht es vor allem um die mangelnde Kohärenz des diesen Forschungsprojekten zugrunde liegenden Begriffs europäischer Öffentlichkeit.

(1) Jürgen Gerhards hat im Jahr 2000 die Ergebnisse einer Studie vorgelegt, bei der er im Rahmen einer Sekundäranalyse mit Daten gearbeitet hat, die Hans Mathias Kepplinger in einer Untersuchung über die politische Berichterstattung in drei deutschen Qualitätszeitungen³ zwischen 1951 und 1995 gewonnen hatte. Gerhards hat diese Daten unter dem Gesichtspunkt der Europäisierung von nationaler Medienberichterstattung untersucht⁴ und ist dabei davon ausgegangen, dass sich eine solche Europäisierung

³ Hierbei handelt es sich um die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die Zeitung *Die Welt* (vgl. Gerhards 2000: 293).

⁴ Die methodische Problematik dieser Daten, bei denen Kepplinger jeweils nur das wichtigste Thema eines Artikels und keine expliziten Europa-Bezüge erhoben hatte, ist Gerhards dabei durchaus bewusst: So sei es möglich, „dass sich eine zunehmende Transnationalisierung und Europäisierung der Öffentlichkeit zuerst und vor allem in den Sekundär- und Tertiärthemen eines Artikels zeigt“ (Gerhards 2000: 295).

entweder in Form einer wachsenden „Thematisierung europäischer Themen und Akteure“ oder durch eine zunehmende „Bewertung der Themen und Akteure unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive“ (Gerhards 2000: 293) ergeben könne. Bezüglich ersterer Variante macht er dabei im Zeitraum zwischen 1961 und 1990 einen leichten Rückgang europäischer Themen aus, während der Anteil dieser Themen zwischen 1991 und 1995 wieder auf das Niveau von 1961 steige. Insgesamt also erkennt Gerhards in den drei ausgewählten Zeitungen keine Europäisierung durch eine verstärkte Auseinandersetzung mit europäischen Themen (vgl. ebd.: 295). Bezüglich des zweiten Europäisierungs-Indikators, einer verstärkten Bewertung der europäischen Themen unter einer nicht-nationalstaatlichen, sondern europäischen Perspektive, kommt Gerhards ebenfalls zu ernüchternden Ergebnissen: Operationalisiert durch die Menge europäischer Akteure, die als Sprecher in den jeweiligen Medien zu Wort kommen, zeigt er bezogen auf diesen Indikator auf, dass „die Bedeutung der europäischen Institutionen als Urheber von Stellungnahmen [...] konstant gering und damit fast bedeutungslos“ (ebd. 296) bleibt. In der Schlussfolgerung spricht Gerhards deshalb von einem „Öffentlichkeitsdefizit der EU“ (ebd.: 297). In ihrer pessimistischen Beurteilung der Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit ist diese Untersuchung dabei durchaus paradigmatisch für die Forschung der 1990er und frühen 2000er Jahre. So kommen etwa Eilders und Voltmer in ihrer Untersuchung zum Grad der Europäisierung in der Berichterstattung deutscher Tageszeitung zu ähnlich skeptischen Bewertungen (vgl. Eilders/Voltmer 2003).

(2) Sechs Jahre nach Gerhards präsentiert die Bremer Forschungsgruppe um Michael Brüggemann und den kurz zuvor verstorbenen Bernhard Peters Ergebnisse, die ebenfalls aus einer diachronen Analyse der Berichterstattung in Qualitätszeitungen – in diesem Fall fünf Zeitungen aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten⁵ und deren Europaberichterstattung in den Jahren 1982, 1989, 1996 und 2003 – gewonnen wurden (vgl. Brüggemann *et al.* 2006). Im Vergleich zu Gerhards arbeitet diese Forschergruppe zunächst eine differenziertere Definition des Begriffs von Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten heraus. So gebe es vier Dimensionen, anhand derer eine solche Europäisierung ausgemacht werden könne: (a) „Regieren unter öffentlicher Beobachtung“ (ebd.: 216): Hierbei geht es um die mediale Präsenz von EU-Institutionen und EU-Politiken innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten; (b) „Gegenseitige Beobachtung“ (ebd.): Diese Dimension umfasst die Aufmerksamkeit für andere EU-Länder innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten; (c) „Diskursiver Austausch“ (ebd.): Hier steht die Frage im Mittelpunkt, ob Sprecher und Akteure unterschiedlicher Länder *via* Zeitungen nicht nur übereinander, sondern auch miteinander reden bzw. ob ausländische Sprecher in den

⁵ Dabei handelt es sich um: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (Deutschland), *The Times* (Großbritannien), *Le Monde* (Frankreich), *Die Presse* (Österreich), *Politiken* (Dänemark) (vgl. Brüggemann *et al.* 2006: 220).

jeweiligen Zeitungen zu Wort kommen; (d) „Kollektive Identität“ (ebd.: 217): Diese Dimension fragt nach der medialen Erzeugung eines „kollektiven Zusammengehörigkeitsgefühls“ (ebd.) auf europäischer Ebene.

Die Ergebnisse, die die Gruppe gewinnen konnte, zeichnen, im Vergleich zu Gerhards, ein zumindest etwas positiveres Bild der Europäisierung von nationalen Medienöffentlichkeiten. So sei zunächst bezüglich der Kategorie ‚Regieren unter Beobachtung‘ ein „klarer Europäisierungsprozess auf einem moderaten Niveau“ (ebd.: 228) auszumachen. Bei der zweiten und der dritten Kategorie hingegen, die sich auf die Wahrnehmung von und den Austausch zwischen nationalen Medienöffentlichkeiten beziehen, stellen die Autoren keinerlei zunehmende Europäisierung fest (vgl. ebd.). Auf der Ebene der ‚kollektiven Identität‘ finden sie lediglich „einen schwachen Trend auf niedrigem Niveau, so dass es mehr als voreilig wäre, [...] von der Existenz einer europäischen Identität zu sprechen“ (ebd.). Vor allem im Bereich der vertikalen Europäisierung, mithin der medialen Beobachtung der EU und ihrer Akteure lassen sich nach dieser Studie innerhalb der nationalen Öffentlichkeiten also Fortschritte ausmachen.

(3) Drittens soll an dieser Stelle auf ausgewählte Ergebnisse des Projekts „The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres“ (*Europub.com*) eingegangen werden – ein am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung unter der Koordinierung von Ruud Koopmans angesiedeltes und von der Europäischen Kommission gefördertes Forschungsprojekt, das im Jahr 2001 begonnen wurde und von dem das Thema europäische Öffentlichkeit bislang vielleicht am umfangreichsten empirisch untersucht worden ist. Das *Europub*-Projekt hat dabei für die Jahre 1990, 1995, 2000, 2001 und 2002 die Berichterstattung zu den Themen Landwirtschaftspolitik, Geldpolitik, Truppenstationierung, Einwanderungspolitik, Rentenpolitik, Bildungspolitik und europäische Integration in jeweils zwei Qualitätszeitungen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien, den Niederlanden, sowie der Schweiz (als Vergleichsreferenz eines Nicht-EU-Mitglieds) betrachtet. Damit wurden sowohl verschiedene Länder als auch verschiedene Themen und verschiedene Zeitpunkte vergleichend erfasst. Zentral für dieses Projekt sind vor allem drei definitorische Prämissen, von denen sich besonders die zweite und die dritte deutlich von anderen empirischen Forschungsansätzen zu europäischer Öffentlichkeit abgrenzen: Zunächst einmal wird transnationale Öffentlichkeit „in Kategorien von öffentlich sichtbaren grenzüberschreitenden Kommunikationsbezügen begriffen“ (Pfetsch 2006: 182). Wenn der Anteil solcher grenzüberschreitender bzw. sich auf die EU beziehender Kommunikationen innerhalb bestimmter Zeiträume signifikant steigt, dann sei von horizontaler bzw. vertikaler Europäisierung zu sprechen (vgl. ebd.). Die zweite definitorische Voraussetzung markiert demgegenüber bereits eine größere Veränderung zu den oben dargelegten Forschungsansätzen: Weil sich grenzüberschreitende

Kommunikationsbezüge „mit konventionellen Medieninhaltsanalysen nicht empirisch messen“ (ebd.) ließen, hat das *Europub*-Projekt als Codiereinheit sogenannte Claims verwendet – „definiert als Ausdruck einer politischen Meinung durch physische oder verbale Aktionen, unabhängig von der Form bzw. vom Anlass ihres Ausdrucks (Statement, Demonstration, Entscheidung, Gerichtsurteil, Repression etc.) und unabhängig vom Akteur (Medien, Regierungen, zivilgesellschaftliche Akteure)“ (ebd.). In diesem Sinne sind Claims Sprechakte, die Informationen preisgeben über den Sprecher, den Adressaten und den Inhalt des Claims, sowie über einen Akteur, dessen Interessen vom Claim betroffen werden (vgl. ebd.). Die dritte definitorische Voraussetzung betrifft die Erwartungshaltung der Forscher gegenüber der Intensität von Europäisierung. Das *Europub*-Projekt arbeitet hier mit einem stark pragmatisierten Verständnis von europäischer Öffentlichkeit, welches die Etablierung solcher Öffentlichkeiten vor allem innerhalb jener Politikbereiche vermutet, in denen vorwiegend nicht mehr nationale, sondern „zwischenstaatliche oder supranationale europäische Entscheidungen getroffen werden“ (ebd.: 183).

An dieser Stelle können nur die wichtigsten Ergebnisse dieses Projekts stark verkürzt zusammengefasst werden⁶: Im Hinblick auf die vertikale Europäisierung konnte das *Europub*-Projekt tatsächlich eine starke Abhängigkeit vom jeweiligen Politikfeld feststellen; allerdings ließ sich die Hypothese, dass eine Zuständigkeit der EU automatisch zu einem höheren Anteil an Claims von EU-Akteuren führt, nicht durchgängig bestätigen. Während die EU-Akteure etwa beim Thema der europäischen Integration eine erwartungsgemäß große und in den Bereichen der Bildungs- und Rentenpolitik, die politisch weitgehend auf nationaler Ebene verhandelt und entschieden werden, eine erwartungsgemäß geringe Rolle spielten, war ihr Claim-Anteil in medialen Debatten in den Bereichen Migrationspolitik und Truppenstationierung, wo die EU ebenfalls weitgehende Kompetenzen besitzt, überraschenderweise ebenfalls eher gering (vgl. Zimmermann 2006a: 101). Betrachtet man die vertikale und die horizontale Europäisierung zusammen, dann gab es vor allem in den medialen Debatten zur Geldpolitik und zur europäischen Integration zwischen 1990 und 2002 deutliche Zunahmen der Anteile von europäisierten Claims (EU-Akteure oder Akteure aus anderen EU-Mitgliedstaaten; vgl. ebd.: 102). Vor allem im Bereich der Bildungspolitik sank der Anteil der europäisierten Claims im gleichen Zeitraum – von 12% auf 6%. Auf der vergleichenden Ebene der einzelnen untersuchten Länder stellt das *Europub*-Projekt für die EU-Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Großbritannien) zumeist moderate Europäisierungstendenzen fest, während der Anteil an europäisierten Claims in der Schweiz eher rückläufig war (vgl. ebd.). Ein letztes hervorzuhebendes Ergebnis ist die Ernüchterung gegenüber der „demokratischen Qualität europäisierter öffentlicher Debatten“ (ebd.: 103): Während in allen Politikbereichen grundsätzlich staatliche Akteure

⁶ Für eine ausführliche Darstellung der Ergebnisse siehe: *Europub* 2005.

die untersuchten Medienberichterstattungen dominiert hätten, seien „ökonomische Interessengruppen und zivilgesellschaftliche Akteure [...] so gut wie gar nicht in Erscheinung“ (ebd.) getreten. Obgleich das Projekt im Bereich der Qualitätszeitungen also eine gewisse Europäisierung von politischen Debatten durchaus belegen konnte, fiel das Fazit aus demokratietheoretischer Perspektive eher nüchtern aus: „Europeanisation of public spheres as it has occurred so far has tended to make public debates less inclusive and less egalitarian“ (Europub 2005: 41).

Die Herangehensweisen sowie die Ergebnisse dieser drei unterschiedlichen Forschungsprojekte wurden hier deshalb dargelegt, weil an ihnen zwei problematische Tendenzen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit europäischer Öffentlichkeit festgemacht werden können, die in einer kausalen Abhängigkeit zueinander stehen und die zusammengenommen die Grundlage für das Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit bilden.

Zunächst, so ist deutlich geworden, hängt jeder empirische Nachweis von Europäisierungstrends bzw. Europäisierungsgraden von Öffentlichkeiten in höchstem Maße davon ab, wie europäische Öffentlichkeit vorher theoretisch definiert wird. Die hier dargelegten Forschungsprojekte sind sich einzig in der Überzeugung einig, dass die Grundannahme einer Europäisierung von nationalen Öffentlichkeiten mehr Erkenntnisse verspricht als der Versuch, eine pan-europäische, über den nationalen Kommunikationsarenen schwebende Meta-Öffentlichkeit zu konstruieren und diese anschließend nachweisen zu müssen. Bereits der Bedingungskatalog sowie die Messkriterien für eine Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten aber wurden hier sehr verschieden und anhand unterschiedlich voraussetzungsreicher Prämissen erarbeitet. Und das, obwohl die normativen Konnotationen, wie sie im Begriff politischer Öffentlichkeit auf nationaler Ebene stets mitschwingen, in den hiesigen Untersuchungen eher eine untergeordnete Rolle spielten. Mithin ist aber davon auszugehen, dass die Möglichkeiten des empirischen Nachweises von transnationaler Öffentlichkeit in hohem Maße davon abhängen, wie ‚ernst‘ man die normativen Komponenten des zugrunde liegenden Öffentlichkeitsbegriffs nimmt.

Die zweite problematische Tendenz im Rahmen der bisherigen Beschäftigung mit der Europäisierung medialer Öffentlichkeiten betrifft die Wahl des Mediums. Alle hier dargelegten Untersuchungen beschränken sich auf die Ebene der Printmedien. Während Ann Zimmermann zu Recht darauf hinweist, dass etwa die Fernsehberichterstattung innerhalb der empirischen Forschung zu europäischer Öffentlichkeit seit jeher marginalisiert wird (Zimmermann 2006a: 93), so gilt dies bis heute in noch viel entscheidenderem Maße für die Ebene der digitalen Medien, sprich: für die Online-Kommunikation. „Despite the growing body of research focussing on the Europeanization

of mass-mediated communication“, so schreiben Renée van Os *et al.* 2009, „almost no research has been conducted to examine online communication/internet-based representations of European issues“ (van Os *et al.* 2009: 92).

Wie in der vorliegenden Arbeit ausführlich dargelegt werden soll, irritiert diese wissenschaftliche Vernachlässigung der Europäisierung von Online-Kommunikation vor allem deshalb, weil das Internet als dieser Kommunikation zugrunde liegendes Netzwerk-Medium auf struktureller Ebene territoriale Grenzen *per se* transzendiert und damit in hohem Maße anschlussfähig ist für die Betrachtung transnationaler Kommunikationszusammenhänge. Im Bereich der Kommunikation und Mediennutzung in Europa kommt hinzu, dass sich das Internet als Kommunikations-, Informations- und Interaktionsmedium längst etabliert hat: Laut des Statistischen Amtes der Europäischen Union *Eurostat* verfügten im Jahr 2012 durchschnittlich 76% aller Haushalte in der Europäischen Union über einen Breitband-Internetzugang; des Weiteren nutzten 61% der Internetnutzer in der EU dieses Medium zum Lesen von Nachrichten, während 52% Mitteilungen in sozialen Medien hinterließen (vgl. Eurostat 2012: ohne Seitenangaben). Das Internet ist also innerhalb der Europäischen Union längst zu einer Informationsquelle und einer Kommunikationsplattform für weite Teile der Bevölkerungen geworden.

Van Os *et al.* haben die wenigen Untersuchungen, die es auf dem Gebiet der Europäisierung von Online-Öffentlichkeiten gibt, systematisiert, indem sie sie hinsichtlich ihres Haupt-Erkenntnisinteresses in drei Kategorien eingeteilt haben. Diese Klassifizierung der empirischen Forschung soll im Folgenden zusammenfassend abgebildet werden:

(1) In die Kategorie der „Visibility of Communication“ (ebd.: 84), der Sichtbarkeit von europäischen Akteuren, Institutionen und Themen innerhalb von Online-Kommunikationsprozessen kann etwa Zimmermann mit ihrer am *Europub*-Projekt angegliederten Untersuchung des Europäisierungsgrades von durch Internet-Suchmaschinen generierten Öffentlichkeiten eingeordnet werden (vgl. Koopmans/Zimmermann 2010, 2007, 2003; Zimmermann 2007, 2006a). In dieser Untersuchung analysiert die Autorin dieselben Politikfelder und dieselben Länder wie das *Europub*-Projekt (siehe oben) und kommt – bezogen auf Kommunikationsräume, die von Suchmaschinen generiert werden – zu weitgehend ernüchternden Ergebnissen: So seien die untersuchten Online-Öffentlichkeiten zum größten Teil nicht stärker europäisiert als die im *Europub*-Projekt betrachteten Zeitungs-Öffentlichkeiten, welche Zimmermann als Referenzgröße benutzt (vgl. Zimmermann 2006a: 209). Ebenso biete das Internet „weder europäischen transnationalen noch ausländischen zivilgesellschaftlichen Akteuren aus EU-Ländern eine häufigere massenmediale Sichtbarkeit als die Zeitungen“ (ebd.: 210). Auch auf der Ebene der demokratischen Verteilung von Zugangschancen zu öffentlichen Diskursen sieht die Untersuchung von Zimmermann demnach keine wegweisenden

Fortschritte in Online-Öffentlichkeiten gegenüber Öffentlichkeiten, die durch Zeitungen generiert werden.

Ebenfalls in die Kategorie der *Visibility of Communication* fällt eine Untersuchung von van Os, Jankowski und Vergeer (2007), in denen die Autoren während des Wahlkampfes zur Wahl des Europaparlaments im Jahr 2004 die Websites von politischen Akteuren aus neun verschiedenen EU-Mitgliedstaaten hinsichtlich der Präsenz europäischer Themen untersucht haben. Neben relativ heterogenen Ergebnissen, die weder einen klaren Europäisierungstrend, noch eine klare Europäisierungsverweigerung in der Online-Kommunikation der untersuchten Akteure aufweisen, ist im hiesigen Zusammenhang vor allem der Vergleich, den van Os *et al.* im Nachhinein zwischen der Untersuchung Zimmermanns und ihrer eigenen Untersuchung ziehen, von Interesse: So würden die beiden Studien sowohl in ihrer Untersuchungsstrategie als auch ihrer Operationalisierung des Begriffs der Europäisierung von Online-Kommunikation erheblich voneinander abweichen („vary considerably“ [van Os *et al.* 2009: 87]); ihre Ergebnisse könnten deshalb im Prinzip überhaupt nicht verglichen werden (vgl. ebd.).

(2) Die zweite Kategorie, die van Os *et al.* bei den bisher durchgeführten Studien zu europäischer Öffentlichkeit im Internet ausmachen, nennen sie „Interpretative Schemes“ (ebd.). Diese Kategorie umfasse empirische Studien, welche untersuchen, wie europäische Themen innerhalb von Online-Öffentlichkeiten interpretativ gerahmt werden. Lediglich zwei Studien, die Renee van Os beide selbst durchgeführt hat, fallen in diese Kategorie. In der ersten Studie untersucht der Autor, auf welche Weise europäische Themen während des Wahlkampfes zum Europaparlament im Jahr 2004 auf den Websites der elf größten französischen Parteien behandelt werden (van Os 2005). Bezogen auf die Kategorien ‚Interessen‘, ‚Identität‘ und ‚Werte‘ nimmt van Os hier eine unterschiedlich stark ausgeprägte qualitative Europäisierung der politischen Kommunikation auf den Websites wahr, die er mit einem innerhalb dieser Websites zum Ausdruck gebrachten Gefühl des „belonging to Europe“ (van Os 2005: 214) umschreibt.

In einer Anschlussuntersuchung hieran haben van Os, Wester und Jankowski (2007) während des gleichen Wahlkampfes nach Gemeinsamkeiten bei Interessen, Identitäten und Werten gesucht, mit denen französische, britische und niederländische Parteien auf ihren Websites europäische Themen rahmten. Die Autoren kamen dabei zum Ergebnis, dass die politische Grundausrichtung für eine vergleichbare Rahmung von europäischen Themen entscheidender ist als das Herkunftsland der jeweiligen Parteien: „More similarities in interpretative schemes were observed cross-nationally among parties with similar political orientation than among parties within one country“ (van Os *et al.* 2009: 89f.). Bereits aus dieser Tatsache leiten die Autoren eine voranschreitende Entwicklung europäischer Öffentlichkeit („development of a European public sphere“) auf den Partei-Websites ab (vgl. ebd.: 90).

(3) Die letzte Kategorie empirischer Studien zur Europäisierung von Online-Öffentlichkeiten stellt die „Connectivity of Communication“ (ebd.), d.h. die transnationale Verknüpfung von Online-Debatten in Europa in den Mittelpunkt. Hier lassen sich ebenfalls nur zwei Studien auffinden: Erneut angelehnt an das *EuroPub*-Projekt, analysiert Zimmermann (2006a) im zweiten Teil ihrer oben bereits erwähnten Untersuchung Hyperlink-Strukturen, die zwischen Websites aus sechs EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz zu den Themen ‚Landwirtschaft‘, ‚Immigration‘ und ‚Europäische Integration‘ existieren. *In puncto* Chancen zur Erzeugung von massenmedienähnlicher Sichtbarkeit macht die Autorin dabei erneut eine Benachteiligung von europäischen zivilgesellschaftlichen Akteuren gegenüber staatlichen Akteuren aus (Zimmermann 2006a: 252). Darüber hinaus legt sie anhand ihrer Ergebnisse dar, dass das Internet weniger zu einer spezifisch europäischen Verknüpfung von Kommunikationsprozessen als vielmehr zu einer von Europa unabhängigen, „allgemeinen Transnationalisierung“ (Zimmermann 2006a: 259) führe. Zuletzt betont die Autorin, dass die grenzüberschreitenden Kommunikationsprozesse innerhalb der EU nicht alle Mitgliedstaaten einbeziehen, sondern sich vor allem auf „die drei einflussreichsten EU-Mitgliedsländer Frankreich, Deutschland und Großbritannien“ (ebd.: 264) konzentrieren würden.

In der zweiten Studie, die sich der Kategorie der *Connectivity of Communication* zuordnen lässt, haben Ghitalla und Fouetillou im Jahr 2005 Debatten über die europäische Verfassung auf französischen Websites untersucht (Ghitalla/Fouetillou 2005: ohne Seitenangaben). Die Debatten wurden von den Autoren in Websites *pro* und Websites *contra* europäischer Verfassung eingeteilt und anhand der Verlinkungsstrukturen sowohl innerhalb als auch zwischen diesen Lagern analysiert. Im Ergebnis war die *pro*-Seite offener gegenüber der Verlinkung auf Websites aus dem anderen Lager, während die Diskussionen auf den *contra*-Websites weitestgehend lager-inhärent blieben (vgl. ebd.).

Ogleich beide zuletzt genannten Studien zur Konnektivität von Kommunikation im Web Hyperlink-Strukturen untersucht haben, zeigen sich auch hier völlig unterschiedliche Ansätze zur Operationalisierung eines Konzepts europäischer Öffentlichkeit: Während Zimmermann die Herkunft der für die Websites verantwortlichen Akteure als Ausgangspunkt zur Beurteilung der Europäisierung von Kommunikation nimmt, operationalisieren Ghitalla und Fouetillou Europäisierung mit der Konvergenz von Meinungen, die auf den Websites zu einem europäischen Thema zum Ausdruck gebracht werden (vgl. dazu auch van Os *et al.* 2009: 91).

Die kurze Darlegung dieser wenigen Studien, die jedoch im Prinzip das gesamte empirische Forschungsfeld zu europäischer Online-Öffentlichkeiten bereits abdeckt, ist hier aus einem bestimmten Grund erfolgt. Aus der Heterogenität und der mangelnden Abstrahierbarkeit

der analytischen Prämissen dieser Studien soll an dieser Stelle eine für die vorliegende Arbeit zentrale These aufgestellt werden:

Die bisherige Zurückhaltung und die mangelnde Vergleichbarkeit der empirischen Forschung auf dem Gebiet der Europäisierung von digitalen Öffentlichkeiten müssen unter anderem mit der bislang völlig unzureichenden Theoretisierung dieses Forschungsgebiets erklärt werden. Es fehlt schlicht an einem Raster von verallgemeinerbaren theoretischen und normativen Maßstäben zur Beurteilung der Europäisierung von Öffentlichkeit im und durch das Internet – kurz: es fehlt an einem kohärenten Begriff digitaler europäischer Öffentlichkeit.

Diese These lässt sich nicht zuletzt auch mithilfe der oben exemplarisch dargelegten Forschungsprojekte zur Europäisierung von durch Printmedien erzeugter Öffentlichkeit stützen: Wenn die empirische Forschung, wie oben dargelegt, in vergleichsweise hohem Maße auf einen klar umrissenen Begriff europäischer Öffentlichkeit angewiesen ist, um verallgemeinerbare und vergleichbare Ergebnisse produzieren zu können und wenn ein solcher Begriff bereits auf der Ebene der klassischen massenmedialen Öffentlichkeit, die seit mindestens 50 Jahren umfangreich theoretisiert worden ist, extrem schwer und erst recht nicht unstrittig auf einen transnational-europäischen Kontext übertragen werden kann, dann gilt diese Problematik einer definitorischen Unbestimmtheit erst recht und in viel höherem Maße für einen Begriff *digitaler* transnationaler Öffentlichkeit in Europa.

An diesem Punkt möchte die vorliegende Arbeit ansetzen. Es gilt, einen theoretischen Zugang zum Phänomen digitaler europäischer Öffentlichkeit zu entwickeln, der die normativen Konnotationen eines tradierten Begriffs politischer Öffentlichkeit sowohl mit dem Phänomen der Transnationalisierung von Kommunikation im 21. Jahrhundert als auch mit den medientechnologischen und kommunikationstheoretischen Prämissen verknüpft, die die digitalen Kommunikationsräume im Internet charakterisieren.

Die Relevanz eines solchen theoretischen Zugangs zu den Voraussetzungen und zur Beschaffenheit von europäischer Öffentlichkeit im digitalen Kontext lässt sich auch aus normativer Perspektive begründen. Kehren wir dafür noch einmal zum oben dargelegten Bild von Öffentlichkeit als Seismograph zurück: Die dargelegten empirischen Untersuchungen lassen sich zumindest in einem Punkt auf einen groben Nenner bringen: Ein solcher Seismograph – im Sinne einer möglichst offenen und inklusiven, abbildungsstarken und zugleich wirkmächtigen Öffentlichkeit – scheint auf europäischer Ebene gegenwärtig nicht (oder zumindest nicht in hinreichendem Maße) zu existieren. Vor der empirischen Zementierung dieser Erkenntnis allerdings, so die Überlegung der vorliegenden Arbeit, sollte auf medien- und kommunikationswissenschaftlicher Ebene die Frage stehen, wie denn ein solcher Seismograph auf transnationaler, auf europäischer Ebene überhaupt beschaffen sein müsste, um existenz- und arbeitsfähig zu sein. Anders ausgedrückt: Müssen für eine adäquate wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem

Gegenstand europäischer Öffentlichkeit nicht neue seismographische Konzepte entwickelt werden, anstatt die alten nach Europa zu tragen, um mit ihrer Hilfe europäische Öffentlichkeit schließlich als defizitär zu bewerten?

Die Fragestellung, inwieweit man auf transnationaler Ebene an tradierten Öffentlichkeitskonzepten festhalten oder diese eher relativieren und entkontextualisieren sollte, ist nicht neu; sie hat in der Forschung bereits ein durchaus kontrovers diskutiertes Spannungsfeld generiert. So ist Kurt Imhof prinzipiell zuzustimmen, wenn er schreibt, dass der „komplexe und fragile Seismograph Öffentlichkeit“ (Imhof 2008: 19) sich bislang nicht in gleichem Maße transnationalisiert habe wie politische Machtzentren und dass wir es deshalb „nicht nur mit einem Souveränitätsverlust des Nationalstaates, sondern auch mit einem Integrations-, einem Deliberations- und einem Legitimationsdefizit, also mit einem fundamentalen Qualitätsdefizit politisch-kultureller Öffentlichkeit“ (ebd.: 20) auf transnationaler Ebene zu tun haben. Auf der anderen Seite aber kann mit Ulrich Saxer durchaus schlüssig argumentiert werden, dass das Festhalten an tradierten Öffentlichkeitsbegriffen und damit das schlichte Konstatieren einer defizitären Öffentlichkeit auf europäischer Ebene zwangsläufig in eine erkenntnistheoretische Sackgasse führt: „Statt dem möglicherweise Innovativen im und am Wandel nachzuspüren, bekräftigt ja eine wissenschaftliche Analyse, die das Wunschbild diskursiver bzw. deliberativer politischer Öffentlichkeit verabsolutiert, elitäre Kulturkritik“ (Saxer 2006: 64). In diesem normativen Spannungsfeld bewegt sich die vorliegende Arbeit also bereits auf sehr grundlegender Ebene. Durch ihre Konzentration auf jene Formen europäischer Öffentlichkeit, die sich in digitalen und durch digitale Netzwerkmedien konstituieren, erweitert sie dieses Feld jedoch um einen immer zentraler werdenden Punkt, nämlich die Digitalisierung von Kommunikation.

Das Internet hat politische Kommunikation in demokratischen Systemen, welche sich kontinuierlich in der Öffentlichkeit und durch Öffentlichkeit zu legitimieren haben, bislang in mindestens drei Aspekten verändert (vgl. Michailidou 2012: 216): Es ist erstens zu einer relevanten Informationsquelle für große Teile der westlichen Bevölkerungen geworden; es führt durch seine technologische Beschaffenheit zweitens zu vorher nie dagewesenen Möglichkeiten für Bürger, sich mit verhältnismäßig wenig Aufwand an politischen Debatten zu beteiligen, die eigenen Interessen mit anderen zu vernetzen und aktiv Kommunikationsprozesse zu initiieren, deren Reichweite das eigene soziale Umfeld zumindest potenziell übersteigen kann; und es führt drittens dazu, dass politische Entscheidungsträger und Bürger zum ersten Mal in der Mediengeschichte in der gleichen Kommunikationsumgebung quasi unvermittelt miteinander interagieren können. Nimmt man diese Veränderungspotenziale aus kommunikationswissenschaftlicher bzw. kommunikationssoziologischer Perspektive ernst, dann – so eine weitere zentrale

Grundannahme der vorliegenden Arbeit – kann die Etablierung des Internet nicht ohne Folgen für die Arbeits- und Funktionsweise von Öffentlichkeit als Seismograph bleiben. Das gilt bereits auf nationaler und sub-nationaler Ebene; es gilt vor allem aber auf transnationaler Ebene. Es ist davon auszugehen, dass das Potenzial digitaler Netzwerkkommunikation, dem Seismographen Öffentlichkeit neue Formen zu verleihen, primär auf transnationaler Ebene zum Tragen kommt, weil die klassischen Massenmedien hier an ihre strukturellen Grenzen stoßen. Claudia Fraas formuliert das wie folgt:

„Zunehmend ist zu beobachten, dass Neue Medien nicht nur Differenzierungs-, sondern auch Globalisierungsprozesse unterstützen. [...] Vor allem, aber nicht nur, in Krisenzeiten werden neue Formen der Internet-Kommunikation von einer internationalen, politisch interessierten Öffentlichkeit genutzt. [...] Diese neuen internetbasierten Kommunikationsformen greifen Themen von globalem Interesse auf, bringen sie in ein globales, interaktives Kommunikationsnetz ein und wirken so z.T. auf die Berichterstattung der etablierten Medien zurück“ (Fraas 2005: 87).

Auch diese Entwicklung muss gewaltige Folgen für einen theoretischen Begriff europäischer Öffentlichkeit haben, der sich gegenüber der steigenden Bedeutung digitaler Kommunikationsnetzwerke nicht verschließt, sondern diese an zentraler Stelle integrieren möchte. Da medientechnologische Entwicklungen wie das Internet nicht im gesellschaftlichen Vakuum entstehen, sondern im Gegenteil zumeist von soziologischen Wandlungsprozessen ausgelöst, begleitet und/oder verstärkt werden, wird die vorliegende Arbeit ihre Theorie digitaler Öffentlichkeiten in Europa in das makrosoziologische Konzept der Netzwerkgesellschaft einbetten, wie es vor allem von Manuel Castells entwickelt worden ist. Castells hat bereits 2001, im ersten Band seiner Trilogie *Das Informationszeitalter* ganz grundlegend Folgendes festgehalten: „Netzwerke bilden die neue soziale Morphologie unserer Gesellschaften, und die Verbreitung der Vernetzungslogik verändert die Funktionsweise und die Ergebnisse von Prozessen der Produktion, Erfahrung, Macht und Kultur wesentlich“ (Castells 2001: 527).

Vor dem Hintergrund der drei dargelegten zentralen Grundannahmen – (1) der Notwendigkeit einer veränderten theoretischen Konstruktion des Seismographen Öffentlichkeit in transnationalen Kontexten bei gleichzeitiger Auseinandersetzung mit den normativen Kriterien, die diesen Seismographen im klassischen Sinne geprägt haben; (2) der Berücksichtigung einer gesellschaftlich rückgekoppelten, medientechnologischen Entwicklung hin zum enormen Bedeutungsgewinn von digitaler Netzwerkkommunikation und (3) der sich aus den ersten beiden Punkten ableitenden These einer bislang unzureichend kohärenten Theoretisierung von europäischer Öffentlichkeit im Kontext digitaler Kommunikation – möchte die vorliegende Arbeit einen spezifischen Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa herleiten und ausleuchten. Pate steht dabei ein

Diktum, das Kurt Imhof bezogen auf das Konzept von Öffentlichkeit als Seismograph und dessen notwendige Anpassungsfähigkeit an gesellschaftliche Entwicklungsprozesse formuliert hat:

„Um solche Entwicklungen berücksichtigen zu können und um den implizit oder explizit ohnehin unabwendbaren Rekurs auf die Grundnormen des modernen Öffentlichkeitsverständnisses auszuweisen, führt nichts an Forschungsdesigns vorbei, die die zentralen Funktionen, die die politisch-kulturelle Öffentlichkeit in der modernen Gesellschaft erfüllen muss mit den wichtigsten ‚öffentlichkeitsrelevanten‘ Differenzierungsprozessen, denen die moderne Gesellschaft ausgesetzt ist, konfrontieren“ (Imhof 2008: 20).

Auf welche methodische Weise kann nun eine solche Konfrontation in der vorliegenden Arbeit erfolgen? In seiner Konturierung des Forschungsfeldes der grenzüberschreitenden Medienkommunikation hat Hartmut Wessler vier theoretisch-methodische Zugangsweisen zu diesem Forschungsfeld abgegrenzt (vgl. Wessler/Averbeck-Lietz 2012b: 6ff.). Eine dieser Zugangsweisen nennt er „Theorieimport“ (ebd.: 7). Zu dieser Zugangsweise gehöre „vor allem die Aneignung globalisierungs- und kulturtheoretischer Konzepte aus der Soziologie, den Kulturwissenschaften und der Philosophie“ (ebd.). Dieser Zugangsweise möchte sich auch die vorliegende Arbeit verschreiben und sich – ergänzt um eine Implementierung verschiedener medien- und kommunikationswissenschaftlicher Theorien zur Beschreibung von Kommunikationsprozessen und -strukturen im World Wide Web – bei genau jenen von Wessler genannten Disziplinen bedienen, um einen konturierten Begriff digitaler europäischer Öffentlichkeit zu konstruieren. Ein solcher interdisziplinärer Zugang, so die Auffassung des Autors der vorliegenden Arbeit, ist notwendig, um sich mit den verschiedenen Bestandteilen eines Begriffs digitaler europäischer Öffentlichkeit adäquat auseinandersetzen zu können.

Somit wird die Arbeit in Kapitel 2 zunächst einen historischen Bezugsrahmen aufspannen, indem sie sich den Kategorien ‚Europa‘, ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Bürgertum‘ aus der Perspektive des 18. Jahrhunderts und unter den Prämissen der maßgeblich in diesem Jahrhundert stattfindenden Aufklärung nähert. Dieser Beginn soll nicht nur die historischen Konturen, das historische Modell eines europäischen Kollektivs, das sich in diesem Zeitraum verstärkt auch als solches wahrnahm, aufzeigen – er ist auch für ein normatives Verständnis von Öffentlichkeit als politischer Kategorie unabwendbar.

Anschließend wird die philosophische und soziologische Herleitung eines solchen Öffentlichkeitsverständnisses, wie sie vor allem in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von den verschiedensten Autoren betrieben wurde, im dritten Kapitel kritisch rekapituliert, um am Ende dieses Kapitels eine theoretische Grundlage für die Abwägung zu erhalten, welche klassischen normativen Bestandteile des Begriffs politischer Öffentlichkeit im

globalisierten Informationszeitalter beständig bleiben müssen, welche relativiert werden sollten und welche gegebenenfalls ihre Relevanz und Aussagekraft in Gänze verloren haben. Dabei wird das Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit, wie es zu Beginn der 1960er Jahre von Jürgen Habermas entwickelt und 1990 in seiner Absolutheit relativiert worden ist, die heuristische Grundlage für die hiesige Aufarbeitung des Öffentlichkeitsbegriffs darstellen. Zum einen ist es die feste Überzeugung des Autors der vorliegenden Arbeit, dass jegliche analytische Betrachtungen von Öffentlichkeit auch in der Gegenwart immer noch nicht an den Grundsätzen von Habermas vorbeikommen, zum anderen aber müssen diese Grundsätze detailliert ausgeleuchtet sein, um sich bei der Betrachtung des spezifischen Gegenstandes – nämlich Öffentlichkeit in transnationalen und im digitalen Kontexten – ggf. auch begründet von ihnen absetzen zu können.

Nach dieser im Hinblick auf transnationale Kommunikationszusammenhänge spezifischen Abarbeitung an den klassischen Öffentlichkeitstheorien wird die vorliegende Arbeit Europa, respektive die Europäische Union als geographischen und als politischen Kommunikationsraum sowohl aus demokratietheoretischer als auch aus soziologischer, politik- und kulturwissenschaftlicher Perspektive vermessen, um alle in diesen Bereichen angesiedelten Spezifika, die eine Theorie europäischer Öffentlichkeit zwangsläufig beeinflussen, zu kennen und einordnen zu können. Eine solche interdisziplinäre Analyse des europäischen Kommunikationsraumes kann in einer Arbeit wie der vorliegenden selbstredend nicht abschließend, sie muss schlaglichtartig erfolgen. Deshalb wird sich das vierte Kapitel auf die Begriffe der ‚europäischen Demokratie‘, der ‚europäischen Integration‘ und der ‚europäischen Identität‘ konzentrieren.

Auf dieser Grundlage soll in Kapitel 5 eine spezifische Konzeption europäischer Öffentlichkeit entwickelt werden, die sowohl den historisch etablierten, politisch und normativ konnotierten Öffentlichkeitsbegriff an den transnational-europäischen Kommunikationskontext anpasst als auch die zuvor herausgearbeiteten Spezifika dieses Kommunikationskontextes nicht nur berücksichtigt sondern an zentraler Stelle integriert. Dabei gilt es, sich mit den in der Forschung bisher etablierten theoretischen Konstrukten von europäischer Öffentlichkeit auseinanderzusetzen, einzelne Prämissen gegebenenfalls in die eigene Konzeption zu integrieren und andere begründet zurückzuweisen.

Die so entwickelte Konzeption europäischer Öffentlichkeit muss im sechsten Kapitel zwar noch einmal in den Hintergrund treten; gedanklich aber steht sie auch hier permanent Pate, wenn es darum geht, die Charakteristika von Öffentlichkeiten herauszuarbeiten, die online, in digitalen Kommunikationsnetzwerken entstehen. Nach einer makrosoziologischen Einordnung der Digitalisierung von Kommunikation mithilfe der Castell'schen Theorie der Netzwerkgesellschaft soll hier auf struktureller ebenso wie auf normativer Ebene analysiert werden, inwiefern Online-Öffentlichkeiten (1) die Fähigkeit besitzen, geografische Grenzen

zu transzendieren und dabei (2) politische Wirkmächtigkeit im Sinne der normativen Attribute eines kritischen Öffentlichkeitsbegriffs entfalten können.

Diese allgemeine analytische Betrachtung von digitalen Netzwerk-Öffentlichkeiten wird in Kapitel 7 anhand des Kommunikationsformates Weblogs spezifiziert. Diese Spezifikation hat vornehmlich zwei Gründe – einen theoretischen wie auch einen empirisch-praktischen. Auf theoretischer Ebene geht es in diesem Kapitel darum zu zeigen, ob und inwiefern die strukturellen und kommunikationstheoretischen Potenziale, die das Internet für die Generierung von (transnationaler) Öffentlichkeit bereit hält, in konkreten Kommunikationszusammenhängen auch tatsächlich abgerufen werden können. Anders ausgedrückt: Am Beispiel der Vernetzungsmechanismen und -strukturen zwischen einzelnen Weblogs (der sogenannten *Blogosphären*) soll in diesem Kapitel gezeigt werden, wie strukturelle Eigenschaften in konkreten kommunikativen Kontexten genutzt und in welche spezifischen Formen von Öffentlichkeiten sie überführt werden können. Der empirisch-praktische Grund hingegen bezieht sich auf das folgende, das achte Kapitel. Die Betrachtungen in Kapitel 7 fungieren in diesem Sinne als theoretische Grundlage für die empirische Untersuchung von europäisierter Weblog-Kommunikation, die vor dem Hintergrund der theoretisch ausgearbeiteten Prämissen der vorliegenden Arbeit durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Untersuchung sollen in Kapitel 8 systematisch dargelegt und interpretiert werden.

Für eine solche Untersuchung der Europäisierungsmechanismen innerhalb von digitalen Öffentlichkeiten bietet sich das Format der Weblogs besonders deshalb an, weil es im technologischen und medienkulturellen Kontext des Web 2.0 alle Charakteristika dieser Entwicklungsstufe des Internet widerspiegelt. Die entscheidende technische Voraussetzung für die Entwicklung des Web 2.0, die Tatsache, dass an einem bestimmten Punkt der Entwicklung des Internet plötzlich jeder Nutzer eigene Inhalte kreieren, online veröffentlichen und zur Diskussion stellen konnte, sind in verschiedenen Hinsichten die unabdingbare kommunikationstheoretische Voraussetzung für Weblog-Kommunikation und sie werden in dieser gleichsam brennpunktartig gespiegelt, wie es vor allem in Kapitel 7 darzulegen gilt.

Die im achten Kapitel vorgestellte Untersuchung, so muss bereits an dieser Stelle betont werden, hat dabei rein exemplarischen Charakter und erhebt keinerlei Anspruch auf Repräsentativität. Sie kann und soll daher nicht mehr als einen ersten Anwendungstest der spezifischen analytischen Dimensionen digitaler europäischer Öffentlichkeit darstellen, wie sie in der vorliegenden Arbeit auf unterschiedlichen Ebenen herausgearbeitet werden. Dabei sollen nicht nur die Potenziale und die empirische Anschlussfähigkeit, sondern gegebenenfalls auch die Grenzen des hier erarbeiteten analytischen Rahmens aufgezeigt werden.

Schließlich und abschließend gilt es im neunten Kapitel – vor dem Hintergrund der Ergebnisse der exemplarischen Untersuchung, vor allem aber vor dem Hintergrund der verschiedenen theoretischen Ebenen der vorliegenden Arbeit –, einen spezifischen Begriff digitaler europäischer Netzwerk-Öffentlichkeit zugespitzt zu konturieren, seine notwendigen wie seine hinreichenden Bestandteile noch einmal resümierend darzustellen, bevor in Kapitel 10 auf die weitere theoretische und empirische Anschlussfähigkeit eines solchen Begriffs verwiesen wird.

Die Kern-Forschungsfrage der vorliegenden Dissertation kann vor dem Hintergrund der dargelegten Vorgehensweise wie folgt zusammengefasst werden:

Wie kann ein Begriff digitaler europäischer Öffentlichkeit modelliert werden, der erstens die normativen Komponenten des klassischen Öffentlichkeitsbegriffs mit dem veränderten Kontext eines transnational-europäischen Kommunikationsraumes versöhnt, der dabei zweitens die Mechanismen, Strukturen und die Arbeits- und Funktionsweisen von digitalen Netzwerken, wie sie bei allen Arten der Online-Kommunikation zum Tragen kommen, nicht nur berücksichtigt, sondern – im Lichte einer zunehmend netzwerkartig organisierten, globalen Gesellschaft – an zentraler Stelle auf ihnen aufbaut, und der drittens in einem solchen Maße für unterschiedliche Formen von Online-Kommunikation und Online-Öffentlichkeiten auf europäischer Ebene empirisch anschlussfähig bleibt, dass er zukünftigen Untersuchungen auf diesem Forschungsgebiet als theoretische Richtschnur und als Orientierungs- und Vergleichsrahmen dienen kann?

2. Historische Modellsuche: Die Aufklärung als Epoche der Bewusstwerdung der Kategorien ‚Europa‘, ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Bürgertum‘

Wird heute nach Entstehung, Existenz und Form einer transnationalen⁷ Öffentlichkeit im Europa des 21. Jahrhunderts gefragt, dann scheint diese Frage vom Entwicklungsstand der Massenmedien und deren Fähigkeiten zu einer homogenen Medialisierung transnationaler Räume kaum noch trennbar zu sein. Vermitteln sich Nachrichten und Informationen bereits im nationalen Kontext primär über Massenmedien oder massenmedienähnliche Angebote des Internet⁸, so gilt das auch – und erst recht – für mögliche transnationale

⁷ Für eine Definition des Begriffs der Transnationalität, wie er in der vorliegenden Arbeit verstanden wird, siehe Kapitel 3.2.

⁸ Niklas Luhmanns Diktum „Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der Wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien“ (Luhmann 2009: 9) hat trotz der rasanten Entwicklung des Internet, das ohnehin eher „technische Infrastruktur zur Generierung von Medien“ (Münker 2009: 20) als Medium *eo ipso* ist, bis heute wohl kaum an Gültigkeit verloren.

Kommunikationsstrukturen, bei denen die Akteure räumlich und in der Regel auch hinsichtlich ihrer kulturellen Sozialisation weiter voneinander entfernt sind als im nationalen oder gar sub-nationalen Kontext. Die Fähigkeit elektronischer, vor allem aber digitaler Kommunikationstechniken und -medien, räumliche und zeitliche Begrenzungen zu transzendieren und ihre daraus resultierenden Potenziale für die Herausbildung überregionaler und übernationaler Öffentlichkeiten können in diesem Kontext nicht hoch genug eingeschätzt werden. Allerdings zeichnet sich die gesamte Geschichte von Kommunikation dadurch aus, dass sich letztere durch Entwicklung von Medien immer mehr vom Zwang zu räumlicher und zeitlicher Unmittelbarkeit löst⁹; diese Entwicklung koppelt sich also keineswegs originär an die Etablierung des Internet – sie ist mit letzterer lediglich an ihrem vorläufigen Höhepunkt angelangt.

Definiert man europäische Öffentlichkeit – an dieser Stelle noch grob vereinfacht¹⁰ – als kommunikatives und diskursives Netzwerk, dessen Operationsweise durch Kommunikationsräume gekennzeichnet ist, welche die nationalen Diskurse überlagern (vgl. Bieling 2010: 37), dann wird schnell deutlich: Die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine anhaltende Ausbildung jener transnationalen Netzwerke sind aus medien- und kommunikationstechnologischer Perspektive gegenwärtig zweifelsohne so gut wie nie zuvor.

Im zwangsläufig verengten Blickwinkel dieser technizistischen Sichtweise allerdings verkäme europäische Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Konditionalität *a priori* zu einer teleologischen Fortschrittsgeschichte, deren erfolgreiche und nachhaltige Etablierung primär eine Frage der Weiterentwicklung von Informationstechnologie wäre. Europäische und auch globale Öffentlichkeiten müssten demnach ein unaufhaltsam sich ausbreitendes und gemeinsam mit dem technischen Fortschritt immer wirkmächtiger werdendes Phänomen darstellen. Dass dem nicht so ist, wird bei der Betrachtung gesellschaftlicher und politischer Realitäten schnell erkennbar und auf wissenschaftlicher Ebene zudem leicht einsehbar, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Ergebnisse der empirischen Forschung zur europäischen Öffentlichkeit seit den 1990er Jahren bestenfalls verhalten, bzw. nur unter der Prämisse relativ dünner normativer Kriterien positiv ausgefallen sind (vgl. Kapitel 1. dieser Arbeit; überblicksartig: Latzer 2006: 20ff.). Auch von Seiten der theoretischen

⁹ Vgl. hierzu etwa die Ausführungen von Knut Hiekkethier (2003: 443f.): „Medien, als Instrumente der Erweiterung der den Menschen gegebenen Sinne verstanden, zielen – allgemein gesehen – darauf, die räumlichen und zeitlichen Bindungen des Menschen partiell aufzuheben, ihm zumindest mithilfe der Medien die Möglichkeiten zu geben, Zeit und Raum unter bestimmten Bedingungen zu beeinflussen und vor allem deren die Wahrnehmung begrenzende Wirkungen tendenziell aufzuheben“ (ebd.: 443).

¹⁰ Für die ausführliche Definition vgl. die Kapitel 5. Bis 5.4.

Forschung wurde die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit, zumindest bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts und zumeist mit dem essentialistischen Argument einer fehlenden gesamteuropäischen Identität, nicht selten in Frage gestellt (vgl. etwa Bach 2008, Kielmansegg 1996; Schlesinger 1995; Grimm 1995 sowie Kapitel 5.1. dieser Arbeit).

Die moderne Kommunikationstechnik bleibt gleichwohl ein wichtiger, sie ist aber mitnichten ein alleinentscheidender Faktor und sie kann keinesfalls hinreichender Bestandteil der komplexen Kategorie europäischer Öffentlichkeit sein. Die Kern-Analyse der vorliegenden Arbeit wird sich am Beispiel digitaler Netzwerkkommunikation dennoch auf Informations- und Kommunikationstechnologien fokussieren und auf deren Basis nach spezifischen, durch Technik bedingten Möglichkeiten soziologischen und kulturellen Wandels fragen. Um in diesem Rahmen nicht Gefahr zu laufen, transnational-europäische Kommunikation als rein gegenwärtiges, weil auf den technischen Fortschritten des späten 20. sowie des 21. Jahrhunderts basierendes Phänomen zu klassifizieren, soll im Folgenden ein historisches Modell herausgearbeitet werden, dass die Frage nach Elementen von Europa- und Öffentlichkeitsbewusstsein in einen gänzlich anderen, in den historischen Kontext des 18. Jahrhunderts einbettet. Hierzu werden die sich spezifisch in diesem Jahrhundert vollziehende Entstehung und die Verfestigung der Kategorie der bürgerlichen Öffentlichkeit, sowie daran anschließend, die Frage nach transnational-europäischen Öffentlichkeitsstrukturen und der zumindest im Kreis gesellschaftlicher und intellektueller Eliten existenten Vorstellung eines einheitlichen und interdependenten europäischen Kontinents und Kommunikationsraumes behandelt. Anhand dessen soll anschließend diskutiert werden, inwieweit spezifischen Europavorstellungen, Öffentlichkeitsvorstellungen und schließlich der Verdichtung europaweiter Diskurse im 18. Jahrhundert zumindest punktuell ein modellhafter Charakter für die gegenwärtige Diskussion um die Kategorie europäischer Öffentlichkeiten zugesprochen werden kann.

Die zeitliche Begrenzung auf das 18. Jahrhundert ist dabei mitnichten eine willkürliche. Sie trägt vielmehr diesem Zeitraum als Hochphase einer europaweit stattfindenden ideologischen Bewegung und der aus dieser Bewegung sich ergebenden gesellschaftlichen Transformationen Rechnung: der Aufklärung. Die Vielzahl ideengeschichtlicher Vorstellungen und politischer wie sozialer Umbrüche, die heute unter dem Etikett ‚Aufklärung‘ subsummiert werden, erscheinen aus mehreren Gründen geeignet, um die gegenwärtige Diskussion über eine europäische Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert historisch zu konnotieren. Von grundlegender Bedeutung ist dabei neben den spezifischen Europa-Ideen der Aufklärung auch die Entwicklung normativer Vorstellungen der

Kategorien Öffentlichkeit und Bürgertum in dieser Epoche. „Öffentlichkeit“, so schreibt Hagen Schulz-Forberg (2010: 51), „ist ein während der Aufklärung entstandener Grundbegriff politischer Legitimation in Europa und umfasst als solches komplexe soziale Prozesse und deren politische Wirkung und Auswirkung, das Recht der Bürger auf Kritik am Staat, sowie die Notwendigkeit von Öffentlichkeit zur Legitimation politischer und legaler Entscheidungen.“

Ideengeschichtlich liegt einem die Aufklärung in den Mittelpunkt rückenden Bild des 18. Jahrhunderts die Wahrnehmung eben dieses Säkulum als „historischer Begriff mit unscharfen Rändern“ (Schneiders 2003a: XIX) zugrunde. Das 18. Jahrhundert ist demnach vor allem das Jahrhundert der anbrechenden Moderne: ein „geschichtliche[r] Interaktionszusammenhang von mehr oder weniger revolutionären, aber auch mehr oder weniger reaktionären Bewegungen, die alle, teils sehr eng, teils auch nur locker, miteinander verknüpft sind, die aber fast alle, von heute aus gesehen, mehr oder weniger modern sind und mehr oder weniger die Modernität mitbegründet haben“ (ebd.). Wie die ausschnitthafte Analyse der Kategorien Europa, Öffentlichkeit und Bürgertum im 18. Jahrhundert aufzeigen wird, gibt es für diese Modernisierungshypothese eine Reihe gewichtiger Argumente. Dabei können und sollen die folgenden Betrachtungen weder den Anspruch erheben, eine umfassende Darstellung der Aufklärung als philosophischer, kultureller, politischer, gesellschaftlicher oder künstlerischer Epoche zu leisten, noch sollen sie die Europabilder der Gesellschaften dieser Epoche in all ihren Verzweigungen, Ambivalenzen und Vielschichtigkeiten abbilden. Wohl aber kann selbst eine eklektizistische Darstellung gemeinsame und einheitliche europäische Grundstrukturen, intellektuelle Denkmuster und sozio-historische Wandel skizzenhaft aufzeigen, die sich dann als aufschlussreich auch für die Frage nach europäischer Öffentlichkeit in der Gegenwart erweisen können. Dabei bleibt zu betonen, dass der folgende Zugang stark ideengeschichtlich geprägt ist und sich stets auf die gesellschaftliche und intellektuelle Elite der Zeit bezieht. Mentalitäts- oder gesellschaftsgeschichtliche Untersuchungen würden andere Fragen stellen müssen und mit Wahrscheinlichkeit zu anderen Ergebnissen gelangen.

Die Geschichtswissenschaft hat immer wieder betont, dass sich, besonders innerhalb der intellektuellen Eliten der europäischen Staaten, „um 1700 ein breites Europa-Bewusstsein durchgesetzt hat“ (Duchhardt 1992: 121). Ältere einheitsstiftende Begriffe und Denkmuster zur Bezeichnung des europäischen Kontinents wie *Christenheit* oder *Okeziðent* wurden im Zuge eines Prozesses, der sich im Verlauf des 18. Jahrhunderts ansiedeln lässt,

durch den Begriff und die langsame Bewusstwerdung eines zusammenhängenden Europa ersetzt: „Die Langzeitwirkungen der Entdeckungen, der Renaissance, der Reformation und schließlich der Aufklärung trugen dazu bei, dass die *respublica christiana* im 18. Jahrhundert, und dies sogar im allgemeinen Sprachgebrauch, definitiv durch Europa verdrängt wurde“ (Eggel 2009b: 7). Während die Charakteristika des „alten“ Europa, so betont Dominic Eggel (ebd.), in „feudalständischen Gesellschaftsprinzipien, elitären Kulturvernetzungen und einem dynastischen Gleichgewichtsprinzip“ zu sehen waren, wandelten sich diese tradierten Muster während des 18. Jahrhunderts im Verlauf eines Prozesses, an dessen Ende „die universalistischen Ansprüche der Französischen Revolution“ sowie die Phase der „darauffolgenden internationalen Instabilität“ (ebd.) verschiedene alte Gewissheiten endgültig in Frage stellten. Als Konsequenz der enormen und bei weitem nicht auf Frankreich beschränkten geistigen, aber auch politischen Umbrüche infolge der Französischen Revolution erfolgte schließlich

„ein diskursiver Wettstreit über die Definition Europas, bei der sich der Kontinent immer mehr als identitätsstiftende Einheit und imaginierte kollektive Größe in einer Zeit paradigmatischer Unsicherheiten entpuppte. Da die Nation zu diesem Zeitpunkt – ganz zu schweigen vom Nationalstaat – ihren späteren quasi-hegemonialen Status noch nicht erreicht hatte, stellte Europa durch seine Plastizität und Unbestimmtheit eine äußerst attraktive und variable Projektionsfläche dar“ (ebd.: 7f.).

Dabei war das Europabild des 18. Jahrhunderts maßgeblich gekennzeichnet von einer „neue[n] Einstellung zur politischen Raumordnung“ (Lottes 2009: 33). So hatten in der europäischen Geschichte bis zum 18. Jahrhundert die Binnenmeere und die Flüsse des Kontinents „entscheidend zu der für Europa typischen politischen und kulturellen Diversität beigetragen [...], weil sie politische Konkurrenz- und kulturelle Transferräume schufen, die sich nur schwer und nie dauerhaft hegemonial überformen ließen“ (ebd.: 30). Diese geographischen Hindernisse für politische Konzentrations- und Vereinheitlichungsprozesse führten dazu, dass es nach dem Ende des Römischen Reiches im 7. Jahrhundert mit der Ausnahme des „Zwischenspiel[s] der karolingischen Eroberermonarchie“ (ebd.: 31) keine den Kontinent einheitlich umspannende politische Kraft mehr gab (vgl. hierzu auch Hobsbawm 1997: 278). Europa war zu einer hegemonial aufgeteilten Landmasse geworden, bei der neben dynastischen Ansprüchen vor allem historisch gewachsene Staatsgrenzen eine „strukturbildende Wirksamkeit“ (Lottes 2009: 31) erlangt hatten, wie es nirgendwo sonst auf der Welt der Fall war.

Im 18. Jahrhundert jedoch wurde der Blick auf diese alten Staatsgrenzen einer neuen Rationalität unterworfen. Verstärkt kamen Bestrebungen auf, nach denen das politische Europa – ganz im Zeichen der Aufklärung – „nach vernünftigen Gesichtspunkten

gestaltet“ (ebd.: 33) werden sollte. Innereuropäische Grenzziehungen wurden in der Wahrnehmung vieler Entscheidungsträger mehr und mehr nun zu einer

„pragmatische[n] Angelegenheit, bei der geographische Faktoren zu Buche schlugen und die potenzielle militärische oder politische Stärke der Akteure in Rechnung gestellt werden mussten. Wenn dies Korrekturen der historisch gewachsenen Grenzen erforderlich machte, dann musste dies in Kauf genommen werden“ (ebd.).

Diese neuen Überlegungen gründeten in dem im 18. Jahrhundert immer wieder aufkommenden Wunsch nach einem politischen Austarieren der europäischen Raumordnung, bei der eine „Machtbalance“ und ein „Status quo“ (ebd.) entstehen sollten, von denen man sich erhoffte, dauerhafte Konflikte auf dem Kontinent einzudämmen oder gar von vornherein zu verhindern. Von den Beschlüssen des Friedens von Utrecht, der 1713 den Spanischen Erbfolgekrieg beendete, bis zum auf die Wirren der Napoleonischen Kriege¹¹ folgenden Wiener Kongress 1814/15 lässt sich dieses politische Grundanliegen aus der Retrospektive immer wieder erkennen (vgl. ebd.: 34). Erst im 19. Jahrhundert, als die „Volkssouveräne der politischen Moderne“ (ebd.: 35) in Europa die Oberhand gewannen und sich die Fürstenstaaten zu Nationalstaaten weiterentwickelten, wurde dieses im 18. Jahrhundert immer wieder aufkommende paneuropäische Raumkonzept vom Konzept der Nationalstaaten und Nationalkulturen überholt:

„Hatten sich die Staaten des frühneuzeitlichen Europas nur politisch voneinander abgegrenzt, ansonsten aber an einer gemein-europäischen Adelskultur teilgenommen, so strebten die Nationalstaaten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts nach kultureller Abgrenzung, nach Identität durch die Konstruktion der Alterität der Nachbarn und der anderen Nationen in Europa und der Welt“ (ebd.).

Das Konzept der europäischen Raumordnung, der Integration als friedenssichernder Kraft, lässt sich bei den unterschiedlichsten Vordenkern der Aufklärung nachvollziehen. Einer der berühmtesten Europa-Theoretiker unter ihnen war der Philosoph und Publizist Charles Irénée Castel de Saint-Pierre, der sich mit seinem 1708 verfassten „*Projet pour rendre la paix perpétuelle en Europe*“ kein geringeres Ziel gesetzt hatte als den Aufbau einer politischen europäischen Union. Der Franzose erlebte die für sein Land wirtschaftlich und finanziell verheerenden Konsequenzen des seit 1701 andauernden Spanischen Erbfolgekrieges, die ihm schließlich den Zusammenhang zwischen den „inneren, gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen und der äußeren Konkurrenzsituation des Staatensystems“ (Beiderbeck 2009: 49) in Europa vor Augen führten. Aus der Überlegung heraus, „dass die

¹¹ Auf die große Bedeutung Napoleons für die Gestaltung der politischen Landschaft Europas im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert kann an dieser Stelle aus Umfangsgründen nicht näher eingegangen werden. Siehe hierfür etwa: Boreors 2012.

internationale Staatengemeinschaft über keine durchsetzungsfähige, notfalls zu Gewaltmaßnahmen greifende Schiedsgerichtsbarkeit verfügt, mit denen auch die Mächtigsten zur Einhaltung getroffener Entscheidungen gezwungen werden könnten“ (ebd.: 50), entwickelte Saint-Pierre die Vision eines „Sénat Européen“, in dessen Rahmen sich die einzelnen europäischen Herrscher dem Willen einer „Société Européenne“ (Saint-Pierre, *Projet pour rendre la Paix*, zit. n. ebd.) unterwerfen sollten. In seiner Vermittlerfunktion sollte dieser Senat nach den Vorstellungen Saint-Pierres europäische „Konflikte auf dem Schiedswege lösen“ (ebd.). Geradezu prototypisch für ein in den Prämissen der Aufklärung denkendes 18. Jahrhundert ist an diesen Überlegungen nicht nur die aus dem Paradigma der *Ratio* heraus motivierte Emanzipation von tradierten politischen Herrschaftsstrukturen, sondern – im Bezug auf ein aufkommendes europäisches Bewusstsein – auch die bereits angesprochene und aus dem selben Paradigma erklärbare Bereitschaft, althergebrachte Raumgrenzen zu opfern. So sollte Saint-Pierres Europäischer Senat über 22 Mitglieder verfügen – das Deutsche Reich sollte dafür in Bayern, Preußen, Österreich, Pfalz und die Geistlichen Kurfürsten aufgeteilt, Hannover Teil Englands, Sachsen Teil Polens werden und dem Kaiser nur die Habsburgischen Erblande bleiben (vgl. ebd.). Dass diese Vision auch in Gelehrtenkreisen auf heftige Kritik gestoßen ist, verwundert aus heutiger Sicht kaum. „Darinn der Kayser nicht willigen kann noch wird“, bemerkte etwa Gottfried Wilhelm Leibniz in einem 1716 verfassten Brief an die Prinzessin Elisabeth Charlotte von der Pfalz (zit. n. ebd.: 57). Entbehren Saint-Pierres Überlegungen tatsächlich weitgehend jeglichen politischen Realismus, so sind sie dennoch – und gerade darin – auch symptomatisch für ein in gewissen Kreisen intellektueller Eliten kontingenter werdendes Europabewusstsein im 18. Jahrhundert, das seine Antriebskraft aus der aufklärerischen Maxime der Vernunft ebenso wie aus einer immanenten Kriegsmüdigkeit ableitete.

Etwas anders akzentuiert als bei Saint Pierre, der in seinem *Projet pur rendre la paix* „die historische Entwicklung mit dem Postulat vernunftorientierten Handelns in ein konstruktives Wechselverhältnis“ (ebd.: 53) gestellt hat, findet sich die Verknüpfung der aufklärerischen Vernunft-Prämisse mit der Vorstellung einer europäischen Einheitlichkeit bei Voltaire. Nach Volker Steinkamp (2003: 58) ist Europa „nicht nur als geographischer Begriff in Voltaires Werk beinahe omnipräsent, auch als Bezeichnung eines zivilisatorischen Gebildes stellt es in seinen essayistisch-philosophischen Schriften eine feste Größe dar“. Wohl nirgendwo zeigt sich dies so deutlich wie im 1756 erschienenem *Essai sur les moeurs et l'esprit des nations*. Voltaire ist hier im Vergleich zu Saint-Pierre weniger von utopischen Friedensvorstellungen geleitet; vielmehr betont er, dass man sich bereits in

einem aufgeklärten Jahrhundert, in einem „siècle éclairé“ (zit. n. ebd.) befände. So nähme Europa bereits seit dem 17. Jahrhundert eine, verglichen mit anderen Teilen der Welt, konkurrenzlose Vorreiterstellung ein: „Dans la siècle passé les hommes ont acquis plus de lumières, d’un bout de l’Europe à l’autre“ (*Essai sur les mœurs*, zit. n. ebd.: 67). Voltaire zeichnet im *Essai* ein Europa-Bild, in dem sich die europäischen Staaten gerade dadurch von anderen Teilen der Welt unterscheiden, dass sie „ungeachtet der zwischen ihnen bestehenden Unterschiede durch die gemeinsame christliche Religion und durch allgemein anerkannte politische und zivilisatorische Grundregeln“ (ebd.: 57) eine gewissermaßen kulturelle Einheit bilden. Auch diese Interpretationsrichtung einer paneuropäischen Werteverbundenheit ist typisch für die Aufklärer des 18. Jahrhunderts. Weit wirkungsmächtiger denn als politische Größe, so schreibt etwa Lottes (2009: 21), sei Europa in diesem Zeitraum als „kulturelle Konstruktion und virtueller Bezugsrahmen“ gewesen.

Bei Voltaire, besonders im *Essay sur les mœurs*, zeigt sich dieser virtuelle Bezugsrahmen in einer „Synthese von aufklärerischer und europäischer Selbstreflexion“ (Steinkamp 2003: 58), die – auch das ist bei den Denkern der Aufklärung keine Seltenheit – in der eigenen Euphorie über die europäischen Formen der Aufklärung einen deutlichen Hang zum Eurozentrismus aufweist. Letzterer lässt sich in Voltaires *Essay sur les mœurs* etwa dort erkennen, wo der Autor den „besonderen Charakter der europäischen Sitten und des europäischen Geistes hervor[hebt], der sich grundsätzlich von dem der Türken und Araber unterscheidet“ (Coester 2009: 104). Die Behauptung Voltaires, dass es auch den Bewohnern Asiens „an ‚delicatesse‘ [mangelt], da die Frauen nicht Teil der Gesellschaft“ (ebd.: 105) seien, lässt sich ebenfalls in diese Richtung interpretieren. Es ist schließlich Montesquieu, der diesen kulturellen europäischen Primatenanspruch in seinem 1748 erschienenem Buch *De l’esprit de loix* auch auf den Bereich des Politischen ausdehnt, indem er den europäischen Kontinent hier zur „alleinigen Heimat der Freiheit“ (zit. n. Steinkamp 2003: 198) stilisiert. Ideengeschichtlich inspiriert durch die Aufklärung und politisch gefestigt durch einen Zustand „relativer innerer und äußerer Stabilität“, in dem „dank des nach dem Utrechter Friedensvertrag von 1713 etablierten Gleichgewichtssystems die Gefahr einer Universalmonarchie für immer gebannt zu sein scheint“ (ebd.), erleben die aufklärerisch-intellektuellen Elitendiskurse über Europa im Verlauf des 18. Jahrhunderts also so etwas wie eine Hochphase der von Zusammengehörigkeit geprägten Selbstwahrnehmung.

Damit sind die Gründe für ein in diesem Zeitraum neu entstehendes, transnational existentes Europa-Bewusstseins der gebildeten Schichten skizzenhaft umrissen. Freilich gilt es hier hinzuzufügen, dass sich ein solches Bewusstsein in keiner Weise gleichsam für die

breiten Bevölkerungsschichten konstatieren lässt und auch politisch immer wieder durch Kriege konterkariert wurde. Dennoch: Der Aufklärung, als jene die intellektuellen Entwicklungen verursachende und gleichsam im Kern zusammenhaltende Bewegung kam für das Europa-Bild der Eliten zweifellos eine überragende Bedeutung zu.¹²

¹² Gleichwohl gilt es an dieser Stelle, einen kurzen geschichtswissenschaftlichen Exkurs vorzunehmen, der auf zwei Einschränkungen eingeht, die unter Historikern heute weitgehend konsensfähig sind: Der erste Punkt betrifft die Kritik an einem teleologischen Zusammenhang zwischen Aufklärung und Französischer Revolution, wie ihn die Geschichtswissenschaft bis in das späte 20. Jahrhundert hinein noch auf breiter Ebene konstatiert hat. Die Revolution galt dieser vormaligen Interpretationsrichtung nach als „Verwirklichung des Programms der Aufklärung, diese wiederum als geistige Vorbereitung der Revolution, indem sie durch die Waffe der Kritik die Grundlagen des Ancien Régime unterminierte und den Menschen ihr Recht und ihre Fähigkeit zuerkannte, die bestehenden Verhältnisse umzusetzen und von Grund auf neu zu gestalten“ (Asbach 2005: 18). Da sich die politischen und gesellschaftlichen Gravitationen der Revolution unzweideutig auf dem gesamten europäischen Kontinent niederschlugen, waren die logischen Konsequenzen dieser These, die Spezifika der französischen Aufklärung nicht nur als Wegbereiter der Revolution zu deuten, sondern – das ist der zweite Punkt – „in der *französischen* Aufklärung die avancierteste Gestalt der *europäischen* Aufklärung insgesamt und sie somit als prototypisch zu sehen“ (ebd.). Man sprach deshalb von einer „‚französischen‘ europäischen Aufklärung“ (Asbach 2005: 19).

Dass diese Betrachtungsweise von der jüngeren Geschichtswissenschaft zumindest in ihrer Absolutheit weitgehend revidiert wurde, ist für die Frage nach einheitlichen europäischen Denk- und Handlungsmustern während der Aufklärung von nicht zu unterschätzender Bedeutung. So sind sich die Historiker heute weitgehend einig, dass es erstens zu kurz greift, die Französische Revolution als zwangsläufigen Höhe- und Endpunkt der Aufklärungsbewegung zu betrachten und dass es – zweitens und im Zuge dessen – diskutabel ist, von einer europaweit einheitlichen, stark französisch dominierten Aufklärung zu sprechen. Dabei wehrt sich der erste Revisionsschritt besonders gegen die Prämisse, die Aufklärung „selektiv“ wahrzunehmen, „insofern man die von ihr geprägte Epoche teleologisch von ihrem (revolutionären) Ende her interpretiert und sie dadurch nur mehr ‚in Relation zu dem Phänomen zu verstehen [versucht], das man für [ihr] zwangsläufiges Ergebnis hält“ (ebd.: 20). Nach dem zweiten Paradigmenwechsel kann zwar weiterhin konstatiert werden, dass die Aufklärung „eine im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts in den unterschiedlichen Ländern fast gleichzeitig einsetzende europäische Erscheinung gewesen ist“ (ebd.: 21); dennoch sei „nicht zu übersehen, dass sie nicht nur im Hinblick auf ihre Entstehung, sondern auch auf die Dynamik wie den Charakter ihrer weiteren Entwicklung in einem überraschenden Maße nationale Besonderheiten aufgewiesen hat“ (ebd.). Hierzu sei im Folgenden skizzenhaft auf die unterschiedlichen Entwicklungen der Aufklärung in England, Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation hingewiesen, welche zumeist im Mittelpunkt von Betrachtungen europäischer Aufklärung stehen (vgl.: Wendelin 2011: 23).

In England, wo sich die *Glorious Revolution* von 1688 retrospektiv als politisch institutionalisierter Beginn der Aufklärung ansehen lässt, standen die „innovativen geistigen, religiösen und politischen Intentionen der Aufklärer“ eben aufgrund der von dieser Revolution erzielten institutionellen wie ideologischen Veränderungen „weitgehend im Einklang mit den Mächten der Gesellschaft“ (Schneiders 2003a: XX). Die *Glorious Revolution* wird somit, durchaus im Einklang mit aufklärerischen Grundwerten, als vergleichsweise früher „Sieg eines relativ liberalen Protestantismus und Parlamentarismus über die Tendenzen zum politischen Absolutismus und die Konflikte des religiösen Fundamentalismus“ (ebd.) verstanden. Hinzu kam in England eine – im Gegensatz zu Frankreich – große soziale Durchlässigkeit zwischen Adel und Bürgertum, welche Mitgliedern letzteren Standes die Möglichkeit eröffnete, verstärkt an ökonomischen Fortschritten zu partizipieren, wodurch soziale Spannungen zwischen den Ständen vergleichsweise gering ausfielen (vgl.: Asbach 2005: 22). Es lässt sich mit Olaf Asbach konstatieren, dass in England „eben jene Problemlagen, Frontlinien und Gegner fehlten, die in Frankreich die Dynamik der Aufklärungsbewegung [und mithin auch die Dynamik der Revolution!, *D.W.*] wesentlich

Fragt man nach den länderübergreifenden Gemeinsamkeiten, dem charakteristischen pan- oder zumindest kerneuropäischen Nukleus der Aufklärung, so gilt es zunächst zu konstatieren, dass es sich um eine doppelbödige, nämlich „geistige *und* gesellschaftliche Reformbewegung“ (Schneiders 2003a: XIX; Hervorhebung durch *D.W.*) handelt, „die,

bestimmten, nämlich ein absolutistisches Regierungssystem und eine damit verbundene intolerante, die religiöse und wissenschaftliche Meinungsfreiheit unterdrückende Kirche“ (ebd.).

Für Frankreich hingegen macht Werner Schneiders die Aufhebung des Ediktes von Nantes von 1685, als Folge derer die französischen Protestanten aller religiösen und bürgerlichen Rechte beraubt wurden, als symbolisches Anfangsdatum der Aufklärung fest (vgl.: Schneiders 2003a: XXI). Hier beginnt die Aufklärungsbewegung also mit einem „Sieg des religiös fundierten monarchistischen Absolutismus und insofern mit einer Niederlage des auf mehr Freiheit gerichteten Geistes“ (ebd.). Die Bewegung habe sich daher „auch erst mit einer gewissen Verzögerung und nur in radikaler Opposition gegen Thron und Altar entwickeln“ (ebd.) können.

Eine wiederum andere Situation herrschte im Römischen Reich Deutscher Nation. Hier konnte die Aufklärung aufgrund der politisch-territorialen Zersplitterung sowie der konfessionellen Spaltung keine mit Frankreich oder England vergleichbare flächendeckende Wirkung entfalten. Sie blieb eine primär geistige Bewegung, deren „Trägerschichten weitgehend aus Mitgliedern des Regierungs- und Verwaltungsapparates, der Universitäten, Schulen und der Kirche bestanden“ (Asbach 2005: 23). Damit aber war sie „in ihren Wirkungsmöglichkeiten durch die [...] Abhängigkeit von den staatlichen und kirchlichen Autoritäten geprägt“ (ebd.). Schneiders nennt hier die „spektakuläre Einführung der deutschen Sprache an den Universitäten 1687 als symbolisches Datum“ (Schneiders 2003a: XXI) des Aufklärungsbeginns und konstatiert daraus folgend, dass sich die Bewegung „zunächst nur im akademischen Bereich, also unter weitgehender Ausklammerung der politischen und religiösen Probleme, als eine Art protestantische Kulturrevolution“ (ebd.) entwickelt habe.

Schon diese oberflächliche Betrachtung der drei „Kernländer“ (ebd.: XX) der europäischen Aufklärung verdeutlicht auf politischer ebenso wie auf religiöser Ebene eine nicht zu übersehende Heterogenität – nicht zuletzt auch bezüglich des Verhältnisses zwischen den politischen-religiösen Mächten und den Aufklärern selbst:

„Sahen sich die Aufklärer in Frankreich also einer mächtigen, wenngleich brüchigen Allianz von traditionellen politischen und sozialen Mächten und der Kirche gegenüber, wurden sie jedoch von einer sich sukzessive erweiternden Basis in sich heterogener Kräfte getragen, die mit den Verhältnissen der politischen und gesellschaftlichen Ungleichheit unzufrieden waren, und vollzog sich die Aufklärung in England weitgehend im Einklang mit den politisch und gesellschaftlich herrschenden Kreisen, so war die Lage ihrer Protagonisten in den protestantischen Gebieten des alten Reichs in doppelter Hinsicht prekär. Auf der einen Seite waren sie vom Wohlwollen und von der Protektion der fürstlichen und zum Teil auch kirchlichen Spitzen abhängig, die den Rahmen ihrer Aktivitäten bereitstellten – und die sie damit auch direkt oder indirekt inhaltlich prägten. Auf der anderen Seite existierten aufgrund der territorialen Zersplitterung und der gesellschaftlichen und ökonomischen Rückständigkeit der deutschen Länder auf dem Gebiet des Alten Reiches nicht einmal Ansätze für ein breites und selbstbewusstes Bürgertum“ (Asbach 2005: 23f.).

Mahnt diese geschichtswissenschaftliche Interpretation zur Vorsicht gegenüber einer allzu undifferenzierten Betrachtung einer einheitlichen europäischen Aufklärung, so verbietet sie gleichwohl nicht, die Aufklärung als intellektuelle und mithin faktisch reformkatalysierende Bewegung von – dem eigenen Anspruch nach – universaler Tragweite zu deuten, die ganz Kerneuropa nicht nur erfasste, sondern diesem Europa gewissermaßen auch eine neue, stärker einheitliche Selbstbestimmung verleihen wollte. Trotz der dargelegten, gewichtigen nationalen Besonderheiten lässt sich Frankreich dabei, wenn nicht als ideengeschichtlicher Alleingestalter, so doch als „Zentrum und Katalysator der europäischen Aufklärung“ (Steinkamp 2003: 175) ansehen. Diese Funktion erfüllte das Land nicht allein aufgrund der „langen Reihe bedeutender französischer Autoren der Aufklärung von Fontenelle über Montesquieu, Buffon und Rousseau bis hin zu Voltaire und den Enzyklopädisten“ (ebd.), sondern auch deshalb, weil es „den Aufklärern der anderen Nationen als Forum diente, durch das ihre Schriften und Ideen erst einem größeren europäischen Publikum bekannt“ (ebd.) wurden.

trotz aller personalen und nationalen Vielfalt [...] durch eine gewisse Einheit der Denkart geprägt war, nämlich durch einen betont nüchternen Blick auf das Gegebene, also die Vergangenheit und die Gegenwart als das Geschichtlich gewordene, gepaart mit einer immer wieder aufflackernden Hoffnung auf eine bessere Zukunft“ (ebd.). Immanuel Kants so berühmt gewordenes Diktum vom „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ (Kant 1999 [1784]: 20) fixiert gleich mehrere dieser zentralen Aspekte. In der von ihm kritisch festgemachten Selbstverschuldung der ‚Unmündigkeit‘ zeigt sich der analytisch-nüchterne Blick auf den vergangenen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustand, der propagierte ‚Ausgang‘ aus diesem steht hernach für die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Nur wenige Zeilen nach dieser Eingangssentenz des Aufsatzes *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?* präzisiert Kant diese geschichtsphilosophische Deutung:

„Wenn denn nun gefragt wird: Leben wir jetzt in einem aufgeklärten Zeitalter? so ist die Antwort: Nein, aber wohl in einem Zeitalter der Aufklärung. Dass die Menschen, wie die Sachen jetzt stehen, im ganzen genommen, schon imstande wären oder darin auch nur gesetzt werden könnten, in Religionsdingen sich ihres eigenen Verstandes ohne Leitung eines andern sicher und gut zu bedienen, daran fehlt noch sehr viel. Allein, dass jetzt ihnen doch das Feld geöffnet wird, sich dahin frei zu bearbeiten, und die Hindernisse der allgemeinen Aufklärung oder des Ausganges aus ihrer selbstverschuldeten Unmündigkeit allmählich weniger werden, davon haben wir doch deutliche Anzeigen“ (ebd.: 26).

Kant schreibt dieses Essay 1784 – zu einer Zeit, in der sich die Aufklärung längst über den Kontinent ausgebreitet hatte. Indem er für den Erfolg von Aufklärung keinerlei ständische, nationale oder religiöse, sondern zunächst eine innerliche, im individuellen Subjekt realisierbare Bedingung anführt, lässt er an ihrer universalen Gültigkeit, an der Aufklärungsfähigkeit *aller* Menschen keinen Zweifel: „Zu dieser Aufklärung aber wird nichts erfordert als die Freiheit; und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die: von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen“ (ebd.: 21). Auf diese Prämisse der Öffentlichkeit des Vernunftgebrauchs wird später noch detaillierter einzugehen sein.

Aufklärung in diesem vernunftzentrierten Sinn zielte beim Individuum „zunächst vor allem auf eine Aufklärung des Verstandes“ (Wendelin 2011: 25) und beabsichtigte im gleichen Zug eine „Abwertung der jetzt spekulativ genannten ewigen Prinzipien gegenüber dem empirischen Erkennen des Wirklichen“ (ebd.). Die Enttäuschung gegenüber diesen ewigen, meist religiös, aber auch feudalistisch fundierten und bis *dato* faktisch nicht hinterfragbaren gesellschaftlichen und ständischen Prinzipien führte, mit regionalen Unterschieden, in Europa bereits ab dem Ende des 17. Jahrhunderts zu einer Situation, in

der sich „viele nachdenkliche Geister [...] enttäuscht [zeigten,] von der Religion und der Politik, die sich überall mörderisch verbündet haben“ (Schneiders 2003a: XX) und im Zuge dessen begannen, „zum Teil von den neuen Wissenschaften beflügelt, programmatisch auf Reformen zu denken“ (ebd.). Der gesellschaftliche und politische Zustand des Ancien Régime wurde zunehmend als „alte Autorität“ (Wendelin 2011: 26) wahrgenommen, die mit den neuen Vernunftprinzipien nicht mehr in Einklang zu bringen war. So avancierte „die Aufhebung des Widerspruchs ‚zwischen vernünftigen und staatlichen Zwecken‘ [...] zum ‚natürlichen Gebot‘ fortschreitender Aufklärung“ (ebd.: 27).

Dieses Gebot jedoch war zumindest für Kant – als Vertreter der deutschen, eher intellektuell geprägten Aufklärung – keinesfalls gleichzusetzten mit der Forderung nach radikalen politischen Umstürzen. Nach Kant wären diese im aufgeklärt absolutistischen Regierungssystem Friedrichs II. nicht nur nicht notwendig, sondern gar schädlich gewesen. Für ihn stand bereits fünf Jahre vor dem Sturm auf die *Bastille* außer Frage, dass durch eine „Revolution [...] vielleicht wohl ein Abfall von persönlichem Despotism und gewinnsüchtiger oder herrschsüchtiger Bedrückung, aber niemals wahre Reform der Denkungsart“ zu erzielen sei (Kant 1999 [1784]: 21). Er bezeichnet Friedrich II. hingegen explizit als „selbst aufgeklärt“ und lobt ihn als einen Herrscher, der „sich nicht vor Schatten fürchtet“ (ebd.: 27). Wie groß noch 1784 der Unterschied in der politischen Radikalität im Vergleich zum bereits vorrevolutionär aufgeladenen Frankreich war, zeigt auch Kants, wenn man so will, realpolitische Entschärfung der aufklärerischen Vernunftmaxime: So habe Friedrich II. als Herrscher alles Recht, seinem Volk zu sagen, „Räsoniert, so viel ihr wollt, und worüber ihr wollt, nur gehorcht!“ (ebd.: 27). Wird die Frage, ob die innere Besinnung auf Vernunft und der „Mut“, sich des „eigenen Verstandes zu bedienen“ (ebd.: 20), auch ein äußeres, wenn nötig gar radikal-revolutionäres Handeln legitimieren, national also sehr differenziert und den jeweiligen politischen Gegebenheiten angepasst beantwortet, so ist das neue Vernunftdenken als solches doch eine europaweite Erscheinung.

Es ist aber nicht nur der von Kant postulierte Wille, ‚von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlichen Gebrauch zu machen‘, sondern daraus folgend auch der Wille, die konkreten Lebensumstände der Menschen friedlich, mithilfe des geistigen Fortschritts zu verbessern. „Das 18. Jahrhundert träumte tatsächlich den Traum von einer besseren Welt“, schreibt Asbach (2005: 42), „aber es träumte ihn nicht nur, sondern es wollte ihn realisieren“. Diese Interpretation rekurriert erneut auf die bereits angesprochene, für die Aufklärung zentrale dualistische Verzahnung von intellektuell-geistigen Forderungen und deren praktischer,

strukturell-institutioneller Implementierung in Gesellschaft und Politik. Ein zentrales und unzweifelhaft europaweit gültiges Beispiel für diese Doppelbödigkeit stellt die im 18. Jahrhundert verstärkt aufkommende Forderung nach einer neuen Form von Öffentlichkeit in Politik und Gesellschaft dar. Ideologisch ergab sich diese Forderung unmittelbar aus der Vernunftzentrierung selbst: Wenn nach den Vorstellungen der Aufklärung das politische und gesellschaftliche, aber auch das individuelle Handeln eines jeden Bürgers und Menschen auf Vernunft und freiheitlichem Denken basieren sollten, so musste die Kategorie Öffentlichkeit sich zwangsläufig „zu einem unverzichtbaren Element dieser Ideologie“ (Wendelin 2011: 27) entwickeln. Nur auf diese Weise konnte sich die Freiheit des Denkens flächendeckend ausbreiten und jedermann gleichsam erreichen. Der Ausgang aus der Unmündigkeit in einen Zustand, indem man sich seines eigenen Verstandes bedienen konnte, forderte von Staat und Gesellschaft aus zwei Gründen ein reformiertes, stärker transparentes Handeln: Zum ersten war die Aufklärung, trotz aller Betonung der subjektiven Freiheit, ihrem Selbstverständnis nach eine universale und zwangsläufig die gesamte Gesellschaft betreffende Entwicklung, die auch nur im gesellschaftlichen und damit öffentlichen Verbund erfolgsversprechend wirken konnte. Kant spricht in diesem Sinne davon, dass es nur Wenige gäbe „denen es gelungen ist, durch eigene Bearbeitung ihres Geistes sich aus der Unmündigkeit herauszuwickeln und dennoch einen sicheren Gang zu tun. Dass aber ein Publikum sich selbst aufkläre, ist eher möglich; ja es ist, wenn man ihm nur Freiheit lässt, beinahe unausbleiblich“ (Kant 1999 [1784]: 21). Er unterscheidet in diesem Zusammenhang explizit den öffentlichen vom privaten Gebrauch der Vernunft. Während ersterer „jederzeit frei sein“ müsse und „allein [...] Aufklärung unter Menschen zustande bringen“ könne, dürfe letzterer „öfters sehr enge eingeschränkt sein, ohne doch darum den Fortschritt der Aufklärung sonderlich zu hindern“ (ebd.: 22). Es ist also gerade die *durch* öffentlichen Gebrauch und *in* der Öffentlichkeit sich herausbildende Vernunft, von der man annahm, dass sie zur Freiheit und zur Besserung der Lebensumstände *in toto* führe.

Der zweite Grund für die aufkommende Forderung nach mehr Transparenz im staatlichen Handeln betrifft eine neue Vorstellung von Öffentlichkeit als Instanz zur Überprüfung des Vernunftgrades eben dieser staatlichen und politischen Handlungen. Öffentlichkeit als „Garant für vernünftige Herrschaftsausübung“ (Wendelin 2011: 27) bekam im Zuge der Aufklärung verstärkt die Funktion zugesprochen, „politische Herrschaft, die in ihrem Sinne praktiziert wird, als vernünftige Herrschaft [zu] legitimieren“ (ebd.). Auch diese Haltung findet sich bei Kant sehr pointiert, in seinem Spätwerk *Zum Ewigen Frieden* von 1795. Kant

benutzt hier den im 18. Jahrhundert gebräuchlicheren Begriff der „Publizität“¹³, „deren Möglichkeit ein jeder Rechtsanspruch in sich enthält, weil ohne jene es keine Gerechtigkeit (die nur als *öffentlich kundbar* gedacht werden kann), mithin auch kein Recht, das nur von ihr erteilt wird, geben würde“ (Kant 1985 [1795]: 92). Publizität ist im Rahmen staatlichen Handelns also nicht bloß möglich, sie ist – und hier kommt der politische Gehalt der Aufklärung an einen entscheidenden Punkt – vielmehr notwendig, weil staatliches Handeln in Form von Rechtsansprüchen gegenüber den Bürgern ohne öffentliche Bekanntmachung, Vermittlung, Erklärung und schließlich öffentliche Überprüfung weder Gerechtigkeit noch überhaupt den Status von Recht für sich in Anspruch nehmen könne.¹⁴ „Dieses Prinzip“, erklärt Kant und bringt damit am Ende des Aufklärungsjahrhunderts noch einmal die Dualität der Bewegung zwischen Geist und Realität auf den Punkt, sei „nicht bloß als *ethisch* (zur Tugendlehre gehörig), sondern auch als *juridisch* (das Recht der Menschen angehend) zu betrachten“ (ebd.: 93). Die rationale Erklärung für die Einstufung der Öffentlichkeit bzw. Publizität als elementare Bedingung für jegliches, vor allem aber für staatliches Handeln liefert er gleich mit:

„Denn eine Maxime, die ich nicht darf laut werden lassen, ohne dadurch meine eigene Absicht zugleich zu vereiteln, die durchaus verheimlicht werden muß, wenn sie gelingen soll, und zu der ich mich nicht öffentlich bekennen kann, ohne daß dadurch unausbleiblich der Widerstand aller gegen meinen Vorsatz gereizt werde, kann diese notwendige und allgemeine, mithin a priori einzusehende, Gegenbearbeitung aller gegen mich nirgend wovon anders, als von der Ungerechtigkeit her haben, womit sie jedermann bedroht“ (ebd.: 93f.).

Die Argumentation Kants kulminiert schließlich in der Feststellung, dass „alle Maximen, die der Publizität *bedürfen* (um ihren Zweck nicht zu verfehlen), [...] mit Recht und Politik vereinigt zusammen[stimmen]“ (ebd.: 103). Politisches Handeln, das nur durch Publizität seinen Zweck erreichen könne, müsse also *eo ipso* auch „dem allgemeinen Zweck des Publikums (der Glückseligkeit)“ (ebd.) entsprechen. Hierin liegt nach Kant „die eigentliche

¹³ Zur begriffsgeschichtlichen Entwicklung des Wortes „Öffentlichkeit“ siehe: Hölscher 1993.

¹⁴ Es sind dann – nur ein paar Jahre, nach dem Kant seinen Begriff der Publizität als Maxime staatlichen Handelns erläutert hat – vor allem die preußischen Reformer, namentlich Karl August von Hardenberg, Karl Freiherr von Stein zum Altenstein sowie Karl Freiherr vom und zum Stein, welche das Prinzip der Publizität aus der Perspektive in Verantwortung stehender Staatsmänner aufgreifen und innerhalb des preußischen Staates hoch entwickelte Mechanismen staatlicher Öffentlichkeitsarbeit etablieren, die bei genauerer Analyse bereits deutlich moderne Züge tragen (vgl. hierzu vor allem die Analyse von Kinczik [1997: 71-81]). Die von den drei Staatsmännern etablierten, unterschiedlichen Formen der Regierungspublizistik sollten allerdings aus heutiger Sicht nicht im aufklärerischen Sinne als rationale Kommunikation überhöht werden. Zwar besaß etwa Hardenberg durchaus so etwas wie eine „Sensibilität für die publizistische Legitimation seiner Verwaltungsführung“ (Andrea Hofmeister-Hunger, zit. n. ebd.: 76), gleichzeitig aber, so schreibt Kinczek, war er im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit „der Manipulation keineswegs abgeneigt“ (ebd.: 73).

Aufgabe der Politik“ (ebd.): Die eigenen Zwecke mit den Zwecken des Publikums in Übereinstimmung zu bringen. Das alles überlagernde Prinzip der Publizität – im Sinne öffentlichen Vernunftgebrauchs, öffentlicher Aufklärung möglichst aller Menschen und nicht zuletzt als Legitimation politischen Handelns *durch* Öffentlichkeit selbst – wird damit in organischer Weise eins mit der Kernmaxime der Aufklärung: „Von seiner Vernunft ‚in allen Stücken‘, jederzeit und frei einen ‚öffentlichen Gebrauch‘ zu machen, sofern es um die allgemeinen Belange der Menschen geht“ (Keul 1997: 144; innere Zitate: Kant, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?*).

Im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (im Folgenden auch: *Strukturwandel*) hat Jürgen Habermas diesen Kant’schen Topos der Publizität als frühe, aber „theoretisch ausgereifte Gestalt“ einer bürgerlichen Öffentlichkeit gedeutet (Habermas 1990: 178), die er in seiner Habilitationsschrift dann selbst in prägender Weise theoretisiert hat, zu der aber bereits Kant „nur noch der Name der ‚öffentlichen Meinung‘“ (ebd.: 184) gefehlt habe. Habermas, der Kant attestiert, Öffentlichkeit „als Prinzip der Rechtsordnung und Methode der Aufklärung zumal“ (ebd.: 180) verstanden zu haben, beschreibt ebenfalls die bereits angesprochene Dualität von individueller Aneignung und öffentlichem ‚Auftrag‘ der Aufklärung:

„Im Hinblick auf den einzelnen bezeichnet sie diese eine subjektive Maxime, nämlich selbst zu denken. Im Hinblick auf die Menschheit im ganzen bezeichnet sie eine objektive Tendenz, nämlich den Fortschritt zur vollkommen gerechten Ordnung. In beiden Fällen muss Aufklärung durch Öffentlichkeit vermittelt werden“ (ebd.).

Damit ist der zweite Dualismus von Aufklärung, den Wendelin in Anlehnung an Werner Schneiders als Komplementarität von „rationalistischer“ und „emanzipatorischer“ Selbstdeutung der Aufklärung beschreibt (Wendelin 2011: 24), ebenfalls schon angedeutet: Zum einen soll Aufklärung mit ihrem unerschütterlichen Glauben an die Kategorie der Vernunft die Funktion wahrnehmen, politische Herrschaft durch öffentlichen Vernunftgebrauch zu legitimieren und zu rationalisieren¹⁵: „Der Staat ist das, worauf die Öffentlichkeit zielt, um ihre Meinungen in Entscheidungen umzusetzen. Die Vernunft ist das, worauf die Öffentlichkeit sich beruft, um diese Meinungen mit Gründen zu versorgen“ (Dirk Baecker, zit. n. ebd.: 27). Zum anderen aber begnügt sich die Aufklärung

¹⁵ In der „Vorrede A“ seiner *Kritik der reinen Vernunft* formuliert Kant diesen Anspruch am deutlichsten: „Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muss. Religion durch ihre Heiligkeit und Gesetzgebung durch ihre Majestät wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können“ (Kant 1998 [1781]: 7)

– selbst in Deutschland, wo sie aus den genannten Gründen gegenüber der herrschenden Elite nicht grundsätzlich oppositionell eingestellt war – nicht mit der theoretischen Legitimierung politischer Herrschaft in Form von öffentlicher Bekanntmachung oder Veröffentlichung. Vielmehr betont sie stets die Relevanz öffentlicher Diskurse auch deshalb, weil diese Diskurse „eine Möglichkeit der Mitwirkung am Zustandekommen von politischen Entscheidungen für diejenigen bieten sollen, über die geherrscht wird“ (ebd.: 29). So geht mit dem Ruf nach grundsätzlicher Publizität von Herrschaft auch der vom absolutistischen Staatsmodell sich emanzipierende Ruf nach mehr Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungsprozessen einher. Im Rahmen dieser beiden parallel verlaufenden und auch interdependenten Phänomene verwandelte sich dort „das rasonierende Publikum der Menschen [...] zu dem der ‚Bürger‘, wo es sich über die Angelegenheiten des ‚gemeinen Wesens‘ verständigt“ (Habermas 1990: 183).

Damit ist die vorliegende Analyse an einem zentralen Punkt, der aufklärungsspezifischen, wechselseitigen Durchdringung von Öffentlichkeit und Bürgerlichkeit angelangt. Jürgen Habermas’ detaillierte Aufschlüsselung dieses Zusammenhangs im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* soll dazu im Folgenden nähere Betrachtung finden. Zwar ist die Habilitationsschrift in ihrer normativen Engführung und ihrer bisweilen einseitigen „Überstilisierung“ eines „Idealtypus“ der Öffentlichkeit (Imhof 2003: 200) immer wieder kritisiert und mittlerweile auch von Habermas selbst in Teilen revidiert worden (vgl. Habermas 1990: 11-50); unbestritten sind ihr jedoch bis heute zentrale Einsichten „in die Effekte der strukturellen Bedingungen öffentlicher Kommunikation auf deren Inhalt und die politische Kultur“ (Imhof 2011: 73) zu verdanken. „Keine ernst zu nehmende Analyse der gegenwärtigen Öffentlichkeitsmedien“, so zugespitzt formuliert es Oskar Negt, „kann an diesem Theorieentwurf vorbeigehen, ohne sich im Gestrüpp einzelner Medienanalysen zu verlaufen“ (Negt 2010: 303).¹⁶

Die Vorbedingungen für eine neue Selbstwahrnehmung und neue Funktionszuschreibung der gesellschaftlichen Kategorie des Bürgers, von welcher Habermas’ Öffentlichkeitsbegriff an zentraler Stelle abhängig ist, sind historisch bereits vor der Aufklärung, im 16. und 17. Jahrhundert zu suchen. Ernst Manheim analysiert die hierfür relevanten Prozesse schon knapp 30 Jahre vor Habermas, in seinen 1933 publizierten *Studien zur Soziologie der Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert*. Im Gegensatz zu Habermas beschränkt sich Manheim dabei

¹⁶ Allerdings schreibt Negt, der zum Zeitpunkt der Publikation des *Strukturwandel* Assistent bei Habermas an der Universität Heidelberg war, ebenfalls, dass diese Schrift im Grunde genommen „kein akademisches Produkt“ sondern „ein durch und durch politischer Entwurf“ sei (Negt 2010: 300).

allerdings auf das Gebiet des Heiligen Römischen Reiches bzw. auf Preußen: Während der Status des Bürgers im Mittelalter primär „eine juristische Bedeutung“ gehabt habe, nämlich den Besitz des privilegierten „Stadtbürgerrechts“, und erst sekundär „eine ständische Unterscheidung, die sich auch auf die Erwerbsform, Sitte, Lebensführung und Bildung erstreckt“ (Manheim 1979: 71), gewesen sei, wandelt sich dieser Zustand im Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts in entscheidendem Maße. Indem die Städte des Reichs ihre Wehrhoheit an die fürstlichen Gewalten abtraten und in ihren Selbstverwaltungskompetenzen damit in entscheidender Weise abgewertet wurden, verloren auch die „ständischen Körperschaften des Bürgers ihre öffentlich-rechtlichen und politischen Funktionen mehr und mehr“ (ebd.: 74). Im Zuge dieses Prozesses „verwandelt sich, der Wirklichkeit entsprechend, auch der unterscheidende Inhalt der Bezeichnung ‚bürgerlich‘“ (ebd.). Fortan war die „Zugehörigkeit zu irgendeiner Rechtsgemeinschaft oder einer besonderen politischen Körperschaft“ (ebd.) nicht mehr distinktives Kennzeichen von Bürgerlichkeit – das Attribut ‚bürgerlich‘ ließ sich nur noch negativ definieren (vgl. ebd.). Manheim führt hierzu an, wie dieser schrittweise Prozess schließlich im *Allgemeinen Landrecht für die Preussischen Staaten* von 1794 deutlich fassbar kodifizierte wurde:

„Der Bürgerstand begreift alle Einwohner des Staates unter sich, welche ihrer Geburt nach weder zum Adel noch zum Bauernstande gerechnet werden können; und auch nachher *keinem* dieser Stände einverleibt sind“ (*Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten*, 1. Teil, 8. Titel, §1; zit. n. ebd.; Hervorhebungen durch D.W.).

Damit aber hatte der bürgerliche Stand seine juristischen Alleinstellungsmerkmale verloren und musste sich fortan über eher weiche, gesellschaftliche Faktoren wie Erwerbsform, Sitte, Lebensführung und Bildung (vgl. ebd.: 71) definieren. Paradoxiertweise aber wird diese standesrechtliche Entwertung in der Folge zur Grundlage der Entstehung einer vorrangig an Besitz und Bildung gebundenen, gesellschaftlich weitaus einflussreicheren Bürgerschicht, der Habermas für das 18. Jahrhundert die entscheidende Rolle bei der Entstehung politischer Öffentlichkeit zuspricht. Grundvoraussetzung dafür ist die durch die juristische Entprivilegierung bedingte, zunehmende Kongruenz der Kategorien ‚Bürger‘ und ‚Gesellschaft‘. Manheim schreibt hierzu:

„Wenn unter ‚Gesellschaft‘ im engeren und auch historischen Sinne die Gesamtheit der Beziehungen verstanden werden soll, in die die Person nun eintritt, sofern und soweit sie nicht Glied besonderer, politisch fixierter, ständischer Ordnungen ist und keine öffentlich-rechtliche Sonderqualifikation hat, so verkörpert jetzt der dritte Stand das Prinzip der Gesellschaft überhaupt. Er ist jetzt der ‚gesellschaftliche Stand‘ par excellence. In diesem Sinne verwandelt sich die ursprünglich ständische Verbandsform des Bürgertums in eine schlechthin gesellschaftliche“ (ebd.: 74).

An diesem Punkt setzt Habermas an und er erweitert den Untersuchungsraum dabei auch auf Frankreich und England. Im Rahmen der beschriebenen Entwicklung seien „die eigentlichen ‚Bürger‘, die alten Berufsstände der Handwerker und Krämer, sozial abgestiegen“ (Habermas 1990: 81) und hätten „mit den Städten selbst, auf deren Bürgerrecht ihre Stellung beruhte, an Bedeutung verloren“ (ebd.). Demgegenüber habe sich im 18. Jahrhundert eine neue, nun im eigentlichen Sinne *bourgeoise* Bürgerschicht aus großen Handelskaufleuten, Händlern, Bankiers, Verlegern, Manufakturisten, Juristen, Ärzten, Pfarrern, Offizieren und Professoren herausgebildet (vgl. ebd., ebd.: 80), die sich in einem entscheidenden Punkt vom ‚alten‘ Bürgertum unterschied: Ihre Vertreter gehörten der ökonomischen Elite ihrer Gesellschaften an und waren zudem in der Mehrzahl überdurchschnittlich gebildet. Erst vor diesem Hintergrund kann Habermas seine Sphäre bürgerlich-politischer Öffentlichkeit konstruieren; war das neue Bürgertum doch „der eigentliche Träger des Publikums, das von Anbeginn ein Lesepublikum ist“ (ebd.: 81).

Die Politisierung dieses Publikums, die durchaus unter den dargelegten aufklärerischen Maximen erfolgte, war nach Habermas dann allerdings ein komplexer Vorgang, der nur im Zusammenhang mit dem Merkantilismus zu verstehen sei, wie er sich als neue Wirtschaftsform seit dem 17. Jahrhundert über ganz Europa, vor allem aber über Frankreich und England ausgebreitet hatte. Diese staatlich und politisch streng dirigierte, aber von der Kategorie des Privatunternehmers an zentraler Stelle abhängige, kapitalistische Wirtschaftsweise, die das unbedingte Streben nach wachsenden staatlichen Einnahmen mit einer zu diesem Zweck streng reglementierten Außenhandelspolitik kombinierte, führte zu einem Boom kapitalistisch arbeitender Privatbetriebe, deren Inhaber und Profiteure vorrangig eben jene Mitglieder des neuen Bürgertums waren. Dadurch aber kam es nicht nur zu einem ökonomischen Bedeutungs- und Einflussgewinn dieses Bürgertums, sondern auch zu einem enormen Anwachsen und schließlich zu einer von gegensätzlichen Interessen geprägten Problematisierung jener Zone, „in der die öffentliche Gewalt auf dem Wege kontinuierlicher Verwaltungsakte mit den Privatleuten Verbindung hält“ (ebd.: 82). Anders ausgedrückt: die politisch-bürokratischen Eingriffe von Seiten des verwaltenden und merkantilistisch reglementierenden Staates führten zu vermehrten Interessenkonflikten mit den ökonomisch selbstbewussten Vertretern eines wachsenden Privatkapitalismus. Und es kam ein weiterer Punkt hinzu: In dem Maße, in dem sich der Merkantilismus durchsetzte, schrumpfte innerhalb der zentraleuropäischen Bevölkerungen der Anteil der Eigenversorgung und in den breiten Schichten, die nun „als Konsumenten von den Maßnahmen der merkantilistischen Politik in ihrer täglichen Existenz betroffen“ (ebd.) waren, wuchs folglich die Abhängigkeit von jenen staatlichen Direktiven. Innerhalb

des Bürgertums bildete sich an diesem Punkt so etwas wie ein auf die Wirtschaftspolitik des Staates gerichtetes öffentliches Gemeininteresse.

Den im Kontext von Öffentlichkeit entscheidenden Punkt markiert hierbei die Tatsache, dass der staatlich forcierte Merkantilismus und die mit ihm verstärkt einhergehende kapitalistische Produktionsweise die „Reproduktion des Lebens [gemeint ist hier die tägliche Grundversorgung mit Gütern, *D.W.*] über die Schranken privater Hausgewalt hinaus zu einer Angelegenheit öffentlichen Interesses“ (ebd.: 83) erhoben hatte. Von wirtschaftlichen Verwaltungsakten auf diesem Gebiet war so gut wie jedes Mitglied des Bürgertums betroffen. In diesem Zusammenhang wurde die in dieser Wirtschaftsordnung elementare „Zone des kontinuierlichen Verwaltungskontraktes zu einer ‚kritischen‘ auch in dem Sinne, dass sie die Kritik eines rasonierenden Publikums herausfordert“ (ebd.). Die neue bürgerliche Schicht hatte allen Grund, dem Staat selbstbewusst gegenüberzutreten, um die eigenen, privatkapitalistischen Interessen zu behaupten. Zudem entdeckte diese Schicht auf ihrem von Habermas dargelegten Weg hin zu einem „kritisch rasonierenden Publikum“ (ebd.: 83), dass sie jenes „Instrument, mit dessen Hilfe die Verwaltung die Gesellschaft zu einer im spezifischen Sinne öffentlichen Angelegenheit schon gemacht hatte, nur umzufunktionieren braucht – die Presse“ (ebd.). Habermas spielt hier auf eine durchaus als politisch zu bezeichnende Funktionsumwandlung der bereits existierenden Presse durch das Bürgertum an. Darauf muss an dieser Stelle kurz eingegangen werden.

Tägliche Zeitungen erschienen in Frankreich, England und Preußen mit regionalen Unterschieden bereits seit etwa der Mitte des 17. Jahrhunderts. Die in England nach der *Glorious Revolution* weniger strikte, in Frankreich und Preußen aber weiterhin sehr rigide öffentliche Zensur machte diese Medien allerdings oft zu reinen Verlautbarungsblättern der Höfe oder zu Organen für die Publikation weitgehend belangloser Auslands- und Handelsnachrichten (vgl. Van Horn Melton 2001; Habermas 1990: 78). Von Beginn an hatten sich die staatlichen Verwaltungen die Presse für Verlautbarungen und Verordnungen nutzbar gemacht – auf diesem Wege entstand eine Art hoheitliche öffentliche Gewalt. Dieser Prozess allerdings hatte den Nebeneffekt, dass durch ihn „die Adressaten der öffentlichen Gewalt recht eigentlich erst zum ‚Publikum‘“ (ebd.: 79) wurden oder zumindest begannen, sich als solches wahrzunehmen. Dieses, im Habermas’schen Sinne bürgerliche Publikum begann nun, im Zuge der wirtschaftspolitischen Interessengegensätze mit dem Staat, die vorhandenen Pressestrukturen für die eigenen, im Kontext der Aufklärung sich bildenden Vorstellungen von einer im rationalen Sinne kritischen Öffentlichkeit zu nutzen.

Freilich lag diesem Schritt eine längere qualitative Entwicklung der Presse zugrunde. Bereits seit dem Ende des 17. Jahrhunderts erschienen neben den Zeitungen mit reinem Verlautbarungscharakter auch literarisch-politisch Zeitschriften, die „ein Forum für die kritische Diskussion politischer Grundsatzfragen und aktueller Ereignisse“ (Stollberg-Rilinger 2000: 141) boten und zunehmend gekennzeichnet waren durch Wechsel zwischen „Korrespondentenberichten und Kommentaren“ sowie durch „politische Debatten zwischen Herausgebern und Lesern über zahlreiche Nummern einer Zeitschrift hinweg“ (ebd.). Im Laufe des 18. Jahrhunderts schließlich kamen explizit aufklärerische Periodika hinzu, „in denen über Grundsatzfragen wie religiöse Toleranz und Volksaufklärung, Leibeigenschaft und Handelsfreiheit, Gesetzesreform und Pressezensur gestritten wurde“ (ebd.). Schritt für Schritt konstituierte sich also das, was Habermas primär mit der zunehmend öffentlich werdenden Interessenvertretung des Bürgertums gegenüber staatlichem Verwaltungshandeln im Kontext des Merkantilismus erklärt, was in Wirklichkeit wohl aber auf eine Reihe weiterer, ganz unterschiedlicher Faktoren zurückzuführen ist:

„eine Sphäre des öffentlichen Austauschs, der sowohl die Grenzen von Stand, Amt und Beruf als auch die Grenzen der Territorien überschritt. Das Publikum, das lesend und schreibend über diese Medien an dem gemeinsamen Diskurs teilhatte, nahm für sich das Recht und die Fähigkeit in Anspruch, in allen Fragen des menschlichen Denkens und Handelns ein vernünftiges Urteil zu fällen. Die ‚öffentliche Meinung‘ etablierte sich als Ersatz für mangelnde andere politische Partizipationsmöglichkeiten“ (ebd.).

Auch auf begriffsgeschichtlicher Ebene schlägt sich diese Entwicklung nieder: Die „Kritik selbst“, so argumentiert Habermas, „stellt sich in Gestalt der ‚öffentlichen Meinung‘ dar, ein der ‚opinion publique‘ in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nachgebildetes Wort. In England entsteht ‚public opinion‘ etwa gleichzeitig“ (Habermas 1990: 85).

Diese in der bürgerlichen Sphäre entstehende und durch sie artikulierte öffentliche Meinung grenzt Habermas zum einen gegenüber einer anderen, älteren, aber weiter fortbestehenden Form von Öffentlichkeit ab: der aus dem Mittelalter stammenden Sphäre der öffentlichen Gewalt und der repräsentativen Öffentlichkeit des absolutistischen Herrschaftssystems¹⁷, die sich in den herrschenden Höfen auch im 18. Jahrhundert noch

¹⁷ Im zweiten Kapitel des *Strukturwandel* hat Habermas diesen absolutistischen „Typus repräsentativer Öffentlichkeit“ ausführlich theoretisiert. Diese staatliche Form von Öffentlichkeit sei besonders im Mittelalter vorherrschend gewesen. In dieser Zeit sei das Attribut ‚repräsentativ‘, so Habermas, verstanden worden als „öffentliche Repräsentation von Herrschaft“, als „repräsentative Öffentlichkeit“ (Habermas 1990: 60), die sich eben „nicht als ein sozialer Bereich, als eine Sphäre der Öffentlichkeit“ (ebd.) konstituiert. „Vielmehr ist sie, wenn sich der Terminus darauf übertragen ließe, so etwas wie ein Statusmerkmal“ (ebd.). Diese frühe Stufe von Öffentlichkeit war also in ihrem repräsentativem Charakter gerade von Individuen, nicht von einer

am Leben erhalten habe (vgl. ebd.: 90). Zum anderen untergliedert Habermas die bürgerliche Öffentlichkeit – die er, um sie von der absolutistischen Öffentlichkeit abzugrenzen, auf übergeordneter Ebene im privaten Bereich, als „eine Öffentlichkeit von Privatleuten“ (ebd.) ansiedelt – in sich wiederum in einen privaten bzw. intimen, und einen öffentlichen Bereich. Ist alles nicht-staatliche Handeln also *in toto* dem privaten Bereich zugeordnet, so kann es sich dennoch auch öffentlich artikulieren:

„Die Privatsphäre umfasst die bürgerliche Gesellschaft im engeren Sinne, also den Bereich des Warenverkehrs und der gesellschaftlichen Arbeit; die Familie mit ihrer Intimsphäre ist darin eingebettet. Die politische Öffentlichkeit [...] vermittelt durch öffentliche Meinung den Staat mit Bedürfnissen der Gesellschaft“ (ebd.).

Dieser Vermittlungsprozess, in dem sich auch die politischen Forderungen des Bürgertums artikulieren, ist nach Habermas ein durch und durch aufklärerischer. So hätten die Bürgerlichen als Privatleute keine eigenen Herrschaftsambitionen gehabt; „ihre Machtansprüche gegen die öffentliche Gewalt richteten sich darum nicht gegen die Zusammenballung von Herrschaft, die ‚geteilt‘ werden müsste“ (ebd.: 87). Vielmehr hätten sie grundsätzlich „das *Prinzip* der bestehenden Herrschaft“ (ebd., Hervorhebung durch *D.W.*) hinterfragt, in dem staatliches Handeln als Arkanpolitik öffentlich nicht nur nicht erklärungs- oder rechtfertigungsbedürftig war, sondern bewusst unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Ganz im oben dargelegten Sinne Kants, wolle „das Prinzip der Kontrolle, das das bürgerliche Publikum diesem [dem Prinzip der Arkanpolitik, *D.W.*] entgegensetzt, eben Publizität, [...] Herrschaft als solche verändern“ (ebd.).

Dass diese in der Funktionsweise politische, im Selbstverständnis teils aufklärerische, teils auch bloß die eigenen ökonomischen Interessen verteidigende Form bürgerlicher Öffentlichkeit publizistisch bedeutend und wirkmächtig werden konnte, lag zum großen Teil an der Tatsache, dass die publizistische Infrastruktur für kritische Debatten in weiten Teilen Europas bereits ausgebildet war. Wie bereits beschrieben, existierten neben den herrschaftlichen Verlautbarungsorganen auch auf dem Feld der literarischen Öffentlichkeit bereits seit etwa der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kommentierende und kritisierende Publikationsorgane, die man innerhalb des Prozesses, „in dem die obrigkeitlich reglementierte Öffentlichkeit vom Publikum der rasonierenden Privatleute angeeignet und als eine Sphäre der Kritik an der öffentlichen Gewalt etabliert wird“ (ebd.: 116), nur noch umzufunktionieren bzw. zu politisieren brauchte. Sowohl in der literarischen als auch in der

breiten Masse geprägt: „Wenn der Landesherr die weltlichen und geistlichen Herren, die Ritter, Prälaten und Städte um sich versammelt [...], dann handelt es sich nicht um eine Delegiertenversammlung, die jemand anderen repräsentiert. So lange der Fürst und seine Landstände das Land ‚sind‘, statt es bloß zu vertreten, können sie in einem spezifischen Sinne repräsentieren; sie repräsentieren ihre Herrschaft, statt für das Volk, ‚vor‘ dem Volk“ (ebd.: 61).

darauffolgenden politischen Öffentlichkeit formierten sich die ‚neuen‘ Bürger dabei als ein Publikum, dessen verbindendes Element die im privaten Eigentum gründende gesellschaftliche und ökonomische Autonomie war. Da die „entfaltete bürgerliche Öffentlichkeit [...] auf der fiktiven Identität der zum Publikum versammelten Privatleute in ihren beiden Rollen als Eigentümer und als Menschen schlechthin“ (ebd.: 121) beruhte, fühlten sich die Mitglieder dieses Publikums sowohl zu der literarischen als auch zu der politischen Form bürgerlicher Öffentlichkeit gleichsam zugehörig: Sie konnten sich „im literarischen Raisonement qua Menschen über Erfahrungen ihrer Subjektivität“ (ebd.: 120) oder „im politischen Raisonement qua Eigentümer über die Regelung ihrer Privatsphäre verständigen“ (ebd.: 121). Beide Formen galten dem Selbstverständnis ihrer Partizipanten nach als identisch; Öffentlichkeit in Form öffentlicher Meinung empfand man als „eins und unteilbar“ (ebd.).

Der Prozess der Politisierung einer auf literarischem Feld bereits existenten rasonierenden Öffentlichkeit war selbstverständlich ein langwieriger, komplexer, auch ambivalenter und nicht zuletzt regional und national divergierend verlaufender. Auch ist er eng verbunden mit der unterschiedlichen Entwicklung der staatlichen Zensur und der daraus folgenden unterschiedlichen Entwicklung politischer Presse in den europäischen Staaten. Die englische Presse nimmt in diesem Zusammenhang eine Sonderrolle ein, sah sie sich nach der *Glorious Revolution* von 1688/89 bereits sehr frühzeitig einer vergleichsweise liberalen Zensurpolitik gegenüber. Besonders nachdem das englische Parlament 1695 den seit 1662 gültigen *Licensing Act*, der bis dato die Zensur maßgeblich bestimmt hatte, nicht erneuerte, bildete sich auf der Insel „a vibrant market of political journals, pamphlets, and newspapers“ (Van Horn Melton 2001: 20). Habermas bezeichnet diesen Schritt auch als „neue Stufe in der Entwicklung der Öffentlichkeit“ (Habermas 1990: 123). Diese Aufhebung der staatlichen Vorzensur ermöglichte „das Eindringen des Rasonnements in die Presse und lässt diese sich zu einem Instrument entfalten, mit dessen Hilfe politische Entscheidungen vor das neue Forum des Publikums gezogen werden können“ (ebd.). Bezüglich der bestimmenden Themen der mit neuen Freiheiten bestückten politischen Presse betont Van Horn Melton besonders die Rolle von Kriegen. Diese könne für die Ausbildung einer politischen Öffentlichkeit in England gar nicht hoch genug eingeschätzt werden (vgl. Van Horn Melton 2001: 21). Die hohen Kriegskosten, besonders in Englands Auseinandersetzung mit Frankreich während des Spanischen Erbfolgekriegs (1701-1714), zwangen die englischen Könige – die seit 1689 als *King-in-parliament* regierten – zu regelmäßigen Parlamentseinberufungen, welche die parlamentarischen Parteien der *Whigs* und *Tories* ihrerseits nutzten, um öffentlich über Deutungshoheiten zu streiten. Obwohl

publizistische Parlamentsberichterstattung in England bis 1771 offiziell verboten war, wurden die Zeitungen von den *Whigs* und *Tories* immer wieder in die öffentliche Debatte eingespannt und damit zwangsläufig politisiert (vgl. ebd.: 21). In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstand dadurch eine bürgerliche Öffentlichkeit im Habermas'schen Sinne, eine „extraparlamentary sphere of political action that was increasingly national in its focus, more autonomous vis-à-vis political elites, and organized from below“ (ebd.: 28). Ein weiterer entscheidender Schritt in der qualitativen Entwicklung der politischen Presse in England ereignete sich, als die *Tories* unter dem ab 1714 herrschenden König Georg I. ihre Parlamentsmehrheit verloren, es unter der Führung des Aufklärers Henry St. John aber fertig brachten, aus ihrer neuen Oppositionsstellung heraus mithilfe der politischen Presse eine regierungskritische öffentliche Meinung zu generieren. „Der Entwicklungsgrad der Öffentlichkeit“, so Habermas (1990: 126), ließ sich fortan „am Stand der Auseinandersetzung zwischen Staat und Presse“ bemessen. Festhalten lässt sich: Durch die in England von der *Glorious Revolution* geschaffene Form des Parlamentarismus, sowie durch einen sich zunehmend ausbildenden „vorparlamentarischen Hof“ (ebd.: 128), auf dem „jene bürgerlichen Schichten des protestantischen, handel- und gewerbetreibenden Mittelstandes“ (ebd.), die nicht im Parlament vertreten waren, die aber durchaus publizistische Organe zur öffentlichen Artikulierung ihrer Interessen zur Verfügung hatten, gab es in England sehr früh, nämlich bereits in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine stark ausgebildete „Beziehung des Parlaments zur Öffentlichkeit“ (ebd.: 129). Diese führt „am Ende [noch vor der Französischen Revolution, *D.W.*] zur vollen Publizität der parlamentarischen Verhandlungen“ (ebd.).

In Frankreich war die politische Situation eine gänzlich andere. Hier führte die im Laufe des 18. Jahrhunderts „immer deutlicher werdende Unfähigkeit des absolutistischen Staates, [...] grundlegende Reformen durchzusetzen und die aufkommenden sozialen und intellektuellen Kräfte zu integrieren und einzubinden, zur Entstehung von Formen aufgeklärter Öffentlichkeit“ (Asbach 2005: 32) im oben dargelegten Verständnis. Diese Öffentlichkeit manifestierte sich nicht nur auf dem Gebiet der Presse, sondern gleichsam in der Etablierung neuartiger, „ständetranszendierender Geselligkeit oder ‚sociabilité‘“ (ebd.). Hier gilt es mit Olaf Asbach (2005: 24) in grundsätzlicher Weise zu betonen, dass man „die Aufklärung weniger durch ihre theoretische Originalität als dadurch bestimmen kann, dass sie auf die praktische Verwirklichung der auf der Grundlage der neuzeitlichen Wissenschaften erworbenen Erkenntnisse abzielte und in ihren Kommunikations- und Soziabilitätsformen eine politische und gesellschaftliche Reformbewegung darstellte“.

Damit sind in erster Linie die im 18. Jahrhundert europaweit entstehenden Salons, Lesegesellschaften und Cafés gemeint – Anlaufstellen bürgerlicher Debattenkultur, die zunächst, wie von Habermas beschrieben, eine kritisch rasonierende literarische Öffentlichkeit konstituierten, welche sich dann zunehmend politisiert hat. Asbach bezeichnet die Cafés und Salons als „aufklärerische Institutionen der Kommunikation“ (ebd.) und argumentiert, diese hätten besonders in Frankreich eine „Fundamentalpolitisierung“ aller gesellschaftlichen Verhältnisse vor[bereitet], da sie jene Räume der sozialen Kommunikation und Auseinandersetzung darstellten, in denen alles zum Gegenstand des kritischen und öffentlichen Vernunftgebrauchs und damit zumindest potenziell auch des bewussten Eingriffs und der praktischen Veränderung gemacht werden konnte“ (ebd.). Es gab diese Institutionalisierung von bürgerlicher Kommunikation nicht nur in Frankreich; in England etablierten sich seit etwa 1700 ebenfalls sogenannte *Coffee-Houses*, in denen Zeitungen gemeinschaftlich gelesen und ihre Inhalte debattiert wurden. Und auch in den größeren Städten des Reichs bildeten sich mehr und mehr aufklärerische Institutionen, meist in Form sogenannter Lesegesellschaften, die zum Teil allerdings aufgrund staatlicher Verbote im Geheimen zusammenkommen mussten und deshalb zum größten Teil nicht die den anderen Organisationsformen bürgerlicher Öffentlichkeit eigene Wirkmächtigkeit entfalten konnten (vgl. Schulz-Forberg 2010: 55).

In Frankreich und England waren es vor allem die seit dem frühen 18. Jahrhundert entstehenden Cafés, „in denen sich die neuartige Soziabilität der Aufklärung entwickelte“ (Asbach 2005: 263). Der Zugang zu ihnen und die Partizipation an der dort stattfindenden Kommunikation war jedoch „nicht mehr primär an Kriterien von sozialem Status und Herkunft gebunden“, sondern stand auch Teilnehmern „jenseits der politischen und sozialen Eliten“ offen (ebd.). Hinreichende Zahlungsfähigkeit war hier das einzige Zugangskriterium und so „bestand das hier verkehrende Publikum nicht nur aus ‚den maßgeblichen Zirkeln‘, sondern umfasste auch ‚die breiteren Schichten des Mittelstandes, sogar Handwerker und Krämer““ (ebd.: 265). In Paris existierten zu Beginn der Regierungszeit Ludwigs XV. bereits 380 solcher Cafés (vgl. ebd.: 264), in denen neue, nicht selten aufklärerische und in Opposition zur absolutistischen Staatsform formulierte Ideen, wie auch allgemeine Kritik gegenüber Staat, Kirche und Gesellschaft formuliert wurden (vgl. ebd.: 266). Neben den Cafés entstand in Frankreich mit den Salons eine weitere Institution bürgerlicher Öffentlichkeit, die Stollberg-Rilinger (2000: 119) gar als „soziale Keimzelle der Aufklärung“ bezeichnet. Von den Cafés unterschieden sich die Salons nicht so sehr durch die Inhalte der Debatten, wohl aber in sozialer Hinsicht. Waren die Cafés weitgehend kommerziell organisiert und ausschließlich monetär zugangsbeschränkt, so

versammelten sich in den Salons „meist aus dem Bürgertum oder dem Verwaltungsadel stammende Frauen, die ein- oder mehrmals wöchentlich ‚tout le monde‘ bei sich empfangen“ (Asbach 2005: 276), um „literarischen oder künstlerischen Darbietungen zuzuhören, an wissenschaftlichen Vorträgen oder Experimenten teilzunehmen, vor allem aber um über alle möglichen Themen zu debattieren und die Kunst der geistreichen Konversation zu pflegen“ (Stollberg-Rilinger 2000: 139). Durch die weitgehende Konzentration dieser Entwicklung in Paris und dessen im 18. Jahrhundert „europaweite Ausstrahlung“ (Asbach 2005: 277) erlangten besonders die Salons in politischer und sozialer Hinsicht große Bedeutung. Asbach spricht hier gar davon, dass „der relativ kleine Kreis der Besucher der Salons – der ‚habitués‘ – als eine mehr oder weniger ‚festgefügte Gruppe, die von Salon zu Salon wanderte‘, eine sozusagen historische Relevanz im Prozess der Ausbildung neuer Formen ständetranszendierender Geselligkeits- und Kommunikationsformen erhalten konnte“ (ebd.). Auch waren es die Mitglieder des später berühmten Zirkels der *philosophes*, etwa Voltaire, Diderot, d’Alembert, Rousseau, Helvétius, Holbach, Condorcet, Condillac, Morelly, Mably, Grimm oder Galiani (vgl. Stollberg-Rilinger 2000: 119), die die Möglichkeit nutzten, „in den Salons wenigstens zeitweise unbehelligt von obrigkeitlicher Kontrolle ihre Ideen aus[zu]tauschen, ihre gemeinsamen Projekte [zu] planen und Kontakte zu Funktionsträgern an[zu]knüpfen, mit deren Hilfe es ihnen nach und nach gelang, die Schlüsselpositionen in den staatlichen Ämtern und wissenschaftliche Akademien zu besetzen“ (ebd.). Somit wurden die Salons gleich in zweifacher Hinsicht politisch relevant: Sie eröffneten zum einen „den Schriftstellern den Zugang zur Welt der Mächtigen“ (Roger Chartier, zit. n. Asbach 2005: 285), zum anderen waren sie speziell in Frankreich „an der Herausbildung der öffentlichen Meinung als eben jener neuen politischen Kraft beteiligt, die zwar indirekter [als beispielsweise in England, D.W.], aber umso nachhaltiger auf die Veränderung der Strukturen des Ancien Régime hinwirkte“ (ebd.).

Auf dem Gebiet des Reiches etablierte sich in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine weitere Form institutionalisierter Debattenkultur: die Lesegesellschaften. Hier zahlte man Mitgliedsbeiträge, von denen gemeinsam Bücher gekauft wurden, die dann jedem Mitglied zur Verfügung standen, die aber auch bei Zusammenkünften gemeinsam gelesen und besprochen wurden (vgl. Stollberg-Rilinger 2000: 123). Zwar war der Zugang zu diesen Lesegesellschaften formal nicht beschränkt, faktisch schlossen die geforderten Mitgliedsbeiträge ebenso wie die notwendige Bildung aber „kleinbürgerliche Handwerker und erst recht Bauern in der Mehrzahl aus“ (ebd.).

Eine weitere, unverkennbar mit der Aufklärung verbundene und im 18. Jahrhundert europaweit sich ausbildende Organisationsform bürgerlicher Kommunikationskultur stellten die ‚Patriotischen‘, ‚Gemeinnützigen‘ oder ‚Ökonomischen Gesellschaften‘ dar, die im Vergleich etwa zu den Cafés und Salons auch „einen weiter ausgreifenden Zweck und einen höheren Organisationsgrad“ (ebd.) aufwiesen. Gemäß dem auch bei Kant auszumachenden, universellen Anspruch der Aufklärung setzten es sich diese Gesellschaften zum Ziel, die „Kluft zwischen Lebensumständen und Wirtschaftsweisen des ‚gemeinen Volkes‘ und den wissenschaftlichen Errungenschaften der Zeit“ (ebd.: 124) zu überbrücken und „der zunehmenden Verelendung immer größerer Bevölkerungsschichten“ (ebd.) durch deren Teilhabe am aufklärerischen Erkenntnisprozess entgegenzuwirken.

Gemeinsam ist all diesen Formen bürgerlicher Organisation, dass sie die Stellung der Städte im Verhältnis zu den Höfen stärkten (vgl. Habermas 1990: 92) und trotz regionaler Unterschiede zumindest in England und Frankreich vergleichbare gesellschaftliche Prozesse forcierten: „Sie sind, hier wie dort, Zentren einer zunächst literarischen, dann auch politischen Kritik, in der sich zwischen aristokratischer Gesellschaft und bürgerlichen Intellektuellen eine Parität der Gebildeten herzustellen beginnt“ (ebd.). Besonders in Frankreich, wo

„das Bürgertum, von der Führung in Staat und Kirche [...] so gut wie ausgeschlossen, in der Wirtschaft nach und nach alle Schlüsselstellungen einnahm und die Aristokratie dessen materielle Überlegenheit durch königliche Privilegien und eine umso strengere Betonung der Hierarchie im gesellschaftlichen Umgang kompensierte, begegneten sich [...] der Adel und das sich ihm assimilierende Großbürgertum der Banken und der Bürokraten mit der ‚Intelligenz‘ sozusagen auf gleichem Fuße“ (ebd.: 94).

Wie dargelegt, ist diese Verbindung zwischen Adel und neuem Bürgertum im Reich weniger intensiv ausgeprägt. Hier gibt es über weite Strecken des 18. Jahrhunderts „keine ‚Stadt‘, die die repräsentative Öffentlichkeit der Höfe durch Institutionen einer bürgerlichen hätte ablösen können“ (ebd.: 95).

Trotz der dargelegten regionalen und länderspezifischen Unterschiede lässt sich aus der Retrospektive doch eine europaweite Tendenz zu Bildung bürgerlicher Kommunikationszentren ausmachen, die für sich genommen zwar jeweils geografisch gebunden und von einem lokalen Publikum abhängig waren, die auf ideeller Ebene, von ihrer Konzeption und ihrer Idee her aber gewissermaßen wie ein modernes Franchise-Unternehmen funktionierten: Weil alle Salons, Cafés und Lesegesellschaften im Kern die Werte von Debattenführung und kommunikativem Austausch und damit letztlich das

Streben nach intellektuell bewerkstelligter Emanzipation der Gesellschaft von der absolutistischen Machtfülle teilten, konnten diese Kommunikationszentren wie ein Netzwerk funktionieren, obwohl unmittelbare Austauschprozesse aufgrund des damaligen Entwicklungsstandes von Kommunikationsmedien viel mühseliger und langwieriger waren als heute. Die Nutzungsmuster, um hier bewusst einen Begriff der modernen Medienforschung zu verwenden, ähnelten sich schließlich überall. Wer also mit den Gepflogenheiten in einem Kaffeehaus in London vertraut war, der wird sich als Reisender verhältnismäßig schnell auch in einem Pendant in Paris oder Leipzig zurechtgefunden und somit die Möglichkeit gehabt haben, beide lokalen Kommunikationszentren und die in ihnen geführten Debatten punktuell miteinander zu verknüpfen. Schließlich ging es am Ende hier wie dort um Plattformen des kritischen Debattierens, um kulturelle Feedbackräume, in denen das Bürgertum sich seiner Bewusst wurde, in denen eine elitäre bürgerliche Debattenkultur geschaffen, aufrecht erhalten und translokal verknüpft wurde.

Das oppositionelle Potential dieser Formen bürgerlicher Debattenkultur wurde in Frankreich am deutlichsten. Hier sah man sich einem absolutistischen System gegenüber, dass – mit Ausnahme der kurzen Periode der *Régence* von 1715 bis 1723 – mit harter und auf politischer, ökonomischer und sozialer Ebene reformunwilliger Hand geführt wurde. Somit wohnte den Orten des bürgerlichen *Raisonnements* hier ein in viel deutlicherer Weise sich ausbildendes „revolutionierendes“ Potenzial auf dem Weg zur Herausbildung der modernen Gesellschaft inne“ (Asbach 2005: 32). Zwar hielten auch in Frankreich die meisten Aufklärungsvertreter „bis zum Ausbruch der Revolution [...] noch ganz am Ideal eines reformatorischen Staates und einer Politik der Reformen“ (ebd.: 42) fest; dennoch entwickelte sich hier, stärker als in England oder dem Reich, eine zunehmende Spannung im Verhältnis von aufklärerischen Ideen und absolutistischem Reformstau. So waren die Generalstände bereits seit 1614 nicht mehr einberufen worden und der kritische politische Journalismus, bis zur Revolution weitgehend von der Zensur unterdrückt, musste sich fernab der Öffentlichkeit im Untergrund konstituieren. Obwohl sich die Anzahl der gedruckten Zeitschriften in Frankreich zwischen 1720 und 1800 mehr als vervierfachte, beinhalteten bis zur Revolution nie mehr als vier oder fünf von diesen politische Nachrichten; die überwiegende Mehrzahl beschränkte sich auf Literatur, Philosophie oder wissenschaftliche Themen (vgl.: Van Horn Melton 2001: 63). Vergleicht man in diesem Zusammenhang exemplarisch die Anzahlen der verkauften Zeitungen in Frankreich und England um das Jahr 1780, dann werden die Auswirkungen der strengen staatlichen Zensur schnell deutlich: Während die wöchentlichen Verkäufe in England bei ca. 340.000 Exemplaren lagen, kommen vergleichbare Schätzungen für Frankreich nur auf ca. 80.000

wöchentlich verkaufte Exemplare (vgl. ebd.: 64). Diese Zahlen sind umso aussagekräftiger, wenn man bedenkt, dass Frankreich zu dieser Zeit dreimal so viele Einwohner hatte wie England und in den französischen Städten mehr als doppelt so viele Menschen lebten wie in den englischen (vgl. ebd.). James Van Horn Melton kommt deshalb zu dem Schluss, „that French subjects enjoyed considerably less access to printed political news than their British counterparts” (ebd.: 67). Er betont, dass „apart from brief periods of liberalization, the crown enjoyed substantial success in muting press criticism” (ebd.).

Habermas verortet den in Frankreich ersten gelungenen Versuch, „der politisch fungierenden Öffentlichkeit eine Bresche ins absolutistische System zu schlagen“ (Habermas 1990: 136), erst wenige Jahre vor der Revolution: nämlich mit der als *Compte rendu* bekannt gewordenen, erstmaligen Veröffentlichung sämtlicher Staatsfinanzen durch den damaligen königlichen Finanzminister Jacques Necker im Jahr 1781. Hier hätte sich das „politische Raisonement des Publikums als Instanz der Regierungskontrolle bewährt“ (ebd.), weil den Bürgern „das Missverhältnis von ökonomischer Macht und politischer Machtlosigkeit auf der einen, von finanzieller Abhängigkeit und absolutistischer Regierung auf der anderen Seite“ (ebd.), so deutlich wie nie zuvor vor Augen geführt worden sei. Erst die Revolution schaffte dann, *ad hoc* aber

„freilich auch weniger beständig, wozu in England eine stetige Entwicklung über ein Jahrhundert gebraucht hatte: Es entstehen die Club-Parteien, aus denen sich die Fraktionen des Parlaments rekrutieren; es bildet sich eine politische Tagespresse. Und schon die Generalstände setzen der Öffentlichkeit ihrer Verhandlung durch“ (ebd.: 137).

Zuletzt sei der Vollständigkeit halber noch kurz auf die Entwicklung der bürgerlichen Öffentlichkeit im Reich eingegangen: Von der englischen unterschied sich die deutsche Entwicklung vor allem durch eine längere und striktere Beibehaltung der ständischen Schranken, „insbesondere denen zwischen Adel und Bürgertum“ (ebd.: 139). Auch gegenüber dem gemeinen Volk riegelt sich die ökonomisch gut dastehende Bourgeoisie, die – wie Ernst Manheim es beschrieben hat – auf das mittelalterliche Stadtbürgertum gefolgt war, stärker ab: Das „Kriterium ist Bildung; die bürgerlichen gehören zu den gebildeten Ständen – Geschäftsleute und Akademiker (Gelehrte, Geistliche, Beamte, Ärzte, Juristen, Lehrer usw.)“ (ebd.). Weil der Adel des Reiches es – anders als in Frankreich – zudem nicht vermag, „die von ökonomischen wie politischen Funktionen abgeschnittene Sphäre der ‚Gesellschaft‘ in Kommunikation mit bürgerlichen Intellektuellen zur kulturell maßgebenden eines rasonierenden Publikums auszubilden“ (ebd.), beschränkt sich eine politisch-kritische Öffentlichkeit im Reich bis ins späte 18. Jahrhundert hinein vor allem auf private Zusammenkünfte der Bürgerlichen.

Gemeinsam ist diesen in England, Frankreich und dem Reich politisch und sozial unterschiedlich kontextualisierten und in variierenden Geschwindigkeiten sich ausbildenden bürgerlichen Öffentlichkeiten – neben der rationalistischen und im Prinzip auch emanzipatorischen Selbstdeutung des Denkens und Handelns – noch ein weiteres Kriterium, das schon bei Kant als theoretischer Kerngedanke der Aufklärung *in toto* ausgemacht werden konnte: die potenziell unbeschränkte und universelle Zugänglichkeit. In Habermas' innerhalb der Öffentlichkeits-Forschung prominent gewordener Formulierung heißt das: „Eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr gar keine Öffentlichkeit“ (ebd.: 156). Faktisch wurde diese Bedingung im 18. Jahrhundert allerdings mitnichten erfüllt. Wie dargelegt, gab es mit Bildung und Besitz zwei gewichtige und durchaus exklusive Kriterien für den Zugang zur rasonierenden Öffentlichkeit, die auch noch „weithin den gleichen Personenkreis“ (ebd.: 157) abdeckten: „denn Schulbildung ist damals eher Folge als Voraussetzung eines gesellschaftlichen Status, der seinerseits primär durch Eigentumstitel bestimmt ist. Die gebildeten Stände sind auch die besitzenden“ (ebd.).

Wagt man einen kurzen Blick auf die im 19. Jahrhundert stattfindende Rezeption der hier beschriebenen Formen bürgerlicher Öffentlichkeit, dann ist es eben jener Grund der Zugangsbeschränkung, aus dem heraus – freilich unter völlig entgegengesetzten Paradigmen – sowohl die Theoretiker des Sozialismus als auch die des Liberalismus die aufklärerische Idee der bürgerlichen Öffentlichkeit hinterfragen¹⁸. Karl Marx, so beschreibt es Habermas, kritisiert an der bürgerlichen Öffentlichkeit vor allem, dass die in ihr vermeintlich stattfindende Auflösung von Herrschaftsverhältnissen mithilfe rational-diskursiver Mittel in Wahrheit nichts anderes sei als eine „Perpetuierung“ politischer Herrschaft „in anderer Gestalt“ (ebd.: 204) – nämlich als Herrschaft der Privateigentümer über Lohnarbeiter.

Die dieser Ansicht nach problematische Verknüpfung zwischen materieller und geistiger Macht umreißt Marx etwa im ersten Band von *Die deutsche Ideologie*, verfasst zwischen 1845 und 1847, sehr deutlich (obgleich das Wort ‚Öffentlichkeit‘ hier nicht auftaucht, ist mit dem Begriff der ‚herrschenden geistigen Macht‘ wohl genau jene Fähigkeit gemeint, politische Öffentlichkeit zu generieren):

„Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende *materielle* Macht der Gesellschaft ist, ist

¹⁸ Siehe hierzu auch Habermas' Ausführungen zu Hegel, Marx, John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville (Habermas 1990: 195-224).

zugleich ihre herrschende geistige Macht. Die Klasse, die die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat, disponiert damit zugleich über die Mittel zur geistigen Produktion, so daß ihr damit zugleich im Durchschnitt die Gedanken derer, denen die Mittel zur geistigen Produktion abgehen, unterworfen sind. Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die als Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse, also der Verhältnisse, die eben die eine Klasse zur herrschenden machen, also die Gedanken ihrer Herrschaft“ (Marx 1960: 44f.).

Als Ausweg aus dieser „immanenten Dialektik der bürgerlichen Öffentlichkeit“ (Habermas 1990: 206) propagiert Marx schließlich eine Ausdehnung der Kritik und Kontrolle bürgerlicher Öffentlichkeit auf den vormals privaten Teil der bürgerlichen Sphäre, nämlich die Verfügung über Produktionsmittel und gesellschaftlich notwendige Arbeit (vgl. ebd.: 207ff.).

Der Liberalismus hingegen erkenne – Habermas geht dabei besonders auf John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville ein – die Gefahr einer „Gewaltherrschaft einer verdunkelten öffentlichen Meinung“ (ebd.: 218). Diese Gefahr leitet Tocqueville im *Ersten Teil* seines Buches *Über die Demokratie in Amerika* besonders aus den Eindrücken seiner USA-Reise in den Jahren 1831 und 1832 ab. In der amerikanischen Demokratie sei zu beobachten, wie eine Mehrheitsgesellschaft – subtiler und gerade deshalb erfolgreicher als jede Tyrannei – Macht über das Denken jedes Einzelnen ausüben könne (vgl. Tocqueville 1987 [1835]: 381ff.) Nicht zuletzt über das Instrument der öffentlichen Meinung würden hier abweichende Anschauungen unterdrückt: „Die Mehrheit umspannt in Amerika das Denken mit einem erschreckenden Ring. Innerhalb dessen Begrenzung ist der Schriftsteller frei; aber wehe ihm, wenn er ihn durchbricht. Zwar hat er kein Ketzergericht zu fürchten, aber er ist allen möglichen Verdrießlichkeiten und Verfolgungen ausgesetzt“ (ebd.: 382). An anderer Stelle macht Tocqueville den Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit und einer problematischen Herrschaft der Mehrheit noch deutlicher:

„In dem Maße, in dem die Bürger sich einander angleichen und ähnlicher werden, verringert sich bei jedem die Neigung, einem bestimmten Menschen oder einer bestimmten Klasse blindlings Glauben zu schenken. Die Geneigtheit zum Glauben an die Masse nimmt zu, und immer mehr ist es die öffentliche Meinung, die die Welt regiert. [...] Die Öffentlichkeit besitzt also bei den demokratischen Völkern eine einzigartige Macht. Sie überzeugt nicht von ihren Anschauungen, sie zwingt sie auf und prägt sie den Gemütern durch einen gewaltigen geistigen Druck aller auf den Verstand des einzelnen ein. In den Vereinigten Staaten übernimmt die Mehrheit die Aufgabe, dem einzelnen eine Menge fertiger Meinungen vorzusetzen, und enthebt ihn damit der Verpflichtung, sich selbst eine eigene zu bilden“ (Tocqueville, *Das Zeitalter der Gleichheit*, zit.n. Bussemer 2008: 64).

Um dieser Unterdrückungsinstanz, zu der sich die öffentliche Meinung aus liberaler Perspektive entwickelt hat, entgegenzuwirken, setzt der Liberalismus des 19. Jahrhunderts schließlich auf eine stärker repräsentative Gestaltung von Öffentlichkeit – bei Tocqueville etwa in Form der affirmativen Bevorzugung einer pluralistisch organisierten Presselandschaft gegenüber politischer Alltagskommunikation (vgl. dazu auch Kantner 2005: 101ff.¹⁹).

Um diese, skizzenhaft und ohne den Anspruch auf Vollständigkeit dargelegten Tendenzen einer im 18. Jahrhundert sich theoretisch wie praktisch vollziehenden (Neu-)Konstituierungen der Kategorien ‚Bürgerlichkeit‘ und ‚Öffentlichkeit‘ als historisches Modell in die vorliegende Arbeit integrieren zu können, soll abschließend die Frage Betrachtung finden, wie sich die der Aufklärung entsprungene bürgerliche Öffentlichkeit auf transnationaler, auf europaweiter Ebene manifestierte. Legt man dabei das oben umrissene, ebenfalls an zentraler Stelle mit den Maximen der Aufklärung in Zusammenhang stehende Europabild der intellektuellen Eliten des 18. Jahrhunderts zugrunde, so lässt sich zunächst konstatieren, dass es eine bei Theoretikern wie etwa Voltaire eine deutlich auszumachende Verbindung von aufklärerischem und europäischem Bewusstsein gab: Man empfand nicht nur die eigene regionale oder nationale Umgebung, sondern vielmehr das gesamte heutige Kerneuropa als Zentrum der Aufklärung. Diese Wahrnehmung hängt mit der ausgeprägten internationalen Vernetzung aufklärerischer Denker und ihrer Ideen und Vorstellungen zusammen. In Anlehnung an eine Langzeitstudie von Hartmut Kaelble²⁰ spricht Schulz-Forberg (2010: 64) davon, dass die historische Entwicklung von Öffentlichkeit in Europa, die – wie gesehen – im von der Aufklärung geprägten 18. Jahrhundert ihre entscheidende initiale Phase durchläuft, „in Form einer Transgression der nationalen Machtzentren auftritt und das Potenzial eines Feedbackraumes hat, der zur Unterstützung von Kritik innerhalb der integrierten nationalen Öffentlichkeiten dient, insbesondere als Raum, in dem alternative Beispiele und nachahmungswürdige Modelle verhandelt werden“. Die oben vor dem Hintergrund der Habermas’schen Theorie dargelegte Konstituierung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im

¹⁹ Kantner weist Tocqueville in diesem Zusammenhang nach, dass sein Verhältnis zur öffentlichen Meinung keineswegs von einseitig kritischer Ablehnung geprägt gewesen sei. Vielmehr habe sich seine Kritik vor allem auf „politische Alltagskommunikation im sozialen Nahraum“ bezogen, während eine freie, pluralistische Presse „wichtigste gesellschaftliche Instanz“ gewesen sei, „um der Tendenz zu Konformismus und mildem Despotismus in einer egalitären Gesellschaft entgegenzuwirken“ (Kantner 2005: 105). Auch damit sind die liberalen Bestrebungen hin zu einer mehr von Repräsentativität geprägten öffentlichen Meinung zum Ausdruck gebracht.

²⁰ Vgl. hierfür: Kaelble 2007, 2002.

18. Jahrhundert ist also nicht nur ein europaweites integriertes, sondern innerhalb der intellektuellen Elite auch ein pan-europäisch integrierendes Phänomen.

Von entscheidender Bedeutung war dabei die bereits im 17. Jahrhundert begonnene Herausbildung und Existenz einer *République des lettres*; einer Gelehrtenrepublik, gedacht als eine „Gemeinschaft vernunftbegabter Wesen [...], die ihre Bindungen und Loyalitäten, ihre Konfessionszugehörigkeit, soziale und regionale Herkunft hinter sich gelassen hatten“ (Requate/Schulze Wessel 2002a: 22; vgl. auch: Kaelble 2002b: 14). Diese Gelehrtenrepublik konstituierte sich in sozialer Hinsicht „als Netzwerk europäischer Eliten, welches Universitäten, Akademien, monarchische Höfe und Kirchen einschloss“ (Schulz-Forberg 2010: 64) und sie kodifizierte und institutionalisierte sich, in Form der 1684 vom französischen Philosophen Pierre Bayle gegründeten periodischen Schrift namens *Nouvelles de la République des Lettres*, dann auch bereits sehr früh. Ebenso wie sein 1697 erstmals erschienenes *Dictionnaire historique et critique* verbreitete Bayle auch die *République des Lettres* in ganz Europa in französischer Sprache. Dass das Französische unter den gebildeten Schichten im Europa des 18. Jahrhunderts den Status einer „Hegemoniesprache“ (Lottes 2009: 37) innehatte, erleichterte in vielerlei Hinsicht die Etablierung transnationaler Eliten-Kommunikationsnetzwerke.

Stellt die allgemeine Idee der *République des Lettres* also den Versuch dar, „ein Kommunikationsnetz zwischen den Gelehrten Europas zu spannen und sich untereinander mit Nachrichten zu versorgen“, so lässt sich mit gewissen Abstrichen gleichsam konstatieren, dass „auch jenseits dieser interpersonalen Kommunikation innerhalb einer sehr schmalen Schicht europäischer Gelehrter [...] die langsam entstehenden medial vermittelten öffentlichen Kommunikationsstrukturen zunächst deutlich weniger national geprägt [waren] als die wesentlich stärker verdichteten Kommunikationsstrukturen des ausgehenden 19. Jahrhunderts“ (Requate 2002a: 23). Auf nationaler Ebene wurde die Etablierung von Zeitungen und Zeitschriften als Konstitutiva bürgerlicher Öffentlichkeit an den Beispielen England und Frankreich bereits dargelegt. So geht die Forschung heute davon aus, dass die politischen Zeitungen, welche die für die absolutistischen Obrigkeiten heiklen regionalen und lokalen Themen allerdings zumeist aussparen mussten, bereits seit Mitte des 17. Jahrhunderts „bis zu 25% aller Lesefähigen, jedenfalls aber einen Kreis, der weit über die Gelehrtenrepublik und die Gruppe von städtischen Räten, Staatsbeamten oder Militärs hinausging“, erreichten²¹.

²¹ Nach Johannes Weber wäre es allerdings dennoch falsch, „aus der hohen, nicht mehr nur auf die Eliten beschränkten Publizität der Nachrichtenblätter sogleich die Existenz einer ‚bürgerlichen‘ politischen Öffentlichkeit schon im 17. Jahrhundert ableiten zu wollen. Bestünde solch ein unmittelbarer Zusammenhang, so müssten dafür politik- und mentalitätsgeschichtliche Indizien

Neben nationalen Publikationen existierten, ebenfalls bereits seit dem 17. Jahrhundert und über das gesamte 18. Jahrhundert hinweg, auch eine Reihe von publizistischen Organen, die „deutlich transnationale, teils europäische Züge“ (ebd.) trugen. Bereits die einschlägigen Titel suggerieren dies nachdrücklich: mit dem *Theatrum Europaeum*, dem *Diarium Europaeum*, der *Europäischen Fama*, der *Neuen und Neuesten europäischen Farma*, dem *Europäischen Staats-Sekretarius* sowie dem *Courier de l'Europe* (vgl. ebd.) seien hier nur einige Beispiele genannt, deren Anzahl jedoch diejenige der gegenwärtig erfolgreichen, europaweit gelesenen Zeitungen bereits übersteigen dürfte. War die Leserschaft dieser überregionalen und übernationalen Organe, die zumeist die publizistische Form politischer Journale hatten, auch weitaus elitärer und kleiner als die der täglich erscheinenden nationalen Zeitungen (vgl. Weber 1997: 149), so spricht ihre Existenz dennoch für eine fortschreitende Institutionalisierung transnationaler Debatten, zumindest innerhalb einer kleinen und elitären Leserschaft.

Ein weiteres Beispiel für die europaweite mediale Vermittlung bürgerlicher Öffentlichkeit ist die seit Mitte des 18. Jahrhunderts vom niederländischen Journalisten Johan Luzac herausgegebene *Gazette de Leyde*. Auch diese Zeitung erschien in französischer Sprache und „behandelte Nachrichten aus den Niederlanden keineswegs mit besonderer Priorität“ (ebd.: 24). Requate analysiert eine Untersuchung der Herkunft der Nachrichten in der *Gazette de Leyde* (ebd.) und erkennt „eine erstaunlich breite Verteilung des Interesses“ (ebd.): So stammten etwa im Jahr 1772 nur 20% der Nachrichten aus England und Irland, gefolgt von Berichten aus den skandinavischen Ländern und Polen, während Themen aus Frankreich und den deutschen Staaten jeweils 10-11% der Zeitung einnahmen. Immerhin 8% der Nachrichten kamen aus der Türkei, die damit noch vor Italien, den Niederlanden, Österreich und Russland mit Werten zwischen 3,1% und 1,9% lag. Hinsichtlich der europaweiten Verbreitung von aufklärerischen Presseerzeugnissen sei weiterhin auf die englische Zeitschrift *The Spectator* verwiesen: 1712 erstmalig von den Journalisten Joseph Addison und Richard Steele publiziert, erschien die erste Übersetzung auf französisch ab 1714 in Amsterdam unter dem aufklärerischem Titel *Le Spectateur, ou le Socrate moderne, Où l'on voit un Portrait naïf des Moeurs de ce Siècle. Traduit de l'anglois*. Weil die im *Spectator* publizistisch betriebene „vernunftorientierte Dekonstruktion der traditionellen Metaphysik

erkennbar sein. Sie waren bisher nicht namenhaft zu machen. Tatsächlich dürfte die ‚repräsentative Öffentlichkeit‘ während des gesamten Jahrhunderts durch die Verbreitung der periodischen politischen Zeitungen noch keine ernsthafte Anfechtung erlebt haben. Die Integrationskraft der absolutistischen Regierungsform war nicht erschüttert“ (Weber 1997: 142). „Eine regelmäßige, allgemein zugängliche Publikation von Nachrichten allein markiert also noch nicht das Ende der ‚repräsentativen‘ und den Beginn einer ‚publizistisch bestimmten‘ neuen ‚bürgerlichen Öffentlichkeit‘“ (ebd.: 144).

in den katholischen Ländern vorerst noch nicht gut geheißen werden“ (Ertler 2008: 1) konnte, dauerte es noch knapp vierzig Jahre, bis 1752 ein journalistisches Pendant als Wochenschrift unter dem Titel *La Spettatrice* auch in Venedig publiziert wurde und bis in die 1760er Jahre, ehe die an den Spectator angelehnten spanischen Wochenblätter *El Duende especulativo sobre la vida civil* (Juni bis September 1761) von Don Juan Antonio Mercadal, *El Pensador* (1762-1763/1767) von José Clavijo y Fajardo und *La Pensadora Gaditana* (1763-1764) von Dona Beatriz Cienfuegos auf den Markt kamen (vgl. ebd.: 2). Auch hier zeigt sich, wie transnational operierende, europaweite Kommunikation im publizistischen Gewand im 18. Jahrhundert funktionierte: Die Presseerzeugnisse wurden, wenn nicht europaweit gedruckt, so doch von einer vernetzten Schicht gebildeter Bürger länderübergreifend zur Kenntnis genommen und in ihrer Form übersetzt und adaptiert.

Ein weiteres Beispiel für diese kommunikative Vernetzung ließe sich in der dezidierten Europaausrichtung spanischer Presseorgane des aufgeklärten Absolutismus sehen, im Rahmen derer man ein „säkularisiertes Europa als Kampfplatz rivalisierender Nationen und als Messlatte einer in Rückstand geratenen [spanischen, D.W.] Nation“ (Jüttner 2008a: 68) publizistisch inszenierte, um an den Aufklärungswillen im eigenen Land zu appellieren (vgl. ebd.: 67-109). Auch in Portugal bildete sich mit den sogenannten *Estrangeirados* im 18. Jahrhundert eine Bewegung aus, „deren Ziel gerade der Wissenstransfer aus dem übrigen Europa nach Portugal war, um das Land auf die Höhe der Zeit zu bringen und eine eigenständige wissenschaftliche Weiterentwicklung anzustoßen“ (Müller 2008: 158). Auf Entwicklungen wie diese bezieht sich auch Schulz-Forbergs (2010: 65) These, nach der sich innerhalb der publizistischen und diskursiven Vernetzung nationaler Öffentlichkeiten im Europa des 18. Jahrhunderts auch so etwas wie „eine Peripherie-Zentrum Beziehung etablierte“, in der „Europa als Appellationsinstanz eine wichtige Rolle für periphere europäische Öffentlichkeiten spielte, welche wiederum einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der allgemeinen europäischen Öffentlichkeit und des Verständnisses von Europa leisteten“.

Obgleich die Aufklärungsbewegung, wie oben dargelegt, vor allem hinsichtlich ihrer nationalen Besonderheiten differenziert betrachtet werden sollte, so ist in der im 18. Jahrhundert trotz allem zentralen Rolle Frankreichs ein ebenfalls wichtiger Grund für paneuropäische Bestrebungen und Strukturen während dieser Zeit zu sehen. So konstatiert Asbach (2005: 25), bereits die Zeitgenossen hätten „Europa nicht nur als einen Zusammenhang gesehen, der durch die Ausbreitung der ‚lumières‘ in allen Bereichen des sozialen, kulturellen, technischen und geistigen Lebens bestimmt wurde, sondern dieses Europa der Aufklärung explizit als ‚l’Europe francaise‘ bezeichnet“. Diese

Ausnahmestellung Frankreichs habe allerdings schon im 16. und 17. Jahrhundert, also in der Hochphase des Absolutismus begonnen, indem die Förderung von Wissenschaft und Künsten „von Richelieu bis Ludwig XIV. massiv vorangetrieben wurde“ (ebd.: 27). Geschah dies freilich primär zur Stärkung der absolutistischen Machtstrukturen, so führte diese Entwicklung dennoch „zu einer Blüte und zu einem Einfluss der Kultur Frankreichs, die sie zur Leitkultur in Europa aufsteigen ließ“ (ebd.). Paradoxerweise profitierte die französische Aufklärung hinsichtlich ihrer Stellung in Europa gerade von dieser in absolutistischen Absichten entstandenen Vorreiterstellung Frankreichs:

„Ohne allzu große Übertreibung kann man davon sprechen, dass sie die kulturelle Hegemonie des ‚absolutistischen Frankreichs‘ gleichsam fortführte, ohne dass dies bedeuten würde, das sie in diesem Prozess deren politischen und sozialen Gehalt nicht in ihrem Sinne transformiert hätte. [...] Geradezu vorbildhaft lässt sich die Verschränkung von absolutistischer und aufklärerischer Kultur am Hofe Friedrichs II. von Preußen beobachten, an dem das Französische die Umgangssprache darstellte und die Berliner Akademie personell und ideell von Franzosen dominiert wurde. So konstatierte der Präsident der Berliner Akademie der Wissenschaften Maupertuis, gleichfalls ein ‚Import‘ aus der französischen Kapitale, denn auch 1747 die interne Verbindung, die zwischen der Aufklärung, die das Ziel wissenschaftlicher Arbeit bilde, und dem Französischen bestehe, welches ‚la langue la plus universelle‘ und ‚plutôt la langue de l’Europe entière que la langue des Francois‘ sei und sich somit als Medium der internationalen wissenschaftlichen und kulturellen Kommunikation qualifiziere“ (ebd.).

Auch die persönlichen europaweiten Kontakte und Reisen der großen französischen Aufklärer dokumentieren so etwas wie eine intellektuelle Hegemonialstellung Frankreichs:

„Voltaire, Montesquieu oder Rousseau hielten sich längere Zeit in England auf, in Berlin und Potsdam bewegten sich Voltaire, Maupertuis oder La Mettrie, während d’Alambert, Diderot oder Condorcet ständige korrespondierende Mitglieder der dortigen Akademie der Wissenschaften waren. Didero führte der fürstliche Wille, die staatliche Modernisierung mit dem Geist der Aufklärung zu verknüpfen, bekanntlich bis nach St. Petersburg an den Hof Katharinas II.“ (ebd.: 28).

Am Ende lässt sich bündeln, dass die fortschreitende Entwicklung von Wissensaneignung und die des kommunikativen „Wissensumlaufs [...] Grundzüge des neuen Europa im 18. Jahrhundert“ (Jüttner 2008c: VIII) darstellten – das freilich beschränkt sich zumeist auf den Zirkel einer intellektuellen Elite, gilt aber auf nationaler wie auch auf transnationaler Ebene. Erst im Rahmen der Nationenbildung des 19. Jahrhunderts geriet das euphemistische Europabild des 18. Jahrhunderts in ein Spannungsverhältnis mit dem aufkommenden Bedürfnis nach „kultureller Abgrenzung, nach Identität durch die Konstruktion der Alterität“ (Lottes 2009: 35). Zunehmend kam es auch in Europa zu nationalen

Bewegungen, welche „bestimmte Spielarten kollektiver Zugehörigkeitsgefühle mobilisieren konnten, die bereits existierten und gleichsam potentiell in jenem makropolitischen Maßstab wirksam werden konnten, der zu den modernen Staaten und Nationen passte“ (Hobsbawm 1992: 59).²² Zwar blieb auch im 19. Jahrhundert eine transnationale Kommunikationsstruktur in Europa erhalten (vgl. Schulz-Forberg 2010: 67), jedoch kreierte die „Nation-building-Prozesse in Europa [...] neue Bedingungen, indem sie die Kommunikation innerhalb der Nationen verdichteten und dadurch ein kommunikatives Gefälle zu ihrer europäischen Umgebung schufen“ (Requate 2002a: 25).

Hinsichtlich seines Bestrebens nach Öffentlichkeit – nach bürgerlicher und auch nach europäischer Öffentlichkeit – nahm das 18. Jahrhundert also aus der Perspektive einer historischen Totale durchaus eine Sonderstellung ein: Es kreierte qualitativ neuartige, nationale und transnationale Kommunikationsnetzwerke. „Die wichtige Ableitung“, so schreibt Schulz-Forberg (2010: 65), „die aus dieser Existenz von Kommunikationsnetzwerken hergeleitet wird, betrifft die Tatsache, dass in diesen Netzwerken eben auch die Idee und Bedeutung Europas seit dem späten 17. Jahrhundert diskutiert wurde“. Die Relevanz dieser Epoche für die vorliegende Arbeit ist demnach eine doppelte: Sie betrifft den qualitativen, von der soziologischen Struktur einer neuen bürgerlichen Öffentlichkeit ableitbaren Entwicklungsschritt im Bereich der (europaweiten) Kommunikation ebenso wie einen gewichtigen Teil des Inhalts dieser Kommunikation, zumindest unter Eliten: Europa selbst, seine Funktionen und Werte, seine Beschaffenheit und seine Zukunftsaussichten.

Aus dieser Perspektive sind das 18. Jahrhundert und die Aufklärung als seine intellektuell und sozial sich manifestierende Grundströmung durchaus aufschlussreich für eine Betrachtung europäischer Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert, die – wie später zu erörtern ist – ebenfalls ein stark elitendominiertes Phänomen darstellt. Zudem ist Hans J. Kleinsteuber (2004: 36) zuzustimmen, wenn er behauptet, dass „die Bürger Europas sich heute in einer tendenziell ähnlichen historischen Situation befinden wie seinerzeit die Bürger in den entstehenden Nationalstaaten“. Auf politischer Ebene führt Kleinsteuber hier die institutionelle Gestalt der Europäischen Union an, bei der „eine starke, nahezu absolutistisch zentrierte Bürokratie in Form der Europäischen Kommission“ das politische Europa vertrete, während ein „schwaches Europäisches Parlament [...] teilweise reale,

²² Die dabei entstehende Bindungsform subsummiert Hobsbawm unter dem Begriff des „Protonationalismus“ (Hobsbawm 1992: 59ff.), der für den modernen, politisch am rechten Rand verortbaren Nationalismus, wie er sich in Westeuropa „erst ziemlich spät im 19. Jahrhundert“ (ebd.: 96) herausgebildet habe, zwar gewisse Grundlagen aufbauen konnte, der mit diesem aber keinesfalls gleichzusetzen sei (vgl. ebd.: 94).

mehrheitlich aber nur symbolische legislative Funktionen“ (ebd.) übernehme. Auch auf medialer Ebene sieht er, abstrahiert von der konkreten medientechnischen Entwicklung, Parallelen zwischen der Medienetablierung im 18. Jahrhundert und der gegenwärtigen Situation europäischer Medien, die sich in einem „ähnlich embryonalen Status“ befänden, „wie seinerzeit die nationalen Medien“ (ebd.). Man muss sich dem pessimistischen Duktus Kleinsteubers gewiss nicht anschließen, um die zumindest holzschnittartig ausgemachten Parallelen prinzipiell anzuerkennen.

So liefert das ‚aufklärerische‘ 18. Jahrhundert ein historisches Modell, das, wenngleich es nicht normativ überhöht oder unkritisch auf die Gegenwart übertragen werden sollte, zumindest die prinzipiellen Möglichkeiten transnationaler Kommunikation in ihrer Wechselwirkung mit medialen und sozialen Prozessen und Entwicklungen aufzeigen kann.

3. Politische Öffentlichkeit in der Gegenwart: Zwischen normativen Anforderungen und empirischen Einschränkungen

3.1. ‚Postbürgerliche‘ Öffentlichkeit

Das analysierte Modell bürgerlicher Öffentlichkeit ist für die vorliegende Arbeit deshalb von so großer Bedeutung, weil die Epoche der Aufklärung – unterstützt durch die historisch-medientechnischen Entwicklungen – den ideologischen Grundstein für eine normative Relevanz der Kategorie politischer Öffentlichkeit gelegt hat, die im Kern bis heute Gültigkeit besitzt. Weil mit dem Vernunft-Paradigma der Aufklärung auch eine nachhaltige Säkularisierung der europäischen Gesellschaften einsetzte, verloren tradierte, zumeist transzendental-religiöse Begründungsmuster und „Begriffe wie ‚Schicksal‘ und ‚Fügung‘ [...] in Sprache und Denken ihren sinnstiftenden und komplexitätsreduzierenden Gehalt“ und mussten fortan „durch kognitive Ursache-Wirkungserklärungen ersetzt werden“ (Imhof 2006: 185). Genau diese Entwicklung einer „Enttranszendierung der öffentlichen Kommunikation“ (ebd.: 186) führte zu einer „gewaltigen Begründungslast“ (ebd.) und damit zu einer enormen Wertsteigerung von Öffentlichkeit, welche als zentrales Kennzeichen der Moderne bis heute wirksam und gültig ist.

Mit gewissem Recht ließe sich gar behaupten, dass diese moderne Begründungslast, die sich etwa in Transparenz-, Vermittlungs- und Erklärungserwartungen gegenüber demokratischer Politik äußert, durch die mit den Entwicklungen des Internet einhergegangene Vereinfachung von Informationstransfers gegenwärtig in nie dagewesener

Intensität existent ist. Kants Dogma, nach dem „alle Maximen, die der Publizität *bedürfen* (um ihren Zweck nicht zu verfehlen), [...] mit Recht und Politik vereinigt zusammen[stimmen]“ (Kant 1985 [1795]: 103), hat vor allem in seiner negativen Auslegung bis heute keinen Deut an Gültigkeit verloren: Alle politischen Maximen, die die Publizität ablehnen, besitzen in demokratischen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts zumindest eine fragwürdige Legitimität. Imhof (2008: 22) beschreibt diese normativen Kontinuitäten von der Aufklärung bis in die Gegenwart wie folgt:

„Auch wenn wir Wahrnehmungs- und Entscheidungsprobleme nicht mehr auf der erkenntnistheoretischen Basis des sensualistischen (substantialistischen) Wahrheits- und Vernunftbegriff der Aufklärungsbewegung angehen, bleibt das Problem der Selbst- und Gesellschaftswahrnehmung, des Erkennens und der Auswahl von allgemeinverbindlich zu lösenden Problemen und der Legitimität der Problemlösungen strikt an die integrierende, deliberative und legitimierende Qualität der öffentlichen politisch-kulturellen Kommunikation gebunden [...].“

Damit spricht er die drei grundlegenden, der Epoche der Aufklärung entstammenden aber bis heute im Zusammenhang mit dem Begriff politischer Öffentlichkeit diskutierten Funktionen an: Öffentlichkeit hat in normativer Hinsicht eine Integrations-, eine Deliberations-²³ und eine Legitimationsfunktion inne. Eine integrierende Kraft kann sie ausüben, wenn und weil sie „die Selbstwahrnehmungsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger einer Gesellschaft, die Probleme auf demokratische Weise allgemeinverbindlich löst“ (Imhof 2011: 100), sicherstellt; deliberativ wirkt Öffentlichkeit, wenn sie „mit all ihren über Kommunikationsflüsse verbundenen Arenen den Entdeckungszusammenhang von Problematisierungen darstellt“ und so für eine „begründbare Rationalitätserwartung gegenüber Problemauswahl- und -bearbeitungsprozessen“ (Imhof 2008: 21) sorgt. Schließlich kommt der Öffentlichkeit ein im Kant’schen Sinne legitimierender Charakter dann zu, wenn sie durch Transparenz und Begründungszwang dafür sorgt, dass politische Entscheidungen nicht nur im Sinne der Bürger, sondern auch „abgestützt auf die elementaren Bürgerrechte unter Einschluss des Stimm- und Wahlrechts“ (ebd.) getroffen werden.

Selbstredend besitzen diese normativen Funktionen auf empirischer Ebene keine Erfüllungsgarantie. Sie müssen unter verschiedenen historischen, gesellschaftlichen und medientechnologischen Bedingungen immer wieder neu gesucht und ausgehandelt werden. So kann und sollte der unter den Prämissen der Aufklärung und des erstarkenden Bürgertums im 18. Jahrhundert von Habermas entwickelte Begriff der bürgerlichen Öffentlichkeit im hiesigen Kontext zwar eine heuristische Funktion in dem Sinne erfüllen,

²³ Zur Definition einer deliberativen Komponente von Öffentlichkeit siehe auch: Kapitel 3.1.2..

dass sich kommunikative Realitäten auf seine Ideen und Ideale beziehen lassen; nichtsdestotrotz muss – gerade im Hinblick auf die Evidenzen und Möglichkeiten transnationaler Kommunikation – auf gesellschaftlich wie medial bedingte Transformationen eingegangen werden, welche die Kategorie politischer Öffentlichkeit in theoretischer, normativer sowie empirischer Hinsicht seit dem 18. Jahrhundert durchlaufen hat. Um dabei gleichzeitig den Rückbezug zur bürgerlichen Öffentlichkeit sowie deren historische Überwindung deutlich zu machen, soll hier der (semantisch sicherlich streitbare) Begriff der ‚postbürgerlichen‘ Öffentlichkeit verwendet werden.

3.1.1. Der Verfall bürgerlicher Öffentlichkeit – Zum „ersten“ und „zweiten“ Strukturwandel

Die analysierte bürgerliche Öffentlichkeit des 18. Jahrhunderts, die in ihrem von den Prämissen der Aufklärung durchdrungenen Rationalitätsanspruch die thematische Basis für eine transnationale, pan-europäische Vernetzung von Elitendiskursen – und damit für jene hier auf den Stand eines historischen Modells gehobene Frühform europäischer Öffentlichkeit – erst möglich gemacht hatte, unterliegt in der Retrospektive zwei Einschränkungen: einer theoretisch-methodischen ebenso wie einer empirischen.

Die theoretisch-methodische Einschränkung bezieht sich dabei auf die Art und Weise, wie Habermas – als bis heute wohl einflussreichster Theoretiker innerhalb des *Sujets* – die Sphäre bürgerlicher Öffentlichkeit konstruiert hat. Das Habermas'sche Ideal der „zum Publikum versammelten Privatleute“ (Habermas 1990: 121), die – bedingt durch ihre wirtschaftliche Autonomie – dem Staat als rationalisierendes politisches Korrektiv gegenüberreten, stützt sich zwar auf nachgewiesene soziale, gesellschaftliche und mediale Umbrüche innerhalb des betrachteten Zeitraums; es bleibt nichtsdestotrotz aber ein Ideal – ein Konstrukt, das Habermas höchst zweckgebunden erstellt. Er argumentiert in diesem Sinne primär als Philosoph, weniger als Soziologe und schon gar nicht als Historiker. So wird das bürgerliche Publikum des 18. Jahrhunderts im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* zum zwar historisch verortbaren, für Habermas gleichwohl überzeitlichen Modell, das ihm methodisch dazu dient, empirische Abweichungen als Defizite zu markieren. „Bestehende kulturelle Normen“, so schreibt Wendelin (2011: 212) über die Habilitationsschrift von Habermas, werden „über eine historische Untersuchung identifiziert und einem als negativ wahrgenommenen gegenwärtigen Ist-Zustand gegenübergestellt. Diese Konfrontation soll

Irritationen erzeugen und zum Handeln in Richtung einer Korrektur der entlarvten negativen Bedingungen motivieren.“

In diesem Sinne steht der *Strukturwandel* ganz eindeutig in der Tradition der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule. Habermas präsentiert sich hier als scharfer Kritiker einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft im Allgemeinen und der politischen und gesellschaftlichen Strukturen der frühen Bundesrepublik in der Adenauer-Ära im Speziellen.²⁴ In „Anlehnung an die idealtypisierende Methode Max Webers“ orientiert er sich dabei „am ‚Idealtypus‘ bürgerlicher Öffentlichkeit, d.h. am prototypischen Öffentlichkeitsverständnis der Aufklärungsbewegung, um die real existierende Öffentlichkeit im Licht der ursprünglich angelegten Freiheitspotenziale zu analysieren“ (Burkart 2003: 199) – um sie zu *kritisieren*, wie man hier vielleicht treffender formulieren müsste.

Das Bewusstsein über diese erste Einschränkung, nach der es sich bei der bürgerlichen Öffentlichkeit um ein Ideal-Modell handelt, das historische Details bisweilen zugunsten einer deutlicheren Stilisierung vernachlässigt²⁵, das aber nur auf diese Weise zur scharfkantigen Schablone für die kritische Analyse der von ihm abweichenden Gegenwart werden konnte, ist unabdingbar, sofern – wie hier angestrebt – das Habermas’sche Öffentlichkeitsverständnis entkontextualisiert und in seinen Kernpunkten für die Gegenwart analytisch nutzbar gemacht werden soll.

Die zweite Einschränkung ist stärker empirischer Natur und baut kausal auf der ersten Einschränkung auf: Hält Habermas sein Modell bürgerlicher Öffentlichkeit aus normativer Perspektive für zeitlos gültig und dessen Prämissen für nach wie vor erstrebenswert, so konstatiert er auf empirischer Ebene dennoch (und genau dafür benötigt er dieses Modell methodisch ja) gravierende Abweichungen. Der von ihm ausgemachte Strukturwandel der Öffentlichkeit, der im Folgenden aus Gründen einer später erfolgenden Abgrenzung als ‚erster‘ Strukturwandel bezeichnet werden soll, ist bei Habermas nichts anderes als eine Verfallsgeschichte der bürgerlichen Öffentlichkeitsform, die letztlich in jenen kritikwürdigen Zustand der Epoche der 1950er und frühen 1960er Jahre mündet, in der Habermas die Habilitationsschrift verfasst und publiziert hat. Die Sphäre bürgerlicher Öffentlichkeit hat ihre empirische Evidenz also bereits zu diesem Zeitpunkt längst verloren.

²⁴ Zu seinen politischen und ideologischen Überzeugungen während der Entstehungszeit des *Strukturwandel* hat Habermas rückblickend folgendes erklärt: „Meine Intentionen und Grundüberzeugungen sind in der Mitte der fünfziger Jahre durch den westlichen Marxismus geprägt worden, durch die Auseinandersetzung mit Lukács, Korsch und Bloch, mit Sartre und Merleau-Pontry, und natürlich mit Horkheimer, Adorno und Marcuse“ (Habermas 1985b: 216).

²⁵ Eine Tatsache, die Habermas besonders von Seiten der Historiker und Medienhistoriker immer wieder Kritik eingebracht hat (vgl. etwa Fraser 1992; Böning 1997; Weber 2005).

Um diesen Verlust anzuprangern, benötigt Habermas die historische Deskription. Diese Deskription, die in Kapitel 2. der vorliegenden Arbeit ausschnittsweise nachvollzogen wurde, besitzt bei Habermas also nur sekundären Eigenwert; primär dient sie einer kritischen Analyse der Gesellschaft der Gegenwart – zweckgebunden und als methodisches Werkzeug.

Aus diesem Grund analysiert Habermas den Zerfallsprozess der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht weniger detailliert als ihre Entstehung. Das Ergebnis dieses Zerfalls beschreibt er – in Anlehnung an die „repräsentative“ (Habermas 1990: 58ff.) Form von Öffentlichkeit, wie sie für das feudale Hochmittelalter kennzeichnend war – als „Refeudalisierung“ (ebd.: 292). Wie noch zu zeigen ist, wird diese Refeudalisierungsthese vorrangig mit einer Kritik an der Funktionsweise und der ökonomischen Struktur der modernen Massenmedien begründet.

Der Zerfallsprozess als solcher kann an dieser Stelle nur in grob vereinfachten Grundzügen nachgezeichnet werden: Habermas konstatiert, dass sich in den auf die Epoche der Aufklärung folgenden „hundert Jahren eines allmählich sich organisierenden Kapitalismus“ (ebd.: 223) das ursprüngliche Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatsphäre aufgelöst habe. Dabei charakterisierten „zwei dialektisch aufeinander verweisende Tendenzen einen Zerfall der Öffentlichkeit: Sie durchdringt immer weitere Sphären der Gesellschaft und verliert gleichzeitig ihre politische Funktion, nämlich die veröffentlichten Tatbestände der Kontrolle eines kritischen Publikums zu unterwerfen“ (ebd.). Der Zusammenhang beider Tendenzen ist innerhalb des Habermas’schen Theoriegerüsts evident: Durch sozialpolitische Entwicklungen, wie etwa die Etablierung des Wohlfahrtsstaates im 19. Jahrhundert, sei es gleichsam zu einer Ausweitung der öffentlichen Sphäre auf die Besitzlosen, einer „Okkupation der politischen Öffentlichkeit durch die Masse der Nichteigentümer“ (ebd.: 269f.) gekommen. Diese Ausweitung aber habe auch zu einem Eindringen der „Konkurrenz organisierter Privatinteressen“ (ebd.: 272) in die öffentliche Sphäre geführt. Obgleich der Privatsphäre ökonomisch autarker Individuen entsprungen und ursprünglich durch den aufklärerischen Vernunftgedanken motiviert sowie diskursiv betrieben, sei die Öffentlichkeit seit dem 19. Jahrhundert schrittweise ökonomisch vermachtet worden und zur Zeit der Publikation des *Strukturwandel* bereits vollständig von egoistisch kalkulierenden Partial-Interessen geleitet. Hans-Klaus Keul exegiert Habermas an diesem Punkt wie folgt:

„’Öffentlichkeitsarbeit’ heißt das Zauberwort für die flächendeckende Manipulation der öffentlichen Meinung im Großformat, durch die die unter der Patronage von Verbänden, Parteien und Verwaltung vermachtete Publizität, das einstige Ferment der Aufklärung, in

deren Dienst gezerzt wird – zur schrillen Demonstration und Repräsentation ihrer bornierten, aber privilegierten Organisationsinteressen“ (Keul 1997: 123).

Die öffentliche Meinung, die in der bürgerlichen Öffentlichkeit noch im Zusammenschluss der rasonierenden Privatleute zum Publikum ihren Ursprung hatte, ist zerbrochen „in ‚informelle Meinungen von Privatleuten ohne Publikum‘, dem diffusen und zersplitterten Meinen der Vielen und [...] [die] ‚formellen Meinungen der publizistisch wirksamen Institutionen‘, die die Publizität für ihre manipulativen Zwecke nun missbrauchen“ (ebd.: 116; innere Zitate: Habermas 1990).

Mit dem Begriff der ‚Institutionen‘ spielt Habermas primär auf die modernen Massenmedien an, „die, von den gesellschaftlichen Mächten in Dienst genommen und dem Diktat der Kommerzialisierung unterworfen, das Freizeit- und Konsumverhalten der Familienmitglieder modellieren, und denen die Bildung der Persönlichkeit missrät“ (Keul 1997: 118). Es sind also jene vermachteten (Medien-)Institutionen, welche die bürgerliche öffentliche Sphäre besetzen, sie mit ihren kommerziellen Interessen semantisch entleeren und schließlich das Publikum von einem „politisch aktiven zum privatistischen, vom kulturrasonierenden zum kulturkonsumierenden“ (Habermas 1990: 30) umwandeln.

Auf empirischer Ebene lässt sich in der Tat festhalten, dass Habermas’ normative Konstruktion einer rasonierenden politischen Öffentlichkeit mit der Etablierung mediatisierter, zunehmend elektronischer und immer stärker von den Imperativen des Marktes bestimmter Formen der Massenkommunikation im Laufe der fortschreitenden Industrialisierung, spätestens aber ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, einen radikalen Bruch durch die historische Realität erfahren hat. Das anhand der Aufklärungsepoche erstellte Modell kann bereits das 19. Jahrhundert nicht mehr adäquat beschreiben. Dieser Bruch wird im *Strukturwandel* unmissverständlich negativ, als „Zerfall bürgerlicher Öffentlichkeit“ (ebd.: 267) konnotiert. Neben einer Wandlung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit – in Gestalt der Tatsache, dass sich in der „sozialstaatlich verfassten Industriegesellschaft“ die Verhältnisse und Beziehungen mehrten, „die mit Institutionen weder des privaten noch des öffentlichen Rechts zureichend geordnet werden können“ (ebd.: 234) – begründet Habermas seine Zerfalls-These vor allem mit den Auswirkungen der (elektronischen) Massenmedien auf die Rezeptionsgewohnheiten des Publikums. Die von ihm beschriebene Entwicklung vom ‚kulturrasonierenden‘ zum ‚kulturkonsumierenden‘ Publikum basiert dabei im oben beschriebenen, methodisch abgrenzenden Sinne auf dem Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit. Habermas’ Nähe zur Kritik an der ‚Kulturindustrie‘, wie sie Adorno und

Horkheimer in ihrer *Dialektik der Aufklärung* geübt hatten (vgl. Horkheimer/Adorno 1992: 128-177), schimmert dabei immer wieder hindurch: „Anstelle der literarischen Öffentlichkeit tritt der pseudo-öffentliche oder scheinprivate Bereich des Kulturkonsums“ (Habermas 1990: 234). Allerdings verteidigt sich Habermas, gewissermaßen antizipativ, schon hier gegen den später erhobenen Vorwurf der Realitätsferne: „Die bürgerliche Kultur war nicht bloß Ideologie. Weil das Raisonement der Privatleute in den Salons, Klubs und Lesegesellschaften dem Kreislauf von Produktion und Konsum, dem Diktat der Lebensnotdurft nicht unmittelbar unterworfen war, [...] konnte sich hier die Idee, die dann zur Ideologie herabgesetzt wurde, überhaupt ausbilden – nämlich Humanität“ (ebd.).

Die Kritik am Zerfall dieser Idee stützt sich argumentativ vor allem auf die Wandlung des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit: War das Öffentliche im Idealtypus der bürgerlichen Öffentlichkeit gewissermaßen organisch aus der Sphäre des Privaten entstanden, war das eine ein rechtmäßig artikuliertes Destillat des anderen, so sieht Habermas mit der massenmedialen Öffentlichkeit eine Erosion der spezifischen Beziehung zwischen Privatheit und Öffentlichkeit einhergehen. Die Öffentlichkeit werde dabei degradiert zur „Sphäre der Veröffentlichung privater Lebensgeschichten, sei es, dass die zufälligen Schicksale des sogenannten kleinen Mannes oder die planmäßig aufgebauter Stars Publizität erlangen, sei es, dass die öffentlich relevanten Entwicklungen und Entscheidungen ins private Kostüm gekleidet werden [...]“ (ebd.: 262). Weil die durch Massenmedien verbreitete Kultur zudem eine „Integrationskultur“ (ebd.: 267) sei, hebe sie die Grenze zwischen privat und öffentlich zwangsläufig auf. In dem Maße, in dem sich beide Bereiche aber verschränken, so Habermas, werde das Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit unanwendbar (vgl. ebd.: 268). Hieraus spricht eine für den *Strukturwandel* prototypische Gesellschaftskritik, die Habermas ein ums andere mal in den Mantel eines Technologieskeptizismus kleidet: „Funk, Film und Fernsehen bringen den Abstand, den der Leser zum gedruckten Buchstaben einhalten muss, gradweise zum Verschwinden – eine Distanz, die die Privatheit der Aneignung ebenso verlangte, wie sie die Öffentlichkeit eines rasonierenden Austausches über das Gelesene erst ermöglichte“ (ebd.: 261).

Ließen sich die prozedurale Entstehung von Öffentlichkeit und die organisch aus ihr hervorgegangenen öffentlichen Meinungen frei rasonierender Bürger als Determinanten der zum normativen Ideal erhobenen bürgerlichen Öffentlichkeit ausmachen, so werden deren Spielregeln nun durch die Verbreitung der Massenmedien konterkariert. Eine „Askeseleistung“ wird dem modernen Publikum dabei „nicht länger zugemutet“ (Keul 1997: 118). Das wiederum hat gravierende Konsequenzen: Mit der Etablierung der Massenmedien sieht Habermas den Beginn einer gesellschaftlichen und kulturellen

Entwicklung gekommen, welche die politische Kommunikation der Bürger untereinander als wichtigstes Mittel zur Aufklärung deren politischer Überzeugungen mindestens einschränkt, wenn nicht gar zerstört. Das rasonierende Publikum wird in dieser Entwicklung zur unkritischen Masse von Konsumenten. Renate Martinsen fasst diese ‚Refeudalisierung‘ aus Habermas’scher Perspektive wie folgt zusammen:

„In der öffentlichen Sphäre sei [...] der ehemals staatskritische Impuls versiegt und es könnten nur noch Privatinteressen von Marktteilnehmern zur Geltung kommen. Die kommerzialisierte und konzernartig konzentrierte Presse erfährt in diesem Zusammenhang eine kritische Bewertung: Die modernen Massenmedien scheinen das Prinzip der Publizität manipulativ zu wenden, indem sie es in den ‚sanften Zwang stetigen Konsumtrainings‘ verwandeln. Die Staatsbürger werden dabei von aktiv beratenden Teilnehmern am Politikprozess auf die Rolle des passiv zuschauenden und bloß akklamierenden Publikums reduziert“ (Martinsen 2009: 51).²⁶

Habermas selbst spricht in diesem Zusammenhang davon, dass das Publikum „in Minderheiten von nicht-öffentlich rasonierenden Spezialisten und in die große Masse von öffentlich rezipierenden Konsumenten gespalten“ worden sei (Habermas 1990: 266) – eine Aufteilung, die im Kontext der Frage nach dem Elitarismus von Internetkommunikation noch einmal zu betrachten sein wird.

Es sind also vor allem drei Aspekte, die den von Habermas in seiner Habilitationsschrift nachgezeichneten, ‚ersten‘ Strukturwandel ausmachen: Durch die soziale Ausweitung der öffentlichen Sphäre verliert diese erstens „die kritische Kraft ihres Prinzips, die ‚Publizität‘“ und büßt darauffolgend „ihre politische Funktion gänzlich ein“ (Keul 1997: 116). Zweitens verkehrt sich das für die bürgerliche Öffentlichkeit konstitutive Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit dergestalt, dass die familiäre Intimität, die den zum Publikum versammelten Privatleuten bis *dato* als „Erfahrungsquelle“ (ebd.: 118) gedient hatte, nun zum „Einfallstor“ (ebd.) der kommerziellen und ökonomischen Interessen der neuen Massenmedien wird. Aus dem kulturrationierenden wird dadurch, in letzter Konsequenz und drittens, ein kulturkonsumierendes Publikum, das in der postbürgerlichen Öffentlichkeit nicht mehr „zum öffentlichen Gebrauch der Vernunft“, sondern vielmehr nur noch „zum unpersönlichen Verbrauch von Entspannungsreizen“ (ebd.) angeleitet wird.

²⁶ Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, warum die Apologeten der digitalen Netzwerkkommunikation die Kommunikationswirklichkeit im Internet, die dieser Kommerzialisierung und konzernartigen Konzentrierung der klassischen Massenmedien, sowie der Hierarchisierung von Produzenten und Konsumenten *per se* zu widerstreben scheint, von Beginn an zum legitimen Nachfolger der bürgerlich-politischen Öffentlichkeit Habermas’scher Prägung erhoben haben. Die Berechtigung einer solchen Schlussfolge kann an dieser Stelle, vor einer genaueren Untersuchung der netzbasierten Kommunikationsphänomene, jedoch noch nicht hinreichend erörtert werden.

Auf dem Weg zur empirischen Konstitution von politischer Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert folgt auf diesen ‚ersten‘ Strukturwandel – der bei Habermas vor allem im 19. Jahrhundert angesiedelt ist, dessen Ergebnisse aber noch in der Bundesrepublik der ersten Nachkriegsjahrzehnte Geltung beanspruchen – im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts eine weitere Entwicklung der öffentlichen Sphäre, die in der Forschung als „zweiter“ (Kamber 2008: 174) oder „neuer“ (Imhof 2011: 108ff.) Strukturwandel bzw. als „weiterer Medialisierungsschub“ (Wendelin 2011: 56) klassifiziert wird. Diese Entwicklung schreibt die Grundtendenzen des ersten Strukturwandels fort und spitzt sie gleichermaßen zu. Kamber (2008: 174) verortet den Beginn des zweiten Strukturwandels der Öffentlichkeit in den 1980er Jahren und beschreibt „die Ausdifferenzierung eines Mediensystems aus dem politischen System bei gleichzeitiger Kopplung der Medien an Marktlogiken“ (ebd.) als dessen ureigenes Grundmerkmal. Im Zuge der in Europa seit diesem Zeitraum einsetzenden Entwicklung hin zu einem stärker neoliberal geprägten, Deregulierungsprozesse befördernden Wirtschaftsmodell (vgl. ebd.) habe sich die noch in den Nachkriegsjahrzehnten dominierende „neokorporative Integration von Politik und Wirtschaft“ aufgelöst und „die Medien sozial wie ökonomisch von ihren herkömmlichen Trägerorganisationen (z.B. Parteien, Verbände)“ (ebd.: 175) abgelöst. Schrittweise seien Medienorganisationen zu autark und nach marktwirtschaftlichen Gesetzen agierenden Unternehmen „mit beliebiger Kapitalversorgung aber hoher Renditeerwartung“ (ebd.) geworden. Das betrifft sowohl den in Kontinentaleuropa seit den 1980er Jahren neu entstandenen privaten Rundfunk, als auch den staatlichen bzw. öffentlich-rechtlichen Rundfunk, welcher der privatwirtschaftlichen Konkurrenz seinerseits mit Deregulierung begegnen musste. Was Habermas im *Strukturwandel* primär für den Bereich der Printpresse herausgearbeitet hatte, nämlich die Kommerzialisierung von Öffentlichkeit durch das Eindringen ökonomisch-vermachteter Interessen in ebendiese, das potenziert sich in seinen Dimensionen und Auswirkungen mit der Etablierung des dualen Rundfunksystems.

Und das gilt nicht nur für die Struktur von medieninduzierter Öffentlichkeit selbst, sondern hat – ebenfalls bereits im ersten, und dann verstärkt im zweiten Strukturwandel – auch Folgen für das Publikum als soziale Größe und dessen Stellung in der Öffentlichkeit. War die Rationalisierungsfunktion des Publikums in Form eines sich diskursiv bildenden Interessenkollektivs schon durch den ersten Strukturwandel in Frage gestellt worden, so wandelt sich dieses Kollektiv mit der Privatisierung des Rundfunks noch weiter hin zu einer Masse von „Medienkonsumenten, die nach Kaufkraft und Konsum differenziert werden“ (ebd.). Diese neuen Selektionslogiken der Medien, die sich zunehmend an

Aufmerksamkeitsbedürfnissen der Rezipienten als Konsumenten orientieren, um im Kampf um Auflagen, Quoten und Werbeeinnahmen bestehen zu können (vgl. ebd.), ersetzen die vormalige Aggregation lebensweltlicher Erfahrungen aus Privat- und Intimsphäre der Bürger zunehmend als Filter für öffentliche Kommunikation. Habermas hat diesen Prozess im Verbund mit anderen Entwicklungen fortschreitender gesellschaftlicher Differenzierung auch als „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas 1987: 522) bezeichnet.

Weil diese neuen Medienlogiken und Selektionsmechanismen nun sämtliche auf Öffentlichkeit angewiesene Akteure dazu nötigen, sich ihnen anzupassen (vgl. Kamber 2008: 175), hat sich in der Forschung der Begriff der „Mediatisierung“ (Sarcinelli 1998) oder synonym „Medialisierung“ (etwa Wendelin 2011: 45ff.) einzelner Gesellschaftsbereiche durchgesetzt. Ulrich Sarcinelli (1998: 678f.) definiert Mediatisierung vorrangig im Kontext politischer Kommunikation und erkennt dabei unter anderem eine „wachsende Verschmelzung von Medienwirklichkeit und politischer wie sozialer Wirklichkeit“ ebenso wie eine verstärkte „Ausrichtung politischen Handelns und Verhaltens an den Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems“ (ebd.). Während die Verschmelzung von Medienwirklichkeit und sozialer Wirklichkeit als logische Konsequenz der von Habermas noch kritisierten Okkupation der Lebenswelt durch eine mediatisierte Öffentlichkeit anzusehen ist, markiert die von Sarcinelli beschriebene Ausrichtung des Handelns verschiedener Akteure an den Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems wiederum die logische Folge der erfolgreichen Verbreitung dieses Systems: Können einzelne Medien mit einem Schlag einen Großteil des Publikums erreichen, dann besteht von Seiten der politischen und wirtschaftlichen Akteure – die *qua natura* ein Interesse an der Kommunikation mit diesem Publikum haben – die Bereitschaft, sich zum Zweck dieser Kommunikation auf die Logiken des Mediensystems einzulassen. Und je mehr das Publikum tatsächlich zur von Habermas beklagten Masse „öffentlich rezipierende[r] Konsumenten“ (Habermas 1990: 266) wird, desto effizienter verspricht die Mediatisierung für Wirtschaft und Politik zu sein.

Die im Zeichen dieser Mediatisierung automatisch erfolgende „Anpassung der Öffentlichkeitsideale an die Medienentwicklung“ (Wendelin 2011: 45) ist allerdings nur dann als Verfallsentwicklung zu bewerten, wenn man ihr im Sinne Habermas' ein historisch evident gewordenes Ideal gegenüberstellt und dieses Ideal als zeitlos gültig betrachtet. Obgleich sich die vorliegende Arbeit *grosso modo* an diesem Habermas'schen Ideal orientiert, soll der mit dem zweiten Strukturwandel der Öffentlichkeit einhergehende Prozess der

Mediatisierung hier zunächst nicht als Verfall von Öffentlichkeit charakterisiert werden. Seine Bedeutung für den hiesigen Kontext erhält dieser zweite Strukturwandel vielmehr dadurch, dass führende Apologeten der digitalen Netzwerkkommunikation genau hier ansetzen, um die Auswirkungen digitaler Kommunikationstechniken auf andere funktionale Ebenen wie Politik und Wirtschaft zu verdeutlichen (vgl. etwa Benkler 2006).

Mit Friedrich Krotz ließe sich darüber hinaus konstatieren, dass im Zuge von Mediatisierung „die Kommunikationsumgebungen der Menschen immer ausdifferenzierter und komplexer werden und dass infolgedessen immer mehr Menschen immer häufiger und differenzierter ihr soziales und kommunikatives Handeln auf immer mehr ausdifferenzierte Kommunikationsmedien beziehen“ (Krotz 2003: 13f.). Das ist zunächst einmal ein wertneutraler Prozess, der sich allerdings nicht auf den Bereich einer neuen, nun stärker konsum- und kommerzorientierten Öffentlichkeit beschränkt, sondern, wie Wendelin (2011: 46) mit Recht betont, Auswirkungen auf „Kultur, Alltag und Identität der Menschen“ hat. Auch Kurt Imhof kontextualisiert den zweiten Strukturwandel (bei ihm: „neuer Strukturwandel“ [Imhof 2011: 111ff.]) in einem breiteren gesellschaftlichen und politischen Zusammenhang, wenn er schreibt, dass dieser Wandel

„unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass sich die Medien von der Politik ausdifferenziert haben, dass der Vermachtungszusammenhang im sozialpolitisch befriedeten und antikommunistisch integrierten sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodell ab der Mitte der 1970er Jahre aufgelöst und durch einen neuen Vermachtungszusammenhang zwischen mächtigen Medienorganisationen und politischen Akteuren ersetzt wird [...]“ (ebd.: 111).

Die bei Imhof entscheidende Konsequenz geht dabei Hand in Hand mit den wesentlichen Kritikpunkten innerhalb der Habermas'schen Verfallsgeschichte: Die Ausdifferenzierung des Mediensystems von der Politik führt auch für Imhof zu einer „Einbuße der Deliberationsqualität der politisch-kulturellen Öffentlichkeit im Kontext des medienpopulistischen Paradigmenwechsels von der kognitiven und normativen Dimension medienvermittelter Kommunikation zur moralisch-affektiven Dimension“ (ebd.: 137). Imhof benutzt dabei als Maßstab nicht etwa das Ideal der bürgerlichen Öffentlichkeit aus dem 18. Jahrhundert, sondern gibt als Referenz für seine Beschreibung einer seit den 1970er Jahren defizitären politischen Öffentlichkeit den „Stand des Strukturwandels der Öffentlichkeit im Höhepunkt des sozialmarktwirtschaftlichen Gesellschaftsmodells in den 1960er Jahren, also des status quo ante vor dem neuen Strukturwandel“ (ebd.: 113) an. Die historische Situation, die von Habermas in der Beschreibung des ersten Strukturwandels bereits als defizitär abgewertet wurde, bekommt also nun den Status einer positiven Referenz. In diesem Vergleichsrahmen macht Imhof nicht nur eine Einbuße der

Deliberationsqualität von politischer Öffentlichkeit, sondern ebenso eine Schwächung ihrer Legitimationsqualität, unter anderem durch die „plebiszitäre Kraft der Medien“ und einen „neuen Vermachtungszusammenhang zwischen Medienorganisationen und Administrationen“ (ebd.: 147) aus.

Folgt man dieser Deutung, dann haben wir es seit den späten 1970er- bzw. frühen 1980er Jahren nicht nur mit einem zweiten Strukturwandel, sondern gleichsam mit einem zweiten Verfallsprozess einer an den normativen Kategorien Deliberation und Legitimation orientierten politischen Öffentlichkeit zu tun. Lediglich auf der Ebene der Integrationsqualität sieht Imhof positive Tendenzen. So werde der „Verlust der Integrationspotenz der Volksparteien“ (ebd.) durch eine Integrationserweiterung der Öffentlichkeit aufseiten der Massenmedien aufgefangen: „Unter Berücksichtigung der thematischen Filterfunktion der neuen Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken der Medien“ lasse sich eine „Transparenz- und Partizipationserweiterung als Demokratisierung in der Integrationsdimension“ (ebd.) ausmachen. Hier sind vor allem die seit dem zweiten Strukturwandel und der zunehmenden Mediatisierung gestiegenen „Resonanzchancen für (nicht-)etablierte politische Akteure“ (ebd.) gemeint, die in gegenwärtigen Medienöffentlichkeiten deutlich höhere Chancen hätten, „ihren Positionen durch eine an den Inputlogiken der medienvermittelten Arena orientierte Instrumentalisierung Beachtung zu verschaffen“ (ebd.). Diese letzte Tendenz postuliert gewissermaßen eine Erhöhung der sozialen Durchlässigkeit zwischen den Ebenen der Konsumenten und der Produzenten von Medienöffentlichkeit. Diese These ist für die vorliegende Arbeit von besonderer Relevanz, weil dem Thema der vereinfachten Zugangschancen zur medial vermittelten Öffentlichkeit beim Befolgen ihrer speziellen Inputlogiken ein zentraler Stellenwert auch im Rahmen der digitalen Netzwerkkommunikation zukommt.

Im Rahmen der hier vorgenommenen, grob vereinfachten Nachzeichnung empirischer Entwicklungsschritte von politischer Öffentlichkeit seit dem 18. Jahrhundert – jenem Zeitraum, in dem Habermas sein Idealmodell historisch verortet hat – ist deutlich geworden, dass die Konzeption einer bürgerlichen Öffentlichkeit, in der sich Privatbürger zum Publikum versammeln und als solches den Staat mit in diskursiver Rationalität sich bildender Legitimation versorgen, heute nur noch als Idealtypus im Sinne Max Webers fungieren kann. Zum Zwecke der Theoriebildung vereint dieser Idealtypus verschiedene normative Größen wie Deliberation, Vernunftzentrierung und die Lebensweltorientierung eines wirtschaftlich autarken aber dem Gemeinwohl verpflichteten Bürgerpublikums.

Habermas hat erkannt, dass diese normativen Größen sich bereits im Laufe des 19. Jahrhunderts empirisch verflüchtigt haben und daraus eine erste Verfallsgeschichte der politischen Öffentlichkeit abgeleitet. Die zeitlose Gültigkeit dieser Größen hinterfragt er, anders als bereits Hegel oder Marx dies getan haben, dabei allerdings nicht.

Auf den Habermas'schen Überlegungen aufbauend, sich gleichsam aber auch von diesen absetzend, haben die gegenwärtige Soziologie, Medien- und Kommunikationswissenschaft einen zweiten Strukturwandel nachgezeichnet, der die von Habermas beschriebenen Prozesse fortsetzt und potenziert. Im Zuge dieses Prozesses ist die Öffentlichkeitstheorie, wie Habermas sie im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* 1962 entwickelt hat, allerdings revisionsbedürftig geworden.

3.1.2. Von der bürgerlichen Öffentlichkeit zum deliberativen Design: Zur inhärenten Weiterentwicklung der Habermas'schen Öffentlichkeitstheorie

Jürgen Habermas hat seine kritische Haltung gegenüber den Massenmedien in verschiedenen Publikationen ab den 1990er Jahren relativiert. Hatte er in der Originalfassung des *Strukturwandel der Öffentlichkeit* noch unmissverständlich unterschieden „zwischen den kritischen Funktionen selbstgesteuerter, von schwachen Institutionen getragener, auch horizontal vernetzter, inklusiver und mehr oder weniger diskursförmiger Kommunikationsprozesse [→ bürgerliche Öffentlichkeit, *D.W.*] einerseits und andererseits jenen Funktionen der Einflussnahme auf Entscheidungen von Konsumenten, Wählern und Klienten von Seiten der Organisationen, die in eine massenmediale Öffentlichkeit intervenieren [→ ‚postbürgerliche‘ Öffentlichkeit, *D.W.*]“ (Habermas 1990: 28), so schwächt Habermas dieses Urteil im 1990 neu geschriebenen, zu Teilen selbstkritischen Vorwort des *Strukturwandel* ab:

„Kurzum, meine Diagnose einer geradlinigen Entwicklung vom politisch aktiven zum privatistischen, vom kulturräsonierenden zum kulturkonsumierenden Publikum greift zu kurz. Die Resistenzfähigkeit und vor allem das kritische Potenzial eines [...] pluralistischen, nach innen weit differenzierten Massenpublikums habe ich seinerzeit zu pessimistisch beurteilt“ (ebd.).

Diese wichtige, beinahe paradigmatische Wende im Habermas'schen Oeuvre muss große Auswirkungen haben auf jede Analyse, die aus der Quintessenz des Zerfalls bürgerlicher Öffentlichkeit in Zeiten der elektronischen Massenmedien eine theoretische Legitimation für die Funktionsweise digitaler Kommunikationsmedien ableiten möchte. Das schwarz-weiße Bild – hier die frei räsonierenden Kapillaren der bürgerlichen Gesellschaft, dort die

manipulativ eingesetzte (Massen-)Medienmacht – es schwimmt in Grautönen.

Dabei wendet sich Habermas keineswegs vollends von seiner negativen Bewertung eines zu sehr konzentrierten und am Markt orientierten publizistischen Einflusses ab; er nennt aber im neuen Vorwort, wie auch in neueren Publikationen (vgl. etwa Habermas 2006, 2008) Möglichkeiten, wie dieser „colonization of the public sphere by market imperatives“ (Habermas 2006: 422) entgegengewirkt werden kann. Typisch für seine Publikationen ab den 1990er Jahren, verwendet er hier nicht mehr den historisch verorteten Begriff der bürgerlichen Öffentlichkeit, sondern den auf die Gesellschaften der Gegenwart zugeschnittenen Begriff der deliberativen Politik:

„Das Kommunikationsdesign, das ich für deliberative Politik entwerfe, muss freilich zwei kritischen Bedingungen genügen: Die mediengestützte politische Kommunikation kann den Legitimationsprozess in der Öffentlichkeit hochkomplexer Gesellschaften nur in dem Maße fördern, wie erstens ein selbstgeregeltes Mediensystem Unabhängigkeit von seinen sozialen Umgebungen erlangt, und zweitens das diffuse Massenpublikum, also die Leser, Hörer und Zuschauer der Massenmedien, eine Rückkopplung zwischen den informierten Elitediskursen und einer aufnahme- und reaktionsbereiten Zivilgesellschaft herstellen“ (Habermas 2008: 139).

Betrachtet man diese beiden Grundbedingungen näher, so wird deutlich, dass Habermas sich von den normativen Idealen des ‚alten‘ Modells bürgerlicher Öffentlichkeit keineswegs in Gänze verabschiedet hat: Die Unabhängigkeit eines ‚selbstgeregelten Mediensystems‘ von seinen ‚sozialen Umgebungen‘ besagt im Kern nichts anderes als eine Transformation der Forderung nach wirtschaftlicher (und damit auch politischer) Autonomie des rasonierenden Bürgertums in den Kontext des Massenmedienmarktes: Wenn in komplexen modernen Gesellschaften, so die Überlegung Habermas’, die Medialisierung politischer Kommunikation unabdingbar ist, dann müssen die hierfür zuständigen Massenmedien ökonomisch – und damit auch politisch – unabhängig agieren können. Sie dürfen sich nicht einseitig partikulären Interessen verschreiben; sonst könnten sie ihrer Funktion, der Förderung politischer Legitimation durch Öffentlichkeit, nicht mehr in adäquater Weise nachkommen.

Der zweiten Bedingung zufolge müssen die Massenmedien in ausreichendem Maße sicherstellen, dass die Interessen der Zivilgesellschaft – welche sich in der Öffentlichkeit heute nicht mehr in Form von zum Publikum *versammelten Privatleuten*, sondern gewissermaßen *qua* zum Publikum *gemachter Medienrezipienten* artikulieren²⁷ – mit den

²⁷ An anderer Stelle geht Habermas dezidiert auf sein Verständnis und den Wandel des Begriffs der Zivilgesellschaft ein: „Der Ausdruck ‚Zivilgesellschaft‘ verbindet sich allerdings inzwischen mit einer anderen Bedeutung als jene ‚bürgerliche Gesellschaft‘ der liberalen Tradition, die Hegel

Interessen der Meinungs- und der politischen Elite rückgekoppelt werden. Den Massenmedien kommt also nicht allein die Aufgabe zu, Öffentlichkeit in möglichst unabhängiger Art und Weise herzustellen, sondern sie müssen dieser hergestellten Öffentlichkeit auch eine politische Funktion – die Rückkopplung zwischen Akteurs- und Publikumsinteressen – verleihen.

An dieser Stelle kommt bei Habermas der Begriff der deliberativen Politik ins Spiel: Wenn politische Legitimation in Form von Öffentlichkeit im Kontext der Komplexität moderner Gesellschaften nicht mehr allein durch die Bürger, sondern nur mithilfe eines für Vermachtungstendenzen höchst anfälligen Massenmediensystems hergestellt werden kann, dann braucht es umso dringender ein geregeltes Verfahren, an dem sich die kommunikativen Prozesse orientieren. Genau an diesem Punkt wechselt Habermas im 1990 neu verfassten Vorwort des *Strukturwandel* gewissermaßen die theoretische Absicherung seiner Legitimationserwartung an politische Öffentlichkeit aus: Nicht mehr der Bürger als solcher, sondern das Verfahren der Deliberation, nach dessen Maßstäben Öffentlichkeit auch im Zeitalter der Massenmedien *idealerweise* entstehen sollte, sorgt für die Erzeugung politischer Legitimation (vgl. Habermas 1990: 38).

Dieser gedankliche Schritt ist grundlegend für Habermas' neu akzentuierte Öffentlichkeitstheorie in der unmittelbar nach dem neuen Vorwort des *Strukturwandel* erschienenen Schrift *Faktizität und Geltung* (Habermas 1992b). Zwar ist das in diesem Werk formulierte Verständnis von politischer Öffentlichkeit nur vor dem Hintergrund der originären Überlegungen im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* zu verstehen; dennoch geht ersteres in entscheidenden Punkten über letztere hinaus und versucht, die normativen Aspekte von Öffentlichkeit mit den Strukturen moderner Gesellschaften in Einklang zu bringen. Um diese theoretische Entwicklung im Habermas'schen Oeuvre nachvollziehen zu können, soll folgend auf ausgewählte Aspekte des Öffentlichkeitsbegriffs in *Faktizität und Geltung* sowie auf das damit verbundene Modell deliberativer Demokratie eingegangen werden.

schließlich als ‚System der Bedürfnisse‘, d.h. als marktwirtschaftliches System der gesellschaftlichen Arbeit und des Warenverkehrs auf den Begriff gebracht hatte. Was heute Zivilgesellschaft heißt, schließt nämlich die privatrechtlich konstituierte, über Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte gesteuerte Ökonomie nicht mehr, wie noch bei Marx und im Marxismus, ein. Ihren institutionellen Kern bilden vielmehr jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die die Kommunikationsstrukturen der Öffentlichkeit in der Gesellschaftskomponente der Lebenswelt verankern. Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Relevanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten“ (Habermas 1992b: 443).

Wie dargelegt, baut das Habermas'sche Idealmodell einer bürgerlich-politischen Öffentlichkeit, dessen historische Entwicklung er im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* nachgezeichnet hat, an zentraler Stelle auf der Überzeugung auf, dass diese Öffentlichkeit ihre kritischen und damit im eigentlichen Sinne politischen Impulse aus den Verzweigungen der Gesellschaft selbst, aus der ‚Struktur der zum Publikum versammelten Privatleute‘ bezieht. Mit der notwendigen Entwicklung zur „sozialstaatlich verfassten Industriegesellschaft“ (Habermas 1990: 234) – sprich: der fortschreitenden Industrialisierung, der damit einhergehenden sozialen Vergesellschaftung von Öffentlichkeit sowie deren zunehmender Mediatisierung und Enträumlichung durch die Gesetze der elektronischen Massenmedien – sind die kritischen Potenziale einer aus den lebensweltlichen Erfahrungen der Bürger gewonnenen und dann artikulierten öffentlichen Meinung jedoch erodiert. Trotz dieser pessimistischen Fortschrittsdeutung verfällt Habermas in seinem Oeuvre ab den 1990er Jahren allerdings nie dem (Kurz-)Schluss, die sozialstaatliche Entwicklung, die mit dem Zerfall der Öffentlichkeit einhergeht, für diesen Zerfall verantwortlich zu machen oder gar eine Rücknahme sozialstaatlicher Prinzipien zu fordern. In späteren Publikationen, besonders im rechts- und demokratietheoretisch zentrierten Werk *Faktizität und Geltung* versucht er vielmehr, die Erkenntnisse aus der prozessualen Befruchtung der öffentlichen Sphäre durch das rasonierende Privat-Bürgertum auf den Kontext moderner, demokratisch verfasster und funktional differenzierter Gesellschaften zu projizieren.

Das hierzu von ihm verwendete und oben bereits benannte Modell der deliberativen Demokratie stammt ursprünglich aus der amerikanischen Rechtstheorie der 1980er Jahre²⁸; in Europa hat es die größte wissenschaftliche Prominenz jedoch durch die verschiedenen Schriften von Jürgen Habermas erlangt. Wie das Attribut ‚deliberativ‘ bereits suggeriert, zielt dieses Demokratiemodell besonders ab auf „die Kommunikation mit und zwischen den Bürgern, durch die eine kontinuierliche Rückbindung der gesellschaftlichen Interessen an die politischen Institutionen gewährleistet werden soll“ (Martinsen 2009: 50). Unter Deliberation wird dabei zunächst einmal die einem festgelegten Verfahren folgende, „öffentliche Kommunikation über politische Fragen auf Versammlungen, in Gremien oder Institutionen der Medienöffentlichkeit“ (Buchstein 2006: 258) verstanden. Dabei wird vom „Medium des Gesprächs erwartet, dass es – wenn es nur auf die richtige Weise institutionalisiert ist – zu einem rationalen Umgang miteinander beiträgt“ (ebd.), sowie „die beteiligten Personen zur Entwicklung ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen animiert“

²⁸ Vgl.: Bessette 1980, 1994. Habermas bezieht sich in *Faktizität und Geltung* auch auf die Schriften des amerikanischen Politikwissenschaftlers Robert Dahl.

(ebd.). Durch diese Zentrierung kommunikativer Prozesse unterscheidet sich das deliberative Demokratiemodell signifikant von „einem interessenverkürzten liberalen sowie einem ethisch eng geführten republikanischen Politikverständnis“ (Martinsen 2009: 50)²⁹ ³⁰. Die deliberative Ausprägung einer Demokratietheorie, die bei Habermas erneut starken normativen Charakter aufweist, gründet sich zentral auf unterschiedliche Prozesse des konsensualen Argumentierens und Verhandeln. Sie behandelt diese beiden Entscheidungsmodi als „Gegenbegriffe zum dezisionistischen Abstimmungsakt“ (Martinsen 2009: 49) innerhalb politischer Zentren, dessen Rückkopplungspotenziale in die Gesellschaft sie als defizitär erkennt. Damit spricht sie, wie schon der Habermas'sche Öffentlichkeitsbegriff im *Strukturwandel*, der kommunikativen Wirkmächtigkeit innergesellschaftlicher Vorgänge abermals große Relevanz zu. Um sicherstellen zu können, dass diese innergesellschaftlichen Vorgänge durch Öffentlichkeit vermittelt werden und in angemessener Weise in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen, bedient sich Habermas bei einem vom amerikanischen Politikwissenschaftler Robert Dahl ³¹ aufgestellten Bedingungskatalog für durch Öffentlichkeit legitimierte politische Entscheidungen innerhalb von demokratischen Systemen. Diese Entscheidungen sollen fünf Gesichtspunkte gewährleisten:

„(a): Die Inklusion aller Betroffenen, (b): gleich verteilte und wirksame Chancen der Teilnahme am politischen Prozess, (c): gleiches Stimmrecht bei Entscheidungen, (d): das gleiche Recht zur Wahl der Themen, überhaupt zur Kontrolle der Tagesordnungen und schließlich (e): eine Situation von der Art, dass alle Beteiligten im Lichte hinreichender Informationen und guter Gründe ein artikuliertes Verständnis der regelungsbedürftigen Materien und der strittigen Interessen ausbilden können“ (Habermas 1992b: 383).

Habermas' Bewertung dieser Kriterien im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit berücksichtigt dabei durchaus die komplexen Bedingungen in modernen demokratischen Systemen: Zwar würden die Punkte, deren Einhaltung zu einer theoretisch erstrebenswerten „kommunikativen Vergesellschaftung“ (ebd.: 396) führe, „bisher von keiner politischen Ordnung hinreichend erfüllt“ (ebd.: 384); diesem Tatbestand sei jedoch entgegenzuhalten, dass „die unvermeidliche gesellschaftliche Komplexität“ eben auch zu „einer differenzierten Anwendung der Kriterien (u.a. zur Delegation von

²⁹ Für eine detailliert vergleichende Analyse dieser drei Demokratiemodelle siehe Martinsen 2009 sowie Habermas 1992a.

³⁰ Gleichzeitig schafft diese kommunikative Zentrierung nicht nur evidente Analogien zum normativen Modell bürgerlicher Öffentlichkeit im *Strukturwandel*, sondern sie ist vor allem als Grund dafür anzusehen, dass das deliberative Demokratiemodell (Habermas'scher Prägung) in der Kommunikations- und Medienwissenschaft immer wieder zur demokratietheoretischen Legitimation kommunikativer und partizipativer Prozesse im Internet herangezogen wurde.

³¹ Vgl.: Dahl 1985: 59f..

Entscheidungskompetenzen und zur Einrichtung modifizierter Entscheidungsverfahren)“ (ebd.) nötige. Diese gesellschaftliche Komplexität aber stehe dennoch einer zumindest „annähernden Implementation des Verfahrens nicht grundsätzlich im Wege“ (ebd.). Habermas räumt weiter ein, dass keine komplexe Gesellschaft, „selbst unter günstigen Bedingungen, dem Modell reiner kommunikativer Vergesellschaftung [wird] entsprechen können“ (ebd.: 396). Dieses aber habe auch lediglich „den Sinn einer methodischen Fiktion, die die unvermeidlichen Trägheitsmomente gesellschaftlicher Komplexität, also die Rückseite kommunikativer Vergesellschaftung, ans Licht bringen soll [...]“ (ebd.).

Auffällig ist hier erstens, dass Habermas der Balance zwischen normativen Erwartungshaltungen und empirischer Erfüllbarkeit viel Platz einräumt, nachdem ihm, bezogen auf den *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, immer wieder eine unlautere Verschiebung beider Komponenten zugunsten der ersten vorgeworfen wurde. Zweitens macht Habermas seine zweckgebundene Methodik eines Idealtypus, an dem die Realität gespiegelt werden kann, offen, geradezu proaktiv-verteidigend zum Thema.

Gleichwohl ist Habermas' Zustandsbeschreibung ähnlich wie im *Strukturwandel* auch hier unzweifelhaft eine kritische. Sie zeigt die Lücken zwischen Idealität und Realität auf und bewertet sie als unhinnehmbar groß. Die zentralen kommunikativen Defizite der gesellschaftlichen Gegenwart beschreibt Habermas dabei in erneuter Anlehnung an Dahl: Der „wichtigste Engpass für Demokratisierungsfortschritte über das heute erreichte Niveau hinaus“ sei die „Abschottung des politischen Steuerungswissens“, welche „die Staatsbürger daran hindert, das politisch erforderliche Expertenwissen für die Bildung eigener Meinungen zu nutzen“ (ebd.: 385). Damit bleibt der zentrale Kritikpunkt der Vermachtung von Öffentlichkeit, wie er bereits in ähnlicher Weise im *Strukturwandel* formuliert worden ist, erhalten: Mag die scharfe Aburteilung des modernen Publikums als rein konsumorientierte Masse auch überzogen gewesen sein, so sorgt die Komplexität moderner Gesellschafts- und Politikstrukturen dennoch dafür, dass es zu einer Abschottung der politischen Steuerung, statt zu einer durch Öffentlichkeit ermöglichten Rückkopplung ebendieser an die Vorgaben und Interessen der Staatsbürger kommt. Diese Entwicklung nimmt das Publikum tendenziell aus dem Spiel. Eine institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung, die auch im Kontext funktional differenzierter Gesellschaften und einer von Massenmedien geprägten politischen Öffentlichkeit noch eine Legitimationsfunktion beanspruchen möchte, sei aber auf „Zuführen aus den informellen Kommunikationszusammenhängen der Öffentlichkeit, des Assoziationswesens und der Privatsphäre“ (ebd.: 427) unbedingt angewiesen. Damit bleibt die Situation

politischer Öffentlichkeit in modernen Demokratien massenmedialer Prägung weiterhin defizitär.

Bevor ausgewählte Einzelaspekte des deliberativen Modells im Folgenden näher betrachtet werden sollen, muss hier kurz auf ein gegenwartssoziologisches Phänomen eingegangen werden, das dem deliberativen Paradigma entscheidende Eignung als Schablone für die Bewertung kommunikativer Vorgänge in heutigen demokratischen Gesellschaften zuspricht: Hierbei handelt es sich um das Phänomen der gesellschaftlichen Pluralisierung. Unzweifelhaft sind die gegenwärtigen Gesellschaften westlicher Demokratien von einem historisch nie dagewesenen Ausmaß an Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile, der lebensweltlichen Überzeugungen und der politischen Ansichten gekennzeichnet (vgl. hierzu etwa U. Beck 1983, 1995; U. Beck/Beck-Gernsheim 1994; U. Beck/Giddens/Lash 1996; Elias 1987; Schulze 1992). Das Phänomen, welches Miriam Meckel und Klaus Kamps im politischen Kontext als „Abkopplung des politischen Verhaltens von der Sozialstruktur“ (Meckel/Kamps 2006: 56) beschreiben, ist dabei nur eine Auswirkung dieses gesellschaftlichen Gegenwartszustandes.

Habermas veranlasst diese Diagnose im neu verfassten Vorwort des *Strukturwandel der Öffentlichkeit* zu einer weiteren zentralen Korrektur. Hier beschreibt er, warum seine Fokussierung auf die Privatheit des bürgerlichen Rasonnements als *conditio sine qua non* für eine aufgeklärte Öffentlichkeit Teile ihrer Tragfähigkeit verliert, sobald man sie auf die komplexen Gesellschaften der Gegenwart bezieht. So sei im Nachhinein zu konstatieren, dass sich „die solidaritätsstiftenden Energien dieser Lebenszusammenhänge [der bürgerlichen Privatheit, *D.W.*] nicht unvermittelt auf die politische Ebene der demokratischen Verfahren für den Macht- und Interessenausgleich“ (Habermas 1990: 36) übertragen ließen. Was Habermas hier eingesteht ist nichts weniger als die Tatsache, dass sein idealisierter Prozess bürgerlichen Rasonnements *per se* schwer auf die Ebene der Verhandlung von politischen Entscheidungsträgern transformiert werden kann, weil jener Prozess eben die Komplexität gegenwärtiger politischer Steuerungsvorgänge nicht adäquat berücksichtigt. Dieser Befund einer mangelnden Transformierbarkeit gelte nun erst recht für unsere heutigen posttraditionalen Gesellschaften, „wo eine Homogenität der Hintergrundüberzeugungen nicht vorausgesetzt werden kann und ein präsumptiv gemeinsames Klasseninteresse dem unübersichtlichen Pluralismus gleichberechtigt konkurrierender Lebensformen gewichen ist“ (ebd.).

In unserer gegenwärtigen individualisierten und pluralisierten Gesellschaft haben sich demnach die Ausgangsvoraussetzungen für die Bildung homogener und damit politisch

wirkmächtiger öffentlicher Meinungen derart verändert, dass der Vorgang, den Habermas für das 17. und 18. Jahrhundert ‚Räsonnement der zum Publikum versammelten Privatleute‘ genannt hatte, heute schon aufgrund der Interessensvielfalt der Publikumsmitglieder nicht mehr adäquat durchführbar scheint. Von einem transnationalen Kontext, wie er für die hier vorliegende Arbeit von Relevanz ist, ist dabei noch gar nicht die Rede. Der Pluralismus, so interpretiert es auch Martin Scheyli (2000: 40), erschwere „die in einem demokratischen Gemeinwesen unerlässliche Verständigung zwischen den unterschiedlichen Geltungsansprüchen der beteiligten Individuen und gesellschaftlichen Fraktionen.“ Anders ausgedrückt: Aufgrund der Fragmentierung ihrer Interessen und lebensweltlichen Verhältnisse *können* sich die Bürger heute, anders als in der Hochzeit bürgerlicher Öffentlichkeit, nicht mehr ohne Weiteres zu einem politisch wirkmächtigen Publikum mit homogenen Interessen konstituieren. Aus eben dieser Erkenntnis leitet Habermas, zunächst mit einem Zitat des französischen Politologen Bernard Manin, die unbedingte Relevanz institutionalisierter deliberativer Verfahren ab:

„The source of legitimacy is not the predetermined will of individuals, but rather the process of its formation, that is, deliberation itself... A legitimate decision does not represent the will of all, but is one that results from the deliberation of all. It is the process by which everyone’s will is formed that confers its legitimacy on the outcome, rather than the sum of already formed wills“ (Manin 1987: 351f., zit. n. Habermas 1990: 38).

Damit aber, so bemerkt Habermas konsequenterweise, „verschiebt sich die Beweislast von der Moral der Bürger auf solche Verfahren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, die die Vermutung, vernünftige Resultate zu ermöglichen, begründen sollen“ (ebd.).

Diese konstitutionelle Verschiebung bezüglich der Entstehung von politischer Öffentlichkeit markiert brennpunktartig den bereits oben angesprochenen gedanklichen Schritt von der Öffentlichkeitstheorie im *Strukturwandel* von 1962 zu jener in der 30 Jahre später entstandenen Schrift *Faktizität und Geltung*. Sie ist für den hiesigen Kontext der politisch konnotierten Kommunikation im Internet von tragender Bedeutung, legt sie doch die Habermas’sche Einsicht zugrunde, dass politische Öffentlichkeit ihre Legitimität in der Gegenwart primär durch ein den deliberativen Idealvorstellungen möglichst nahekommendes, institutionalisiertes Verfahren und nicht zwingend durch die äquivalente Berücksichtigung aller fragmentären Bürger-Interessen erhält.

Das deliberative Modell stellt dabei klare Anforderungen an eine politische Öffentlichkeit. Es begreift, so schreibt Habermas im Jahr 2008,

„die politische Öffentlichkeit als Resonanzboden für das Aufspüren gesamtgesellschaftlicher Probleme und zugleich als diskursive Kläranlage, die aus den

wildwüchsigen Prozessen der Meinungsbildung interessenverallgemeinernde und informative Beiträge zu relevanten Themen herausfiltert und diese ‚öffentlichen Meinungen‘ sowohl an das zerstreute Publikum der Staatsbürger zurückstrahlt wie an die formellen Agenden der zuständigen Körperschaften weiterleitet“ (Habermas 2008: 144).

Indem also die politische Öffentlichkeit eine Verbindung schafft zwischen „den formal organisierten Beratungen und Verhandlungen im Zentrum [respektive dem demokratischen Politikbetrieb, *D.W.*] und den „Veranstaltungen und informellen Gesprächen an den zivilgesellschaftlichen Rändern des politischen Systems“ (ebd.: 164), leistet sie einen Beitrag zum Legitimationsprozess in einem demokratischen Gemeinwesen.

Es ist davon auszugehen, dass diese, im Rahmen des deliberativen Modells erhobenen Forderungen an politische Öffentlichkeit von unterschiedlichen Medientechniken und Medientypen unterschiedlich gut erfüllt werden können. Die Frage, ob es hier von den elektronischen hin zu den digitalen Kommunikationsmedien tatsächlich einen Fortschritt gibt, steht nicht im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit. Sie kann daher an einem späteren Punkt nur gestreift werden. Vielmehr gilt es zunächst, das deliberative Verfahren als solches auf seine Realitätskompatibilität zu prüfen.

Mit der Beantwortung der empirischen Frage, ob und inwieweit die Grundsätze der deliberativen Demokratietheorie in einem komplexen Gesellschaftssystem überhaupt in adäquater Weise zur Anwendung kommen können, steht und fällt auch die auf diesen Grundsätzen aufbauende Theorie politischer Öffentlichkeit. In *Faktizität und Geltung* nimmt sich Habermas dieser Frage mit Hilfe seines Konzepts einer „zweigeleisig verlaufenden deliberativen Politik“ (Habermas 1992b: 382) an, die zwischen „verfasster und informeller Meinungs- und Willensbildung“ (ebd.) unterscheidet. Zum Verständnis dieses Konzepts ist es hilfreich, sich den Kerngedanken des Habermas’schen Öffentlichkeitsbegriffs erneut zu vergegenwärtigen: Eine politische Öffentlichkeit ist angewiesen auf die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesellschaftlicher Probleme aus der Gesellschaft selbst. Wurden diese Aufgaben historisch von einem ‚zum Publikum versammelten‘ Privat-Bürgertum erfüllt, ist es in der Gegenwart die Ebene der zivilgesellschaftlichen Lebenswelt (bei Habermas auch „Peripherie“ [ebd.: 431] oder „zivilgesellschaftliche Infrastruktur“ [ebd.] genannt), die diese Sensorfunktion prinzipiell innehat.

Habermas unterteilt also demokratische Systeme in zwei Ebenen. Zum einen definiert er ein erstes Geleis – einen „Kernbereich des politischen Systems“, der sich aus den „bekannten institutionellen Komplexen der Verwaltung (einschließlich der Regierung), des Gerichtswesens und der demokratischen Meinungs- und Willensbildung (mit parlamentarischen Körperschaften, politischen Wahlen, Parteienkonkurrenz usw.)“ (ebd.:

430) zusammensetzt. Demgegenüber existiert ein zweites Geleis, beschreibbar als die nicht-institutionalisierte, informelle Meinungsbildung im Rahmen der von der Gesellschaft getragenen und medial vermittelten politischen Öffentlichkeit. Diese periphere Ebene ist „nicht auf Beschlussfassung, sondern auf Entdeckung“ (Scheyli 2000: 43) gesellschaftlicher Entwicklungen und Probleme ausgerichtet – sie verkörpert in gewisser Weise den Geist des Privaten, den Habermas im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* noch zur *conditio sine qua non* für politische Öffentlichkeit überhaupt erhoben hatte. Im Rahmen seiner normativen Idealisierung liegt die Stärke des deliberativen Modells nun im Zusammenspiel der beiden Geleise. Hatte Habermas in seiner nachträglichen Selbstkritik zum *Strukturwandel* noch bekannt, dass die Übertragung des bürgerlichen Rasonnements auf ein gegenwärtiges politisches Steuerungssystem an dessen Komplexität scheitern könne, so schafft er nun durch die strikte Trennung beider Ebenen auch eine klare Aufgabentrennung innerhalb des demokratischen Prozesses: Demnach sei der „operative Sinn“ des Kernbereichs im politischen System weniger die Entdeckung und Identifizierung, „als vielmehr die Bearbeitung von Problemen – weniger die Sensibilisierung für neue Problemstellen als die Rechtfertigung der Problemwahl und der Entscheidung zwischen konkurrierenden Lösungsvorschlägen“ (Habermas 1992b: 373). Diese Ebene bleibe dabei angewiesen auf den „Entdeckungszusammenhang einer nicht durch Verfahren regulierten Öffentlichkeit, die vom allgemeinen Publikum der Staatsbürger getragen wird“ (ebd.). Damit ist auch die Funktion des zweiten, peripheren Geleises bereits bestimmt: „Die von Beschlüssen entkoppelte Meinungsbildung“ (ebd.). Diese vollziehe sich „in einem offenen und inklusiven Netzwerk von sich überlappenden subkulturellen Öffentlichkeiten mit fließenden zeitlichen, sozialen und sachlichen Grenzen“, während sich die Strukturen einer solchen „pluralistischen Öffentlichkeit [...] mehr oder weniger spontan“ (ebd.) bilden könnten.

Die gesellschaftlichen Akteure der Peripherie haben nach diesem Modell die Rolle eines Zulieferers für das politische Zentrum inne. Martin Scheyli benennt die entscheidende Konsequenz dieses Befundes: „Damit hat die politische Öffentlichkeit jedenfalls im Rahmen der möglichen und tatsächlichen Einflussnahme der Peripherie auf den Kernbereich Anteil am politischen System“ (Scheyli 2000: 49). Dieser Anteil beruhe vor allem darauf, „dass im Bereich des parlamentarischen Komplexes Verfahren eingerichtet sind, welche dem diskursiv entstandenen Willen der Bürger Wirksamkeit auf der Ebene der Rechtsetzung verleihen“ (ebd.: 50). Habermas selbst spricht im gleichen Zusammenhang von „kommunikativ erzeugter Macht“ als „Ergebnis deliberativer Politik“ (Habermas 1992b: 415).

Im Rahmen der Theorie dieses normativen Habermas'schen Modells deliberativer Demokratie ist es also eine gesellschaftliche Integrationsleistung, dass die Wahrnehmung und Identifizierung gesellschaftlicher Probleme der in der peripheren Lebenswelt verankerten Gesellschaft selbst überlassen wird. Allein ist damit noch nichts über die praktische Durchführbarkeit dieses Integrationsprozesses gesagt. Mit Recht konstatiert Scheyli (2000: 41) in diesem Zusammenhang, dass die „Institutionalisierung entsprechender Verfahren und Kommunikationsvoraussetzungen“, von der Habermas spricht, für ein solches Modell „wichtigster Schritt von der Ebene theoretischer Grundlegungen zur Ebene praktischer Umsetzung“ bleibt.

Die Frage, inwieweit diese normativen Idealvorstellungen empirisch evident sind, ist in diesem Zusammenhang zentral – nicht nur, weil Habermas selbst immer wieder mit diesem Vorwurf konfrontiert wurde. Zu Recht weist Scheyli auf einen zentralen Schwachpunkt der zweigleisigen Theorie hin, wenn er fragt, „worauf sich die nichtinstitutionalisierte (und nicht institutionalisierbare) politische Öffentlichkeit [...] stützen sollte“ (ebd.: 47), wenn nicht auf einen extrem schwammigen und den „direkten Zugriffen des politischen Apparats nur schwer zugänglichen“ (ebd.) Begriff einer politischen Kultur, deren Vorhandensein auf der Ebene des zweiten Geleises vorausgesetzt werden muss, damit die von den Staatsbürgern erwarteten Aufgaben auch im Sinne der Theorie bewältigt werden können. Problematisch ist das zweigleisige deliberative Demokratiemodell also schon deshalb, weil

„es von der politischen Öffentlichkeit eine bestimmte Wirksamkeit [verlangt], welche für die gesamte normative Erwartung, die sich für Habermas mit dem Konzept verbindet, letztlich entscheidend ist: Von den Chancen der Einflussnahme der Peripherie auf das politische Zentrum hängt ab, inwieweit politische Entscheidungen demokratisch legitimiert sind“ (ebd.: 81).

Dieser zentrale Punkt wird vor allem im Rahmen der Diskussion von politischer Öffentlichkeit in transnationalen Kommunikationskontexten eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der politischen Wirkmächtigkeit solcher Öffentlichkeitsformen einnehmen müssen.

3.1.3. Kritik an Habermas, theoretische Weiterentwicklungen und Gegenwürfe einer politischen Öffentlichkeit

Trotz der in Ausschnitten dargelegten, teils gewichtigen Modifizierungen, die Habermas seit 1990 an seinem Öffentlichkeitsmodell mit Blick auf dessen Anpassung an die

Komplexität politischer Steuerung in modernen Gesellschaften, die Fragmentierung und Pluralisierung dieser Gesellschaften sowie deren funktionale Differenzierung und die Ökonomisierung der Massenmedien vorgenommen hat, gab es innerhalb der theoretischen Debatte um den Begriff der politischen Öffentlichkeit von verschiedenen Seiten immer wieder den Vorwurf fehlender empirischer Anwendbarkeit. Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt etwa attestierten Habermas' Öffentlichkeitstheorie bereits 1991 eine „nie völlig aufgegebene Konfundierung empirischer und normativer Elemente seines Konzepts, so dass immer wieder ungewiss ist, ob das angesprochene Phänomen eine soziale Bestandgröße oder aber doch nur eine Art regulativer Idee darstellt“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 33). Diese vermeintliche Ungewissheit bei der Einordnung der Habermas'schen Theorie beseitigen Gerhards und Neidhardt dann allerdings umgehend selbst zugunsten des Ideenhaften, wenn sie an Habermas' Öffentlichkeitsbegriff kritisieren, er sei „so bedeutungsvoll, dass man mit ihm kaum noch etwas wiedererkennen kann“ (ebd.).

Um diese distanzierte Haltung der beiden Soziologen gegenüber Habermas vollends einordnen zu können, gilt es sich bewusst zu machen, dass die theoretische Debatte – nicht nur, aber auch zum Thema Öffentlichkeit – ab Mitte der 1980er Jahre von „zwei konkurrierenden soziologischen Großtheorien“ (Wendelin 2011: 236) geprägt war: Jürgen Habermas' *Theorie des kommunikativen Handelns* (Habermas 1987, 1985), auf der 1992 auch der Öffentlichkeitsbegriff in *Faktizität und Geltung* aufbauen sollte, stand Niklas Luhmanns Systemtheorie gegenüber. Dadurch, dass „sowohl Luhmann als auch Habermas ‚Kommunikation‘ zur Grundlage ihrer konträren Welterklärungen gemacht hatten“ (Wendelin 2011: 247), geriet auch die Deutung des Begriffs der Öffentlichkeit in das zwischen beiden Wissenschaftlern entstehende theoretische Spannungsfeld.³²

Neben dem Öffentlichkeitsbegriff der Systemtheorie sollen im Folgenden überblicksartig auch der explizit in Abgrenzung zu Habermas entstandene repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsbegriff Ralf Dahrendorfs sowie das eher der Systemtheorie nahestehende Arenen-Modell von Gerhards und Neidhardt untersucht werden. Ziel ist es dabei, das Habermas'sche Modell, das den theoretischen Kern der vorliegenden Arbeit darstellt, auf empirische Schwachstellen und theoretische Verfallserscheinungen hin zu überprüfen und zu fragen, wo Erweiterungen bzw. Einschränkungen notwendig erscheinen. Vor demselben

³² Wenngleich Öffentlichkeit in Habermas' Oeuvre eine weitaus gewichtigere Rolle spielt als bei Luhmann. Gerhards und Neidhardt bescheinigen Luhmann gar, dass die Begriffe „Öffentlichkeit und öffentliche Meinung ihm nicht ins systemtheoretische Konzept passen“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 34).

Hintergrund soll zunächst aber der Öffentlichkeitsbegriff des Habermas-Schülers Bernhard Peters nähere Betrachtung finden.

3.1.3.1. Bernhard Peters und die empirische Einbettung der Habermas'schen Normen

In zwei Aufsätzen aus den Jahren 1993 und 1994³³ unterscheidet Bernhard Peters auf semantischer Ebene drei Konnotationen des Begriffs Öffentlichkeit: Erstens versteht er Öffentlichkeit, in Abgrenzung zum Begriff des Privaten, als bestimmten „sozialen Handlungs- und Verantwortungsbereich[...]“ (Peters 2007: 55) und zweitens – in Abgrenzung zu den Adjektiven „privat“ und „geheim“ – als „soziale Grenzziehung im Bereich von Kommunikation und Wissen“ (ebd.: 56). Diesen beiden Bedeutungen stellt er eine dritte zur Seite, die er „Öffentlichkeit im emphatischen Sinn“ (ebd.: 59) nennt, und die zur Grundlage der Auseinandersetzung mit den normativen Aspekten in Habermas' Öffentlichkeitsbegriff wird.

„Öffentlichkeit im emphatischen Sinn wird gebildet durch Kommunikation unter Akteuren, die aus ihren privaten Lebenskreisen heraustreten, um sich über Angelegenheiten von allgemeinem Interesse zu verständigen. Die Teilnahme an solchen Kommunikationen konstituiert eine Art soziales Kollektiv, manchmal ‚Publikum‘ genannt“ (ebd.: 59).

Damit ist der Kern des Habermas'schen Öffentlichkeitsverständnisses paraphrasiert und Peters kann im Einzelnen auf die Merkmale eines solchen, normativen Öffentlichkeitsbegriffs eingehen. Hier nennt er zunächst öffentliche Diskurse von der Art, dass „die Teilnehmer die Möglichkeit gewinnen, auch ihre eigenen Interessen und Ansprüche zu reflektieren und möglicherweise zu revidieren“ (ebd.: 60). Des Weiteren sollen sich diese Diskurse durch „Gleichheit und Reziprozität der kommunikativen Beziehungen“, „eine prinzipielle Offenheit für Themen und Beiträge“ sowie „eine adäquate Kapazität zu ihrer Verarbeitung“ (ebd.: 61) auszeichnen. Öffentliche Meinung, so betont Peters, die auf diese Weise zustande kommt, „gilt als rational oder aufgeklärt, weil oder insofern sie aus öffentlichen Diskursen hervorgeht: aus der öffentlichen Präsentation von Argumenten und Evidenzen, aus Kritik und Abwägung“ (ebd.: 62).

Auf dieser definitorischen Grundlage, die dem Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriff spürbar nahe steht, argumentiert Peters nun, dass „soziologische Hinweise auf einschneidende Beschränkungen der Realisierung und Realisierbarkeit des normativen Modells ernst zu nehmen und zu überprüfen“ (ebd.: 68) seien. Er sieht mit Habermas'

³³ Hier zitiert aus der 2007 posthum erschienenen Schriftensammlung „Der Sinn von Öffentlichkeit“ (Peters 2007). Diese Sammlung enthält Werke von Peters zum Thema Öffentlichkeit aus den Jahren 1993 bis 2005.

Öffentlichkeitsbegriff also dieselbe Gefahr einhergehen, die auch Gerhards und Neidhardt erkannt und mit dem Begriff der ‚regulativen‘, aber letztlich a-empirischen Idee ausgestattet haben. Aus diesem Grund befreit Peters das normative Modell in seinem Öffentlichkeitsbegriff von seiner idealistischen Überhöhung: Der Realität wird innerhalb der Analyse von Öffentlichkeit nicht länger abverlangt, sich nach dem Ideal zu richten; stattdessen beschränkt Peters das Ideal auf seine „heuristische Funktion“ (ebd.), um zunächst wertneutral beschreiben zu können, „wo, in welcher Form, in welchem Grad die realen Verhältnisse sich den Eigenschaften des Modells annähern oder davon abweichen“ (ebd.). Damit dreht Peters den methodischen Spieß um: Er möchte das Ideal für die Empirie zugänglich machen, statt die Empirie anhand des Ideals als unzulänglich zu klassifizieren. Dieses Vorgehen verfolgt er anhand dreier Aspekte von Öffentlichkeit, deren empirische Evidenz mit dem Ideal abgeglichen wird. Anders als bei Habermas dient dieses Vorgehen bei Peters aber zur Optimierung des Ideals und nicht zur Kritik an der Realität. Zum ersten benennt Peters „soziale Stratifikations- und politische Machtstrukturen“ (ebd.: 73), die dem Ideal der Gleichheit und Reziprozität der kommunikativen Beziehungen im Wege stünden. Neben ökonomischen Faktoren (vgl. ebd.) sieht er hier vor allem die Punkte Kompetenz, Engagement, Interesse sowie die sozialen Stratifikationsfaktoren Bildung, Einkommen und berufliche Stellung als Ursachen für eine a-reziproke Verteilung von Sichtbarkeit und Einfluss in der Öffentlichkeit (vgl. ebd.: 76). Das System der Massenmedien, innerhalb dessen es immer „Inhaber von Wissensmonopolen“ gebe, verstärke dabei diese „asymmetrischen Kommunikationsstrukturen“ (ebd.: 80). Das Modell der Reziprozität, der Kommunikation auf Augenhöhe, ist also im Kontext moderner Gesellschaften zumindest in seiner Absolutheit schwer zu verwirklichen.

Die zweite normative Forderung, die Peters empirisch dekonstruiert, ist die „generelle Offenheit für Themen und Beiträge“ (ebd.: 82). Hier verweist er auf die Knappheit von Kompetenz und Aufmerksamkeit „als Axiom vieler moderner Theorien über Öffentlichkeit“ (ebd.: 83). Konstatiert man aber eine solche Knappheit, dann habe dies zur Folge, dass das „Ideal eines allseits kompetenten Staatsbürgers, oder einer Öffentlichkeit, die ALLE kollektiven Probleme unter Beteiligung ALLER Mitglieder des Publikums kompetent verhandelt“ (ebd.: 84), nicht aufrecht erhalten werden könne. Stattdessen spricht sich Peters für eine Repositionierung des Ideals der Offenheit hin zu einem „Merkmal des Auswahlprozesses“ (ebd.: 87) aus. Während der Anspruch einer thematisch vollkommenen Offenheit nur auf der Ebene kleinerer Teilöffentlichkeiten einzulösen sei und für diese Ebene auch genüge, müssten nur die „wichtigsten Themen die große Öffentlichkeit oder das große Publikum gewinnen können“ (ebd.). Dabei muss der

thematische Auswahlprozess *für* die Öffentlichkeit, nicht die Öffentlichkeit selbst durch maximale Offenheit gekennzeichnet sein. Dieser Aspekt der Teilöffentlichkeiten, aus denen nur die wichtigsten Themen in größere Öffentlichkeitszusammenhänge vordringen, wird bei der Analyse von Öffentlichkeit, wie sie in digitalen Netzwerken entsteht, von großer Bedeutung sein. Wie dann zu zeigen ist, ermöglichen die strukturellen Gegebenheiten des Internet einen solchen Prozess in hohem Maße.

Auch die Forderung nach einer rein diskursiven Verständigung als „drittes Grundmerkmal des normativen Modells“ (ebd.: 89) unterzieht Peters einer Messung an den empirischen Realitäten, indem er „wichtige Weisen“ (ebd.) öffentlicher Kommunikation aufzeigt, in denen der diskursive Charakter eingeschränkt oder gänzlich beseitigt wird. Hierzu gehören erstens, etwa im Bereich der politischen Kommunikation, „ästhetische Ausdrucksmittel, die nicht Argumente oder Informationen, sondern andere symbolische Gehalte vermitteln“ (ebd. 90), zweitens strategische Verhandlungen, bei denen es *per se* um Interessen und nicht um „die gemeinsame Klärung eines Problems“ (ebd.) gehe und drittens „Kommunikationsformen mit stark impliziten Konsenserwartungen“, wie bspw. die „Artikulation geteilter Empfindungen oder Betroffenheiten“ (ebd.: 91). All diesen Kommunikationsformen ist gemein, dass sie mit der Formel eines argumentativen Konsenses als Lösung eines vorangegangenen Dissenses nicht adäquat beschrieben sind (vgl. ebd.: 94), obwohl ihnen – als zum Teil hochpolitische Kommunikationsformen – eine Berechtigung und sogar wichtige Funktionen in modernen Demokratien zukommen. Auch bezüglich der Diskursethik verabschiedet sich Peters also von der Habermas’schen Absolutheit.

Der Kernpunkt, an dem Peters dabei über Habermas’ Modell einer von Deliberation geprägten Öffentlichkeit hinausgeht, ist die Frage nach dem Leistungsvermögen von legitimitätssichernden Verfahren. Während diesen prozeduralen Verfahren bei Habermas (auf dem Weg von der bürgerlichen zur deliberativen Öffentlichkeitstheorie) die Hauptverantwortung für die Konstituierung einer von den Bedürfnissen der (zivil-)gesellschaftlichen Peripherie gespeisten politischen Öffentlichkeit zugekommen war, bringt Peters diesen Verfahren eine empirisch motivierte Skepsis entgegen. In einem Aufsatz aus dem Jahr 2005³⁴ begründet er diese Skepsis ausführlich. Dabei ist der Begriff der substanziellen Legitimität, im Gegensatz zur prozeduralen Legitimität (vgl. ebd.: 347), von zentraler Bedeutung:

„Doch was, wenn wir Argumentieren oder Deliberation als die grundlegende Prozedur betrachten, die politische Ergebnisse in einem post-metaphysischen Zeitalter mit

³⁴ Originaltitel des Aufsatzes: „Öffentlicher Diskurs, Identität und das Problem demokratischer Legitimität“. Hier zitiert nach: Peters 2007.

Legitimität ausstattet? Dies ist nichts weiter als ein Taschenspielertrick. Fassen wir Deliberation nämlich als ‚Verfahren‘ auf, das Konsensentscheidungen erzwingt, kollabiert die ganze Unterscheidung zwischen Verfahren und Substanz. Deliberation ist in sich ‚substanziell‘ – sie kann ohne substanzielle Gründe und ohne Gründe, die wenigstens potenziell für jeden Teilnehmer überzeugend sind, nicht funktionieren. Und wie kann Deliberation politische Entscheidungen mit Legitimität versehen? Nicht durch das ‚Verfahren‘ des Argumentierens selbst, sondern entweder dadurch, dass sie Menschen von der inhaltlichen Angemessenheit dieser Entscheidungen überzeugt, oder indem sie eine Mehrheitsentscheidung vorbereitet. Aber dann sind wir wieder bei prozeduraler Legitimität im oben diskutierten Sinne – und damit bei ihren Grenzen – angelangt“ (ebd.: 347f.).

3.1.3.2. Ralf Dahrendorfs repräsentativ-liberaler Öffentlichkeitsbegriff

Während Bernhard Peters die normativen Grundsätze der Öffentlichkeitstheorie seines Lehrers Habermas also gewissermaßen ent-idealisiert, um sie dadurch empirisch zugänglicher und in der Konsequenz auch aussagekräftiger zu machen, die Grundsätze selbst dabei aber als methodisch nutzbare Schablonen nicht *in toto* infrage stellt, wollte Ralf Dahrendorf seine Einlassungen zur Kategorie politischer Öffentlichkeit als dezidierte Kritik an der Habermas’schen Theorie verstanden wissen. Sein in diesem Rahmen zentraler Aufsatz über „Aktive und passive Öffentlichkeit“ (Dahrendorf 1969) entstand allerdings bereits 1969 und berücksichtigt in der sich von Habermas abgrenzenden Argumentation somit lediglich die Theorie aus dem *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Darüber hinaus setzt sich Dahrendorf hier ausschließlich mit einem bestimmten Teil der Habermas’schen These vom Verfall der bürgerlichen Öffentlichkeit – nämlich der Kritik an einem durch Struktur und Funktionsweise moderner Massenmedien politisch teilnahmslos gewordenen und ‚kulturkonsumierenden‘ Publikum – auseinander.

Für Dahrendorf ist politische Teilnahmslosigkeit, und damit eine Abkapselung vieler Bürger von politischer Öffentlichkeit, „innerhalb gewisser Grenzen nicht nur tragbar, sondern geradezu wünschenswert“ (ebd.: 5). Diese These begründet er zunächst empirisch und schließlich auch normativ. Hierbei unterteilt er die moderne Gesellschaft bezüglich ihrer Affinität zu Politik in drei Gruppen – „die latente Öffentlichkeit der Nichtteilnehmenden“, die „passive Öffentlichkeit derer, die als Publikum und Wähler sporadisch im politischen Prozess in Erscheinung treten“ und schließlich „die aktive Öffentlichkeit der regelmäßig und mit eigenen Vorstellungen am politischen Prozess Teilnehmenden“ (ebd.). Dabei habe der Anteil der letzten Gruppe „nach keiner Definition mehr als 10% der Wähler und zu mancher Zeit sowie nach mancher Definition weniger als 1% der Wähler“ (ebd.) umfasst. Und das, so Dahrendorf in impliziter Abgrenzung zu

Habermas, sei „auch ganz in Ordnung so“, es sei jedenfalls „kein Grund zur Klage“ (ebd.: 6). Im Rahmen der normativen Begründung dieser These schließlich wird Dahrendorfs theoretische Orientierung am Liberalismus in der Tradition von John Stuart Mill und Alexander de Tocqueville deutlich. Bereits Mill hatte betont, dass

„politische Fragen nicht durch eine direkte oder indirekte Berufung an die Einsicht oder den Willen einer unterrichteten Menge entschieden werden sollen, sondern nur durch die nach gehöriger Überlegung gebildeten Ansichten einer verhältnismäßig kleinen Zahl speziell für diese Aufgabe erzogener Personen“ (J. S. Mill, zit. n. Habermas 1990: 217).

Auch für Dahrendorf sind Initiative, Realisierung und Kontrolle von Öffentlichkeit keine Aufgaben für „alle prinzipiell Berechtigten“ (Dahrendorf 1969: 11); dies wäre „für den politischen Prozess hinderlich, wenn nicht vernichtend“ (ebd.). Dieser Prozess verlange vielmehr „eine aktive Öffentlichkeit, die kleiner, sehr viel kleiner ist als die Gesamtheit der Bürger“ (ebd.). Entscheidend bei Dahrendorf – wie generell im liberalen Öffentlichkeitsmodell – ist allerdings die Existenz der *Möglichkeit*, von der passiven auf die aktive Seite zu wechseln. Dieser Austausch könne entweder „regelmäßig“ sein, oder auch „zufällig“ und „aus eigenem Entschluss“ (ebd.) erfolgen, solange die Chance des Austauschs als solche kontinuierlich bestehe.

Den Massenmedien, die für die Möglichkeit dieses Austauschs sorgen, räumt Dahrendorf dabei eine „für eine freie Gesellschaft“ „unentbehrliche“ Funktion „an den Gelenken von aktiver und passiver Öffentlichkeit“ (ebd.: 12) ein. Auch diese Einstellung, die die Massenmedien ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, ist prototypisch für die repräsentativ-liberale Öffentlichkeitstheorie: „If media are doing their job“, schreiben etwa Myra Marx Ferree *et. al.* in ihrer Analyse dieses Theoriestranges, „citizens will be encouraged to vote, and the media will provide enough information about the parties and candidates so that citizens can choose intelligently among them“ (Ferree *et. al.* 2002: 291). Der dabei zugrunde liegende repräsentative Gedanke baut auf einem starken Proportionalitätsgrundsatz der Liberalen Theorie auf: Demnach haben größere Organisationen, die im Dahrendorf'schen Sinn eine größere Anzahl passive Bürger repräsentieren, auch ein Recht auf mehr Öffentlichkeit und größere Sichtbarkeit in Medien (vgl. ebd.).

Dieser unter anderem von Dahrendorf vertretene repräsentativ-liberale Öffentlichkeitsbegriff ist nicht nur normativ weitaus anspruchloser als das Habermas'sche Modell – er scheint gleichzeitig geradezu zugeschnitten auf die von Habermas als Periode des Verfalls von Öffentlichkeit charakterisierte Hochphase der elektronisch operierenden und nach ökonomischen Maßstäben agierenden Massenmedien. Normativ fordert er von repräsentativ geführten öffentlichen Diskursen lediglich Transparenz, etwa in Form

eingehender Informierung der Bürger über die Arbeit von Exekutive und Legislative durch die Medien (vgl. ebd.). Des Weiteren enthält sich der liberale Begriff jeglicher Aussage über ein bestimmtes Verfahren der Konstituierung von Öffentlichkeit, und auch der Forderung nach thematischer Offenheit begegnet er mit dem abschwächenden Verweis auf den repräsentativen Grundgedanken: Aufgabe der aktiven Öffentlichkeit ist es, die Interessen und Bedürfnisse der passiven Öffentlichkeit unter dem Grundsatz der Proportionalität zu repräsentieren. Die Uneingeschränktheit der Themenauswahl, die etwa Peters als empirisch schwer durchsetzbar charakterisiert hatte, verliert also auch hier ihren normativen Status.

3.1.3.3. Niklas Luhmann und die systemtheoretische Verknüpfung von Öffentlichkeit und Massenmedien

Der systemtheoretische Öffentlichkeitsbegriff teilt mit dem repräsentativ-liberalen Modell seine – im Vergleich zum diskursiven Öffentlichkeitskonzept bei Habermas – relative normative Anspruchslosigkeit. Dabei umfasst die bereits angesprochene soziologische Kontroverse zwischen Habermas und Niklas Luhmann weit mehr als einen theoretischen Streit über die normative Bestimmbarkeit und die empirische Beschreibbarkeit von öffentlicher Kommunikation in modernen Gesellschaften; vielmehr handelt es sich hier um zwei grundsätzlich antagonistische Möglichkeiten, diese Gesellschaften *in toto* analytisch zu erfassen. Während es Habermas, in der Tradition der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule stehend, in nahezu seinem gesamten Oeuvre um die „Explikation der Bedingungen der Möglichkeit einer rationalen gesellschaftlichen Ordnung“³⁵ – also um eine an normativen Idealen sich ausrichtende Theorie, die gesellschaftliche Entwicklungen erklärbar, vor allem aber kritisierbar machen soll – geht, ist die Systemtheorie Niklas Luhmanns im Kern eine eher deskriptive Theorie. Jürgen Gerhards schreibt dazu:

„Systemtheorien beschreiben Gesellschaft, sie erklären sie nicht. Die Frage, warum sich Gesellschaften und Strukturen wandeln, lässt sich systemtheoretisch nicht plausibel beantworten. Systemtheorien unterstellen einen Determinismus in der Prägung von Handlungen durch Systemstrukturen“ (Gerhards 1994: 79).

Diese paradigmatische Unterscheidung in den soziologischen Gesellschaftstheorien von Habermas und Luhmann kann hier nur angerissen bleiben³⁶, als Hintergrund für die folgenden Ausführungen ist das Bewusstsein um sie jedoch unverzichtbar, gehört es doch zu den Wesensmerkmalen des Luhmann'schen Öffentlichkeitsbegriffs, dass man die

³⁵ Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Strukturwandel_der_Öffentlichkeit; Stand: 30.11.2012.

³⁶ Für eine detailliertere, auf den Bereich der Kommunikation konzentrierte Auseinandersetzung mit der theoretische Kontroverse zwischen Habermas und Luhmann vgl. etwa: Bonacker 1997.

wichtigsten Habermas'schen Axiome außer Acht lassen muss, um diesen Begriff zu verstehen.

Bereits 1970 hatte Luhmann einen Aufsatz über *Öffentliche Meinung* (Luhmann 1979) publiziert, in dem er sich vom Ideal der Aufklärung abwendet und deutlich macht, dass öffentlicher Meinung im Kontext der Komplexität moderner Gesellschaften eben nicht mehr die Aufgabe zukomme, dem Herrscher vorzuschreiben, „wie er herrschen solle“ (ebd.: 55). Auch liege ihre Funktion nicht mehr in der „Durchsetzung des [...] Volkswillens“ (ebd.) (den Luhmann ohnehin als „Fiktion“ [ebd.] enttarnt), sondern vielmehr „in der Ordnung von Selektionsleistungen“ (ebd.) der Öffentlichkeit.

25 Jahre später arbeitete Luhmann diese Überlegungen entsprechend der inzwischen erfolgten autopoietischen Wende seiner Theorie (vgl. dazu etwa Wendelin 2011: 247) weiter aus. Das Ergebnis erschien 1996 unter dem Titel *Die Realität der Massenmedien* (Luhmann 2004).

Gerhards' und Neidhardts bereits 1991 getätigte Beobachtung, nach der der Begriff der Öffentlichkeit Luhmann „nicht ins systemtheoretische Konzept [zu] passen“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 34) scheint, lässt sich in eingeschränkter Weise auch bezüglich der Ausführungen in *Die Realität der Massenmedien* aufrecht erhalten. Wie bereits der Titel suggeriert, konzentriert sich Luhmann hier auf eine Beschreibung des in der Realität evidenten Systems der Massenmedien und nicht auf einen normativ wünsch- oder formbaren Begriff von Öffentlichkeit. Letzteren definiert er zwar – als „Reflexion jeder gesellschaftsinternen Systemgrenze, oder anders: als gesellschaftsinterne Umwelt der gesellschaftlichen Teilsysteme“ (Luhmann 2004: 126) – schreibt ihm damit aber, anders als Habermas, nur eine sekundäre Funktion zu: Wenn nämlich für gesellschaftliche Funktionssysteme wie Wirtschaft oder Politik als Grundkategorien der Systemtheorie gelte, dass sie ihre eigenen Systemgrenzen operativ nicht überschreiten, sich also nicht selbst beobachten können (vgl. ebd.), sie zugleich aber reflektieren, dass sie „von außen beobachtet werden“ (ebd.), dann setzt dies voraus, dass sich ein System als „beobachtbar im Medium der Öffentlichkeit“ (ebd.) begreift. Öffentlichkeit sei somit als „allgemeines gesellschaftliches Reflexionsmedium“ (ebd.: 127) zu beschreiben, „das die Unüberschreitbarkeit von Grenzen und, dadurch inspiriert, das Beobachten von Beobachtungen registriert“ (ebd.). Der Öffentlichkeit wird damit *qua definitionem* ein passiver Status zugewiesen. Sie dient einzig und allein der Selbstreflexion gesellschaftlicher Teilsysteme durch das Beobachten von (Fremd-)Beobachtungen. Damit aber *muss* sie in normativer Hinsicht wirkungslos bleiben – und so spricht Luhmann der Öffentlichkeit konsequenterweise nicht nur die Funktion der Darstellung, sondern erst recht die Funktion

der Produktion von Meinungen ab (vgl. Peters 2007: 194). Einzig ausgerichtet auf die Funktion der Reflexion eigener Systemgrenzen, wird sie reduziert auf die Möglichkeit des Beobachtens von externen Beobachtungen. Weil eine so konzipierte Öffentlichkeit es den gesellschaftlichen Teilsystemen ermöglicht, sich so zu betrachten, wie andere sie betrachten, wird das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell auch als „Spiegelmodell“ (Wendelin 2011: 249; Peters 2007: 190; Neidhardt 1994b: 38) bezeichnet³⁷.

Anders als der Öffentlichkeit spricht Luhmann den Massenmedien den Status eines eigenen gesellschaftlichen Teilsystems zu. Ihre Verbindung zum Reflexionsmedium der Öffentlichkeit ist dabei – und hier liegt ein erster fundamentaler Unterschied zu den Erwartungen an Öffentlichkeit im Habermas’schen Modell – nicht produktiver, sondern rein repräsentativer Natur. Weil „Öffentlichkeit für alle Systeme, die Massenmedien eingeschlossen, immer die andere, unzugängliche Seite ihrer Grenzen beschreibt und nicht in Richtung auf bestimmte Partnersysteme spezifiziert werden kann, ist es notwendig, sie zu repräsentieren in der Form von Realitätskonstruktionen“ (Luhmann 2004: 128). Genau hierin ist die Aufgabe des Systems der Massenmedien zu sehen: Es repräsentiert Öffentlichkeit durch spezifische Konstruktionen von Realität. Innerhalb eines solchen Zusammenhangs von Öffentlichkeit und Massenmedien wird es dann nicht nur inkonsequent, sondern geradezu unmöglich, die Entwicklungs- und Verbreitungsgeschichte der Massenmedien als Verfallsgeschichte der Öffentlichkeit zu schreiben. Das Gegenteil ist für Luhmann der Fall: Indem sie die für die Teilsysteme *per se* unzugängliche Öffentlichkeit innerhalb der Systeme repräsentieren, leisten Massenmedien „einen Beitrag zur Realitätskonstruktion der Gesellschaft“ (ebd.: 125) und fördern damit die gesellschaftliche Stabilität. So ist die Weiterentwicklung massenmedialer Verbreitungstechnologien für Luhmann auch eine „ausschlaggebende Errungenschaft“ (ebd.: 26); ausschlaggebend zunächst einmal in Bezug auf die Ausdifferenzierung des Systems der Massenmedien selbst, damit in der Konsequenz aber ebenfalls ausschlaggebend für die Gesellschaft als solche. Denn die „gesellschaftliche Funktion“ (ebd.: 83) der Massenmedien sieht Luhmann in ihrer Fähigkeit, ein kollektives Gedächtnis zu erzeugen, welches dafür sorgt, „dass man

³⁷ Frank Marcinkowski kommt das Verdienst zu, diese spiegelartige Selbstbeobachtung in seiner Untersuchung der *Publizistik als autopoietisches System* weiter theoretisiert und auf die Bedingungen moderner Massenmediensysteme angewendet zu haben (Marcinkowski 1993). Für ihn liegt die Primärfunktion von Publizistik in der „Ermöglichung der Selbstbeobachtung moderner Gesellschaften“ (ebd.: 118). Dabei grenzt er die durch das publizistische System erst ermöglichte „Beobachtung zweiter Ordnung“ (ebd.: 121) ab von „Beobachtung einfacher Art“, bei der „die Systeme einen ‚blinden Fleck‘ in Kauf nehmen [müssen], nämlich den eigenen Unterscheidungsmechanismus“ (ebd.). Die Beobachtung zweiter Ordnung beobachtet andere Systeme also „nicht als Akteure, sondern als Beobachter“ (ebd.). Damit wird es gesellschaftlichen Teilsystemen wie Wirtschaft oder Politik erst durch eine ausdifferenzierte Publizistik möglich, Informationen über ihren eigenen Status in der Öffentlichkeit zu erlangen.

bei jeder Kommunikation bestimmte Realitätsannahmen als bekannt voraussetzen kann, ohne sie eigens in die Kommunikation einführen und begründen zu müssen“ (ebd.). Dadurch, dass Massenmedien ständig Informationen vor einem Publikum publizieren und sie so in Nichtinformation verwandeln (Information/ Nichtinformation sind die Einheiten des systemeigenen, binären Codes der Massenmedien [vgl. ebd.: 27f.]³⁸), stellen sie ein gesellschaftsweites Hintergrundwissen bereit, auf dessen Basis Kommunikation stattfindet. Luhmann nennt dieses Hintergrundwissen auch „Überzeugung von Objekten, die in der weiteren Kommunikation vorausgesetzt werden können“ (ebd.: 121).

Die große Differenz zum normativ anspruchsvolleren Öffentlichkeitsverständnis von Jürgen Habermas liegt nun darin, dass sich diese voraussetzbaren Überzeugungen fundamental von einem kommunikativ erzeugten Konsens diskurstheoretischer Prägung unterscheiden. Kommunikation und ihre massenmediale Verbreitung haben für Luhmann mitnichten die Aufgabe, Konsense zu stiften; durch die Verwandlung von Information in Nichtinformation sollen sie lediglich ein kollektives Gedächtnis schaffen, auf das zukünftige Kommunikatoren zurückgreifen können. Diesen kategorialen Unterschied zur diskursiven Theorie benennt Luhmann ganz deutlich, wenn er davon spricht, „dass eine mehrhundertjährige Tradition uns in die Irre geführt hat mit der Folge, dass Massenmedien in einem ungünstigen Licht erscheinen“ (ebd.). Während diese Tradition besage, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt auf „Konsens“ oder zumindest auf „konsensuell akzeptierten Hintergrundüberzeugungen, wie Jürgen Habermas sie in seinem Begriff der Lebenswelt untergebracht hat“ (ebd.), beruhen müsse, sei es in Wahrheit die

³⁸ Vgl. hierzu auch Luhmanns allgemeine Ausführung zur Operationsweise selbstreferenzieller gesellschaftlicher Teilsysteme: „Mit der systemtheoretischen Unterscheidung Selbstreferenz/Fremdreferenz ist noch nichts darüber ausgemacht, wie das Selbst das Selbst bestimmt, oder anders: wie die Anschlussfähigkeit von Operationen im System erkannt und wie die Differenz von System und Umwelt produziert und laufend reproduziert wird. Dies geschieht im typischen Fall von Funktionssystemen, und so auch im Fall der Massenmedien, durch einen binären Code, der unter Ausschließung dritter Möglichkeiten einen positiven und einen negativen Wert fixiert. Der positive Wert bezeichnet die im System gegebene Anschlussfähigkeit der Operationen: das, womit man etwas anfangen kann. Der negative Wert dient nur der Reflexion der Bedingungen, unter denen der positive Wert eingesetzt werden kann. Der Code ist also eine Zwei-Seiten-Form, eine Unterscheidung, deren Innenseite voraussetzt, dass es eine Außenseite gibt. Aber dieses Innen/Außenverhältnis der Form des Code ist nicht zu verwechseln mit der Differenz von System und Umwelt. Und die interne Grenze des Code, die den Negativwert vom Positivwert trennt, ist nicht zu verwechseln mit der externen Grenze, die das System gegen seine Umwelt differenziert. Die Code-Differenz steht, anders gesagt, orthogonal zur Differenz von Selbstreferenz und Fremdreferenz. Sie dient der Selbstbestimmung des Systems. [...] Die wohl wichtigste Besonderheit des Codes Information/Nichtinformation liegt in dessen Verhältnis zur Zeit. Informationen lassen sich nicht wiederholen; sie werden, sobald sie Ereignis werden, zur Nichtinformation. Eine Nachricht, die ein zweites Mal gebracht wird, behält zwar ihren Sinn, verliert aber ihren Informationswert. Wenn Information als Codewert benutzt wird, heißt dies also, dass die Optionen des Systems ständig und zwangsläufig Information in Nichtinformation verwandeln (Luhmann 2004: 27/31).

angesprochene „Überzeugung von Objekten“, also das kollektive, aber von sich aus a-konsensuelle Gedächtnis, welches gesellschaftliche Stabilität garantiere. Demgegenüber ist es für Luhmann geradezu „riskant, sich primär auf [...] normativ einforderbare Konsense zu stützen“ (ebd.).

Während sowohl Peters als auch Dahrendorf unterschiedliche Entwicklungsstufen und unterschiedliche Teilaspekte des Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriffs kritisiert, erweitert oder radikal umformuliert haben, dabei aber das Habermas'sche Theoriekonstrukt als solches nicht verlassen, sondern für die abgrenzende Entwicklung der eigenen Vorstellungen sogar benötigt haben, entspringt der Öffentlichkeits- und Massenmedienbegriff Luhmanns mit der autopoietisch gewendeten Systemtheorie einem fundamental anderen soziologischen Hintergrund. In normativer Hinsicht ist das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell weniger anspruchsvoll als das diskursive Modell Habermas'scher Prägung. Die Funktion von Öffentlichkeit bei Luhmann, so betont etwa Neidhardt (1994a: 9), liegt allein in der „Akquisition des Rohstoffs an Themen und Meinungen“ – bereits die Publizität ist die Leistung von Öffentlichkeit (vgl.: ebd.). Was das Luhmann'sche Spiegelmodell (das in diesen normativ weitgehend anspruchslosen Vorgaben an einen Öffentlichkeitsbegriff durchaus Parallelen zum Repräsentationsgedanken des liberalen Modells aufweist) daher aus empirischer Perspektive interessant macht, ist die ihm inhärente Möglichkeit, medial konstruierter Öffentlichkeit einen gesellschaftlich-integrativen Nutzen selbst dann zu unterstellen, wenn von verfahrensgetreuer diskursiver Konsensbildung keine Rede sein kann.

3.1.3.4. Das Arena-Modell von Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt

Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt haben sich in ihrem zum Beginn der 1990er Jahre entstandenen Öffentlichkeitskonzept explizit sowohl von Habermas als auch von Luhmann abgesetzt. Luhmann kreiden Gerhards und Neidhardt an, dass seine Aussagen zur Kategorie politischer Öffentlichkeit „systemisch in Richtung ihrer Verharmlosung“ (ebd.: 34) argumentieren würden; die gegenüber Habermas angebrachten Kritikpunkte einer „Konfundierung empirischer und normativer Elemente“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 33) sowie einer normativen Überhöhung, welche die „Chancen, dass der Begriff überhaupt einen Gegenstand findet“ (ebd.), erheblich mindere, wurden bereits oben benannt. Dennoch stimmen die beiden Soziologen auf grundlegender Ebene insofern mit Habermas überein, als dass auch sie politische Öffentlichkeit als „Produkt der Aufklärung“ (ebd.: 32) charakterisieren und, obgleich ungenannt, Kant in seiner Argumentation beipflichten, nach der die Möglichkeit zur öffentlichen Überprüfung von Politik, ebenso wie deren

Rückkopplung an das Rasonnement der Bürger, die normative Bedeutung von Öffentlichkeit begründen (vgl. ebd.).

Auf der anderen Seite betonen Gerhards und Neidhardt auch, zur analytischen Herleitung ihres Öffentlichkeitsbegriffes auf das „systemtheoretische Instrumentarium der Beschreibung der Gesellschaft“ (ebd.: 34) zurückzugreifen. Damit lassen sich beide, wenngleich eher einer liberalen als einer diskursiven Sichtweise zugetan, nicht exklusiv vor einen großtheoretischen Karren spannen.

Im Kern baut ihr Öffentlichkeitskonzept trotzdem auf jener systemtheoretischen Grundannahme auf, nach der moderne Gesellschaften funktional differenzierte Gesellschaften sind, in denen verschiedene Teilsysteme wie Wirtschaft, Wissenschaft, Recht, Politik, Kunst etc. spezifische Funktionen und Aufgaben erfüllen (vgl. ebd.: 36). Allerdings betonen Gerhards und Neidhardt in expliziter Abgrenzung zu Luhmann, dass dem politischen Teilsystem innerhalb der funktional differenzierten Gesellschaft ein doppelter Sonderstatus zukomme: Politik sei sowohl „als Problemadressat“ wie auch als „Problemlösungssystem“ (ebd.: 37) den anderen Teilsystemen übergeordnet. Wenn sich innerhalb dieser anderen Teilsysteme nämlich Probleme ergäben, die nicht systeminhärent gelöst werden könnten, dann erwarteten die Teilsysteme von der Politik erstens, sich dieser Probleme anzunehmen und zweitens, Lösungen zu präsentieren.³⁹ Diesen Erwartungen könne die Politik jedoch nur mit Hilfe der politischen Öffentlichkeit in adäquater Weise gerecht werden. Demzufolge beschreiben Gerhards und Neidhardt Öffentlichkeit als „intermediäres System, dessen politische Funktion in der Aufnahme (Input) und Verarbeitung (Throughput) bestimmter Themen und Meinungen sowie in der Vermittlung der aus dieser Verarbeitung entstehenden öffentlichen Meinung (Output) einerseits an die Bürger, andererseits an das politische System besteht“ (ebd.: 34). Diese Dreiteilung ist ein Kernpunkt der Theorie von Gerhards und Neidhardt und sie hat in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Öffentlichkeit weitreichende Rezeption erfahren (vgl. etwa Habermas 1992b: 440ff.).

Um die Bedeutung von Öffentlichkeit als Ort der Vermittlung zu unterstreichen, haben Gerhards und Neidhardt das Bild von der öffentlichen „Arena“ (ebd.: 58) geprägt, in der verschiedene Akteure miteinander öffentlich kommunizieren, während das Publikum – Hauptbestandteil von Öffentlichkeit als sozialer Größe (vgl. ebd.: 65) – die Kommunikationen auf den „Galerien“ (ebd.: 58) verfolge. Nicht nur diese Metaphorik

³⁹ Die internationale Banken-, Wirtschafts- und Finanzkrise, die im Sommer 2007 mit einer US-Immobilienkrise begann, ist ein gutes Beispiel für diese Erwartungshaltung gegenüber der Politik – in diesem Fall besonders von Seiten der Wirtschaft, die von der Bankenkrise in Mitleidenschaft gezogen worden war.

kommt der Einteilung in „Zentrum“ und „Peripherie“, wie Habermas sie vorgenommen hat (vgl. Habermas 2008: 164; 1992: 431), sehr nahe; auch auf Verfahrensebene ist der Öffentlichkeitsbegriff von Gerhards und Neidhardt durchaus mit dem prozeduralistischen Modell zu vergleichen, das Habermas in *Faktizität und Geltung* entwickelt hat. Auch Gerhards und Neidhardt treffen neben der Differenzierung in ‚Arena‘ und ‚Galerie‘ eine weitere Binnendifferenzierung ihres Öffentlichkeitsbegriffs anhand prozeduraler Anforderungen an die Kategorie politischer Öffentlichkeit. Durch die bereits benannte Trennung in Input-, Throughput- und Output-Funktionen agiert Öffentlichkeit im Rahmen ihrer Vermittlerfunktion auf „drei Prozessstufen“ (1994a: 8). Neidhardt formuliert mit Blick auf diese drei Stufen gar spezifische normative Ansprüche: Die Input-Funktion setze voraus, dass Öffentlichkeit „offen für alle gesellschaftlichen Gruppen, sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (ebd.) sein müsse; die Throughput-Funktion hingegen beziehe sich auf die Art und Weise, wie Öffentlichkeitsakteure „mit den Themen und Meinungen diskursiv umgehen“ (ebd.). Hierbei gäbe es eine normative Präferenz für eine Diskurskultur, in der einzelne Diskursteilnehmer ihre Themen und Meinungen „unter dem Druck der Argumente anderer“ (ebd.) gegebenenfalls revidieren müssten. Schließlich müsse die Output-Funktion *idealerweise* dafür sorgen, dass das Publikum die aus der Diskussion entstandene öffentliche Meinung „als überzeugend wahrnehmen und akzeptieren kann“ (ebd.: 9). Erst durch diesen letzten Schritt leisteten öffentliche Meinungen – als Produkt von Öffentlichkeit – „in Demokratien politisch wirksame Orientierungsfunktionen“ (ebd.).

Allerdings bleiben Gerhards und Neidhardt bei diesen normativen Attribuierungen nicht kompromisslos stehen. Vielmehr machen sie – in ähnlicher Weise wie auch Peters – die normativen Ansprüche in heuristischer Art und Weise nutzbar, indem sie die für ihre Erfüllbarkeit faktisch gegebenen Voraussetzungen aufzeigen. Weil es im Rahmen moderner Gesellschaften keineswegs ausgemacht sei, dass Öffentlichkeit entsprechend der normativ an sie herangetragenen Erwartungen agiere, sei es „eine empirische und keine Definitionsfrage, wie sich Öffentlichkeit konstituiert“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 46). Die Abgrenzung zu einem sich an Idealtypen festsetzenden Öffentlichkeitsbegriff bei Habermas wird hier, wenn auch auf implizite Weise, sehr deutlich – besonders dann, wenn Gerhards und Neidhardt betonen, dass Öffentlichkeit für eine Erfahrungswissenschaft „als soziale Tatsache“ und „nicht als Spekulationsobjekt für gesellschaftspolitische Absichten“ (ebd.: 44) interessant sei. Genau diese Absichten konnte man Habermas bezüglich des *Strukturwandel der Öffentlichkeit* ja durchaus unterstellen.

Dass die für die Soziologie relevanten sozialen Tatsachen durchaus von den Normen abweichen und gleichwohl ihren gesellschaftlichen Sinn beibehalten können, exemplifiziert Neidhardt am Begriff der öffentlichen Meinung. Diese sei keinesfalls als „demoskopisch erhobenes, statistisches Aggregat von Bevölkerungseinstellungen“ (Neidhardt 1994a: 26) zu verstehen. Vielmehr handele es sich um „Meinungen, die in öffentlichen Kommunikationen, also derart geäußert werden, dass sie von einem mehr oder weniger großen Publikum wahrgenommen werden können“ (ebd.). Öffentliche Meinung ist also das, was bei möglichst vielen Bürgern ankommt. Unter den Bedingungen von massenmedial vermittelter Kommunikation als empirisch relevantester Form von Öffentlichkeit entfällt damit jedoch der Gleichheitsanspruch der Input-Funktion: Öffentliche Meinung ist dann keine Summe äquivalenter Bürgerinteressen mehr, sondern schlicht ein Produkt der Kommunikation zwischen denjenigen Akteuren, die die besten Zugänge zur Öffentlichkeit haben und deren Kommunikation die höchste massenmediale Verbreitung erfährt (vgl. ebd.). Aus normativer Perspektive wird diese Diagnose noch alarmierender, wenn man Neidhardt in der für die frühen 1990er Jahre empirisch von ihm belegten⁴⁰ Annahme folgt, dass „große Minderheiten“, wenn nicht gar „Mehrheiten“ (ebd.: 29) der Bevölkerung das Vertrauen in jene Öffentlichkeitsakteure, deren Kommunikation die öffentliche Meinung konstituiert, verloren haben (vgl. ebd.). Wenn dem so ist, dann entsteht öffentliche Meinung nicht nur nicht mehr aus jenem sozialen Kollektiv heraus, das bei Habermas noch ‚Publikum‘ genannt wurde, sie büßt – und das ist wohl gravierender – auch ihre Rückkopplung an dieses Kollektiv ein. Damit, so Neidhardt, löse sich die normativ reklamierte Orientierungsleistung der Öffentlichkeit weitgehend auf (vgl. ebd.) und es komme zu einer „Abkopplung von öffentlicher Kommunikation und privater Meinungsbildung“ (ebd.: 37): Während die „über Medienrezeption laufende Wahrnehmung öffentlicher Kommunikation“ dann eher eine „Unterhaltungs- als Orientierungsfunktion“ erfülle, verlagere sich „die individuelle Meinungsbildung in die Netzwerke der Alltagskommunikation“ (ebd. 37f.)⁴¹.

Bedingt durch die funktionale Differenzierung der Gesellschaft und die damit einhergehende „Professionalisierung der Medienproduktion“ (ebd.: 11), diagnostiziert Neidhardt also im massenmedialen Kontext einen Bedeutungsverlust (wenn nicht gar einen Bedeutungsverlust) der normativen Orientierungsfunktion von Öffentlichkeit. Eine ähnliche Einschätzung liefern Neidhardt und Gerhards gemeinsam bereits 1991. Der

⁴⁰ Siehe die von Neidhardt zitierten empirischen Untersuchungen: Neidhardt 1994a: 29.

⁴¹ Eine Tendenz, die auch im Bereich der digitalen Netzwerkkommunikation, besonders in der sozialen Medienkommunikation im Web 2.0, von großer theoretischer Relevanz und empirischer Evidenz ist.

Grund dafür, dass ihre Schlussfolgerungen aus diesem Befund im Vergleich zu Habermas deutlich weniger alarmierend sind, liegt im normativ weniger anspruchsvollen Öffentlichkeitsverständnis der Autoren: Die „Sinnorientierung von Öffentlichkeit“, so die beiden Soziologen, sei in Wahrheit „anders gelagert als Habermas idealtypisch voraussetzt“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 47). Sie messe sich nicht primär daran, „ob sie Wahrheit und Vernunft erzeugt“ sondern beziehe sich vielmehr auf die „Herstellung von Allgemeinheit“ (ebd.: 49).

Allgemeinheit statt Vernunft: Damit wird Öffentlichkeit auf das beschränkt, was sie leisten *kann*, statt dem nachzujagen, was sie leisten *soll*. Mit dieser Unterscheidung ist die Analyse an einem Kernpunkt angelangt, der Gerhards' und Neidhardts Präferenz für die liberale Konnotation von Öffentlichkeit deutlich aufzeigt: Es geht den Autoren nicht um einen diskursiv geschmiedeten, vernunftorientierten, aber letztlich gerade deshalb elitären Konsens. Im Gegenteil: Öffentlichkeit definieren sie als „laienorientierte Kommunikation“ (ebd.: 47), die stets allgemein verständlich bleiben *muss*, denn sie richtet sich immer an eine potenziell große und heterogene Gemeinschaft von „potenziell Unbekannten“ (ebd.). Deshalb wird die normative Inklusionsfunktion von Öffentlichkeit, die Unabgeschlossenheit des Publikums, bei Gerhards und Neidhardt auch nicht weiter angetastet (vgl. ebd.: 45, 63ff.; Neidhardt 1994a: 11ff.). Die Deliberationsfunktion jedoch wird nicht nur als unrealistisch sondern auch als unnötig eingestuft: „Es muss nicht Vernunft und es wird nicht das bessere Argument sein“, so die beiden Soziologen (ebd.: 47), „die strukturbestimmend werden – mehr noch: das Kriterium ‚Vernunft‘ – wie immer gefasst – verstellt in der Analyse wohl eher die eigentliche Leistung des Kommunikationssystems Öffentlichkeit“ (ebd.).

Die gesellschaftliche Operationalisierung dieser eigentlichen Leistung – der „Herstellung von Allgemeinheit“ (ebd.: 49) – nehmen Gerhards und Neidhardt nun vor, indem sie Öffentlichkeit als ein Mehrebenenmodell konstruieren, innerhalb dessen sie drei Ebenen voneinander unterscheiden. Diese Ebenen grenzen sich „zum einen nach der Menge der Kommunikationsteilnehmer, zum zweiten nach dem Grad der strukturellen Verankerung“ (ebd.) voneinander ab. Im Hinblick auf die Besonderheiten digitaler Netzwerkkommunikation soll hier besonders die erste Ebene von Öffentlichkeit genauer betrachtet werden: Gerhards und Neidhardt nennen diese Ebene „Encounters“⁴² und meinen damit Kommunikationen, die aus zufälligen Aufeinandertreffen von „Menschen

⁴² Den Begriff „Encounters“ übernehmen Gerhards und Neidhardt von Irving Goffmann. Für Goffman sind Encounters „a type of social arrangement that occurs when persons are in one another's immediate physical presence“ (Goffmann 1961: 17).

heterogener Herkunft“ (ebd.: 50) entstehen. Dieser Öffentlichkeitstypus zeichnet sich durch eine hohe thematische und teilnehmerbezogene Fluktuation aus; er ist weitgehend strukturlos. Gespräche in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Wartezimmer beim Arzt oder in Kneipen sind zu den *Encounters* zu zählen. Auf der einen Seite konstatieren Gerhards und Neidhardt, dass sich Kontinuitäten oder Synthetisierungen der Themen hier schwer bis gar nicht herstellen lassen (vgl. ebd.: 51), auf der anderen Seite attestieren sie den *Encounters* eine „hohe Offenheit und Umweltsensibilität“ (ebd.: 50) sowie große Fähigkeiten zur Informationssammlung (vgl. ebd.). Die weitgehende Spontaneität und Unstrukturiertheit dieser Form von Öffentlichkeit sorgen gleichzeitig für ein Fernbleiben jener verzerrenden Vermachtungstendenzen.

Das größte Defizit dieses Typus von Öffentlichkeit hingegen ist – neben seinem unabdingbaren Episodencharakter und der daraus folgenden hohen thematischen Diskontinuität – die fehlende Vernetzung von Themen und Beiträgen (vgl. ebd.: 51). Bei *Encounters* handelt es sich zumeist um isolierte soziale Situationen, „zwischen denen kein Kommunikationsfluss stattfindet, der synergetische Effekte der Meinungsbildung auslösen könnte“ (ebd.).

Als zweite Ebene benennen Gerhards und Neidhardt „öffentliche Veranstaltungen“ (ebd.: 52), die sich von den *Encounters* durch bereits in Sprecher und Publikum ausdifferenzierte soziale Rollen unterscheiden und bei denen zumeist ein strukturbildendes Thema existiert, welches den Ablauf ebenso wie die Teilnehmer der Veranstaltung bestimmt (vgl. ebd.: 53). Im Vergleich zu den *Encounters* gibt es bei öffentlichen Veranstaltungen durchaus eine Chance zur meinungsbildenden Synthetisierung von Themen (vgl. ebd.); allerdings bleibt die Reichweite dieser Themen zumeist auf die Veranstaltungsteilnehmer sowie deren unmittelbares Umfeld begrenzt, solange die Veranstaltung nicht Gegenstand medialer Berichterstattung ist. In der Forschung wird diese Ebene auch als Ebene der „Versammlungs-Öffentlichkeiten“ bezeichnet (vgl. etwa Zimmermann 2006a: 138f.).

Wird eine Veranstaltung Gegenstand medialer Berichterstattung, dann befindet sie sich automatisch auf der dritten Ebene von Öffentlichkeit, der „Massenmedienkommunikation“ (ebd.: 54). Erst diese Kommunikationsdimension bietet die strukturelle Möglichkeit zur breitflächigen Synthetisierung und Perpetuierung von Diskursen, Themen und Meinungen. Zudem ist diese Ebene von Öffentlichkeit nicht mehr an die physische Präsenz von Teilnehmern geknüpft – das Publikum wird „abstrakter“ und „viel größer“, gleichzeitig „in seinen Handlungsmöglichkeiten aber reduzierter“ (ebd.). Auch wird die bereits bei öffentlichen Veranstaltungen ausgemachte Differenzierung von Sprecher- und Publikumsrollen hier weiter verschärft. Ein Wechsel von der Publikums- auf

die Sprecherseite ist im Rahmen der Massenmedienkommunikation weitaus schwieriger als in Präsenzöffentlichkeiten.

Anders als Habermas, und erneut den liberalen Öffentlichkeitsvorstellungen zugetan, erkennen Gerhards und Neidhardt hierin aber kein unabwendbares Problem, sofern man konstatiere, dass „für die Offenheit weniger die faktische Präsenz und die aktive Präsentation“ als vielmehr „die Repräsentanz der eigenen Meinung“ (ebd.: 55) von Bedeutung ist. Es kommt also nicht darauf an, ob man sich selber öffentlich artikulieren kann sondern lediglich darauf, ob es Vertreter gibt, die allen relevanten Positionen öffentliches Gehör verschaffen. Diese Voraussetzung sei bei ausreichender Medienpluralität gegeben (vgl. ebd.).

Mit Blick auf die normativen Ansprüche an Öffentlichkeit lässt sich das Arenen-Modell von Gerhards und Neidhardt – wie alle hier behandelten Alternativmodelle zum Habermas’schen Öffentlichkeitsbegriff – als weniger voraussetzungsreich und damit weniger idealistischen und stärker empirischen Motiven zugewandt bezeichnen. Wie Bernhard Peters entwickeln auch Gerhards und Neidhardt Parameter, die den Begriff politischer Öffentlichkeit nicht gänzlich von seinen normativen, auf die Aufklärung zurückgehenden Wurzeln trennen, die diese Wurzeln aber stützen, um den Begriff realitätskompatibler zu machen. Anders als Peters’ Modell aber fühlt sich das Arenen-Modell weniger dem diskursiven als mehr dem liberalen Öffentlichkeitsbegriff verpflichtet. Das wird besonders deutlich in der weitgehenden Vernachlässigung der Deliberationsfunktion bei gleichzeitiger Betonung der auf die Massenmedien bezogenen Repräsentationsfunktion, welche eine Pluralität sowohl von öffentlich kommunizierten Themen als auch von öffentlich kommunizierenden Repräsentanten zu gewährleisten hat.

3.1.3.5. Zwischenfazit

Die hier in Ausschnitten erfolgte Analyse verschiedener, in Erweiterung oder in dezidiert Abgrenzung zum Habermas’schen Öffentlichkeitsbegriff entstandener Modelle politischer Öffentlichkeit hat deutlich gemacht, dass die auf die Aufklärung zurückzuführenden, und von Habermas am einflussreichsten und nachhaltigsten theoretisierten normativen Anforderungen an eine Sphäre politischer Öffentlichkeit bereits im Zeitalter der elektronischen Massenkommunikation an ihre empirischen Grenzen gestoßen sind. Eingeholt durch die Industrialisierung, die funktionale Differenzierung der modernen Gesellschaften im 20. Jahrhundert sowie die in diesem Kontext erfolgte Medialisierung, ist die Aussagekraft eines Öffentlichkeitsbegriffs, der sich auf ein hinreichend politisiertes, diskursiv vorgebildetes und kommunikativ motiviertes Staatsbürger-Publikum fokussiert,

von verschiedenen Seiten zu recht infrage gestellt worden. Wenn überhaupt, dann haben wir es gegenwärtig mit einer postbürgerlichen Öffentlichkeit zu tun, welche die Ideale der bürgerlichen Öffentlichkeit zwar weiterhin hochhält, ihre gesellschaftliche und technologische Überholung (wenn nicht gar Überwindung) aber gleichsam längst akzeptiert hat.

Der dialektische Witz im historischen Verhältnis von medialer und gesellschaftlicher Entwicklung auf der einen und deren wissenschaftlicher Theoretisierung auf der anderen Seite scheint bezogen auf den Begriff politischer Öffentlichkeit nun darin zu liegen, dass mit der Etablierung der digitalen Netzwerkkommunikation und der Verbreitung neuer Kommunikationstechniken im Internet die Habermas'sche Theorie bereits seit den späten 1990er Jahren wieder verstärkte wissenschaftliche Beachtung und empirische Aufwertung erfährt. Dabei, so die Auffassung des Autors der vorliegenden Arbeit, unterliegt besonders die eher apologetische Forschung zur digitalen Netzwerkkommunikation mitunter allerdings dem Fehler, die Eigen- sowie die Fremdkorrekturen, die am Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriff immer wieder vorgenommen worden sind, zu ignorieren und die Habermas'schen Konstruktionen zu unkritisch zu entkontextualisieren. Obgleich sich auch der in dieser Arbeit zu formende Begriff einer digitalen europäischen Netzwerk-Öffentlichkeit primär auf die Habermas'sche Theorie als Schablone stützen wird, sollen auch die Öffentlichkeitsbegriffe der anderen hier behandelten Autoren im Auge behalten werden, um nicht der von Gerhards und Neidhardt heraufbeschworenen Gefahr zu erliegen, den Begriff politischer Öffentlichkeit so bedeutungsvoll zu konstruieren, „dass man mit ihm kaum noch etwas wiedererkennen kann“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 5).

3.2. Zu den Konturen eines transnationalen Öffentlichkeitsbegriffs im globalisierten Zeitalter

Die in den vorangegangenen Kapiteln gewonnenen Erkenntnisse über die historische Entwicklung des diffizilen Verhältnisses von Öffentlichkeitstheorie und den empirischen Gegebenheiten ihres Beobachtungsfeldes sind von grundlegender Bedeutung für eine differenzierte Beantwortung der Frage, warum die Ausbildung von transnationalen Öffentlichkeiten im 21. Jahrhundert unverzichtbar zu sein scheint. Ein solcher Begründungszusammenhang hat zunächst noch einmal bei der aus normativer Perspektive konstitutiven Durchdringung von Öffentlichkeit und Moderne anzusetzen.

Wie oben bereits ausgeführt, hat öffentliche Kommunikation im historischen Kontext der Aufklärung einen grundlegenden Bedeutungswandel erfahren. Das Gottesprinzip als bis *dato* auch auf politischer Ebene universeller Erklärungsansatz wurde abgewertet und durch die „Genese einer geschichtsphilosophischen, weltanschaulichen ‚Ersatz-Transzendenz von außen‘“ (Imhof 2006: 186) ersetzt. Der Öffentlichkeit kam somit plötzlich die Funktion zu, jegliche gesellschaftliche Entwicklungen und Zustände, aber auch das staatliche Handeln, das zu diesen Entwicklungen und Zuständen führt, rational und allgemeinverständlich begründen zu müssen. Es ist in diesem Sinne eben jenes charakteristische „Unvermögen“ der Moderne, „sinnbedürftige Phänomene wie Katastrophen, Krisen, Kriege und Umbrüche“ (ebd.: 187) transzendent – sprich: religiös – erklären zu können, welches seit der Aufklärung zu einem enormen Relevanzgewinn von politischer Öffentlichkeit geführt hat. Neben dieser wichtigen Funktion der Attribution von politischer Legitimität durch Öffentlichkeit macht Kurt Imhof noch auf ein weiteres, ebenfalls seit den Anfängen der Moderne beobachtbares Charakteristikum aufmerksam, das an anderen Stellen (Imhof 2008: 21; Wendelin 2011: 34) auch als „Integrationsfunktion“ von Öffentlichkeit definiert wird:

„Im Unterschied zu allem anderen verbinden wir mit der Öffentlichkeit die Vorstellung, dass es etwas gibt, worin wir alle involviert sind. Gesellschaft ist deshalb ohne Öffentlichkeit nicht denkbar. Ausschließlich die Öffentlichkeit macht für die Subjekte einer Gesellschaft das Kollektivsubjekt ‚Gesellschaft‘ beobachtbar und ermöglicht damit die Vorstellung, dass man sich diesem Kollektivsubjekt als solchem zuwenden könne. Öffentlichkeit schafft somit Gesellschaft“ (Imhof 2006: 203).

Diese Integrationsfunktion, in Kapitel 1. bereits im Zusammenhang mit der Metapher von Öffentlichkeit als Seismograph benannt, leitet sich aus dem legitimierenden ebenso wie aus dem deliberativen Charakter von Öffentlichkeit unmittelbar ab: So entsteht ein Zugehörigkeitsbewusstsein zu jenem Kollektivsubjekt Gesellschaft⁴³ doch vor allem über Partizipation am öffentlichen Diskurs (vgl. Wendelin 2011: 34).

Denkt man eine solch konditionale Verknüpfung der Begriffe Öffentlichkeit und Gesellschaft, wie sie Imhof hier vornimmt, weiter, dann verliert Öffentlichkeit in der Konsequenz ihre automatische Bindung an ein fest eingrenzbare politisches Staatsgebilde. Vielmehr kann sie ihre integrierende Wirkung in jeder räumlichen und sozialen Sphäre entfalten, die das Potenzial besitzt, ein auf inhärente Begründungsleistungen angewiesenes Kollektiv hervorzubringen. Mit dieser Prämisse aber stellt sich in einer globalisierten Welt,

⁴³ Tobler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Begriff des Kollektivsubjekts (bei ihm: „Kollektivsingular“) im Bezug auf eine Kommunikationsgemeinschaft missachtet, dass ein Publikum „immer schon stratifikatorisch differenziert“ gewesen ist (Tobler 2006b: 110). Der Begriff sei deshalb mit Vorsicht anzuwenden.

in der kulturelle, ökonomische, politische und informationelle Prozesse längst nicht mehr an Staatsgrenzen halt machen, die Frage nach einer transnationalen Gesellschaft und somit auch nach einer transnationalen Öffentlichkeit mit aller Dringlichkeit.

Dafür allerdings bedarf es zunächst einer näheren Definition von Transnationalisierung. Im Gegensatz zu einem stärker politikwissenschaftlichen und *polity*-orientierten Verständnis lehnt sich die vorliegende Arbeit an ein stärker sozial- bzw. kulturwissenschaftliches Verständnis von Transnationalisierung an, wie es vor allem Ludger Pries als „Idealtypus der Internationalisierung von Vergesellschaftungsbezügen“ (Pries 2010: 12) erarbeitet hat. Demnach beschreibt Transnationalisierung primär nicht „Beziehungen zwischen Regierungen und Staaten als korporativen Akteuren“ (Pries 2008: 16), sondern erfasst vor allem „alltagsweltliche, organisationsbezogene und [...] institutionalisierte Verflechtungsbeziehungen zwischen individuellen und kollektiven Akteuren“ (ebd.). Hinzu kommt, dass unter Transnationalisierung in diesem Sinne gerade nicht die Auflösung von Nationalgesellschaften verstanden wird, sondern vielmehr „ein in dieser Art und in diesem Umfang neuer Vergesellschaftungsmodus *über* die Grenzen von – weiterhin bestehenden und bedeutsamen – nationalen Gesellschaften hinweg“ (Pries 2010: 10).

Zweitens wird Transnationalisierung hier in Anlehnung an Karl W. Deutsch und Jürgen Gerhards als ein „relationaler Begriff definiert, der die Interaktionen oder Transaktionen innerhalb eines Nationalstaats in das Verhältnis zu Interaktionen und Transaktionen mit außerhalb des Nationalstaats liegenden Einheiten setzt“ (Gerhards 2000: 280). Transnationalisierungsprozesse werden somit – und das ist ein für die vorliegende Arbeit zentraler Kerngedanke – weder in einen unauflösbaren Gegensatz zur Kategorie des Nationalen gesetzt noch werden sie affirmativ überhöht. Was Pries über „transnationale Sozialräume“ (Pries 2008: 46) schreibt, lässt sich auch auf einen pragmatisch orientierten Transnationalisierungsbegriff, wie er hier verfolgt wird, projizieren: „Ganz allgemein sind sie weder gut noch schlecht, sind sie weder eine Bedrohung, noch die große neue Hoffnung – sie sind schlicht die Realität einer immer größeren Anzahl von Menschen“ (ebd.). Daneben fokussiert sich der Begriff der Transnationalisierung – etwa im Gegensatz zum Begriff des Transnationalismus – weniger auf einen Zustand als vielmehr auf eine prozesshafte Dynamik. Auf allgemeiner Ebene handelt es sich dabei um einen „Prozess der Herausbildung relativ dauerhafter und dichter pluri-lokaler und nationalstaatliche Grenzen überschreitender Beziehungen von sozialen Praktiken, Symbolsystemen und Artefakten“ (ebd.). Ein solcher Prozess wird in der vorliegenden Arbeit auf die Ebene der

Kommunikation bezogen und vorwiegend mit makrosoziologischen wie auch mit medientechnologischen Entwicklungen begründet werden.

Bezüglich der Kategorie Öffentlichkeit trägt neben dieser Prozessdimension vor allem die relationale Dimension, die dem Transnationalisierungsbegriff im Verständnis der vorliegenden Arbeit attestiert wird, der Tatsache Rechnung, „dass sich neben einer transnationalen Kommunikation im selben Zeitraum gleichzeitig die Binnenkommunikation erhöht haben kann, was in einer absoluten Messung von Transnationalisierungsprozessen nicht zum Ausdruck käme“ (Gerhards 2000: 280). Transnationale Öffentlichkeit, so wie sie hier verstanden wird, arbeitet damit – soviel kann bereits jetzt festgehalten werden – nicht gegen nationale oder subnationale Öffentlichkeiten an; sie verdrängt letztere auch nicht, sondern komplementiert sie vielmehr innerhalb eines Netzwerkes von verschiedenen Öffentlichkeiten unterschiedlicher räumlicher Begrenzung. Diese Netzwerkstruktur ist später noch genauer darzulegen.

Nach einer solchen Definition von Transnationalisierung lässt sich die Dringlichkeit der Frage nach einer transnationalen Öffentlichkeit besonders mit zwei Phänomenen erklären: Zum einen mit der von medientechnologischen Entwicklungen bedingten, fortschreitenden „Deterritorialisierung von Kommunikationsräumen“ (Brüggemann *et. al* 2009: 395) und zum anderen mit der zunehmenden Transnationalisierung von Politik. Während sich politische Handlungen in den letzten Jahrzehnten zumindest in einzelnen Bereichen unübersehbar transnationalisiert haben, hat die von der Aufklärung formulierte Legitimationsfunktion von Öffentlichkeit ihre axiomatische Gültigkeit bis heute keineswegs verloren: Öffentlichkeit soll Politik auch in der Gegenwart Legitimation verleihen. Diese Feststellungen führen auf transnationaler Ebene jedoch zu einem immer wieder als defizitär wahrgenommenen Missverhältnis zwischen Öffentlichkeit und Politik, denn: Die Transnationalisierung der mit Legitimationsfunktionen behafteten Öffentlichkeit hinkt der Transnationalisierung der Politik erkennbar hinterher (vgl. hierzu etwa Burkart 2003; Imhof 2002, 2003, 2006, 2008, 2011). Das wiederum wirft die Frage auf, inwieweit die der Aufklärung entstammenden Grundsätze politischer Öffentlichkeit in einem zunehmend auch transnationalen und globalen Zeitalter überhaupt noch Bestand haben bzw. Bestand haben können.

An dieser Stelle ist auf eine gegenwartsspezifische Anforderung an Öffentlichkeit einzugehen, welche die Protagonisten der Aufklärung noch nicht im Blick haben konnten: So müsste Öffentlichkeit ihrem in der Aufklärung entstandenen und über den Zeitraum der Moderne verfestigten Begriff nach heute nicht weniger leisten als die Integration

transnationalen, globalisierter Gesellschaften und die Legitimation transnationalen, globalisierter Politik. Edgar Grande und Ulrich Beck liefern dazu die folgende, nicht spezifisch auf den Begriff von Öffentlichkeit bezogene, aber ohne Weiteres auf diesen anwendbare These⁴⁴:

„In [...] transnationalen Politikregimen manifestieren sich, so unsere These, neue Basisinstitutionen der Zweiten Moderne. Die neuen transnationalen Systeme verteilter Macht unterscheiden sich von vormodernen Modellen politischer Herrschaft, aber auch von Konzepten postmoderner Politik dadurch, dass sie die Basisprinzipien politischer Herrschaftsausübung in der Moderne – insbesondere den Anspruch auf die kollektiv verbindliche Lösung kollektiver Probleme – aufrechterhalten. Dieser Anspruch auf kollektive Problemlösung lässt sich im ‚Zeitalter der Globalisierung‘ jedoch nicht mehr mittels der alten Formen des Nationalstaats einlösen, sondern nur noch mit neuen, transnational ausgelegten Formen des Regierens“ (U. Beck/Grande 2007: 56).

Die Ausschließlichkeit des Transnationalen, die hier bei Beck und Grande durchklingt, ist nach Ansicht des Autors der vorliegenden Arbeit und im Kontext des eben dargelegten, relationalen Transnationalisierungsbegriffs durchaus diskutabel. Bezogen auf die Kategorie politischer Öffentlichkeit hat die Feststellung Becks und Grandes allerdings den Charme, dass sie deren moderne Begriffskonnotationen nicht negiert, sondern im Gegenteil versucht, sie auch auf die transnationale Ebene zu übertragen. Anders ausgedrückt: Weil die Beck'sche Theorie der ‚Zweiten Moderne‘ – anders als die Theorie der Postmoderne, wie man sie etwa bei Jean-François Lyotard (vgl. etwa Lyotard 1986) findet – keine Negation der Moderne impliziert, sondern die Grundfesten der Moderne vielmehr in einen neuen Kontext einbettet, muss eine (transnationale) Öffentlichkeit, deren Begriff auf der Basis der Grundannahmen der Theorie der Zweiten Moderne konstruiert wird, ihre modernen Konnotationen auch nicht abschütteln. Wie ein solcher Öffentlichkeitsbegriff erarbeitet werden kann, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

Ein zentraler Bestandteil der bei Beck und Grande noch im Ungefähren bleibenden „Basisprinzipien“ der Moderne ist die Tatsache, dass „der politische Geltungsbereich einer Gesellschaft und die politische Öffentlichkeit [...] über die diskursive Praxis öffentlicher Deliberation miteinander verschränkt“ (Tobler 2006: 161a) sind. Wir erinnern uns – dies war bereits das Postulat Kants: Publizität ist im Rahmen staatlichen Handelns notwendig (vgl. Kapitel 2.). Ein Konzept politischer Öffentlichkeit, das dieser und weiterer Maximen der politischen Herrschaftsausübung in der Moderne weiterhin verschrieben bleiben

⁴⁴ Die These baut auf Becks grundlegender Unterscheidung zwischen „Erster“ und „Zweiter Moderne“ (vgl. etwa U. Beck 1996) auf.

möchte, kann und muss sich im globalisierten 21. Jahrhundert also gezwungenermaßen die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Transnationalisierung von Öffentlichkeit stellen.

Mit Roland Burkart (2003: 206) gilt es hier allerdings zunächst zu konstatieren, dass die für die Moderne konstitutive Verschränkung zwischen politischem Geltungsbereich und Öffentlichkeit „im Prozess eines transnationalen ökonomischen Steuer- und Standortwettbewerbs und eines nachhinkenden politischen Koordinationsmodus auf supranationaler Ebene schwindet“. Dabei gibt es laut Burkart drei abgestufte Geschwindigkeiten von Trans- bzw. Supranationalisierung: „Die medienvermittelte politische Kommunikation hinkt dem Transfer politischer Macht an supranationale Institutionen hinterher, dieser wiederum den Steuerungsanforderungen einer transnationalen Ökonomie“ (ebd.). Diese auch von anderen Autoren (vgl. etwa Imhof 2011: 74) ausgemachte Schwerfälligkeit bzw. Verspätung der Transnationalisierung von Öffentlichkeit führt – gespiegelt an den modernen Anforderungen an politische Öffentlichkeit – dazu, dass Öffentlichkeit auf transnationaler Ebene ihre Deliberations-, ihre Legitimations- wie auch ihre Integrationsfunktion gegenwärtig nicht oder nur defizitär wahrnehmen kann. Nach Imhof wird etwa die Deliberation im Nationalstaat „durch den Transfer politischer Entscheidungen auf transnationale Machtzentren“ allein schon „durch ihre faktische Folgenlosigkeit“ (ebd.: 117) in Mitleidenschaft gezogen, während auf der Ebene der Legitimationsfunktion die Entschränkung von Öffentlichkeit und politischem Geltungsbereich „ein wachsendes Legitimitätsdefizit der transnationalen Machtzentren wie der nationalen politischen Institutionen“ (ebd.: 118) nach sich ziehe. Schließlich widerspreche eine transnationale Politik ohne eine zu ihr kongruente Öffentlichkeit auch hinsichtlich der Integrationsfunktion den „notwendigen Bedingungen für die Konstitution und Reproduktion eines [...] Gemeinsamkeitsglaubens, der für die Akzeptanz von politischen Entscheidungen Voraussetzung ist“ (ebd.: 119).

Diese Beschreibung einer den normativen Notwendigkeiten nicht in hinreichendem Maße entsprechenden Transnationalisierung von politischer Öffentlichkeit soll im Folgenden allerdings nicht in einer scheinbar naheliegenden defätistischen Tonlage weitergeführt werden. Vielmehr lässt sich an dieser Stelle (einmal mehr) mit Jürgen Habermas argumentieren. Habermas macht deutlich, dass „quantitative Veränderungen in der sozialen und der räumlichen Dimension“ (Habermas 2011: 54) – gemeint ist hier die zunehmende Transnationalisierung politischer Prozesse – nicht *per se* zu jenem kritischen Zustand einer „Einschränkung der Volkssouveränität“ (ebd.) führen müssen. Vielmehr, so Habermas, komme es entscheidend darauf an, ob Transnationalisierungsprozesse denkbar sind, die

„das Verfahren selbst [...], das heißt Deliberation und Inklusion“ (ebd.) intakt lassen. Vor dem Hintergrund der bereits detailliert analysierten, heuristisch anwendbaren Habermas'schen Gesellschafts- und Öffentlichkeitstheorie geht es hier ganz konkret und nicht zuletzt um die Frage, wie sich der Begriff transnationaler Öffentlichkeit so modellieren lässt, dass anhand eines theoretischen Konstruktes Aussagen über empirische Möglichkeiten und Gegebenheiten getätigt werden können.

Eine Konzeptionalisierung transnationaler Öffentlichkeit setzt dabei zunächst die Entkopplung von nationalstaatlicher Geografie und dem Begriff des Kommunikationsraumes voraus. Das ist die schlichte Konsequenz aus der Tatsache, dass Kommunikationsräume in der globalisierten Gegenwart weniger denn je an nationalstaatliche Grenzen gebunden sind (auch der medientechnologische Fortschritt spielt hier eine entscheidende Rolle, wie in Kapitel 6. noch darzulegen sein wird). Epistemologisch gewinnbringender als eine geografisch verhaftete, scheint deshalb eine kommunikationstheoretisch verhaftete Definition des Begriffs Kommunikationsraum, wie sie etwa Andreas Hepp und Hartmut Wessler vornehmen. Hepp und Wessler (2009: 175) verstehen Kommunikationsraum als einen „durch Kommunikationsprozesse geschaffene[n] Raum wechselseitiger Zugehörigkeit“, dessen empirische Erkennungsmerkmale die „Verdichtung von Kommunikation in einem bestimmbareren Erstreckungsgebiet und die damit verbundene[n] Prozesse des Herstellens von Identität“ (ebd.) sind. Aus hermeneutischer Perspektive weist diese Bestimmung den Vorteil auf, dass sie den Begriff des Kommunikationsraumes vom Begriff der Öffentlichkeit unterscheidet und dadurch transnationale Kommunikationsräume zunächst ohne das schwere normative Gepäck politischer Öffentlichkeit theoretisieren und auch identifizieren kann. Demnach ist ein Kommunikationsraum auch nur dann als politische Öffentlichkeit zu bezeichnen, wenn er der demokratietheoretisch-normativen Funktion nachkommt, „für eine bestimmte politische Institution (Gemeinde, Bundesland, Staat, Staatenbund) legitimierend zu sein“ (ebd.: 176). Darüber hinaus kann es allerdings auch Kommunikationsräume geben, die dieser Funktion nicht nachkommen und die dennoch deutliche Kommunikationsverdichtungen aufweisen. Nur wären solche Kommunikationsräume nach Hepp und Wessler keine politischen Öffentlichkeiten im engeren Sinne. Dieser Definition nach sind transnationale Kommunikationsräume empirisch nicht schwer zu finden, beschreiben sie doch im Kern nichts weiter als eine Verdichtung von Kommunikationsprozessen, deren geografische Ausmaße „den nationalen Bezugsraum übersteigen“ (ebd.). Man denke hier etwa an die interne Kommunikation transnational agierender Konzerne, Verbände, NGOs und nicht zuletzt an globalisierte Aktienmärkte.

Stefan Tobler allerdings macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die binäre Gegenüberstellung von schlichten Kommunikationsräumen und normativ anspruchsvollen Öffentlichkeiten empirisch in dieser Deutlichkeit nicht aufrechtzuerhalten ist. Kommunikationsräume seien in der Praxis selten entweder als politische Öffentlichkeiten vollständig integriert oder überhaupt nicht integriert (vgl. Tobler 2006b: 113); vielmehr seien sie „hinsichtlich unterschiedlicher Dimensionen mehr oder weniger stark integriert“ (ebd.). Das gelte sowohl für nationale als auch für transnationale Öffentlichkeiten.

Diese dimensional differenzierte Betrachtung von Kommunikationsräumen als Öffentlichkeiten spielt für das Öffentlichkeitsverständnis der vorliegenden Arbeit eine zentrale Rolle. Führt man sich in diesem Zusammenhang die oben angedeuteten Defizite bei der Ausbildung transnationaler Öffentlichkeiten vor Augen, dann wird die analytische Relevanz solcher Definitionskriterien, die Öffentlichkeit eben nicht nur entweder erkennen oder aberkennen, sondern in unterschiedlichen Abstufungen qualifizieren können, schnell deutlich. Vor dem Hintergrund seiner Definition von Öffentlichkeit als Netzwerk verschiedener Öffentlichkeitsarenen (vgl. ebd.: 109)⁴⁵ nennt Tobler bezüglich der qualitativen Integration von transnationalen Kommunikationsräumen zu normativ gehaltvollen Öffentlichkeiten vier ideale Dimensionen, die auf empirischer Ebene in unterschiedlichen Kommunikationsräumen unterschiedlich stark ausgeprägt sein können.

Zunächst besage die „Relevanzdimension“, dass zwischen den einzelnen nationalen Arenen „eine möglichst große Schnittmenge gemeinsam geteilter Aufmerksamkeits- und Relevanzstrukturen“ (ebd.: 113) bestehen müsse. Die Arenen müssen also imstande sein, über die gleichen Ereignisse zu kommunizieren. Zweitens gebe es eine „Interdiskursivitätsdimension“, nach der es zwischen den einzelnen Arenen zu „kontinuierliche[n] kommunikative[n] Austauschprozesse[n] und wechselseitige[n] Bezugnahmen“ (ebd.) kommen müsse. Demnach müssen die Arenen einander wahrnehmen sowie miteinander und übereinander kommunizieren. Die dritte Dimension nennt Tobler „Identitätsdimension“ (ebd.: 114). Sie besagt, dass die miteinander kommunizierenden Arenen eine „Kommunikationsgemeinschaft mit kollektiven Identitätsbezügen“ (ebd.), also ein gewisses Maß an Zusammengehörigkeitsbewusstsein ausbilden müssen. Schließlich verweist die „politische Prozessdimension“ (ebd.) auf das, was Hepp und Wessler die ‚demokratietheoretisch-normative Funktion‘ genannt haben: Öffentliche Kommunikation muss auf das politische System bezogen sein und sie sollte mit

⁴⁵ Diese Definition greift für Tobler bereits auf der Ebene nationaler Öffentlichkeiten. Auf transnationaler Ebene steigt allein der Komplexitätsgrad des Netzwerkes (vgl. Tobler 2006b: 109).

politischen Entscheidungsprozessen korrelieren. Nur so erhält sie ihre legitimierende Funktion.

Mit diesen vier Funktionen gibt Tobler konkrete Messkriterien vor, die für die Analyse von transnationaler Kommunikation von großer Bedeutung sind. Wenn Öffentlichkeit bereits auf nationaler Ebene als Netzwerk von einzelnen Kommunikationsarenen bezeichnet werden kann, dann ist davon auszugehen, dass dieses Netzwerk auf transnationaler Ebene komplexer, feinmaschiger, in sich heterogener und somit analytisch schwieriger zu fassen ist⁴⁶. Damit steigt auch der analytische Bedarf nach derartigen konkreten Messkriterien.

In ähnlicher Weise wie Tobler haben auch Eder *et al.* in ihrer Qualifizierung eines Begriffs transnationaler Öffentlichkeit die Auflösung von Homogenität betont (vgl. Eder et al 1998: 325). Auf transnationaler Ebene würden sich verstärkt „heterogene Öffentlichkeiten [ausbilden], die sich voneinander abgrenzen und die Ausbildung von Teilöffentlichkeiten vorantreiben“ (ebd.). Damit, so die Autoren weiter, vollziehe sich ein weitreichender Wandel innerhalb der Konstitutionsbedingungen von Öffentlichkeit. Auf transnationaler Ebene werde „Issue-Betroffenheit, aber nicht mehr generalisierte Betroffenheit für das Gemeinwesen zum Organisationsprinzip von Öffentlichkeit“ (ebd.). Diese Fragmentierung in *Issue*- oder Themenöffentlichkeiten auf transnationaler Ebene hat auch Folgen für die Kategorie des Publikums: So konstatieren die Autoren um Eder auf transnationaler Ebene generell eine „Variabilität“ des Publikums, die sich „auf weitgehende Abwesenheit massenmedialer Kommunikationsformen zurückführen“ (ebd.: 340) lasse. Auch das Publikum als die entscheidendes soziale Konstitutivum von Öffentlichkeit ist auf transnationaler Ebene analytisch also schwerer zu fassen.

Im Kontext dieser Feststellungen aber wird die analytische Aussagekraft eines absoluten Öffentlichkeitsbegriffs erheblich geringer – ganz einfach deshalb, weil sich politische Öffentlichkeit, die sämtliche normative Kriterien erfüllen muss um als solche zu gelten, transnational nicht mehr nachweisen lässt. Vor diesem Hintergrund muss ein Begriff transnationaler Öffentlichkeit, der jenseits der schlichten Negation von Öffentlichkeit analytisch trag- und erkenntnisfähig sein will, öffentliche Kommunikation als granulierendes, in seiner Zusammensetzung variables und mitunter auch nur temporär existentes Phänomen auffassen, das nach einzelnen Kriterien und in einzelnen Dimensionen mehr oder weniger existent oder auch nur ephemere sein kann. In Analogie zum Verhältnis von Erster und Zweiter Moderne bei Ulrich Beck bedeutet das jedoch

⁴⁶ Zur Konzeptionalisierung von transnationaler Öffentlichkeit mithilfe der soziologischen Netzwerk-Metapher siehe auch: Lingenberg 2010: 68ff..

nicht, den der Aufklärung entsprungenen normativen Öffentlichkeitsbegriff gänzlich abzulegen. Vielmehr geht es darum, diesen Begriff neu zu kontextualisieren und öffentliche Kommunikation definitorisch insoweit zu entdramatisieren, dass mit ihrem Kategoriensystem transnational verdichtete Kommunikationsprozesse erfasst und bewertet werden können. Diese normative Relativierung, die etwa bei Catheen Kantner den Ausgangspunkt für ein „geöffnetes“ bzw. „hermeneutisch-pragmatisches Öffentlichkeitsverständnis“ (Kantner 2003: 233) bildet, wird im Rahmen der spezifischen Betrachtung europäischer Öffentlichkeit von grundlegender Bedeutung sein.

Bevor sich die vorliegende Arbeit jedoch dem Phänomen europäischer Öffentlichkeit zuwendet, gilt es zunächst, Europa als den Raum, in dem sich diese Öffentlichkeit konstituiert, hinsichtlich seiner spezifischen Charakteristika als Kommunikations- und Öffentlichkeitsraum näher zu untersuchen.

4. Der unvollendete Kontinent – Demokratietheoretische, politische und soziologische Grundierungen eines europäischen Kommunikationsraumes am Beginn des 21. Jahrhunderts

4.1. Europa – Versuch einer Annäherung

Eine medien- und kommunikationswissenschaftliche Analyse, die der Frage nach neuen, unter bestimmten technologischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen entstehungsfähigen Formen zivilgesellschaftlicher Öffentlichkeit nachgeht, sollte den Raum, in dem sie diese Öffentlichkeit untersucht, klar definieren und seine Spezifika kennen. Das gilt insbesondere dann, wenn die analytische Bezugsgröße so vielfältig charakterisiert, so ambivalent konnotiert ist wie im Fall Europas. Vor der Betrachtung einer spezifischen Form europäischer Öffentlichkeit muss deshalb eine auf diese Untersuchungskategorie zugeschnittene Charakterisierung Europas stehen. Das aber scheint bei näherer Betrachtung ein verhängnisvolles Unterfangen zu sein: Ist Europa doch bis heute „die unbegriffenste Sache der Welt“ (U. Beck/Grande 2007: 10), ein „mächtiges Nicht – nicht Staat und nicht Gesellschaft“ (ebd.), ein Jahrhunderte alter, aber zu keiner Zeit kohärenter Traum (vgl. Haller 2009: 368) – ein Kontinent, von dem der Begründer der

Pan-Europa-Bewegung, Richard Coudenhove-Kalergi, noch 1924 glaubte, er sei ein rein „literarisches Problem“, „ohne jemals politisches Programm zu werden“⁴⁷.

Bei der Annäherung an Europa beginnen die definitorischen Probleme folglich schon auf der elementarsten begrifflichen Ebene. „So etwas wie ein *einziges* Europa hat es nie gegeben“, konstatiert Eric Hobsbawm (1997: 280) und er benennt auch die Konsequenzen dieser Aussage:

„Die Suche nach einem einzigen, programmatischen ‚Europa‘ führt demnach zu endlosen Debatten über die bislang ungelösten und vielleicht unlösbaren Probleme, in welcher Form eine Erweiterung der Europäischen Union erfolgen soll, das heißt, wie man einen Kontinent, der während seiner gesamten Geschichte wirtschaftlich, politisch und kulturell heterogen gewesen ist, zu einem mehr oder weniger einheitlichen Gebilde machen soll“ (ebd.).

Daraus ergeben sich auch im hiesigen Kontext konkrete Fragen: Welchen Stellenwert muss man der primär politisch codierten Unterscheidung zwischen ‚Europa‘ und der Europäischen Union in einer Analyse europäischer Kommunikation beimessen? Ist die kategorische Trennung dieser beiden Ebenen – die eine historisch verwurzelt und seit jeher in unterschiedlichster Weise normativ aufgeladen, die andere politisch konstruiert und in wiederkehrenden Zyklen gesellschaftlich und politisch debattiert – nicht aus medien- und kommunikationswissenschaftlicher Perspektive weniger zwingend als sie es etwa aus einer streng politikwissenschaftlichen Warte sein müsste? Und wie steht es dann um die Alternativen zu dieser politisch-institutionell bedingten Ein- und Abgrenzung? Europa existiert fraglos auch jenseits der EU – als geografischer, als wirtschaftlicher, als kultureller⁴⁸, als historischer oder eben als kommunikativer Raum.

Der Ursprung des Begriffs *Europa* ist in der griechischen Mythologie zunächst ein geographisches konnotiertes Phänomen: Die Königstochter *Europa* ist beim Dichter Moschos Namensgeberin für den Erdteil, zu dem sie der Stier bringt, der sie entführt. Heute jedoch scheint eine klare geographische Abgrenzung höchstens im Bezug auf die Europäische Union möglich. Bezüglich Europas muss sie selbst im besten Fall unscharf und strittig sein, wie etwa die Beispiele Russlands oder der Türkei verdeutlichen (vgl. hierzu auch Lichtenstein 2012: 6; U. Beck/Grande 2007: 23; Wimmel 2004; in historischer Perspektive: Hobsbawm 1997: 276ff.). Auch im Hinblick auf eine Beziehung zwischen den beiden Ebenen Europa und der Europäischen Union erscheint die territoriale Perspektive

⁴⁷ Coudenhove-Kalergi 1924: 39, zit. n.: Vobruba 2010: 341.

⁴⁸ Für Oskar Negt etwa ist Europa „in erster Linie ein Kulturbegriff, der der Zusammenhänge bezeichnet, die wirtschaftlichen Raumgliederungen vorausgesetzt sind und sie künftig auch maßgeblich bestimmen werden“ (Negt 2010: 136).

unzureichend, weil sie politische, gesellschaftliche und historische Kategorien vernachlässigt. Es müssen sich bei der Eingrenzung des Begriffs Europa also andere Kategorien finden lassen. Ulrich Beck und Edgar Grande beharren im Rahmen ihrer Theorie des „kosmopolitischen Europa“ (auf die in Kapitel 4.3.3. näher eingegangen wird) darauf, dass Europa „nicht mit einer bestimmten institutionellen Form: der EU (bzw. zuvor der EG) gleichgesetzt werden“ dürfe (U. Beck/Grande 2007: 23). Gleichzeitig beschreiben die Autoren die Europäische Union jedoch als „den institutionellen Kern der Europäisierung“ (ebd.: 16). Diese Aussage deutet ein Binnenverhältnis beider Ebenen jenseits der territorialen Komponente zumindest an: Die EU wäre demnach eine in politische Strukturen gegossene Form des ‚inkohärenten Traums‘ Europa.

Daneben verweist die Definition Becks und Grandes auf eine weitere Schlüsselkategorie im Zusammenhang mit der Betrachtung Europas, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll: die Kategorie der Prozessualität – Europa *als* Europäisierung. Nach Beck und Grande ist Europa „nicht Europa wie Deutschland Deutschland, Frankreich Frankreich ist“ (ebd.: 161). Europa sei vielmehr „doing Europe“ (ebd.). Damit freilich wird die mangelnde Eindeutigkeit Europas, seine schwer fassbare Gestalt zu einer erstrebenswerten, ja normativen Prämisse erhoben. Europa zeichnet sich demnach gerade nicht dadurch aus, auf ein Endziel hin zu arbeiten – es will nicht *sein*, aber stetig *werden*. Der Kontinent Europa definiert sich damit zunächst einmal *ex negativo*, durch eine „Absage an festgefügte Schablonen ideologischer oder geopolitischer Natur“ (Kühnhardt 2011: 33). Belege für diese Ansicht gibt es durchaus auch auf realpolitischer Ebene, im Vertragswerk des institutionellen Kerns Europas – der Europäischen Union. Das prozessuale Element findet sich hier etwa in der entsprechenden Formulierung der Präambel des Maastricht-Vertrages von 1992, die im Lissabon-Vertrag aus dem Jahr 2007 unverändert übernommen wurde. Die damals unterzeichnenden Staats- und Regierungschefs zeigten sich hierin „entschlossen, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas [...] weiterzuführen“ (Europäische Union 2008: 16). Auch hier ist von einer deterministischen oder teleologischen Politik, von einem anvisierten Endzustand explizit *nicht* die Rede. Auch die in der Europäischen Union politisch Verantwortlichen vermeiden im Rahmen ihrer Entwicklungsbestimmungen also bewusst die Festlegung auf eine „finalité politique“ (Kühnhardt 2010: 182) des von ihnen verfolgten Integrationsprozesses. Die deutsche Bundeskanzlerin hat das im Jahr 2009 in einer Rede zu Europa an der Berliner Humboldt-Universität wie folgt begründet:

„Ich halte wenig von diesen Finalitätsdebatten. Sie tragen meines Erachtens eher dazu bei, dass die Bürgerinnen und Bürger kein echtes Vertrauen in die Europäische Union der

Gegenwart entwickeln können. Statt über Fernziele zu sprechen, sollten wir stattdessen die jeweils politisch notwendigen nächsten Schritte in den Blick nehmen“ (Merkel 2009).

Neben dieser politischen Erklärung lässt sich die typisch europäische Absage an Finalität aber auch normativ begründen: Das Projekt der europäischen Einigung ist in seiner Ausprägung seit 1945 in gewisser Hinsicht immer ein kontra-historisches gewesen. Es zog seine normative Kraft aus den im Holocaust kulminierten Leiden und Schrecken der beiden Weltkriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das Post-Weltkriegs-Europa und auch die EU als dessen institutioneller Kern sollten von Beginn an „das tatgewordene Nie-Wieder“ (U. Beck/Grande 2007: 161) werden. In dieser expliziten Abwendung von der eigenen Vergangenheit, so schreibt etwa Ludger Kühnhardt (2011: 33), sei das europäische Einigungswerk „stets ein utopisches Projekt gewesen und geblieben; ein kontrafaktischer Aufbruch in ein besseres Europa, das von der Zukunft her zu denken sucht und sich nicht in beständigen Rückfällen in unglückliche Formen vergangener Machtpolitik zerreibt.“

Auch dieser normativen Interpretation haftet jedoch der Makel eines sehr verengten Blicks auf die europäische Einigungsgeschichte an. So lässt sich die Institutionalisierung Europas, die 1952 mit dem Inkrafttreten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) begann, unzweifelhaft und bereits von Beginn an auch mit machtpolitischen und ökonomischen Motiven erklären. In dieser Sichtweise war etwa der politische Druck der USA auf das Westeuropa der unmittelbaren Nachkriegsjahre, sich gegenüber dem Ostblock einheitlich-gestärkt zu formieren (vgl. Schmale 2010: 136) ein ebenso zentraler Grund für die Ausbildung der ersten supranationalen Institutionen wie auch das Französische Interesse, durch die EGKS das trotz verlorenen Krieges weiterhin große deutsche Industriepotenzial zu kontrollieren und gleichsam von ihm zu profitieren.⁴⁹ Die frühen europäischen Institutionen wie die EGKS oder auch die 1957 gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die trotz ihrer extrem begrenzten territorialen Ausdehnung⁵⁰ schon dem Namen nach für sich in Anspruch nahmen, *ganz* Europa zu vertreten (vgl. hierzu: Issing 2011: 5), waren demnach Zusammenschlüsse, die in ihrer Zukunftsgerichtetheit das ‚Nie wieder‘ zwar als ideellen Anspruch proklamierten, deren Mitglieder und Antreiber aber nichtsdestotrotz sehr konkrete polit- und wirtschaftsstrategische Interessen verfolgten (vgl. auch Brunn 2009: 69ff., 129ff).

⁴⁹ Für eine detaillierte Ausführung dieser These siehe Brunn 2009: 69-85.

⁵⁰ Die EGKS und die EWG bestanden seit ihren Gründungen 1951 und 1957 lediglich aus Belgien, der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden. Beide Organisationen bildeten damit in geografischer Hinsicht allenfalls Kerneuropa, keineswegs aber den europäischen Kontinent in Gänze ab.

Bezogen auf die Integrationsgeschichte der letzten 15-20 Jahre kommt ein weiterer Punkt hinzu, den die Interpretation einer europäischen Integration als fortwährende, ideell motivierte Abkehr von der kriegerischen Vergangenheit des Kontinents ebenfalls nicht berücksichtigt. So argumentiert etwa Mark Leonard, Direktor für Internationale Politik am *Centre for European Reform* in London, dass „die europäische Integration im 21. Jahrhundert eine ebenso überzeugende Antwort auf die Globalisierung ist, wie sie es im 20. Jahrhundert auf das Problem des Krieges war“ (zitiert nach Kopeinig/Petritsch 2010: 189). Europa wächst somit nicht nur kontra-historisch, polit- und wirtschaftsstrategisch motiviert zusammen, sondern gleichfalls durch eine Art reflexive Anpassung an eine sich verändernde Welt. Auch Beck und Grande (2007: 175) interpretieren Europäisierung in diesem Sinn als „exogen“, als „Teil eines weltgeschichtlichen Perspektivwechsels der globalisierten Moderne“. Jürgen Habermas spricht in ähnlicher Absicht von einem „Kontinent von schrumpfendem politischem und wirtschaftlichem Gewicht“, der durch verstärkte Integration versuche, „gegenüber den politischen Mächten und systemischen Zwängen einer globalisierten Gesellschaft einen gewissen politischen Handlungsspielraum zurückzugewinnen“ (Habermas 2011: 61). Diese Deutungsrichtung steht derjenigen einer geschichtlich motivierten Europäisierung keinesfalls unversöhnlich gegenüber, sie erklärt den Zustand des *doing Europe* aber mit einem anderen Fokus: der prozesshafte Charakter Europas wird hier eher mithilfe eines gegenwartssensiblen Realismus als mit einem von Vergangenheitsabwendung gespeisten Zukunftsupotismus begründet. Jedoch bleibt auch hier der unscharf konturierte Charakter des Kontinents erhalten: eine im Werden begriffene Einheit ohne Anspruch auf Finalität – Europa als permanenter „Entwurfzustand“ (U. Beck/Grande 2007: 13).

Die Beschreibungen Europas als in gewisser Hinsicht fluides Gebilde lassen sich, wie gesehen, aus unterschiedlichen Perspektiven begründen. Bei den Versuchen einer definitiven Eingrenzung Europas und einer Verhältnisbestimmung von Europa und der Europäischen Union aber führen sie eher zu Undurchsichtigkeit denn zu Klarheit. Hinzu kommt, dass der bewusste Verzicht auf ein Endziel, anders als bisher dargelegt, auch kritisch bewertet werden kann. Ein prominenter Vertreter dieser Interpretationsrichtung ist Jürgen Habermas. Habermas hat den Begriff der Finalität 2008 in eine politische Systemdiskussion eingebettet und ihn somit von seiner normativen Erhöhung gelöst. In *Ach, Europa*, dem 11. Band seiner *Kleinen politischen Schriften* (Habermas 2008) versteht er die Kategorie der Finalität im Rahmen der europäischen Integration nicht als korsettartig einengenden und den Handlungsspielraum einschränkenden Determinismus. Vielmehr sei

sie eine politisch und gesellschaftlich gerade notwendige Begründungsleistung der Integration:

„Wenn es nicht gelingt, [...] die polarisierende Frage nach der finalité, dem Worumwillen der europäischen Einigung zum Gegenstand eines europaweiten Referendums zu machen, ist die Zukunft der Europäischen Union im Sinne der neoliberalen Orthodoxie entschieden. Wenn wir um eines faulen Friedens willen das heikle Thema vermeiden und uns auf dem üblichen Kompromisswege weiter durchwursteln, lassen wir der Dynamik der entfesselten Märkte freien Lauf und sehen zu, wie sogar die bestehende politische Gestaltungsmacht der Europäischen Union zugunsten einer diffus erweiterten europäischen Freihandelszone abgewickelt wird“ (Habermas 2008: 85).

Aus neo-marxistischer Perspektive überholt Habermas die Finalitäts-Debatte damit gewissermaßen von links. Europa als fortwährender Prozess steht hier nicht mehr für eine stetig progressive Weiterentwicklung, sondern gerade für eine normativ entleerte Ideenlosigkeit der Politik, von der im Kampf um gesellschaftliche Deutungshoheiten mit den ‚entfesselten Märkten‘ nur die Letzteren profitieren. Eine Situation, die für Habermas nur mit der seiner Ansicht nach überfälligen europaweiten Einbeziehung der Bürger überwindbar zu sein scheint. Im Zusammenhang mit Habermas‘ umfassenden Forderungen nach einem demokratischeren, stärker bürgerorientierten Europa, auf die in dieser Arbeit später noch detaillierter einzugehen ist (siehe Kapitel 4.2., 4.4.), bietet diese Lesart für eine definitorische Eingrenzung Europas zumindest den Vorteil, dass sie von Europa als Akteur klare Bekenntnisse zur eigenen Struktur verlangt und den Verzicht auf ebendiese nicht normativ überhöht.

Dennoch bleibt Europa – das hat diese erste, skizzenhafte Annäherung gezeigt – als Analysegegenstand hochkomplex; seine Umrisse und Konturen sind unscharf und variieren mit der zugrunde gelegten Untersuchungsperspektive. Europa ist nicht nur ein „politisch bewegtes und bewegliches politisches Projekt“ (U. Beck/Grande 2007: 23), es ist in seiner eigentümlichen Verstrickung aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sowohl diesseits als auch jenseits der Politik schwer zu fassen und zu erfassen – „es lässt sich nicht eindeutig und präzise und schon gar nicht für alle Zeit verbindlich definieren“ (ebd.).

Bezogen auf den Versuch einer Qualifizierung des Verhältnisses von Europa und der Europäischen Union abseits der rein geografischen Komponente muss an dieser Stelle deshalb mit Otmar Issings (2011: 5) allgemeiner Feststellung vorlieb genommen werden, nach der die Europäische Union „mit der Erweiterung auf 27 Mitgliedstaaten [heute bereits 28, *D.W.*] [...] dem näher gekommen [ist], was man generell als ‚Europa‘ verstehen kann.“ Das gilt natürlich vor allem in geografischer, mithin aber auch in politischer und

gesellschaftlicher Hinsicht. In der Vergangenheit hingegen, das wurde an den Beispielen der EGKS und der EG dargelegt, lagen „geradezu Welten in der Distanz zwischen konkreten Integrationsformen und einem umfassenden Verständnis von Europa“ (ebd.).

Ein spezifischeres Verständnis von Europa als politischem, kulturellem und sozialem Raum bleibt im Rahmen der vorliegenden Arbeit dennoch unverzichtbar. Um dabei nicht an der Oberfläche der „variablen Geometrie“ (U. Beck/Grande 2007: 16) Europas zu verharren, sollen im Folgenden drei Begriffe herausgenommen und einzeln analysiert werden, die einerseits für das Verständnis des Ist-Zustands von Europa und der Europäischen Union unabdingbar erscheinen und andererseits für das zentrale Anliegen der Arbeit – die Untersuchung spezifischer Ausprägungen europäischer Öffentlichkeit – Aufklärungswert versprechen. Es handelt sich dabei um die Begriffe *europäische Demokratie*, *europäische Integration* und *europäische Identität*. Analytisch zu beleuchten sind diese Begriffe vor allem deshalb, weil die soziologische und die publizistikwissenschaftliche Forschung, sofern sie ein Defizit europäischer Öffentlichkeit postuliert, sich zumeist genau auf jene Kategorien als Ursachen dieses Defizits beruft. So konstatiert etwa Imhof, dass ein europäisches Öffentlichkeitsdefizit „als Legitimations-, Integrations- und Identitätsdefizit beschrieben werden“ (Imhof 2003: 206) müsse. Während sich die Beschäftigung mit den Kategorien Demokratie und Integration auf das politische Konstrukt der Europäischen Union fokussiert, wird die Diskussion der Frage nach europäischer Identität mit dem weiter gefassten Begriff ‚Europa‘ arbeiten.

4.2. Hat die Europäische Union ein Demokratiedefizit? Muss sie eines haben?

Wie Jürgen Gerhards (1998: 25) betont hat, sind „Theorien der Öffentlichkeit [...] historisch, aber auch in der gegenwärtigen Diskussion in aller Regel verbunden mit Theorien der Demokratie“. Kurt Imhof konstatiert sogar, dass eine Reflexion des modernen Öffentlichkeitsbegriffs unweigerlich davon auszugehen hat, „dass es sich beim zentralen Wert der Moderne um denjenigen der Demokratie handelt“ (Imhof 2003: 205). Der ideengeschichtliche Ursprung dieser Verknüpfung der Kategorie der Öffentlichkeit mit der eines an demokratischen Maßstäben orientieren politischen Systems ist historisch im 18. Jahrhundert anzusiedeln, wie in Kapitel 2. ausführlich dargelegt wurde. Seit der Epoche der Aufklärung sagt jede theoretische und konzeptionelle Vorstellung von Öffentlichkeit

immer auch etwas darüber aus, „wie das politische System als demokratisches [bei Kant noch als ‚republikanisches‘, *D.W.*] System verfasst sein soll“ (ebd.). Ausgehend von dieser kausalen Verknüpfung, wird eine Betrachtung demokratischer Strukturen in Europa, wie sie im Folgenden geleistet werden soll, zur notwendigen Voraussetzung für die Betrachtung von Öffentlichkeit in Europa.

In der politikwissenschaftlichen und soziologischen Debatte um das institutionalisierte Zusammenwachsen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg wurde besonders seit den 1990er Jahren von verschiedenen Autoren immer wieder herausgearbeitet, dass ein supranational organisiertes Europa (dessen vorläufig weitesten Integrationsschritt die Europäische Union in ihrer gegenwärtigen Verfassung darstellt) unter einem mindestens als problematisch zu bewertenden Demokratiedefizit leidet (vgl. Schwarzer 2012; Enzensberger 2011; Beichelt 2009; Efler et.al. 2009; Habermas 2008; Eder/Trenz 2007; Follesdal/Hix 2006; Scharpf 1999; Kielmansegg 1996). Dass diese demokratiethoretische Diskussion zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages von 1992 und der damit verbundenen Gründung der Europäischen Union beginnt, manifestiert die stark gegenwartsdiagnostische Perspektive eines politikwissenschaftlich und soziologisch geprägten europäischen Gesellschaftsdiskurses. Anders ausgedrückt: Die in der politischen Praxis stattfindende, institutionalisierte europäische Integration sieht sich seit diesem Zeitpunkt einer zum Teil normativen Bewertungsdiskussion ausgesetzt, deren Intensität mit der Intensität der Integration selbst anzusteigen scheint.

Ein jüngeres und prominentes Beispiel für die kritische Betrachtung politischer Praxis, verbunden mit einem normativen Gegenentwurf stellt etwa der 2011 von Jürgen Habermas publizierte Essay *Zur Verfassung Europas* dar. Auch Oskar Negts Streitschrift *Gesellschaftsentwurf Europa*, in der er im Vergleich zu Habermas weniger demokratiethoretisch und mehr sozialpolitisch argumentiert, wäre in den jüngsten Trend einer Befassung mit der europäischen Demokratiefrage vor allem bei linken Theoretikern einzuordnen. Negt erkennt hier zwar an, dass in Europa „alle verfassungsmäßigen Organe funktionieren“ (Negt 2012: 77), stellt gleichzeitig aber die Frage, ob es die Bürger vor lauter Frustration gegenüber einer in ihren Augen fatalen betriebswirtschaftlichen Verengung der europäischen Idee (vgl. ebd.: 34) sowie gegenüber zu abstrakt wirkender europäischer Gremien (ebd.: 79) nicht bereits aufgegeben hätten, in diesen Einrichtungen auch „nach Ausdruck“ (ebd.: 78) zu suchen.

Habermas geht über eine solche diagnostische Kritik hinaus, indem er für eine weitreichendere „demokratische Verrechtlichung der Ausübung politischer Herrschaft“ auf

EU-Ebene als wichtigen Schritt zur Lösung der durch die europäische Staatsschuldenkrise aufgeworfenen politischen und gesellschaftlichen Probleme der Europäischen Union argumentiert (Habermas 2011, Zitat: S. 45; siehe hierzu auch: Habermas 2013). Im Einklang mit den meisten Vertretern einer normativ geprägten Demokratietheorie⁵¹ fordert Habermas damit, wie später noch detaillierter darzulegen ist, im Kern eine umfassendere Einbeziehung der EU-Bürger in europapolitische Entscheidungsprozesse – und zwar nicht nur als Bürger eines Mitgliedstaates der EU sondern auch, und gerade als Bürger der Union (vgl. ebd.: 49).

Die verstärkt mit dem Vertrag von Maastricht einsetzende Welle wissenschaftlich-theoretischer Kritik an den zunehmenden Legitimationsproblemen einer offensichtlich stark bürokratischen und damit vermeintlich bürgerfernen Europäischen Union darf jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass der europäische Integrationsprozess bereits in seinen früheren Phasen ein von der breiten Bevölkerung entkoppelter „Elitenprozess“ war (vgl. Haller 2009). Schon die früheste europäische Nachkriegsinstitution, die EGKS, hatte mit dem Franzosen Jean Monnet einen Vordenker und ersten Präsidenten, der „im Konsens getroffene Eliteentscheidungen, bei denen Parlamente und Bürger kaum etwas mitzureden hatten“ (U. Beck/Grande 2007: 41), als wirkungsvollstes Mittel zur Bildung und Etablierung supranationaler europäischer Organisationen betrachtete. Die Europäische Integration trug somit bereits von 1952 an „technokratische, interventionistische Züge“ (ebd.).

Dieser elitäre Charakter zog sich durch die gesamte europäische Integrationsgeschichte des 20. Jahrhunderts: „Europa war“, so schreibt etwa Ludger Kühnhardt (2011: 34), „50 Jahre lang ein Projekt von oben nach unten, geschaffen von Regierungen, die versucht haben, ihre Völker mitzunehmen, oder hinterherzuziehen“. Noch die 1970er und die 1980er Jahre – ein Zeitraum, in dem sich etwa in Deutschland mit der Außerparlamentarischen Opposition der späten 1960er Jahre, der Studentenbewegung und der Umwelt- und Friedensbewegung bürgerliches Engagement und Protest als politische Ausdrucksformen längst etabliert hatten – waren europapolitisch eine Periode, in der „die Integration in erster Linie von den gesellschaftlichen Eliten vorangetrieben und von den Bürgern zwar wohlwollend, aber auch ohne größere Anteilnahme beobachtet“ (Knelangen 2011: 61) wurde. In großer Übereinstimmung macht die Forschung erst mit der Gründung der Europäischen Union im Jahr 1992 eine langsame aber dennoch stetige Abkehr von der bis

⁵¹ Diese demokratietheoretische Perspektive geht zurück auf Jean-Jacques Rousseaus Begriff des „volonté générale“ und das Prinzip einer absoluten Volkssouveränität (vgl. Rousseau 1988 [1762]).

dahin indifferenten Teilnahmslosigkeit der europäischen Bevölkerungen gegenüber der Europapolitik aus.

Ein unverkennbarer und nachhaltiger Wendepunkt in dieser Frage hat sich schließlich erst im Jahr 2005 ereignet (vgl. Knelangen 2011: 61; Kühnhardt 2011: 34). In Frankreich und den Niederlanden wurde in diesem Jahr der von politischen Eliten zuvor ausgehandelte und von den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bereits unterzeichnete *Vertrag über eine Verfassung für Europa* von den Bürgern abgelehnt. Ein Ereignis, das im Nachhinein als europapolitisches Erwachen nicht nur der französischen und niederländischen Bevölkerung gedeutet wird: „Die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlande kann man auch verstehen als Ausdruck des Willens vieler Menschen, mitzumachen und Europa als ihr eigenes Projekt neu zu begründen“ (Kühnhardt 2010: 159).

Der Entstehungsweg dieser im Jahr 2004 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichneten und ein Jahr später von den niederländischen und französischen Bürgern *per* Referendum abgelehnten Verfassung stellt zunächst einmal einen Höhepunkt jener Art der „Europäischen Integration als Elitenprozess“ (Haller 2009) dar, wie sie seit Jean Monnet die Europapolitik dominiert hatte⁵².

⁵² Dieser, im Kontext der demokratiethoretischen Bewertung europäischer Integrationsmechanismen wichtige, weil einen Bruch markierende Prozess soll in seiner Entstehung im Folgenden kurz nachgezeichnet werden:

Im Rahmen der im Maastricht-Vertrag proklamierten „Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ war auf dem Gipfel des Europäischen Rates vom 13.-15. Dezember 2001 im belgischen Laeken die Einberufung eines *Konvents zur Erarbeitung einer Verfassung für Europa* beschlossen worden. Eineinhalb Jahre später, im Juni 2003, präsentierte dieser Konvent unter dem Vorsitz des früheren französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d’Estaing auf einem Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs dann sein Arbeitsergebnis: den Entwurf eines Verfassungsvertrags. Neben Giscard d’Estaing setzte sich der Verfassungskonvent aus Regierungsvertretern sowie Mitgliedernd des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammen. Im Wissen, dass der Entwurf aufgrund dieser nicht eigens demokratisch legitimierten Zusammensetzung des Konvents „keine juristische Verbindlichkeit hatte“ (Kopeinig/Petritsch 2010: 41), erhofften sich die Befürworter einer stärkeren europäischen Integration, wie der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, dass „die Vorschläge [...] durch ihre breite Öffentlichkeitswirkung eine normative Kraft des Faktischen entwickeln“ (ebd.) und möglichst schnell zu einer von allen Seiten akzeptierten Verfassung führen könnten. Neben der Etablierung neuer europäischer Symbole wie einer Europaflagge, einer Europahymne und einem Europatag, waren die wichtigsten Bestandteile des Entwurfs eine „einklagbare Verankerung der Grundrechte-Charta, die Gewährung einer Rechtspersönlichkeit für die Union und die Aufteilung der Kompetenzen zwischen EU und Nationalstaaten“ (ebd.: 43).

Bei den folgenden Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs über eine auf diesem Entwurf basierende Verfassung kam es jedoch bereits im Oktober 2003 zu heftigen Auseinandersetzungen über die Inhalte eines möglichen Vertrags, besonders über die zukünftige Kompetenzverteilung innerhalb der EU: Gestritten wurde um fast alle wichtigen Punkte: „um das Stimmgewicht im Ministerrat und um das vorgeschlagene System der ‚doppelten Mehrheit‘, um die Zahl der Kommissare, den ständigen EU-Ratspräsidenten, den EU-Außenminister, um Mehrheitsentscheidungen und Veto-Möglichkeiten sowie um die Erwähnung des Christentums in der Verfassung“ (ebd.: 45). Auf einem Verfassungsgipfel im Dezember schließlich scheiterte eine

Darüber hinaus lässt am Beispiel des Verfassungsprozesses aber noch ein weiteres Charakteristikum aufzeigen: Legt man aus staatsrechtlicher Perspektive zugrunde, dass eine Verfassung ganz allgemein als „Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsnormen“ (Creifelds 1986: 1193) zu verstehen ist⁵³ und berücksichtigt man weiter, dass die Beseitigung der mangelnden Identifikation europäischer Bürger mit Europa eine zentrales politisches Motiv der europäischen Entscheidungsträger für die Ausarbeitung der Verfassung für Europa war⁵⁴, dann lässt hier sich mit Ulrich Beck und Edgar Grande (2007: 196) eine denkwürdige „Umkehr der Kausalität (und Legitimität)“ ausmachen:

„Nicht Gesellschaft, Volk, Bevölkerung erstreiten Bürgerrechte; im europäischen Raum erschaffen Bürgerrechte eine europäische Zivilgesellschaft, das heißt, öffentliche Räume der Teilhabe und der Identifikation der Bürger. Wir haben es also im europäischen Raum mit der Paradoxie einer Zivilgesellschaft von oben zu tun, die eine Zivilgesellschaft von unten schaffen und begründen soll“ (ebd.).

Anders als in der Geschichte der europäischen Nationalstaaten sollte die Verfassung in diesem Fall also nicht auf Drängen einer mehr Rechte einfordernden Zivilgesellschaft entstehen; letztere, so der politische Plan, sollte sich durch das Inkrafttreten der Verfassung vielmehr erst konstituieren. Ohne dass auf den Begriff der europäischen Zivilgesellschaft

Einigung erwartungsgemäß; die Staats- und Regierungschefs verordnen sich eine „Denkpause“ (ebd. 47). Schon wenige Monate später, im Juni 2004, wurden die Verhandlungen jedoch wieder aufgenommen. Neben neuen Kompromissvorschlägen wie einer veränderten Regelung für Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat sehen Kopeinig und Petritsch (ebd.: 49) hierfür vor allem einen anderen, weniger machtpolitischen Grund: „Die wachsende Terrorgefahr in der EU nach dem Anschlag in Madrid schweißt die EU-Staaten zusammen und macht sie kompromissbereiter [...]“

Der Durchbruch in Form einer Einigung auf eine Verfassung erfolgte schließlich auf dem EU-Gipfel am 18. Juni 2004 in Brüssel. Aufgrund der vielen nationalen Änderungs- und Sonderwünsche sowie der notwendigen Kompromisse war aus dem „klar verständlichen Verfassungsentwurf des Konvents“ (ebd.: 51) jedoch ein hochkomplexes, mit juristischen Feinheiten gespicktes Spezialistenwerk geworden, das retrospektiv – sowohl in der Art des Zustandekommens als auch im Ergebnis – als paradigmatisch für die fehlende Bürgernähe europapolitischer Integrationsmechanismen einzustufen ist. Bei der Vertragsunterzeichnung am 29. Oktober 2004 in Rom war den Staats- und Regierungschefs bewusst, dass der Vertrag vor seinem Inkrafttreten in allen Mitgliedstaaten, je nach den Bestimmungen in den nationalen Verfassungen, durch Parlamentsbeschlüsse oder Referenden noch ratifiziert werden musste.

⁵³ Creifelds (1986: 1193) definiert Verfassung im materiellen Sinn als „Gesamtheit der geschriebenen und ungeschriebenen Rechtsnormen [...], welche die Grundordnung des Staates festlegen, insbesondere die Staatsform, Einrichtungen und Aufgaben der obersten Staatsorgane (sog. Verfassungsorgane), die Grundsätze des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und die Rechtsstellung seiner Bürger.“ Dies gilt offensichtlich auch für die Europäische Verfassung, die explizit eine *Charta der Grundrechte der Europäischen Union* beinhaltet.

⁵⁴ Vgl. hierzu Jürgen Habermas: „Eine politische Verfassung sollte daher aus Besitzern weinroter Pässe europäische Bürger machen – und schon die Mobilisierung der Bürger im Zuge des Prozesses der Verfassungsgebung selbst hätte dazu beitragen können. Jedenfalls sollte die Verfassung quer über nationale Grenzen hinweg eine stärkere Beteiligung der Bürger an einer stärker sichtbar gemachten politischen Willensbildung in Straßburg und Brüssel befördern“ (Habermas 2008: 99).

an dieser Stelle ausführlich eingegangen werden kann⁵⁵, wird doch deutlich, dass die Monnet-Methode von „im Konsens getroffenen Eliteentscheidungen“ (U. Beck/Grande 2007: 41) ohne Bürgerbeteiligung noch im Jahr 2004 politischen Bestand hatte. Auch Jürgen Habermas (2011: 63) kritisiert, dass diese Unionsverfassung, „anders als die nationalen Verfassungen im 18. und 19. Jahrhundert“, allein „das Werk politischer Eliten“ gewesen sei.

Die erstmalig nachhaltige Quittung für diese über Jahrzehnte etablierte Top-Down-Methode europäischer Integration bekamen die Staats- und Regierungschefs, als im Jahr 2005 sowohl die französische als auch die niederländische Bevölkerung in Referenden gegen den Verfassungsvertrag votierten. Zwar lassen sich im Falle Frankreichs, in dem die Verfassung mit 55% der abgegebenen Stimmen abgelehnt wurde, rückblickend auch gravierende innenpolitische Gründe – allen voran die damals große „Unzufriedenheit der Franzosen mit dem Regierenden Staatspräsidenten Jacques Chirac“ (Kopeinig/Petritsch 2010: 54) – für dieses Wahlverhalten ausmachen. In den Niederlanden, in denen drei Tage nach dem französischen Votum fast 62% der Wähler gegen die Verfassung stimmten, gab es derlei innenpolitische Motive für die Ablehnung jedoch nicht. Hier überwog vielmehr eine allgemeine Skepsis gegenüber einer Europäischen Union, die – so schien es nicht erst im Zuge der Entstehung der Verfassung – von oben, ohne Teilhabemöglichkeit, undurchsichtig und bürokratisch ‚verordnet‘ wurde (vgl. Kühnhardt 2010: 159). Als drei Jahre später, im Juni 2008, der auf den Verfassungsvertrag folgende Reformvertrag (*Vertrag von Lissabon*) in einem Referendum in Irland ebenfalls abgelehnt wurde, ließen sich in der irischen Bevölkerung ähnliche Beweggründe – in diesem Fall gepaart mit explizit nationalistischen Tendenzen – gegen eine von Eliten oktroyierte europäische Integration ausmachen (vgl. Kopeinig/Petritsch 2010: 69ff.).

Das veränderte Bewusstsein gegenüber europapolitischen Fragen in den Bevölkerungen der europäischen Mitgliedstaaten, das sich an der dargelegten Negation des Verfassungsvertrages durch die französische und niederländische Bevölkerung holzschnittartig gezeigt hat, ist von der sozialwissenschaftlichen Integrationsforschung in einen größeren Kontext eingeordnet und als Entwicklung von einem „permissive consensus“ zu einem „constraining dissensus“ beschrieben worden (Knelangen 2011: 61; Hooghe/Marks 2009). Während es in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine zwar „wohlwollende“, jedoch „ohne größere Anteilnahme“ (Knelangen 2011: 61) sich bildende Zustimmung der europäischen Bürger zu integrationspolitischen Entscheidungen gegeben hatte, habe sich dieser „für jede machtbewusste Exekutive [...] paradiesische

⁵⁵ Für eine ausführliche Darstellung siehe etwa: Fetzer 2002.

Zustand“ (Enzensberger 2011: 53) mit Gründung der Europäischen Union Anfang der 1990er Jahre schrittweise hin zu einer Situation gewandelt, in der „anspruchsvollere Projekte einer engeren europäischen Zusammenarbeit bei den Bevölkerungen nicht mehr zustimmungsfähig“ waren (Knelangen 2012: 33). Konnte Ernst B. Haas in seinem viel beachteten Werk *The Uniting of Europe* 1958 noch von einer „bureaucratized nature of European organizations“ sprechen, „in which basic decisions are made by the leadership, sometimes over the opposition and usually over the indifference of the general membership“ (Haas 1958: 17), so ist diese Indifferenz zusehends – und nicht zuletzt im Fall der abgelehnten Ratifizierungen des Verfassungsvertrages – einer manifest kritischen Haltung der Bevölkerungen gegenüber der Frage der europäischen Integration gewichen. Diese neue Haltung äußerte sich vor allem dann, wenn die Bürger die Möglichkeit hatten, die von Eliten vorangetriebene, bürokratische Europäisierung auf demokratischem Wege abzustrafen. Solche Abstrafungen waren, wie gesehen, zumeist multikausal erklärbar und wurden bisweilen zu gewichtigen Teilen von innenpolitischen Motiven beeinflusst. Aus demokratiethoretischer Perspektive schaffen sie im Hinblick auf die Wirkmächtigkeit von Bürgern im Kontext politischer Entscheidungen jedoch einen durchaus begrüßenswerten Rahmen, weil „die kritischer gewordenen Einstellungen der Bürger zur EU [...] zusehends den Handlungsspielraum der Entscheidungsträger“ bestimmen (Knelangen 2011: 61; vgl. auch: Heard-Lauréote 2009: 187).

Diese Entwicklung hin zum *constraining dissensus* bezieht sich jedoch vor allem auf sich wandelnde Ansprüche an das demokratische Agieren eines supranationalen Gebildes, wie es die Europäische Union darstellt. Über die tatsächliche demokratische Qualität dieses Agierens sagt sie zunächst wenig aus. So wird der EU bis heute von einem gewichtigen Teil der von normativen Demokratietheorien geprägten Politologie sowohl ein „konjunkturelles“ als auch ein „strukturelles“ Demokratiedefizit vorgehalten (vgl. M.G. Schmidt 2010: 402). Die Verfechter der These eines strukturellen Demokratiedefizits argumentieren dabei auf einer außerpolitischen, gesellschaftlichen bzw. mentalitätssoziologischen Ebene. Das Defizit hänge danach „wesentlich mit dem Fehlen einer Wir-Gemeinschaft in der EU zusammen und kann selbst mittelfristig nicht beseitigt werden“ (ebd.). Die Legitimität dieser absoluten, vorpolitischen Negation einer europäischen Demokratie soll im Kapitel über europäischen Identitäten (vgl. Kapitel 4.4.) näher betrachtet werden.

Das konjunkturelle Demokratiedefizit hingegen ist politisch bedingt und damit auch durch politische Maßnahmen revidierbar. Es gründet, so Manfred G. Schmidt (ebd.),

„insbesondere auf Repräsentations- und Partizipationsmängeln, die sich allesamt verschärft haben durch den Übergang der europäischen Integration von einer rein intergouvernementalen Veranstaltung mit Einstimmigkeitsprinzip zu einer Mischung aus Intergouvernementalismus, qualifizierter Mehrheitsentscheidung und hierarchischer Steuerung durch das EU-Recht.“ Diese Fokussierung auf den Repräsentationsauftrag und die Pflicht zur Ermöglichung politischer Partizipation in einer Demokratie eint alle Vertreter der europäischen „Demokratiedefizit-These“ (ebd.). Diese These gründet im Kern auf einer abgestuften Gewichtung der politikwissenschaftlichen Kategorien von *input*-orientierter und *output*-orientierter Legitimität eines demokratischen Gemeinwesens zugunsten der ersteren Kategorie. Besonders Fritz W. Scharpf hat im Rahmen seiner „komplexen Demokratietheorie“ (Scharpf 1970) diese theoretische Unterscheidung auf die Situation in Europa angewandt (vgl. auch Scharpf 1999). Die *input*-orientierte Perspektive messe die demokratische Legitimität von politischen Entscheidungen, so Scharpf, an der Fähigkeit dieser Entscheidungen, den unmittelbaren Willen der Bevölkerung zu berücksichtigen – sie betone die „Herrschaft durch das Volk“ (ebd.: 16). Politische Entscheidungen sind aus dieser Sicht immer dann legitim, „wenn sie von den authentischen Präferenzen der Mitglieder einer Gemeinschaft abgeleitet werden können“ (ebd.). Scharpf stellt dieser Perspektive die *output*-orientierte Perspektive als „Herrschaft für das Volk“ gegenüber, nach der sich Legitimität dadurch auszeichne, „auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen“ (ebd.) zu fördern. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf dem Adjektiv ‚wirksam‘; die *output*-orientierte Perspektive nimmt also zuvorderst die Effizienz von Regierungshandeln in den Blick (vgl. Lefebure 2009: 78ff.).

Ein theoretisches Problem, das sich auf der Ebene der Europäischen Union durch diese Aufteilung ergibt, deutet Scharpf bereits an: Er spricht bezüglich der EU von der „bedauerliche[n] Konsequenz, dass die Legitimität ihrer institutionellen Praxis [...] fast automatisch unter Bezugnahme auf die für nationale Debatten kennzeichnende Vermengung *input*- und *output*-orientierter Kriterien beurteilt und dementsprechend als unzureichend abgelehnt wird“ (ebd.: 21). Diese Problematik trifft einen Kernpunkt, der sich auch im Rahmen der Diskussion um die theoretischen Potenziale und die empirischen Evidenzen einer europäischen Öffentlichkeit als ähnlich zentral herausstellen wird (siehe dazu Kapitel 5): Sie rückt die Frage in den Fokus, inwiefern sich normative Größen, die im nationalstaatlichen Kontext entstanden sind, auf supranationale politische Gebilde überhaupt erkenntnisbringend und konstruktiv übertragen lassen. Bezogen auf den Komplex der demokratischen Legitimation politischer Herrschaft im supranationalen

Kontext der EU sollen im Folgenden unterschiedliche Möglichkeiten der Beantwortung dieser Frage nachgezeichnet werden.

In ihrer Abhandlung *Why there is a democratic deficit in the EU* brechen Andreas Follesdal und Simon Hix die ihrer Ansicht nach demokratiethoretisch defizitäre Situation in der Europäischen Union auf fünf Kernpunkte herunter (Follesdal/Hix 2006: 534ff.). Die erste und für sie zugleich wichtigste Kritik üben die Autoren an der Tatsache, dass Europäische Integration ganz allgemein das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung verschiebe. In den jeweiligen Mitgliedstaaten würden, so Follesdal und Hix, die Kompetenzen der Exekutive gestärkt, während die nationale parlamentarische Kontrolle an Gewicht verliere: „The design of the EU means that policy-making at the European level is dominated by executive actors: national ministers in the Council, and government appointees in the commission” (ebd.: 534f.). Diese bei europapolitischen Fragen stattfindende Verschiebung des Gleichgewichts zwischen exekutiver und legislativer Gewalt wäre nur dann als unproblematisch hinzunehmen, wenn ihr auf europäischer Ebene ein starkes Europäisches Parlament gegenüberstünde. Dies, so lautet der zweite Kritikpunkt, sei im gegenwärtigen institutionellen Design der EU jedoch mitnichten der Fall. Zwar sind die Kompetenzen des Europäischen Parlaments durch unterschiedliche Reformen und Verträge seit der Mitte der 1980er Jahre (besonders durch den Lissabon-Vertrag) immer wieder erweitert worden; mit der nicht vorgesehenen Wahl bzw. Abwahl der europäischen Exekutive (hier ist vor allem die EU-Kommission gemeint) durch das Europäische Parlament bleibt diesem aber nach wie vor eine im Rahmen der Gewaltenteilung klassische legislative Aufgabe verwehrt. Der dritte Kritikpunkt von Follesdal und Hix ist auf das Engste mit der Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit verknüpft. So gebe es in der EU gegenwärtig keine als europäisch zu bezeichnenden Wahlen: „EU citizens elect their governments, who sit in the Council and nominate Commissioners. EU citizens also elect the European Parliament. However, neither national elections nor European Parliament elections are really ‘European’ elections” (ebd.: 535f.). Die Autoren begründen diese These mit dem Hinweis, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament sowohl von den Parteien als auch von den Medien aufgrund des in großen Teilen der Bevölkerungen fehlenden Interesses an Europapolitik überwiegend mit nationalen Gesichtern und Themen aufgeladen würden (vgl. ebd.: 536).⁵⁶ In Anlehnung an Untersuchungsergebnisse zu den ersten Wahlen des

⁵⁶ Es bleibt abzuwarten, ob sich dies im Rahmen der Europawahl 2014, bei der zum ersten Mal die Bestimmungen des Vertrages von Lissabon Anwendung finden, ändern wird.

Europaparlaments aus dem Jahr 1979 bezeichnen sie auch die jüngeren Wahlen zum Europaparlament als „second-order national contests“ (ebd.).

Aus der fehlenden unmittelbaren elektoralen Kontrolle über die europäische Exekutive durch die europäischen Bürger (die Mitglieder des Europäischen Rates sind nationale Regierungsmitglieder und werden folglich national gewählt, die Mitglieder der EU-Kommission werden vom Rat ernannt) ergibt sich bereits auf institutioneller Ebene eine gravierende Lücke zwischen den Bevölkerungen und den politischen Eliten der Europäischen Union. Diese institutionelle Lücke, so Follesdal und Hix in ihrem vierten Punkt, wird von einer nicht minder problematischen, psychologischen Lücke komplementiert. Letztere resultiert aus der Tatsache, dass sich die EU in ihrer Funktionsweise zu sehr von den nationalen politischen Institutionen, an die die Bürger gewohnt sind, unterscheidet: „As a result, citizens cannot understand the EU, and so will never be able to assess and regard it as a democratic system writ large, nor to identify with it“ (ebd.). Dass dieser Kritikpunkt strenggenommen gar nicht die demokratiethoretische sondern eher die polit-kulturelle Ebene berührt, verschweigen die Autoren in ihrem Argumentationsgang, um im Letzten Kritikpunkt zusammenfassend feststellen zu können, dass die genannten Tendenzen kumuliert zu einem verstärkten „policy drift“ (ebd.: 537), einem Abweichen der politischen Inhalte und Entscheidungen von den mehrheitlichen Präferenzen der Bürger führen: „Partially as a result of the four previous factors, the EU adopts policies that are not supported by a majority of citizens in many or even most Member States“ (ebd.).

Follesdal und Hix gründen diese Kritik auf sechs demokratiethoretische Grundannahmen, welche die hiesige Analyse unmittelbar zur bereits erwähnten Problematik der Projektion von nationalen Prämissen auf eine supranationale Ebene führen. Unabdingbar für eine funktionierende Demokratie seien demnach:

- „1) institutionally established procedures that regulate,
- 2) competition for control over political authority,
- 3) on the basis of deliberation,
- 4) where nearly all adult citizens are permitted to participate in
- 5) an electoral mechanism where their expressed preferences over alternative candidates determine the outcome
- 6) in such ways that the government is responsive to the majority or to as many as possible“ (ebd.: 547).

Besonders die normativen Anforderungen der Punkte 1) bis 3) sehen Follesdal und Hix im gegenwärtigen institutionellen Design der Europäischen Union nicht erfüllt. Hier mangle es explizit an der Möglichkeit, „to present a rival set of leadership candidates (a

government ‘in waiting’) and a rival policy agenda“ (ebd.: 548). Die Autoren prangern somit an, dass es auf EU-Ebene keine offizielle Opposition gebe, die es den Bürgern ermögliche, über alternative politische Angebote in einen Diskurs zu treten und auf dessen Basis zwischen den Angeboten zu wählen. Ohne durch Wahlen bedingten Wettbewerb aber gebe es für die Kommission keinerlei Notwendigkeit, ihre Politik in regelmäßigen Abständen an die Präferenzen der Bürger anzupassen (vgl. ebd.: 549). Follesdal und Hix formulieren ihre fundamentalen Zweifel an der Demokratiefähigkeit der Union also ebenfalls aus einer stark *input*-fokussierten Perspektive. Auch Manfred G. Schmidt spricht in Anlehnung an Scharpf diesbezüglich davon, dass die EU „nicht ein ‚Government of the people‘, sondern ein ‚Government of the Governments‘“ verkörpere (M.G. Schmidt 2010: 284) – es komme so gut wie nie „zu einer unmittelbaren Konfrontation der EU mit ihren Bürgern, und zwar weder auf der Straße noch im Wahllokal“ (ebd.).

Diese demokratiethoretische Kritik an einer mangelnden Legitimation von EU-Politik durch unzureichende Möglichkeiten auf der *input*-Ebene lässt sich mit Peter Graf Kielmansegg (1996) noch grundsätzlicher formulieren. Kielmansegg räumt ein, dass die Europäische Union sich zwar auf Verträge gründe, „die die Mitgliedstaaten nach den Regeln, die ihre Verfassungen vorgeben, ratifiziert haben“ (ebd.: 51). Die Bürger der Mitgliedstaaten hatten also, *per* Referendum oder vertreten durch ihre nationalen Parlamente, die Möglichkeit, über alle vertraglichen Grundsatzentscheidungen der politischen Gestaltung der EU abzustimmen. Dieses Faktum entkräfte jedoch nicht die Feststellung eines durch mangelnde *input*-Möglichkeiten verursachten Legitimationsdefizits der EU. Kielmansegg führt hier das Argument an, dass sich EU-Politik heute nicht mehr als „bloßer Vollzug einmal getroffener, in ratifizierten Verträgen niedergelegter Programmatscheidungen“ (ebd.: 53) charakterisieren lasse, sondern dass sie – ähnlich wie das Handeln nationaler Exekutiven – an konkrete Situationen, unterschiedliche Politikfelder und sich kontinuierlich verändernde Entscheidungsgrundlagen gebunden und damit immer wieder neu zu rechtfertigen sei:

„Wenn es in der Urformel des demokratischen Zeitalters, wie sie in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776 zuerst geschichtsmächtig wurde, heißt, Regierungen leiteten ihre rechtmäßige Gewalt von der Zustimmung der Regierten her, dann ist damit nicht Zustimmung gemeint, die ein für allemal gewährt wird, sondern Zustimmung, die immer wieder neu gegeben werden muss und entzogen werden kann. Das ‚Ja‘ zu den Verträgen mag rechtlich unwiderruflich sein, als Zustimmung von Regierten zu einer neuen Regierung interpretiert ist es widerruflich“ (ebd.).

Mit dieser Argumentation bewegt sich die demokratiethoretische Kritik an der Institutionalisierung der Europäischen Union erstens auf einer so grundlegenden Ebene,

dass marginale Veränderungen im institutionellen Design kaum zu nachhaltiger Verbesserung der Situation beitragen dürften; zweitens zeigt sich hier, dass auch Kielmansegg seine Kritik aus dem Anlegen gleicher demokratietheoretischer Maßstäbe für Nationalstaaten und den supranationalen Staatenverbund der Europäischen Union bezieht.

Diese Gleichsetzung ist in den Augen von Kritikern der Demokratiedefizit-These der fundamentale Fehler bei der Beurteilung der demokratischen Legitimität der EU. So fragt etwa Maurizio Bach, „ob nicht das Schlagwort vom Demokratiedefizit den Blick auf die historische Einzigartigkeit des Regimes der Europäischen Gemeinschaft eher verstellt“ (Bach 1999: 63) und konstatiert, dass sich „sämtliche staatsanalogen Termini, die für die (Selbst-)Beschreibung der zentralen Institutionen des europäischen Systems üblich geworden sind, [...] bei genauerem Hinsehen als sachlich unzutreffend“ erweisen (ebd.: 153). Der definitorisch zentrale Punkt innerhalb dieser Argumentationslinie ist ein Verständnis der Europäischen Union als „Mehrebenensystem“ (M.G. Schmidt 2010: 186; vgl. auch Schmale 2010: 132; U. Beck/Grande 2007: 84; Faber 2005: 24): Das Zusammenspiel der Ebenen nationaler und supranationaler, mitgliedstaatlicher und EU-weiter politischer Funktionssysteme führt, so der Ansatz, zu einer ebenso komplexen wie neuartigen politischen Funktionalität, deren Eigenheiten die von der klassischen normativen Demokratietheorie geprägte Forschung nicht in ausreichender Weise berücksichtigt, wenn sie die demokratische Legitimität der EU allein an nationalen Maßstäben misst. Vielmehr müsse das Mehrebenensystem der EU als eigenständige politische Struktur begriffen und auf seine spezifischen „Funktionen, Mechanismen und Charakteristika hin untersucht werden“ (Faber 2005: 25). „Das eigentliche Problem der Demokratie“, so schreibt etwa Schmidt (2010: 402), „liegt diesem Blickwinkel zufolge gar nicht auf europäischer Ebene, sondern im Demokratiedefizit auf nationalstaatlicher Ebene.“ Die Mitgliedstaaten der EU würden im Zuge der europäischen Integration mit einem „Wandel der Funktionsweise ihrer nationalstaatlichen Demokratie“ (ebd.) konfrontiert, demzufolge sie nicht mehr ungeteilt Nationalstaaten im klassischen Sinne, sondern gleichzeitig auch Teile des „regionalen Staates“ (ebd.) Europäische Union seien. Dieser Funktionswandel aber muss für das Demokratieverständnis in den Mitgliedstaaten gravierende Folgen haben, denn:

„Der regionale Staat unterscheidet sich vom Nationalstaat so grundlegend, dass radikales Umdenken gefordert ist: Seine Kennzeichen sind nämlich geteilte Souveränität, variable Grenzen, zusammengesetzte Identität, Steuerung durch gütliches Einvernehmen und eine fragmentierte, in der Summe aber vollgültige Demokratie“ (ebd.).

Ein Verfechter der aus dieser Überzeugung abgeleiteten „Demokratie-These“ (ebd.: 399) ist der US-amerikanische Politikwissenschaftler Andrew Moravcsik. Moravcsik zufolge ist es vor allem die im Rahmen des Mehrebenensystems an zentraler Stelle zu berücksichtigende indirekte demokratische Kontrolle, die „in nearly all cases“ (Moravcsik 2002: 605) sicherstelle, dass das exekutive Handeln der Europäischen Union „clean, transparent, effective and politically responsive to the demands of European citizens“ (ebd.) bleibt. Die Legitimation des unmittelbar aus den nationalen Regierungen bestehenden Europäischen Rates sowie der EU-Kommission, deren Mitglieder von den nationalen Regierungen nominiert und vom Europäischen Parlament bestätigt werden, leite sich demnach hinreichend aus der demokratischen Legitimation der nationalen Regierungen sowie der elektoralen Legitimation des Europäischen Parlaments ab. Hinzu komme, dass die EU in ihrem politischen Handlungsspielraum stärker beschränkt sei und damit *suis generis* weniger rückkopplungs- und legitimationslos agieren könne als jedes nationale politische System. Diese Souveränitätsbeschränkung der EU ließe sich begründen „in part by its own plural structure of checks and balances, and in part by its need to coexist within a multi-level system of governance with fiscally, administratively and legally more powerful nation-states“ (ebd.: 611). Den oben dargelegten Vorwurf, die EU entzöge sich besonders auf der Ebene demokratischen Inputs der notwendigen Legitimation, weil das Europäische Parlament nach wie vor nicht mit genügend Rechten ausgestattet sei und seine Wahlen nicht den notwendigen, explizit-europäischen Charakter hätten, verneint Moravcsik nicht gänzlich, er entkräftet ihn aber mit einem gegenwartsdiagnostischen, eher politologischen Argument: Die oftmals zu stark bürokratisch und zu wenig parlamentarisch wirkende Art und Weise der politischen Entscheidungsfindung sei demnach mitnichten ein Alleinstellungsmerkmal der EU:

„The late twentieth century has been a period of the ‘decline of parliaments’ and the rise of courts, public administrations and the ‘core executive’. Increasingly, accountability is imposed not through direct participation in majoritarian decision-making, but instead through complex systems of indirect representation, selection of representatives, professional socialization, ex post review, and balances between branches of government“ (ebd.: 613).

Damit ist Moravcsik bei einer Argumentationslinie angelangt, die von zentraler Bedeutung für die vorliegende Arbeit ist. So besitzt Moravcsiks Verweis auf den politischen Bedeutungsgewinn komplexer und vielschichtiger Systeme indirekter Repräsentation gegenüber direkter Partizipation große Relevanz für die Untersuchung politischer Öffentlichkeiten auf europäischer Ebene, wie in den Kapiteln 5.3. und 5.4. näher erläutert werden soll. Auf die von Moravcsik beschriebenen, allgemeinen Tendenzen zur

Deparlamentarisierung und zur allgemeinen Zunahme von Komplexität in politischen Steuerungsprozessen soll deshalb im Folgenden näher eingegangen werden.

Auch Ingolfur Blühdorn erklärt die aus klassischer demokratietheoretischer Perspektive kritisch zu beurteilenden Tendenzen von Deparlamentarisierung mit der in spät- bzw. postmodernen Gesellschaften allgemein zunehmenden Komplexität politischer Steuerung:

„The management of late-modern complexity seems to foster reliance on post-democratic forms of governance [...]. There is a plenty of evidence that in response to increasing levels of societal complexity democratic systems are adapting their modes of governance and that the emerging forms are experienced as failing to comply with established democratic norms. The perceived discrepancies between democratic ideals and experienced political realities are widely conceptualized as legitimacy crises, efficiency gaps and democratic deficits [...].“ (Blühdorn 2009a: 19, 20).

Diese These schlägt sich im europäischen Diskurs weder eindeutig auf die Seite der Verteidiger einer demokratisch verfassten Europäischen Union, noch stärkt sie ungeteilt deren Kritiker. Blühdorn abstrahiert zunächst vom Kontext der EU und nennt im Bezug auf Legitimitätskrisen und demokratische Defizite zwei allgemeingültige Faktoren: die Inter- bzw. Supranationalisierung sowie die bereits angesprochene Deparlamentarisierung von Politik (vgl. ebd.: 22). Unter ersterer versteht er dabei „the increasing extent to which policy is made at the supranational level and shaped by international actors“; unter letzterer „the increasing extent to which at the national and subnational level policy-making has migrated into extra-parliamentary fora and is dominated by actors who do not command a democratic mandate“ (ebd.). Projiziert man die von Blühdorn anschließend vorgenommene Verknüpfung beider Ebenen auf die Europäische Union, dann zeigt sich die Komplexität der Mehrebenenarchitektur ebenso deutlich wie die problematische Legitimation dieser Architektur mit Hilfe nationalstaatliche-demokratischer Paradigmen: Erstens, so Blühdorn, würden sich politische Entscheidungskompetenzen in immer mehr Politikfeldern auf eine supranationale Ebene verschieben und sich damit dem nationalen Parlamentarismus verstärkt entziehen; zweitens – und hier trifft Blühdorn genau den Aspekt, den Schmidt (2010: 402) als „Wandel der Funktionsweise“ nationalstaatlicher Demokratien beschrieben hat – müssten alle auf supranationaler Ebene getroffenen Entscheidungen national ratifiziert und implementiert werden, wodurch ehemals souveräne, nationale Legislativen zu „executive agencies“ (ebd.) degradiert würden. Diese müssten dann Politiken durchsetzen, auf deren Entstehung sie oft nur marginalen Einfluss gehabt hätten, für deren Auswirkungen sie bei nationalen Wahlen aber voll verantwortlich gemacht würden (vgl. ebd.). Die Folge: „The internationalization and the deparliamentarization [...] increase the

distance between decision makers and decision takers and thus undermine the democratic ideal of the congruence between the governing and the governed“ (ebd.: 23).

Im Kontext der Diskussion um ein europäisches Demokratiedefizit erfährt das Argument der Unvergleichbarkeit von nationalen und supranationalen Systemen hier doch deutliche theoretische Unterstützung. Gleichzeitig wird klar, wie stark der Einfluss des Mehrebenensystems der EU auch auf die demokratische Funktionsweise der Nationalstaaten ist. Blühdorn erklärt die ausgemachten demokratietheoretischen Schwierigkeiten dabei allerdings auch auf Meta-Ebene, mit einem übergeordneten und anhaltenden Prozess gesellschaftlicher Modernisierung („modernization“), innerhalb dessen sich das staatsbürgerliche Individuum als Empfänger und Impulsgeber demokratisch legitimierter Politik sowohl auf individueller als auch auf kollektiver Ebene gewandelt habe (ebd.: 19, 25). Hier lohnt es sich, Blühdorns gesamten Gedankengang abzubilden:

„The enlightenment initiated the process of the constitution and emancipation of the modernist subject and its identity, and the process of modernization has always remained a process that centres on the core value of the subject, steadily extending its right and nurturing its claims to individuality, self-determination and self-realization“ (ebd.: 25).

Diese festgefügte, der Aufklärung entsprungene Autonomie und Individualität eines für die klassische Moderne typischen Subjekt-Begriffs wird nun, im Zuge des fortlaufenden Prozesses der Modernisierung (Ulrich Beck würde hier von der „Zweiten Moderne“ sprechen [U. Beck/Grande 2007: 52]) brüchig, inkohärent und schwerer berechenbar:

„On the other hand, however, the process of modernization has continuously increased the complexity of the self (individual and collective) and its identity, which has affected its internal coherence, consistency and stability. This transformation of the Self and its identity represents a challenge for both normative democratic theory and in an empirical-practical sense. From the perspective of the former, the problem is that contemporary notions of individuality and identity do not provide a solid foundation for any notion of democratic legitimacy. From the empirical-practical perspective it becomes ever more difficult for democratic institutions to integrate and be responsive and accountable to the burgeoning diversity of incompatible, inconsistent and highly volatile demands articulated by late-modern society’s ‘atomized citizens’“ (Blühdorn 2009a: 25).

Die Herausforderungen auf der empirisch-praktischen Ebene, zu denen Blühdorn auch die legitimatorischen Probleme im Rahmen zunehmender Internationalisierung und Deparlamentarisierung politischer Entscheidungen zählt, sind also nicht allein die kausalen Ursachen von gegenwärtig feststellbaren demokratischen Mängeln; sie sind vor allem Konsequenzen eines übergeordneten Prozesses von seit der klassischen Moderne weiter

fortschreitender Modernisierung. Dabei ist es zunächst sekundär, ob man eine nationalstaatliche oder eine supranationale Ebene als Analyseobjekt zugrunde legt:

„[...] the problems which contemporary democracies are having to confront do not really originate from the much debated internationalization and deparlamentarization of politics but, ultimately, from the dynamics of the modernization process itself. Trying to capture, firstly, the uncontrollability of this process and, secondly, its tendency to once again dissolve the certainties which modernity itself had once established in its struggle against pre-modern uncertainties“ (ebd.).

Der Versuch politischer Steuerungssysteme, mit diesen ‚Ungewissheiten‘ umzugehen, führt die vorliegende Analyse zurück zur Frage nach der demokratischen Legitimierung der Europäischen Union. So ergeben sich aus dem dargestellten Komplexitätszuwachs vermehrt Spannungen zwischen normativen demokratiethoretischen Werten wie Gleichheit, Partizipation und Input-Legitimität auf der einen, und der Notwendigkeit effizienter Entscheidungsfindung auf der anderen Seite. In dieser Situation, so Blühdorn, würden sich neuere Demokratiethorien nicht nur auf normativer Ebene vermehrt gegen die Forderung nach maximaler politischer Partizipation aussprechen (vgl. ebd. 30); es gebe auch auf empirischer Ebene „strog evidence that politics and government are increasingly slipping back into the control of privileged elites [...]“ (ebd.: 29). Diese Interpretationsrichtung, zu der auch Colin Crouchs Theorie der „Post-democracy“ (Crouch 2005) gezählt werden kann, ist weit davon entfernt, Bürokratisierung und Entparlamentarisierung als begrüßenswerte Errungenschaften darzustellen; ebenso wenig sind sie aber – und das führt zurück zu Moravcsiks Argumentation – ein genuin europapolitisches Phänomen. Die EU steht dieser Interpretation nach also demokratiethoretisch gar nicht besonders schlecht da. Vielmehr, so ließe sich konstatieren, bekommt die klassische Demokratiethorie Probleme mit der spät- oder postmodernen Konstitution unserer Gesellschaft – auch, aber eben nicht nur auf transnationaler Ebene.

Moravcsik allerdings geht in seiner Bewertung dieser Diagnose einen gänzlich anderen Weg als etwa Crouch ihn gehen würde, indem er eine eher bürokratische, elitengesteuerte Europäische Union offensiv gegenüber dem Anspruch nach mehr *input*-Legitimität verteidigt. Seiner Ansicht nach führe unmittelbare Bürgerbeteiligung, etwa in Form von Referenden, Parlamentswahlkämpfen oder der Einberufung verfassungsgebender Versammlungen, auf EU-politischer Ebene nicht zu mehr demokratischer Legitimität sondern im Gegenteil zu „unstable plebiscitary politics in which individuals have no incentive to reconcile their concrete interests with their immediate choices“ (Moravcsik

2002: 616). In seinem 2002 erschienenen Aufsatz *In Defence of the „Democratic Deficit“* nennt Moravcsik dabei explizit das Beispiel des 2001 in Irland gescheiterten und erst im zweiten Anlauf 2002 im Sinne der EU ausgegangenen Referendums zum Vertrag von Nizza (ebd.). Auch die besprochenen Referenden zum Verfassungsvertrag aus Frankreich und den Niederlanden wären hier möglicherweise als Belege für seine These heranzuziehen.

Wie Follesdal und Hix in ihrer Replik auf Moravcsik richtig darlegen, beruht sein Argumentationsgang primär auf der Annahme, dass EU-Politik im Wesentlichen regulatorischen Charakter habe⁵⁷ und dass regulatorische Politik, wie etwa das politische Agieren von Notenbanken, konstruktiver und letztlich auch mehr im Interesse der Bürger arbeiten könne, wenn sie von demokratischen Mehrheiten losgelöst sei (Follesdal/Hix 2006: 12). In diese Sinne wägt Moravcsik auf etwas plakative Weise eine „enlightened bureaucracy against the dangers of untrammelled ‚popular‘ democracy, or ‚majoritarian‘ rule“ (ebd.: 19) ab und bevorzugt dabei bezüglich der Europäischen Union die erstere Variante. Hierbei wird deutlich, dass Moravcsik – im Gegensatz zur klassischen Demokratietheorie und auch im Gegensatz zu Follesdal und Hix – die Relevanz von *output*-Legitimität im Sinne möglichst effizienter Politik über die Relevanz von *input*-Legitimität im Sinne möglichst hoher Bürgerbeteiligung stellt. Um das Verhältnis dieser beiden Ebenen im Kontext von EU-Politik noch spezifischer beleuchten zu können, soll nachfolgend auf den theoretischen Ansatz von Robert Dahl eingegangen werden, der die Möglichkeiten demokratischer Legitimation in supranationalen Kontexten analysiert.

Dahl macht bereits in seinem 1994 publizierten Aufsatz *A Democratic Dilemma* (Dahl 1994) auf eine im supranationalen Kontext zunehmende Diskrepanz zwischen „system effectiveness“ und „citizen participation“ aufmerksam und beschreibt damit eben jene Problematik, die Scharpf mit den Kategorien von *input*-orientierter und *output*-orientierter Legitimität demokratischer Systeme umrissen hatte. In transnationalen politischen Systemen, so Dahl, müssten die Bürger stets zwischen zwei inkongruenten demokratischen Ansprüchen wählen: Zum einen könnten sie im nationalstaatlichen Kontext maximal an politischen Entscheidungen partizipieren und damit ihren Nationalstaat demokratisch stärken: „They could [...] preserve the authority of a smaller democratic political unit [...] [ihres Nationalstaates, *D.W.*] within which they could act more effectively to influence the conduct of their government“ (Dahl 1994: 23). Bei dieser Möglichkeit des verhältnismäßig großen Einflusses einer Bevölkerung auf ihre nationale Regierung gelte es sich jedoch

⁵⁷ Diese Annahme mag 2002, im Erscheinungsjahr des hier zitierten Aufsatzes, richtig gewesen sein. Sie ist aber bereits mit dem Vertrag von Lissabon im Jahr 2007 und noch massiver im Zuge der Staatsschuldenkrise der Europäischen Union diskutabel geworden.

bewusst zu machen, dass diese nationale Regierung im Kontext des transnationalen Verbunds, an dem sie teilhat, viele politisch relevante Entscheidungen gar nicht mehr autark treffen und damit letztlich auch nicht im Sinne ihrer Bürger effektiv handeln könne (vgl. ebd.). Bezüglich der im nationalen Kontext nicht mehr verhandelbaren politischen Fragen hätten die Bürger daher noch eine weitere Möglichkeit: „to increase the capacity of a large political unit [des Staatenverbundes, *D.W.*] with these matters, even if their ability to influence the government in a democratic fashion were significantly less in the larger unit [...] than in the smaller unit [...]“ (ebd.: 24).

Das demokratische Dilemma besteht nach Dahl also darin, dass ein Nationalstaat sich auf der *input*-Seite zwar weiterhin in hohem Maße legitimieren kann, dass diese Legitimation in vielen Politikbereichen aber nicht mehr zu sichtbarer *output*-Effektivität führt, weil wichtige politische Fragen schlicht außerhalb der Zuständigkeit des Nationalstaates liegen. Viele *policy*-Felder, in denen es um die Effektivität des politischen Systems, um weitreichende und für den Alltag der Bürger oft relevante Entscheidungen geht, entziehen sich also der nationalen *input*-Legitimität – sie sind oft transnational angesiedelt und für den Bürger viel weniger beeinflussbar. Die geografischen Grenzen eines einzelnen Landes seien heute weit enger gesteckt als die Grenzen der Räume für Entscheidungen, die die Interessen seiner Bevölkerung berühren: „A country’s economic life, physical environment, national security, and survival are highly and probably increasingly dependent on actors and actions that are outside the country’s boundaries and not directly subject to its government“ (ebd.: 26). Die Konsequenz, die Dahl aus diesem allgemein feststellbaren Dilemma zieht, ist für die Frage nach den Möglichkeiten einer stärker demokratisch legitimierten Europäischen Union von entscheidender Bedeutung. In seiner Argumentation geht Dahl diesbezüglich zurück bis zu Jean Jacques Rousseau, der bereits betont hatte, dass die Möglichkeiten *für*, und der Einfluss *von* Bürgerbeteiligung in einem Gemeinwesen mit der steigenden Anzahl der Bürger in diesem Gemeinwesen sinken (vgl. ebd.: 29). Dahl spitzt Rousseaus These zu:

„[...] if citizens were truly equal in influence, then the influence of an average citizen would necessarily shrink as the number of citizens increased from a hundred to a thousand; from a thousand to a hundred thousand; and so on. Or if we take theoretical opportunities to participate in any stage in a decision process – for example, by engaging in discussion with all other citizens or for that matter with one’s representative in the parliament – then clearly these shrink linearly with numbers“ (ebd.).

Die Konsequenz für einen supranationalen Staatenverbund wie die Europäische Union werden hier sehr deutlich: Selbst bei hinreichender Ausbildung demokratischer Strukturen gehen die Möglichkeiten einzelner Bürger, ihre Interessen wirkmächtig in einen politischen

Entscheidungsprozess einzubringen, unweigerlich zurück⁵⁸. Ähnlich wie Blühdorn sieht auch Dahl hier nicht vorrangig den Staatenverbund, sondern primär die Mitgliedstaaten in der Pflicht: „[...] in order to maintain the vitality of the democratic process, democratic institutions *within* [Hervorhebung durch *D.W.*] countries would need to be improved. Stronger democratic institutions would [...] help to prevent delegation from becoming in effect a total permanent alienation of control“ (ebd.: 33).

Die Diskussion hat bis hierhin gezeigt, dass eine einseitige Kritik an der demokratischen Verfasstheit der Europäischen Union den strukturellen Gegebenheiten dieser nur bedingt gerecht werden kann. Mit Jürgen Habermas soll der Analyse der demokratischen Legitimation der Europäischen Union eine letzte, etwas anders akzentuierte Position hinzugefügt werden. Nach einer Einteilung von Schmidt (2010: 408) lassen sich die Verfasser der bisher dargelegten Positionen relativ eindeutig bestimmten Schulen zuordnen: auf der einen Seite stehen die „Fatalisten“, für die „die EU bis auf absehbare Zeit eine nicht nennenswert demokratisierbare Konsoziation bürokratischer Art“ darstellt (vor allem Follesdal und Hix); und auf der anderen Seite stehen die „Apologeten“, die eine weitere Demokratisierung der EU „als nicht erstrebenswert [einstufen], weil der Status Quo schon hinreichend legitimiert sei“ (vor allem Moravcsik). Habermas nimmt in dieser Kategorisierung von Schmidt eher eine hybride Stellung, die eines „Optimisten“ ein. Diese Gruppe von Analysten der Europäischen Union halte deren weitgehende Demokratisierung „für möglich und wünschenswert“ (ebd.)⁵⁹.

So führt Habermas in seinem Essay *Zur Verfassung Europas* (Habermas 2011) an, dass der „Weg zu einem politisch handlungsfähigen und demokratisch legitimierten (Kern-)Europa keineswegs blockiert“ (ebd.: 46) sei – mit dem Reformvertrag von Lissabon (der bis dato die deutlichste Aufwertung der Rechte des Europäischen Parlaments darstellt) sei hingegen „die längste Strecke des Weges schon zurückgelegt“ (ebd.). Allerdings bedeute die „Rekonfiguration der Bestandteile eines demokratischen Gemeinwesens in der Gestalt einer entstaatlichten Föderation“ (ebd.: 49) – anders ausgedrückt: die oben beschriebene

⁵⁸ Dabei gilt es allerdings zu betonen, dass Dahl die Europäische Union aus seinem demokratiethoretisch pessimistischen Ausblick auf die Entwicklung transnationaler politischer Verbände ausdrücklich ausnimmt: „Except for the European Union, the prospects for even moderately ‚democratic‘ governments of transnational political associations are poor“ (Dahl 1994: 32). Das generelle Argument des sinkenden Gewichts einzelner Bürgerinteressen in Staatenverbänden bleibt davon allerdings unberührt.

⁵⁹ Als vierte Kategorie nennt Schmidt auch noch die „Pessimisten“, die die Demokratisierung der EU befürworten, sie aber für nicht machbar halten, weil ein europäischer Demos fehle (vgl. M.G. Schmidt 2010: 408). Auf diese Gruppe soll in der Diskussion um eine europäische Identität (Kap. 4.4.) zurückgekommen werden.

Erosion nationalstaatlicher Entscheidungssouveränität zugunsten supranationaler Strukturen – nur dann keine demokratische Legitimationseinbuße, „wenn die Bürger des einen betroffenen Staates in Kooperation mit den Bürgern der übrigen beteiligten Staaten an der supranationalen Rechtsetzung nach einem demokratischen Verfahren beteiligt werden“ (ebd.: 53). Habermas negiert demnach die Absolutheit des von Dahl ausgemachten demokratischen Dilemmas; seiner Ansicht nach bedeutet eine wachsende Anzahl der von politischen Entscheidungen betroffenen Bürger nicht zwangsläufig eine Minderung der individuellen Partizipationsmöglichkeiten. Ein hinreichendes Maß an Input-Legitimität könne auch auf supranationaler Ebene gewahrt bleiben. Dazu jedoch müsse es im Rahmen der Institutionalisierung europäischer Politik entscheidende Veränderungen geben. Habermas begründet seine kritische Analyse hierbei zu einem wesentlichen Teil aus der Perspektive der von ihm maßgeblich geprägten deliberativen Demokratietheorie, nach der vor allem durch „Kommunikation mit und zwischen den Bürgern“ eine „kontinuierliche Rückbindung der gesellschaftlichen Interessen an die politischen Institutionen gewährleistet werden soll“ (Martinsen 2009: 50; vgl. auch Kapitel 3.1.2. dieser Arbeit). Diese Rückbindung gesellschaftlicher Interessen könne auf europäischer Ebene dann gewährleistet werden, wenn „quantitative Veränderungen in der sozialen und der räumlichen Dimension das Verfahren selbst intakt lassen, das heißt Deliberation und Inklusion nicht beeinträchtigen“ (Habermas 2011: 54). Eine Supranationalisierung von Politik kann also ohne demokratische Verluste vonstatten gehen, wenn die nach der deliberativen Demokratietheorie ‚richtigen‘ demokratischen Verfahren beständig bleiben – wenn politische Entscheidungen maximal inklusiv und möglichst kommunikativ-rational getroffen werden.

Die Voraussetzung dafür ist im europäischen Kontext nach Habermas die Aufspaltung der demokratischen Kernfunktion der Bürger der EU. Neben ihrer Rolle als Bürger eines Mitgliedstaates müssten sich die Menschen in der Europäischen Union verstärkt auch als „Unionsbürger“ (ebd.: 62) wahrnehmen und von der Politik als solche behandelt werden. Nur dadurch lasse sich die nach demokratischen Gesichtspunkten notwendige „Teilung der Souveränität‘ zwischen den Bürgern der Europäischen Union und den Völkern Europas“ (ebd.: 49) verwirklichen. Diese Teilung sei im Lissaboner Vertrag durch die Stärkung des Europäischen Parlaments zwar institutionell schon angelegt (ebd.: 66); in der Praxis habe sie sich aber noch nicht zur Genüge durchgesetzt, was bei vielen Menschen in der Europäischen Union die berechtigte Wahrnehmung hervorrufe, nur als nationale Bürger, nicht als Bürger der EU an demokratischen Entscheidungen mitwirken zu können. Die Folge: Es gibt auf europäischer Ebene kaum inklusive und deliberative politische

Diskurse – eine europäische Öffentlichkeit nach nationalem Vorbild hat es extrem schwer. Nur wenn Unionsbürger sich auch als solche wahrnehmen würden, könnten sie den Anspruch entwickeln, „auf das, was ihre Regierungschefs aushandeln oder in einer rechtlichen Grauzone verabreden, demokratisch Einfluss nehmen [zu] wollen“ (ebd.: 79). Gegenwärtig jedoch ließen sich in der EU vor allem die negativen Auswirkungen einer nicht vorhandenen bzw. nicht ausreichend wahrgenommenen Unionsbürgerschaft beobachten: „[...] aufseiten der Regierung ein hinhaltendes Taktieren und aufseiten der Bevölkerung eine populistische geschürte Ablehnung des europäischen Projekts im Ganzen“ (ebd.). Deshalb benötige es eine „Aufspaltung des verfassungsgebenden Subjekts in ‚Bürger‘ [der Union, *D.W.*] und ‚Staaten‘“ (ebd.: 67), die von den gleichen Bürgern, diesmal aber in ihrer Rolle als nationale Bürger, demokratisch legitimiert sind. Diese Aufspaltung sichere dann aus demokratietheoretischer Perspektive „auf doppelte Weise“ (ebd.: 68) die notwendige Input-Legitimität: Die Bürger seien an der „Konstituierung des höherstufigen politischen Gemeinwesens [...] in ihrer Rolle als künftige Unionsbürger und als Angehörige eines der Staatsvölker“ (ebd.) beteiligt. Damit könnte nach Habermas eine hinreichende Rückbindung gesellschaftlicher Interessen an die politischen Institutionen auch auf EU-Ebene gewährleistet werden⁶⁰. Für die Entwicklung einer Form europäischer Öffentlichkeit, die in Analogie zur nationalstaatlichen politischen Öffentlichkeit an demokratische Strukturen auf gleicher Ebene gekoppelt sein muss, sei das eine unabdingbare Voraussetzung.

Im Gegensatz zu den oben behandelten Verfechtern der Demokratiedefizit-These glaubt Habermas also unter bestimmten Umständen sehr klar an die Möglichkeiten demokratischer Legitimationssteigerung der Europäischen Union in ihrer gegenwärtigen, seit dem Lissaboner Vertrag gültigen institutionellen Konstitution. Aufgrund des abstrakten Levels, auf dem Habermas fast durchweg argumentiert, bekommt seine Vision einer dafür notwendigen „demokratischen Verrechtlichung“ (ebd.: 40) der Europäischen Union mitunter zwar eine utopische Anmutung; keinesfalls aber kann man ihr vorwerfen, dass sie sich gegenüber der demokratisch legitimierten Zukunft eines immer stärker supranationalisierten Europa resignativ zeige. Weniger in seiner Kritik am aktuellen Zustand der EU, vielmehr im Aufzeigen eines Auswegs aus diesem unterscheidet sich Habermas demnach von der Ansicht der ‚Fatalisten‘.

⁶⁰ Habermas führt noch weitere Vorteile einer solchen Entwicklung aus, wie etwa die potenziell größere Solidarität unter den Bürgern der Europäischen Union (vgl. Habermas 2011: 76ff.).

Exkurs: Mehr Kommunikation wagen? Zum Reputationsmanagement der EU-Kommission

Die verantwortlichen Entscheidungsträger der Europäischen Union und besonders diejenigen in der EU-Kommission haben die oben dargelegte, problematische Situation um die demokratischen Strukturen und die vorrangig von wissenschaftlichen Kritikern ausgemachte fehlende Input-Legitimation auf europäischer Ebene seit geraumer Zeit erkannt. Hinzu kommt: Sie haben ebenfalls das Informationsdefizit und die skeptische Haltung vieler Bürger gegenüber der EU erkannt. Dabei sind zumindest die Forderungen der wissenschaftlichen, von normativen Prämissen der klassischen Demokratietheorie geprägten Debatte in der politischen Praxis natürlich nicht in adäquater Weise umzusetzen – es besteht bei Verfechtern dieses Diskurses deshalb die besorgte Annahme, dass das „grundlegende demokratische Defizit eher eine akademische Sorge“ bleibe, „während die europäische Politik ihren Lauf nimmt, so als ob es auf Legitimität nicht ankäme“ (Scharpf 1999: 21).

Dem Informationsdefizit, das als praktische Folge dieser normativen Problematik gedeutet werden kann und das Habermas (2011: 79) als ursächlich für eine „populistisch geschürte Ablehnung des europäischen Projekts im Ganzen“ auf Seiten der Bevölkerungen beschreibt, nimmt sich die Europäische Union jedoch gezielt an. Bezeichnenderweise tut dies vornehmlich die EU-Kommission – jene supranationale Exekutive, der aufgrund ihrer nicht auf direkten Wahlen basierenden Zusammensetzung am vehementesten die demokratische Legitimation abgesprochen wird (vgl. Efler *et.al.* 2009: 84f.). Seit 2005 – dem Jahr, in dem die Franzosen und die Niederländer der Union in bis *dato* nicht gekannter Deutlichkeit ihr Misstrauen aussprachen – verfolgt die Kommission eine detailliert ausgearbeitete Strategie zur Reform der eigenen Kommunikationspolitik. So entwickelten die Verantwortlichen zunächst den „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ (Kommission 2005) und ließen ein Jahr später das „Weissbuch über eine europäische Kommunikationspolitik“ (Kommission 2006) folgen. Die Kommission als Herausgeber und Verfasser versteht beide Dokumente als Teil eines

„langfristigen Plan[s] zur Wiederbelebung der europäischen Demokratie und zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit⁶¹ [...], die dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gibt, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden“ (Kommission 2005: 3). Darüber hinaus gehe es darum, die „Kommunikationskluft“ (Kommission 2006: 4) zu überbrücken, die sich zwischen den Auswirkungen der EU-Politik auf das Leben der Bürger und der „Kommunikation der EU mit den Bürgern“ (ebd.: 2) aufgetan habe. Man sei dabei bestrebt, „den Bürgern zuzuhören, damit die Europäische Union ihre Belange wahrnehmen kann“ (Kommission 2005: 4).

Aus diesen Grundintentionen wird deutlich, dass die Kommission die demokratiethoretisch begründbaren, in der Praxis aber vor allem in Form von Misstrauen und Desinteresse der Bürger sich manifestierenden Legitimationsschwächen der Europäischen Union nicht nur erkannt sondern als reformbedürftig eingestuft hat. Die Verfasser des „Plan D“ berufen sich dabei auch auf Ergebnisse des regelmäßig von der Kommission in Auftrag gegebenen *Eurobarometers*. So ginge aus den Ergebnisse des unmittelbar vor dem „Plan D“ durchgeführten Eurobarometer deutlich hervor, dass „die öffentliche Zustimmung zur Europäischen Union in den letzten Monaten ständig abgenommen hat“ (ebd.: 3). Besonders bei den Punkten „Vertrauen, Image oder Beurteilung der EU-Mitgliedschaft“ gäbe es stetig sinkende Werte (vgl. ebd.). Zur Lösung dieser Reputations- und damit auch Legitimationsprobleme möchten die Verfasser des „Plan D“ verstärkt eine „öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union“ (ebd.: 5) anregen, die sich vordergründig nicht mit abstrakten Fragen, wie der nach einer europäischen Verfassung, sondern vielmehr mit den Politikfeldern auseinandersetzt, mit denen Bürger in ihrem Alltag in Berührung kommen: Arbeitsplätze, Wirtschaft, Verkehr, innere Sicherheit, Umweltschutz und Erdölpreise (vgl. ebd.: 6). Zu diesem Zweck sollen auf

⁶¹ Der Begriff der Europäischen Öffentlichkeit kann an dieser Stelle noch nicht hinreichend erläutert werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die EU-Kommission ihn in diesem Zusammenhang versteht als eine europaweit stattfindende, von Politik, Massenmedien und Bürgern öffentlich geführte Debatte über Europa und die Zukunft der Europäischen Union (vgl. Kommission 2006: 5).

nationaler Ebene „Veranstaltungen zur Förderung der Diskussion“ (ebd.: 4) über Europa etabliert werden, die die Kommission organisatorisch und finanziell unterstützen möchte.

Bereits an dieser Stelle werden zwei Grundprobleme einer solchen Kommunikationsstrategie evident: Zum einen beruft sich die EU-Kommission bei der Ankündigung, Bürger-Diskussionen über Europa zu forcieren, explizit auf die Verantwortung der Nationalstaaten. Sie schreibt deren Regierungen den wichtigsten Teil der pro-europäischen Kommunikationsarbeit zu (vgl. ebd.). Die Rolle der Kommission bestehe hingegen darin, „die Mitgliedstaaten bei der Veranstaltung von Diskussionen zu unterstützen, und nicht, ihre Aufgabe zu übernehmen“ (ebd.). Deutlich wird das auch, wenn die Kommission den Mitgliedstaaten empfiehlt, „die notwendigen Schritte [zu] ergreifen, um sobald wie möglich in jedem Mitgliedstaat eine nationale Debatte zu strukturieren“ (ebd.: 12). Dass diese Funktionsaufteilung zu einer verbesserten Akzeptanz der Europäischen Union als übergeordneten politischen Gebildes führen wird, darf allerdings bezweifelt werden. Obliegt die Hoheit über politisch initiierte Europa-Diskurse den Nationalstaaten, dann werden diese Diskurse wohl unweigerlich auch nach nationalen und nicht primär nach europäischen Relevanzkriterien geführt. Es bleibt fraglich, ob sich die Sichtbarkeit und die Nahbarkeit der Europäischen Union für die Bürger damit signifikant erhöhen.

Zum anderen lässt sich ganz grundsätzlich fragen, inwiefern eine Diskussion über Europa, die im Rahmen einer auf das Image abzielenden Kommunikationskampagne in Top-Down-Manier gewissermaßen ‚angeordnet‘ wird, dazu beitragen kann, den Ruf der Union als bürgerfern und bürokratisch nachhaltig zu verändern. Zwar spricht sich die Kommission im „Plan D“ dafür aus, diese Diskussionen „nicht nur auf die politischen Führer und die üblichen Beteiligten [zu] beschränken“, sondern auch „die Zivilgesellschaft“ (ebd.: 3) mit einzubeziehen und sie betont im Weissbuch gar, dass „ein grundlegend neuer Ansatz [...] auf mehr Dialog statt auf einseitige Kommunikation“ setzen, sowie „den Bürger und nicht die Institution in den Mittelpunkt der Kommunikation“ (Kommission 2006: 4) stellen müsse; dem gilt es allerdings entgegenzuhalten, dass selbst ein auf

Dialog fokussierter Kommunikationsplan in seiner Wahrnehmung bei den Bürgern unverständlich, artifiziell und bürokratisch bleibt, wenn er in leicht durchschaubarer Weise aus Imagegründen und ‚von oben‘ implementiert wird.

Neben den national zu organisierenden Diskussionsveranstaltungen nennt der „Plan D“ eine Reihe weiterer Maßnahmen zur „Anregung einer umfassenden öffentlichen Diskussion“ (ebd.: 8). Unter anderem sollen „Besuche von Kommissionsmitgliedern in den Mitgliedstaaten“, „bürgerfreundliche Vertretungen“ (ebd.) der Kommission in den Mitgliedstaaten als Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft, die Etablierung von „Europe-Direct-Zentren“ (ebd.: 9) für Veranstaltungen auf regionaler und lokaler Ebene, sowie ein „Europäischer Runder Tisch für Demokratie“, an dem sich „Bürger verschiedener Weltanschauungen“ (ebd.) über die Europäische Union austauschen können, zur Etablierung einer kontinuierlichen öffentlichen Debatte über Europa beitragen. Diese Maßnahmen können im besten Fall die Sichtbarkeit der Europäischen Union an ausgewählten nationalen Standpunkten erhöhen; ob sich im gleichen Zug gesamtgesellschaftliche Debatten anstoßen lassen, bleibt allerdings auch hier fraglich.

Neben diesen praktischen Schwierigkeiten wirkt die in beiden Dokumenten verfolgte Strategie der Kommission auch aus theoretischer Perspektive wenig aufschlussreich. Sanja Ivic macht in ihrer Analyse des „Plan D“ drei Kernprinzipien aus, die die Verantwortlichen verfolgen würden: „Inclusion (all citizens should have equal access to information in the EU); diversity (all actors should have a voice) and participation (all voices should be heard)“ (Ivic 2011: 17). Aus diesen Prinzipien leitet Ivic einen theoretischen Anspruch der Verfasser ab, Europa auf den Weg zu einer von deliberativen Grundsätzen geprägten Demokratie zu bringen (vgl. ebd.). Obwohl die von Ivic ausgemachten Ansprüche des „Plan D“ unzweifelhaft Kongruenzen zu Kernprämissen der deliberativen Demokratietheorie (siehe Kapitel 3.1.2. der vorliegenden Arbeit) aufweisen, scheint diese normative Messlatte für eine praxisorientierte Kommunikationspolitik der Europäischen Union doch bei weitem zu hoch zu liegen. Wenig

überraschend kommt auch Ivic zu dem Ergebnis, dass die deliberativen Ansprüche des „Plan D“ durch die tatsächliche Kommunikationspolitik der Kommission in keiner Weise eingelöst worden seien. Diesem Fazit ist beizupflichten; selbst dann, wenn man der Europäischen Kommission nicht das Verfolgen deliberativ-demokratischer Ziele unterstellt. Das strukturelle Problem scheint hier vielmehr in einem fälschlichen Verständnis von Kommunikationspolitik zu liegen, das davon ausgeht, neue Öffentlichkeiten *für* und Vertrauenszuwächse *in* die Europäische Union strategisch planen und in paternalistischer Manier („die Bürger müssen erkennen, dass Europa einen Zusatznutzen bietet“ [Kommission 2005: 3]) implementieren zu können. Das zeigt sich ebenfalls deutlich in einer Formulierung der EU-Kommission, nach der „das Gefühl der Entfremdung“ gegenüber Brüssel bei den Bürgern Europas deshalb so verbreitet sei, weil „keine entsprechende ‚europäische öffentliche Sphäre‘ geschaffen wurde, in der eine europapolitische Diskussion entstehen kann“ (Kommission 2006: 5). Hier herrscht eine fatale Fehleinschätzung gegenüber der (aus dem englischen ‚public sphere‘ fragwürdig mit dem Begriff der ‚öffentlichen Sphäre‘ übersetzten) Kategorie der politischen Öffentlichkeit vor: Wie die theoretische Diskussion dieser Kategorie in den zurückliegenden Kapiteln der vorliegenden Arbeit gezeigt hat, kann politische Öffentlichkeit gerade *nicht* durch staatliche (oder in diesem Fall suprastaatliche) Interventionen geschaffen werden – sie ist vielmehr ein Produkt komplexer Interferenzen zwischen unterschiedlichen Teilen eines gesellschaftlichen Gesamtsystems. Die im Weissbuch ebenfalls angekündigten, langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Bürger, wie etwa die Verbesserung politischer Bildung (ebd.: 7) oder die Förderung von nachhaltigen Kontakten zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen (ebd.: 8) wirken in dieser Hinsicht schon aussichtsreicher.

Ivic spricht in diesem Zusammenhang einen weiteren relevanten Punkt an: Eine emphatisch debattierende Öffentlichkeit, wie sie der Kommission in beiden untersuchten Dokumenten vorschwebt, lässt sich auch deshalb nicht einfach ‚verordnen‘, weil sich eine stabile Öffentlichkeit *suis generis* auf ein Grundgerüst aus geteilten Werten und kohärenten Identitäten stützen müsse. Zwar ist diese essentialistische These innerhalb der Forschung zur

europäischen Öffentlichkeit durchaus umstritten und wird auch vom Autor der vorliegenden Arbeit eher kritisch gesehen (siehe hierzu besonders Kapitel 5.1. der vorliegenden Arbeit) – festhalten lässt sich aber, dass der „Plan D“ die Frage nach Werten und Einstellungen gänzlich auslässt: „The Plan D does not include any references to European identity and European values, which represent the significant part of the idea of European public sphere“ (Ivic 2011: 18). Gleiches ließe sich auch bezüglich des Weissbuches anführen.

Dass beide Kerndokumente dieser – als Reaktion auf die 2005 in Frankreich und den Niederlanden gescheiterten Referenden erdachten – Kommunikationsstrategie sowohl in der Wissenschaft wenig Nachhall, als auch in der Praxis keine nachhaltig erfolgreiche Umsetzung gefunden haben, erstaunt bei näherer Betrachtung also nicht. Das von Frank Schorkopf in bestechender Prägnanz formulierte Grundproblem des Verhältnisses der EU zu ihren Bürgern lässt sich auch auf die dargelegte Kommunikationsstrategie beziehen:

„Indem die Union so engagiert auf die Probleme zeigt, richtet sie aber zugleich auch drei Finger auf sich selbst. Aus einer Gesamtschau wirkt das Bemühen um eine europäische Bürgerschaft wieder als technokratisches Projekt von oben. Es beruht auf der unreflektierten Überzeugung, dass es nur einen hinreichenden Maßes an Aufklärung bedarf, damit der Bürger rational die Union bejaht. Bürger dürfen auch irrational sein. Der breite Rückhalt in den nationalen Gesellschaften – vielleicht eines Tages auch einer europäischen Gesellschaft – lässt sich nicht schaffen“ (Schorkopf 2010: 135).

4.3. „Du sagst mich tot, also bin ich!“ – Europäische Integration im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Theoriebildung und politischer Praxis

Die dargelegte Debatte um die Frage, ob und inwieweit das politisch institutionalisierte Europa in seiner gegenwärtigen Gestalt der Europäischen Union ein Demokratiedefizit aufweist, ist kausal verknüpft mit einer anderen, im europäischen Kontext ebenfalls kontrovers diskutierten Fragestellung – nämlich derjenigen nach den Prinzipien,

Mechanismen und den Erfolgen bzw. Misserfolgen der europäischen Integration. Ein Europa, das demokratisch ‚funktionieren‘ soll, bedarf eines gewissen Levels an Kohärenz, Zusammengehörigkeit und Einheit, kurz: an Integration. Die im Lissabon-Vertrag gewählte Formulierung der „Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“ (Europäische Union 2008: 16) verdeutlicht diesen Anspruch auf politischer Ebene. Er lässt sich, mit gewissen Abstrichen, ebenso auf sozialer oder kultureller Ebene stellen. Auch die Charakterisierung Europas von Ulrich Beck und Edgar Grande als „doing Europe“ (U. Beck/Grande 2007: 161) betont in ihrer Fokussierung auf einerseits Aktivität und andererseits Prozesshaftigkeit die Tatsache, dass Europa kein vorfindbarer Zustand, sondern vielmehr das Ergebnis seiner eigenen, kontinuierlich notwendigen Bemühungen um ein Zusammenfinden unterschiedlicher partikulärer Kräfte ist.

Versteht man den Begriff der Integration dabei in seiner politikwissenschaftlichen Kernbedeutung als „Entstehung oder Herstellung einer Einheit oder Ganzheit aus einzelnen Elementen oder die Fähigkeit einer Einheit oder Ganzheit, den Zusammenhalt der einzelnen Elemente auf der Basis gemeinsam geteilter Werte und Normen aufrechtzuerhalten“ (Nohlen 2004: 369), dann wird deutlich, dass es eben jene beiden Begriffskonstituenten sind, welche die europäische Integration bislang maßgeblich bestimmt haben: die bis zu einem gewissen Grad gewünschte Herstellung einer (prinzipiell jedoch nicht finalisierbaren) Einheit aus den einzelnen Elementen respektive Nationalstaaten, sowie das Bestreben jener im Entstehen begriffenen beziehungsweise bereits entstandenen Einheit, ihren Zusammenhalt durch Werte und Normen zu bekräftigen und sicherzustellen. Letzterer Anspruch findet sich ebenfalls im Reformvertrag von 2007, in Artikel 2:

„Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“ (Europäische Union 2008: 17).

Dieses zwar nicht auf verfassungsrechtlicher, aber immerhin auf völkerrechtlicher Ebene kodifizierte Bemühen um europäische Integration kann damit als eine Funktion des Vertrages von Lissabon festgehalten werden.

Um im Kontext der Konstituierung europäischer Öffentlichkeiten jedoch analytische Relevanz zu entwickeln, bedarf die Betrachtung der Kategorie europäischer Integration einer breiter angelegten Untersuchungsperspektive, die zudem praktische Erscheinungsformen von Integration mit ihren wissenschaftlich-theoretischen

Erklärungsformen verknüpft. Erweitert man das politikwissenschaftliche Analysespektrum im ersten Sinne um eine kulturwissenschaftliche bzw. kultursoziologische Herangehensweise, die nach den kulturellen Bedingtheiten sowie den kulturellen Ausdrucksformen von Integrationsmechanismen, ganz allgemein nach der „kulturellen Verfasstheit des Sozialen“ (Lipp 2002: 298) in Europa fragt, dann werden mögliche Verknüpfungspunkte zwischen den Kategorien europäische Integration und europäische Öffentlichkeit unmittelbar evident. Eine transnational sich bildende und auch transnational wirkmächtige Öffentlichkeit setzt nicht nur einen gewissen Grad an transnationaler Integration (im politikwissenschaftlichen Sinn einer ‚Einheit oder Ganzheit‘) unabdingbar voraus, sie ist gleichzeitig selbst auch immer kulturelle Ausdrucksform dieser Integration – sie belegt die Existenz von Integration. Damit die Konzeption europäischer Öffentlichkeit, wie sie in der vorliegenden Arbeit erfolgen soll, sowohl auf konkrete Integrationsformen im europäischen Raum als auch auf eine theoretische Konzeption europäischer Integration zurückgreifen kann, soll im Folgenden zunächst auf wichtige Erfahrungen und Probleme der europäischen Integrationspraxis seit 1945 eingegangen werden, bevor diese anhand dreier unterschiedlicher Theorien europäischer Integration – der neofunktionalistischen, der intergouvernementalistischen und der kosmopolitischen – normativ eingeordnet werden.

4.3.1. Zu den historischen Erfahrungen, gegenwärtigen Problemen und zukünftigen Chancen europäischer Integrationspraxis

Wie in Kapitel 4.1. angedeutet, markierten die Erfahrungen zweier aus humanitärer, politischer und wirtschaftlicher Perspektive verheerender Weltkriege in den Jahren nach 1945 einen zwar in sich durchaus brüchigen, aber dennoch deutlich wahrnehmbaren Neubeginn bezüglich der Selbstwahrnehmung eines europäischen Kontinents, dessen noch in der Aufklärung existente Form gedachter und partiell auch gelebter Einheit sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend vom vornehmlich durch Abgrenzung und Alterität gekennzeichneten Konzept des Nationalstaats hatte an den Rand drängen lassen⁶². Der nach dem Zweiten Weltkrieg langsam einsetzende Bewusstseinswandel, dessen erste

⁶² Die in einigen europäischen Ländern in der Zwischenkriegszeit aufkommenden, proeuropäischen Bewegungen wie die 1922 von Richard Nikolaus von Coudenhove-Kalergi gegründete *PanEuropa-Union* oder die 1938 gegründete *Federal Union* um den britischen Politiker Philip Kerr müssen hier als erwähnenswerte, politisch und gesellschaftlich aber letztlich nur bedingt wirkmächtige Ausnahmen gelten.

institutionelle Konsequenzen sich 1952 im Inkrafttreten der Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 1955 in der als militärischer Beistandspakt gegründeten Westeuropäischen Union sowie 1957 in der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft manifestierten, war geprägt von der „Einsicht in die Notwendigkeit der Verflüssigung von Beziehungen zwischen den Europäischen Staaten“ (Schmale 2010: 137). Unter Verflüssigung versteht Wolfgang Schmale dabei „Grenzüberschreitung, Transnationalität, Supranationalität, Austausch, Beschleunigung, Loslösen, Erleichtern, Befreien, Eröffnen von Chancen, Beweglichkeit, Anpassungsfähigkeit, neu zusammenbauen, produktives Nebeneinander von Heterogenitäten, erzielen neuer Kongruenzen und vieles andere mehr“ (ebd.) – also jene politischen, kulturellen, alltagsweltlichen und mentalen Freiheiten, die zumindest in den Kriegsphasen während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend undenkbar waren. Diese, vor allem politisch und wirtschaftlich geprägte Frühphase der europäischen Integration zog ihren ideellen Antrieb aber nicht allein aus den neuen Denk- und Handlungsmöglichkeiten einer unmittelbaren Nachkriegsepoche; sie zog sie vor allem als explizite Antwort *auf* das Erlebte. Die Ausbildung der oben genannten, ersten supranationalen Institutionen entsprach von Beginn an auch einer Europäisierung als ‚kontra-historisches‘ Projekt (vgl. Kapitel 4.1.). In diesem Sinne argumentiert auch Johannes Varwick (2011b: 19), wenn er schreibt, die Integrationsschritte der 1950er Jahre seien als „neuartige Methode für einen möglichst dauerhaften Frieden in Europa“ sowie als Grundlage dafür gedacht worden, „dass sich Krieg und Völkermord auf dem europäischen Boden nicht wiederholen. An die Stelle von nationalistischem Chauvinismus sollte [...] eine Kultur der Kooperation und des Ausgleichs treten.“

Dieser politisch-moralischen Deutung der Nachkriegsintegration zu Folge war der wirtschaftliche Integrationsprozess Europas „nie ein Selbstzweck“ (Kühnhardt 2010: 33); vielmehr diente er „stets einem politischen Ziel“, nämlich dem „Frieden in einer Neuordnung unter dem Primat von Recht und Demokratie“ (ebd.). Entgegenhalten lässt sich einer solchen Interpretation die Vermutung, dass es gerade in den von den Folgen des Krieges geplagten, nationalen Wirtschaften der 1950er Jahre sehr wohl so etwas wie ökonomische Interessenpolitik gab, die unter anderem in Form von Integrationsschritten umgesetzt werden sollte. Hier sei stellvertretend das primäre Interesse Frankreichs genannt, durch die EGKS vom deutschen Industriepotenzial zu profitieren (vgl. dazu Brunn 2009: 69ff.). Hinzu kam mit dem Bestreben verschiedener politischer Eliten, Europa als neue wirtschaftliche und politische Großmacht in der Welt zu etablieren (vgl. Haller 2009: 401), ein wirtschafts- und machtpolitisches Interesse, das die europäischen Staaten bei allen Differenzen unweigerlich verband und einte. Nachdem die großen europäischen Nationen,

allen voran England, Frankreich und Deutschland bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs selbst Weltmächte gewesen waren, hatten sie diesen Status mit dem schon zu Beginn des Kalten Krieges sich abzeichnenden Wettrüsten zwischen den USA und der Sowjetunion an eben jene beiden neuen Supermächte abtreten müssen. „Aus diesem Grunde wurde die Idee des vereinigten Europa als neuer Weltmacht entwickelt“ (ebd.). Die Integrationsbemühungen der Nachkriegsjahrzehnte wurden also einerseits durch eine in expliziter Abkehr zur bellizistischen Vergangenheit formulierten, humanistischen Ideologie sowie andererseits mit dem Wunsch der Eliten des Kontinents, weltpolitisch und damit auch wirtschaftlich zu neuer Stärke zu gelangen, begründet.

In seinem Buch *Falls Europa erwacht* versucht Peter Sloterdijk diese beiden Argumentationsrichtungen aus einer Art kollektivpsychologisch-historischer Perspektive als Teil verschiedener, zwischen 1945 und 1989 in Europa vorherrschender „Vakuum-Ideologien“ (Sloterdijk 1994: 16) zu enttarnen. So sei europäische Politik während der Nachkriegsjahrzehnte immer auch als Ersatzhandlung zur Kompensation des eigenen Bedeutungsverlustes auf weltpolitischer Bühne zu verstehen gewesen:

„Europas traumatische Lektion von 1945 lag ohne Zweifel in der Demütigung durch seine Befreier. Seither musste europäische Politik immer auch eine Art Kur für überreizte Patienten bedeuten, die es nie gänzlich wahrhaben wollten, dass sie Rettung von außen nötig gehabt hatten. Wer unter Schock lebt, scheint den Faden seines Daseins verloren zu haben und wird bei seinen Versuchen, die Normalität wiederzufinden, den Eindruck machen, er tue nicht, was er möchte, sondern etwas statt dessen. Die Schockierten von 1945 bilden keine Ausnahme von dieser Regel. Mit einem System von Ersatzhandlungen baut sich der alte Kontinent wieder auf. Für seine Bewohner beginnt eine Ära der Vakuum-Ideologien, die allesamt die Aufgabe haben, den Absturz aus der Mitte der politischen Welt zu interpretieren und zu rechtfertigen“ (ebd.: 15f.).

Sloterdijk nennt neben dem „heilsamen Rückgang zu den Quellen der christlichen Demokratie im altabendländischen Humanismus“ (ebd.: 16) noch andere Vakuum-Ideologien (vgl. ebd.), die für den Autor der vorliegenden Arbeit jedoch allesamt das Manko aufweisen, dass sie die konkreten politischen und wirtschaftlichen Vorteile europäischer Integration als Handlungsmotivation einer kollektivpsychologischen, letztlich rein ideologischen Überformung unterordnen und ihre Gewichtigkeit damit verkennen. Zwar ist der Aspekt einer stärkeren Besinnung auf ein politisch noch eher abstraktes Gebilde ‚Europa‘ als Kompensation einer gewissen normativen Orientierungslosigkeit besonders in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht gänzlich von der Hand zu weisen⁶³, als

⁶³ Diese Situation der Orientierungslosigkeit, in der das ‚Projekt Europa‘ als Projektionsfläche für die Überwindung vergangener und gegenwärtiger Krisen und Kriege dient, lässt sich mit ähnlichen

weitreichender Erklärungsansatz für eine politisch *und* ökonomisch begründbare Aufgeschlossenheit gegenüber weitreichenden europäischen Integrationsschritten scheint Sloterdijks These aber eher unzureichend.

Vielmehr lassen sich die Integrationsbestrebungen in den Nachkriegsjahrzehnten in einen anderen, größeren Erklärungszusammenhang stellen, welcher die integrative Kraft von gesellschaftlichen und politischen Krisen in und um Europa betont und damit wichtige Schritte der europäischen Integration über die gesamte zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinweg bis hinein in die Gegenwart zu erklären vermag.

Kühnhardt (2010: 65) unterscheidet in diesem Zusammenhang paradigmatisch zwischen Krisen *der* Integration („crises of integration“) und Krisen *in* der Integration („crises in integration“). Während der erste Krisen-Typus die Integration fundamental, ja in ihrer Existenz angreife, beziehe sich letzterer Typus auf Probleme innerhalb von Integrationsprozessen, die zu „difficulties in implementing certain policy objectives or goals“ (ebd.) führen könnten, ohne dass jedoch die Verfehlung dieser bestimmten Teilziele der Integration mit der Gefährdung des Integrationsprozess als solchem gleichgesetzt werden müsse (vgl. ebd.). Der entscheidende Schritt in der Argumentation Kühnhardts besteht nun darin, dass es sich bei Krisen im Kontext der europäischen Integration seit 1945 immer um die weichere Krisenvariante, um *crises in integration* gehandelt habe. Diese Krisen aber hätten Integrationsfortschritte zumeist nicht nur nicht verhindert, sondern *à la longue* sogar gefördert: „One might formulate a cautious hypothesis that, more often, it [der Integrationsfortschritt, *D.W.*] came about not in spite of, but because of crises“ (ebd.: 67).

Diese Hypothese lässt sich an verschiedenen Beispielen aus der europäischen Integrationsgeschichte seit 1945 nachvollziehen. Die bereits angesprochenen, frühen supranationalen Institutionalisierungsschritte in Form der EGKS, der EWG und auch der 1957 gegründeten Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) sind in diesem Zusammenhang in eine historische Periode einzuordnen, in der Europa immer noch stark unter dem Eindruck der Katastrophe zweier Weltkriege und deren unmittelbaren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Folgen stand. „The destruction of Europe in two wars, the democratic revitalization of its Western-part (West Germany included) with the help of America’s policy of enlightened self-interest (Marshall Plan) and continuous strategic presence as a ‘European power’, but also the end of Europe’s global colonial

Prämissen erklären wie die in Kapitel 2. dargelegte Situation im 18. Jahrhundert. Auch in dieser Epoche befanden sich viele europäische Staaten aufgrund von Kriegen in einer Phase internationaler Instabilität und sahen ein geeintes Europa als willkommene Projektionsfläche für eine friedlichere Zukunft.

power” (ebd.: 69) markierten demnach die krisenhaften Ausgangsbedingungen für die verstärkten Bemühungen um ein wirtschaftliches und politisches Zusammenwachsen Europas – „the beginning of Europe’s second renaissance” (ebd.). Die Gründung der EWG, so Kühnhardt, sei in diesem Zusammenhang nicht nur als Antwort auf Krieg und Zerstörung, sondern ebenso als Antwort auf das offenkundige Scheitern hegemonialer Politik in Europa und dessen Balance-of-Power Konzepte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu bewerten (vgl. ebd.). Die Verfasstheit Europas in der unmittelbaren Nachkriegszeit, die bezüglich der eigenen politischen und gesellschaftlichen Normen, Ziele und Werte durchaus als krisenhaft zu beschreiben ist, führte also in der Konsequenz deutlich zur institutionalisierten Ausbildung integrativer Strukturen.

Den zweiten historischen Zusammenhang zwischen einer krisenhaften Umbruchssituation und einer Vertiefung der europäischen Integration als deren unmittelbare Folge erkennt Kühnhardt in der Periode ab dem Jahr 1989. Auch mit dem Fall der Berliner Mauer, der Deutschen Wiedervereinigung und schließlich der Auflösung der Sowjetunion sei die Europäische Integration vor enorme, völlig neue in ihrer Komplexität ebenfalls krisenähnliche Herausforderungen gestellt worden, die eineinhalb Jahrzehnte später, in der großen Osterweiterung der EU im Jahr 2004, ihren integrativen Niederschlag gefunden hätten (vgl. ebd.: 69f.). Auch hier wurde eine historische Situation politischer und gesellschaftlicher Umbrüche und Ungewissheiten im europäischen Kontext mittelfristig mit verstärkter Integration beantwortet. Auf die Notwendigkeit dieser Reaktion Europas hat der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer im Jahr 2000 in seiner berühmt gewordenen „Humboldt-Rede“ zu Europa hingewiesen. Fischer formuliert hier erstaunlicherweise zunächst retrospektiv; seine Ausführungen muten dennoch, vier Jahre vor der großen EU-Osterweiterung, wie ein politischer Zukunftsentwurf an:

„Nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums musste sich die EU nach Osten öffnen, sonst hätte sich die Idee der europäischen Integration selbst ausgehöhlt, und letztlich zerstört. [...] Eine auf Westeuropa beschränkte EU hätte es dauerhaft mit einem gespaltenen Staatensystem in Europa zu tun gehabt: in Westeuropa die Integration, in Osteuropa das alte Gleichgewichtssystem mit seiner anhaltend nationalen Orientierung, Koalitionszwängen, klassischer Interessenpolitik und der permanenten Gefahr nationalistischer Ideologien und Konfrontationen. [...] Die Gefahr besteht dann, dass eine Erweiterung auf 27, 30 Mitglieder die Absorptionsfähigkeit der EU mit ihren alten Institutionen und Mechanismen überfordern wird, und dass es zu schweren Krisen kommen kann. Aber diese Gefahr spricht, wohlgemerkt, nicht gegen die schnellstmögliche Erweiterung, sondern vielmehr für eine entschlossene und angemessene Reform der

Institutionen, damit die Handlungsfähigkeit auch unter den Bedingungen der Erweiterung erhalten bleibt.“ (Fischer 2000: 4).

Auch hier wird die große, in ihrem Ausgang durchaus ungewisse Herausforderung der Europäischen Union – die politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt kulturelle Einbindung von Staaten, die zehn Jahre zuvor noch kommunistisch regiert worden waren – deutlich und auch hier wird sie programmatisch mit dem Ruf nach stärkerer Integration beantwortet.

Allerdings ist Kühnhardts Deutung der EU-Osterweiterung von 2004 als „answer to ‚1989““ (Kühnhardt 2010: 69) in sich widersprüchlich und weniger stringent als etwa die oben dargelegte Bewertung, „that ‘1957’ was the European answer to ‘1945’“ (ebd.). Der Osteuropa-Integrationschritt der damit auf 25 Mitgliedstaaten angewachsenen Union führte nämlich seinerseits zu einer neuen europäischen Krise, die im Kern bis heute höchstens provisorisch gelöst zu sein scheint: die gescheiterte Ratifikation der EU-Verfassung im Jahr 2005. Offenkundig überforderte die Parallelität der Bemühungen um eine Unionserweiterung und eine Unionsvertiefung die europäischen Bürger. Die Folge waren nicht nur diverse „crises of trust between ‘old’ and ‘new’ Europe“ (ebd.), sondern vor allem ein erstmals offenkundiger Rückschlag auf dem bereits im Maastricht-Vertrag von 1992 postulierten Weg zu einer „immer engeren Union der Völker Europas“ (Europäische Union 1992). Wird die Gleichzeitigkeit von Osterweiterung und geplanter Verfassungsgebung verstanden als eine „honest responses of the EU leadership to the fall of the Iron Curtain and to the quest of combining parliamentary democracy and constitutional authority on the national level with democratic transparency, efficiency and accountability on the EU level“ (Kühnhardt 2010: 70), so zeigt sich hier deutlich, dass europäische Integration mitnichten eine Art politischer Selbstläufer im Sinne eines normativ bedingungslos begrüßenswerten Prozesses darstellt. Sie ist vielmehr abhängig von historischen Kontexten und politischen Abwägungen, von kollektiven Denk- und Verhaltensmustern und nicht zuletzt von angemessener Kommunikation.

Erst in diesem Sinne lässt sich dann auch die Verfassungskrise aus dem Jahr 2005 – die im Kern nichts anderes war als eine „crisis in integration“ – langfristig als Katalysator für einen integrativen Fortschritt deuten: So manifestierte sich dieser Fortschritt nicht in einem neuen Level der Institutionalisierung von Integration, sondern in einer spätestens seit 2005 aufscheinenden, neuen Kultur der Kommunikation von Integrationsbestrebungen. Hier wird der Zusammenhang zwischen europäischer Integration und europäischer Öffentlichkeit an zentraler Stelle evident: Unzweideutig führten die gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden zur „first, more or less, public

constitutional debate in Europe” (ebd.: 71). Europäische Integration musste spätestens von diesem Punkt an kommunikativ vermittelt werden, sollte sie auf breite Zustimmung der Bevölkerungen treffen. Im Zuge der Ratifizierung des auf die gescheiterte Verfassung folgenden Reformvertrags von Lissabon wird dieser neue Grundsatz der Legitimation von Integration durch Kommunikation dann sehr deutlich: Nachdem die irische Bevölkerung im Jahr 2008 auch den Reformvertrag in einem ersten Referendum abgelehnt hatte, wurde vor dem zweiten Referendum im Jahr 2009 ein Wahlkampf geführt, welcher

„eine europäische Öffentlichkeit hervorgebracht hat, von der immer wieder behauptet wird, es gäbe sie nicht: Jeder, der für oder gegen den Vertrag von Lissabon war, konnte in Irland öffentlich Stellung nehmen – dank der dort gesprochenen englischen Sprache, die faktisch die lingua franca der Europäischen Union ist. Jeder, der an europäischer Politik interessiert ist, musste sich vom Ausgang des irischen Referendums tangiert fühlen. Dieses Referendum war ein europäisches und nicht bloß ein irisches Ereignis“ (ebd.: 169f.).

In diesem Sinne haben die Erfahrungen aus der Integrationskrise von 2005 nicht unmittelbar zu einem integrativen Fortschritt, wohl aber zu einer neuen Qualität der Diskussion um europäische Integration geführt.

Es lassen sich eine Reihe weiterer, wenn auch weniger geschichtsträchtiger europäischer Krisen aufzählen, von denen sich nicht wenige „als Impuls, vielleicht sogar als Motor für weitergehende Integrationsschritte erwiesen“ (Birk 2011: 69): das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Jahr 1954, auf das drei Jahre später die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft folgte; das Scheitern des ersten Versuchs einer europäischen Währungsgemeinschaft im „Werner-Plan“ von 1970, das aus der Retrospektive als wichtiger Erprobungsschritt auf dem Weg zum Euro bewertet werden kann und nicht zuletzt auch die manifeste Integrationskrise, nachdem ein dänisches Referendum 1992 den Vertrag von Maastricht abgelehnt hatte. Auch hier entstand eine öffentliche Debatte, die schließlich zu partiellen Veränderungen des Vertrags und erst daraufhin zu einer Vertragsannahme Dänemarks führte. „I believe“, schreibt Robert Dahl (1994: 34) diesbezüglich, „that the Danish people made a positive contribution both to democratic values and the European community“. Ähnlich wie 2009 in Irland wirkte auch hier die öffentliche, in Teilen europaweit geführte Debatte über den Vertrag, die Konstituierung einer themengebundenen transnationalen Öffentlichkeit, durchaus integrationsfördernd.

Das fortwährende Voranschreiten der europäischen Integration eben durch die verschiedenen *crises in integration*, das Ulrich Beck und Edgar Grande (2007: 12) auf die triviale, aber passende Formel „Du sagst mich tot, also bin ich!“ gebracht haben, veranlasst

jedoch mitnichten alle Theoretiker zu jenem positiven Fazit, das man im Rahmen der dargelegten Entwicklung geneigt sein könnte zu ziehen. Jürgen Habermas hat 2004 aus der Tatsache, dass der europäische Integrationsprozess auch ohne erkennbare Lösungen seiner inhärenten Probleme immer weiter fortgeschritten ist, die seiner Ansicht nach problematische Erkenntnis abgeleitet, dass ein als selbstläufig erscheinender Prozess der Einigung Europas erstens „die Politik des Durchwursteln[s]“ (Habermas 2004: 69) nationaler und europäischer Politiker erkläre und dass diese Politiker im Lichte scheinbar erfolgreicher Integration zweitens „am eingespielten intergouvernementalen Entscheidungsmodus festhalten“ könnten und „sich nicht um eine normative Integration der Bürger bemühen [müssten], die gemeinsame Zielsetzungen über nationale Grenzen hinweg erst ermöglichen würde“ (ebd.). Letztere Erkenntnis ist aus der Habermas'schen Perspektive freilich die beunruhigendere. Das gemeinsame europäische Bewusstsein, die „staats- oder überstaatsbürgerliche Solidarität“ (Habermas 2011: 56), die Habermas in seinen Schriften zu Europa stets für unabdingbar auf dem Weg zu einer stärker demokratisch verfassten Union erklärt, würde durch eine *sui generis* fortschreitende „Systemintegration und eine Verwicklung der Eliten in pfadabhängige Entscheidungen“ (Habermas 2004: 69) geradezu „überflüssig“ (ebd.). Die oben dargelegte zeitgeschichtliche These, nach der eine politische und wirtschaftlich fortschreitende Integration Europas seit 1945 selbst durch Krisen nie zu verhindern war und in der diese Art der Integration somit gewissermaßen zum Zwangsmomentum der europäischen Entwicklung stilisiert wird, muss Habermas' Auffassung nach in letzter Konsequenz bedeuten, dass eine „Integration über Werte und Normen“ (ebd.), sich höchstens „als eine Art Beiprodukt von selbst einstellen“ (ebd.) könne. Dann aber müsste sie in der Tat vonseiten der Politik nicht aktiv gefördert werden. Die für Habermas so wichtige normative Form von Integration, die zu einer europäischen Bürgersolidarität, zu deliberativer Politikgestaltung von europäischer Tragweite und letztlich auch zu so etwas wie einer europäischen Identität führen könnte, sei in der Vergangenheit immer wieder von den „funktionale[n] Zwänge[n]“ (ebd.: 68) eines einheitlichen Wirtschafts- und Währungsraumes geschluckt worden, „deren intelligente Verarbeitung gleichsam von selbst ein immer dichteres Netz von grenzüberschreitenden Interdependenzen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen zur Folge“ (ebd.) gehabt habe.

Diese rein funktionale Art der Integration sei jedoch am Beginn des 21. Jahrhunderts an ihrer Grenze angelangt – der Einigungsprozess stocke „an der Schwelle einer fehlenden europäischen Identität“ (ebd.: 69). Ohne dass auf das Konzept einer europäischen Identität an dieser Stelle bereits näher eingegangen werden soll (siehe hierzu Kapitel 4.4.), lässt sich

die Berechtigung der Habermas'schen Kritik an einer Werte und Normen vernachlässigenden Integration, die sich auf rationale Argumente beschränkt und bei den Bürgern kein hinreichendes europäisches Bewusstsein schafft, auch auf empirischer Ebene nachvollziehen. So gilt die Erkenntnis, dass die Unterstützung des Integrationsprozesses mit steigender sozialer Stellung und Bildung zunimmt (vgl. Weske 2011: 30), in der empirischen Europaforschung mittlerweile als gesichert (vgl. ebd.). Europäische Integration wird also vornehmlich hinsichtlich ihrer – nur in Form rationaler Durchdringung erkennbaren – politischen und wirtschaftlichen Vorteile befürwortet; weniger aber hinsichtlich eines normativ-emphatischen Bekenntnisses zu Europa als Wertegemeinschaft, das sich unabhängig vom Bildungsgrad auch ohne utilitaristische Kosten-Nutzen-Rechnung als gleichsam breite gesellschaftliche Überzeugung herauskristalisieren müsste⁶⁴. Für diese Erkenntnis sprechen auch andere Umfrageergebnisse, nach denen der Grad der Unterstützung europäischer Integration nicht nur mit dem Bildungsniveau, sondern ebenfalls mit dem persönlichen ökonomischen Nutzen durch eine Mitgliedschaft des eigenen Landes in der Europäischen Union steigt (vgl. dazu Gabel 1998).

Diese Einstellungsmuster zur Europäischen Union im Allgemeinen und zu weitergehender Integration im Speziellen haben sich durch die Entwicklungen im Zuge des jüngsten Geflechts aus Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise im Euro-Raum weiter polarisiert und deutlich zu Ungunsten der Union verschoben. Betrachtet man vor dem Hintergrund der genannten Daten die Europäische Integration in der Epoche *bis* zum Beginn der Krise(n) in den Jahren 2007/2008, dann ist, zumindest aus normativer Perspektive, Habermas' kritischer Beurteilung des eingeschlagenen Integrationsweges zuzustimmen. Die *bis dato* für die europäische Integrationspolitik typische Kombination aus unzureichender „Öffentlichkeitsarbeit und expertengesteuertem Inkrementalismus“ (Habermas 2011: 81) hat zwar, wie gesehen, auf politischer und wirtschaftlicher Ebene zu einem erfolgreich institutionalisierten Zusammenwachsen der Europäischen Union geführt; sie hat es aber – wie in den letzten Jahren die Renationalisierungstendenzen und die scharfen Reaktionen und Proteste unterschiedlicher Bevölkerungen auf die Krisenpolitik in der Eurozone immer wieder gezeigt haben – nicht geschafft, die „Bevölkerungen für ein solidarischeres Europa [zu] gewinnen“ (ebd.). Inwiefern es aus politischer Perspektive zur

⁶⁴ Zur Messung der generellen Unterstützung der europäischen Integration werden von der empirischen Forschung in der Regel vier Indikatoren aus den Eurobarometer-Umfragen verwendet: Der „unification indicator“ zur Ermittlung der generellen Befürwortung bzw. Ablehnung der europäischen Einigung, der „membership indicator“ zur Ermittlung der Beurteilung der Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU, der „benefits indicator“ zur Ermittlung der Wahrnehmung von durch die EU-Mitgliedschaft bedingten Vor- und Nachteilen sowie der „dissolution indicator“ zur Ermittlung der emotionalen Reaktion im hypothetischen Fall eines Scheiterns der EU (vgl. Weske 2011: 30).

Lösung dieses Legitimationsproblems beitragen kann, sich von Seiten der politischen Eliten Europas auf den von Habermas geforderten „riskanten, vor allem inspirierten Kampf in der breiten Öffentlichkeit um[zu]stellen“ (ebd.), muss allerdings an dieser Stelle ebenfalls fraglich bleiben.

Die drei möglichen Szenarien, die Johannes Varwick als europapolitische und institutionelle Konsequenzen des weiteren Erfolgs bzw. Misserfolgs europäischer Integrationsbemühungen aufzeigt, verdeutlichen, was auch heute, mehr als 60 Jahre nach der Gründung der EGKS noch auf dem Spiel steht: Neben dem „Staatswerdungsszenario“ das für die Mitgliedstaaten weitere Souveränitätsverzichte, für Europa aber eine vergleichsweise höhere politische und gesellschaftliche Problemlösungsfähigkeit bedeuten würde und dem „Muddling-Through-Szenario“, bei dem die „Gemeinschaftsorganisation weitgehend unter der Kontrolle der Mitgliedstaaten“ bleibt, erscheint gerade im Zuge der gegenwärtigen, multiplen Krise in Europa auch ein „Erosions-Szenario“, bei dem Europa zum „Instabilitätsraum“ mit „vergleichsweise niedrig[er] Problemlösungsfähigkeit“ würde, alles andere als unwahrscheinlich (Zitate: Varwick 2011b: 24).

4.3.2. Politikwissenschaftliche Theoriebildung: Neofunktionalismus, Intergouvernementalismus und deren theoretische Weiterentwicklungen

Nur wenige Jahre nach den ersten Integrationsschritten der europäischen Politik nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und als unmittelbare Reaktion auf diese, begann die Wissenschaft – zunächst vornehmlich die Politikwissenschaft –, das Phänomen der europäischen Integration theoretisch zu modellieren. Dabei haben sich mit der Herausbildung des Neofunktionalismus seit dem Ende der 1950er Jahre und der theoretischen Gegenposition in Form des Intergouvernementalismus seit den 1960er Jahren bzw. des liberalen Intergouvernementalismus seit den späten 1980er Jahren zwei theoretische Schulen etabliert, die zwar im Verlauf der fortschreitenden Integration hinsichtlich ihrer Aussagekraft vielfach kritisiert, angepasst und überholt wurden, die bis heute aber die beiden großen antagonistischen Bilder eines möglichen Endzustandes der europäischen Integration theoretisch prägen und sich gleichsam in diesen spiegeln (vgl. Heipertz 2010: 9; Faber 2005: 261ff.): Fühlt sich der Neofunktionalismus eher dem politischen Modell eines die Nationalstaaten ersetzenden bzw. sie überformenden europäischen Bundestaates nahe, plädiert der Intergouvernementalismus vornehmlich für

einen europäischen Staatenbund, „d.h. einer interessen- und machtdefinierten Kooperation zwischen (west-)europäischen Nationalstaaten“ (Faber 2005: 24).

Der Neofunktionalismus entwickelte sich ab 1958 aus der bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verwurzelten Theorie des Funktionalismus. In seiner Hauptprägung durch David Miltrany hatte der Funktionalismus behauptet, dass die Lösung transnationaler Probleme durch die kompetitive Grundeinstellung von Nationalstaaten und deren Regierungen auf politischer Ebene schwer bis unmöglich sei (vgl. Conzelmann 2010: 160). Hingegen erlaube es „nur eine ‚unpolitische‘ (am Kriterium der Sachgerechtigkeit ausgerichtete), grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Fachleuten [...], die durch den technischen Fortschritt möglich gewordenen Wohlfahrtsgewinne“ (ebd.) auch transnational realisieren zu können. Deshalb müsse die für politisches Arbeiten typische territoriale Abgrenzung durch eine Form „aufgabenbezogener (‚funktionaler‘) grenzüberschreitender Kooperation“ (ebd.) abgelöst werden.

Die Grundlagen dieser allgemeinen Theorie Internationaler Beziehungen übertrug der Politikwissenschaftler Ernst B. Haas dann in seinem 1958 erschienenen Buch „The Uniting of Europe“ (Haas 1968) explizit auf die Frage nach den Mechanismen europäischer Integration. Haas wollte „real auftretende Stufen der wirtschaftlichen und politischen Integration“ (Conzelmann 2010: 163) klassifizieren und fragte dabei nach den Bedingungen, unter welchen sich aus ökonomischer Integration schließlich eine politische Gemeinschaft bilden kann. Politische Integration war dabei für ihn

„the process whereby political actors in several distinct national settings are persuaded to shift their loyalties, expectations, and political activities toward a new centre, whose institutions possess or demand jurisdiction over the pre-existing national states. The end result of a process of political integration is a new political community, superimposed over the pre-existing ones (Haas 1968: 16).

Die Grundaussage des theoretischen Systems von Haas ist dabei, dass ein wirtschaftlicher Integrationsprozess zwischen Staaten, hat er erst einmal begonnen, aufgrund verschiedener Faktoren „schrittweise zu einer politischen Gemeinschaft dieser Staaten“ (Faber 2005: 81) führen *müsse*. Durch ökonomische Integration ergebe sich geradezu zwangsläufig ein „Zustand, in dem die Bevölkerungen der Mitgliedstaaten mehr Loyalität gegenüber den europäischen politischen Institutionen zeigen würden als gegenüber jeder anderen politischen Autorität“ (ebd.). Den Integrationsruck, den wirtschaftliche Zusammenarbeit somit auf außerwirtschaftliche Bereiche aufbaut, nannte Haas *spill-over*-Effekt (vgl. Haas 1968). Dieser Effekt besagt, dass die Wohlfahrtsgewinne, die durch transnationale Kooperation in einem bestimmten gesellschaftlichen Sektor (etwa der Wirtschaft)

entstehen, ohne eine ähnlich grenzüberschreitende Zusammenarbeit in benachbarten Sektoren (etwa der Politik) nicht dauerhaft gesichert werden könnten. Da die Sicherung von Wohlfahrtsgewinnen aber das implizite Ziel einer jeden demokratischen Gesellschaft ist, käme es zwangsläufig zu einem ‚Überschwappen‘ (*spill-over*) des einen Integrationsbereichs auf den anderen. Haas exemplifizierte diese Überlegung explizit an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (englische Abkürzung: *ECSC*):

„Sector integration begets its own impetus toward extension to the entire economy even in the absence of specific group demands and their attendant ideologies. Thus, the ECSC civil servants speaking for national governments have constantly found it necessary to ‚harmonize‘ their separate policies in order to make it possible for the integrated sectors to function, without necessarily implying any ideological commitment to the European idea“ (Haas 1968: 297).

Politisch-ideologische Überlegungen rücken dieser Theorie nach als Antrieb für Integration also gänzlich in den Hintergrund.

Diese Hypothese wurde allerdings bereits Mitte der 1960er Jahre von Frankreichs ‚Politik des leeren Stuhls‘ realpolitisch überholt. Mit dem demonstrativen Fernbleiben der französischen Delegierten von den Sitzungen des Ministerrates der EWG sorgte Frankreich unter Präsident Charles de Gaulles für eine temporäre Krise der politischen Integration Europas und lieferte damit den ersten aufsehenerregenden, realpolitischen Beweis dafür, dass politische Integration trotz wirtschaftlicher Zusammenarbeit mitnichten ein funktionaler Selbstläufer ist. Die Theoretiker des Neofunktionalismus reagierten darauf in den 1970er Jahren mit einigen grundlegenden Überarbeitungen des Modells. Unter anderem führte eine theorieinhärente „Voluntarisierung“ (Faber 2005: 82) dazu, dass „anstelle der ursprünglich ‚automatisch‘ stattfindenden Entwicklung von einem wirtschaftlichen zu einem politischen Integrationsprozess [...] die Bedeutung von politischen Akteuren sowie deren Perzeptionen, Interessen und Handlungen für den Fortgang des Integrationsprozesses hervorgehoben“ (ebd.) wurden. Nach einer Reihe weiterer theoretischer Umformungen, mit denen man stets auf Entwicklungen der realen Integrationsmechanismen in Europa reagierte⁶⁵ und nachdem die Integration in den 1970er Jahren über einen längeren Zeitraum hinweg offensichtlich wenig Fortschritte gemacht hatte, kam es 1976 zu einem zwischenzeitlichen Bruch der europäischen Integrationsforschung mit den Kernaussagen des Neofunktionalismus (vgl. ebd.: 112). Erst im Kontext der Debatte um den Vertrag von Maastricht 1992/93 kam die Theorie wieder stärker zum Zuge, vollzog gleichzeitig allerdings eine „institutionalistische Wendung“ (ebd.:

⁶⁵ Vgl. dazu: Faber 2005.

184). Diese Wendung manifestierte sich vor allem durch eine verstärkte Betonung des Einflusses supranationaler Gemeinschaftsinstitutionen in der neu gegründeten Europäischen Union sowie deren Bedeutung für die „Bildung nationaler Interessen und für die Ergebnisse zwischenstaatlicher Verhandlungen“ (ebd.: 186). Das neu entstandene politische Gewicht und die bis *dato* ungekannte Entscheidungsautonomie der europäischen Institutionen ließen sich trotz eines partiellen Festhaltens am Konzept des *spill-over* theoretisch schlicht nicht mehr übergehen. Als Konsequenz daraus entwickelten sich neofunktionalistische Denkrichtungen in den 1990er Jahren schließlich zur „Transaktionstheorie“ weiter, die neben den supranationalen Institutionen auch die integrationsfördernde Rolle von nicht-staatlichen Akteuren sowie von transnationalen Interessengruppen als autonomen „policy-entrepreneurs“ (ebd.: 247) betonte. Trotz der besonders seit diesem Zeitraum zunehmenden Ausdifferenzierung und der Ausbildung spezifischerer Untersuchungsansätze (vgl. ebd.: 250) blieb den auf dem Neofunktionalismus fußenden, neuen Theoriekonstruktionen allerdings die starke Betonung der „Pfadabhängigkeit“ und der „interne[n] [...] Eigendynamik des Integrationsprozesses“ (ebd.) erhalten.

In der heutigen integrationstheoretischen Debatte spielt das originale, von Haas formulierte neofunktionalistische Konzept kaum noch eine Rolle (vgl. Conzelmann 2010: 179). Durch die institutionalistische Wende und andere theoretische Anleihen, etwa beim Konstruktivismus (vgl. ebd.: 180), wird heute eher von einem auf einzelne Prämissen des Neofunktionalismus zurückgreifenden „Supranationalismus“ (ebd.) gesprochen. Diese theoretische Orientierung der Integrationsdebatte hat sich der heute weit fortgeschrittenen Ausbildung supranationaler Institutionen und Regierungsbereiche angepasst und geht grundlegend davon aus, dass die „von den Regierungen geschaffenen Institutionen (...) eine eigendynamische Entwicklung aus(lösen), die der Kontrolle der Staaten entgleitet und diese selbst transformiert“⁶⁶.

Die vom Neofunktionalismus und letztlich sogar vom Funktionalismus übernommene, kritische Haltung dieses Theoriezweigs gegenüber der „Überwindbarkeit zwischenstaatlicher Machtpolitik“ (ebd.) und die gleichzeitige Annahme einer durch „Pfadabhängigkeiten und Sperrklinkeneffekte“ (ebd.) eingeschränkten Kontrolle der Mitgliedstaaten über den Integrationsprozess erklären letztlich seine Affinität zu dem politischen Modell eines europäischen Bundesstaates, in dem die Nationalstaaten ihre Souveränität weitgehend abgeben. Daneben begründen sie auch die bis heute in

⁶⁶ Berthold Rittberger, Frank Schimmelfennig: „Integrationstheorien: Entstehung und Entwicklung der EU“, zit. n. Conzelmann 2010: 180.

wesentlichen Punkten fundamentale Abgrenzung der Theorie des Intergouvernementalismus von funktionalistischen und supranationalistischen Konzeptionen.

Intergouvernementalistische Integrationskonzepte gehen vor allem auf die Überlegungen des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Stanley Hoffmann zurück, der bereits in den 1960er Jahren „Kritik an der angeblich zwangsläufigen neofunktionalistischen ‚Entwicklungslogik‘ des Integrationsprozesses“ (Faber 2005: 103) geübt hatte. Dieser Logik stellte der frühe Intergouvernementalismus die Betonung der Autonomie und einer auf Interessen basierenden Entscheidungshoheit von Nationalstaaten als Motor europäischer Integration entgegen – die Begriffe ‚nationalstaatliche Macht‘, ‚nationale Souveränität‘ und ‚nationale Interessen‘ dienten dabei als zentrale Analysekatoren (vgl. ebd.: 102). Für die Interpretation europäischer Integration ergeben sich hieraus nach intergouvernementalistischer Logik zwei wichtige Konsequenzen: Erstens sei politische Integration in Europa keineswegs eine automatische *spill-over*-Folge von transnationaler wirtschaftlicher Verflechtung, sondern vielmehr den bewussten politischen Entscheidungen der autonom handelnden nationalen Regierungen geschuldet. Zweitens werde aufgrund der Wirkmächtigkeit dieser Entscheidungen der Nationalstaat als Kategorie gerade nicht supranational ausgehöhlt, sondern bleibe, mit gewissen Anpassungen, erhalten und auch weiterhin von zentraler Bedeutung (vgl. ebd.). Neben der Unabhängigkeit nationalstaatlicher Entscheidungen von supranationalen Strukturen betonte Hoffmann im Kontext des europäischen Integrationsprozesses schon sehr früh auch die Bedeutung der Außen- und Europapolitik der USA und der UdSSR sowie die Relevanz verschiedener außenpolitischer Traditionen der europäischen Mitgliedstaaten (vgl. ebd.: 108). Im Gegensatz zu neofunktionalistischen Annahmen spielten Faktoren, die außerhalb des eigentlichen Integrationsprozesses stehen, im Intergouvernementalismus also von Beginn an eine entscheidende Rolle.

Mit dem von Hoffmann postulierten Bestreben der Nationalstaaten nach maximaler Erhaltung von Autonomie ergab sich im Intergouvernementalismus auch ein grundlegender Zweifel gegenüber den Erfolgsaussichten europäischer Integration. Ähnlich wie der Integrations-Optimismus des Neofunktionalismus, freilich in umgekehrter Weise, wurde auch der Integrations-Skeptizismus des Intergouvernementalismus allerdings von der Praxis der europäischen Integration in gewichtigen Teilen widerlegt. Seinem mit dem Selbsterhaltungsinteresse von Nationalstaaten begründeten Zweifel an weitreichenden Erfolgen von Integrationsschritten stand die Ausbildung der frühen europäischen

Institutionen der 1950er und 1960er Jahre unabwendbar entgegen. Ohne sein theoretisches Modell explizit als überholt zu erklären, entwickelte Hoffmann seine Theorie deshalb ab den frühen 1980er Jahren weiter, indem er zunehmend den „Einfluss externer Faktoren auf die Mitgliedstaaten und schließlich die Interaktion der Staaten mit den Gemeinschaftsinstitutionen“ (ebd.: 104) geltend machte. So musste sich auch die Theorie des Intergouvernementalismus den realen Gegebenheiten der europäischen Integration anpassen.

Im Rahmen der seit den späten 1980er Jahren verstärkt stattfindenden theoretischen Auseinandersetzung über das Kräfteverhältnis zwischen autonomen Nationalstaaten und supranational-funktionaler Integration setzte schließlich Andrew Moravcsik mit seiner Weiterentwicklung der intergouvernementalistischen Theorie zum Konzept des Liberalen Intergouvernementalismus ab den frühen 1990er Jahren neue Schwerpunkte. Moravcsik ist es zuzurechnen, dass vor allem die zentrale integrationstheoretische Debatte um die mit dem Vertrag von Maastricht 1992 entstandene Europäische Union „durchgängig durch den Liberalen Intergouvernementalismus dominiert“ (ebd.: 180) wurde. Dabei bediente er sich zunächst der Grundannahme von Hoffmann, nach der europäische Integration primär als Ergebnis politischer Verhandlungen zwischen souveränen Nationalstaaten erklärt werden kann. Er erweiterte die Theorie jedoch um eine auf den innenpolitischen Entscheidungsprozess fokussierte Erklärung der Bildung dieser nationalstaatlichen Interessen (vgl. Schieder 2010: 203). Dazu entwickelt Moravcsik in seinem 1998 erschienenen Buch *The Choice for Europe* (Moravcsik 1998) ein dreistufiges Modell europäischer Integration. Sein Ziel war es,

„to explain why sovereign governments in Europe have chosen repeatedly to coordinate their core economic policies and surrender sovereign prerogatives within an international institution“ (ebd.: 1).

Mit Hilfe einer liberalen Theorie der Präferenzbildung (vgl. hierzu Schieder 2010: 204) fragte Moravcsik auf der ersten Stufe nach den Prozessen der innerstaatlichen Meinungsbildung. Dabei ging er – hier ebenfalls von liberaler Theorie geprägt – davon aus, dass der Zugang sozialer Gruppen zu nationalen Regierungsentscheidungen umso größer wird, je kleiner und damit besser organisiert die Gruppe ist (etwa Lobby-Gruppen, vgl. ebd.: 204). Die Ergebnisse der innerstaatlichen Meinungsbildung werden auf der zweiten Stufe von den Regierungen in zwischenstaatlichen Verhandlungen umgesetzt: „Definiert die Nachfrage nach internationaler Kooperation die nationale Präferenzformation, so bestimmten die internationalen Verhandlungen das Angebot an Kooperation“ (ebd.). Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass europäische Integration für die Theorie des Liberalen Intergouvernementalismus im Kern nichts anderes ist als politisches Bargaining –

wirtschaftliche Zwänge auf die Politik oder die Rolle supranationaler Organisationen dagegen treten als Integrationsfaktoren in den Hintergrund. Im Rahmen der Interpretation von internationalen Verhandlungen auf dieser zweiten Stufe legte Moravcsik vielmehr die Annahmen zugrunde, dass die Freiwilligkeit der Verhandlungspartner ebenso wie ihre konkreten Präferenzen die entscheidenden Ausgangspunkte für intergouvernementale Verhandlungsergebnisse darstellen (vgl. ebd.: 60). Erst auf der dritten Stufe geht Moravcsik auf die Ausbildung supranationaler Institutionen ein (vgl. Schieder 2010: 205). Wie Siegfried Schieder bemerkt, argumentiere Moravcsik hier in fundamentaler Gegenposition zum Neofunktionalismus, wenn er sinngemäß ausführe, „dass Nationalstaaten nur deshalb Souveränität bündeln oder delegieren und sich auf institutionelle Arrangements auf EU-Ebene einlassen, um sich glaubwürdig an die eingegangenen Kooperationsverpflichtungen [...] zu binden“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund der dargelegten Annahmen kam Moravcsik auch bei der empirischen Anwendung seiner Theorie – einer diachronen Untersuchung der europäischen Vertragsverhandlungen zwischen 1955 und 1992 (siehe: Moravcsik 1998) – zu dem Ergebnis, dass weder „technokratische Anreize im Sinne des Neofunktionalismus [...] noch europäischer Idealismus oder der Versuch, den europäischen Wohlfahrtsstaat zu retten“ (ebd.: 206), sondern vielmehr kalkulierte politische Interessen der Regierungen von Mitgliedstaaten die europäische Integration bis *dato* geprägt hätten. Dabei stellte er vor allem die zum Teil konvergenten „commercial interests“ (Moravcsik 1998: 3) der Regierungen als *prima causa* von Integration heraus: „When such interests converged, integration advanced“ (ebd.).

Die Tatsache, dass Moravcsik dabei erstens „die wesentlichen Zusammenhänge des alltäglichen Integrationsprozesses in der EU“ (Schieder 2010: 206), das „day-to-day policy making“ (Hooghe/Marks 2009: 4) und zweitens „die Dynamik und das Eigeninteresse der europäischen Institutionen“ (ebd.: 207) kategorisch abwertet, wenn nicht gar übersieht, wurde ihm von verschiedenen Seiten immer wieder vorgeworfen (vgl. ebd.: 206). In der Tat lassen sich – etwa mit der Gate-Keeper-Funktion der EU-Kommission gegenüber nicht-staatlichen Interessen auf europäischer Ebene oder einer Reihe nachhaltig wirkmächtiger, pro-integrativer Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (vgl. Faber 2005: 225) – gute Argumente für die Autonomie und die Gestaltungsmacht supranationaler Institutionalisierung auf EU-Ebene finden, die bei Moravcsik kaum Gewicht erlangen. Dennoch scheint Moravcsiks Modell den analytischen Vorteil zu besitzen, dass es – im Vergleich zum Neofunktionalismus – offener bleibt für die Interpretation von stockender, nicht stattfindender oder gar scheiternder Integration. Wie oben dargelegt, sind es ja gerade

die Faktoren Kompromissunwilligkeit und unbedingtes Streben nach der Wahrung nationaler Autonomie von Nationalstaaten, mit denen sich die in der europäischen Geschichte seit 1945 immer wieder durchlebten *crises in integration* fast durchweg erklären lassen.

Auch normativ stellt Moravcsik bedeutend weniger Ansprüche an die Europäische Union – eine Tatsache, die auch seine in Kapitel 4.2. dargelegte Kritik an der europäischen Demokratiedefizit-These erklärt. Die normativen Erwartungen an die demokratische Legitimierung einer Europäischen Union, der bei Moravcsik im Vergleich zum Neofunktionalismus oder den Europa-Vorstellungen etwa von Jürgen Habermas viel weniger politische Autonomie und ein im Wesentlichen nur regulatorischer Charakter zugesprochen wird, sind im Rahmen der Theorie des liberalen Intergouvernementalismus selbstredend niedriger anzusetzen, als in den genannten theoretischen Konstruktionen, welche der Europäischen Union mittel- bis langfristig fast alle eine Überformung der Nationalstaaten aufbürden. Gleiches darf bei Moravcsik wohl auch für die normativen Ansprüche gegenüber einer europäischen Öffentlichkeit angenommen werden. Zu dieser Kategorie trifft seine Theorie allerdings keine expliziten Aussagen.

Aus heutiger Perspektive, und mit Blick auf eben jene Kategorie der Öffentlichkeit, sind jedoch sowohl dem Neofunktionalismus als auch dem Intergouvernementalismus zwei Versäumnisse vorzuhalten. Das erste Versäumnis betrifft den auch von Hooghe und Marks ausgemachten und in Kapitel 4.2. bereits dargelegten Wandel der Bürger-Wahrnehmung europäischer Integration von einem „permissive consensus“ zu einem „constraining dissensus“ (vgl. Hooghe/Marks 2009): Beide Integrationstheorien erklären die europäische Einigung primär in kausalem Zusammenhang mit ökonomischen Faktoren. Während der Neofunktionalismus hier die Rolle von „Transnational interest groups and supranational actors“ betont, welche für “incremental economic reform along the line of least resistance” (ebd.: 4) sorgen würden, behauptet der Intergouvernementalismus *innerhalb* der Nationalstaaten ein Vorherrschen von durch Lobby-Gruppen vertretenen ökonomischen Interessen, die sich dann erst auf der zweiten Stufe, in internationalen Verhandlungen niederschlagen würden. Beide Theorien sind somit im Kern elitenbasierte Integrationstheorien, die zivilgesellschaftliche Kräfte und bis zu einem gewissen Grad auch die Funktion und die Wirkmächtigkeit sich dadurch bildender öffentlicher Meinungen vernachlässigen. In einer Gegenwart, in der europäische Politik, eben aufgrund des *constraining dissensus*, stärker denn je auf Bürgervermittlung angewiesen ist, wird dieses

Faktum aber zunehmend problematisch – die Grundannahmen der Theorien drohen ihre Erklärungskraft zu verlieren.

Der zweite Vorwurf, der sich mit Ulrich Beck und Edgar Grande ebenfalls beiden Theorien machen lässt, betrifft deren einseitige „Logik des Entweder-Oder“ (U. Beck/Grande 2007: 78). Betont der Neofunktionalismus allein die Wirkmächtigkeit von funktionalen Zwängen und supranationalen Institutionen und konzentriert sich der Intergouvernementalismus – auch seine liberale Ausprägung bei Moravcsik – demgegenüber fast ausschließlich auf die Rolle und das Gewicht von nationaler Interessenorganisation und -artikulation, die dann im internationalen Kontext nur noch zu Kompromissen verhandelt wird, so sei es Beck und Grande zufolge vielmehr „das nicht-intendierte Ergebnis des konfliktreichen Zusammenwirkens von supranationalen und intergouvernementalen Logiken“ (ebd.), welches die europäische Integration immer wieder vorangetrieben habe. Gegen das Entweder-Oder der klassischen Integrationstheorien setzen Beck und Grande deshalb ihre kosmopolitische Theorie der „Sowohl-als-auch“-Europäisierung (ebd.: 27). Dieses spezielle Verständnis von Europäisierung, eingebettet in eine mehr sozialphilosophische als politikwissenschaftliche Herangehensweise, weist bezogen auf einen an der strukturellen Organisationsform des Netzwerkes ausgerichteten Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie er in der vorliegenden Arbeit entwickelt werden soll, große Anschlussfähigkeit auf. Im Folgenden soll diesem Verständnis deshalb detaillierter nachgegangen werden.

4.3.3. Ulrich Becks und Edgar Grandes Theorie des „kosmopolitischen Europa“

Beck und Grande entwickeln ihre Theorie des kosmopolitischen Europa im gleichnamigen, 2004 erschienenen Buch aus der Grundüberzeugung heraus, dass das Konstrukt Europa sowohl in der (sozial-)wissenschaftlichen Analyse als auch in der politischen Umsetzung und der gesellschaftlichen Debatte über diese Umsetzung an einem „nationalen Selbstmissverständnis“ leide (U. Beck/Grande 2007: 14). In dessen Konsequenz werde die europäische Integration „zu einem teuflischen Nullsummenspiel“, „bei dem am Ende beide – Europa und seine Mitgliedstaaten – verlieren“ (ebd.) würden. Dieses Nullsummenspiel, dem in ihrem antagonistischen Anspruch auf Ausschließlichkeit letztlich auch die oben beschriebenen Integrationstheorien des Neofunktionalismus und des Intergouvernementalismus verfallen, beruht auf der teleologischen Überzeugung, dass es

am Ende eines europäischen Integrationsprozesses entweder nur ein vollständig zur Einheit gewordenes Europa geben kann, das die Kategorie des Nationalen gewissermaßen verschluckt hat, oder dass die Nationalstaaten sich trotz Integration behaupten und Europa ein allenfalls lose und unverbindlich koordinierendes pseudo-integrierte Gebilde bleiben werde. Ein dritter Weg zwischen diesen beiden Extremvorstellungen werde nach Beck und Grande in der europäischen Debatte seit jeher vermieden (vgl. ebd.).

Gegen eine solche, von binärer Denkweise geprägte Betrachtung des Konstrukts Europa richten sich die Autoren an zwei Punkten. Zum einen, diesen Punkt allerdings streifen Beck und Grande nur, begehe jede teleologische Herangehensweise an Europa den Kardinalfehler, dass sie den unfertigen Charakter europäischer Einigung immer als historischen Zwischenstand (unter-)bewerte und damit dessen historische Eigenständigkeit verkenne. In Wahrheit nämlich sei es „gar nicht [zu] bedauern, dass Europa sich nach 2500 Jahren seiner Geschichte immer noch im Entwurfszustand befindet“ (ebd.: 13). Vielmehr gelte es „zu erkennen und anzuerkennen, dass dies genau die Wirklichkeit der Europäisierung ausmacht“ (ebd.). Beck und Grande werfen der bis *dato* geführten Integrationsdebatte damit implizit vor, dass sie zu wenig um der Integration selbst willen und zu sehr dominiert von ihren – je nach Absicht ideologisch gefärbten – Ansprüchen an das Ziel und das Ende einer Integration geführt werde.

Lässt sich diesem Vorwurf schon deshalb nicht bedingungslos zustimmen, weil die beiden oben beschriebenen Integrationstheorien – auf die sich Beck und Grande explizit berufen (vgl. ebd.: 78) – an verschiedenen Stellen sehr deutlich einzelne Integrationsschritte als solche und ohne normativen Horizont analysiert haben, so zeigt die ebenfalls beschriebene Nähe von Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus zu den antagonistischen Finalvorstellungen Europas als Bundesstaat bzw. Staatenbund doch unverkennbar einen gewissen Hang der wissenschaftlichen Debatte zur Teleologie.

Der zweite Kritikpunkt Becks und Grandes umfasst dann den eigentlichen Kern ihrer Theorie – er betrifft die binäre Struktur der Diskussion um europäische Integration. Den sich bis dahin weitgehend gegenseitig ausschließenden Konzepten von einem Europa der Nationalstaaten bzw. einem Europa der Aufhebung von Nationalstaaten setzen die Autoren eine dritte Variante entgegen und nennen diese „kosmopolitisches Europa“ (ebd.: 14). Die Theorie der Kosmopolitisierung Europas hebt die dargelegte, grundlegende Kontroverse zwischen Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus grundsätzlich auf (und das durchaus im Sinne Hegel’scher Dialektik), indem sie „die zentralen Gesichtspunkte beider Theorien zugleich integriert und überwindet“ (ebd.: 73). Während eine bidirektionäre Debatte in normativer Hinsicht dafür sorgen würde, dass „die

fortschreitende Europäisierung der nationalen Identität und nationalen Souveränität ständig „an die Gurgel zu springen“ drohe, breche die Idee des kosmopolitischen Europa gerade mit „dieser Entweder-Oder-Logik der Europäisierung“, die nur dazu beitragen würde, „dass sich die Debatten um Europa immer wieder aufs neue und in den gleichen alten Sackgassen totlaufen“ (alle Zitate: ebd.).

Diese Brechung ist bei Beck und Grande jedoch gerade nicht mit der Auflösung der Idee der Nation gleichzusetzen. Vielmehr geht es den Autoren um das Bestreben, die „historisch gewachsenen Formen der Nationalität“ (ebd. 15) zu öffnen und zu erweitern. Als Grund für die Notwendigkeit dieser neuen Betrachtungsweise führen sie an, dass weder Europa noch die Europäische Union mit den tradierten nationalstaatlichen Kategorien, dass beide nicht als Ergebnis additiver nationaler Prozesse zu fassen und zu verstehen seien:

„Europa ist kein fixierter und konservierter Zustand. Europa ist ein anderes Wort für variable Geometrie, variable, nationale Interessen, variable Betroffenheit, variable Innen-Außenverhältnisse, variable Staatlichkeit, variable Identität. Das gilt auch für den institutionellen Kern der Europäisierung, die EU. In einer ersten Annäherung lässt sich die EU nur als Gegenbild zu einer statischen staatlichen Ordnung begreifen. Die EU ist ein institutionalisiertes Mehr und Weiter, sie ist auf Bewegung angelegt, auf einen innen und außen übergreifenden und verflechtenden Prozess“ (ebd.: 16).

Am Beispiel zweier Grundsatzentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) aus den Jahren 1963 und 1964, in denen der EuGH „die europäischen Gründungsverträge in den Rang einer ‚Verfassungscharta‘ erhob“ (ebd. 18), erläutern Beck und Grande ihre vor allem vom Intergouvernementalismus, aber auch vom Neofunktionalismus deutlich abweichende Position: Europäisierung sei – wie nicht nur der EuGH gezeigt habe – „ein anderes Wort für die Selbstschaffung Europas“ (ebd.: 19).

Dieser Erklärungsansatz hat mit dem Neofunktionalismus zwar den Hinweis auf die Bedeutung von Institutionen jenseits des Nationalen gemein, er vertritt von seiner Grundidee her aber eher einen trans- als einen supranationalen Integrationsbegriff und er beruft sich in der Kausalitätsfrage nicht auf ein ökonomisches, sondern ein historisch-kulturelles Argument. Beck und Grande behaupten nämlich einen vor allem auf Werte und Normen gestützten Willen Europas zur eigenen Integration. Dabei betonen sie, dass ebene diese „Werte und Normen des neuen Europa als Antwort auf die Geschichte der linken und rechten Terrorregime des 20. Jahrhunderts“ (ebd.: 20) zu interpretieren seien. Die von der Theorie des kosmopolitischen Europa an zentraler Stelle hervorgehobene Fähigkeit Europas, kulturelle Diversität und Andersartigkeit nicht nur zu akzeptieren, sondern beide zum normativen Ideal zu erheben (vgl. ebd.: 25), erkläre sich genau aus dieser

ideologischen Abgrenzung von der eigenen Geschichte. In diesem Sinne sei das kosmopolitische von Beginn an ein selbstkritisches Europa gewesen – ja es stelle gewissermaßen „die institutionalisierte Kritik seiner selbst“ (ebd. 21) dar.

Auf die Problematik einer rein normativen, im Kern ‚kontra-historischen‘ Erklärung der europäischen Integration wurde bereits in Kapitel 4.1. ausführlich hingewiesen. Auch bei Beck und Grande bleibt diese Art von historischem Deutungsansatz bestenfalls eine notwendige, nicht aber eine hinreichende Bedingung für die Erklärung europäischer Integration. Allerdings, und das macht das Konzept des kosmopolitischen Europa im Kontext der vorliegenden Arbeit unter anderem so beachtenswert, bleiben Beck und Grand nicht bei der Interpretation von zurückliegenden Integrationsschritten stehen; sie versuchen vielmehr, ihren sozialphilosophischen Ansatz für die Beschreibung des gegenwärtigen Zustands von Europa und die Antizipation zukünftiger Entwicklungen nutzbar zu machen. So kombiniere der Kosmopolitismus im Kern die „Wertschätzung von Differenz und Andersartigkeit mit den Bemühungen, neue demokratische Formen der politischen Herrschaft jenseits der Nationalstaaten zu konzipieren“ (ebd.: 25). Dabei grenze sich der Kosmopolitismus sowohl vom Nationalismus, aber auch vom Universalismus durch ein inklusives Prinzip des „Sowohl-als-Auch“ (ebd.: 27) ab, indem er die für die europäische Debatte bislang so charakteristische Duale von national und international aufhebe (vgl. ebd.: 25).

Für die Bewertung europäischer Integration ergibt sich somit eine dritte Möglichkeit, eine Alternative zu den dargelegten Varianten, Europäisierung entweder uneingeschränkt, auch und gerade auf Kosten der Nationalstaaten zu fordern oder ihrer Funktionalität aufgrund der unbedingten Wahrung von Nationalinteressen prinzipiell skeptisch gegenüberzustehen. Bei Beck und Grande bedeutet das jedoch weder analytisch noch praktisch die Aufhebung der Kategorie des Nationalstaats. Vielmehr soll dieser neu und anders betrachtet werden. Um an diesem Punkt nicht einer von utopischen Maximalforderungen verblendeten Gegenwartsdeutung zu verfallen, sichern die Autoren ihre Theorie hier ab, indem sie zwischen einem politischen und einem soziologischen bzw. methodologischen Kosmopolitismus (vgl. ebd.: 33) unterscheiden. Während ersterer die Deskription politischer Praxis zur Aufgabe hat, sich dabei „auf die Handlungsperspektive sozialer Akteure“ (ebd.) bezieht und „die bewusste Aufgabe eines nationalstaatszentrierten Politikverständnisses“ (ebd.) meint, fordert letzterer einen „kosmopolitische[n] Blickwechsel“ (ebd.) der sozialwissenschaftlichen Europaforschung und bleibt damit eher theorieinhärent. Laut Beck und Grande sei nicht nur die Europa-Politik, sondern eben

auch die Europa-Forschung bislang „in falschen Alternativen gefangen“ (ebd.) gewesen – sie beobachte ihren Untersuchungsgegenstand „entweder aus einem nationalen oder aus einem inter-nationalen Blickwinkel“ (ebd.). Die „Sowohl-als-Auch“-Formel des Kosmopolitismus, welche Machtgewinne und -verluste auf nationaler und supranationaler Ebene nicht gegeneinander abwägt, sondern vielmehr annimmt, dass durch Europäisierung „Macht insgesamt wächst und sich infolgedessen Nationalität, Transnationalität und Supranationalität stärken und ergänzen“ (ebd.: 35), ist bei Beck und Grande also zugleich realpolitische Vision *und* wissenschaftlich-theoretische Maxime (vgl. ebd.).

Bezogen auf die erste, realpolitische Komponente des Kosmopolitismus legen die Autoren drei empirisch prüfbare Kernthesen zugrunde, mit welchen die kosmopolitische Vorstellung europäischer Einigung spezifischer erfasst werden soll. Zum ersten habe sich der Prozess der europäischen Integration schon immer fundamental von anderen regionalen Integrationsprozessen – Beck und Grande nennen hier etwa die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA, die *Asia Pacific Economic Cooperation* APEC sowie den lateinamerikanischen Handelsverbund MERCOSUR (ebd.: 36) – unterschieden, indem von Beginn an „die Idee der Nation transzendiert und die nationale Souveränität transformiert wurde“ (ebd.). In diesem Sinne sei bereits die Schaffung der EGKS 1952 als erste Institutionalisierung der Idee des Kosmopolitismus zu bewerten (vgl. ebd.). Beck und Grande sprechen deshalb von der These des „institutionalisierten Kosmopolitismus“ (ebd.: 35): Da in der EGKS, ebenso wie in den folgenden europäischen Institutionen, sowohl supranationale als auch intergouvernementale Steuerungsmechanismen gleichzeitig und gleichwertig zum Einsatz gekommen sind, habe die Praxis der europäischen Integration die Ausschließlichkeits-Maximen der konfligierenden Theorien in Wahrheit schon sehr früh widerlegt (vgl. ebd.: 37).

Der zweiten Grundthese, der „These vom deformierten Kosmopolitismus“ (ebd.) zur Folge sei dieses, bereits in den frühen Integrationsschritten sichtbare kosmopolitische Momentum jedoch bis heute nie über eine unvollständige, eine deformierte Form hinaus gekommen (vgl. ebd.: 37). Europäisierung habe demnach zwar einen inhärenten Hang zu dem inklusiven ‚Sowohl-als-Auch‘-Prinzip des Kosmopolitismus; dieser sei jedoch von verschiedenen Faktoren – etwa dem Egoismus der Mitgliedstaaten, dem Eigeninteressen der Wirtschaft, den Asymmetrien in der Einflussnahme auf politische Entscheidungen in der EU, dem technokratischen Politikansatz der supranationalen Institutionen und der Schwäche zivilgesellschaftlicher Akteure (vgl. ebd.) – immer wieder eingedämmt und konterkariert worden.

Die dritte These, die Beck und Grande als „These vom kosmopolitischen Realismus“ (ebd.: 35) bezeichnen, wirkt demgegenüber etwas inkonsequent: Immer dann, wenn die europäischen Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Integration auf nationale Souveränität verzichtet haben, so lautet sie, dann hätten sie dies nicht aus idealistischen Motiven (die Beck und Grande vorher allerdings noch als Hauptmotive europäischer Einigung ausgemacht hatten) getan, sondern stets aus rationaler Interessenkalkulation und nationalem Eigeninteresse (vgl. ebd.: 38). Im Sinne des Realismus in der Theorie Internationaler Beziehungen hätten sie also eher realistisch als idealistisch gehandelt. Diese These steht und fällt freilich mit der Gültigkeit der kosmopolitischen Grundannahme, dass es sich bei regionaler Integration machttaktisch gesehen um ein „Positivsummen-Spiel“ (ebd.: 35) handelt, von dem sowohl die Nationalstaaten als auch der Integrationsverbund profitieren.

Dass, wie oben gesehen, sowohl die eher integrationsoptimistischen Grundannahmen des Neofunktionalismus wie auch die eher integrationspessimistischen Grundannahmen des Intergouvernementalismus in der Geschichte der europäischen Integration zeitweilig von der politischen Wirklichkeit widerlegt worden sind, scheint zunächst für den von Beck und Grande postulierten Mittelweg zu sprechen, der Grundannahmen beider antagonistischen Konzepte in sich aufnimmt. Gleichzeitig stellt sich allerdings die theoretische Frage, inwiefern ein Modell, das alle denkbar konträren Möglichkeiten der Integration *a priori* einschließt, nicht notwendigerweise an argumentativer Konsequenz und Spezifität zur unzweideutigen Interpretation einzelner Integrationsschritte einbüßt. Diese Kritik kann die kosmopolitische Theorie nicht gänzlich abschütteln; durch die Einbettung des Modells eines kosmopolitischen Europa in das weiter greifende Modell der „Zweiten Moderne“⁶⁷ wirken Beck und Grande zumindest aber dem Kritikpunkt einer analytischen Uneindeutigkeit entgegen, indem sie diese gerade als Wesensmerkmal der Zweiten Moderne klassifizieren. Die nicht-exklusive, dualistische Logik des ‚Sowohl-als-Auch‘, die nach Beck und Grande ein Charakteristikum der Europäisierung darstellt, sei aus theoretischer Perspektive eben auf den universalen Prozess reflexiver gesellschaftlicher Modernisierung zurückzuführen. Reflexive Modernisierung beschreiben die Autoren dabei als einen seit dem letzten Viertel des 20. Jahrhunderts andauernden Prozess, der sich „durch eine fundamentale Diskontinuität, einen Strukturbruch“ (ebd.: 52) ausdrücke, und in dem „die Basisinstitutionen von Politik, Ökonomie, Wissenschaft usw. in der Ersten

⁶⁷ Zur ausführlichen Beschreibung dieses Konzepts siehe: U. Beck 1996. Zur ausgreifenden Kritik an dem Konzept siehe Negt 1999.

Moderne durch neue Formen der Institutionenbildung ergänzt und ersetzt“ (ebd.) worden seien und weiterhin werden. Eine Europäisierung im Sinne der kosmopolitischen Theorie sei dabei als Teil dieses umfassenderen Prozesses zu verstehen.

Des Weiteren weisen Beck und Grande darauf hin, dass sich auch die aus dem Prozess der reflexiven gesellschaftlichen Modernisierung hervorgegangene Zweite Moderne in ihrem Verhältnis zur Ersten Moderne nicht exklusiv, sondern vielmehr dualistisch-inklusiv verhalte. Die Zweite Moderne setzte die Verwirklichung der Ersten Moderne („funktionierender Staat, Entfaltung von Industrie, Demokratie, Wissenschaft usw.“ [ebd.]) ebenso voraus wie das kosmopolitische Europa den Nationalstaat. Dabei sei der Übergang von der Ersten zur Zweiten Moderne (auch hier gebe es eine Parallele zum Übergang von einem nationalstaatlichen zu einem kosmopolitischen Europa) nicht in Form von Krisen, als Bruch oder Zusammenbruch alter Ordnungen, sondern vielmehr durch „Nebenfolgen“ (ebd.: 17), gleichsam „nicht-intendiert als Kehrseite der Erfolge“ (ebd.) abgelaufen. Dieser Argumentation nach transformiert die kosmopolitische Europäisierung die Nationalstaaten, ohne sie als solche zu negieren – sie modernisiert sie reflexiv. Mit dieser „reflexiven Modernisierung Europas bilden sich die Strukturen einer neuen, transnational verflochtenen Gesellschaft heraus“ (ebd.: 54). Der Nationalstaat sei demnach eine charakteristische Erscheinung der ersten Moderne. Seine existenzsichernden Attribute – wie die „uneingeschränkte Souveränität nach innen und nach außen“, die „spezifisch bürokratische Rationalität seiner Organisation und Verfahren“, der „Nationalismus“, das ihm „eigene Verfahren der politischen Beteiligung und der demokratischen Legitimation von Politik“, sowie sein stetig „anwachsende[r] Aufgabenbestand, dessen Kern eine weitgehende Absicherung individueller und kollektiver Risiken bildet“ (ebd.) – seien aber durch die reflexive Modernisierung vor Probleme gestellt worden, die nur noch mit Hilfe „transnational ausgelegte[r] Formen des Regierens“ (ebd.: 56) adäquat zu lösen seien. Beck und Grande benennen diese Probleme konkret: etwa die gesteigerten zivilisatorischen Risiken, welche den Aufgabenbestand des Staates aushöhlen würden, die Individualisierung von Lebensstilen, welche größere politische Teilhabeansprüche, neue politische Partizipationsformen und eine Aufwertung subpolitischer Handlungsarenen nach sich ziehe und schließlich die Globalisierung von Märkten, Technologien, Sicherheitsrisiken, ökologischen Problemen und kulturellen Zugehörigkeiten (vgl. ebd.: 55).

Europäische Integration wird damit nicht nur in einen universellen gesellschaftlichen Wandlungsprozess eingebettet; die Theorie der Kosmopolitisierung Europas – hin zu einem inklusiven, durch die Anerkennung von Differenz und Andersartigkeit

gekennzeichneten gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Gebilde⁶⁸ – wird gleichzeitig vor dem Vorwurf allzu utopischer Wirklichkeitskonstruktion geschützt. Der gesellschaftliche Meta-Wandel, den Beck und Grande als reflexive Modernisierung bezeichnen, ist – unabhängig von konkreten Begrifflichkeiten, mit denen man ihn beschreibt – wohl schwer zu leugnen; dass dieser Wandels sich auch auf einen Prozess der Transformation Europas niederschlägt, scheint geradezu folgerichtig.

Und dennoch: Konkrete empirische Anwendbarkeit gewinnt die Theorie Becks und Grandes mithin erst in ihrer negativen Wendung. Diese Kosmopolitisierung bzw. reflexive Modernisierung Europas, die als Prozess von Nebenfolgen und eben nicht als willentlicher Akt stattfindet, läuft nämlich keinesfalls problemlos ab. Die Autoren erkennen die Gefahren eines solchen, schleichenden Wandlungsprozesses sehr wohl und beschreiben sie als „fundamentale Ambivalenz“ (ebd.: 60): Auf der einen Seite sei ein kosmopolitisches Europa durch eine „List der Vernunft“ (ebd.) gekennzeichnet, die es ihm erlaubt hat, die von nationalen Egoismen und (selbst-)zerstörerischen Kriegen geprägte Vergangenheit hinter sich zu lassen (vgl. ebd.); auf der anderen Seite sei ein reflexiv modernisiertes Europa eben etwas, „das niemand wirklich beabsichtigt und autorisiert hat, das aber zugleich die Lebensverhältnisse der Menschen umstülpt und daher einen sich neu formierenden nationalen und ethnischen Widerstand gegen Europa provoziert“ (ebd.).

Erst hier wird die Theorie des kosmopolitischen Europa für die empirisch so wichtigen Ebenen von Integrationsproblemen, Integrationskrisen und auch für gescheiterte Integration analytisch anschlussfähig. Allerdings bleibt sie dabei einer theorieinhärenten Logik verhaftet: Beck und Grande betonen, dass die Europäische Union im 21. Jahrhundert durchaus drohe, an ihren Erfolgen („nicht an ihren Krisen!“ [ebd.: 80]) zu scheitern, weil der Prozess der Kosmopolitisierung Europas, der eben ein nicht-intentionaler und eigendynamischer sei, vielen Menschen als unkontrollierbar erscheine und deshalb zunehmend als Gefährdung wahrgenommen werde (vgl. ebd.). Auf diese Weise könnten Integrationserfolge in Selbstgefährdungen umschlagen, so lange das Nebenfolgen-Europa nicht „aus der Sackgasse der falschen Alternative zwischen Bundesstaat und Staatenbund heraus“ (ebd.) finde.

⁶⁸ Für die Anerkennung von Andersartigkeit als notwendigen Bestandteil europäischer Einigung argumentiert auch Oskar Negt (2012: 62f.): „Was sich in Europa abspielt, muss auch unter Gesichtspunkten des historischen Lernens betrachtet werden. Es waren Regierungen und hervorragende Persönlichkeiten, die der europäischen Einigung entscheidende Impulse gaben und die politische Richtung markierten. Aber ohne einen darunter liegenden Lernprozess der Völker, ohne Korrekturen der gewohnten Weltbilder und der projektiven Feinderklärungen, also ohne Einbeziehung des Anderen und die Anerkennung des Fremden [...] hat ein solches Einigungsprojekt kein stabiles Fundament.“

Wie kann diese eher abstrakt bleibende Theorie eines kosmopolitisch-inklusiven „Sowohl-als-Auch“-Europa für die Kategorie europäische Öffentlichkeit analytisch nutzbar gemacht werden? Beck und Grande streifen den Begriff der Öffentlichkeit nur peripher (vgl. ebd.: 195); sie deuten aber an anderer Stelle, mit ihren Ausführungen zum Begriff eines europäischen Gesellschaftsraumes (vgl. ebd.: 148ff.), die richtige analytische Richtung an. Als „Kristallisationspunkt des methodologischen Nationalismus der Soziologie“ (ebd.: 148) sei der Gesellschaftsbegriff im europäischen Kontext bis *dato* überwiegend additiv begriffen worden. Die Gesellschaft Europas sei in ihrer Analyse stets zusammengefallen „mit den nationalen Gesellschaften Europas – Frankreich, Deutschland, den Benelux- und den skandinavischen Ländern, Spanien, Portugal, Polen usw.“ (ebd.). Ein solcher additiv-nationaler Gesellschaftsbegriff könne Europäisierung als soziologisches Phänomen jedoch bestenfalls „(a) komparativ, im methodischen Vergleich der Nationalgesellschaften“, „(b) nach dem Modell der endogenen Konvergenz von Nationalgesellschaften“ oder „(c) überlappend, im Sinne von Schnittmengen gesellschaftlicher und historischer Gemeinsamkeiten“ (ebd.) fassen. Dabei blieben aber zwei entscheidende Fragen unbeantwortet: diejenige nach der Möglichkeit eines gesamteuropäischen Gesellschaftsraumes ebenso wie die nach der Europäisierung nationaler Gesellschaften (vgl. ebd.). Dieses theoretische Dilemma sei jedoch einzig dem weiterhin nationalen Blick der soziologischen Europaforschung geschuldet, die Europäisierung nur „vertikal“, als „Herausbildung supranationaler Institutionen“ (ebd.: 151) denken könne. Die wesentliche Dimension für das Verständnis der Kosmopolitisierung Europas sei jedoch gerade die horizontale:

„In dieser horizontalen Dimension geht es zum einen um die Herausbildung eines ‚postgesellschaftlichen‘ Sozialraums Europa mit variablen Innen-Außen-Verhältnissen, zum anderen um die Beziehung zwischen den europäischen Gesellschaften. Europäisierung heißt hier die Vernetzung und Vermischung nationaler Gesellschaften, nationaler Wirtschaften, nationaler Bildungssysteme, nationaler Familien usw.“ (ebd.).

Gleiches kann bereits an dieser Stelle für die kommunikationswissenschaftliche Analyse einer europäischen Öffentlichkeit angenommen werden, welche sich in Teilen ebenfalls von einem nationalen Öffentlichkeitsbegriff wird befreien müssen, der europäische Öffentlichkeit allenfalls als Addition nationaler Öffentlichkeiten oder als Bildung einer gleichsam über den nationalen Öffentlichkeiten schwebenden supranationalen, europäischen Meta-Öffentlichkeit denken kann. Auf die Überlegungen Becks und Grandes muss deshalb in der vorliegenden Arbeit an späterer Stelle noch einmal zurückgekommen werden.

4.4. Zum Begriff der europäischen Identität(en) und seiner Verbindung zur Kategorie europäischer Öffentlichkeit

Die Kategorie europäischer Identität ist nicht nur sehr eng mit den beiden oben besprochenen Fragen nach europäischer Demokratie und europäischer Integration verknüpft, sie ist auch als unverzichtbare Determinante zur Entschlüsselung der Kategorie europäischer Öffentlichkeit anzusehen. Christiane Eilders (2010: 199) etwa betont, dass eine „öffentlichkeitstheoretische Fundierung des Identitätskonzepts unerlässlich“ sei, „um die kollektive Aushandlung europäischer Identität in angemessener Weise mit einbeziehen zu können“; der Europahistoriker Bo Strath analysiert gar die gesamte Integration Europas unter dem Leitbild „Europe as a Discourse“ (Strath 2010b) und betont in diesem Zusammenhang, dass „the question of a European identity and a European political culture is closely linked to issues of communicating and mediating conflict in a European public sphere through institutional arrangements“ (ebd.: 18).

Ähnlich wie auf den Ebenen europäischer Demokratie und europäischer Integration gibt es auch auf der Ebene europäischer Identität eine starke zeitliche Korrelation zwischen dem (institutionalisierten) Zusammenwachsen Europas und dessen theoretischer Aufarbeitung. So beschäftigen sich die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Disziplinen – von der Soziologie über die Politik- und die Kulturwissenschaft bis hin zur Kommunikationswissenschaft und Linguistik – seit jenem Zeitpunkt verstärkt mit der Frage nach der gegenwärtigen Existenz einer europäischen Identität, seit dem europäische Integration nicht mehr als Elitenprozess, sondern nur noch unter Einbeziehung der Bürger denkbar und praktikabel scheint⁶⁹. Ein Europa der Bürger, so der Tenor, könne nur auf dem Boden einer europäischen Identität oder wenigstens einer vergleichbaren Größe entstehen. Dabei werden dem Begriff der Identität – verstanden als „Zustand des Gleichseins, des Zugehörigseins, der Existenz von Gemeinsamkeiten“ (Metzeltin/Wallmann 2010: 41) – sowohl bezogen auf eine Gesellschaft als auch auf ein Individuum klare Funktionen zugeschrieben: Identität bietet „einen Referenz- und Orientierungsrahmen, mit dessen Hilfe Informationen aller Art in Bezug auf die Selbstdefinition organisiert werden“ (Schmale 2010: 37). Dieser Orientierungsrahmen beinhaltet, ganz allgemein, klare Inklusions- und Exklusions-Schemata (vgl. ebd.), also

⁶⁹ Dieses neue Paradigma schlägt sich in Wissenschaft und Politik zunehmend seit Mitte der 1990er Jahre nieder. Vgl. hierfür Hooghe 2009 sowie Kapitel 4.2. der vorliegenden Arbeit.

verschiedene Größen und Normen, die die Zugehörigkeit *zu*, und die Abgrenzung *von* anderen Individuen oder Gruppen manifest machen.

Bei der Kategorie europäischer Identität handelt es sich – ebenso wie bei nationaler Identität – zwangsläufig nicht um eine individuelle, sondern um eine kollektive Form von Identität. Die theoretischen Arbeiten zu europäischer Identität lassen sich dabei grob in zwei, teils sehr konträre Interpretationsrichtungen einteilen. Beide Richtungen wiederum sind auf zwei unterschiedliche Ansätze aus der allgemeinen Forschung zum Phänomen kollektiver Identitäten zurückzuführen, deren Paradigmen sie auf den Identitätsraum Europa übertragen: Unterschieden werden hiernach die essentialistische und die konstruktivistische Betrachtungsweise europäischer Identität. Die Kontroverse zwischen beiden Interpretationsrichtungen verdeutlicht nicht nur die Spannweite der Diskussion um europäische Identität, sie zeigt gleichsam paradigmatisch die schon angesprochenen Konvergenzen mit den Kategorien der Demokratie- und der Integrationsfähigkeit Europas auf.

Der Essentialismus behauptet grundlegend, dass kollektive Identität eine vornehmlich kulturelle und damit vorpolitische Größe ist, die sich auf verschiedene gemeinsame, im Laufe der Zeit unveränderte und unveränderbare Bezugspunkte eines Kollektivs bezieht (vgl. Wagner 2006: 32). Individuen werden „in ‚ihre‘ kollektive Identität hineingeboren“ (ebd.: 33) und haben, ob willentlich oder unwillentlich, keine Möglichkeit, sich der „identitären Essenz“ (ebd.) ihres Kollektivs zu entziehen. Weiterhin geht der Essentialismus davon aus, dass alle Mitglieder eines Kollektivs in etwa gleichwertig an den essenziellen Gemeinsamkeiten dieses Kollektivs teilhaben und dass diese Gemeinsamkeiten sie „von anderen Menschengruppen deutlich unterscheiden“ (vgl. ebd.). Versteht man eine nationalstaatliche oder territoriale Eingrenzung als bestimmend für die Definition des Kollektivs, dann ist es aus essentialistischer Perspektive eine „logische Folge“ (ebd.), von „den‘ Deutschen oder ‚den‘ Europäern zu sprechen“ (ebd.). Weil Kollektive laut dem essentialistischen Paradigma nicht beeinflussen können, auf welche Gemeinsamkeiten sich ihre kollektive Identität bezieht, stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten zur Förderung einer europäischen Identität für die Essenzialisten nicht (vgl. ebd.) – sie ist entweder *a priori*, gewissermaßen naturgegeben vorhanden, oder sie ist nicht vorhanden und kann auch nicht künstlich erzeugt werden. Analog zu diesen beiden Möglichkeiten lässt sich die essentialistische Sichtweise bezüglich der Frage nach europäischer Identität wiederum in zwei theoretische Richtungen aufteilen: die des Ethnonationalismus und die des Supranationalismus (vgl. ebd.: 34). Während Ethnonationalisten wie der britische

Nationalismusforscher Anthony D. Smith „den Nationalstaat als Hauptquelle kollektiver Identität“ (ebd.) betrachten und der Kategorie einer europäischen Identität damit *de facto* die Existenzmöglichkeit absprechen, betonen Supranationalisten wie Rémi Brague, Edgar Morin oder Samuel P. Huntington die länderübergreifenden, kulturellen Gemeinsamkeiten der Europäer (vgl. ebd.). Dabei beziehen sich Brague und Morin vor allem auf einen spezifisch europäischen Umgang mit verschiedenen kulturellen und religiösen Einflüssen (vgl. ebd.). Sie verorten die identitäre Essenz Europas vor allem in seiner Vielseitigkeit – in der Akzeptanz von „Unterschieden, Antagonismen, Konkurrenzen und Komplementaritäten“ (Morin 1991: 128). „Diese ‚Dialogik‘“, so schreibt Edgar Morin in seinem Buch *Europa denken* (ebd.), „ist das entscheidende Charakteristikum der kulturellen Identität Europas, nicht etwa dieser oder jener ihrer Bestandteile oder Augenblicke“ (ebd.). Huntington dagegen spricht im Rahmen seiner These des *Clash of Civilizations* von „Kulturkreisen“ (Huntington, zit. n. Wagner 2006: 34) wie dem europäischen, welche kollektive Identitäten durch Größen wie Sprache, Geschichte, Religion und Sitten bestimmen (vgl. ebd.: 35).

Aus zwei Gründen soll dem Konzept des Essentialismus hier jedoch nicht näher nachgegangen werden: Erstens hat sich die im Folgenden zu behandelnde konstruktivistische Perspektive auf kollektive Identität in der Europa-Forschung heute gegenüber der dargelegten essentialistischen Sichtweise weitgehend durchgesetzt (vgl. Lichtenstein 2012: 4); zweitens besitzt der Essentialismus für eine Analyse europäischer Öffentlichkeit nur sehr begrenzte Aussagekraft, sofern man davon ausgeht, dass zumindest ein gewisses Maß an geteilter Identität eine notwendige Bedingung für die Entstehung von Öffentlichkeit darstellt (vgl. Wagner 2006: 85-92). Hält man sich an die ethnonationalistische Ausrichtung, so kann so etwas wie europaweite Öffentlichkeit unmöglich entstehen, weil den Beteiligten dazu die kulturellen Gemeinsamkeiten fehlen; argumentiert man mit der supranationalistischen Ausrichtung des Essentialismus, dann ist europäische Öffentlichkeit zwar möglich, aber sie müsste bezüglich ihrer Ausdehnung und Intensität relativ statisch, nicht wandelbar und vor allem nicht beeinflussbar sein. Zudem hätte sie wohl eher kulturelle und nicht-intendierte als politische Ausdrucksformen.

Anders als der Essentialismus behandelt der Konstruktivismus Identität nicht als vorpolitische, sondern gerade als politische, und damit erzeug- und veränderbare Größe. Seit Benedict Andersons 1983 erschienenem Buch *Die Erfindung der Nation* stützt sich ein Großteil der theoretischen Debatte um kollektive Identität auf Andersons Grundannahme, dass es sich auch bei einer Nation nur um „eine vorgestellte politische Gemeinschaft –

vorgestellt als begrenzt und souverän“ (Anderson, zit. n. ebd.: 35f.) – handele, deren Mitglieder nicht durch eine naturgegebene, identitäre Essenz, sondern vielmehr durch „von politischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten geschaffene Gedankenkonstrukte“ (ebd.: 36) zusammengehalten werden. Die Grundannahme dahinter lautet, dass Nationen, „wie auch alle anderen Gemeinschaften, deren Größe ‚Face-to-Face-Kontakte‘ unter ihren Mitgliedern ausschließt“ (ebd.), von ihren Mitgliedern niemals in Gänze erlebt werden können und somit gezwungenermaßen gedanklich konstruiert werden müssen (vgl. ebd.). Es ist also vielmehr die Gesellschaft, und nicht die Natur, welche die Herausbildung kollektiver Identitäten beeinflusst und bestimmt. Daraus folgt zwangsläufig: Kollektive Identitäten sind beeinfluss- und konstruierbar. Zudem bilden „bewusste oder unbewusste Entscheidungen für bestimmte Bezugspunkte und zugleich gegen andere Bezugspunkte“ (ebd.) aus konstruktivistischer Perspektive die Grundlage für die Schaffung kollektiver Identitäten. Deshalb geht der Konstruktivismus nicht davon aus, „dass alle Mitglieder eines Kollektivs die gemeinschaftliche Identität in gleichem Maße verinnerlichen“ (ebd.). Auch bezogen auf die Frage nach europäischer Identität halten die meisten Autoren die vorpolitischen Bezugspunkte und Gemeinsamkeiten aller Europäer für ungenügend und konzentrieren sich auf die politischen und damit aktiv gestaltbare Aspekte von europäischer Identität.

Dabei wird die Kategorie der europäischen Identität nicht nur als Wert an sich gesehen; ihre Herausbildung – eben weil sie aktiv beeinflussbar ist – gilt den Konstruktivisten vielmehr auch als notwendiger Schritt hin zu einer stärker demokratischen Legitimierung eines weitreichend integrierten Europas. Hier wird der Konnex zwischen den drei für europäische Öffentlichkeit maßgeblichen Kategorien – zwischen Demokratie, Integration und Identität – evident. Ein in dieser Hinsicht charakteristisches Merkmal konstruktivistischer Analysen ist die Verknüpfung der Frage nach europäischer Identität mit derjenigen nach einem europäischen Staatsvolk – einem *Demos*, der, analog zu einer nationalen Bürgergemeinschaft, auf Identifikation, Solidarität und eben Identität beruhe. Während die Ethnonationalisten die Möglichkeit der Existenz eines solchen *Demos* mit dem Hinweis auf die fehlende und unmöglich herstellbare europäische Identität *a priori* verneinen, ist die Herausbildung eines europäischen *Demos* auf der Grundlage einer europäischen Identität für Konstruktivisten zumindest theoretisch möglich. Die meisten Analysen kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass es derzeit keinen europäischen *Demos* gebe – zumindest dann nicht, wenn er nach der Schablone eines nationalen Staatsvolkes konstruiert wird (vgl. etwa Weske 2011: 27; Schmale 2010: 168; M.G. Schmidt 2010: 408; U. Beck/Grande 2007: 159; Habermas 2004: 76). Mit Jürgen Habermas und Wolfgang

Schmale sollen im Folgenden zwei Vertreter des Konstruktivismus näher betrachtet werden, die die kategorische Negation eines europäischen *Demos* und damit die prinzipielle Skepsis gegenüber der Herausbildung einer europäischen Identität in unterschiedlicher Weise kritisieren.

Habermas, der nach Wagner (2006: 40) als „Musterbeispiel eines dem Konstruktivismus verpflichteten Postnationalisten“ (ebd.: 39) angesehen werden kann, hat wiederholt betont, dass die These, nach der sich „die Union nicht mehr zu einem politischen Gemeinwesen mit eigener Identität entwickeln“ wird können, „weil es kein europäisches Volk gibt“ (Habermas 2004: 76), bei genauerer Analyse nicht aufrecht zu erhalten ist. Er legt dazu zunächst die essentialistische Argumentation, die dieser These zugrunde liegt, dar, um sie später zu entkräften: Dieser Argumentation zufolge seien es eben die kulturellen Werte wie Sprache⁷⁰, Tradition und Geschichte, welche die Bürger einer Nation verbinden würden und welche somit auch die unabdingbaren Grundlagen für eine politische Gemeinschaft böten (vgl. ebd.). Nach dieser, aus Habermas' Perspektive fälschlichen Grundannahme seien die Mitglieder einer Gesellschaft „nur auf der Basis gemeinsamer Ideale und Wertorientierungen [...] fähig und bereit, gegenseitig Rechte und Pflichten zu akzeptieren und auf eine allseits faire Einhaltung dieser Normen zu vertrauen“ (ebd.). Diese Argumentation entkräftet Habermas dann mit einem innerhalb der wissenschaftlichen Debatte um europäische Identität berühmt gewordenen Diktum:

„Zwar muss die Frage, ob es so etwas wie eine europäische Identität gibt, heute negativ beantwortet werden. Aber so ist die Frage auch falsch gestellt. Es geht um die Bedingungen die erfüllt sein müssen, damit die Bürger ihre staatsbürgerliche Solidarität über ihre jeweiligen nationalen Grenzen hinaus mit dem Ziel einer wechselseitigen Inklusion erweitern können“ (ebd.).

⁷⁰ Der essentialistischen Betonung von Sprache als unverzichtbare Grundlage einer kollektiven Wahrnehmung als ‚Staatsvolk‘ lässt sich, aus historischer Perspektive und bezogen auf die Etablierung von Nationalsprachen, neben Habermas auch mit Hobsbawm begegnen: Demnach hätten bereits Nationalsprachen „fast immer etwas von einem Kunstprodukt“ gehabt und seien daher „das Gegenteil dessen, wofür die nationalistische Mythologie sie ausgibt, nämlich die archaischen Fundamente einer Nationalkultur und der Nährboden des nationalen Denkens und Fühlens“ (Hobsbawm 1992: 67f.). Erst sehr spät, nämlich ab 1880, hätten ethnisch-sprachliche Kriterien Einfluss auf Nationalismus-Bestrebungen entwickelt. Das entscheidende Kriterium für die vor allem im frühen und mittleren 19. Jahrhundert stattfindende Herausbildung der kollektiv bindenden Zugehörigkeitsgefühle, die Hobsbawm als „Protonationalismus“ (ebd.: 59ff.) bezeichnet, sei dagegen vielmehr im Bewusstsein zu sehen, „einem dauerhaft politischen Gemeinwesen anzugehören oder angehört zu haben“ (ebd.: 89). Dieses Bewusstsein aber, müsse weder bei allen Bevölkerungsschichten gleichermaßen ausgeprägt gewesen sein, noch müsse es sich „über ein Gebiet nach Art des Territoriums der modernen ‚Nation‘“ erstreckt haben (ebd.).

Habermas entkommt somit der festgefahrenen, bipolaren Diskussion um die Existenz bzw. die potenzielle Möglichkeit der Existenz einer europäischen Identität, indem er den Identitäts-Begriff durch die Kategorie der staatsbürgerlichen Solidarität jenseits nationaler Grenzen ersetzt. Diese Kategorie nämlich lässt sich im weiteren Argumentationsverlauf entschieden besser operationalisieren. Denn auch die im Nationalbewusstsein wurzelnde, nationale Bürgersolidarität, so Habermas, sei im Kern eine artifiziell geschaffene Größe:

„Das Bild der nationalen Geschichte ist mit der akademischen Hilfe von Historikern und Volkskundlern, von Juristen, Sprach- und Literaturwissenschaftlern konstruiert, über Schule und Familie in die Erziehungsprozesse eingeschleust, über Massenkommunikationsmittel verbreitet und über die Mobilisierung der Wehrpflichtigen in der Gesinnung kriegsbegeisterter Generationen verankert worden. Im Allgemeinen dauerte es beinahe ein Jahrhundert, bis dieser Prozess die ganze Bevölkerung durchdrungen hatte“ (ebd.: 77).

Eine ähnliche Ansicht findet sich bei Eric Hobsbawm. Er betont in diesem Zusammenhang vor allem den Versuch von Staaten, die im 19. Jahrhundert aufkommenden nationalistischen Strömungen in eine Art „Staatspatriotismus“ (Hobsbawm 1992: 108) umzuwandeln und sie somit den politischen Interessen der Regierungen einzuverleiben:

„Aus naheliegenden Gründen bedienten sich die Staaten eines immer leistungsfähigeren Apparats zur Kommunikation mit den Einwohnern – vor allem der Grundschule –, um das Bild und Erbe der ‚Nation‘ zu verbreiten, die Liebe zu ihr einzupflanzen und alle auf das Land und die Fahne einzuschwören; zu diesem Zweck wurden häufig Traditionen oder selbst Nationen ‚erfunden‘“ (Hobsbawm 1992: 110).

Diese künstlich erzeugte Form des zunächst kulturellen Nationalismus⁷¹, den Habermas auch „ethnonational erweiterten Partikularismus“ (Habermas 2004: 77) nennt, verband sich schließlich im 19. Jahrhundert mit den der Französischen Revolution entsprungenen politischen Grundsätzen des Republikanismus und der Volkssouveränität. Beides bereitete – grob vereinfacht – den Boden für die Entstehung der europäischen Nationalstaaten moderner Prägung⁷².

Zentral für Habermas' Überlegungen bezüglich Europas ist nun die Erkenntnis, dass sich dieses Fusionsmodell, „nach zwei Weltkriegen und nach den Exzessen des

⁷¹ Nach Metzeltin und Wallmann (2010: 131ff) erfolgte diese „Erfindung moderner Nationalstaaten“ (ebd.: 131) in Form von acht „chronologisch stattfindende[n] Prozesse[n] und mythisierende[n] Strategien“ (ebd.): Bewusstwerdung, Territorialisierung, Historisierung, Standardisierung und Historisierung einer Nationalsprache, Textkanonisierung, Institutionalisierung, Medialisierung und schließlich Globalisierung.

⁷² Für eine detaillierte Nachzeichnung dieser Entwicklung, die deren Komplexität und auch deren Ambivalenzen herausarbeitet, siehe: Hobsbawm 1992.

Radikationalismus, nicht nur in Deutschland gelockert“ (ebd.) habe. Es lasse sich in der Gegenwart ein Loslösen der republikanischen Gesinnungen „von ihren vopolitischen Verankerungen“ (ebd.) beobachten. Anders ausgedrückt: Der vopolitisch-kulturelle Nationalismus korrespondiert heute nicht mehr zwangsläufig mit jener formbaren, politischen Kategorie des Nationalen – die beiden Kategorien sind nicht mehr deckungsgleich. Dafür spreche, so Habermas, der Umstand, dass öffentliche Diskurse, die die Identitätsbildung immer schon beeinflusst haben, heute zunehmend eine Eigendynamik jenseits der Grenzen von Nationalstaaten entwickeln: „Interessengegensätze, die sich etwa an Gesundheitsreform oder Einwanderungspolitik, an Fragen des Irakkrieges oder der Wehrpflicht entzünden, [werden heute] eher im Lichte von Gerechtigkeitsprinzipien als im Hinblick auf das ‚Schicksal der Nation‘ verhandelt“ (ebd.). Hier wird nicht nur der explizite Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit und Identität, sondern vor allem die potenzielle Konstruierbarkeit von Bürgersolidarität deutlich. Anders als ein Nationalbewusstsein erwachse die Solidarität von Staatsbürgern nämlich gerade aus deren „Mitgliedschaft in einer demokratisch verfassten politischen Gemeinschaft von Freien und Gleichen“ (ebd.: 78) – sie ist politisch konstruiert und motiviert. Die sich so bildende Gemeinschaft aber ist grundsätzlich frei von der Beschränkung auf nationale Grenzen, sie ist lediglich an die Existenz eines demokratischen politischen Rahmens gebunden.

Diese Tatsache erklärt auch die in Kapitel 4.2. dargelegten, enorm hohen Ansprüche, die Habermas gegenüber einem demokratisch funktionierenden Europa und einer europäischen Verfassung formuliert: Beide sind seiner Auffassung nach existenzielle Grundlagen für eine europäische Bürgersolidarität, die als gleichwertig zu der am Nationalstaat orientierten, nationalen Identität angesehen werden kann. „Indem sich Identifikation mit dem Staat in eine Orientierung an der Verfassung verwandelt, gewinnen die universalistischen Verfassungsgrundsätze gewissermaßen vor den partikularen Einbettungskontexten der jeweils eigenen nationalen Geschichte des Staates“ (ebd.). Dieser Argumentation liegt die allgemeine Überzeugung Habermas’ zugrunde, dass es eine „zirkuläre, sich wechselseitig entweder verstärkende oder hemmende Interaktion zwischen politischen Prozessen und Verfassungsnormen auf der einen, dem Netzwerk geteilter, politisch-kultureller Einstellungen und Überzeugungen auf der anderen Seite“ (Habermas 2011: 76) gibt. Träte in Europa die verstärkende Art von Interaktion zwischen beiden Bereichen auf, dann könne es zu einem stärkeren Konvergieren jener politisch-kulturellen Einstellungen und schließlich auch zur erweiterten Bürgersolidarität kommen, die auch die Angehörigen der jeweils anderen europäischen Völker einschließt (vgl. ebd.). Allerdings bleibt Habermas hier Realist. Er sei sich bewusst, dass die dafür notwendigen europäischen

Entwicklungen wie „die Erweiterung von Kommunikationsnetzen und Wahrnehmungshorizonten, die Liberalisierung von Wertorientierung und Einstellungen, eine wachsende Bereitschaft zur Inklusion von Fremden, die Stärkung zivilgesellschaftlicher Initiativen und eine entsprechende Transformation starker Identitäten“ (ebd.) mit administrativen Methoden „bestenfalls stimuliert“ (ebd.) werden können.

Ebenso wie nationalstaatliche Solidarität und Identität hat jedoch auch eine solche transnationale Bürgersolidarität das Kriterium der Exklusivität als Referenzpunkt. Habermas betont, dass auch die Europäische Union, wolle sie „nach außen mit einer Stimme [...] sprechen [...] und im inneren Kompetenzen für eine gestaltende Politik an sich [ziehen]“ (ebd.), zu einer politischen Gemeinschaft werden müsse, deren Bürger sich erstens gegenseitig als Mitglieder identifizieren und zweitens in dem Bewusstsein handeln, „dass sich ‚ihre‘ Gemeinschaft von allen anderen durch eine kollektiv bevorzugte, jedenfalls stillschweigend akzeptierte Lebensweise“ (ebd.) auszeichnet. Anders als man zunächst vermuten könnte, hätte diese Form kollektiv bevorzugter Lebensweise jedoch nichts mit der vorpolitischen Gezwungenheit des Essentialismus gemein. Sie wäre vielmehr das „Ergebnis einer in demokratischen Prozessen stets mitlaufenden politischen Selbstverständigung“ (ebd.: 81). Als solches aber – und hier liegt der konstruktivistische Kern der Habermas’schen Argumentation – kommt sie „auf transparente Weise zustande und gibt sich auch den Beteiligten selbst als konstruiert zu erkennen“ (ebd.). Transnationale Bürgersolidarität ist also nicht nur ein durch politische Öffentlichkeit *konstruiertes*, sondern vor allem auch ein als konstruiert *wahrgenommenes* Gut. Diese Art von Solidarität, die Habermas am Ende seiner Argumentation schließlich auch wieder als „politische Identität der Bürger“ (ebd.) bezeichnet, könne jedoch nur in einem „transnationalen öffentlichen Raum“ (ebd.) entstehen:

„Die Frage ist deshalb nicht, ob es eine europäische Identität ‚gibt‘, sondern ob die nationalen Arenen füreinander so geöffnet werden können, dass sich über nationale Grenzen hinweg die Eigendynamik einer gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen entfalten kann“ (ebd.).

Im Rahmen der exemplarischen Analyse europäischer Öffentlichkeit im Web (Kapitel 9.) wird die vorliegende Arbeit zu dieser zentralen Fragestellung zurückkehren. Es bleibt hier zunächst festzuhalten, dass Habermas’ Debattenbeitrag zur Frage der Kategorie europäischer Identität auf einer für ihn typischen⁷³, abstrakten und stark normativen Ebene verharret. Habermas schleift den *per se* sehr essentialistisch geprägten Begriff der kollektiven

⁷³ Vgl. auch: Habermas 2011; 2008; 1998.

Identität um in die Kategorie der transnationalen Bürgersolidarität, die er gemeinsam mit den Kategorien der transnationalen Demokratie und der transnationalen Öffentlichkeit zu einem europäischen Dreiklang verbindet, dessen Bestandteile sich alle wechselseitig bedingen und durchdringen.

Ex professo ist Wolfgang Schmales Verständnis von europäischer Identität im Gegensatz zu Habermas stärker historisch, und in Teilen auch stärker kulturwissenschaftlich geprägt. In seinem Buch *Geschichte und Zukunft der europäischen Identität* (Schmale 2010) entwirft der Historiker den mitunter an die Arbeiten Manuel Castells⁷⁴ angelehnten Ansatz einer europäischen Identität mit Hilfe der Metaphern eines Netzwerkes bzw. eines Hypertextes (ebd.). Schmale versteht europäische Identität ganz grundlegend als eine Form von Identität, „die eng an das Paradigma der Einheit gebunden ist und heute aus der politischen Entität namens Europäische Union hervorgehen soll“ (ebd.: 20). Historisch greift er dabei auf die schon bekannte, emotionale Komponente von europäischer Einheit als Friedensprojekt zurück, welches heute „für Wohlstand, für eine Vielzahl von Freiheiten, für Sicherheit, die aus der Allgemeingültigkeit von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten erwächst“ (ebd.), stünde. Gleichwohl konstatiert Schmale, dass das natürliche Zusammendenken von Identität und Einheit „doch eher historisch bedingt“ (ebd.: 21) und weniger auf gegenwärtige Fakten zurückzuführen sei. Aus der Perspektive eines Historikers hinterfragt er vor diesem Hintergrund ganz allgemein die gegenwärtige Gültigkeit eines essentialistischen Identitätsbegriffs, „der seit dem Mittelalter in unterschiedlicher Gestalt beherrschend war, der aber im Zuge des Dekonstruktionismus in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten modifiziert wurde“ (ebd.). Diese Modifizierungen, die in Begriffen wie „Patchwork-Identität“, „hybride Identität“, „polymorphe Identität“ oder in der Verwendung des Plurals „Identitäten“ ihren Niederschlag gefunden hätten, seien jedoch noch nicht bis zu den Identitätsdiskursen auf europäischer Ebene vorgedrungen (vgl. ebd.) – hier sei das Paradigma *einer* Identität als Einheit noch immer vorherrschend.

Anders als Habermas behält Schmale den Identitätsbegriff also im Kern bei, versucht ihn aber neu zu konnotieren und zu kontextualisieren. Dabei wird zunächst die auch bei Schmale unabweisbar vorhandene Affinität zu einem konstruktivistischen Identitätsbegriff deutlich. So sei bereits die Geschichte der europäischen Identität weder „an eine als gegeben vorausgesetzte europäische Kultur oder Zivilisation noch an einen kulturgeschichtlich oder historisch-anthropologisch definierten *homo europaeus* geknüpft“

⁷⁴ Vgl. u.a.: Castells 2001.

(ebd. 41). Vielmehr liege der Kern – und hier ist eine deutliche Parallele zu Habermas auszumachen – in der Frage, ob ein europäisches Kollektiv existiere, das sich auch selbst *als* europäisch wahrnehme (vgl. ebd.). Habermas hatte diese Selbstwahrnehmung geknüpft an die gemeinsame Orientierung an einer transnationalen Verfassung sowie an identitätsstiftende öffentliche Diskurse im transnationalen Raum. Schmale betont, dass die Kategorie eines europäischen Kollektivs aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive eine „flüssige“ Kategorie“ (ebd.) darstelle, die auf eine ständige Veränderung jenes Kollektivs hinweise, dessen Geschichte auch „keineswegs einem Muster ständiger Progression“ (ebd.) gefolgt sei.

Auf Schmales diachrone Analyse der historischen Entwicklung dieser Kategorie eines europäischen Kollektivs (vgl. ebd.: 43-130) kann hier nicht näher eingegangen werden; im Kontext der vorliegenden Arbeit sind seine aus dieser historischen Analyse abgeleiteten Erörterungen zur europäischen Identität in Gegenwart und Zukunft jedoch von großem Interesse. Er betont, dass die Identität eines politischen Gebildes grundlegend durch drei Faktoren bestimmt werde: Durch eine „geschriebene Verfassung“, welche die normative Identität ausdrücke, durch eine gelebte, „sozio-politische Praxis“, welche die faktische Identität ausdrücke und schließlich „durch fortlaufende performative Sprechakte, die die Differenz zwischen geschriebener und gelebter Verfassung, zwischen normativer und faktischer Identität in neuen identitätsstiftenden Namensgebungen kondensieren und auf den Begriff bringen oder Wunschvorstellungen in Zielbegriffe lenken, die zu einer Veränderung der Verfassung und damit der normativen Identität führen sollen“ (ebd.: 131). Mit dieser Grundlegung bewegt sich Schmale relativ dicht an der Argumentation von Habermas – ist mit den „fortlaufenden performativen Sprechakten“ im Kern doch nichts anderes als eine diskursive Öffentlichkeit gemeint, die durch ihre Funktion der Sichtbarmachung von Differenzen zwischen geschriebener und gelebter Verfassung auch bei Schmale eine hochgradig politische Kategorie ist.

Die erste Komponente der Identitätskonstruktion bei Schmale ist schnell abgehandelt: eine geschriebene Verfassung als normative Identitätskomponente existiert in Europa derzeit (noch) nicht, nachdem der Verfassungsentwurf im Jahr 2005 abgelehnt und auf die Stufe eines Vertrages herabgesetzt wurde. Dieser Verfassungsentwurf allerdings, darauf weist Schmale nachdrücklich hin, beinhaltet nicht zuletzt eine normative Beschreibung europäischer Identität (vgl. ebd.: 132) und er hätte sich damit in sein Schema gefügt.

Die Frage nach der sozio-politischen Praxis als faktischer Komponente europäischer Identität ist demgegenüber komplexer. Bezogen auf die Europäische Union versucht Schmale sie mithilfe einer – bei ihm primär metaphorischen – Analogie zur Struktur von

Netzwerken zu beantworten. Die Europäische Union, so seine Grundannahme, sei ein Medium, das zum Typus der Netzwerke gehöre (vgl. ebd.: 137). Die Haupteigenschaften eines solchen Netzwerkes seien die Verknüpfung unterschiedlicher, inhomogener Akteure, die Ermöglichung von Kooperation und Ressourcenaustausch zwischen diesen Akteuren, sowie die strukturelle Verflüssigung im Sinne einer Verbindung von Variabilität und Stabilität (vgl. ebd.). Betrachte man die EU aus einer solchen Perspektive, so ergebe sich hieraus die aus analytischer Sicht konstruktive Folge, „dass bestimmte Kardinalfragen wie bspw. jene nach dem europäischen *Demos*, der europäischen Öffentlichkeit und nach der demokratischen Legitimation der EU in einem anderen Licht erscheinen.“ (ebd.). Ähnlich wie Habermas argumentiert Schmale, dass es zwar einen europäischen *Demos* im traditionellen Sinne nicht gebe, dass die starre Fokussierung auf diese Kategorie aber auch den Blick auf jene vernetzenden Strukturen verstelle, die in der gegenwärtigen EU sehr wohl existieren. So könne die EU-Bevölkerung wenn nicht als *Demos*, so doch „zunehmend als europäisches, d.h. postnationales gesellschaftliches Kollektiv beschrieben werden“ (ebd.), das von der EU durch eine „große Zahl an Vernetzungsleistungen“ (ebd.) gestärkt und zusammengehalten werde. Schmale nennt hier etwa die Wahlen zum Europäischen Parlament, verschiedene Interessennetzwerke, Förderprogramme, sowie individuell nutzbare Mobilitätsprogramme (vgl. ebd.).

In Bezug auf die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität liege das Problem einer solchen Netzwerkstruktur nun darin, dass die EU – anders als ein Nationalstaat – sich nicht auf eine Meistererzählung im Sinne einer leitenden und Einheit stiftenden historischen Großdeutung berufen könne. Netzwerke wie die EU generieren auf kollektiv-narrativer Ebene keine Meistererzählungen, sondern Hypertexte (vgl. ebd.: 138). Diese zunächst abstrakt wirkende Differenzierung wird fassbarer, wenn man die Eigenschaften eines Hypertextes denen einer Meistererzählung gegenüberstellt. Ersterer beruht auf vielen verschiedenen Stellen der simultanen „Sinnerzählung und Sinnproduktion“ (ebd.), die vom Netzwerk miteinander verknüpft und in Kohärenz gebracht werden. Sowohl Hypertexte als auch Netzwerke sind in ihrer Konstruktionsweise „an den Enden offen“ (ebd.). Die Funktion des Hypertextes sei dabei ein „ständiger Prozess der Verknüpfung von Sinn mit Sinn, wie das Medium Netzwerk einen ständigen Prozess der Sinnproduktion ermöglicht“ (ebd.).

Es gibt demnach, anders als bei Nationalstaaten, nicht *das* europäische Narrativ, auf das sich eine Identitätsbildung berufen könnte, sondern vielmehr eine Reihe verschiedener Narrative, die sich gleichzeitig, aber mitunter inhomogen, kontinuierlich und keinesfalls teleologisch fortspinnen und die nur bis zu einem gewissen Grad kohärent sind. Diese

Tatsache aber mache die Existenz einer essentialistischen Identität auf europäischer Ebene unmöglich. In Analogie zum Hypertext müsse europäische Identität konstruier- und damit veränderbar – in Schmales Worten: „flüssig“ – sein: „Sowie Meisternarrativ und essentialistische Identitätskonzeption Geschwister sind, sind Kohärenz und flüssige Identität Geschwister“ (ebd.). Die Kategorien des europäischen *Demos* und der europäischen Identität seien deshalb nur nach dem Prinzip von Hypertexten denkbar, in denen nicht ein Meisternarrativ, sondern mehrere Erzählungen nebeneinander existieren:

„Wir sollten der Versuchung, Europäische Identität in ‚der europäischen Geschichte‘, in ‚dem kulturellen Erbe‘, in ‚der europäischen Kultur‘ zu finden, nicht in dem Ausmaß nachgeben, wie dies derzeit noch geschieht. Alle drei Begriffe sind in den Plural zu setzen, sonst erhöht sich die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Identität des europäischen *Demos*, die mit Hilfe der Metapher von Hypertext beschrieben werden kann, und dem intellektuellen Diskurs über ‚Europäische Identität‘, der auf eine Identitätsmeistererzählung nach dem Muster nationaler Meistererzählungen hinausläuft“ (ebd.; Hervorhebungen durch *D.W.*).

An dieser Stelle der Argumentation bewegt sich Schmale stark auf Ulrich Becks und Edgar Grandes kosmopolitisches Konzept des „Sowohl-als-Auch“-Europa⁷⁵ zu und unterscheidet sich dadurch deutlich von Habermas, der mit der Betonung verfassungsrechtlicher Normen und der Öffnung nationaler Diskurse füreinander einer nationenübergreifenden Bürgersolidarität als spezifischer Art europäischer Identität das Wort redet. Ein gewisser Grad an Einheit ist damit bei Habermas unabdingbar, während Schmale gerade auf die „Diversity“ (ebd.: 139) als Konstitutivum einer solcherart flüssigen, durch einen Hypertext erzeugten europäischen Identität hinweist. Europäische Identität sei demnach „das Kohärente in der Diversität selbst“ (ebd.). Diese Tatsache käme auch aus historischer Perspektive einem Paradigmenwechsel gleich. Man solle sich ihr analytisch stellen, „statt der verführerischen Welt der Meistererzählungen über die Einfachheit von Identität nachzujagen“ (ebd.). Um die These der von Netzwerk und Hypertext bedingten Diversität und einer europäischen Identität, verstanden als ‚das Kohärente in der Diversität‘, politisch zu konkretisieren und auf eine handlungsorientierte Ebene zu bringen, betont Schmale, dass eine europäische Identität in diesem Sinne zwar eine flüssige Identität sei, ihre Veränderungsgeschwindigkeit jedoch nicht so hoch, „dass sie keine ‚Planungsgröße‘ mehr darstellen würde“ (ebd.). Die Netzwerkform und der Hypertextcharakter stünden also einer politischen Integration Europas bis hin zur normativen Verfassungsebene keinesfalls im Wege, letztere müsse sich allerdings an die Strukturmerkmale der ersteren anpassen: „Und

⁷⁵ Vgl. Kapitel 4.3.3. der vorliegenden Arbeit.

daraus folgt zuallererst, dass in der praktischen Verfassung der EU die Position des EU-Parlaments deutlich gestärkt werden muss“ (ebd.).

Damit kehrt sich im Gegensatz zu Habermas der kausale Zusammenhang zwischen europäischer Identität und europäischer Demokratie um: War demokratische Verrechtlichung auf transnationaler Ebene, begleitet von öffentlichen Diskursen, bei Habermas die Voraussetzung für die Bildung zumindest eines Identitätssubstituts in Form von bürgerlicher Solidarität jenseits von Nationalstaaten, so wird bei Schmale umgekehrt die flüssige europäische Identität zur Determinante für die Organisation demokratischer Strukturen und Institutionen.

Was die Kategorie eines europäischen *Demos* angeht, kommt Schmale allerdings ähnlich wie Habermas zu der Feststellung, dass es nicht zielführend sei, „sich den europäischen *Demos* völlig analog zum politischen *Demos* des Nationalstaats vorzustellen. Solange es keinen Europäischen Bundesstaat gibt, würde dies immer nur zu der einen Feststellung führen können, nämlich dass es keinen europäischen *Demos* gibt“ (ebd.: 168). Das aber wäre nach Schmales Theorie eine unterkomplexe essentialistische Schlussfolgerung und bedeute ein Übersehen dessen, was existiert:

„Keine Einheit, aber Prozesse sozialer Kohäsion, Entstehung eines Gedächtnisraums, Vernetzung durch verschiedenste Förderprogramme, zunehmende Mobilität, schließlich gemeinsame Rechte wie Wahl des Europäischen Parlaments, EU-Pass (der einige Reiseerleichterungen bedingt) und anderes“ (ebd.).

Abschließend soll auf die Folgen dieses spezifischen Konzepts europäischer Identität für die Kategorie europäischer Öffentlichkeit eingegangen werden. Es liegt schon auf begrifflicher Ebene nahe, und Schmale weist zudem explizit darauf hin, dass sein Netzwerk-Begriff zur Charakterisierung des gesellschaftlichen Zustandes der Europäischen Union hohe Affinität zur Öffentlichkeitsebene aufweist – und zwar in kausaler Folge: So seien die Vernetzung der europäischen Bürger zu einem Kommunikationsnetzwerk und zu einer transnational-europäischen Gesellschaft, „für die die Identifikation mit der Union Sinn macht und Funktionalität besitzt“ (ebd.: 174), notwendige Bedingungen für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit (vgl. ebd.). Das Entscheidende dabei ist: Dieser Prozess einer Vernetzung, die bei Schmale nicht nur die Vernetzung zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft, sondern ebenso EU-Programme, zivilgesellschaftliche Institutionen, die Unionsbürgerschaft und die damit verknüpften Wahlrechte einschließt (vgl. ebd.), ist aus der Netzwerk-Perspektive längst in Gang gesetzt. Europäische Vernetzungen, auch in Form europäischer Öffentlichkeit, ist somit keinesfalls eine utopische Größe. Bezogen auf die Kategorie der Öffentlichkeit ergibt sich daraus ein

analytischer Vorteil, der – etwa im Gegensatz zum Habermas'schen Konzept – in einem geringeren normativen Anforderungs- und Abstraktionsgrad liegt. Schmale begründet diese Annahme vor allem auf politisch-institutioneller Ebene, sie lässt sich aber auf die Ebene von Öffentlichkeit übertragen:

„Es geht nicht um revolutionär Neues, vielmehr geht es darum, sich klarzumachen, dass bestimmte längst eingeleitete Entwicklungen einen Paradigmenwechsel bedeuten. Eine Option der Netzwerkmethodik besteht darin, statt in den Kategorien Vollmitgliedschaft, ‚privilegierte Partnerschaft‘ oder Assoziation zu denken, die Möglichkeit sehr viel feingliederigerer Kategorien von Akteuren auszuloten, deren Ziel die Etablierung von Kohärenz auf einem bestimmten Feld ist. Gemeint ist die Beteiligung unterschiedlicher Länder oder Regionen an unterschiedlichen Handlungsfeldern der Europäischen Union in unterschiedlichem Ausmaß“ (ebd.).

Ebenso wird eine Analyse europäischer Öffentlichkeit, die in feingliedrigen Kategorien der Kohärenz denkt, die von den Bedingungen einer möglichst maximalen Inklusion abrückt und im übertragenen Sinne auch für ‚privilegierte Partnerschaften und Assoziationen‘, also unterschiedlich deutliche Ausprägungen von Öffentlichkeit empfänglich bleibt, empirische Vorteile gegenüber einer allzu stark normativen Konzeption haben, wie man sie etwa bei Jürgen Habermas findet. Auch europäische Öffentlichkeit und zumal ihre im Internet generierten Varianten sollen deshalb in der vorliegenden Arbeit – so kann bereits an dieser Stelle angedeutet werden – als pluralistische, temporäre, ephemere, im Schmale'schen Sinn mithin flüssige und an den Enden offene Netzwerke beschrieben werden, deren charakteristisches Verhältnis von Kohärenz und Diversität zudem ein entscheidender Faktor für ihre (politische) Wirkmächtigkeit sein dürfte.

Dabei gilt es in der vorliegenden Arbeit allerdings, den Netzwerk-Begriff jenseits der metaphorischen Ebene bei Schmale zu behandeln und kommunikationswissenschaftlich zu konkretisieren. Im Rahmen dessen sind Pluralität und Diversität aus der Perspektive des Netzwerk-Ansatzes keinesfalls *per se* Disqualifikationsmerkmale – sie sind vielmehr Zeichen der Zeit. Wie Schmale am Beispiel einer europäischen Identität gezeigt hat, stößt das historische Paradigma der Einheit im 21. Jahrhundert auf allen gesellschaftlichen Ebenen an seine Grenzen – die Verhältnisse werden überall „komplexer, sie pluralisieren und dezentrieren sich“ (ebd.: 175).

5. Theoretische Grundlagen und empirische Evidenzen europäischer Öffentlichkeit

In Kapitel 3.2. wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, dass eine Konzeptionalisierung transnationaler Öffentlichkeit ganz grundsätzlich die Entkopplung von nationalstaatlicher Geografie und dem Begriff des Kommunikationsraumes voraussetzt. Dabei muss sich die Wahrscheinlichkeit kommunikativer Vorgänge und Verdichtungen im transnationalen Raum an anderen Kriterien orientieren als an der innerhalb eines politisch und gesellschaftlich integrierten Nationalstaates *a priori* vorausgesetzten Interessenhomogenität. Bezogen auf den Begriff einer politischen Öffentlichkeit ist diese Tatsache weit weniger trivial als es zunächst erscheinen mag. Das kann man bereits aus den Ergebnissen der in Kapitel 3.1. vorgenommenen Diskussion unterschiedlicher Öffentlichkeitstheorien schließen: Bei aller normativen wie deskriptiven Divergenz waren sich fast alle untersuchten Autoren hier ja gerade darin einig, dass eine zentrale Grundvoraussetzung für die Emergenz politischer Öffentlichkeit in ihrer potenziellen Fähigkeit besteht, wirkmächtig mit einem politischen System zu interagieren, in anderen Worten: diesem System Input-Legitimität zu verleihen⁷⁶. Wie sich dieser Anspruch aus den Prämissen eines während der Aufklärung entstandenen Begriffs politischer Öffentlichkeit historisch herleitet, wurde in der vorliegenden Arbeit detailliert dargestellt, die fortwährende Gültigkeit des Anspruches bei den verschiedenen Theoretikern nachgewiesen: Im späteren Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas manifestiert sich die politische Wirkmächtigkeit von Öffentlichkeit in der rationalen Kraft ihres deliberativen Verfahrens (vgl. Kapitel 3.1.2.); Bernhard Peters – obgleich skeptisch gegenüber diesem Verfahren – setzt für die Hauptfunktion von „Öffentlichkeit im emphatischen Sinn“ (Peters 2007: 59) immerhin eine Verständigung über „Angelegenheiten von allgemeinem Interesse“ (ebd.) voraus; Ralf Dahrendorf argumentiert gar für den Verzicht einer universellen Inklusionsbereitschaft von politischer Öffentlichkeit, um eben jene politische Wirkmächtigkeit sicherstellen zu können und Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt schließlich verstehen politische Öffentlichkeit als notwendiges Konstitutivum für die mit einem doppelten Sonderstatus behaftete Politik überhaupt.

Diese Korrelation zwischen politischer Öffentlichkeit und den Entscheidungen administrativer politischer Systeme ist deshalb von so großem Gewicht, weil sie auf

⁷⁶ Niklas Luhmanns systemtheoretischer Modell, innerhalb dessen Öffentlichkeit einzig und allein der Selbstreflexion gesellschaftlicher Teilsysteme durch das Beobachten von (Fremd-)Beobachtungen dient (vgl. Kapitel 3.1.3.3.), bildet hier in gewisser Weise eine Ausnahme.

nationalstaatlicher Ebene seit jeher den Anreiz für die Partizipation an Öffentlichkeit darstellt: Die bürgerlichen Privatleute des 18. Jahrhunderts formierten sich deshalb zum Publikum, weil sie sich von dieser Formation eine stärkere Berücksichtigung ihrer gemeinsamen Interessen durch den Staat versprochen und – das ist der mindestens ebenso wichtige Schritt – weil sie erkannt haben, *dass* sie überhaupt gemeinsame Interessen hatten. Beide Punkte – die Erkenntnis einer intentionalen Gemeinsamkeit und das Gegenüber eines zentralen Ansprechpartners, dem man mit diesen Intentionen als Kollektiv gestärkt entgegentreten kann – verlieren im transnationalen europäischen Raum zunächst einmal ihre auf nationalstaatlicher Ebene über beinahe 200 Jahre eingeübte Selbstverständlichkeit. Wie bereits in Kapitel 3.2. ausgeführt, ist die institutionelle Transnationalisierung von Politik – also die Schaffung jenes zentralen Gegenübers – ein zäher Vorgang, der im konkreten Fall der Europäisierung zudem über Jahrzehnte als bürokratisches Spezialistenprojekt mit einem allenfalls permissiv-konsensualen Publikum abgelaufen ist (vgl. Kapitel 4.2., 4.3.). Dieses europäische Publikum nahm über den längsten Zeitraum der bisherigen europäischen Integration ein zentrales Gegenüber erstens nicht wahr und es erkannte, daraus folgend, bei sich selbst auch keine artikulationswürdige Gemeinsamkeit von Interessen und Intentionen. Vor diesem Hintergrund war eine Versammlung europäischer Privatleute zu einem europäischen Publikum im Sinne des Habermas'schen Publikumsbegriffs über weite Strecken der europäischen Nachkriegs-Integration mehr oder weniger unmöglich.

Wie bereits oben dargelegt, kommt in der europäischen Integrations- und Sozialforschung ab den 1990er Jahren jedoch die begründete Annahme auf, dass sich dieser Zustand des „permissive consensus“ (Knelangen 2011: 61), des Nichterkennens von politisch nutzbarer Gemeinsamkeit auf Seiten der Bürger Europas, allmählich in einen „constraining dissensus“ (ebd.), eine kritische Bewusstwerdung des eigenen Status als politisch potenziell wirkmächtige Bürger Europas, umwandelt. Die europäischen Bürger waren, um zwei ursprünglich von Bernhard Peters (2006: 138) geprägte Begriffe zu verwenden, bereits seit der frühen institutionellen Integration in den Nachkriegsjahren eine „Problemgemeinschaft“ – erst in den letzten zwanzig Jahren aber nehmen sie sich zunehmend auch als „Problemlösungsgemeinschaft“ wahr.

Allerdings ist mit der potenziellen Herausbildung einer solchen länderübergreifenden Kommunikations- und Problemlösungsgemeinschaft noch nichts über die mögliche Entstehung oder gar spezifische Formen einer europäischen Öffentlichkeit gesagt. Dieser Begriff muss zunächst theoretisch modelliert werden.

Seit den frühen 1990er Jahren widmet sich die Forschung – „angestoßen von besorgten Staats- und Verfassungsrechtlern, aufgenommen von Politologen, dann auch von Soziologen und Medienwissenschaftlern“ (Neidhardt 2006: 46) – den Fragen nach Beschaffenheit, Notwendigkeit und Voraussetzungen einer europäischen Öffentlichkeit. Tobler unterteilt die sich hierbei hervortuenden Forscher in drei Gruppen, die sich im Rahmen der wissenschaftlichen Beschäftigung mit europäischer Öffentlichkeit „gegenüberstehen“ (Tobler 2010: 59): Die Gruppe der „Pessimisten und Skeptiker“ (ebd.) erkennt gegenwärtig auf europäischer bzw. EU-Ebene ein starkes Öffentlichkeitsdefizit und hält die Überwindung dieses Defizits erstens aus strukturellen sowie zweitens aus kulturellen Gründen in absehbarer Zeit für ausgeschlossen. Die „Optimisten“ (ebd.) hingegen argumentieren für einen Begriff europäischer Öffentlichkeit, der sich in gewichtigen Punkten vom tradierten und nationalstaatlich geprägten Begriff politischer Öffentlichkeit unterscheidet. Sie heben die Problematik einer Übertragung nationaler normativer Standards auf den europäischen Rahmen hervor und konstruieren stattdessen einen spezifisch europäischen, stärker pragmatisch gefärbten Öffentlichkeitsbegriff. Da dieser Ansatz bezogen auf die Etablierung von Strukturen europäischer Öffentlichkeit im Internet am anschlussfähigsten zu sein scheint, wird sich die vorliegende Arbeit schwerpunktmäßig mit den Argumenten der „Optimisten“ auseinandersetzen, zu denen nach Tobler „vor allem die Forschergruppe um Klaus Eder, Cathleen Kantner und Hans-Jörg Trenz [...] sowie Jürgen Habermas“ (ebd.) gehören.

Als dritte Gruppe nennt Tobler die „Pragmatisten“ (ebd.), welche die Existenz von transnationaler europäischer Kommunikation bis zu einem gewissen Grad zwar bejahen, ihre Qualität aber für nicht ausreichend erachten, um das in Kapitel 4.2. behandelte Demokratiedefizit der EU zu beheben. Im Gegensatz zu den Pessimisten erscheine den Pragmatisten jedoch eine „weiterführende Europäisierung der öffentliche Kommunikation weder aus strukturellen noch soziokulturellen Gründen unmöglich“ (ebd.). In den Augen des Autors der vorliegenden Arbeit ist die theoretische Abgrenzung zwischen den Optimisten und den Pragmatisten allerdings nicht immer so deutlich, wie Tobler dies suggeriert. Deshalb werden im Folgenden mitunter auch einige Argumente der Pragmatisten von Bedeutung sein.

5.1. Wider die Pessimisten – Zur Notwendigkeit eines pluralistischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit

In seinem so genannten „Lissabon-Urteil“ (Bundesverfassungsgericht 2009), in dem das Bundesverfassungsgericht am 30. Juni 2009 über die Vereinbarkeit des Vertrags von Lissabon und des dazugehörigen Begleitgesetzes mit dem deutschen Grundgesetz entschieden hat, zeigt sich das Gericht gegenüber der Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit dezidiert zurückhaltend:

„Auch wenn durch die großen Erfolge der europäischen Integration eine gemeinsame und miteinander im thematischen Zusammenwirken stehende europäische Öffentlichkeit in ihren jeweiligen staatlichen Resonanzräumen ersichtlich wächst [...], so ist doch nicht zu übersehen, dass die öffentliche Wahrnehmung von Sachthemen und politischem Führungspersonal in erheblichem Umfang an nationalstaatliche, sprachliche, historische und kulturelle Identifikationsmuster angeschlossen bleibt“ (BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz 251).

Diese Argumentationslinie macht zunächst deutlich, wie die Richter das Phänomen europäischer Öffentlichkeit hinsichtlich seiner Struktur definieren: als eine weiterhin an die tradierten ‚staatlichen Resonanzräume‘ gebundene thematische Konvergenz von öffentlichen Diskursen. Darüber hinaus begründet das Gericht seine Skepsis gegenüber einer weiterreichenden Ausbreitung dieses Phänomens nicht nur mit dem in der vorliegenden Arbeit bereits angesprochenen Zusammenhang zwischen Öffentlichkeit und der Ebene politischer Entscheidungsfindung (‚nationalstaatliche Identifikationsmuster‘), sondern vor allem mit einer sprachlichen, historischen und kulturellen Identifikation der Bürger, welche eben ‚in erheblichem Umfang‘ nationalstaatlich geprägt sei.

Diese essentialistische Skepsis gegenüber der Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit muss im Lissabon-Urteil vor allem im Zusammenhang mit zwei zentralen Feststellungen des Gerichts gesehen werden: Erstens gebe es auf der Ebene der Europäischen Union auch nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon „kein Unionsvolk das als sich selbst verfassendes Rechtssubjekt zur eigenen Selbstbestimmung berufen wäre“ (ebd.: Absatz 346; Deutschland hingegen verfüge weiterhin über ein Staatsvolk [vgl. ebd.]). Zweitens – und hier gilt es, die historisch gewachsene Verknüpfung zwischen dem Begriff des Bürgers und dem klassischen Konzept politischer Öffentlichkeit (vgl. Kapitel 2. und 3.) zu berücksichtigen, gebe es innerhalb der EU zwar eine Unionsbürgerschaft, diese sei aber „nichts kulturell oder normativ dem geltenden Vertragsrecht Vorausliegendes“ (ebd.: Absatz 348), sondern gründe ausschließlich auf dem Vertragsrecht selbst (vgl. ebd.: 346). Verkürzt ausgedrückt: Die Nicht-Existenz eines europäischen Staatsvolkes, bestehend aus

nach kulturellen Gesichtspunkten zu definierenden Unionsbürgern, steht der Etablierung einer Europäischen Öffentlichkeit tendenziell im Weg.

Diese Argumentationslogik hat das Bundesverfassungsgericht nicht neu erfunden. Sie gründet auf einer bestimmten normativen Denkrichtung im Kontext europäischer Integrationsforschung, deren Vertreter sich sowohl gegenüber einer weiterreichenden Demokratisierung auf EU-Ebene als auch gegenüber der Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit skeptisch zeigen und die ihre Skepsis mit eben jenem Argument eines auf europäischer Ebene fehlenden Staatsvolkes bzw. *Demos*' begründen.

Die Argumentationslinie dieser in der Literatur auch als „Pessimisten“ (M.G. Schmidt 2010: 408) bezeichneten Wissenschaftler ist für ein Verständnis von europäischer Öffentlichkeit, wie es in der vorliegenden Arbeit entwickelt werden soll, *ex negativo* von grundlegender Bedeutung und soll deshalb im Folgenden nähere Betrachtung finden.

Jürgen Gerhards, den Tobler zu diesen Pessimisten zählt, hat im Grundsatz auf zwei mögliche Varianten einer europäischen Öffentlichkeit hingewiesen. Demnach sei „das Modell einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit“ kategorisch von der „Vorstellung einer Europäisierung der nationalen Öffentlichkeit“ (Gerhards 2000: 288) zu unterscheiden. Während letztere Variante für Gerhards beinhaltet, dass europäische Themen und Akteure in den nationalen Öffentlichkeiten erstens überhaupt thematisiert und zweitens unter einer nicht-nationalstaatlichen Perspektive interpretiert werden (vgl. ebd.: 293), ist das Modell der länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit deutlich voraussetzungsreicher. Um die Wahrscheinlichkeit der Entstehung einer solchen transnationalen Meta-Öffentlichkeit bestimmen zu können, orientiert sich Gerhards an fünf Kriterien, die bei der Entstehung der nationalen Öffentlichkeit in Deutschland (Gerhards verortet diesen Prozess erst im 19. Jahrhundert) von Bedeutung gewesen seien (vgl. ebd.: 288ff.). Zum ersten seien hier politische Rahmenbedingungen von der Art zu nennen, „dass die Verbreitung von Informationen und Meinungen nicht durch politische Regulierungen eingeschränkt oder verboten“ (ebd.: 289) werden konnte. Darüber hinaus seien die Infrastruktur zur Verbreitung medialer Erzeugnisse sowie ein lese- und diskutierfähiges Publikum ausschlaggebend für die Etablierung der nationalen politischen Öffentlichkeit gewesen. Schließlich sei der Ausdifferenzierung von Medienunternehmen ebenso wie der Etablierung von kollektiven Akteuren, die als Sprecher fungieren, retrospektiv eine entscheidende Bedeutung beizumessen (vgl. ebd.: 289ff.). Bezogen auf die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit sieht Gerhards von diesen Kriterien vor allem das Fehlen einer „durchgehenden Alphabetisierung in einer lingua franca“ (ebd.: 290)

als schwer lösbares Problem an. Das Englische als naheliegende Allgemeinsprache konzentrierte sich bis heute „auf ein wirtschaftliches und politisches Elitenpublikum“ (ebd.: 291) und sei deshalb zur Informierung und Mobilisierung der „Masse der Bürger“ (ebd.) ungeeignet. Daneben sieht Gerhards die im 19. Jahrhundert sich zunehmend etablierende Demokratisierung des Nationalstaates als einen wichtigen Grund für die Bildung einer nationalen Öffentlichkeit an. Eine den europäisch-nationalstaatlichen Standards der Gegenwart angemessene Demokratisierung sei jedoch auf gesamteuropäischer bzw. auf EU-Ebene „gerade nicht gegeben“ (ebd.: 292). Das Demokratisierungsdefizit und das Sprachenproblem sind für Gerhards somit die beiden Haupthindernisse für die Existenz einer länderübergreifenden europäischen Öffentlichkeit. Dabei sei das Demokratiedefizit der EU, das in Kapitel 4.2. der vorliegenden Arbeit ausführlich analysiert wurde, „eine der Ursachen (und nicht die Folge) des Öffentlichkeitsdefizits der EU“ (ebd.).

Mit dieser Verknüpfung von Demokratie- und Öffentlichkeitsdefizit in Europa vertritt Gerhards eine für die Pessimisten geradezu prototypische Argumentation, die sich mit großen Übereinstimmungen auch bei weiteren Vertretern dieser Interpretationsrichtung finden lässt. Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm war in diesem Kontext mit seinem 1994 publizierten Aufsatz „Braucht Europa eine Verfassung?“ (Grimm 1994) der erste, der die Möglichkeit einer europäischen Öffentlichkeit kategorisch ausschloss und dafür strukturelle und mitunter auch essentialistische Begründungsmuster anführte. Im Unterschied zu Gerhards beruft sich Grimm zunächst explizit auf eine fehlende Infrastruktur europäischer Medien. Solche Medien aber seien für eine europäische Öffentlichkeit notwendig, weil nur sie bei entsprechender Nachfrage dazu in der Lage wären, „einen nationenübergreifenden Kommunikationszusammenhang herzustellen“ (ebd.: 41). Dass es einen solchen Medienmarkt nicht gibt, führt Grimm auf die im europäischen Kommunikationsraum fehlende gemeinsame Sprache zurück. Die bei Gerhards bereits ausgemachte Verknüpfung von Sprache und Öffentlichkeit mit dem demokratischen Defizit lässt sich dann auch bei Grimm finden:

„Damit ist das größte Hemmnis für eine Europäisierung der politischen Substruktur, von der das Funktionieren eines demokratischen Systems und das Leistungsvermögen eines Parlaments abhängt [sic], benannt. Es liegt in der Sprache. Kommunikation ist an Sprache und sprachlich vermittelte Welterfahrung und Weltordnung gebunden. Information und Partizipation als Grundbedingungen demokratischer Existenz werden über Sprache vermittelt“ (ebd.: 42).

Der Unterschied zu Gerhards besteht hier lediglich in der kausalen Anordnung der Defizite: Für Grimm ist das Öffentlichkeitsdefizit die Ursache, nicht die Folge des

Demokratiedefizits. Und er fügt noch einen weiteren Punkt hinzu. Demnach bedürfe die europäische Gesellschaft

„einer kollektiven Identität, wenn sie ihre Konflikte gewaltlos austragen, sich auf die Mehrheitsregel einlassen und Solidarität üben will. [...] Diese Identität muss aber keineswegs in ethnischer Abstammung wurzeln, sondern kann auch andere Grundlagen haben. Nötig ist nur, dass die Gesellschaft ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit ausgebildet hat, welches Mehrheitsentscheidungen und Solidarleistungen zu tragen vermag und dass sie die Fähigkeit besitzt, sich über ihre Ziele und Probleme diskursiv zu verständigen“ (ebd.: 46f.).

Damit führt auch Grimm ein Identitäts- bzw. Solidaritätsdefizit als weiteren Knackpunkt bei der Entstehung demokratischer Strukturen in der Europäischen Union an. Beide Defizite arbeitete der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg zwei Jahre nach dem Aufsatz von Grimm noch deutlicher heraus (Graf Kielmansegg 1996: 58). Kielmansegg sah vor allem drei Gründe für das Fehlen einer „belastbaren kollektiven Identität der Europäer“ (ebd.: 58):

„Es sind Kommunikations-, Erfahrungs- und Erinnerungsgemeinschaften, in denen kollektive Identität sich herausbildet, sich stabilisiert, tradiert wird. Europa, auch das engere Westeuropa, ist keine Kommunikationsgemeinschaft, kaum eine Erinnerungsgemeinschaft und nur sehr begrenzt eine Erfahrungsgemeinschaft. Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist – das banalste Faktum ist zugleich das elementarste“ (ebd.).

Auf die von Grimm bzw. Kielmansegg angeführten Argumente der fehlenden paneuropäischen Medieninfrastruktur bzw. der fehlenden gemeinsamen Sprache soll in Kapitel 5.3. noch genauer eingegangen werden. An dieser Stelle lässt sich zunächst festhalten, dass die bei allen drei Autoren ausgemachte (und bei weiteren Autoren [vgl. Giesen 2002; Schlesinger 2007b] auffindbare) kausale Verknüpfung von Demokratie, Identität und Öffentlichkeit (respektive Kommunikationsgemeinschaft) in einem Kreislauf mündet, den Tobler treffend als „Trilemma der europäischen Öffentlichkeit“ (Tobler 2006b: 121) beschrieben hat. Das Demokratiedefizit der EU hängt nach dieser Lesart kausal mit dem Öffentlichkeitsdefizit zusammen. Ersteres könne nur behoben werden durch die Einführung europäischer Referenden, deren Ergebnisse jedoch zwangsläufig Mehrheitsergebnisse seien, die von den jeweils unterlegenen Minderheiten deshalb nicht akzeptiert würden, weil es „kein ausreichendes europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl und genügend starke Solidaritätspositionen“ (ebd.) – sprich: keine allen Bürgern gemeinsame europäische Identität – gebe. Diese Identität wiederum sei nur über „massenmedial vermittelte europäische Diskurse“ (ebd.) zu erzeugen, die aufgrund des

Öffentlichkeitsdefizits jedoch nicht stattfinden (können). Dieses Trilemma veranschaulicht in gebotener Schärfe die begrenzte Erkenntnisfähigkeit eines ‚pessimistischen‘ Begriffs europäischer Öffentlichkeit, der sich allzu stark am tradierten, nationalstaatlichen, auf Identität und Demokratie aufbauenden Konzept politischer Öffentlichkeit orientiert. Wie im Folgenden darzulegen ist, berücksichtigt dieser von den pessimistischen Autoren konstruierte Zusammenhang zwischen Demokratie, Öffentlichkeit und Identität jedoch gerade nicht die speziellen Konstitutionsbedingungen und Erscheinungsformen von Demokratie und Identität auf europäischer Ebene. Um einer solchen Vernachlässigung im Kontext der vorliegenden Arbeit vorzubeugen, wurden beide Kategorien in den Kapiteln 4.2. und 4.4. so ausführlich analysiert.

Rufen wir uns das Ergebnis dieser Analyse stark verkürzt in Erinnerung: Zunächst gibt es gute Gründe für die These, dass das einseitige Postulat eines europäischen Demokratiedefizits entscheidend zu kurz greift. Hierfür spricht vor allem die Tatsache, dass das Zusammenspiel der Ebenen nationaler und supranationaler, mitgliedstaatlicher und EU-weiter politischer Funktionssysteme zu einer ebenso komplexen wie neuartigen politischen Funktionalität führt, deren Eigenheiten die klassische normative Demokratietheorie gar nicht in ausreichender Weise berücksichtigen kann. So gilt es, den eigentümlichen Charakter der EU als „Mehrebenensystem“ (Faber 2005: 24) im Rahmen einer demokratietheoretischen Bewertung dieses Systems an zentraler Stelle zu berücksichtigen: Die Europäische Union, so schreibt etwa Schmidt (2010: 402), ist ein „regionaler Staat“, der sich vom Nationalstaat so grundlegend unterscheidet, „dass radikales Umdenken gefordert ist: Seine Kennzeichen sind nämlich geteilte Souveränität, variable Grenzen, zusammengesetzte Identität, Steuerung durch gütliches Einvernehmen und eine fragmentierte, in der Summe aber vollgültige Demokratie“ (ebd.).

Eine ähnliche kritische Revision der am klassischen Nationalstaat orientierten Theoriebildung konnte im Rahmen der Analyse des Begriffs europäischer Identität (Kapitel 4.4.) vorgenommen werden. Besonders Wolfgang Schmale hat in seiner an der Netzwerkstruktur orientierten, sozio-historischen Analyse der Europäischen Union herausgestellt, dass eine europäische Identität aufgrund des für die EU charakteristischen Hypertext-Narrativs zwangsläufig konstruier- und damit veränderbar – in einem Wort: „flüssig“ (Schmale 2010: 138) – sein müsse. Der für Hypertexte und Netzwerke typischen Pluralität ihrer Bausteine entspreche ebenfalls eine zwar pluralistische, aber unabstreitbar existente „Identität des europäischen Demos“ (ebd.). Diese europäische Identität sei „das Kohärente in der Diversität selbst“ (ebd.: 139). Neben Schmale war auch Jürgen Habermas

– freilich auf gänzlich anderen theoretischen Wegen – zu dem Ergebnis gekommen, dass das Festhalten an einem essentialistischen Identitätsbegriff bezogen auf Europa in eine Sackgasse führen muss. Dabei hatte Habermas bereits deutlich auf den Fehler hingewiesen, den die Pessimisten in ihrer kausalen Verknüpfung von Identität, Demokratie und Öffentlichkeit begehen:

„Die Frage ist deshalb nicht, ob es eine europäische Identität ‚gibt‘, sondern ob die nationalen Arenen füreinander so geöffnet werden können, dass sich über nationale Grenzen hinweg die Eigendynamik einer gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen entfalten kann“ (Habermas 2011: 81).

Mit diesem Versuch einer theoretischen Wiederlegung der pessimistischen Trilemma-Argumentation soll der Existenz einer transnationalen europäischen Meta-Öffentlichkeit noch nicht das Wort geredet werden – dafür muss der Begriff im Folgenden erst noch detaillierter durchleuchtet werden. Vielmehr sollte an dieser Stelle deutlich werden, dass es analytisch zu kurz greift und der Spezifik europäischer Öffentlichkeit zudem nicht gerecht wird, wenn man sie nur als entweder existent oder eben nicht existent beschreiben kann. Europäische Öffentlichkeit müsste doch, sofern sie in kausalem Zusammenhang zu den beschriebenen spezifischen Formen europäischer Demokratie und europäischer Identität steht, ein eher graduell existentes, in jedem Fall pluralistisches und multidimensionales Phänomen sein. Auch deshalb ist Michael Brüggemann *et al.* beizupflichten, wenn sie darlegen, dass „der in der Forschung aufgemachte Gegensatz von ‚transnationaler Öffentlichkeit‘ einerseits und der ‚Transnationalisierung‘ von (nationaler) Öffentlichkeit‘ andererseits“ (Brüggemann et al. 2009: 395) nichts weiter als eine „vereinfachende Dichotomisierung“ (ebd.) darstellt. In Wahrheit setzt eine transnationale Öffentlichkeit die Transnationalisierung verschiedener nationaler Öffentlichkeiten ja gerade voraus und schließt sie nicht aus. Damit ist über die Konstitutionsbedingungen einer solchen Öffentlichkeit allerdings immer noch wenig ausgesagt. Um die Untersuchungslinse diesbezüglich schärfer zu stellen, sollen im Folgenden einzelne Dimensionen betrachtet werden, die europäische Öffentlichkeit als im beschriebenen Sinne vielschichtiges Phänomen, als Produkt europäisierter Sub-Öffentlichkeiten erfassbar und analysierbar machen.

5.2. Analytische Dimensionen europäischer Öffentlichkeit

Im vorigen Kapitel wurde dargelegt, warum tradierte und vorwiegend am Nationalstaat orientierte Identitäts- und Demokratiebegriffe in der vorliegenden Arbeit nicht in einen kausalen Zusammenhang zur Existenz und Form europäischer Öffentlichkeit gestellt werden sollen. Ein solcher Zusammenhang würde besonders zwei grundlegenden Annahmen der Arbeit nicht gerecht: Europäische Öffentlichkeit beruht demnach erstens gerade auf der zunehmenden Entkopplung von nationalstaatlichen Grenzziehungen und politischen Kommunikationsräumen und kann deshalb auch nicht den nationalstaatlichen Prägungen von Demokratie und Identität verhaftet bleiben und sie konstituiert sich zweitens als in jeglicher Hinsicht pluralistisches Phänomen, das sich sowohl mit dem Beck'schen „Sowohl-als-auch“-Paradigma von Europäisierung (vgl. Kapitel 4.3.3. sowie später Kapitel 5.3.) als auch mit einem an der Physiognomie eines Netzwerkes orientierten Begriff europäischer Identität, wie ihn etwa Wolfgang Schmales konstruiert hat (vgl. Kapitel 4.4.), theoretisch herleiten und durchdringen lässt.

Der wichtigste analytische Vorteil des dabei zugrunde liegenden, von der Kategorie des Nationalstaates losgelösten Begriffs des Kommunikationsraumes liegt in dessen spezifischer Fähigkeit, verschiedene ineinander verschachtelte Kommunikationsverdichtungen (etwa regionale, nationale und transnationale [vgl. hierzu Hepp et al. 2012: 22f.]) als transnational integrierend anerkennen zu können. Transnationalisierung von Kommunikation bedeutet demnach nichts anderes, als „dass sich die in nationalen Medienarenen zentrierte kommunikative Verdichtungszone grenzüberschreitend ausdehnt und mit anderen nationalen und supranationalen Verdichtungszone[n]en verschränkt“ (Tobler 2010: 67).

Diese offeneren, wenn auch auf den ersten Blick weniger eindeutigen Definitionsmaßstäbe sind auch deshalb anzulegen, weil die dichotomische Trennung der Konzepte einer Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeiten auf der einen und einer transnationalen Meta-Öffentlichkeit auf der anderen Seite – wie oben gesehen – nur zu sehr begrenzten Erkenntnissen gelangt. Vor dem Hintergrund eines pluralistischen Verständnisses von europäischer Öffentlichkeit sind beide Konzepte nicht gegeneinander auszuspielen sondern eher kausal zu verknüpfen. Auch deshalb gilt es, sich von dem Vorhaben zu verabschieden, die Existenz von europäischer Öffentlichkeit *in toto* verifizieren oder falsifizieren zu können. Was Tobler bereits nationalen Kommunikationsräumen attestiert, gilt erst recht für transnationale: Sie sind „nicht einfach im binären Sinn als politische Öffentlichkeiten integriert oder nicht integriert, sondern sie sind hinsichtlich unterschiedlicher Dimensionen

mehr oder weniger stark integriert“ (Tobler 2006b: 113). Deshalb muss europäische Öffentlichkeit als „multidimensionales und graduelles Phänomen“ konstruiert werden, „das sich zugleich über die Zeit mehr oder weniger stark entwickelt“ (Tobler 2010: 261).

Auf der Grundlage dieser Annahme sollen im Folgenden solche Dimensionen und Kategorien etabliert werden, mit denen transnationale Kommunikationsstrukturen in Europa aufgedeckt und hinsichtlich ihrer an normativen Maßstäben politischer Öffentlichkeit orientierten Potenz bewertet werden können.

In Anlehnung an Karl W. Deuschs von der Kategorie der Kommunikation ausgehenden Nationen-Begriff (vgl.: Deutsch 1969) entwickeln Bernhard Peters *et al.* ein „normatives Konzept der Transnationalisierung von Öffentlichkeit“ (Peters 2006: 138), das sich im beschriebenen Sinne an „Prozesse[n] kommunikativer Interaktion jenseits des Nationalstaats“ (Peters 2007: 300) sowie an der Idee eines „durch transnationale Diskurse integriert[en]“, „gemeinsamen europäischen Kommunikationsraum[es]“ (ebd.) orientiert. Die Autoren erarbeiten dabei „vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten“ (ebd.), mit denen sich jene grenzüberschreitenden Kommunikationsflüsse bestimmen und messen lassen⁷⁷, die für einen pluralistischen Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie er der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt, von konstitutiver Bedeutung sind.

Die erste Dimension betrifft die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit gegenüber Institutionen und Politikern der Europäischen Union. Steigt diese Aufmerksamkeit, dann, so die Autoren, lasse sich von einer „vertikalen Dimension“ (ebd.) der Europäisierung von Kommunikationsräumen sprechen. Ihr zur Seite steht die „horizontale Dimension“ (ebd.), die nach der Präsenz und dem Auftauchen „andere[r] europäische[r] Länder in öffentlichen Debatten“ (ebd.) fragt. Hier geht es also um die länderübergreifende gegenseitige Beobachtung von nationalen oder sub-nationalen Öffentlichkeiten. Als dritte Dimension nennen Peters *et al.* die diskursive Interaktion zwischen den Öffentlichkeiten einzelner oder mehrerer EU-Staaten – also die Frage, „ob Europäer nur übereinander oder auch miteinander reden“ (ebd.)⁷⁸. Die von Jürgen Habermas wiederholt gestellte Frage nach der

⁷⁷ Die bei Peters *et al.* anschließend erfolgende empirische Operationalisierung dieser Kategorien muss im hiesigen Kontext einer näheren Begriffsbestimmung europäischer Öffentlichkeit zunächst vernachlässigt bleiben.

⁷⁸ Wie Bernhard Peters an anderer Stelle (Peters 2006: 131f.) ausführt, schließt sich an diese Dimension der diskursiven Interaktion zwischen nationalen Öffentlichkeiten eine Reihe weiterer Fragen an: Wie verteilt sich die Aufmerksamkeit zwischen den nationalen Öffentlichkeiten? Welche Rezeptionsformen (Adaption, Transformation, Negation etc.) finden sich im Rahmen der „Ideenmigration“ (ebd.: 132) zwischen den nationalen Öffentlichkeiten? Gibt es Länder mit Export- oder Importüberschüssen an Ideen? Wie steht es um diachrone Entwicklungstendenzen

Öffnung nationaler Arenen füreinander (vgl. etwa Habermas 2011: 81) als Grundlage europäischer Öffentlichkeit bildet den theoretischen Hintergrund für diese Dimension. Schließlich taucht als vierte Dimension auch bei Peters *et al.* die Kategorie kollektiver Identität – hier definiert als „Gefühl von Zugehörigkeit zu einer europäischen Gemeinschaft“ (ebd.) auf.

Bei aller bereits oben angedeuteten Skepsis der vorliegenden Arbeit gegenüber der Kopplung eines europäischen Öffentlichkeitsbegriffs an die Kategorie kollektiver Identität lässt sich zumindest bezüglich der ersten drei von Peters *et al.* entwickelten Dimensionen festhalten, dass sie das Phänomen einer transnationalen europäischen Öffentlichkeit definatorisch von einem allzu hohen Ross holen, indem sie die an bestimmten Kriterien orientierte Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten zum inklusiven Bestandteil europäischer Öffentlichkeit anstatt zu ihrem dichotomischen Gegenpart machen. Europäische Öffentlichkeit wird damit national greifbar. In diesem Sinne ließe sich mit Hepp *et al.* sogar anführen, dass eine ungeachtet der Entgrenzung von Kommunikationsräumen nachweislich fortbestehende Existenz nationaler Öffentlichkeiten selbst dann „nicht dem Bestand einer transnationalen Öffentlichkeit“ (Hepp et al. 2012: 25) widerspricht, wenn die nationalen Öffentlichkeiten „als vorrangig erscheinen, weil deren kommunikative Verdichtung größer ist“ (ebd.). Von Belang ist demnach nicht eine mindere kommunikative Verdichtung nationaler Öffentlichkeiten gegenüber transnationalen, sondern vielmehr die Frage, ob sich die nationalen Öffentlichkeiten anhand der genannten Kriterien transnationalisieren; ob sich also ihre Sensibilität für andere Öffentlichkeiten und ihre Bereitschaft, mit diesen diskursiv zu interagieren, erhöht. Die Forschergruppe um Andreas Hepp, die mit der oben genannten Gruppe um Bernhard Peters personell weitgehend deckungsgleich ist, führt deshalb mit der „horizontale[n] Dimension der diskursiven Konvergenz“ (ebd.: 26) noch ein weiteres Kriterium an. Dies bezieht sich insbesondere auf die Frage, inwiefern die „Art und Weise der Berichterstattung“ (ebd.) in den einzelnen nationalen Öffentlichkeitsarenen kongruent ist. Im Rahmen der Beschäftigung mit der Argumentation der „Optimisten“ in Kapitel 5.3. soll dieses Kriterium definatorisch weiter verfeinert werden.

Auf Grundlage dieser ersten, multiplen Dimensionierung soll der spezifische Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie ihn die vorliegende Arbeit im Hinblick auf Kommunikation in digitalen Netzwerken konstruiert, im folgenden Kapitel anhand einer

der diskursiven Interaktion? (vgl. ebd.: 131f.). Bei einer genaueren Untersuchung dieser Dimension der Europäisierung von nationalen Öffentlichkeiten wären – je nach Erkenntnisinteresse – einzelne dieser Fragen genauer zu berücksichtigen.

pragmatisch-hermeneutischen Lesart europäischer Kommunikationen weiter geschärft werden.

5.3. Die hermeneutisch-pragmatische Konzeption europäischer Öffentlichkeit

Wie in Kapitel 4.3. erörtert wurde, ist die Frage der Integration Europas für die Politikwissenschaft und die Soziologie seit geraumer Zeit von zentraler Bedeutung. Während die Politikwissenschaft sie vorwiegend auf der *polity*-Ebene – also strukturell und institutionell – stellt, steht für die Soziologie, besonders seit der Feststellung eines *constraining dissensus* (vgl. Kapitel 4.2.), die Integrationsfähigkeit und der Integrationswille europäischer Gesellschaften im Vordergrund. Die in diesem Zusammenhang in Kapitel 4. untersuchten soziologischen und politologischen Theorien haben sich fast alle für einen Europabegriff stark gemacht, der die im Vergleich zum Nationalstaat ausgeprägte Pluralität, die Inhomogenität, den Netzwerkcharakter und die komplexe Differenzierung der europäischen Gesellschaft anerkennt und auf dieser Grundlage nach europäischer Demokratie, europäischer Integration und europäischer Identität fragt. Die Notwendigkeit eines auf Pluralität und Diversität aufbauenden Begriffs von Europäisierung wurde dabei in der vorliegenden Arbeit als das bisherige Fazit dieser Untersuchungen festgehalten.

Auch die Kommunikationswissenschaft, darauf weist etwa Hartmut Wessler (2004: 20) ausdrücklich hin, diskutiert inzwischen einen auf Europa bezogenen Integrationsbegriff, der sich „nicht mehr über gesellschaftliche Homogenität“ (ebd.) definiert, sondern im Gegenteil die auf europäischer Ebene in hohem Maße vorhandene funktionale und segmentäre Differenzierung berücksichtigt. Kommunikative Integration findet aus dieser Perspektive vorrangig „in der Verknüpfung von Diskursen unterschiedlicher Teilsysteme (funktional) oder verschiedener nationaler Gesellschaften (segmentär) statt“ (ebd.). Für Wessler lautet die entscheidende Frage deshalb, „ob und wie Diskurse, die in den verschiedenen europäischen Ländern geführt werden, wechselseitig anschlussfähig werden“ (ebd.). Die im vorigen Kapitel herausgearbeiteten Dimensionen europäischer Öffentlichkeit dienen der Überprüfung genau dieser Anschlussfähigkeit.

Die Zentrierung von Diskursen innerhalb eines solchen kommunikationswissenschaftlichen Integrationsmodells wird mit der oben hergeleiteten Notwendigkeit von Pluralität und Multidimensionalität im europäischen Kontext am

anschlussfähigsten im pragmatisch-hermeneutischen Begriff europäischer Öffentlichkeit verbunden, wie ihn die Forschergruppe um den Berliner Soziologen Klaus Eder und unter ihnen vor allem die Soziologin Cathleen Kantner entwickelt haben⁷⁹. Eder und Kantner, die Stefan Tobler (2010: 59) zu den „Optimisten“ zählt – also zu jenen Analytikern europäischer Öffentlichkeit, die dieses Phänomen für existent halten, aber die weitgehende Unvereinbarkeit nationalstaatlicher Konzepte und Theorien mit der europäischen Ebene betonen –, bauen eine zentrale Grundlegung ihres europäischen Öffentlichkeitsbegriffs auf einer 1996 von Jürgen Habermas formulierten Überlegung auf. Dieser Rückbezug soll im Folgenden kurz nachvollzogen werden.

In einer Replik auf den oben bereits betrachteten Aufsatz Dieter Grimms zur Frage der Notwendigkeit einer europäischen Verfassung (Grimm 1994) setzt sich Habermas kritisch mit Grimms kausaler Verknüpfung von Identitäts-, Öffentlichkeits- und Demokratiedefizit auseinander (vgl. Habermas 1996). Die Negation der Existenz eines europäischen Volkes, die bei Grimm zum Nukleus aller drei Defizite wird (vgl. ebd.: 45ff.), scheint Habermas zwar zu teilen, er enthebt die sich dahinter verbergenden sprachlich-kulturellen Begründungsmuster aber ihrer bei Grimm bezüglich der Kategorie europäischer Öffentlichkeit kausalen Aussagekraft: So könne sich „ein kommunikationstheoretisches Verständnis von Demokratie, das auch Grimm zu favorisieren scheint“ (Habermas 1996: 191), nicht mehr „auf den konkretistischen Begriff des ‚Volkes‘ stützen, der dort, wo nur noch Heterogenes anzutreffen ist, Homogenität vorspiegelt“ (ebd.). Auf europäischer Ebene liege der Kern einer „nicht-deformierte[n], weder von innen noch von außen okkupierte[n]“ (ebd.: 190) Öffentlichkeit vielmehr darin, dass es „den Bürgern ermöglicht [wird], zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen“ (ebd.).

Diese Trias aus Gleichzeitigkeit, thematischer Kongruenz und transnational geteilten Relevanzzuweisungen innerhalb von medialen Diskursen greift nun Kantner an zentraler Stelle immer wieder auf (vgl. Kantner 2004: 108, 129; 2003: 226; Eder/Kantner 2000: 314f.). Im Unterschied zu Habermas aber knüpft sie die Etablierung solcher transnationalisierter Diskurse nicht kausal an die Institutionalisierung verfassungsrechtlicher Normen auf europäischer Ebene⁸⁰. Vielmehr legt sie zunächst dar,

⁷⁹ Ebenfalls wären hier die Arbeiten von Hans-Jörg Trenz (2000, 2003, 2004a, 2004b, 2005a, 2005b, 2009, 2010) zu nennen. Nicht dieser Forschergruppe zugehörig, aber mit ähnlichen Ansätzen und Prämissen arbeiten Marianne van de Steeg (2002, 2003, 2010) sowie Ruud Koopmans (Koopmans/Zimmermann 2003, 2007, 2010; Koopmans/Erbe/Meyer 2010; Koopmans/Statham 2010a, 2010b; Koopmans 2010).

⁸⁰ Habermas hatte betont, dass ein „politisch notwendige[r] Kommunikationszusammenhang“ hergestellt werden kann, „sobald er verfassungsrechtlich angebahnt wird“ (Habermas 1996: 191).

dass der zentrale Gegensatz zwischen Grimm und Habermas – für den einen kann europäische Öffentlichkeit nur Folge einer kollektiv geteilten Identität sein, für den anderen ist sie an eine transnationale demokratische Verfassungsordnung gebunden – „in eine Sackgasse“ (Kantner 2004: 110) führe. Zwar seien „Habermas und die anderen Prozeduralisten [...] im Recht, wenn sie gegen überzogene sprachlich-kulturelle Anforderungen an ein europäisches Demos argumentieren“ (ebd.: 108); Kantner bezweifelt aber, dass ihre Argumentation in diesem Zusammenhang auch ausreichend Überzeugungskraft aufweist (vgl.: ebd.). So sei etwa die (auch in Kapitel 4.4. der vorliegenden Arbeit ausführlich dargelegte) Erwartung von Habermas, dass eine verfassungsrechtliche Institutionalisierung auf europäischer Ebene transnationale Erscheinungsformen von politischer Öffentlichkeit quasi automatisch in Gang setzen würde und beide Ebenen sich anschließend kreisartig gegenseitig befruchten, als fragwürdig einzustufen (vgl. ebd.: 108). Vielmehr sei zu erwarten, dass „der Kreisprozess, in dem sich demokratische Institutionengenesse und politische Gemeinschaftsbildung gegenseitig immer neue Entwicklungsimpulse geben sollen, zum Teufelskreis [gerät], weil die Einstiegs Luke unsichtbar bleibt“ (ebd.: 109). Mit anderen Worten: Die Nicht-Existenz des Einen bedingt eine analytische Blindheit für das Andere. Als Folge würde jegliche Analyse europäischer Öffentlichkeit zwangsläufig die bereits vor der Ebene einer verfassungsrechtlichen Institutionalisierung existenten Kommunikationsformen übersehen.

Um diesem Dilemma auszuweichen, entwickelt Kantner (2003: 223) ein „hermeneutisch-pragmatisches“ Verständnis europäischer Öffentlichkeit, das sich in den von Habermas beschriebenen Kreisprozess zwar einfügt, sich aber gegenüber der Genese verfassungsrechtlicher demokratischer Institutionen als unabhängiger erweist und somit bereits bezüglich eines (noch) nicht verfassungsrechtlich institutionalisierten Europas Erkenntnisse liefern kann. Vor dem Hintergrund der in Kapitel 4.2. beschriebenen, problematischen Situation um die Demokratiefähigkeit Europas scheint dieser Schritt von grundlegender Relevanz in Bezug auf jegliche Analyse europäischer Kommunikationsstrukturen zu sein.

Die Habermas'sche Öffentlichkeits-Trias der Behandlung gleicher Themen zur gleichen Zeit unter gleichen Relevanzgesichtspunkten führt für Kantner in Anlehnung an Klaus Eder zu der Annahme, dass europäische Öffentlichkeit bereits dort entsteht, „wo nationale (oder gar subnationale) Öffentlichkeiten supranationale Institutionen als relevante Objekte öffentlicher Kommunikation (und Kritik) adressieren' bzw. dort, 'wo in transnationalen Kommunikationsräumen nationale Institutionen zum Gegenstand öffentlicher Kommunikation werden“ (Eder/Kantner 2000: 323). Europäische Öffentlichkeit dürfe

demnach gerade nicht auf den Fall reduziert werden, „wo in transnationalen Räumen supranationale Institutionen adressiert werden“ (ebd.). Ein solcher Begriff europäischer Öffentlichkeit, der sich nicht auf europaweite Meta-Phänomene und -prozesse beschränkt, sondern unterschiedliche Formen und Ebenen von Europäisierung auf nationaler Ebene gleichfalls und *gleichrangig* als Erkennungszeichen europäischer Öffentlichkeit versteht, fügt sich in die theoretischen Grundsätze der vorliegenden Arbeit auch deshalb gut ein, weil er den von Beck und Grande entwickelten und hier zentralen Grundsatz des „Sowohl-als-auch“-Europa (U. Beck/Grande 2007: 27), also der für das Phänomen der Europäisierung charakteristischen Koexistenz von nationalen und internationalen Mustern, auf den Bereich der Öffentlichkeit überträgt, ohne dabei jedoch – wie im Folgenden zu zeigen ist – das Konzept politischer Öffentlichkeit übermäßig zu verwässern.

Die hermeneutische Komponente in Kantners Begriff europäischer Öffentlichkeit ist Ergebnis einer unmittelbaren Auseinandersetzung mit den ‚Pessimisten‘, die sie auch „Partikularisten des Nationalen“ (Kantner 2004: 76) nennt. Wie ebenfalls in der vorliegenden Arbeit (Kapitel 5.1.) dargelegt wurde, speist sich die Skepsis der Pessimisten gegenüber einer normativ-politische Funktionen erfüllenden europäischen Öffentlichkeit aus drei, im Kern verstehenskeptischen Hauptargumenten:

Erstens führe das Fehlen einer kollektiven europäischen Identität dazu, dass im Rahmen von transnational-europäischen Diskursen keine gemeinsamen Perspektiven gebildet werden könnten, dass die Diskutanten ihren jeweiligen nationalen Perspektiven verhaftet blieben und sich deshalb zwangsläufig missverstehen würden. Diese Tatsache ziehe sowohl eine mangelnde Solidaritätsbereitschaft wie auch eine mangelnde Akzeptanz von demokratischen Mehrheitsentscheidungen bei den jeweils unterlegenen Minderheiten nach sich. Zweitens blockiere das Fehlen einer gemeinsamen, von breiten Schichten der jeweiligen Bevölkerungen beherrschten Sprache *per se* jegliche Versuche von verständigungsorientierter transnationaler Kommunikation. „Kommunikation“, so schrieb etwa Grimm (1994: 42), „ist an Sprache und sprachlich vermittelte Welterfahrung und Weltordnung gebunden“. Drittens schließlich sei eine europäische Öffentlichkeit mit originär europäischen Perspektiven ohne eine pan-europäische Medieninfrastruktur undenkbar.

Alle drei Argumente lassen sich bündeln in der von den Pessimisten vertretenen Kernthese, dass ohne eine europäische Meta-Perspektive, die alle Diskursteilnehmer teilen und die nur durch das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit (Identität), durch gemeinsame Medien sowie durch eine gemeinsame Sprache entstehen kann, auf transnationaler Ebene keine

verständigungsorientierten Diskurse möglich sind, welche berechtigte Hoffnung auf die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit geben könnten.

Diese These jedoch fußt für Kantner auf „kritisierbaren hermeneutischen Vorannahmen“ (Kantner 2003: 218), die sie mithilfe der Hermeneutik Hans-Georg Gadamer und Donald Davidsons entkräftet. So setze das Argument national verhafteter Perspektiven in europäischen Kommunikationszusammenhängen „paradoxe[r]weise voraus, was es bestreitet – nämlich stattfindende Kommunikation“ (ebd.). Im Anschluss an Gadamer's *Rehabilitierung des Vorurteils* als Grundlage seiner Weiterentwicklung des *Hermeneutischen Zirkels* führt Kantner an, dass gerade unterschiedliche Perspektiven auf einen Gegenstand eine notwendige Voraussetzungen seien, „um überhaupt mit dem Beurteilen von Sprechakten und damit mit dem Gespräch anfangen zu können“ (ebd.). In anderen Worten: Um unterschiedliche Sichtweisen auf einen Gegenstand diskursiv aneinander annähern zu können, ist es gerade unabdingbar, dass man erstens das generelle Interesse an diesem Gegenstand und zweitens die Bereitschaft zur Kommunikation darüber teilt. Mit Recht kritisiert Kantner deshalb die Annahme, einzelne (nationale) Perspektiven würden unerwünschte Verzerrungen in eine europäische Kommunikation hineinbringen und fragt, „woran [...] sich solche Verzerrungen denn auch bemessen [sollten], wenn man nicht davon ausgeht, dass es einen gottähnlichen objektiven Standpunkt gibt, der nur real und unverzerrt abgebildet und vermittelt werden müsste?“ (ebd.: 219).

Der vermeintlichen Notwendigkeit pan-europäischer, in einer gemeinsamen Sprache operierender europäischer Medien begegnet Kantner mit dem gleichen hermeneutischen Argument. Der willkommene Verzicht auf eine übergeordnete, objektive Perspektive im Rahmen von europäischen Diskursen entlarvt nämlich auch den Anspruch, alle Kommunikationsteilnehmer müssten sich zwingend der gleichen Informationsquelle bedienen, um miteinander kommunizieren zu können, als ungültig. Notwendiger als eine gemeinsame Meta-Perspektive, so Kantner, sei ein anderer Punkt, den „kein Verstehensskeptiker auf der Rechnung hat: nämlich eine generelle Rationalitäts- und Verständlichkeitsunterstellung, wie sie im Kontext der philosophischen Hermeneutik Gadamer und Davidsons eingeführt wurde“ (ebd.: 220).

Kantner spielt hier auf die bei Gadamer ebenso wie im Rahmen der sprachpragmatischen Philosophie Donald Davidsons vorhandene Annahme an, dass innerhalb eines Diskurses „jeder kompetente Sprecher Überzeugungen hat, die im Großen und Ganzen widerspruchsfrei und wahr sind“ (ebd.). Erst auf dieser Grundlage können Sprecher in einen hermeneutischen Zirkel eintreten, in dem sie ihr gegenseitiges Verständnis durch die Bereitschaft der Revidierung der eigenen Vorurteile innerhalb des Diskurses optimieren

können. Die Rationalitäts- und Verständlichkeitsunterstellung schafft dabei eine hypothetische Basis „gemeinsam geteilter Überzeugungen“ (ebd.) und ermöglicht erst dadurch das Eintreten in den Diskurs:

„Der Witz der Rationalitäts- und Verständlichkeitsunterstellung ist also nicht etwa, dass Dissense durch diese Präsuppositionen unkenntlich gemacht würden, sondern der, dass Dissense gerade erst vor dem Hintergrund der Rationalitäts- und Verständlichkeitsunterstellung identifizierbar werden. Indem Dissense identifiziert werden, erfahren Kommunikationsteilnehmer Schritt für Schritt mehr über die Umstände, die das Verstehen weiterer Äußerungen erleichtern“ (ebd.: 220f.).

Diese philosophisch-hermeneutische Setzung überträgt Kantner schließlich auf die Umstände transnationaler politischer Kommunikation in Europa und führt an, dass verständnisabhängige Kommunikation einer hermeneutischen Lesart nach gerade nicht an Multiperspektivität scheitern kann: „Wenn man die Vorstellung eines externen objektiven Standpunktes aufgibt, zeigt sich, dass die Gegenstände der Kommunikation gerade durch die verschiedenen Perspektiven konstituiert werden, die die Kommunikationsteilnehmer auf diese Gegenstände haben“ (ebd.: 222).

Die im Rahmen von europäischer Öffentlichkeit vorauszusetzende Multiperspektivität disqualifiziert die betreffenden Kommunikationszusammenhänge also bereits aus einer hermeneutisch-diskurstheoretischen Perspektive mitnichten; nimmt man die in der vorliegenden Arbeit herausgestellten gesellschaftstheoretischen Spezifika von Europäisierung (die von Pluralität und Diversität gekennzeichnete Netzwerk-Physiognomie bei Schmale, die kosmopolitische „Sowohl-als-auch“-Europäisierung bei Beck und Grande) in dieser Frage noch hinzu, dann ließe sich im Gegenteil sogar von einer geradezu europacharakteristischen Qualifizierung von perspektivpluralistischen Diskurs- und Kommunikationszusammenhängen sprechen.

Der epistemologische Vorteil eines solchen Begriffs europäischer Öffentlichkeit, der gegenüber allzu hohen kulturellen und infrastrukturellen Anforderungen als *conditiones sine quibus non* skeptisch ist, liegt somit in dessen Fähigkeit, bereits existente transnationale politische Kommunikation in Europa nicht nur nachweisen sondern sie auch nach den normativen Maßstäben politischer Öffentlichkeit beurteilen zu können. Denn bei aller Ablehnung nationalstaatlicher Vergleichsgrößen wird Öffentlichkeit hier keinesfalls komplett von ihren der Aufklärung entsprungenen, normativen Funktion der Legitimation, der Integration und der Deliberation entbunden. Besonders für den Nachweis der letzteren Funktion eignet sich der hermeneutisch-pragmatische Öffentlichkeitsbegriff Eders und Kantners in hohem Maße, weil er in normativer Hinsicht weniger inhaltlich oder

institutionell, sondern mehr diskurstheoretisch bestimmt ist. So weisen die beiden Autoren darauf hin, dass ein inhaltlich definierter Öffentlichkeitsbegriff, welcher „geteilte historische Erfahrungen, Traditionen, Geschichtsbilder und Mythen“ (Eder/Kantner 2000: 308) zu Voraussetzungen für einen auf universell gültigen Meinungen basierenden Begriff europäischer Öffentlichkeit macht, „in empirischen Untersuchungen notwendig zu entmutigenden Ergebnissen“ (ebd.: 309) führe, weil sich in transnationalen Diskursen immer inhaltliche Differenzen werden finden lassen. Allerdings lässt sich mit einem inhaltlich geprägten Öffentlichkeitsbegriff keine Aussage darüber treffen, ob diese Differenzen „aus konfliktbearbeitender Kommunikation oder aber gegenseitiger Nicht-Wahrnehmung resultieren“ (ebd.).

Ebenso wenig wie mit einem inhaltlich geprägten Begriff lässt sich europäische Öffentlichkeit, wie sie Eder und Kantner verstehen, mit einem rein institutionellen Öffentlichkeitsbegriff analytisch fassen. Wie in Kapitel 3. gesehen, konstruiert die im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts verstärkt und kontrovers betriebene Forschung, deren Forschungsgegenstand in der vorliegenden Arbeit ‚postbürgerliche Öffentlichkeit‘ genannt wurde, Öffentlichkeit aus unterschiedlichen Perspektiven als intermediäres Phänomen, das entweder zwischen Staat und Bürgern (im deliberativen Modell bei Habermas sowie bedingt im Arena-Galerie-Modell bei Gerhards und Neidhardt) oder zwischen funktional differenzierten Systemen (im Spiegelmodell bei Luhmann) vermittelt. Diese Konzeptionen jedoch sind – aus unterschiedlichen Gründen, aber in vergleichbarer Intensität – auf die Existenz einer „ausdifferenzierten organisationellen Infrastruktur politischer Institutionen und Medienorganisationen“ (ebd.: 310) angewiesen; das zeigt sich etwa in der mitunter scharfen Medienkritik bei Habermas. Bezogen auf die Ebene europäischer Öffentlichkeit aber hat dieser institutionell bestimmte Öffentlichkeitsbegriff ein Problem: die politischen Organisationen und erst recht die Medienorganisationen sind auf europäischer Ebene viel schwächer bzw. bislang gar nicht ausgebildet. Bleibt die Öffentlichkeitsforschung dennoch auf Institutionen und Organisationen fixiert, so gibt es empirisch keine andere Forschungsstrategie „als anhand der Funktionsweise nationaler Medien die relative Aufmerksamkeit für europäische Themen und den Informationsgrad der Bürger über Europa zu messen sowie die organisatorischen Mechanismen der Massenkommunikation und ihre Effekte auf Publikum und Politik zu beschreiben“ (ebd.: 311) – der spezifische Forschungsüberblick in Kapitel 1. hat dies bestätigt.

Ein Kommunikationsgemeinschafts-Begriff aber, wie ihn Eder und Kantner verstehen und wie er auch der vorliegenden Arbeit zu Grunde liegt, setzt für das Gelingen von Kommunikation ein geteiltes Meta-Mediensystem nicht unabdingbar voraus (zumindest

nicht im Sinne europaweit agierender, klassischer Massenmedien). Eders und Kantners These, dass „die Verbreitung wichtiger Themen und Diskurse“ auch „durchaus dezentralisiert denkbar“ (ebd.: 312) ist und die Diskurse dennoch europäisiert sein können, sofern sie gleiche Themen zur gleichen Zeit unter gleichen Relevanzgesichtspunkten behandeln, ist zum einen kompatibel zu dem in der vorliegenden Arbeit bereits für Europa entwickelten Netzwerk-Chiffre und sie gilt zum zweiten – wie noch zu zeigen ist – erst recht bezüglich der Spezifika von Online-Kommunikation. Im Kern besagt diese These erneut, dass die Pluralität von Perspektiven einer Europäisierung von Kommunikation gerade nicht im Wege steht:

„In Abwandlung einer Pointe von Luhmann kann man mit Fug und Recht behaupten, dass wir vielleicht aus Erfahrung wissen, dass es am Gardasee schön ist; alles, was wir als Bürger über Europa wissen, wissen wir jedoch aus den [nationalstaatlich-dezentralen, D.W.] Medien. Dies gilt nicht nur für die Fakten (etwa die Ereignisse), sondern auch für deren Deutung (etwa als skandalös, undemokratisch, für uns oder nur die anderen ökonomisch sinnvoll usw.). Solche Deutungen, solche Relevanzgesichtspunkte, sind mehr als nur Ausdruck nationalstaatlicher Perspektiven. Denn die Diskursteilnehmer nehmen hier eine Perspektive im Gespräch über Europa ein, in der Meinung und Herkunft entkoppelt sind, weil Akteure bereit sind, legitime Interessen der anderen Seite anzuerkennen und sich durch gute Gründe überzeugen zu lassen. Sie sprechen nicht mehr nur in der neutralen Beobachterperspektive über ‚die in Brüssel‘, ‚die Spanier‘ etc., als habe das alles nichts mit ihnen zu tun. Sie nehmen eine Teilnehmerperspektive ein“ (ebd.: 313).

Ein europäischer Öffentlichkeitsbegriff, der sich an die Existenz klassischer medialer Organisationen auf der Ebene seines Untersuchungsraumes (also z.B. europäische Zeitungen oder Fernsehsender) klammert, bleibt für diese Art der Verschränkung einzelner, auch nationaler oder sub-nationaler Öffentlichkeiten zu europäischen Diskursen notwendigerweise blind.

Weil sowohl ein rein inhaltlich als auch ein rein institutionell bestimmter Begriff europäischer Öffentlichkeit *qua definitionem* verschiedene Formen europäischer bzw. europäisierter, durchaus auch konfliktbeladener und multiperspektivischer Kommunikation nicht erkennen und damit auch nicht *anerkennen* können, setzen Eder und Kantner diesen einen diskurstheoretischen Öffentlichkeitsbegriff entgegen, „der die Kommunikationsprozesse in den Vordergrund stellt, ohne für konfligierende Meinungen und organisatorische Fragen blind zu sein“ (ebd.: 314). Vom inhaltlichen übernimmt dieser diskurstheoretische Öffentlichkeitsbegriff die Annahme, dass sich Kommunikation auf gleiche Inhalte beziehen muss; anders als ersterer setzt er allerdings nicht voraus, dass „Kommunikation nur auf Grundlage weitreichender Übereinstimmung in den Meinungen

und Einstellungen möglich ist“ (ebd.). Vom institutionellen Öffentlichkeitsbegriff hingegen bleibt der Grundsatz bestehen, dass „Kommunikation in modernen Gesellschaften medial und organisationell auf Rückendeckung angewiesen ist“ (ebd.); nicht aber wird eine klassische, ausgereifte und mit dem Nationalstaat vergleichbare Medieninfrastruktur auf europäischer Ebene weiterhin zur notwendigen Bedingung für Kommunikation erhoben.

An dieser Stelle schließt sich der analytische Kreis: Jener diskurstheoretische Begriff europäischer Öffentlichkeit baut grundlegend auf der Habermas'schen Trias auf, nach der Öffentlichkeit – auch im transnationalen Raum – genau dann entsteht, wenn ein Publikum „zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz“ (Habermas 1996: 190) Stellung nehmen kann. Vor dem Hintergrund der hermeneutischen Komponente dieses Öffentlichkeitsbegriffs ist es dabei von entscheidender Bedeutung, dass Kommunikations-, Meinungsbildungs- und Willensbildungsprozesse ablaufen, die von unterschiedlichen Perspektiven auf strittige Themen und Gegenstände geprägt sind. Weit weniger entscheidend ist hingegen die Frage, „ob jeweils die gleichen Meinungen und Einstellungen vertreten werden oder ob im Bereich der Meinungsbildung ein Konsens erreicht wurde“ (Eder/Kantner 2000: 315).

Damit ist die hiesige Analyse beim pragmatischen Kern des Öffentlichkeitsbegriffs von Eder und Kantner angelangt. Die Autoren gehen davon aus, dass europäische Öffentlichkeit bereits dann existiert, wenn in unterschiedlichen Öffentlichkeiten Meinungs- und Willensbildungsprozesse auf der Grundlage von gleichen, zur gleichen Zeit und unter gleichen Relevanzgesichtspunkten verhandelten Themen in Gang kommen (vgl. ebd.: 316). Im Gegensatz zu einer Vorstellung europäischer Öffentlichkeit, wie sie etwa Gerhards, Grimm und Kielmansegg vertreten, ist dieses Modell normativ weniger anspruchsvoll und stärker pragmatisch ausgerichtet: Es möchte transnationale Öffentlichkeiten nachweisen und ihre Existenz nicht *ex definitione* ausschließen.

Diesen Pragmatismus entwickelt Cathleen Kantner (2004) im Anschluss an das Öffentlichkeitsverständnis des amerikanischen Pragmatismus John Deweys und George H. Meads. In seinem Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (Dewey 2001) hat Dewey die (auch in der vorliegenden Arbeit diskutierten) Probleme eines allzu stark normativ verhafteten Öffentlichkeitsbegriffs umgangen, „indem er eine an den politisch relevanten Konsequenzen von Handlungen orientierte Definition“ (Kantner 2004: 168) von Öffentlichkeit entwickelte: Weil negative Folgen kollektiver und privater interaktiver Handlungen innerhalb eines von einem Publikum geteilten Aktionsraumes auch jene Akteure betreffen würden, „die nicht an den betreffenden Interaktionen beteiligt waren“

(ebd.), schließen sich Menschen nach Dewey zu Öffentlichkeiten zusammen. Diese Öffentlichkeiten machten es sich dann zur Aufgabe, „sich vor unerwünschten Effekten [der Handlungen anderer, *D.W.*] zu schützen oder erwünschte Effekte zu fördern“ (ebd.). Kommunikationszusammenhänge entstehen bei Dewey also als unmittelbare Folge von sozialen Problemzusammenhängen (vgl. ebd.: 169). Kantner legt Dewey wie folgt aus:

„Eine öffentliche Sphäre entwickelt sich nur innerhalb eines Interaktionsraumes, innerhalb dessen Individuen ihre wechselseitige Interdependenz erfahren und anerkennen, weil sie immer und immer wieder (oft negativ) von den Folgen der Handlungen anderer im geteilten Handlungsraum betroffen sind“ (ebd.).

Dieses Öffentlichkeitsverständnis, nach dem ein heterogenes Publikum Öffentlichkeiten als Folge von geteilten Handlungskonsequenzen ausbildet, überträgt Kantner nun auf die europäische Situation der Gegenwart: Auch in Europa gäbe es „unzählige, mehr oder weniger stabile, sich umstrukturierende, neu vernetzende oder auflösende Teilöffentlichkeiten“ (ebd.: 181), die weder eine Sprache, noch eine Medieninfrastruktur, noch zwangsweise dieselben Perspektiven auf Diskursgegenstände, wohl aber in verstärktem Maße dieselben sozialen Problemzusammenhänge teilen: Die Bürger Europas sind demnach vorrangig funktional aneinander gebunden. Weil Dewey genau in diesem Sinne ein funktionales statt eines territorialen Öffentlichkeitsverständnisses entwickelt hat, weil sein Öffentlichkeitsbegriff „überaus flexibel, funktional und für heterogene Gesellschaften kompatibel“ (Lingenberg 2010: 134) konstruiert ist, lässt sich die Situation in Europa hiermit adäquat erfassen. Wie Swantje Lingenberg in diesem Zusammenhang bemerkt, „werden auf EU-Ebene doch bereits regelmäßig weitreichende politische Entscheidungen getroffen, die die Unionsbürger in ihrem Alltag betreffen und ihren Eintritt in entsprechende Diskurszusammenhänge provozieren“ (ebd.). Und diese Situation hat sich in den letzten Jahren, seit Beginn der in Kapitel 1. beschriebenen multiplen europäischen Krise dramatisch intensiviert.

Damit ist neben der hermeneutischen auch die pragmatische Komponente im Begriff europäischer Öffentlichkeit erfasst, wie ihn Klaus Eder und Cathleen Kantner vorlegen und wie er in der vorliegenden Arbeit in gewichtigen Punkten adaptiert werden soll. Europäische Öffentlichkeit liegt dann vor, wenn ungebunden durch Nationalstaatsgrenzen die gleichen Themen zur gleichen Zeit und unter gleichen Relevanzgesichtspunkten be- und verhandelt werden. Bei allen dieser Kriterien ist es eine empirische und keine

normative Frage, auf welchem medialen Weg dies geschieht⁸¹. Auch die Homogenität von Meinungen und Betroffenheiten ist keine konstitutive Voraussetzung innerhalb dieser Formen von Öffentlichkeit, im Gegenteil: Der so geartete Öffentlichkeitsbegriff rechnet damit, dass sich Kommunikation nicht willkürlich und „unterschiedslos zwischen allen Menschen“ (Kantner 2006: 148) sondern gerade „im Zusammenhang mit konkreten kontroversen Handlungsproblemen“ (ebd.) ergibt.

Zwei Einschränkungen sind dieser definitorischen Trias von thematischer Konvergenz, Gleichzeitigkeit und Übereinstimmung von Relevanzgesichtspunkten allerdings noch hinzuzufügen: Zum ersten muss es sich, um einwandfrei von einer spezifischen europäischen Öffentlichkeit sprechen zu können, entweder um spezifisch europäische Themen oder um Themen handeln, die zur gleichen Zeit oder unter gleichen Gesichtspunkten nur in Europa diskutiert werden. So wäre etwa eine nach den Anschlägen des 11. September 2001 europaweit stattfindende Diskussion nicht automatisch als Kennzeichen europäischer Öffentlichkeit einzustufen – wurden diese Ereignisse doch auf der gesamten Welt diskutiert. Die empirisch entscheidendere Frage wäre in diesem Fall vielmehr gewesen, ob es innerhalb dieser Diskussion spezifische europäische Relevanzgesichtspunkte gab, wie etwa zwei Jahre später, als es im Zuge des Irak-Krieges zeitgleich europaweit stattfindende Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der Bush-Administration gab. In den Worten von Hans-Jörg Trenz kann diese erste Einschränkung auch bedeuten, dass im Rahmen von europäischer Öffentlichkeit „nicht nur über gemeinsame Themen kommuniziert, sondern diese Gemeinsamkeit auch selbst zum Thema gemacht wird“ (Trenz 2005a: 189).

Die zweite Einschränkung stammt von Kantner und sie scheint vor allem bezüglich der empirischen Anschlussfähigkeit des Öffentlichkeitsbegriffs von Relevanz zu sein. So seien alle Definitionskriterien dieses Konzepts europäischer Öffentlichkeit in dem Sinne „moderat anzulegen“ (Kantner 2004: ebd.: 150), dass regionale oder nationale Unterschiede in den Diskursen in gewissen Grenzen durchaus „sinnvoll erklärt werden können“ (ebd.) und nicht *per se* gegen die Existenz einer europäischen Öffentlichkeit sprechen. Etwa sei es „aufgrund der unterschiedlichen politikfeldspezifischen Betroffenheit bestimmter Regionen und Nationen“ bis zu einem gewissen Grad hinzunehmen, „wenn nicht unbedingt alle Mitgliedsnationen an allen Themen intensiv Anteil nehmen“ (ebd.). Dieses Kriterium ist bezüglich der Analyse europäisierter politischer Diskurse im Internet von großer Bedeutung; ist hier doch davon auszugehen, dass in den seltensten Fällen Bürger aller

⁸¹ Dieser Zusatz ist besonders hinsichtlich der Untersuchung von Online-Diskursen, die sich außerhalb der tradierten massenmedialen Formen und Muster bewegen, von großer Bedeutung.

Mitgliedstaaten der Europäischen Union gleichzeitig in spezifischen Online-Kommunikationszusammenhängen vertreten sein werden. Dies aber ist vor dem hier entwickelten theoretischen Hintergrund schon deshalb gar nicht nötig, weil sich europäische Öffentlichkeit – mutmaßlich erst recht im Internet – als ein Netzwerkphänomen darstellt, in dem einzelne Teildiskurse und -öffentlichkeiten miteinander vernetzt werden. Die Partizipation aller Betroffenen an allen Diskursen wird deshalb entbehrlich, solange das Netzwerk stetig genügend Anknüpfungspunkte bietet. Mit der Betonung der Netzwerk-Formation ist die Bestimmung eines spezifischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit bei ihrer letzten Komponente angekommen.

Wie sich bisher gezeigt hat, ist europäische Öffentlichkeit zu verstehen als ein „pluralistisches Ensemble regionaler, nationaler, inter- und transnationaler Teilöffentlichkeiten [...], die überlappend, konvergent oder auch separat voneinander existieren können“ (Lingenberg 2010: 10). Damit erweist sich der dargelegte Begriff europäischer Öffentlichkeit als in hohem Maße anschlussfähig gegenüber einem auf dem Netzwerk-Begriff aufbauenden Verständnis von Europäisierung, wie es in der vorliegenden Arbeit zumindest auf metaphorischer Ebene bereits entwickelt wurde (zur Konkretisierung von Konstruktionen digitaler Öffentlichkeit unter dem Netzwerkparadigma siehe Kapitel 6.3., 7. und 8.). In diese Richtung argumentiert vor allem Wolfgang Schmale, wenn er betont, dass die Netzwerk-Form der gegenwärtigen Gestalt einer europäischen Identität wie auch der Konstitution der europäischen Gesellschaft im Ganzen am nächsten komme (vgl. Kapitel 4.4.).

Dieser Ansatz lässt sich theoretisch zurückführen auf die Arbeiten Manuel Castells, der bezüglich der Gründung der Europäischen Union von „neue[n] Formen des Regierens und „neue[n] staatliche[n] Institutionen“ (Castells 2003: 356) gesprochen hatte, die zusammen mit der EU „auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene“ (ebd.) entstanden seien. Die sich daraus ergebende „neue Staatsform“ nennt Castells „Netzwerkstaat“ (ebd.). Dieser Netzwerkstaat zeichne sich durch die „Teilung von Kompetenzen (in letzter Instanz der Macht, legitime Gewalt auszuüben)“ (ebd.: 381) sowie durch eine Abhängigkeit seiner Mitglieder (bei Castells: „Knoten“ [ebd.]) voneinander aus. So könne kein Knoten innerhalb des Netzwerkes die anderen Knoten – „nicht einmal die kleinsten“ (ebd.: 382) – ignorieren: Netzwerke zeichnen sich durch die Teilung von Souveränität aus. Für Castells ist diese neue Staatsform, die in der Europäischen Union ihre bisher „deutlichste Ausdrucksform“ (ebd.) finde, unabdingbar an das gegenwärtige Informationszeitalter, also

eine von Kommunikationsprozessen dominierte Gegenwart geknüpft (siehe hierzu besonders Kapitel 6.).

An dieser Stelle manifestiert sich auch die theoretische Verknüpfung zur Kategorie europäischer Öffentlichkeit. Schmale etwa bezieht den Netzwerk-Ansatz sehr konkret auf die Strukturen von Öffentlichkeit in der EU. Letztere könne keinesfalls ausschließlich das Resultat europaweit rezipierter Medien sein. Sie setze sich vielmehr aus einem Netzwerk unterschiedlichster Faktoren wie transnationaler Medien, europäisierter nationaler Öffentlichkeiten, anlassbezogener europäischer Öffentlichkeiten, europäischer zivilgesellschaftlicher Akteuren, sowie einer europaweiten Öffentlichkeit der Wissenschaften und Universitäten zusammen (vgl. Schmale 2010: 177). Diese Vorstellung ist vom Konzept Eders und Kantners nicht so weit entfernt, wie es scheinen mag; Schmale stellt lediglich weniger den Diskurs als solchen und mehr die Verbindung unterschiedlicher Kommunikations- und Ausdrucksformen (wie bspw. auch Demonstrationen [vgl. ebd.]) in den Vordergrund, um sein Bild des Netzwerkes stärker hervorzuheben.

Bezieht man diesen Ansatz auf das hier behandelte Öffentlichkeitsverständnis Eders und Kantners, dann wird deutlich, dass sich beide Konzepte nicht widersprechen, die Netzwerk-Komponente aber auf struktureller Ebene (gerade im Hinblick auf *per se* vernetzt funktionierende Online-Kommunikation!) eine notwendige Ergänzung des hermeneutisch-pragmatischen Begriffs von Öffentlichkeit darstellt: Die Mitglieder eines heterogenen Publikums, die zur gleichen Zeit über gleiche Themen unter gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutieren, können den hermeneutischen Zirkel wechselseitiger Interdependenz im Sinne Gadamers nur durchschreiten, wenn sie ihre Ansichten und Stellungnahmen unmittelbar austauschen können – sprich: wenn sie untereinander vernetzt sind. Dabei sollte diese Vernetzung stets anschlussfähig bleiben für neue Diskurse.⁸²

Damit ist der für die vorliegende Arbeit gültige Begriff europäischer Öffentlichkeit vollständig konstruiert. Er ist anschlussfähig an das in den Kapiteln 4.2. bis 4.4. entwickelte, mehrdimensionale und inklusive Verständnis von europäischer Demokratie, an die „sowohl-als-auch“-Interpretation europäischer Integration ebenso wie an die pluralistische Idee europäischer Identität. Des Weiteren setzt er sich zusammen aus den vier im vorigen Kapitel genannten Dimensionen der Europäisierung nationaler

⁸² In ähnlicher Weise wurde dieses Kriterium bereits im vorigen Kapitel in der vor allem bei Bernhard Peters zentralen Dimension der gegenseitigen Vernetzung von thematischen Diskursen (vgl. Peters 2007: 300) behandelt. Auch Tobler und Wessler sprechen mit vergleichbaren Absichten von einer „horizontalen Verschränkung nationaler Öffentlichkeitsarenen“ (Tobler 2006a: 162; 2010: 259) bzw. von, europäischer Öffentlichkeit als „Netzwerk sich überlappender nationaler Öffentlichkeiten“ (Wessler 2004: 23).

Öffentlichkeiten sowie aus dem diskurstheoretisch zentrierten, hermeneutisch-pragmatischen Verständnis europäischer Öffentlichkeit, das allerdings um die Komponente der netzwerkartigen Verknüpfung von Diskursen erweitert wurde. Bevor dieser spezifische Begriff europäischer Öffentlichkeit auf bestimmte Diskursrealitäten im Internet projiziert werden soll, gilt es, sich abschließend kurz mit einem Kritikpunkt auseinanderzusetzen, der den Grundlagen eines solchen Verständnisses europäischer Öffentlichkeit verschiedentlich, am nachdrücklichsten von Jürgen Gerhards vorgehalten worden ist.

5.4. Zur teilfunktionalen Legitimität von Elitenöffentlichkeiten im europäischen Kontext

Klaus Eder, dem gemeinsam mit Cathleen Kantner das Verdienst zukommt, den hier adaptierten und um die Netzwerkkomponente erweiterten hermeneutisch-pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit in grundlegender Weise modelliert zu haben, hat zusammen mit Kai-Uwe Hellmann und Jans-Jörg Trenz bereits 1998 darauf hingewiesen, dass die „Entstehung transnationaler Politikfelder [...] die Homogenität von Öffentlichkeiten auf[löst]“ (Eder/Hellmann/Trenz 1998: 325). Transnationale Öffentlichkeiten, das haben auch die zurückliegenden Kapitel verdeutlicht, sind heterogene und pluralistische Öffentlichkeiten. Aus eben diesem Grund, so Eder, treiben sie „die Ausbildung von Teilöffentlichkeiten voran[...]“ (ebd.). Diese Teilöffentlichkeiten würden sich nun insofern vom klassischen, am Nationalstaat orientierten Modell politischer Öffentlichkeit unterscheiden, als dass „Issue-Betroffenheit, aber nicht mehr generalisierte Betroffenheit für das Gemeinwesen“ (ebd.) zu ihrem Organisationsprinzip werde. *issue*-Betroffenheit oder *issue*-Orientierung sagt in diesem Zusammenhang aus, dass sich europäische Teilöffentlichkeiten vorwiegend an konkrete, zumeist auf europäischer Ebene verhandelte Politikfelder anbinden und somit tendenziell thematisch eingeschränkt, temporär und ereignisbezogen emergieren.

Wie bereits oben dargelegt, ist eine solche Anbindung im Rahmen der Entstehung politischer Öffentlichkeiten nicht außergewöhnlich: Politische Öffentlichkeiten haben sich seit je her dort formiert, wo sich ihre Mitglieder einem politisch-administrativen Zentrum mit Entscheidungsbefugnissen gegenübersehen und daher glaubten, wirkmächtig agieren zu können. Auf europäischer Ebene bestünde ein solches Zentrum aus den politischen Institutionen der EU, sprich: etwa der EU-Kommission, dem Europäische Rat, dem

Europäische Parlament, der Europäischen Zentralbank und des um diese Institutionen herum arbeitenden politisch-administrativen Betriebs. Anders als beim politischen Zentrum auf nationalstaatlicher Ebene⁸³ handelt es sich bei diesem europäischen politischen Zentrum allerdings nicht um einen universell zuständigen und noch viel weniger um einen als generalistisch verantwortlich wahrgenommenen Problemlösungsadressaten. Die Kompetenz, „bindende Entscheidungen mit der relativ größten sachlichen und sozialen Reichweite“ (Wendelin 2011: 271) zu treffen, ist auf spezifische Politikfelder beschränkt und die europäischen Instanzen werden als Problemlösungsadressat somit auch einer spezifischen Wahrnehmung unterzogen. Die Folge dieser europäischen Spezifik ist die die von Eder *et al.* beobachtete Ausbildung von *Issue*- bzw. politikfeldspezifischen Teilöffentlichkeiten.

Die These eines pluralistischen Nebeneinander von Teilöffentlichkeiten spezifizieren Eder und Kollegen hinsichtlich dreier Ebenen: der Trägergruppen, der Organisationsform sowie der Publika dieser Öffentlichkeiten. Während die verschiedenen, voneinander abgegrenzten Politikfelder der EU als Organisationsformen der Teilöffentlichkeiten dienen (vgl. Eder/Hellmann/Trenz 1998: 340), sei das Publikum von einer „grundsätzliche[n] Variabilität“ gekennzeichnet, „die sich auf die weitgehende Abwesenheit massenmedialer Kommunikationsformen zurückführen lässt“ (ebd.). Ein Publikum bilde sich vornehmlich durch diejenigen, „die sich in den jeweiligen Handlungskontexten betroffen fühlen“ (ebd.). Deshalb habe man es in Europa bereits auf der Publikumsebene – und noch stärker auf der Ebene der Trägergruppen von Öffentlichkeit (respektive der Sprecher) – vornehmlich mit Eliten zu tun, „die die supranationale Ebene als neues Tätigkeitsfeld für die Diffusion und Kommunikation ihrer Anliegen erschließen“ (ebd.). Aufgrund dieser drei Spezifizierungen spricht Eder auf europäischer Ebene von transnationalen politikfeldspezifischen „Elitenöffentlichkeiten“ (ebd.), deren Publikum „in deliberativen und partizipativen Arenen klein gehalten“ und nur „gegebenenfalls durch symbolische Mobilisierung erweitert“ (ebd.) wird.

Auf diesem grundlegenden Befund von *issue*- und Teil-Öffentlichkeiten auf EU-Ebene baut auch das oben erörterte Konstrukt einer hermeneutisch-pragmatischen und pluralistischen Theorie europäischer Öffentlichkeit auf. Zwar betonen sowohl Eder als auch Kantner die normativ-demokratiethoretische Problematik der fehlenden Input-Legitimität dieser Öffentlichkeitsformen (vgl. Eder 1998: 340f.; Eder/Kantner 2000: 315; Kantner 2006: 159); jenseits des Hinweises, dass es einer „Ausgestaltung der rechtlichen und

⁸³ Vgl. hierfür etwa den Begriff des politischen „Zentrums“ in Abgrenzung zur „Peripherie“ bei Bernhard Peters (1993: 330).

institutionellen Rahmenbedingungen und Partizipationschancen [...] auch in Europa“ (Kantner 2006: 158) bedürfe, bietet ihr Modell hier jedoch keinen inhärenten Lösungsvorschlag. So bleibt die Tatsache bestehen, dass pluralistische und vernetzte, diskursiv bestimmte Öffentlichkeiten auf europäischer Ebene aufgrund ihrer *issue*-Spezifik fast ausnahmslos Elitenöffentlichkeiten sind. Nicht zuletzt deshalb kann der auf dieser Grundlage erarbeitete hermeneutisch-pragmatische Begriff europäischer Öffentlichkeit vergleichsweise leicht auf Determinanten wie kollektive Identität und eine transnational verbreitet beherrschte Sprache verzichten.

Das Publikum transnationaler Teil-Öffentlichkeiten ist demnach naturgemäß ein exklusives. Es ist, wie Eder und Kantner (2000: 325) betonen, zwar „potenzieller Träger eines kollektiven Meinungsbildungsprozesses“, aber – Heidrun Abromeit (2003: 41) merkt das korrekterweise an – „noch kein politischer Akteur im Sinne der Demokratietheorie“. Abromeit kritisiert, dass „Klaus Eder und seine Mitarbeiter [...], wenn sie in bestehenden Partial-Öffentlichkeiten den Keim von Demokratie entdecken, einen Schritt zu früh stehen [bleiben]“ (ebd.: 45). Die notwendige Vermittlung zwischen den Eliten und dem breiten Publikum könne auf europäischer Ebene nicht gelingen, weil „die Vermittlungsagenturen [...] bisher praktisch ausschließlich nationale“ seien, „nämlich die Medien, deren Europäisierungsgrad nicht eben weit fortgeschritten ist“ (ebd.).

Jürgen Gerhards hat diese Kritik noch grundsätzlicher formuliert. Er zweifelt die Rechtmäßigkeit der von Eder, Hellmann und Trenz aufgestellten These an, nach der die *issue*-spezifischen, von Eliten getragenen Teil-Öffentlichkeiten, die sich auf europäischer Ebene ausbilden, zwar anders, aber „funktional äquivalent“ (Gerhards 2000: 300) zu der klassischen Form politischer Öffentlichkeit auf Nationalstaatsebene seien⁸⁴. Das Postulat einer solchen funktionalen Äquivalenz, so Gerhards, sei bei genauerer Betrachtung jedoch nicht aufrechtzuerhalten. Gerhards bezweifelt,

„dass diese Verfahrensöffentlichkeiten vor und mit einem kleinen Fachpublikum ein funktionales Äquivalent für eine massenmediale Öffentlichkeit darstellen können und werden. Das Kernmerkmal einer demokratischen Öffentlichkeit besteht darin, dass potenziell alle Bürger sich informieren und ihre Meinung bilden können. Eine solche Inklusion der freien und gleichen Bürger in den öffentlichen Diskurs [...] lässt sich aber

⁸⁴ Dieser Grundsatz der funktionalen Äquivalenz formulieren Eder *et al.* deutlich (1998: 326) und er ist ebenfalls im später von Eder und Kantner ausgearbeiteten, hermeneutisch-pragmatischen Modell europäischer Öffentlichkeit von tragender Bedeutung: Wie oben gesehen, wurde dieses Modell ja gerade von dem Vorhaben angetrieben, einen Begriff europäischer Öffentlichkeit zu schaffen, der sich zwar von den nationalstaatlichen Gegebenheiten löst, im Kern aber funktional äquivalent zu den normativen Charakteristika eines nationalstaatlichen Öffentlichkeitsbegriffs ist.

allein massenmedial und nicht über eine Präsenzöffentlichkeit von Eliten realisieren“ (ebd.).

Die Berechtigung dieser Kritik Gerhards' ist aus normativer bzw. demokratietheoretischer Perspektive nicht von der Hand zu weisen. Dennoch soll im Folgenden dargestellt werden, warum Elitenöffentlichkeiten auf europäischer Ebene nicht voreilig als undemokratisch und der politischen Legitimation abträglich bewertet werden sollten.

Entgegen der Annahme von Gerhards gilt es dafür zunächst zu betonen, dass sich in Europa durchaus Formen von transnational vernetzter Kommunikation finden lassen, sofern man sich nicht auf einen Öffentlichkeitsbegriff beschränkt, der sich einzig an europaweit agierenden und rezipierten, gewissermaßen an europäischen Meta-Medien orientiert (vgl. Wessler 2004: 21). Die empirische Forschung hat solche Vernetzungen von – zumeist massenmedialer – Kommunikation besonders in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren vermehrt nachweisen können (siehe hierfür Kapitel 1.) – obgleich diese Kommunikationsnetzwerke zumeist in weit geringerem Ausmaß verdichtet waren als vergleichbare Strukturen auf nationaler Ebene. Hinzu kommt, dass Gerhards, seiner eigenen Perspektive auf die Definition europäischer Öffentlichkeit folgend, eine entscheidende Setzung des hermeneutisch-pragmatischen Öffentlichkeitsbegriffs nicht berücksichtigt: Den spezifischen Mehrebenen- und Netzwerkcharakter europäischer Öffentlichkeit, nach dem sich diese Sphäre eben pluralistisch, aus der diskursiven Verschränkung verschiedener Teil- und Sub-Öffentlichkeiten, zusammensetzt. Es ist richtig und unbestritten, dass eine so geartete europäische Öffentlichkeit deshalb noch nicht automatisch die starken normativen Anforderungen des klassischen Öffentlichkeitsbegriffs erfüllt (vgl. Eder/Kantner 2000: 327) – gleichzeitig lässt sich aber nicht mehr leugnen, dass in Europa auch auf massenmedialer Ebene „bereits europäische Konfliktsituationen öffentlich ausgetragen und gemeinsame Überzeugungen durch öffentliches Reden hergestellt“ (ebd.) werden.

Um dem Vorwurf einer elitengestützten und damit aus normativer Sicht unzureichenden Definition europäischer Öffentlichkeit auch jenseits der axiomatischen Setzungen der hier zu Grunde liegenden, hermeneutisch-pragmatischen Öffentlichkeitstheorie zu begegnen, sollen abschließend auch Argumente aus den in Kapitel 3. abgehandelten Öffentlichkeitstheorien auf die europäische Situation projiziert werden. Rufen wir uns dabei den grundlegenden Gedankenschritt in Erinnerung, den Jürgen Habermas mit seiner theoretischen Entwicklung vom Modell der bürgerlichen Öffentlichkeit hin zum Modell des deliberativen Designs Anfang der 1990er Jahre vollzogen hat: Von mediengestützter

politischer Kommunikation, die „den Legitimationsprozess in der Öffentlichkeit hochkomplexer Gesellschaften“ (Habermas 2008: 139) erfüllen wolle, hatte Habermas zwei Dinge erwartet. Erstens sollte ein „selbstgeregeltes Mediensystem Unabhängigkeit von seinen sozialen Umgebungen“ (ebd.) erlangen; zweitens sollte sichergestellt sein, dass die Medien eine Rückkopplung zwischen den „informierten Elitediskursen und einer aufnahme- und reaktionsbereiten Zivilgesellschaft“ (ebd.) herstellen können. Daraus lassen sich im hiesigen Kontext zwei Schlussfolgerungen ableiten: Zum einen ist die Unabhängigkeit eines Mediensystems nicht mit dessen Homogenität gleichzusetzen und umgekehrt lassen sich aus der Heterogenität medialer Kommunikation (etwa auf europäischer Ebene) keine Rückschlüsse auf eine vermeintlich fehlende Unabhängigkeit dieser Kommunikation ziehen. Ein auf europäischer Ebene agierendes, heterogenes Mediensystem, das im Zweifel gar nicht als integriertes System zu bezeichnen ist, sondern im oben beschriebenen Sinn aus der Verknüpfung und Verschränkung einzelner Mediensysteme und Öffentlichkeiten emergiert, kann gegenüber seiner sozialen Umgebung wohl ebenso unabhängig handeln wie ein europäisches Mediensystem, das aus wenigen, homogenen und transnational agierenden Medienorganen bestünde. Es ist sogar davon auszugehen, dass subkontinentale Öffentlichkeiten, die erst durch ihre Vernetzung mit anderen Öffentlichkeiten zu kontinentaler Bedeutung gelangen, stärker unabhängig agieren können als eine in hohem Maße europaweit integrierte Medienöffentlichkeit, der es allein obläge, die Vielfalt europäischer Partial-Interessen in sich aufzunehmen und abzubilden. Auch scheint die für die ‚postbürgerliche‘ Öffentlichkeit charakteristische Anfälligkeit für einen „Vermachtungszusammenhang zwischen mächtigen Medienorganisationen und politischen Akteuren“ (Imhof 2011: 111) in einer netzwerkartig strukturierten, pluralistischen Öffentlichkeit weniger ausgeprägt zu sein als in einer Öffentlichkeit, die durch ein europaweites Mediensystem bestimmt und damit zwangsläufig sehr viel zentralistischer organisiert wäre.

Der zweite Aspekt, der bei Habermas den Legitimationsprozess politischer Öffentlichkeit in modernen Gesellschaften sicherstellt, ist in diesem Kontext noch wichtiger – er bestimmt die zweite Schlussfolgerung: Medien müssen eine Rückkopplung zwischen sozial begrenzten Elitediskursen und der breiten Zivilgesellschaft ermöglichen, so hatte Habermas es gefordert. Genau diesem Verfahren der Rückkopplung kam in dem von Habermas’ ab 1990 entwickelten deliberativen Design die entscheidende Legitimationsfunktion zu: Habermas hatte die gesellschaftlichen Rückkopplungspotenziale des „dezisionistischen Abstimmungsaktes“ (Martinsen 2009: 49) innerhalb des ersten Geleises respektive der politischen Zentren als defizitär erkannt und deshalb die Relevanz

von unterschiedlichen Prozessen des konsensualen Argumentierens und Verhandeln innerhalb der gesellschaftlichen Peripherie, sprich: im zweiten Geleis, betont.

Diesbezüglich gilt es Folgendes zu konstatieren: Bei solchen kommunikativen Prozessen, die einem idealtypischen Verfahren – nämlich dem deliberativen – möglichst nahe kommen sollen, *kann* es sich um gar nichts anderes als um gesellschaftliche Elitediskurse handeln. Aus empirischer Perspektive wäre jegliche Art von deliberativer Massenkommunikation als utopisches Ideal zurückzuweisen. Genau aus dieser Ansicht speiste sich schließlich die Kritik der Realitätsferne, die sowohl Bernhard Peters als auch Jürgen Gerhards und Friedhelm Neidhardt gegenüber dem Habermas'schen Modell geübt haben.

Als Konsequenz lässt sich dann jedoch ausmachen, dass höhergradig verdichtete politische Diskurse innerhalb einer Gruppe gesellschaftlicher Eliten der Legitimationsfunktion von Öffentlichkeit nicht *per se* abträglich sind. Vielmehr kommt es in entscheidendem Maße darauf an, dass sie durch die Massenmedien mit den Ansprüchen und Bedürfnissen der breiten Zivilgesellschaft rückgekoppelt werden – darin liegt die Hürde der Legitimationsfunktion von politischer Öffentlichkeit im Rahmen des deliberativen Demokratiemodells. Dieser Lesart nach sind Elitenöffentlichkeiten aber nicht mehr Gegenstück, sondern eher strukturelles Komplement von demokratischer Massen(medien)öffentlichkeit. Für eine solche Interpretation muss noch nicht einmal das liberale Öffentlichkeitsmodell Dahrendorf'scher Prägung bemüht werden, dass eine strikte Trennung zwischen passiver und aktiver Öffentlichkeit zur normativen Forderung erhebt und damit tendenziell anfällig für eine Elitenzentrierung ist; bereits im Rahmen der Habermas'schen Öffentlichkeitstheorie können Elitenöffentlichkeiten Legitimation beanspruchen, sofern ihre wechselseitige Verbindung zu massenmedialen Öffentlichkeiten intakt bleibt.

Bezogen auf die von Klaus Eder beschriebenen und von Jürgen Gerhards kritisierten politikfeld- und *issue*-spezifischen Elitenöffentlichkeiten auf europäischer Ebene bedeutet das, dass ihnen zwar nicht die für nationalstaatliche politische Öffentlichkeiten charakteristische *normativ*-demokratiethoretische Legitimation, sehr wohl aber eine *funktionale* Legitimation zukommt: An bestimmte Politikfelder oder bestimmte *issues* angebundene, transnationale Elitediskurse können im europäischen Rahmen gewissermaßen als Schnittstelle zwischen dem immer noch weitgehend unnahbaren politischen Zentrum der EU und den, mittlerweile zu einem gewissen Grad europäisierten und vernetzten, massenmedialen Öffentlichkeiten in Europa fungieren. Anders ausgedrückt: *issue*-orientierte Elitenöffentlichkeiten, seien sie auf die politischen Zentren

selbst oder auf kleine zivilgesellschaftliche Diskussionszirkel beschränkt, sind ein Teil der pluralistischen politischen Öffentlichkeit in Europa, wie sie in der vorliegenden Arbeit theoretisch auf Basis des hermeneutisch-pragmatischen Öffentlichkeitsmodells definiert wurde.

Dem Zweifel von Gerhards an der funktionalen Äquivalenz dieser Elitenöffentlichkeiten ließe sich allerdings insofern zustimmen, als dass es tatsächlich passender erscheint, bezüglich europäischer *issue*-Elitenöffentlichkeiten nicht von funktionaler Äquivalenz, sondern von einer *Teilfunktionalität* innerhalb der komplexen und *suis generis* mehrschichtigen Struktur europäischer Öffentlichkeit zu sprechen. Diese theoretische Herangehensweise erlaubt es, analytisch das wahrzunehmen, was existiert – nämlich diskursiv verschränkte, aber hinsichtlich ihres Themenspektrums wie ihrer sozialen Zusammensetzung nicht vollständig inklusive Kommunikationsnetzwerke –, ohne bereits auf der Ebene definitorischer Eingrenzung normative Maßstäbe anzulegen, bei denen „immer wieder ungewiss ist, ob das angesprochene Phänomen eine soziale Bestandgröße oder aber doch nur eine Art regulativer Idee darstellt“ (Diesen Vorwurf hatten ja ausgerechnet Gerhards und Neidhardt [1991: 33] an Habermas gerichtet).

Die Rückkopplungseffekte zwischen diesen elitären europäischen Teilöffentlichkeiten und den klassischen massenmedialen Öffentlichkeiten, die weiterhin weitestgehend nationalstaatlich integriert, aber inhaltlich in Form diskursiver Vernetzung doch partiell europäisiert sind, werden in dieser Argumentation keinesfalls irrelevant. Für eine weitreichende normativ-demokratiethoretische Legitimation europäischer Öffentlichkeit sind sie sogar essenziell. Allerdings können und sollen diese Rückkopplungseffekte nicht Gegenstand der im Folgenden zu betrachtenden Formen von europäisierter Online-Öffentlichkeit sein. Sie können es nicht, weil ihre Betrachtung empirische Analysen von einem Ausmaß verlangen würde, das im hiesigen Umfang nicht zu bewerkstelligen ist; und sie sollen es nicht, weil bereits die Ebene der transnational verschränkten Elitenkommunikation in Europa, besonders in ihren netzwerkartig strukturierten Online-Ausprägungen, analytisch bislang unterbelichtet zu sein scheint. Dieser Forschungslücke sollen sich die restlichen Kapitel der vorliegenden Arbeit annehmen.

6. Online-Öffentlichkeiten im Dunstkreis der „Network-Society“

Jürgen Habermas hat in einer jüngeren Publikation (Habermas 2008: 158) noch einmal darauf hingewiesen, dass ein moderner, von Massenmedien dominierter Typus politischer Öffentlichkeit das Publikum besonders aus zwei Gründen zu „passive[n] Zuschauer[n] und Konsumenten“ degradiere: Zum einen zeichne sich massenmediale Öffentlichkeit gegenwärtig bereits im nationalen Kontext durch eine „abstrakte Raumstruktur“ (ebd.) aus; sie verlagere die „sozialen Räume“, die auf der Ebene unvermittelter Begegnungsöffentlichkeiten „von einfachen Interaktionen unter Anwesenden“ (ebd.) erzeugt werden, auf eine medial vermittelte Ebene, auf der die physische Anwesenheit des Publikums nicht mehr notwendig ist. Durch diese abstrakte Raumstruktur aber bekomme die Massenkommunikation *in toto* einen abstrakten Charakter, weil sie sich – anders als im Kontext von Präsenzöffentlichkeiten – „über die Unmittelbarkeit der konkreten Blicke und Gesten, Gedanken und Reaktionen von Anwesenden und Adressaten hinwegsetzt“ (ebd.: 159).

Der zweite Grund für die aus Habermas' deliberativer Perspektive beklagenswerte Passivität des Publikums innerhalb massenmedialer Kommunikation liegt in der „asymmetrischen Struktur der Massenkommunikation“ (ebd.: 160). Dem Publikum, so Habermas' Kritik, sei es auf massenmedialer Ebene so gut wie unmöglich, zum Akteur zu werden. Als soziale Größe vergleichbar mit einem Theaterpublikum, habe es „nur die Möglichkeit am Ende eines Aktes oder einer Aufführung pauschal Beifall zu spenden oder ablehnend zu reagieren“ (ebd.). Die im Rahmen des oben analysierten deliberativen Öffentlichkeits- und Demokratiemodells konstitutive Fähigkeit des Publikums zur aktiven und wirkmächtigen Diskursteilnahme ist dieser Argumentation nach also im massenmedialen Kontext ebenso wenig ausgeprägt wie die von der Theorie geforderte Garantie „reziproker Sprecher- und Adressatenrollen im egalitären Austausch von Meinungs- und Geltungsansprüchen“ (ebd.: 158).⁸⁵ Habermas bringt diese Eingeschränktheit des Publikums auf eine simple Formel: „They can't talk back“ (ebd.: 160).

Diese Feststellung, so Habermas, sei aus politologischer bzw. demokratietheoretischer Perspektive besonders deshalb problematisch, weil die Politik gegenwärtig, in einer immer

⁸⁵ Zwar gesteht Habermas der Massenkommunikation dennoch zu, offen zu sein „für die Resonanz aus dem großen Publikum“ (Habermas 2008: 159); dies sei schließlich Grundbedingung dafür, dass politische Öffentlichkeit die „Rolle eines Resonanzbodens für gesamtgesellschaftliche Probleme spielen“ (ebd.) könne. Diese Resonanzprozesse fänden im Kontext massenmedialer Kommunikation jedoch nur in Form der Kondensation „öffentlicher Meinungen“ (ebd.) und eben nicht durch diskursive Auseinandersetzung im deliberativen Sinne statt (vgl. ebd.).

stärker funktional differenzierten Gesellschaft, abhängiger denn je sei von massenmedialen Kommunikationssystemen. Durch eine „inflationierte Menge an zirkulierenden Botschaften, Ideen und Bildern“ (ebd.: 156) werde sie von der Massenkommunikation geradezu „aufgesogen und transformiert“ (ebd.). Es sei eben jene „kommunikative Verflüssigung der Politik“, welche die Soziologie dazu veranlasst habe, „von einer ‚Informations-‘, ‚Netzwerk-‘ und ‚Mediengesellschaft‘ zu sprechen“ (ebd.) – soziologische Etiketten, deren Entstehung Habermas mit der „Entstehung einer Informationsökonomie“, der „Verdichtung und Beschleunigung von Kommunikationsflüssen überhaupt“ sowie einer „Revolution der Kommunikationstechniken“ (ebd.) begründet, die bei ihm aus der Perspektive deliberativer Demokratietheorie aber primär negativ konnotiert werden.

Diese einseitig pessimistische Bewertung einer Informations- bzw. Kommunikationsgesellschaft erscheint bereits im Kontext klassischer Massenmedien problematisch, weil sie – neben der Feststellung geringer *Talk-back*-Möglichkeiten des Publikums – die Integrations- und die Legitimationsfunktion der Massenmedien unterbewertet. Auf der Ebene der digitalen Netzwerkkommunikation jedoch, so soll im Folgenden dargelegt werden, lässt sich eine einseitig-kritische Abwertung von kommunikativer Durchdringung bzw. Verflüssigung politischer Prozesse noch weniger aufrecht erhalten. Diese Kommunikationsform nämlich unterscheidet sich an entscheidenden Punkten von massenmedialer Kommunikation im klassischen Sinne. Zwar weist auch Habermas darauf hin, dass das World Wide Web (WWW) als Kommunikationsraum der digitalen Netzwerkkommunikation „die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation ausgleichen“ könne, „indem es den Wiedereinzug interaktiver und deliberativer Elemente in einen unreglementierten Austausch zwischen Partnern zulässt, die virtuell, aber auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren“ (ebd.: 161); welche kommunikativen und im zweiten Schritt auch politischen Potenziale daraus in Netzwerk- und Informationsgesellschaften aber erwachsen können, das bleibt bei Habermas unangetastet. Genau dieser Aspekt soll im Folgenden nähere Betrachtung finden.

In *Der Aufstieg der Netzwerkesellschaft*, dem ersten Teil seines dreibändigen Werkes *The Information Age* hat der spanische Soziologe Manuel Castells bereits 1996 die Gegenwart als Zeitalter des Netzwerkes beschrieben und damit auf gravierende Veränderungen in der Konstitution von globalisierter Gesellschaft, Wirtschaft und Kommunikation aufmerksam gemacht (Castells 2001). „A network society“, so Castells’ Grunddefinition dieser neuen

Gesellschaftsform, „is a society whose social structure is made around networks activated by microelectronics-based, digitally processed information and communication technology“ (Castells 2009: 24). Der Verdienst der auf dieser Definition aufbauenden Theorie Castells' und gleichzeitig ihre Relevanz für den Kontext der vorliegenden Arbeit bestehen vor allem darin, ein strukturell-analytisches Modell für die gegenwärtige Weltgesellschaft zu begründen, welches an zentraler Stelle davon ausgeht, dass der aktuelle medientechnologische Fortschritt keine medieninhärente und auf Medien begrenzte Kategorie darstellt, sondern im Gegenteil gewichtige Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenlegen als Ganzes hat. Zudem betont Castells, dass die digitalen Netzwerke, die der Netzwerkgesellschaft technologisch zu Grunde liegen, *eo ipso* so beschaffen sind, dass sie territoriale und institutionelle Grenzen transzendieren. Auch diese Feststellung ist für die Untersuchung von durch digitale Netzwerkmedien generierten Formen europäischer Öffentlichkeit von grundlegender Bedeutung.

Für Castells gibt es fünf Kernmerkmale der Netzwerkgesellschaft, die auf das engste mit der Entwicklung globalisierter Informations- und Kommunikationssysteme verknüpft sind. Zusammengenommen bilden diese Merkmale ein „informationstechnologisches Paradigma“ (Castells 2001: 75), welches die „materielle Grundlage der Netzwerkgesellschaft“ (ebd.) darstellt. Demnach sei erstens zu konstatieren, dass Information der wichtigste Rohstoff der Netzwerkgesellschaft ist. Im Unterschied zu früheren technologischen Fortschritten gehe es heute „um Technologien, die Informationen bearbeiten, und nicht um Informationen, mit denen Technologie bearbeitet wird“ (ebd.: 76). Bereits diese Diagnose ist unübersehbar an das Internet geknüpft und bei der Betrachtung des Internet von grundlegender Bedeutung: Ist das Internet doch im Kern nichts anderes als eine Technologie, mit der auf unterschiedliche Arten Informationen be- und verarbeitet werden können (etwa in Form des World Wide Web oder per E-Mail). Weil die Technologie des Internet aber, anders als etwa die Technologien von Radio oder Fernsehen, keine konkrete Nutzungsweise vorschreibt; das Internet als Medium also erst durch seinen Gebrauch als eben solches entsteht (vgl. hierzu etwa Münker 2009: 26f.), dient die Technologie hier im Castell'schen Sinne eindeutig der Information und nicht umgekehrt.

Das zweite Merkmal, das Castells der informationstechnologisch dominierten Netzwerkgesellschaft zuschreibt, besteht in den universellen Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf das menschliche Leben und das gesellschaftliche Zusammenleben. Weil, so Castells, „Information integraler Bestandteil jedweder menschlicher Tätigkeit ist, werden alle Prozesse unserer individuellen und kollektiven

Existenz direkt durch das neue technische Medium geprägt, wenn auch sicherlich nicht determiniert“ (Castells 2001: 76). Dieses Merkmal ist für den Ansatz der vorliegenden Arbeit von besonderer Bedeutung, weil es impliziert, dass eine Entwicklung von Informationstechnik in der Netzwerkgesellschaft unmittelbaren Einfluss auf Veränderungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, etwa der Politik, haben kann – eine These, die spezifischen Formen von europäischer Netzwerk-Öffentlichkeit zumindest potenziell auch aus politischer und demokratietheoretischer Perspektive transnationale Legitimität verleihen kann.

Auch das dritte Merkmal der Netzwerkgesellschaft ist für die vorliegende Arbeit von ähnlich zentraler Bedeutung. Castells verweist hier darauf, dass die „topologische Konfiguration“ (ebd.) des Netzwerkes (auf die in Kapitel 6.3. näher eingegangen werden soll) besonders für „erhöhte Komplexität von Interaktion“ (ebd.) geeignet zu sein scheint. Dies hänge damit zusammen, dass der Nutzen an der Teilhabe eines (Kommunikations-)Netzwerkes bei der Ausdehnung des Netzwerkes „aufgrund der größeren Anzahl von Verbindungen exponentiell“ (ebd.) ansteigt. Für eine netzwerkartig strukturierte europäische Öffentlichkeit bedeutet dies etwa, dass ihr – im Vergleich zur nationalstaatlichen Öffentlichkeit – unzweifelhaft höherer Grad an Größe und Komplexität für ihre Partizipanten ein exponentielles Wachstum des Nutzens aus ihr nach sich ziehen kann. Eine dafür unabdingbare netzwerkartige Strukturierung von Öffentlichkeit aber, darauf weist Castells ebenfalls hin, kann materiell erst in der Gegenwart, nämlich „durch die neu verfügbaren Informationstechnologien [...] verwirklicht werden“ (ebd.).

Das informationstechnologische Paradigma der Netzwerkgesellschaft, das ist sein viertes Merkmal, führt weiterhin zu einer ausgeprägten strukturellen Flexibilität der netzwerkartig organisierten Einheiten. Castells drückt dies wie folgt aus:

„Was die Konfiguration des neuen technologischen Paradigmas auszeichnet, ist seine Fähigkeit zur Rekonfiguration, und das ist eine entscheidende Eigenschaft in einer Gesellschaft, die durch beständigen Wandel und organisatorische Mobilität gekennzeichnet ist. Es ist real möglich geworden, die Regeln auf den Kopf zu stellen, ohne die Organisation zu zerstören; denn die materielle Basis der Organisation kann umprogrammiert und anders ausgestattet werden“ (ebd.: 77).

Dieses Merkmal spricht nicht zuletzt für eine hohe und kontinuierliche Anpassungsfähigkeit netzwerkartig strukturierter Öffentlichkeiten an ihre politischen und

gesellschaftlichen Kontexte und wird damit ebenfalls potenziell brauchbar für den europäischen Kontext.⁸⁶

Eine Netzwerkgesellschaft, so kann zusammenfassend festgehalten werden, ist im beschriebenen Sinne in Gänze von informationstechnologischen Entwicklungen und den durch diese Entwicklungen ermöglichten Kommunikationsnetzwerken durchdrungen. Das informationstechnologische Paradigma, das ihr zu Grunde liegt, zeichnet sich vor allem durch netzwerkartige Offenheit, Globalität, Anschlussfähigkeit, Flexibilität sowie durch Komplexität aus (vgl. ebd.: 81). Sein Potenzial zur Ausbildung transnationaler, und damit auch europäischer Formen von politischer Öffentlichkeit durch digitale Netzwerktechnologie erklärt sich vor allem durch eine zentrale Charakteristik der Netzwerkgesellschaft: Diese Gesellschaftsform nämlich, so betont Castells, begründe sich nicht „on the basis of shared values but on the sharing of the value of communication“ (ebd.: 38).

Die Konsequenzen dieser Aussage für den hiesigen Kontext gilt es sich vor Augen zu führen: Wenn der Wert der Kommunikation, nicht mehr die Kommunikation über Werte den Zusammenhalt einer Netzwerkgesellschaft garantiert, dann wird die gesamte, in Kapitel 5.1. dargelegte Debatte um europäische Identitäten als essentialistische Vorbedingung jeglicher Formen europäischer Öffentlichkeit aus den Angeln gehoben. Die Kommunikation selbst ist nach Castells der verbindende Wert, nicht die transnationale Kongruenz ihrer inhaltlichen und identitären Vorbedingungen und Hintergrundüberzeugungen. Eine provokante, aber im Rahmen der Theorie der Netzwerkgesellschaft durchaus folgerichtige These.

Die einer solchen informationstechnologisch und auf dem Wert der Kommunikation gestützten Netzwerkgesellschaft inhärente Transzendierung von territorialen Grenzen hat dem Castell'schen Argumentationsweg nach auch Auswirkungen auf eine andere, eine durch und durch politische Ebene: die Konstitution und das Agieren von Nationalstaaten. Die gegenwärtige, in Kapitel 4.2. bereits ausschnittsweise analysierte Legitimationskrise von Nationalstaaten ist für Castells vor allem ein Ergebnis der zunehmenden Globalisierung von ökonomischen, kommunikativen und kulturellen Aktivitäten (vgl. Castells 2008: 81),

⁸⁶ Das fünfte und letzte Merkmal der informationstechnologisch geprägten Netzwerkgesellschaft bezieht sich direkt auf das Internet als am weitesten verbreitete Form der digitalen Netzwerkkommunikation und es betont die für das Internet charakteristische, „zunehmende Konvergenz spezifischer Technologien zu einem hochgradig integrierten System“ (ebd.). Diese Konvergenzthese ist für medienwissenschaftliche Analysen, die sich primär mit der medialen Materialität des Internet beschäftigen, von großer Bedeutung. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung spielt sie allerdings nur eine Nebenrolle.

auf welche die Nationalstaaten aufgrund der nationalen Begrenztheit ihrer Kompetenzen nicht mehr angemessen reagieren können. Wo gesellschaftliche, politische und ökonomische Probleme und Krisen also zunehmend transnationale Auswirkungen haben (und das gilt in der Netzwerkgesellschaft eigentlich für die meisten relevanten Probleme und Krisen), können sie von nationalen Regierungen nicht mehr in befriedigender Weise gelöst werden. Aus dieser Überzeugung heraus macht Castells vier verschiedene Krisen des Nationalstaates in der globalen Netzwerkgesellschaft aus (vgl. ebd.: 82): Eine Effizienz-Krise, die exakt den Punkt der nationalen Problemlösungskompetenz umfasst; eine Legitimations-Krise, die aus diesem Punkt resultiert und durch eine zunehmend einseitig auf ihre mediale Wirkung ausgerichtete Politik verstärkt wird (vgl. ebd.); eine Identitätskrise als Folge zunehmender Transnationalisierung politischer Entscheidungsfindung, bei der die Menschen den Eindruck hätten, dass ihre kulturellen Identitäten auf der Strecke blieben; und schließlich eine Krise der Ungleichheit, ausgelöst durch die extremer werdenden Unterschiede zwischen solchen Regionen und Ländern, die von der Globalisierung profitieren und solchen, die dabei abgehängt werden und ebenso ausgelöst von der durch zunehmenden internationalen Wettbewerb verursachten Absenkung wohlfahrtsstaatlicher Standards in vielen Nationalstaaten (vgl. ebd.).

Vor allem die Schlussfolgerung aus dieser multiplen Krise der Nationalstaaten ist von Relevanz für den Zusammenhang der vorliegenden Arbeit: Nationalstaaten, so Castells, verschwinden aufgrund dieser verschiedenen Krisen nicht, aber sie transformieren ihre Gestalt, um den Bedingungen einer globalisierten Netzwerkgesellschaft gerecht werden zu können und besonders, um der Effizienz- wie der Legitimationskrise begegnen zu können. Drei Transformationsschritte seien dafür besonders charakteristisch: Erstens verbinden sich Staaten zunehmend zu Staaten-Netzwerken mit geteilter oder teilweise geteilter Souveränität. Das Paradebeispiel für ein solches Staaten-Netzwerk sei die Europäische Union (vgl. Castells 2009: 39). Zweitens bilden verschiedene Staaten zunehmend Netzwerke inter- und supranationaler Organisationen und Institutionen aus (Castells nennt etwa die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation und die Weltbank [vgl. ebd.: 40]. Hinzuzufügen wären sicherlich auch sämtliche Institutionen der Europäischen Union sowie der Internationale Gerichtshof in Den Haag). Drittens sei in verschiedenen Nationalstaaten eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf die regionale und die lokale Ebene zu beobachten, um Bürger verstärkt in politische Entscheidungen einbinden zu können und so den beschriebenen Krisen der Legitimation und der Identitäten zu begegnen (vgl. ebd.).

Aufgrund dieser Entwicklungen konstatiert Castells die Herausbildung einer neuen Staatsform, die er als „network state“ (ebd.) bezeichnet. Diese Netzwerkstaaten definieren sich in Abgrenzung vom klassischen Modell des Nationalstaates eben dadurch, dass politische Entscheidungsfindung in einem Netzwerk von regionalen, nationalen, supranationalen und internationalen Instanzen stattfindet, dass sie Souveränität und Regierungsverantwortung zwischen verschiedenen Nationalstaaten sowie verschiedenen Regierungsebenen teilen und dass sie deshalb in ihren Regierungshandlungen eine größere Flexibilität aufweisen müssen.

Folgt man diesem Argumentationsgang Castells', dann handelt es sich bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Union um die gegenwärtig am weitesten fortgeschrittene Form des beschriebenen Typus von Netzwerkstaaten. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es eine formal so unzweideutig verankerte und realpolitisch so wirkmächtige Teilung von Souveränität und eine so fortgeschrittene Ausbildung supra- und internationaler Organisationen und Institutionen, kurz: ein intergouvernementales Netzwerk wie in der Europäischen Union. Die kausale Verknüpfung dieser Entwicklung mit dem Phänomen der Globalisierung, auf die die Theorie der Netzwerkgesellschaft unmissverständlich hinweist, spiegelt sich dabei in der Tatsache, dass die zunehmende Globalisierung und Europas Rolle darin, zumindest in den letzten 15-20 Jahren *das* Hauptargument der Verfechter einer ausgeprägten europäischen Integration war und ist (vgl. hierzu Kapitel 4.1.). Anders ausgedrückt: Die Europäische Union ist im Rahmen der Ausbildung einer aus dem Prozess der Globalisierung entstandenen und nun global zu beobachtenden Netzwerkgesellschaft dasjenige quasi-staatlichen Gebilde, das die Grundsätze der Netzwerkgesellschaft am weitesten fortgeschritten auf politische Strukturen und (inter-)gouvernementales Handeln übertragen hat. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind darum weltweit diejenigen Staaten, auf die der Begriff des Netzwerkstaates am sinnvollsten angewendet werden kann.

Mit dieser Feststellung aber scheint sich das Dilemma der europäischen Öffentlichkeitsforschung – einen Öffentlichkeitsbegriff an europäische Kommunikationsprozesse herantragen zu wollen, der zu sehr mit den im nationalstaatlichen Kontext entstandenen normativen Konnotationen der Kategorie politischer Öffentlichkeit aufgeladen ist, um auf den europäischen Kontext überhaupt sinnvoll übertragbar zu sein – auflösen zu lassen: Ein Modell transnationaler Öffentlichkeit, das einerseits den Gegebenheiten der von Informationstechnik bestimmten Netzwerkgesellschaft Rechnung trägt und das andererseits auf einen inter- bzw.

transnationalen Kontext anwendbar ist, welcher sich in hohem Maße durch das Vorhandensein von Netzwerkstaaten und damit durch die gesellschaftliche und politische Durchdringung des Castell'schen Paradigmas der Netzwerkgesellschaft auszeichnet, muss auch seinerseits ein vom Paradigma des Netzwerkes geprägtes Öffentlichkeitsmodell sein. Dabei müssen die normativen Konnotationen eines politischen Öffentlichkeitsbegriffs nationaler Prägung, wie er in der vorliegenden Arbeit vor allem mit Habermas erarbeitet wurde, keineswegs über Bord geworfen werden. Sie dürfen es noch nicht einmal, denn ihre normativen Funktionen wie Legitimation, Integration oder Deliberation verliert politische Öffentlichkeit auch im transnationalen Kontext mitnichten. Es gilt aber, diese normativen Konnotationen und Anforderungen in einen Öffentlichkeitsbegriff zu integrieren, der sich an zentraler Stelle eben durch den Bezug zum Netzwerk-Paradigma auszeichnet; denn es ist das Netzwerk, welches den Untersuchungsgegenstand im europäischen Kontext wie kein anderes Paradigma prägt und charakterisiert. Das gilt umso mehr, wenn es sich – wie in der vorliegenden Arbeit – um ein Modell zur Untersuchung von *digitalen* Öffentlichkeiten handelt; solche Öffentlichkeiten also, die spezifisch durch den Gebrauch derjenigen Informations- und Kommunikationstechnologie entstehen, die wie kein zweiter Faktor die gesamte Theorie der Netzwerkgesellschaft prägt: das Internet.

Bevor einzelne Spezifika solcher Internet-Öffentlichkeiten – oder passender ausgedrückt: digitaler Netzwerk-Öffentlichkeiten (denn das Internet ist nichts anderes als ein digitales Netzwerk) – näher untersucht werden, gilt es im Folgenden zunächst, im Kontext der Netzwerkgesellschaft den Stellenwert des Internet als Informations- und Kommunikationstechnologie im Allgemeinen auszuleuchten.

Für Castells ist Kommunikation im Kern nichts anderes als „the sharing of meaning through the exchange of information“ (Castels 2009: 54). Der Kommunikationsprozess wird dabei neben den Charakteristika von Sender und Empfänger und der kulturellen Codierung ihrer jeweiligen Referenzen und Bezugsrahmen in entscheidendem Maß auch durch die Kommunikationstechnologie bestimmt (vgl. ebd.). Mit der Verbreitung des Internets jedoch ereignete sich nicht nur ein Technologiewandel sondern auch ein nachhaltiger Wandel der Charakteristika von Sendern und Empfängern. Vor dem Internet gab es, grob vereinfacht, nur zwei Möglichkeiten der medial vermittelten Kommunikation (die Kommunikation unter Anwesenden markiert in dieser Hinsicht einen anderen Bereich): entweder konnte man mit verhältnismäßig geringem Aufwand eine *one-to-one*-Kommunikation, geprägt durch einen spezifischen Absender und einen spezifischen Empfänger, führen (etwa mit Hilfe des Telefons oder durch das Schreiben von Briefen),

oder aber man konnte mit großem finanziellen und organisatorischen Aufwand bzw. ausreichend sozialem Kapital als Absender eine unbestimmte und bis zu einem gewissen Grad unbegrenzte Menge an Empfängern erreichen (*one-to-many*-Kommunikation; etwa in Form von Fernseh- Radio- oder Plakatwerbung oder als Journalist, Politiker, Person des öffentlichen Lebens *via* Massenmedien). Die persönliche Kommunikation stand also der Massenkommunikation in gewisser Hinsicht antagonistisch gegenüber.

Eine entscheidende Charakteristik des Internet ist es nun, dass es beide Kommunikationsformen weiterhin ermöglicht, zudem aber die Möglichkeit einer komplexen dritten Form bietet: der sogenannten *many-to-many*-Kommunikation, bei der es nicht nur eine unbestimmte und unbegrenzte Menge an Empfängern, sondern ebenso eine unbestimmte und unbegrenzte Menge an Absendern von Botschaften gibt. Wie diese Kommunikation in der Praxis aussehen kann, soll in den Kapiteln 7. und 8. am Beispiel der Weblog-Kommunikation detaillierter erläutert werden. An dieser Stelle ist zunächst einmal die Voraussetzung für eine solche Kommunikationsform von Bedeutung: Sie besteht in der Möglichkeit, dass sich potenziell jeder Nutzer bestimmter Kommunikationsformen im Internet als Absender an eine Vielzahl von Empfängern richten kann. Die Anzahl von Absendern, deren Botschaften eine für sie nicht abschließend eingrenzbare Gruppe von Empfängern erreichen, erhöht sich damit dramatisch. Der Grund dafür ist simpel: Die für die klassischen Massenmedien charakteristischen Hürden für Absender von öffentlich zugänglichen Botschaften, etwa finanzielle und organisatorische Ressourcen oder soziales Kapital, fallen im Internet zunächst einmal weg. Castells nennt den speziell durch das Internet ermöglichten Kommunikationstypus deshalb „mass self-communication“ (ebd.: 55). Seine Herleitung dieses Begriffs entspricht dabei genau dem eben Dargelegten:

„It is mass communication because it can potentially reach a global audience, as in the posting of a video on YouTube, a blog with RSS links to a number of web sources, or a message to a massive e-mail list. At the same time, it is self-communication, because the production of the message is self-generated, the definition of the potential receiver(s) is self-directed, and the retrieval of specific messages or content from the World Wide Web and electronic communication networks is self-selected“ (ebd.).

Die wirkliche, sowohl mit sozialen als auch kulturellen Konsequenzen behaftete Innovation der Internet-Kommunikation aber, so Castells, sei die Tatsache, dass sich im Netz diese *mass self-communication* mit der *one-to-one*- und der *one-to-many*-Kommunikation (bei Castells „interpersonal“ und „mass communication“ [ebd.]) mischt, alle Formen miteinander interagieren und so einen „digital hypertext“ (ebd.) bilden, welcher die gesamte Bandbreite kulturellen Ausdrucks im Rahmen zwischenmenschlicher Interaktion abbilden könne (vgl. ebd.). Im Rahmen dieses Zusammenwirkens der verschiedenen Kommunikationsformen

entstehe im Internet ein Netzwerk aus digitalen Kommunikationsströmen, das sich sowohl durch seine horizontale Organisationsform (vgl. ebd. 130) als auch durch seine enorme Heterogenität und Diversifizierung auszeichne. Letztere erklärt sich dadurch, dass jeder Internetnutzer im Sinne der *mass self-communication* potenziell Kommunikationsprozesse eröffnen kann, die von einer Vielzahl anderer Nutzer aufgenommen, weitergeführt und zeit- und raumunabhängig untereinander verknüpft werden können (vgl. ebd.: 135). Der konstitutive Zusammenhang zwischen der Struktur von Internetkommunikation und der Topologie von Netzwerken wird an dieser Stelle besonders deutlich.

Eine solche horizontale Topographie bedeutet jedoch mitnichten, dass es in Kommunikationsnetzwerken ausschließlich basisdemokratisch zugehe und jegliche Akkumulation von Macht und Einfluss unmöglich wäre. In Wahrheit schreibt die Netzwerkgesellschaft hier einen Trend fort, den Habermas bereits für die elektronische Mediengesellschaft diagnostiziert hatte: Macht generiert sich primär aus der Fähigkeit zur Beeinflussung großer Teile des Publikums mit Hilfe medialer Kommunikation. Ganz ähnlich konzipiert auch Castells aufgrund der zentralen Rolle von Informationstechnologie und Kommunikationsnetzwerken im Rahmen der Theorie der Netzwerkgesellschaft die Kategorie der Macht als Ergebnis von Kommunikation: „Power [in der Netzwerkgesellschaft, *D.W.*] is primarily exercised by the construction of meaning in the human mind through processes of communication enacted in global/local multimedia networks of mass communication, including mass self-communication“ (ebd.: 416).

Die neue, internetspezifische Kommunikationsform ist also trotz ihrer vergleichsweise hohen Diversifizierung und Segmentierung keinesfalls gänzlich frei von Anfälligkeit für das, was Kurt Imhof im Anschluss an Habermas bereits im Kontext der traditionellen Massenmedien als „Vermachtungszusammenhang“ (Imhof 2011: 111) bezeichnet hatte. Castells benennt die Inhaber von Macht in Netzwerkgesellschaften sogar sehr konkret: Es sind die Inhaber *von* und die Entscheider *in* großen, globalen Medienkonzernen (und hierzu zählen selbstverständlich auch neue Medienkonzerne wie *Google* oder *Facebook*): „because they program the decisive network: the meta-network of communication networks, the networks that process the ideational materials with which we feel, think, live, submit and fight“ (Castells 2009: 421).

An diesem Punkt der Fundamentalkritik an einer Aggregation von (Kommunikations-)Macht in multinationalen Konzernen ist Castells nicht weniger Neo-Marxist als Habermas in seiner Massenmedienkritik im *Strukturwandel der Öffentlichkeit*. Auf der anderen Seite würde es dem Gegenstand der kommunikativen Strukturen in der Netzwerkgesellschaft sicher nicht gerecht werden, sie utopisch zu überhöhen, indem man von einer

basisdemokratischen Idealsituation ausgeht, in der jegliche Aggregation von Macht und Einfluss durch strukturelle Gegebenheiten von vornherein unmöglich gemacht würde. Der fundamentale Unterschied zwischen der Netzwerkkommunikation und der massenmedialen Kommunikation, wie Habermas sie kritisiert hatte, ist vielmehr ein prozeduraler: Er besteht in der Schwierigkeit bis Unmöglichkeit, die Diffusion einer Botschaft oder eines Kommunikationsvorganges zu steuern oder sie gar zu unterbinden. Netzwerke arbeiten aufgrund ihrer ureigenen Struktur der Vernetzung viral: Ist eine Kommunikation erst einmal im Netzwerk diffundiert, ist sie praktisch nicht wieder einzufangen. Zensur, wie sie im Kontext von Massenmedien etwa durch Staaten oder ressourcenstarke und einflussreiche Akteure möglich war, ist im Rahmen digitaler Netzwerkkommunikation um ein Vielfaches schwieriger geworden. Das demokratische Potenzial dieser Kommunikationsform liegt also nur sekundär in der egalitären Verteilung von Kompetenzen zur wirkmächtigen Massenverbreitung der eigenen Botschaften – hier setzen sich mit Abstrichen eher alte Muster der Macht- und Einflusshierarchisierung fort; primär liegt es in der für alle Akteure gleichermaßen gültigen Schwierigkeit, eine Botschaft zu kontrollieren bzw. sie wieder einzufangen, wenn sie erst einmal im Netzwerk diffundiert ist.

Um in diesem Zusammenhang noch einmal die Begrifflichkeiten von Castells zu gebrauchen: Es ist vor allem die „networking power“ (ebd.: 418) – die Fähigkeit, eine Botschaft initiativ in ein Kommunikationsnetzwerk einzuspeisen – die in dieser neuen Kommunikationsstruktur annähernd gleich auf alle Akteure verteilt ist. Hingegen liegen die „networked power“ (ebd.: 419) – die Fähigkeit, einer Botschaft im Netzwerk Gewicht zu verleihen – ebenso wie die „network-making power“ (ebd.) – die Fähigkeit, ein Kommunikationsnetzwerk überhaupt zu errichten – nach wie vor bei den ressourcenstarken und damit einflussreichen Akteuren auf dem Medienmarkt.

In ähnlicher Weise wie Castells, aber mit einer entscheidend anderen Akzentuierung hat auch der portugiesische Soziologe Gustavo Cardoso das Phänomen der Netzwerkkommunikation theoretisch durchleuchtet. Auch Cardoso teilt die Ansicht, dass das Modell der klassischen Massenkommunikation seine Alleinstellung verloren hat und dass ein neues Kommunikationsmodell, das Modell der Netzwerkkommunikation („networked communication“ [Cardoso 2008: 588]) zu einem der prägendsten Charakteristika der Gegenwart aufgestiegen sei (vgl. ebd.). Wie Castells betont auch Cardoso dabei einen „worldwide communicational globalization process“ (ebd.: 618), also eine mit der Netzwerkstruktur zunehmende Deterritorialisierung von Kommunikation.

Allerdings steht bei Cardosos Betrachtungen der Netzwerkkommunikation, anders als bei Castells, der Mediennutzer im Vordergrund: Die soziale Appropriation von Medientechnologien (nicht primär die Technologien selbst!) sei es, die in der Netzwerkgesellschaft maßgeblich die Art und Weise bestimmen würde, nach welcher Kommunikation gesellschaftsweit organisiert wird (vgl. ebd.: 589, 597). So sei es nicht nur das unbestreitbare Vorherrschen des Netzwerkparadigmas, das die Kommunikation der Gegenwart präge. Vielmehr liege – als Konsequenz dieses Paradigmas – ein grundlegender Wandel der Kommunikationsmodi innerhalb unserer Gesellschaften vor: „The change in our communicational paradigm can be witnessed through the Analysis of four dimensions: 1) Rhetoric mainly built around moving image; 2) New dynamics of accessibility of information; 3) Users as innovators; and 4) Innovation in news and entertainment models“ (ebd.: 603).

Während der erste und der vierte Punkt im hiesigen Kontext vernachlässigt werden können, sind Cardosos zweite und dritte Dimension eines neuen kommunikativen Paradigmas durchaus von Interesse. Zunächst verkörpert die Zugänglichkeit von Informationen (*accessibility of information*) einen zentralen Bestandteil des bereits oben angesprochenen demokratischen Potenzials von digitaler Netzwerkkommunikation: Wo Botschaften, sofern sie erst einmal im Netzwerk diffundiert sind, nicht wieder in ein Wissensprivileg einiger Weniger rück-transformiert werden können, sondern für alle Netzwerknutzer in zumindest annähernd vergleichbarer Weise zugänglich und darüber hinaus individuell verwertbar sind und bleiben, da wird automatisch die noch von Habermas kritisierte „asymmetrische Struktur der Massenkommunikation“ (Habermas 2008: 160) aufgebrochen und die Position des Nutzers gestärkt. Die von Cardoso beschriebene neue Dynamik bei der Zugänglichkeit von Informationen ist im Kern also nichts anderes als eine zumindest in gewissen Grenzen stattfindende De-Privilegierung von Informationsmonopolisten, denen im Modell klassischer Massenmedien eine ganz entscheidende Rolle zukommt.

Die dritte von Cardoso genannte Dimension – die Rolle von Nutzern als Innovatoren (*users as innovators*) – markiert die zwangsläufige Konsequenz aus der beschriebenen Aufwertung der Nutzer durch einen egalitäreren Informationszugang und gestiegene Möglichkeiten der Informationsverwertung. So markiert etwa die Existenz von Weblogs, verstanden als ein auf textuellen Nutzer-Innovationen basierendes Medienformat (siehe hierzu Kapitel 7.), ein Beispiel dieser kausalen Verknüpfung von steigenden Informationsmöglichkeiten und steigendem Innovationspotenzial auf Nutzerseite.

Diese Akzentuierung der Nutzer erklärt sich auch bei Cardoso aus der topologischen Form des Netzwerkes: Wo nicht nur die Zugänglichkeit zu Informationen innerhalb eines neuen Kommunikationsnetzwerkes (dem Internet) erhöht wird, sondern gleichsam alle Mitglieder des Publikums, die Zugang zu diesem Netzwerk haben, über diese Informationen miteinander in Verbindung treten und sie kollaborativ verarbeiten und verwerten können, da entsteht ein gesellschaftliches Kommunikationsmodell, das zumindest *idealiter* die Stellung der einzelnen Publikumsmitglieder als Netzwerknutzer stärkt.

Da Netzwerke allerdings *per se* integrativ wirken, verdrängt dieses neue Kommunikationsmodell keinesfalls das vorangegangene Modell der Massenkommunikation. Beide existieren vielmehr nebeneinander und sind durchaus auch untereinander vernetzt. Allerdings fordert das Netzwerkmedienmodell das Massenmedienmodell heraus, sich partiell an seine Logiken – etwa die Individualisierung und höhere Autonomie von Kommunikationsteilnehmern – anzupassen (vgl. Cardoso 2008: 619). Diese Anpassung, die sich mit der Konsequenz einer zunehmenden Interdependenz beider Modelle ereignet, hat auf der Publikums- bzw. Nutzerebene ebenso Auswirkungen wie auf institutioneller und auf technologischer Ebene:

„In the Informational Societies, where the network is the central organizational feature, a new communicational model has been taking shape. A communicational model characterized by the fusion of interpersonal communication and mass communication, connecting audiences, broadcasters and publishers under a matrix networking media devices range from newspapers to videogames and giving newly mediated roles to their users“ (ebd.).

Um die im Rahmen der Betrachtung von Online-Öffentlichkeiten einleitende Verknüpfung von Kommunikationsmodellen und Gesellschaftsformationen abzurunden, soll an dieser Stelle abschließend noch auf den US-amerikanischen Rechtswissenschaftler Yoachi Benkler eingegangen werden, der in seinem wegweisenden Buch *The Wealth of Networks* (Benkler 2006) – ebenfalls mit dem Schwerpunkt der digitalen Netzwerkkommunikation – eine eher ökonomische, genauer gesagt: informationsökonomische Akzentuierung einer vom Netzwerk-Paradigma durchdrungenen Gesellschaftstheorie vornimmt. In seiner analytischen Betrachtung unseres gegenwärtigen Informationszeitalters⁸⁷ führt Benkler dabei den Begriff der „networked information economy“ (ebd.: 139) als Bezeichnung für ein ökonomisches Denken und Handeln ein, dessen Geist sich aus den Grundsätzen der

⁸⁷ Dieser Begriff stammt von Castells und ist Namensgeber seiner bereits mehrfach erwähnten dreibändigen Studie zur Weltgesellschaft als Netzwerkgesellschaft (*The Information Age* [Castells 2003, 2001]).

Netzwerkgesellschaft, wie sie auch Castells beschrieben hat, einerseits, und der Digitalisierung von Kommunikationsprozessen – namentlich dem Internet – andererseits speist. Im Kontext der vorliegenden Arbeit können Benklers ökonomische Gedanken jedoch aus Gründen des Umfangs keine nähere Betrachtung finden. Allerdings besitzen die Grundsätze der *networked information economy* für Benkler auch im Bereich der politischen Kommunikation Geltung. Hier hingegen sind seine Ausführungen von großem Interesse. Der Grundgedanke Benklers im Rahmen der politischen Wendung seiner Netzwerkökonomie ist, dass sich die (bereits oben beschriebene) Demokratisierung von Informationszugänglichkeit wie auch die wachsenden Möglichkeiten bei Verwertung von Informationen – kurz: die Aktivierung der Mitglieder von digitalen Kommunikationsnetzwerken – positiv auf den Produktionswillen und die Innovationsfähigkeit ebendieser Nutzer auswirkt; und zwar eben nicht nur in ökonomischer Hinsicht, sondern auch in politischer:

„This new practical individual freedom, made feasible by the digital environment, is at the root of the improvements I describe here for political participation, for justice and human development for the creation of a more critical culture, and for the emergence of the networked individual as a more fluid member of community“ (ebd.).

Besonders die hier genannten Verbesserungen im Bereich der politischen Partizipation sind unmittelbare Konsequenz aus dem Nutzerverständnis der digitalen Netzwerkkommunikation, das sich vom Publikumsverständnis der massenmedialen Kommunikation (bei Benkler: „industrial information economy“ [ebd.: 3]) an entscheidender Stelle abhebt. Obwohl Habermas an diesem Punkt bei Benkler ungenannt bleibt, ist es genau seine grundlegende Unterscheidung zwischen einem aktiv-räsonierenden und einem passiv-konsumierenden Publikum, deren Verwischen er im massenmedialen Kontext als „kommunikative Verflüssigung von Politik“ (Habermas 2008: 156) kritisiert hatte und die nun wieder deutlicher zu Tage tritt. Für Benkler sind es exakt die mit der digitalen Netzwerkkommunikation neu eintretenden informativen und produktiven Freiheiten der Nutzer, die es ermöglichen, „to look at the world as potential participants in discourse, rather than as potential viewers only“ (ebd.: 140). Die Topographie des Netzwerkes trägt für Benkler also durchaus zur (politischen) Aktivierung seiner Mitglieder bei.

Im Kontext der vorliegenden Arbeit ist es zudem von entscheidender Bedeutung, dass Benkler an dieser Stelle über Castells und Cardoso hinausgeht und die konkreten Auswirkungen der digitalen Netzwerkkommunikation auf die Struktur von politischer Öffentlichkeit thematisiert. Dabei nimmt er genau den verknüpfenden Gedankendreischritt vor, der dem hier vorliegenden Kapitel *in toto* zu Grunde liegt: So seien es auf der einen

Seite das Internet als Technologie und auf der anderen Seite die „networked information economy“ als organisationales und soziales Modell von Information und kultureller Produktion, die in Kombination zur Entstehung einer neuen Form von Öffentlichkeit führten (vgl. ebd.: 177). Benkler nennt diese Öffentlichkeitsform folgerichtig „networked public sphere“ (ebd.). Diese Netzwerk-Öffentlichkeit zeichne sich – im oben beschriebenen Sinne der netzwerkartigen Strukturierung von Internetkommunikation – dadurch aus, dass sie keine zentralen Kontrollpunkte und keine einseitige Einflussnahme einzelner Akteure dulde; weder in Form von sozialem Kapital („fiat“ [ebd.]) noch in Form monetärer Machtausübung („purchase“ [ebd.]). Ein weiteres Charakteristikum der Netzwerk-Öffentlichkeit, so Benkler, sei die Tatsache, dass sich die in ihr diskutierten Inhalte danach richten, welche Themen für die betreffende Gruppe von Nutzern von großem Interesse sind, während es im Gegensatz gerade ein entscheidendes Charakteristikum der massenmedialen Öffentlichkeit sei, um diejenigen Themen zu kreisen, die für große Mengen an Nutzern („large swathes“) von durchschnittlichem Interesse sind (vgl. ebd.).

Hier ist Benkler an einem relevanten Punkt, einem strukturellen Wandel von der elektronisch-massenmedialen zur digitalen Netzwerk-Öffentlichkeit gelangt: der Fähigkeit letzterer, sich clusterartig in Teilöffentlichkeiten zu spalten und sich innerhalb dieser Teilöffentlichkeiten auf konkret umrissene Inhalte zu beschränken, welche den Mitgliedern der einzelnen Cluster am Herzen liegen und für die sie sich engagieren wollen. In der Sprache pathetisch überhöht, aber im Kern durchaus treffend, fasst er diesen fundamentalen Wandel wie folgt zusammen:

„From the perspective of democratic discourse and a participatory republic, the networked information economy offers a genuine reorganization of the public sphere. [...] The emergence of a networked public sphere is attenuating, or even solving, the most basic failings of the mass-mediated public sphere. It attenuates the power of the commercial mass-media owners and those who can pay them. It provides an avenue for substantially more diverse and politically mobilized communication than was feasible in a commercial mass media with a small number of speakers and a vast number of passive recipients. The views of many more individuals and communities can be heard“ (ebd.: 465).

Es ist deutlich geworden, dass die soziologische Theorie der Netzwerkgesellschaft aus verschiedenen Gründen eine hohe Eignung für den Kontext der vorliegenden Arbeit aufweist. Zum einen konzipiert sie die gegenwärtige Gesellschaft als eine in hohem Maße globalisierte, die in zunehmendem Maße auf Entwicklungen reagieren muss, welche deterritorialisiert – also *lokal* und erst recht *national* nicht mehr eindeutig zu verorten – sind.

Zum zweiten leitet sich die Theorie der Netzwerkgesellschaft an zentraler Stelle aus dem Paradigma ab, dass Kommunikationsprozesse und der Wandel von Kommunikationstechnologien gegenwärtig zu den folgenreichsten sozialen Phänomenen gehören, deren Auswirkungen weit über ihr originäres Anwendungsgebiet hinausgehen. So war es für Castells die spezifische Kombination aus einer durch die Globalisierung bedingten, netzwerkartigen Re-Organisation der Weltwirtschaft und den Fortschritten der *per se* netzwerkartig organisierten digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien, welche etwa der Organisationsform des Nationalstaates eine Transformation abverlangen, an deren Ende er sich unter Souveränitätsverlust in ein Staatennetzwerk einfügen muss. Es ist gerade die in der vorliegenden Arbeit schwerpunktmäßig betrachtete Europäische Union, die auf dieser Ebene am weitesten fortgeschritten ist.

Ob man die neue, in alle Bereiche der Gesellschaft hineinwirkende Kommunikationsform mit Castells als *mass self-communication*, mit Cardoso als *networked communication* oder mit Benkler als *networked information economy* bezeichnet⁸⁸, ist dabei sekundär; primär ist die prinzipielle Anerkennung eines höchst wirkmächtigen „neuen elektronischen Kommunikationssystems, das durch seine globale Reichweite [...], durch seine Integration aller Kommunikationsmedien und durch seine potenzielle Interaktivität“ (Castells 2001: 377) soziale Wandlungsprozesse nach sich zieht. Das Internet – als im weiteren Sinne technologische Grundlage und operatives Herzstück dieses Kommunikationssystems und als im engeren Sinne „technische Infrastruktur zur Generierung von Medien“ (Münker 2009: 20) – fixiert dabei alle wichtigen Eigenschaften von Kommunikationsnetzwerken brennpunktartig: Dezentralität, Diversität, Pluralität, Flexibilität, Interaktivität und nicht zuletzt vernetzte Individualisierung⁸⁹. Welche Auswirkungen all diese Eigenschaften in Verbindung mit den technischen Voraussetzungen und Möglichkeiten des Internet für die Ausbildung politischer Öffentlichkeit haben, soll in den beiden folgenden Kapiteln detaillierter dargelegt werden.

⁸⁸ Rainie und Wellman (2012) haben der für die Netzwerkgesellschaft typischen wechselseitigen Durchdringung von individuellem Kommunikationsverhalten und technologischen Kommunikationsmöglichkeiten mit ihrem Begriff der „networked individuals“ eine weitere, im Kern aber mit den hier dargelegten Positionen deckungsgleiche Beschreibung hinzugefügt.

⁸⁹ Vgl. hierzu auch: Castells 2001: 405.

6.1. Internet, World Wide Web und die Potenziale eines medientechnologischen Netzwerks: Die Innovations-Dimension

Um jenes Phänomen, das im öffentlichen Sprachgebrauch und bisweilen auch in der wissenschaftlichen Literatur allzu generalistisch als „Internet-Öffentlichkeit“ (vgl. etwa Gerhards et al. 2007) klassifiziert wird, nicht von Beginn an mit Hilfe mehrdeutiger oder ungeklärter Begrifflichkeiten erfassen zu müssen, gilt es zunächst, den infrastrukturellen Rahmen abzustecken, in welchem die für die vorliegende Arbeit relevanten Formen politischer Öffentlichkeiten entstehen – konkret geht es dabei um die Frage der Medialität des Internet und der damit zusammenhängenden Abgrenzung zwischen dem Internet als technologischer Infrastruktur und den darin existierenden Kommunikationsformen.

Die in diesem Zusammenhang von Klaus Beck vorgenommene, auf Herbert Kubicek (1997: 220) zurückgehende „techniksoziologische Unterscheidung zwischen Medien erster und zweiter Ordnung“ (Beck 2010b: 17) scheint dabei ein aufschlussreicher Ansatz zu sein. Sie basiert auf folgendem Befund: Das Internet lässt sich vordergründig auf technologischer Ebene, das World Wide Web eher auf kommunikationstheoretischer Ebene definieren. Damit gewinnt Beck jene scharfkantige Unterscheidung, die dem Internet zwar Medialität im engeren Sinne abspricht, es aber zur notwendigen technisch-infrastrukturellen Grundlage für digitale Kommunikationsmedien macht. Das Internet sei demnach ein „komplexes technisches System mit bestimmten Potenzialen für die Speicherung, Bearbeitung und Übertragung von digitalen Daten über ein Netz von Kommunikationsnetzen und mittels definierter Protokolle“ (ebd.). Dieses System bildet den im vorigen Kapitel analysierten Grundgedanken der Netzwerkgesellschaft also insofern ab, als dass es die technische Infrastruktur zur enträumlichten Verknüpfung von Information und Kommunikation bereitstellt und so die Grundlage dafür bildet, Kommunikationen ortsunabhängig in gleicher Weise darstellbar und anschlussfähig zu machen. Damit ist das Internet für Beck ein Medium erster Ordnung, eine „technische Plattform“, die ihrerseits „eine Reihe verschiedener Modi computervermittelter Kommunikation und Medien zweiter Ordnung ermöglicht“ (ebd.: 32).

Diese Medien zweiter Ordnung, konstituiert durch „die institutionellen Regeln und Organisationsweisen des soziokulturellen Mediengebrauchs“ (ebd.), existieren im Internet in vergleichsweise großer Vielfalt und Heterogenität; zu ihnen zählen die unterschiedlichen Weisen des soziokulturellen Gebrauchs der Internet-Infrastruktur: etwa das Schreiben von E-Mails, Internet-Telefonie, Chat-Systeme wie der Internet-Relay-Chat (IRC) oder eben das World Wide Web als System miteinander verknüpfter elektronischer Hypertext-

Dokumente. Da es primär das System des World Wide Web ist, welches die Konstituierung von digitalen Öffentlichkeiten erlaubt, die eine unbestimmte Masse von Akteuren erreichen und damit das Habermas'sche Ideal der Zugangsoffenheit politischer Öffentlichkeiten zumindest potenziell gewährleisten können, sollen die anderen genannten Medien zweiter Ordnung in der vorliegenden Arbeit vernachlässigt werden.

Es sind vor allem die vergleichsweise einheitlichen technologischen Standards des World Wide Web – sein Protokoll (HTTP), seine Dokumentenbeschreibungssprache (HTML), seine eindeutige Lokalisierung von Ressourcen *via* URLs und seine einheitliche Methode elektronischer Verweise zu anderen Ressourcen *via* Hyperlinks –, die dieses internetbasierte Kommunikationsmedium massentauglich und damit potenziell tauglich für die Generierung von Öffentlichkeit machen. Diese Massentauglichkeit allerdings hat einen Nebeneffekt: Sie führt tendenziell auch zur Reanimierung von hierarchischen Mustern der Kommunikation, wie wir sie aus den klassischen Massenmedien kennen. Beck schreibt hierzu:

„Die Ebene der Medienöffentlichkeit, also hochgradig organisierter und daher oftmals kommerzialisierter sowie institutionalisierter Kommunikation, wird [...] typischerweise im World Wide Web realisiert [...]. Die professionellen Kommunikatoren und Vermittler sind hier deutlich und dauerhaft von den Publikumsrollen unterschieden“ (ebd.: 32f.).

Bereits an dieser Stelle werden die Differenzen zwischen den egalitären Potenzialen des Internet als horizontal angelegter technischer Infrastruktur und der bisweilen keineswegs egalitären, sondern durchaus hierarchischen Nutzung der im Internet generierten Medien zweiter Ordnung deutlich. Besonders in der frühen Phase des Internet waren es vor allem finanz- und ressourcenstarke Kommunikatoren (etwa die Online-Ausgaben traditioneller Massenmedienprodukte wie in Deutschland das im Jahr 1994 gestartete *Spiegel Online*), die ohne Rückkanal Botschaften an eine breite Masse von Empfängern sendeten. Und in abgeschwächter Form gilt bis heute: Die horizontale und tendenziell egalitäre Kommunikationsform, die Cardoso als *networked communication* beschrieben hat (vgl. Kapitel 6.), ist in den infrastrukturellen Voraussetzungen des Internet zwar angelegt und mittels World Wide Web grundsätzlich auf die Nutzerebene übersetzbar; eine faktisch egalitäre und horizontale Kommunikation im Sinne universell gleicher Kommunikationsmöglichkeiten und der Aufhebung einer Zweiteilung der Akteure in Sprecher und Rezipienten folgt daraus aber noch längst nicht überall. Erst die Diffusion einer neuen, 2003 zum ersten Mal unter dem Schlagwort ‚Web 2.0‘ öffentlich

beschriebenen⁹⁰ technischen Entwicklung ermöglichte in grundlegender Weise die Aufhebung der strikten, massenmedientypischen Trennung von Sprechern und Publikum.

Den Kernpunkt der Entwicklung vom Web zum Web 2.0 und gleichzeitig den wohl bis heute folgenreichsten Schritt weg von der Kultur klassischer Massenmedien markiert die Tatsache, dass das World Wide Web ab einem bestimmten Entwicklungsstadium beschreibbar und damit von seinen Nutzern mitgestaltbar wurde. Stefan Münker deutet diesen Wandel als Ausgangspunkt für eine gänzlich neue Nutzerkultur im Web:

„Die Beschreibbarkeit hat das Internet von einem Medium der Vernetzung von Informationen zu einem Medium der spontanen Interaktionen mit vernetzten Informationen gewandelt. Der Wandel aber ist ein grundsätzlicher: Aus dem Read-only-Netz der frühen Phase des Internet wurde nun [...] ein Medium für eine erst in der Ausbildung befindliche Kultur des Schreibens *und* Lesens, eine Read/Write-Kultur“ (Münker 2009: 16).

Diese Unterscheidung definiert das, was das Web 2.0 heute ist: Ein Kommunikationsnetzwerk, in das jeder Nutzer Informationen einspeisen kann. Der Befund mag zunächst trivial anmuten, er ist jedoch im Kontext der vorliegenden Arbeit, für die das Habermas'sche Öffentlichkeitsverständnis den wichtigsten Baustein einer Theorie digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa darstellt, von hoher Relevanz: Ohne die Möglichkeit der Beschreibbarkeit auch durch Laien wäre die Habermas'sche Theorie einer erst durch aktive Partizipation sich konstituierenden politischen Öffentlichkeit in keiner erkenntnisgewinnenden Weise auf Kommunikationsmedien im World Wide Web anwendbar. Das Web in seiner frühen Form als *Read-only*-Medium war, bezogen auf die Partizipationsmöglichkeiten eines breiten Publikums, die kulturelle Fortführung der elektronischen Massenmedien Fernsehen und Radio mit lediglich einer neuen materialen Form der Übertragung von Inhalten. Die zunächst negative, später ambivalente Bewertung der Massenmedien durch Habermas konnte in diesem Fall ohne große Veränderungen auf Web-Öffentlichkeiten übertragen werden, weil auch hier „die Differenzierung in Veranstalter, Redner und Zuhörer, in Arena und Galerie, in Bühne und Zuschauerraum“ (Habermas 1992b: 440) den Charakter der medialen Vermittlung bestimmt hatte. Gegenwärtig aber ist es gerade jene von Habermas im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* so ausgiebig kritisierte „ökonomische, technologische und organisatorische Konzentration“ (Habermas 1990: 283) innerhalb der massenmedialen Kommunikation, die besonders im

⁹⁰ Öffentlich erwähnt wurde der Begriff *Web 2.0* zum ersten Mal im Dezember 2003. Die US-Ausgabe des Magazins *CIO* veröffentlichte damals einen Artikel mit dem Titel „2004 – The Year of Web Services“, in dem der Autor Eric Knorr den Begriff unter Berufung auf Scott Dietzen, einen Manager des Softwareunternehmens *BEA Systems*, präsentierte.

20. Jahrhundert die Entwicklung hin zu einer „unter den Einfluss gesellschaftlicher Mächte geratenen Öffentlichkeit“ (ebd.: 282) ausgemacht hatte, welche durch die Beschreibbarkeit des Web zumindest theoretisch auf den Prüfstand gestellt wird.

Dabei kann es in den vorliegenden Ausführungen nicht darum gehen, diese Entwicklung einseitig-unkritisch als eine Art ‚Rückeroberung‘ der öffentlichen Sphäre durch die kommunikativ erzeugte Macht der Bürger respektive Internet-Nutzer zu werten. Diese Fehleinschätzung hat es aus den Reihen der kommunikationswissenschaftlichen Utopisten bereits vor dem Web 2.0, vor allem in den 1990er Jahren, oft genug gegeben⁹¹ und sie wurde wohl nie deutlicher widerlegt als durch die in den letzten Jahren stattgefundene Machtakkumulation großer Internet-Konzerne wie *Google*, *Facebook* oder *Yahoo*. Vielmehr sollte der kulturelle Wandel, den das Web 2.0 mit sich bringt, und der zumindest aus normativer Perspektive entscheidende Konsequenzen für die Konstituierung politischer Öffentlichkeiten durch das Internet haben kann, im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Hierbei scheint bezüglich des Web 2.0 besonders eine Betrachtung der wechselseitigen Durchdringung von gesellschaftlichen und medialen Tendenzen interessante Aufschlüsse bringen zu können. Vereinfacht ausgedrückt geht es dabei um die These, dass jede Gesellschaft die Medien hervorbringt, die ihren eigenen charakterlichen Grundzügen entsprechen. Zum epochalen Leitmedium werde ein Medium in der Geschichte immer deshalb, so schreibt etwa Münker (2009: 46), „weil es zu einer bestimmten Zeit einige Ideen repräsentiert und spezifische Perspektiven auf die Welt eröffnet, welche der gesellschaftlichen Umgebung angemessen sind [...]: Medien müssen in die Welt passen, der sie entstammen, um sie prägen zu können“. Diese These einer Interdependenz zwischen technologischen, medialen und gesellschaftlichen Entwicklungen ist nicht nur ein Kernmerkmal der im vorigen Kapitel erörterten Theorie der Netzwerkgesellschaft, sie lässt sich darüber hinaus auch auf historischer Ebene mit der Habermas’schen Entwicklung des bürgerlichen Öffentlichkeitsbegriffs in Einklang bringen. Zur Erinnerung: Hatte sich die bürgerliche Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts mit der Etablierung literarisch und politisch rasonierender Salons ein Medium geschaffen, das einerseits eben jenem von Kant als ‚Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit‘ beschriebenen Zeitgeist und andererseits dem politischen Kontext der Überwindung des Feudalsystems

⁹¹ Vordenker und prominentester Vertreter dieser frühen Utopie einer plebiszitären Veränderung westlicher Demokratien durch die horizontale Kommunikation *via* Internet war Howard Rheingold mit seinem 1991 veröffentlichten Buch *The Virtual Community* (Rheingold 1994). Das Internet, so fasst etwa Donges die Position der Utopisten im Jahr 2000 zusammen, werde „zu einer Form von elektronischer Öffentlichkeit führen, die auch das jeweilige politische System verändert. Strukturen repräsentativer Demokratie ließen sich, so die These, durch die Möglichkeit für Individuen, auf einem ‚elektronischen Marktplatz‘ ihre Meinungen auszutauschen und diese als *volonté de tous* in den politischen Prozess einzubringen, durch plebiszitäre Elemente ersetzen“ (Donges 2000: 255).

entsprach, so wurde dieses Medium bereits im 19., noch deutlicher ab dem 20. Jahrhundert zum Anachronismus und musste von den elektronischen Massenmedien abgelöst werden. Diese Massenmedien wiederum, so stellt Münker fest (ebd.), „passen in die Welt des 20. Jahrhunderts, weil sie den avancierten Geist jener industrialisierten Moderne, die sie selber erst ermöglicht hat, während sie sich auf den Weg gemacht hat, die Schwelle zur postindustriellen, globalen Informationsgesellschaft zu erreichen, auf mehrfache Weise transportierten.“

Für die Betrachtung von Öffentlichkeit unter dem Netzwerk-Paradigma, das durch Dezentralität, Diversität, Pluralität, Flexibilität und Interaktivität geprägt ist, lässt sich diese Interdependenz-These ungebrochen weiterdenken. Danach stellt der Fortschritt, den gesellschaftliche Kommunikationsmöglichkeiten durch das Internet, das Web und zuletzt durch das Web 2.0 erfahren haben, nur die technologischen Kapazitäten bereit für eine Weiterentwicklung von Öffentlichkeit, die eben analog zur Weiterentwicklung der Gesellschaft als Ganzes zu interpretieren ist. Und dabei geht es nicht nur um Globalisierung und Transnationalisierung. Jenseits der Frage nach territorialer Anbindung von Kommunikation ist es sicher alles andere als ein medientechnologischer Zufall, dass

„im Zuge der Pluralisierung und Diversifikation der medialen Angebote in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts die ersten Risse in der massenmedialen Dominanz zu einem Zeitpunkt sichtbar werden, an dem parallel die postmoderne Theorie etwa von Jean-Francois Lyotard mit dem Ende der großen Erzählungen die Ära der Pluralisierung von persönlichen Lebens- und philosophischen Sichtweisen sowie die Diversifikation gesellschaftlicher Öffentlichkeiten proklamiert“ (ebd.: 47).

Die Interdependenzthese lässt sich schließlich auch dahingehend auslegen, dass die Art, wie das World Wide Web und besonders das Web 2.0 Fragmentärinteressen Publizität und Geltung verschaffen können, zu einer in höchstem Maß an die gegenwärtige individualisierte Gesellschaft angepassten Möglichkeit der Konstituierung von Öffentlichkeiten führt: Es handelt sich dabei genau um jenes bereits benannte Phänomen der vernetzten *issue*- und Teilöffentlichkeiten. Das Web 2.0, zu dem Schluss kommt auch Münker, „spiegelt [...] recht gut den Status quo der pluralistischen und heterogenen Gesellschaften der Gegenwart wider – gerade auch durch die Transzendierung nationaler Grenzen. Schließlich sind viele [...] Probleme längs global Issues“ (ebd.: 111).

Bei dem Versuch, diese *global issues* angemessen in politische Öffentlichkeiten umzusetzen, kommen dem Internet und seinen Kommunikationsmedien ihre dezentrale Organisationsstruktur in nicht zu unterschätzender Weise entgegen. An diesem Punkt ist es hilfreich, sich zu vergegenwärtigen, welche Anforderungen an eine transnationale politische

Öffentlichkeit gestellt werden: Sie muss der „kulturellen Pluralität“ und der „räumlichen Entgrenzung politischer Regelungsbereiche“ (Baringhorst 2009b: 629) gerecht werden und sich gleichzeitig „auf verschiedenen territorialen Ebenen und in verschiedenen sektoralen Bereichen“ (ebd.) konstituieren können. Dieser „notwendigerweise dezentrierten“ Form von Öffentlichkeit, so kann an dieser Stelle mit Sigrid Baringhorst festgestellt werden, „entspricht die technische Struktur, die Hardware, des Internets, sodass Netzkommunikation geradezu prädestiniert ist für die Erzeugung transnationaler ‚issue publics‘“ (ebd.).

Für die *qua* Strukturen des Internet vernetzte Gesamtheit solcher *issue publics* hat James Bohman den Terminus „public of publics“ (Bohman 2004: 50) geprägt – eine transnationale Meta-Öffentlichkeit, die sich aus untereinander vernetzten Teilöffentlichkeiten verschiedener Themen und verschiedener territorialer Ausdehnungen zusammensetzt. Dass das Castell'sche Netzwerk-Paradigma hier Pate steht, kann nicht überraschen – auch die *public of publics* ist dezentral organisiert und beinhaltet verschiedene Ebenen. Deshalb könne und dürfe man von einer solchen Öffentlichkeitsform auch nicht erwarten, die kulturelle Einheitlichkeit oder die räumliche Kongruenz nationaler Öffentlichkeiten in gleicher Intensität abbilden zu können (vgl. ebd.). Vielmehr handele es sich hier um eine Konstellation digital miteinander in Verbindung stehender Netzwerke, die ihre normative Legitimation dadurch erhalten, dass sie gegenwärtig die einzig denkbare Form darstellen, mit der die transnationale Vernetzung, die Supranationalisierung und die Globalisierung von Politik und Ökonomie überhaupt auf der Ebene politischer Öffentlichkeit beantwortet werden können (vgl. ebd.; Coleman 2009: 180).

Darauf aufbauend wird die vorliegende Analyse dieses abstrakte Level der Wechselwirkungen von Kommunikationstechnologie und gesellschaftlichen Entwicklungen nun verlassen, um sich den konkreteren Spezifika von Online-Öffentlichkeiten zuzuwenden.

6.2. Zur Spezifik von Kommunikationsbedingungen politischer Öffentlichkeit im World Wide Web: Die normative Dimension

Es ist kennzeichnend für das Modell der *public of publics*, dass sich Öffentlichkeiten, die in den Kommunikationsmedien des Internet generiert werden, nicht hermetisch von klassischen massenmedialen Öffentlichkeiten abgrenzen (vgl. Beck 2010b: 32). Vielmehr sind beide Formen „Bestandteil eines komplexen Systems [der public of publics, D.W.], in

dem die Bürger an verschiedenen Teilöffentlichkeiten partizipieren“ (Grunwald 2006: 72). Dadurch jedoch, dass auch die Kommunikationsformen im Web massenmediale Formen von Öffentlichkeit – das, was Cardoso (2008: 619) „mass communication“ nennt – ausbilden können, ja ihre Spezifik gerade darin liegt, die tradierte Form der Massenkommunikation mit „interpersonal communication“ (ebd.) und „mass self-communication“ (Castells 2009: 55) netzwerkartig zu verknüpfen, integriert und transformiert die digitale Netzwerkkommunikation die massenmediale Kommunikation zunehmend. Gleichzeitig finden sich auch in der digitalen Netzwerkkommunikation durchaus funktionale Äquivalente zu früheren Organisationsstufen von Kommunikation.

Geht man etwa von dem in Kapitel 3.1.3.4. vorgestellten Mehrebenenmodell von Öffentlichkeit aus, wie es vor allem Friedhelm Neidhardt entwickelt hat, dann finden sich alle drei Öffentlichkeits-Ebenen dieses Modells im Web wieder: Während die Encounter-Ebene von Öffentlichkeit – charakterisiert durch das zufällig Aufeinandertreffen von Kommunikationspartnern – in den frühen Phasen der Webnutzung vor allem der Kommunikation in Chats entsprochen hat, macht sie gegenwärtig einen großen Teil der Spontankommunikation in den Sozialen Netzwerken aus (zumindest solange es sich nicht um Kommunikation zwischen bereits miteinander in Verbindung stehender Kommunikationspartner handelt).

Die Weblog-Kommunikation hingegen beinhaltet zentrale Merkmale der zweiten Ebene Neidhardts, derjenigen der Versammlungs-Öffentlichkeit. Wie von Neidhardt für Versammlungs-Öffentlichkeiten außerhalb des digitalen Raums beschrieben, lassen sich auch in Weblogs ausdifferenzierte soziale Rollen – etwa die des Bloggers und die der Leser – unterscheiden. Außerdem existiert hier in den meisten Fällen ein strukturbildendes Thema, welches Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Rezipienten eines Weblogs hat. Beide Aspekte sollen in Kapitel 7 nähere Betrachtung finden; dann ist auch auf das fundamentale Unterscheidungskriterium zwischen Versammlungs-Öffentlichkeiten offline und online einzugehen: Die Fähigkeit der Online-Variante, einzelne Versammlungen (respektive Weblog-Kommunikationen) untereinander zu vernetzen.

Schließlich findet sich auch die dritte Öffentlichkeits-Ebene der Systematisierung Neidhardts, die der Massenmedienkommunikation, im Web wieder. Zu ihr wären hier etwa die Angebote großer kommerzieller Online-Medien zu zählen. Ähnlich wie bei Massenmedien außerhalb des Web hat man es auch hier mit „hochgradig organisierter und daher oftmals kommerzialisierter sowie institutionalisierter Kommunikation“ (Beck 2010b: 32) zu tun, bei der „die professionellen Kommunikatoren und Vermittler [...] deutlich und dauerhaft von den Publikumsrollen unterschieden“ (ebd.: 33) sind.

Eine im Web vor allem für die zweite und die dritte Öffentlichkeits-Ebene zentrale Frage ist jene nach der Zugangsoffenheit. Gefragt wird hier, inwiefern die horizontale Struktur der Kommunikation im Web dafür sorgt, dass sich Mitglieder des Publikums zu Sprechern wandeln können, die ihre Botschaften im jeweiligen Öffentlichkeitstypus verbreiten?

Zunächst kann von der strukturellen Konstitution netzwerkartiger Kommunikationszusammenhänge im Web tendenziell auf niedrigere Zugangsbarrieren zu den einzelnen Teil- bzw. *issue*-Öffentlichkeiten geschlossen werden. Das, was Castells *mass self-communication* nennt, erhält seinen Sinn ja gerade dadurch, dass jedes Mitglied eines Kommunikationszusammenhangs zum Akteur werden und aktiv Botschaften in das Netzwerk einspeisen kann, die – zumindest theoretisch – für alle anderen Mitglieder empfangbar sind. Die Frage jedoch, wie praxistauglich diese Vorstellung eines kommunikativen Egalitarismus tatsächlich ist, wurde von der empirischen Forschung unterschiedlich beantwortet. Grunwald *et al.* etwa kommen anhand einer Text- und Linkanalyse zum Thema Genfood zu dem Ergebnis, „dass sich im Netz ein breiteres Spektrum von Akteuren breitenwirksam artikulieren kann als in der massenmedialen Öffentlichkeit“ (Grunwald *et al.* 2006: 218). Weiter betonen sie, dass „auch Akteure, die kaum Zugang zur massenmedialen Öffentlichkeit haben, die Chance [haben], im Netz wahrgenommen zu werden“ (ebd.). Ann Zimmermann hingegen liefert in ihrer Dissertation, in der sie die Demokratisierung der Zugangschancen zu politischen Web-Diskursen untersucht, gänzlich andere Ergebnisse: Ihre empirische Studie über Online-Öffentlichkeiten, die durch Suchmaschinen bzw. durch Hyperlinks generiert werden, besagt für beide Varianten deutlich, dass „das Internet in der Mehrzahl der Länder⁹² zivilgesellschaftlichen Akteuren keine besseren Chancen auf massenmediale Sichtbarkeit bietet als herkömmliche Zeitungsöffentlichkeiten“ (Zimmermann 2006a: 198). Aufmerksamkeit für Argumente und Botschaften in politischen Diskursen sei demnach auch im Web in der Form „hierarchisch strukturiert“ (ebd.: 251), dass staatliche Akteure „systematisch mit Abstand die meiste Aufmerksamkeit auf sich vereinen“ (ebd.: 252), während „zivilgesellschaftliche Akteure weitgehend bedeutungslos“ (ebd.: 258) bleiben.

Dieses ernüchternde Ergebnis verdeutlicht, dass die prinzipielle und strukturelle Zugangsoffenheit zu Kommunikationszusammenhängen im Web nicht mit einer egalitären Chance auf Sichtbarkeit bzw. auf die Entwicklung von Deutungshoheiten innerhalb der

⁹² Untersucht wurden für Öffentlichkeiten durch Suchmaschinen die Länder Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande und Spanien und für Öffentlichkeiten durch Hyperlinks zusätzlich noch die Schweiz, sowie transnationale EU-Akteure (etwa die EU-Kommission) und transnationale nicht-EU-Akteure (etwa die UN) (vgl. Zimmermann 2006a: 158, 227).

Online-Diskurse gleichgesetzt werden darf (das Phänomen der Aufmerksamkeits-Hierarchien soll später noch eingehender untersucht werden; an dieser Stelle gilt es zunächst festzuhalten, dass das Ideal von kommunikativem Egalitarismus auch im Web an Grenzen zu stoßen scheint): Zwar besitzt im Web jedes Mitglied einer Kommunikationsgemeinschaft die prinzipielle Fähigkeit, Botschaften zu verbreiten, die für alle Web-Nutzer zugänglich sind; damit aber steigt nicht automatisch auch die Aufnahmekapazität der Nutzer. Deshalb haben sich bei der Auswahl von Botschaften und Informationen auf Seiten der Nutzer strenge Selektionsmechanismen etabliert, die dazu führen, dass ein Großteil der ins Netz eingespeisten Kommunikationen weitgehend ungehört verhallt. Dabei legen zumindest die Ergebnisse von Zimmermann⁹³ – ähnlich wie auf der Ebene der klassischen Massenmedien – einen kausalen Zusammenhang zwischen sozialem bzw. finanziellem Kapital des Senders und dem Erfolg bei der Verbreitung seiner Botschaften nahe.

Damit aber wäre das für politische Öffentlichkeit aus normativer Perspektive konstitutive Kriterium der Zugangsoffenheit, wie es dem von Habermas geprägten Modell einer diskursiven Öffentlichkeit entspricht, praktisch unterwandert. Zwar existiert diese Zugangsoffenheit im Rahmen von Web-Öffentlichkeiten und es gibt darüber hinaus sogar für jeden Nutzer die Möglichkeit, zum aktiven Kommunikator zu werden – nur haben diese Möglichkeiten wenig Wert, wenn man mit der eigenen Kommunikation keine Aufmerksamkeit und erst recht keine Wirkungsmacht erreicht. Diese soziotechnologisch pessimistische These soll im folgenden Kapitel allerdings relativiert werden, weil sie – wie es dann zu zeigen gilt – zentrale Mechanismen der Funktionsweise von Netzwerkkommunikation außer Acht lässt. Um das normative Gewicht dieser Diskussion um die Struktur von digitalen Netzwerk-Öffentlichkeiten jedoch richtig einordnen zu können, muss zunächst ein kurzer allgemeiner Blick auf die demokratischen Hoffnungen geworfen werden, die seit den frühen 1990er Jahren und bis heute mit der Kommunikation *via* Internet verbunden werden.

Wie in den Kapiteln 2. Und 3. ausführlich dargelegt wurde, existiert bereits seit der Aufklärung ein normativer Zusammenhang zwischen der Kategorie politischer Öffentlichkeit und den Vorstellungen von einem demokratischen Gemeinwesen, das seine Legitimation an zentraler Stelle aus der Berücksichtigung der öffentlich artikulierten Interessen seiner Bürger zieht. Dem Internet als technischer Infrastruktur zur Generierung

⁹³ Jürgen Gerhards und Mike S. Schäfer kommen am Beispiel politischer Diskurse zum Thema Humangenforschung allerdings zu sehr ähnlichen Ergebnissen (vgl. Gerhards/Schäfer 2007).

von Kommunikationsmedien wurde von Beginn seiner Entwicklung an die Fähigkeit zugeschrieben, diese öffentliche Interessenartikulation auf Seiten der Bürger strukturieren, egalisieren und in ihrer faktischen wie normativen Wirkmächtigkeit verstärken zu können. Innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion um das demokratische Potenzial des Internet waren es dabei seit Beginn dieser Diskussion in den frühen 1990er Jahren vor allem drei Aspekte – Information, Kommunikation und Partizipation –, entlang derer die Debatte geführt wurde (vgl. Zimmermann 2006a: 122). Patrick Donges betont in diesem Zusammenhang, dass vor allem die Enthusiasten einer durch die Strukturen des Internet bedingten Demokratisierung von Öffentlichkeit⁹⁴ diese drei Aspekte nutzten, um auf „einen starken und positiven Einfluss der computervermittelten Kommunikation [...] auf politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse“ (Donges 2000: 255) hinzuweisen. So wurde auf der Ebene der Kommunikation argumentiert, dass das Internet als neuer Kommunikationskanal schlicht dazu führe, dass Bürger erstens untereinander und zweitens mit den politischen Entscheidungsträgern mehr und intensiver kommunizieren könnten (vgl. ebd.: 256). Auf der Ebene der Information – so fasst Donges die enthusiastischen Positionen weiter zusammen – stelle das Internet einen Zuwachs an Informationsquellen dar, die zudem im Vergleich zu herkömmlichen Informationsquellen, etwa im politischen Bereich, „leichter und schneller zugänglich“ (ebd.) seien und die aufgrund dessen zu einem Anstieg des politischen Wissens innerhalb der Bevölkerung führen würden (vgl. ebd.). Schließlich eröffne das Internet auch im Hinblick auf politische Partizipation quantitativ wie qualitativ neue Möglichkeiten: Während auf quantitativer Ebene „mehr Menschen als bisher an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen“ (ebd.) könnten, da im Internet „soziale, zeitliche und räumliche Barrieren, die Menschen bisher von einer Teilnahme abhielten“ (ebd.) tendenziell an Bedeutung verlieren würden, führe das Internet auf qualitativer Ebene durch den Kommunikations- wie auch den Informationszuwachs bei den Bürgern zu einer erhöhten Kompetenz in Angelegenheiten der politischen Partizipation (vgl. ebd.).

Diese Hoffnungen auf eine nachhaltige Veränderung demokratischer Mechanismen durch das Internet, die vor allem zu Beginn der breiten Diffusion des Internet als Kommunikations- und Informationsmedium in den 1990er Jahren aufkamen und die heute von der Forschung abgeschwächt, hinterfragt und in Teilen gar gänzlich widerlegt worden sind (vgl. etwa Siedschlag 2004), wurden im Nachhinein unter dem Schlagwort „Mobilisierungsthese“ (Grunwald et al. 2006: 58) zusammengefasst. Das Internet, so der

⁹⁴ Einer der prominentesten Vertreter dieser Gruppe ist der US-Amerikaner Howard Rheingold (vgl. Rheingold 1994). Weiter wären hier zu nennen: Buchstein 1996; Gates 1995; Höflich 1995, 1996; Leggewie 1997; Negroponte 1995a, 1995b; Roesler 1997; Wetzstein et al. 1995.

Kern dieser These, könne und solle durch die neuen kommunikativen Möglichkeiten zu einer verstärkt von den Bürgern ausgehenden Demokratisierung mit diskursiven Mitteln führen (vgl. etwa Rheingold 1994).

In diesem Zusammenhang gibt Donges (vgl. 2000: 258f.) den wichtigen Hinweis, dass die meisten der Internet-Enthusiasten ein diskurstheoretisches Öffentlichkeitsverständnis zu Grunde gelegt haben, welches auf Habermas' Öffentlichkeitstheorie im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* zurückzuführen sei. Onlinemedien, so schreiben auch Grunwald *et al.* (2006: 74), „bieten die Möglichkeit, Diskurse zwischen entfernten und zeitversetzt kommunizierenden Teilnehmern zu organisieren“, sowie „Bürgerversammlungen, Mediationsverfahren, Bürgerforen und Expertenanhörungen“ (ebd.) im Netz zu veranstalten.

Diese Einschätzung ist zweifelsfrei richtig und sie bildet eine zentrale Grundannahme der vorliegenden Arbeit. Allerdings, so die Ansicht des Autors, sollte sie nicht in gewissermaßen geschichtsphilosophischer Manier als Wiedergeburt eines vermeintlich historischen Ideals Habermas'scher Prägung (fehl-)gedeutet werden. Es ist genau dieser Punkt, an dem bei den Internet-Enthusiasten der 1990er Jahre nach der Einschätzung des Autors der vorliegenden Arbeit ein zentrales Missverständnis vorlag, welches mitunter zu normativen Überhöhungen der demokratischen Folgen von Internetkommunikation geführt und einen pragmatischen Blick auf die tatsächlichen, vom Internet ermöglichten Fortschritte im Bereich politischer Kommunikation nicht selten verstellt hat. Mit Habermas' Öffentlichkeitstheorie sollte sich im Kontext von digitaler Netzwerkkommunikation vielmehr deshalb so eingehend (wie etwa in der vorliegenden Arbeit) beschäftigt werden, weil ihr hier eine heuristische Funktion zukommt: Sie dient als notwendige Basis für eine Methode des Abgleichs von realen Kommunikationszusammenhängen mit normativen Idealen. Ziel dieses Abgleichs ist es, die gesellschaftlichen und politischen Potenziale dieser Kommunikationszusammenhänge und -entwicklungen möglichst vergleichend bewerten zu können; nicht jedoch sollte die diskursive Theorie bürgerlicher Öffentlichkeit einfach auf die Realität projiziert werden, um bestimmte Erscheinungsformen politischer Öffentlichkeit als demokratisch und andere als berechtigungslos zu etikettieren. Eine solche Herangehensweise verspräche weder weitreichende analytische Erkenntnisse, noch würde sie der Habermas'schen Theorie – selber kritischen und nicht affirmativen Ursprungs – als solcher gerecht. Vielmehr gilt es – und das versucht auch die vorliegende Arbeit –, die Habermas'sche Öffentlichkeitstheorie kritisch zu adaptieren und jene Punkte, die noch heute Aufschluss über

Entstehungsmechanismen, Strukturen und Bewertungsmuster politischer Öffentlichkeit geben können, zu destillieren. Die Grundrichtung eines solchen Habermas-Verständnisses haben sowohl Peters als auch Gerhards und Neidhardt in ihren Öffentlichkeitstheorien gelegt. Nicht zuletzt deshalb hat sich die vorliegende Arbeit in Kapitel 3.1.3. vor der Schablone der Habermas'schen Theorie mit diesen Theorien auseinandergesetzt.

Neben den Enthusiasten kennt die wissenschaftliche Diskussion um die demokratischen Potenziale des Internet von Beginn auch die Gegenseite – mal als „skeptische Position“ (Donges 2000: 255), mal als Position der „Dystopisten“ (vgl. Fisher/Wright 2001) beschrieben. Die Skeptiker (hier wäre etwa Cass Sunstein [2007] zu nennen), so fassen Grunwald *et al.* (vgl. 2006: 59) diese Forschungsrichtung zusammen, kritisieren auf Seiten der Enthusiasten einen „Technikdeterminismus“ (ebd.), der sich bezogen auf das Internet als schlicht nicht zutreffend erwiesen habe. In Wahrheit würde die Technik des Internet „nicht von sich aus neue demokratische Verhältnisse mit sich bringe[n]“ (ebd.), sondern müsse vielmehr erst „allmählich gesellschaftlich ‚erobert‘ werden“ (ebd.). In diesem Eroberungsprozess aber würden „traditionelle gesellschaftliche Strukturen (Machtverhältnisse, Bildung, Wohlstandsgefälle) eine bedeutende Rolle spielen“ (ebd.) und nicht selten einfach prolongiert werden. Grunwald *et al.* bezeichnen diese Position als „Reinforcement“-These (ebd.), nach der das Internet vordergründig eben nicht Kommunikationsdefizite behebe, sondern eine bereits vorhandene Spaltung der Gesellschaft entlang der Kategorien des politischen Interesses und der Partizipationsmotivation von Bürgern eher verstärke (vgl. ebd.). Ähnliche, wenn auch nicht immer eindimensional interpretierbare Ergebnisse lieferten jüngst auch Emmer, Vowe und Wolling (2011) mit ihrer Langzeitstudie zur Entwicklung politischer Online-Kommunikation in Deutschland.

Neben der Reinforcement-These kennt die kritische Haltung gegenüber einem auf die Demokratisierungspotenziale des Internet bezogenen, euphemistischen Technikdeterminismus noch weitere Argumentationslinien: So verweist etwa Marr (2006: 262) darauf, dass die politische Informierung der Bürger selbst in modernen Mediengesellschaften nicht nur eine Aufgabe der Medien selbst, sondern gleichfalls eine Aufgabe des politischen Systems sei. Eine defizitäre Informationslage der Bürger sei bislang jedoch vor allem auf eine defizitäre Bereitstellung von Informationen durch dieses System zurückzuführen und könne daher vom Internet als Medium erster Ordnung gar nicht beseitigt werden (vgl. ebd.). Des Weiteren sei der Zugang zu politischem Wissen „bereits vor dem Internet nur bedingt eine Frage des beschränkten Angebots“ (ebd.)

gewesen, sondern viel eher auf „die knappen Ressourcen der Kapazität (Können) und der Motivation (Wollen)“ (ebd.) der Bürger zurückzuführen. Auch diese Argumentation bewegt sich in einem vor-medialen, eher politisch-gesellschaftlichen Raum und befreit das Internet als kommunikative Infrastruktur somit von allzu großen demokratietheoretischen Erwartungen.

Analog zu dem oben dargelegten Zusammenhang zwischen der Theorie in Habermas' *Strukturwandel* und den Positionen früher Internet-Enthusiasten weist Donges (2000: 259ff.) auch bei den Skeptikern der demokratischen Potenziale des Internet auf ein gemeinsam zu Grunde liegendes Öffentlichkeitsverständnis hin – in diesem Fall das systemtheoretische Spiegelmodell Niklas Luhmanns. Wie auch in Kapitel 3.1.3.3. dargelegt, zeichnet sich Luhmanns Modell dadurch aus, dass in ihm „vorrangig auf die Leistung von Öffentlichkeit verwiesen wird, Selbstbeobachtung der Gesellschaft zu ermöglichen“ (Donges 2000: 259f.). Mit Hilfe dieser Selbstbeobachtung lasse sich eine „Strukturierung gesellschaftlicher Kommunikation durch Themen“ (ebd.) erzeugen, mit der die Systemtheorie schließlich „die Relevanz von publizistischen Massenmedien für die Öffentlichkeit“ (ebd.: 260) begründet. Die publizistischen Massenmedien erzeugen in diesem Sinne genau jenes Phänomen, welches Luhmann als „Realitätskonstruktion der Gesellschaft“ (Luhmann 2004: 125) in Form der Generierung eines kollektiven Gedächtnisses bezeichnet hat (vgl. hierzu ebenfalls Kapitel 3.1.3.3.). Dieses kollektive Gedächtnis solle dafür sorgen, „dass man bei jeder Kommunikation bestimmte Realitätsannahmen als bekannt voraussetzen kann, ohne sie eigens in die Kommunikation einführen und begründen zu müssen“ (ebd.: 83). Für eine solche gesellschaftsweite Integrationsleistung aber, so die Anhänger der Luhmann'schen Systemtheorie, sind große und gesellschaftsweit homogen agierende Massenmedien unabdingbar. Einer internetbasierten Öffentlichkeit werden die Selbstbeobachtung, die thematische Strukturierung und schließlich die kollektive Integration der Gesellschaft durch Kommunikation hingegen nicht zugetraut. Hauptgründe hierfür sind die nicht nur von den systemtheoretisch geprägten Skeptikern vertretene Fragmentierungs-These und die Zentralisierungs-These. Beide dieser gegenüber den demokratiefördernden Potenzialen von Internet-Öffentlichkeiten kritischen Thesen sind von zentraler Bedeutung auch für die Ebene europäischer Öffentlichkeit im Web, da beide Thesen dieser Öffentlichkeitsform tendenziell die kommunikative Wirkmächtigkeit absprechen. Aus diesem Grund sollen beide Thesen an dieser Stelle zunächst dargelegt werden, um sie im Folgenden Kapitel auf netzwerkstruktureller Ebene entkräften zu können.

Yochai Benkler hat in *The Wealth of Networks* (Benkler 2006) retrospektiv auf verschiedene Kritikpunkte hingewiesen, die die Skeptiker während des vor allem in den 1990er Jahren sehr stark ideologisch geführten Diskurses um die politischen und demokratischen Potenziale des Internet vorgebracht haben. Im hiesigen Kontext interessieren darunter die Zentralisierungs- und vor allem die Fragmentierungsthese.

Die erste These einer massenmedienähnlichen Zentralisierung von Kommunikationsprozessen im Internet wurde in der vorliegenden Arbeit bereits angerissen und kann hier vergleichsweise schnell abgehandelt werden. Benkler klassifiziert sie als „second-generation criticism“ (ebd.: 235) in Form einer skeptischen Reaktion jüngerer Forschung auf die in den 1990er Jahren von den Enthusiasten vorgebrachten Demokratisierungserwartungen an das Internet. Die Kommunikationsformen im Internet, so das Hauptargument, seien keinesfalls so egalitär wie von den Internet-Apologeten angenommen; es zeige sich in den Augen der Kritiker vielmehr folgendes Phänomen: „Even in an open network, a high degree of attention is concentrated on a few top sites – a tiny number of sites are read by the vast majority of readers, while many sites are never visited by anyone“ (ebd.). Diese Kritik konnte, stellvertretend für eine spätere Forschungsphase, bereits in der Untersuchung von Ann Zimmermann ausgemacht werden. Auch hier wurden Kommunikationsvorgängen im Web die – im Gegensatz zu massenmedialer Kommunikation – erhöhten demokratischen Potenziale abgesprochen; Zimmermann konnte im Gegenteil „hierarchische Aufmerksamkeitsstrukturen“ (Zimmermann 2006a: 276) feststellen, innerhalb derer Akteure des politischen Zentrums „deutlich bessere Chancen“ (ebd.) hätten, Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit zu generieren als Akteure der politischen Peripherie. Auch hier wurde der Schluss gezogen, dass „im Vergleich zu herkömmlichen massenmedialen Öffentlichkeiten“ (ebd.: 289) nicht von einer Demokratisierung der Kommunikationsstrukturen gesprochen werden könne (vgl. ebd.). Benkler macht darauf aufmerksam, dass eine solche Sichtweise der „centralization of the Internet“ (Benkler 2006: 235) von den Kritikern zumeist mit zwei anderen Punkten verknüpft worden sei: Zum einen mit der Tatsache, dass finanzielles und soziales Kapital am Ende doch auch im Internet über die Sichtbarkeit von Botschaften entscheiden würden (vgl. ebd.: 233), zum anderen mit dem Hinweis, dass diese Zentralisierung analog zur Konstitutionsweise der Massenmedien nicht beklagens- sondern geradezu wünschenswert sei, um die Kontrollfunktion von Medien als Vierter Gewalt („fourth estate function“; ebd.: 236) aufrechtzuerhalten: Nur große, mächtige und unabhängig finanzierte Medienorganisationen, so die Argumentation der *second-generation criticism*, könnten gegenüber dem Staat eine wirkmächtige Kontrollfunktion erfüllen.

Dass im Internet nur sehr wenige Kommunikationsakteure – nämlich fast ausschließlich jene, die auch außerhalb des Internet als große massenmediale Akteure auftreten – diese Bedingungen erfüllen, hängt mit dem zweiten großen Kritikpunkt zusammen, den Benkler als Position der Kritiker wiedergibt: Der Fragmentierung von Kommunikation *via* Internet. Vereinfacht ausgedrückt besagt diese Kritik, dass es bei Online-Kommunikationsprozessen aufgrund der niedrigen Zugangsschwellen eine derartige Überladung sowohl an Akteuren als auch an Informationen und Botschaften gibt, dass sich nur die großen, ressourcenstarken Akteure – wie eben dargestellt – in Form weniger wirkmächtiger Zentren positionieren und ihre Botschaften wirkmächtig verbreiten können, während die restlichen Kommunikationsgemeinschaften in unzählige kleine Fragmente zerfallen, die weit davon entfernt sind, über ihren engsten kommunikativen Kosmos hinaus Sichtbarkeit und Relevanz erzeugen zu können (vgl. ebd.: 233ff.). Die Konsequenz dieser Argumentation bringt Benkler auf eine kurze, von vielen Skeptikern vehement vertretene Formel: „There will be no public sphere“ (ebd.: 234).

Einer der tiefsten Vertreter dieser Fragmentierungs-These ist der amerikanische Rechtswissenschaftler und Berater Barack Obamas Cass Sunstein. In seinem Buch *Republic.com 2.0* (Sunstein 2007) vertritt Sunstein die These, dass die Allgegenwärtigkeit und die heterogene Masse an Informationen und Meinungen im Web politische Öffentlichkeit erstens polarisieren und damit zweitens in demokratietheoretisch schädlicher Weise fragmentieren würden. Die bereits angesprochene, dramatische Vereinfachung des Sendens von potenziell massenwirksamen Botschaften im Web führt für Sunstein zu einer „information overload“ (ebd.: 51) – einem weitgehend undurchsichtigen Kommunikationsgewirr, das Sunstein auch als „cacophony of voices“ (ebd.) bezeichnet. Die Nutzer des Web müssen demnach zwangsweise subjektive Filterungsprozesse vornehmen, um in dieser kommunikativen Kakophonie überhaupt Botschaften erkennen, auswählen und empfangen zu können.

In diesem Zusammenhang kommt Sunstein auf ein Phänomen zu sprechen, das die Kommunikationspsychologie bereits seit den 1950er Jahren als *Theorie der kognitiven Dissonanz* kennt, und das später auch von der Medienwirkungsforschung aufgenommen wurde. Grob vereinfacht ausgedrückt, besagt diese Theorie, dass „die gleichzeitige Aufnahme von zwei Informationen, die im Widerspruch zueinander stehen, unangenehme Gefühlszustände im Rezipienten auslöst“ (Dollase 2010: ohne Seitenangaben). Um einem solchen unangenehmen Gefühlszustand zu entgehen, werden die dissonanten Kognitionen vom Rezipienten verdrängt – er konzentriert sich auf das, was er leichter einordnen kann.

Sunstein drückt das bezogen auf Medienwirkung folgendermaßen aus: „There is a natural human tendency to make choices with respect to entertainment and news that do not disturb our preexisting view of the world“ (ebd.: 52). Im Kontext der Web-Kommunikation, in dem jeder Rezipient aufgrund des *information overload* auf eine bis dato ungekannte Menge an kognitiven Dissonanzen reagieren muss, hat das zur Folge, so argumentiert Sunstein, dass Teilnehmer von Kommunikationen es vorziehen, sich nur noch mit inhaltlich Gleichgesinnten zu umgeben. Die technische Struktur des Internet und seine deterritoriale Funktionsweise kommen diesem Verhalten entgegen: „Because the Internet makes it easier to find like-minded individuals, it can facilitate and strengthen fringe communities that have a common ideology but are dispersed geographically“ (ebd.: 53).

Diese Feststellung markiert nichts anderes als die negative sozialpsychologische Wendung des Phänomens der *issue*-Öffentlichkeiten. Kommunikationsteilnehmer im Netz, so die These, gruppieren sich nicht nur um bestimmte *Themen* (die ja immerhin noch kontrovers diskutiert werden könnten), sie gruppieren sich in Form von homogenen Kommunikationsgemeinschaften, deren Mitglieder die gleichen *Einstellungen* zu einem bestimmten Thema haben und sich als Ergebnis von Diskursen folglich gegenseitig in diesen Einstellungen be- und verstärken. Sunstein nennt dieses Phänomen „group polarization“ (ebd.: 63) und belegt es empirisch anhand von Ergebnissen aus zwei Untersuchungen aus den Jahren 2000 und 2006, in denen er die Verlinkungsstrukturen politischer Websites in Amerika analysiert hat. Beide Untersuchungen zeigen unverkennbar die Tendenz von Websites, die sich selbst einem politischen Lager (konservativ oder liberal) zuordnen, in einer signifikanten Mehrheit auch nur auf Websites aus diesem Lager zu verlinken (vgl. ebd.: 54). So aber ergäben sich kontroversenlose, selbst-referenzielle und sich selbst verstärkende politische Diskurse innerhalb dieser politischen Teilöffentlichkeiten. Es ist zu vermuten, dass sich diese Ergebnisse zum Teil mit der stärker dichotomischen Teilung der politischen Landschaft in den Vereinigten Staaten erklären lassen und nicht ohne Weiteres auf Europa übertragbar sind; das Phänomen einer subjektiven Filterung zur Vermeidung kognitiver Dissonanzen auf Seiten von Rezipienten jedoch kann in einer im Vergleich zu den Massenmedien dramatisch geöffneten und damit automatisch weniger übersichtlichen Kommunikationsumgebung im Web schwerlich geleugnet werden⁹⁵. Von theoretischem Interesse ist dabei vor allem die normative

⁹⁵ Zu dieser subjektiven Informationsfilterung durch die Nutzer kommt hier jenes Phänomen hinzu, das Eli Pariser „Filter Bubble“ genannt hat (Pariser 2012: 62ff.): Eine durch Computeralgorithmen geschaffene, subjektive Informationsfilterung, die den für einen Nutzer zugänglichen Informationsfluss im Netz ohne dessen Wissen oder Zustimmung und basierend auf

Schlussfolgerung, die Sunstein aus der *group polarization* im Rahmen von Web-Öffentlichkeiten zieht:

„If the public is balkanized, and if different groups are designing their own preferred communication packages, the consequence will not merely be the same but still more balkanization, as group members move one another toward more extreme points in line with their initial tendencies. At the same time, different deliberating groups, each consisting of like-minded people, will be driven increasingly far apart, simply because most of their discussions are with one another“ (ebd.: 63).

In ihrer Deterritorialität ermöglichen die Kommunikationsmedien des Internet also in vorher nicht dagewesener Intensität das Zusammenfinden von Kommunikationsteilnehmern, die sich durch gleiche Anschauungen auszeichnen und deren Meinungen bezüglich der diskutierten Themen – eben weil es in diesen Diskursen keine Meinungsvielfalt gibt – tendenziell unreflektierter, extremer und gegenüber gegenteiligen Meinungen weniger zugänglich werden (vgl. ebd.: 69). Die Konsequenzen einer solchen kommunikativen Polarisierung sind für Sunstein weitreichend und durchaus besorgniserregend: „A high degree of fragmentation, as diverse people, not originally fixed in their views and perhaps not so far apart, end up in extremely different places, simply because of what they are reading and viewing“ (ebd.).

Ein auf diese Weise polarisierter und fragmentierter Kommunikationsmarkt aber, so Sunstein, sei gefährlich für eine Gesellschaft als Ganze, weil er tendenziell politischen Extremismus fördere und den Teilnehmern öffentlicher Kommunikation die Chance nehme, „to work cooperatively on shared problems“ (ebd.: 94). Hinter dieser Einschätzung steckt die von Sunstein auch sehr konkret geäußerte Vorstellung, dass eine moderne Gesellschaft aufgrund ihrer Heterogenität und Pluralisierung auf geteilte Erfahrungen angewiesen ist, und dass diese am ehesten von Massenmedien vermittelt werden können:

„The shared experiences provide a kind of social glue, facilitating efforts to solve shared problems, encouraging people to view one another as fellow citizens, and sometimes helping to ensure responsiveness to genuine problems and needs, even helping to identify them as such“ (ebd.: 117).

Obwohl von Sunstein nicht explizit genannt, spricht aus dieser Einschätzung eindeutig das systemtheoretische Verständnis von Öffentlichkeit, wie es von Luhmann entwickelt wurde. Luhmanns massenmediale „Realitätskonstruktion der Gesellschaft“ (Luhmann 2004: 125), von Sunstein ‚shared experiences‘ genannt, geraten durch den Vormarsch der digitalen Netzwerkkonstruktion in Gefahr, weil diese Kommunikationsform *suis generis* zu

allen über diesen Nutzer verfügbaren Informationen individualisiert. Auch diese digital geschaffene Filterblase tendiert dazu, kognitive Dissonanzen auszuschließen (vgl. ebd.; Pariser 2011).

Fragmentierung von Öffentlichkeiten und Themen und für Sunstein gar zur Polarisierung von Meinungen führt. Damit aber, so der unausgesprochene Hintergedanke, verliert politische Öffentlichkeit ihre Integrationsfunktion – eine Entwicklung, die für Sunstein mit „harmful results for republican ideals“ (ebd.: 118) einhergeht.

Erklärt man diese Skepsis gegenüber den Spezifika von politischen Öffentlichkeiten im Web mit einem vornehmlich systemtheoretischen Öffentlichkeitsverständnis, dann verwundert es umso mehr, dass ausgerechnet Jürgen Habermas, der – wie oben dargelegt – ein fundamental anderes Öffentlichkeitsverständnis als Luhmann hat, die Fragmentierungsthese teilt und dabei beinahe identische Argumente wie Sunstein vorbringt. In seinem 2008 publizierten Buch *Ach, Europa* begründet Habermas seine kritische Position gegenüber einer netzwerkartig organisierten, digitalen Öffentlichkeit am deutlichsten: Zumindest „im Kontext liberaler Regime“, so Habermas (2008: 161)⁹⁶, fördere „die Entstehung von [...] weltweit vernetzten issue publics eher die Fragmentierung jenes großen, in politischen Öffentlichkeiten jedoch gleichzeitig auf gleiche Fragestellungen zentrierten Massenpublikums“ (ebd.: 162). Im Web bestehe dieses Publikum nur noch aus „zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen“ (ebd.). Die bereits oben angesprochene Enträumlichung von Kommunikation ist für Habermas also, ähnlich wie für Sunstein, kein Wert an sich – im Gegenteil: Der Dezentralisierung von Botschaften, die mit dieser Enträumlichung einhergeht, müsste nach dem Verständnis Habermas' von Seiten der Kommunikationsmedien sogar entgegengewirkt werden; andernfalls droht der Verlust eines integrierten und damit wirkmächtigen politischen Publikums, wie er es zum ersten Mal im *Strukturwandel der Öffentlichkeit* beschrieben hatte. Habermas formuliert das wie folgt:

„Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es den zentrifugalen Tendenzen nichts entgegensetzen“ (ebd.).

Zumindest in ihrem Exklusivbezug auf das Netz kann und muss diese Fragmentierungsthese Habermas'scher Prägung durchaus kritisch hinterfragt werden: Im Sinne der oben dargelegten Theorie der Netzwerkgesellschaft scheinen die Kommunikationsmedien des Internet doch allenfalls einen Trend zur Pluralisierung und Individualisierung aufzugreifen, der in der globalen Informationsgesellschaft – und nicht zuletzt auch in ihren

⁹⁶ Bezogen auf autoritäre Regime bescheinigt Habermas dem Internet als Plattform für neue Kommunikationsmedien zumindest die Fähigkeit, erfolgreich Zensur unterminieren zu können (vgl. Habermas 2008: 161).

Massenmedien – bereits seit längerer Zeit zu beobachten ist. Habermas' Thesen zur Fragmentierung durch das Web lassen sich zunächst also vor allem dahingehend beurteilen, dass sie in ihrer Betonung der Dispersität von digitaler Netzwerkkommunikation treffende Zustandsbeschreibungen sind, die bis zu einem gewissen Grad jedoch Ursachen- und Wirkungszusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und medientechnologischen Entwicklungen zu vertauschen scheinen. Stefan Münkers kritische Reaktion auf Habermas, nach der „der Übergang von der Ära der elektronischen Massenmedien in die Zeit der digitalen Netzmedien [...] nur Kulturpessimisten als Anlass dienen“ könne, „den andauernden Strukturwandel der Öffentlichkeit als Verfallsgeschichte weiterzuschreiben“ (Münker 2009: 111), wirkt zugegebenermaßen etwas larmoyant, trifft in der Sache aber durchaus den Kern.

Dennoch soll an dieser Stelle zunächst rein deskriptiv festgehalten werden, dass Habermas seine Geschichte einer vom kritischen Raisonement eines kollektiven, autonomen und politisch wirkmächtigen Publikums lebenden Öffentlichkeit nicht als digital begründbaren Euphemismus weiterschreibt. Im Gegenteil: Hatten die Massenmedien durch ein Zuviel an Zentrierung und Machtakkumulation den Zerfall der bürgerlichen Öffentlichkeit einst eingeleitet, so ist es für Habermas das Zuwenig an zentripetalen Eigenschaften, das es dem Internet als technischer Plattform zur Generierung von Kommunikation verwehrt, die Strukturen dieser idealisierten Öffentlichkeit wiederherzustellen.

Damit sind die hier vorgenommenen Überlegungen zur Beschaffenheit von politischer Öffentlichkeit im Web an einem nächsten entscheidenden Punkt angekommen: dem Verhältnis von Zentralisierung und Fragmentierung. Beide Phänomene, so wurde dargelegt, sind der digitalen Netzwerkkommunikation als Begründung für eine Skepsis gegenüber ihren demokratischen Potenzialen von der Wissenschaft nachgesagt und in Teilen auch empirisch nachgewiesen worden. Während die Anhänger der Zentralisierungs-These von einer undemokratischen, massenmedienähnlichen Verteilung von Aufmerksamkeit und Wirkmächtigkeit im Internet (abhängig vor allem von sozialem und finanziellem Kapital) ausgehen und sich somit vor allem auf die Legitimations- und die Deliberationsfunktion von Öffentlichkeit berufen, gehen die Anhänger der Fragmentierungs-These davon aus, dass die disperse Netzwerkkommunikation die Polarisierung der Gesellschaft vorantreibt. Sie berufen sich damit vor allem auf die Integrationsfunktion von Öffentlichkeit.

Der Widerspruch zwischen diesen beiden Kritikpunkten am demokratischen Potenzial digitaler Netzwerkkommunikation wurde am treffendsten von Yochai Benkler aufgedeckt:

„While centralization would resolve the Babel objection [hiermit ist eine Art babylonisches Stimmengewirr durch den *information overload* im Web gemeint, *D.W.*], it would do so only at the expense of losing much of the democratic promise of the Net. Therefore, we now turn to the question: is the Internet in fact too chaotic or too concentrated to yield a more attractive democratic discourse than the mass media did? I suggest that neither is the case.“ (Benkler 2006: 239).

Diese Einschätzung Benklers, nach der weder die Zentralisierungs-, noch die Fragmentierungs-Kritik greifen, weil digitale Netzwerkkommunikation in Wahrheit „not too concentrated and not too chaotic“ (ebd.) ist, soll im folgenden Kapitel anhand relevanter Strukturen in digitalen Kommunikationsnetzwerken analysiert werden. Nur wenn beide in diesem Kapitel dargelegten Kritiken gegenüber den demokratischen Potenzialen solcher Kommunikationsnetzwerke auf struktureller Ebene zumindest relativiert werden können, kann eine europäische Öffentlichkeit, die auf digitaler Netzwerkkommunikation beruht, über schlicht kommunikative Aspekte hinaus auch den Anspruch erheben, die drei zentralen Funktionen politischer Öffentlichkeit – Integrationsfunktion, Legitimationsfunktion und Deliberationsfunktion – erfüllen zu können.

6.3. Zur Beschaffenheit von (digitalen Kommunikations-)Netzwerken: Die strukturelle Dimension

Netzwerke existieren heutzutage überall: In der Natur, auf den unterschiedlichsten Ebenen der sozialen Gesellschaftsordnung, in der Wirtschaft, in der Politik und nicht zuletzt in technischen und besonders kommunikationstechnischen Infrastrukturen. Auf diese vielfachen analytischen Anwendungsmöglichkeiten ist es zurückzuführen, dass die Netzwerkmetapher „innerhalb wie außerhalb der Wissenschaft eine der erfolgreichsten Begriffskarrieren der letzten Jahrzehnte durchlaufen“ hat und „mittlerweile in einer Omnipräsenz vorhanden [ist], die ihresgleichen sucht“ (Holzer 2009: 227). In der Soziologie hat die Netzwerkforschung dabei vor allem eine Art Vermittlerposition im „alten Streit zwischen eher strukturalistisch orientierten Theorien und dem Rational Choice Paradigma“ (Stegbauer 2008c: 13), und damit im Kern zwischen einem auf Georg Simmel und einem auf Max Weber aufbauenden Fachverständnis eingenommen⁹⁷. „Innerhalb der

⁹⁷ Für eine nähere Betrachtung der Aneignung von Netzwerkforschung in der Soziologie, siehe etwa: Fuhse 2011: 33ff..

Netzwerkforschung“, so schreibt etwa Stegbauer (ebd.), werde klar, „dass [...] in einigen Bereichen sich die Positionen annähern“.

Wie bereits in Kapitel 6. dargelegt, verwendet die Soziologie das Bild des Netzwerkes mittlerweile auch zur Beschreibung und Analyse einer durch ökonomische und politische Entwicklungen, durch Informations- und Kommunikationsprozesse hochgradig verknüpften und interdependenten Weltgesellschaft. Am prominentesten sind in dieser Hinsicht die Arbeiten von Manuel Castells, der für diese Weltgesellschaft den Begriff der ‚Netzwerkgesellschaft‘ (siehe ebenfalls Kapitel 6.) geprägt hat. Castells hat in diesem Zusammenhang zum einen auf den universellen Einfluss digitaler Informations- und Kommunikationstechniken, und zum anderen auf eine in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen stattfindende Transzendierung von festen Grenzen zugunsten netzwerkartiger Verknüpfungen hingewiesen (vgl. Castells 2009, 2007, 2003, 2001).

Der zentrale Begriff des Netzwerkes bleibt im Rahmen seiner Gesellschaftstheorie allerdings auf der metaphorischen Ebene stehen; das Netzwerk als Metapher für Verknüpfung und Interdependenz steht innerhalb unterschiedlichster Bereiche in abstrakter, generalisierter Form für Strukturen sozialer Ordnung, die charakteristisch für die globalisierte Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sind. Ein solcher Netzwerkbegriff aber, darauf weist Holzer (2009: 228) hin, scheint „für nahezu jeden Sachverhalt verwendbar“ und „verliert damit seine Funktion, auf einen ganz spezifischen Aspekt des Phänomens abzustellen, für den man eben einen besonderen Begriff benötigt.“

Vor einem solchen Begriffsrelativismus scheint das Castell’sche Konzept der Netzwerkgesellschaft – bei all seinen in Kapitel 6. analysierten Verdiensten für eine Beschreibung der gesellschaftlichen Gegenwart auf Metaebene – in der Tat nicht gänzlich geschützt zu sein. Zumindest lässt sich festhalten, dass Castells den Netzwerkbegriff auf definitorischer Ebene bewusst in der Schwebelage des Ungefähren lässt. Das ist für eine Gesellschaftstheorie auf Metaebene sicher nicht abträglich. In Bezug auf die Analyse und Theoretisierung konkreter Kommunikationsnetzwerke gilt es aber, den soziologischen Netzwerkbegriff stärker – vor allem kommunikationstheoretisch – zu spezifizieren und seine analytischen Anknüpfungspunkte an die Strukturen des World Wide Web herauszuarbeiten. Das soll im Folgenden versucht werden.

Als vorderste Besonderheit jeglicher Art von Netzwerkforschung innerhalb der Sozialwissenschaften gilt es festzuhalten, dass nicht Subjekte oder Kollektive als solche, sondern der Kontext und die Struktur von Beziehungen zwischen ihnen, also die relationale Ebene in den Mittelpunkt von Analysen gerückt wird (vgl. Stegbauer 2008c: 11).

In die Soziologie wurde der Begriff des Netzwerkes zudem vor allem deshalb eingeführt, um unterschiedliche Theorieansätze zu integrieren: „Netzwerkanalyse kann [...] ein Instrument sein zur Verbindung von Akteurs- und Handlungstheorien mit Theorien über Institutionen, Strukturen und Systeme. Sie dient der Integration von Mikro- und Makroansätzen in den Sozialwissenschaften“ (Dorothea Jansen; zit. n. Bucher 2008: 42). Des Weiteren stützt sich besonders die neuere soziologische Netzwerkforschung auf die oben angesprochene „relationale Perspektive“ (Holzer 2009: 233), in der die Handelnden Subjekte als in bestimmte Beziehungen und Kontexte eingebettet betrachtet und ihre Handlungen in kausale Abhängigkeit zu dieser Einbettung gesetzt werden:

„Die Grundeinheit des Sozialen ist weder der Handelnde allein noch die Beziehung zwischen zwei Handelnden, sondern gerade die Dualität von Handelndem („node“) und Beziehung („tie“). Erst die Differenz von ‚nodes‘ und ‚ties‘ konstituiert deren jeweilige Bedeutung: Der Knoten wird zum Knoten erst dadurch, dass er in eine Beziehung zu einem anderen Knoten eingebunden ist; umgekehrt wird die Beziehung als Beziehung erst konstituiert dadurch, dass sie eine Relationierung von Knoten darstellt“ (ebd.: 233f.).

Damit hat Holzer die beiden wichtigsten Strukturbestandteile von Netzwerken und ihr spezifisches Verhältnis zueinander bereits benannt: Netzwerke bestehen demnach einerseits aus Knoten und andererseits aus Beziehungen (auch „Kanten“ [Stegbauer 2011: 56] genannt), welche die Knoten verbinden. Diese Kanten oder Beziehungen können symmetrischer oder asymmetrischer Natur sein. Symmetrische Kanten kennen bezüglich der Richtung einer Beziehung keine Unterscheidung, sie sind reziprok. Asymmetrische Kanten hingegen stehen für eine gerichtete Beziehung – sie geben an, von welchem Knoten die Verbindung ausgeht und welcher der Empfänger der Verbindung ist. Durch ihren Fokus auf Knoten und Kanten bzw. Beziehungen zwischen den Knoten beschreiben Netzwerke relationale Phänomene; ihre Analyse rückt die Ebene der Relation automatisch in den Mittelpunkt.

Das analytische Potenzial der Netzwerkforschung geht aber gleichzeitig über die Erfassung konkreter Beziehungen – etwa zwischen zwei oder mehreren Knoten – hinaus, indem mit Hilfe von Netzwerkanalysen auch „the general structural form“ (Alfred Radcliffe-Brown, zit. n. Stegbauer 2011: 56) – also komplexe Beziehungsgeflechte in Gänze erfasst werden können. Dieser Differenzierung zufolge sind nach Bucher (2008: 42) zwei Perspektiven der Netzwerkanalyse voneinander zu trennen: „Eine Außenperspektive, bei der die Morphologie – also die Meta-Struktur – im Zentrum steht, und eine Innenperspektive, bei der einzelne Knoten bzw. Akteure und die sie verbindenden Interaktionen untersucht werden.“

Auf der Metaebene der *general form* gibt es verschiedene Größen, mit denen die strukturellen Spezifika von Netzwerken erfasst werden können. So kann etwa die Dichte eines Netzwerkes in verschiedenen Hinsichten analytisch aufschlussreich sein⁹⁸: Sie gibt an, in welchem Ausmaß Knoten eines Netzwerkes dazu neigen, Beziehungen untereinander einzugehen, sprich: sich zu verbinden. Im Fall von Kommunikationsnetzwerken kann diese Größe Anhaltspunkte dafür liefern, wie schnell sich Informationen und Kommunikationen in einem Netzwerk verbreiten können. Die Dichte eines Netzwerkes lässt sich mathematisch verhältnismäßig einfach ermitteln: Besitzt ein Netzwerk N Knoten, dann kann es in diesem Netzwerk maximal $N*(N-1)$ asymmetrische bzw. maximal $(N*(N-1)):2$ symmetrische Beziehungen in Form von Kanten zwischen den Knoten geben. Das Verhältnis zwischen den im Netzwerk tatsächlich realisierten Knoten und dieser mathematisch ermittelbaren Maximalanzahl von möglichen Knoten gibt demzufolge die Dichte eines Netzwerkes an (vgl. Holzer 2006: 38ff.).

Ist die Dichte eine Größe, mit der die Spezifik eines gesamten Netzwerkes beschrieben und innerhalb der Analyse somit die Außenperspektive eingenommen werden kann, so ist es für die analytische Betrachtung von Netzwerken aus der Innenperspektive vor allem unabdingbar, Informationen über die spezifische Einbettung und die Position einzelner Knoten generieren zu können. Hierbei geht es vor allem um die Verbundenheit eines Knotens mit anderen Knoten – „ein Indikator der relativen Wichtigkeit bzw. Zentralität eines Knotens“ (ebd.: 38). Sowohl Holzer (2006) als auch Bucher (2008) beschreiben dabei drei verschiedene Betrachtungsmöglichkeiten der Zentralität eines spezifischen Knotens in einem Netzwerk⁹⁹: Erstens könne ein Knoten seine Zentralität dadurch gewinnen, dass er die meisten Verbindungen bzw. Kanten auf sich vereinigt (vgl. ebd.: 39). Diese Art der Zentralität wird innerhalb der Netzwerkanalyse als „Degree-Zentralität“ (ebd.: 42; Bucher 2008: 54) bezeichnet. Weist das untersuchte Netzwerk asymmetrische Kanten auf, dann unterscheidet die Analyse der *Degree-Zentralität* zwischen dem Wert des „Outdegree“ und dem Wert des „Indegree“ (Holzer 2006: 40). Während ersterer die Anzahl der vom Knoten ausgehenden Verbindungen angibt, bezieht sich letzterer auf die Verbindungen, die zum Knoten hin gehen. Dieser *Indegree* wird folglich auch als „Prestigemaß“ (ebd.) bzw. „Prominenz“ (Bucher 2008: 54) eines Knotens gewertet, „da er in gewisser Weise die Beliebtheit eines Knotens widerspiegelt“ (Holzer 2006: 40). Besonders beim Betrachten

⁹⁸ Neben der Netzwerkdichte als Analysegröße nennen etwa Welker und Wünsch noch die Größe, die Geschlossenheit, die Dispersion, die Erreichbarkeit und die Verbundenheit eines Netzwerkes (Welker/Wünsch 2010: 504).

⁹⁹ Die zum Teil mathematisch komplexen Berechnungsformeln der drei Zentralitäts-Merkmale können in der vorliegenden Arbeit aus Umfangsgründen nicht näher dargelegt werden. Siehe hierfür etwa: Holzer 2006: 38ff.

von Kommunikationsstrukturen im World Wide Web kommt diesem *Indegree* große Relevanz zu.

Neben der *Degree*-Zentralität kann im Rahmen einer netzwerkanalytischen Betrachtung auch die durchschnittliche Distanz eines Knotens zu anderen Knoten betrachtet werden. Dieser Wert wird als „Closeness-Zentralität“ (ebd.: 42; Bucher 2008: 54) qualifiziert. Er spielt „beispielsweise bei der Unterscheidung in Zentrum und Peripherie von Online-Netzwerken eine Rolle“ (ebd.) und gilt darüber hinaus als Maß für die Unabhängigkeit eines Knotens von anderen Knoten (vgl. Jansen 2006: 137).

Die sogenannte „Betweenness-Zentralität“ (ebd.; Holzer 2006: 42) ist neben der Verbindungsanzahl (*Degree*) und der Verbindungsnähe (*Closeness*) einzelner Knoten ein dritter Indikator für Zentralität. Sie bezieht sich auf das Vermögen eines Knotens, zwischen anderen Knoten vermitteln zu können und wird „danach bestimmt, wie viele Netzwerkverbindungen über den entsprechenden Knoten verlaufen“ (Bucher 2008: 55), bzw. danach, wie viele Knoten innerhalb des Netzwerkes nur über den betrachteten Knoten erreichbar sind. Jansen interpretiert die *Betweenness*-Zentralität kommunikationstheoretisch deshalb auch als Indikator dafür, wie viel potenzielle Kommunikationskontrolle ein Knoten ausüben kann (vgl. Jansen 2006: 137).

Wie Holzer (2006: 44) bemerkt, gibt es keine objektiv gültige Gewichtung zwischen diesen drei Zentralitäts-Indizes. Im einfachen Fall kann von der Zentralität eines Knotens gesprochen werden, wenn alle drei Kriterien konvergieren. Gibt es keine Konvergenz der drei Kriterien – und das dürfte in komplexeren Netzwerken auf die meisten Knoten zutreffen – gilt es, „nach inhaltlichen Gesichtspunkten“ (ebd.) zu entscheiden, mit welchem Zentralitätsmaß der konkret an das Netzwerk herangetragene Analyseaspekt am erkenntnisreichsten untersucht werden kann¹⁰⁰.

Warum sich die soziologische Netzwerkperspektive für die Analyse von Kommunikationsprozessen besonders anbietet, lässt sich neben den strukturellen Parametern auch auf semantischer, und damit eher auf Makroebene begründen. Hierbei gilt es zu verdeutlichen, dass die soziologische Beschäftigung mit dem Phänomen des Netzwerkes in den frühen 1990er Jahren einen vor allem auf die Arbeiten von Harrison White (vgl. White 2008) zurückzuführenden „cultural turn“ (Fuhse 2011: 33) vollzogen hat. Die Netzwerk-Form wird für Kommunikationsprozesse seit dem nicht mehr nur als strukturell prägend – in Form der relationalen Einbettung von Knoten – sondern auch als

¹⁰⁰ Um Zusammenhang der vorliegenden Arbeit wird es sich dabei zumeist um den Wert der *Degree*-Zentralität handeln.

semantisch prägend, „als verwoben mit kulturellen Formen wie Symbolen, Narrativen, Kategorien und Identitäten“ (ebd.) verstanden¹⁰¹. Dabei können diese kulturellen Formen die Netzwerkstruktur einerseits zur Diffusion nutzen (vgl.: ebd.), andererseits betrachtet die Soziologie aber die Netzwerke selbst als „Strukturen von Erwartungen, Identitäten und Narrativen“ (ebd.). Aus letzterem Verständnis heraus – dem Netzwerk als identitätsbildender Struktur, bei der gilt: *function follows form* – lässt sich schließlich auch der Castell'sche Entwurf der Netzwerkgesellschaft deuten. In den Worten Fuhses heißt das:

„Netzwerke bestehen selbst aus Sinnstrukturen, die die Beziehungen zwischen Akteuren definieren und damit nicht nur die Kommunikation im Netzwerk kanalisieren, sondern auch die Identitäten der beteiligten Akteure festlegen“ (ebd.).

Die Morphologie eines Netzwerks kann somit für die Analyse von Kommunikationsstrukturen auch auf semantischer und kommunikationskultureller Ebene Erkenntnisse liefern: Es ist davon auszugehen, dass Kommunikationsnetzwerke nicht nur als gewissermaßen strukturelle Dispositive der Verbreitung von Informationen dienen, sondern dass sie die übertragenen Informationen selbst, wie auch die Knoten bzw. Kommunikanten und die Beziehungen zwischen diesen beeinflussen können. Aus eben diesem Grund betont etwa Fuhse speziell für den Bereich der Analyse von Medienkommunikation die „Fruchtbarkeit einer Perspektive, die die drei Schlüsselbegriffe Kultur, Netzwerk und Kommunikation miteinander verknüpft“ (ebd.: 51).

Eine Netzwerkanalyse, die den Prämissen dieses *cultural turn* folgt, bedarf darüber hinaus – so schreibt Hepp – der „Berücksichtigung von ‚stories‘“, worunter „die Charakterisierung von Netzwerkbeziehungen jenseits ihrer faktischen Existenz“ (Hepp 2011: 19) zu verstehen sei. Ein solcher *Story*-Begriff, wie Hepp ihn im Anschluss an White und Holzer darlegt, scheint bezogen auf ein pragmatisches Verständnis von europäischer Öffentlichkeit, wie es in Kapitel 5.3. hergeleitet wurde, in hohem Maße anschlussfähig zu sein: „Eine ‚story‘ ist als eine summarische (Selbst-)Beschreibung zahlreicher Episoden und Berichte über konkrete soziale Beziehungen zu verstehen, in der sich die mitunter widerstreitenden Perspektiven und Interessen der Beteiligten niederschlagen“ (ebd.: 20). Eine ebensolche, in Form von Kommunikation sich manifestierende Sozialität zwischen verschiedenen, mitunter widerstreitenden Interessen hatte der pragmatische Zugang ja als ein Hauptcharakteristikum europäischer Öffentlichkeit ausgemacht.

Neben einer derartigen semantischen Spezifizierung von Netzwerken scheint eine kommunikationstheoretische Wendung des Netzwerkbegriffs jedoch auch auf struktureller

¹⁰¹ Zur detaillierten Nachzeichnung dieses *cultural turn*, siehe: Hepp 2011: 19ff..

Metaebene sinnvoll zu sein. Mit Albrecht (2008: 168) lässt sich hier auf die strukturellen Analogien zwischen den Paradigmen Kommunikation und Netzwerk hinweisen:

„Beide bezeichnen etwas intermediäres, was zwischen Akteuren besteht, was sich nicht auf Individuen reduzieren lässt, sondern als kleinste Einheit eine Dyade erfordert. Beide Konzepte lassen sich somit der relationalen Perspektive zuordnen und sind zudem als ebenenübergreifend zu verstehen.“

Hepp weist zudem auf einen weiteren strukturellen Aspekt hin, der die Netzwerkanalyse speziell für Betrachtungen transnationaler Kommunikationsprozesse anschlussfähig macht. So ermögliche es die für die Kategorie des Netzwerkes charakteristische Unabgeschlossenheit – anders als etwa die Abgeschlossenheit der Kategorie des Systems –, „auch die Übergangs- und Unschärfbereiche zwischen verschiedenen Medienkulturen zu reflektieren“ (ebd.: 22). In dem Moment, so Hepp weiter, wo sich Medienkulturen im Zuge der Globalisierung nicht mehr zwangsläufig mit geografischen Territorien decken, entstehen transterritoriale bzw. „translokale kommunikative Konnektivitäten“ (ebd.), die sich mit geschlossenen bzw. a-dynamischen Strukturmustern analytisch nicht mehr adäquat fassen lassen, die mit Hilfe der Netzwerkanalyse aber sehr wohl beschreib- und deutbar sind. Das, so kann an dieser Stelle festgehalten werden, gilt in besonderem Maße für den Bereich der Kommunikation *via* Internetmedien – sind es doch ebendiese, „mittels derer die ‚massenhafte‘ Bedeutungsproduktion zunehmend von Territorialität entkoppelt wurde“ (ebd.).

Die Internetkommunikation stellt allerdings nicht nur aufgrund ihrer starken Tendenz zur Transzendierung der Kategorie des Räumlichen ein paradigmatisches Beispiel der Netzwerkkommunikation dar. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich besonders für die Kommunikation im Web 2.0 eine Fülle von formalen, organisatorischen und strukturell-technischen Charakteristika, die eine netzwerkanalytische Erfassung dieser Kommunikationsprozesse nahelegen. Bucher macht hier zunächst auf die kollaborative Charakteristik von solchen Kommunikationsformen aufmerksam (vgl. Bucher 2008: 44): Kommunikationsstrukturen im Web 2.0 haben, stärker als alle anderen Arten medienvermittelter Kommunikation, emergenten Charakter – sie entstehen oftmals erst aus der unmittelbaren sozialen Interaktion verschiedener Teilnehmer und bauen damit, viel grundlegender als klassische Massenmedien, auf dem Phänomen der Relation auf. Dies macht sie in hohem Maße anschlussfähig für netzwerkanalytische Verfahren. Während es in der klassischen soziologischen Netzwerkanalyse zumeist Akteure sind, welche als Knoten fungieren und die Kanten für soziale Beziehungen zwischen diesen Akteuren stehen, sind es in einer auf das World Wide Web fokussierten,

kommunikationswissenschaftlichen Analyse Websites und Hyperlinks, welche die strukturellen Grundbestandteile eines Netzwerkes ausmachen. Der koreanische Kommunikationswissenschaftler Han Woo Park erläutert diese definatorische Setzung wie folgt:

„The Internet is a communication network made up of intertwined connections through which a number of messages travel. In this process, a website functions as a node that passes messages and determines their paths according to a selection of hyperlinks. In particular, through a hyperlink, an individual website plays the role of an actor who could influence other website's trust, prestige, authority, or credibility. Hyperlinks as connections represent networks among people, organizations, or nation-states. Thus, we can interpret the social or communication structure among those social actors based on the hyperlink structure" (Park 2003b: 53).

Diese kommunikative Strukturbildung zu entschlüsseln, die im Web charakteristischerweise in Form von Hyperlinks stattfindet, stellt die elementarste Aufgabe im Rahmen jeder netzwerkanalytisch orientierten Betrachtung digitaler Kommunikationsprozesse dar. Bucher (2008: 56f.) grenzt dabei unterschiedliche Methoden voneinander ab, die sich – je nach konkretem Erkenntnisinteresse der Analyse – entweder auf die Hypertextstrukturen der im Rahmen spezifischer Kommunikationsprozesse produzierten Texte konzentrieren und damit an klassische diskursanalytische Konzepte anknüpfen (ebd.: 56) oder aber „die Verlinkungsstrukturen als Rekonstruktion der Interaktionsbeziehungen zwischen den Akteuren“ (ebd.) in den Mittelpunkt rücken und damit unter dem Begriff *Hyperlink Network Analysis (HNA)* strukturelle Besonderheiten auf Mikroebene beleuchten. Eine solche *HNA* besitzt ebenfalls analytische Aussagekraft hinsichtlich der dritten Methode, der „morphologische Netzwerkanalyse“ (ebd.). Diese grenzt sich von den beiden anderen Methoden ab, indem sie Netzwerke primär aus der Außenperspektive und auf Makroebene betrachtet und Aussagen über die ‚*general form*‘ eines Netzwerkes zu treffen sucht.

An dieser Stelle gilt es festzuhalten, dass alle drei methodischen Varianten im Kontext der Betrachtung europäischer Öffentlichkeit – erneut abhängig vom konkreten Erkenntnisinteresse – analytische Berechtigung und Relevanz besitzen können. Da es der vorliegenden Arbeit primär darum geht, europäische Öffentlichkeiten, die in Form digitaler Netzwerke im Web emergieren, theoretisch zu modellieren und empirisch primär hinsichtlich ihrer Struktur zu erfassen – sprich: das analytische Handwerkszeug für die empirische Untersuchung solcher transnationalen und digitalen Kommunikationsnetzwerke zu entwickeln – stehen hier alle drei Analyseebenen bewusst gleichberechtigt nebeneinander, wenn auch der diskursanalytische Zugang am ehesten in den Hintergrund rückt.

Dabei gilt es auch in der später folgenden Untersuchung weniger, auf einer der Ebenen konkrete Analysen mit allen dafür notwendigen Detailbetrachtungen vorzunehmen; vielmehr geht es darum, bezogen auf das konkrete Anwendungsgebiet von Formen europäischer Öffentlichkeit in den digitalen Netzwerken des WWW die analytischen Potenziale und Grenzen exemplarisch herauszuarbeiten und die Theorie damit für nachfolgende empirische Analysen europäischer Öffentlichkeit im Web zu spezifizieren. Auf theoretischer Ebene sind dafür jedoch zuerst und in Anlehnung an Bucher drei Kernfragen zu behandeln: „Wie entstehen Kommunikationsnetzwerke im Internet? Wie stabilisieren sie sich? Wie verändern sie sich?“ (ebd.: 45). Dafür sollen im Folgenden verschiedene Bestandteile und charakteristische Dynamiken von digitalen Kommunikationsnetzwerken im Web näher betrachtet werden. Hier liegt es nahe, mit dem Hyperlink als wichtigstem strukturgebenden Parameter solcher Netzwerke zu beginnen.

Hyperlinks stellen zunächst einmal eine technische Möglichkeit der unilateralen Referenzenbildung zwischen zwei unterschiedlichen Punkten des WWW dar, die in jegliche Inhalte von einzelnen Websites – seien es Texte, Bilder oder andere Gestaltungsbestandteile – integrierbar sind: Punkt A verweist durch einen Hyperlink im Web auf Punkt B. Das setzt zunächst weder einen Rückverweis von B zu A (den *kann* es geben, *mus*s es aber nicht geben), noch B's Kenntnis über den Verweis oder gar seine Erlaubnis zum Verweis voraus. In diesem Sinne und durch diese Fähigkeit dienen Hyperlinks im Rahmen der netzwerkanalytischen Betrachtung des Web als die oben beschriebenen, asymmetrischen Kanten (respektive gerichteten Beziehungen), also die verknüpfenden Elemente zwischen einzelnen Knoten. Eine Analyse von Hyperlinkstrukturen innerhalb von Kommunikationszusammenhängen im World Wide Web verbindet demnach zwei der oben aufgezeigten Analyseebenen: Sie beschreibt die Mikroebene eines Netzwerkes – genauer gesagt einzelne Knoten, deren Position und Verknüpfungen; gleichzeitig kann sie aber auch Aussagen über „die Funktionalität [einzelner Knoten, *D.W.*] im Aufbau des Netzwerkes“ (Bucher 2008: 55) treffen und somit die morphologische Außenperspektive einnehmen.

Neben dieser strukturbildenden Funktion weist Park auf einen weiteren Aspekt hin: „Hyperlinks on the Web are considered not simply as a technological tool but as newly emerging social or communicational channel“ (Park 2003a [ohne Seitenangaben]). Park spielt hier auf die intentionale Motivation der Urheber von Hyperlinks an: Hyperlinks entstehen im Regelfall nicht automatisch. Sie werden von Verantwortlichen für Websites aktiv gesetzt. In diesem Sinne fungieren sie nicht allein als technisch-strukturelle

Verknüpfungen, sondern darüber hinaus als „social symbols“ und „signs of communication“ (ebd.) – als soziale und kommunikative Verknüpfungen, deren Urheber immer eine inhaltliche Absicht verfolgen.

Vor diesem Hintergrund wird leicht ersichtlich, warum besonders der oben beschriebene Wert der *Indegree*-Zentralität eines Netzwerk-Knotens im Kontext von Kommunikationsnetzwerken eine zentrale Kennzahl darstellt: Wer als Knoten respektive Website viele Hyperlinks auf sich vereinen kann, der ist das Zentrum bewusster Referenzentscheidungen anderer Knoten bzw. Websites. Damit aber kommt ihm nicht nur strukturell eine herausgehobene Position zu, sondern vor allem sozial. Im Rahmen von Kommunikationsnetzwerken kann davon ausgegangen werden, dass ein solcher Knoten übermäßige Beachtung der anderen Kommunikationsteilnehmer erfährt und dass von ihm stammende Informationen und Kommunikationen große Verbreitung finden. Hyperlinks bewirken also nichts weniger als eine hierarchische Strukturierung von Kommunikationsräumen. Dieses Faktum ist, wie Rainer Rilling bereits 1998 bemerkt hat, kommunikationssoziologisch nicht zu unterschätzen:

„Links stehen für diskursive Strategien. Sie determinieren mögliche Kontexte von Kommunikationen, das ist, wie Derrida bemerkte, immer etwas Politisches, oder, wie Luhmann entwickelte, Macht. Links strukturieren die Verteilung von Sichtbarkeit, Aufmerksamkeit und schließlich Anerkennung“ (Rilling 1998: 150).

Neben der sozialen Differenzierung von Knoten durch Hyperlinks kommt ein weiterer Punkt hinzu, der besonders hinsichtlich der im folgenden Kapitel zu behandelnden Weblog-Kommunikation eine zentrale Rolle spielt: Hyperlinks ermöglichen und unterstützen die Zusammenführung unterschiedlicher, voneinander unabhängiger und ursprünglich getrennter Kommunikationen nach thematischen Gesichtspunkten: „Many Websites with common topics are hyperlinked together“, schreibt Park (ebd.) und führt erklärend an, dass die User einer Seite sich durch solche Verlinkungen verhältnismäßig leicht einen breiteren Überblick über das sie interessierende Thema verschaffen können. Die öffentlichkeitstheoretischen Konsequenzen dieser auf den ersten Blick trivial anmutenden Feststellung sollten nicht unterschätzt werden: Thematische Verlinkungen vereinfachen genau jenes Phänomen, welches in der vorliegenden Arbeit als *issue*-Öffentlichkeit beschrieben wurde, dramatisch. Und auf europäischer Ebene war es ebendieses Modell der *issue*- bzw. Teilöffentlichkeiten, das vor dem Hintergrund des hermeneutisch-pragmatischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit (Kapitel 5.3.) als maximal adäquat für spezifisch europäische Kommunikationszusammenhänge beschrieben wurde.

Im nächsten Schritt gilt es, sich die soziale Qualität von durch Hyperlinks gestifteten kommunikativen Beziehungen näher anzuschauen. Der US-amerikanische Soziologe Mark Granovetter hat bereits 1973, mehr als 15 Jahre vor der Entstehung des Web und somit völlig unabhängig davon, im Rahmen der Analyse sozialer Netzwerke die Theorie der „Strength of weak ties“ aufgestellt (Granovetter 1973), auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

Granovetter geht davon aus, dass es eine Kombination von vier Faktoren ist, welche die Intensität bzw. Stärke persönlicher Beziehungen in sozialen Netzwerken bestimmt (diese Annahme gilt zumindest so lange, wie es sich um wechselseitige und positive Beziehungen handelt [ebd.: 1361]): Der Zeitaufwand, der in eine Beziehung investiert wird, ihre emotionale Intensität, ihre Intimität und schließlich die soziale Leistung, die man in der Beziehung jeweils für den anderen erbringt (vgl.: ebd.). Je enger bzw. ‚stärker‘ eine Beziehung zwischen zwei Individuen A und B nach diesen Kriterien ist, so Granovetters auch empirisch belegte (vgl. ebd.: 1362) Annahme, desto ähnlicher sind sich beide Individuen in unterschiedlichsten Bereichen ihrer Persönlichkeit und desto größere Übereinstimmungen gibt es in ihrem engen sozialen Umfeld (vgl. ebd.):

„Thus, if strong ties connect A to B and A to C, both C and B, being similar to A, are probably similar to one another, increasing the likelihood of a friendship once they have met“ (ebd.).

Im nächsten Schritt qualifiziert Granovetter unterschiedliche Arten von Beziehungen in einem sozialen Netzwerk und hebt dabei die sogenannten Brücken-Beziehungen (*bridges*) hervor: Brücken sind in Netzwerken jene speziellen Verbindungen, die zwischen zwei Punkten den einzig möglichen (oder in großen Netzwerken wenigstens den kürzesten) Weg markieren (vgl. ebd.: 1364). Solchen Brücken spricht Granovetter informations- wie einflussstheoretisch große Relevanz zu:

„Since, in general, each person has a great many contacts, a bridge between A and B provides the only route along which information or influence can flow from any contact of A to any contact of B, and, consequently, from anyone connected indirectly to A to anyone connected indirectly to B. Thus, in the study of diffusion, we can expect bridges to assume an important role“ (ebd.).

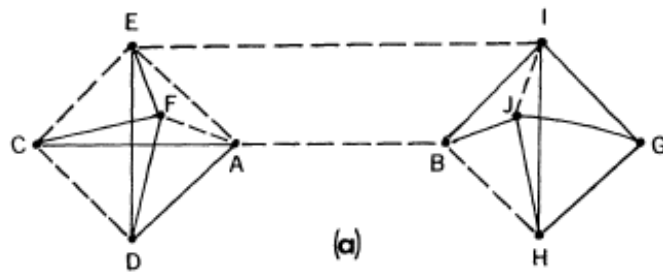


Abb. 1: A---B: *Weak tie* und gleichzeitig kürzeste Verbindung zwischen den Punkten A und B. Die schwache Verbindung A---B fungiert deshalb als Brücke zwischen dem A-Cluster und dem B-Cluster (Quelle: Granovetter 1973: 1365)

Solche Brückenfunktionen jedoch könnten in Netzwerken im Prinzip ausschließlich von schwachen Verbindungen (*weak ties*) übernommen werden (vgl. ebd.). Würde es sich im beschriebenen Beispiel bei der Verbindung zwischen A und B nämlich um eine starke Verbindung handeln, dann wäre davon auszugehen, dass A und B aufgrund ihrer persönlichen Nähe weitere gemeinsame Verbindungen hätten. Die Verbindung A---B hätte somit keine Monopolstellung mehr und wäre nicht mehr als Brücke zu beschreiben.

Weak ties verbinden in Netzwerken also unterschiedliche Cluster von *strong ties* (Abb. 1: durchgezogene Linien) miteinander. Für ein Kommunikationsnetzwerk bedeutet das erstens, dass Kommunikation tendenziell eher auf schwache als auf starke Verbindungen angewiesen ist, sofern sie größere Gruppen von Empfängern erreichen und dabei größere soziale Distanzen überbrücken soll (vgl. ebd.: 1366). Zweitens gilt, dass das Auflösen einer schwachen Verbindung (etwa A---B in Abb.1) bezüglich der Informations- und Kommunikationsflüsse innerhalb eines Netzwerkes viel größeren Schaden anrichtet als das Auflösen einer durchschnittlichen starken Verbindung innerhalb eines Clusters (etwa A-D in Abb. 1; vgl. ebd.: 1366). Erster Fall führt zum Auseinanderfallen des Netzwerkes an einem morphologisch viel wichtigeren Punkt.

Wo liegen nun die Verknüpfungspunkte zwischen Granovetters auf soziale Beziehungen geeichten Theorie und den spezifischen Kommunikationsstrukturen im Web? Zunächst einmal, so konnte bereits weiter oben in diesem Kapitel herausgearbeitet werden, handelt es sich bei in Form von Hyperlinks gestifteten Beziehungen im Web ebenfalls um Beziehungen, die zumindest eine soziale Intention aufweisen. Ein Hyperlink kann einen neutral-informativen Verweis ausdrücken, er kann für einen themenbezogenen Hinweis, für Zustimmung oder für Kritik stehen. Er existiert aber niemals intentionslos. Darüber hinaus gibt es aber eine noch gewichtigere Verbindung zu Granovetters Theorie: Diese Theorie war bereits Anfang der 1970er Jahre eine der ersten, die „den Nutzen von sozialen

Beziehungen nicht handlungs-, sondern gewissermaßen informationstheoretisch bestimmt“ (Holzer 2006: 16) hat. Und aus eben dieser Perspektive gewinnen Beziehungen, die sich nicht durch zwischenmenschliche Faktoren wie Zeitaufwand, Emotionalität, Intimität und reziproke persönliche Leistungserbringung, sondern gerade durch produktive Distanz in Form von Zugang zu weiter entfernten Informationsflüssen auszeichnen, an kommunikationstheoretischer Bedeutung.

Im Web aber ist die breite Verknüpfung von Informationen und Kommunikationen nach thematischen oder anderen Gesichtspunkten auf einem vorher nicht dagewesenen Level möglich. Das Potenzial der digitaler Netzwerkkommunikation des Web zur Ausbildung themen- bzw. *issue*-spezifischer, aber keinesfalls für einander unzugänglicher Öffentlichkeiten lässt sich also informationstheoretisch mit Granovetters Thesen begründen. Mögen diese auch mehr als vierzig Jahre alt sein, so bekommen sie auf der Ebene der aktuellen techniksoziologischen Entwicklungen eine völlig neue Aussagekraft.

Um die strukturellen Charakteristika und die dynamischen Mechanismen solcher Formen digitaler Öffentlichkeit angemessen theoretisch beschreiben zu können, bedarf es neben der Qualifizierung von Hyperlinks als virtuelle Beziehungen gleichsam der Beschäftigung mit der Makro-Form digitaler Kommunikationsnetzwerke. Wir erinnern uns: Yochai Benkler hatte sowohl der Kritik, digitale Öffentlichkeiten seien zu stark zentralisiert als auch dem Vorwurf, sie seien zu fragmentiert, fundamental widersprochen (vgl. Kapitel 6.2.). Beide Kritiken hatten unmittelbar das demokratische Potenzial von Öffentlichkeiten, die auf digitalen Kommunikationsnetzwerken beruhen, in Frage gestellt. Die auf den ersten Blick rein technisch-strukturelle Ebene der Makroform von Kommunikationsnetzwerken im Web ist also für eine spätere normative Bewertung von transnationalen Formen web-basierter Öffentlichkeit von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Hinsichtlich der strukturspezifischen Spannbreite zwischen Zentralisierungs- und Fragmentierungstendenzen im World Wide Web war es der ungarische Physiker Albert-László Barabási, der als erster auf eine Architektur des Web, in die von „a few very highly connected nodes, or hubs“ (Barabási 2003: 58) dominiert werde, nicht nur hingewiesen, sondern diese Architektur auch theoretisch und mathematisch hergeleitet hat (siehe auch: Barabási 2004, 1999): Definiert man die Größe eines Knotens in Netzwerken anhand der Anzahl seiner Verbindungen, dann zeichne sich das Web dadurch aus, dass es eine „relativ geringe Anzahl von sehr großen Knoten“ (Barabási 2004: 16) aufweise, die – in Anlehnung an Fahrradnaben, von denen alle Speichen abgehen – als *hubs* bezeichnet werden. Solche Netzwerke, die von *hubs* dominiert werden, gibt es nicht nur im Web; auch in der Natur –

etwa im Stoffwechselsystem einer Zelle – kommen sie vor (vgl. ebd.). Barabási nennt sie skalenfreie Netzwerke (ebd.; Barabási 2003: 87ff.: „scale-free Networks“), betont aber:

„Ein besserer Name wäre ‚maßstablos‘. Gemeint ist nämlich: in skalenfreien Netzen gibt es keine Knotengröße, die als ‚normal‘ und damit als Maßstab gelten könnte. Es ist also nicht etwa so, dass die überwiegende Mehrheit aller Knoten die Größe – sagen wir – 6 hätte und die anderen von dieser Größe mehr oder weniger zufällig nach unten abweichen. Vielmehr sind die Knoten umso zahlreicher, je kleiner sie sind, und zwar so, dass keine Größe bevorzugt wird“ (Barabási 2004: 16).

Hubs können – wenn man das gesamte Web betrachtet – große Suchmaschinen wie *Google* oder *Yahoo* sein, sie können – wenn man nachrichtlich-mediale Netzwerke betrachtet – große Portale wie in Deutschland etwa *Spiegel Online* oder *Bild.de* sein. „Compared to these hubs“, so betont Barabási (2003: 58), „the rest of the web is invisible“. Das Web besteht also auf makrostruktureller Ebene aus einer kleinen Anzahl extrem verbindungsreicher und damit auch extrem prominenter und informationstheoretisch einflussreicher Knoten auf der einen Seite und aus einer unüberschaubaren Vielzahl sehr kleiner Knoten (je kleiner desto mehr) mit wenigen Verbindungen, die von den *hubs* zusammengehalten werden, auf der anderen Seite.

Diese strukturelle Besonderheit scheint zunächst vor allem die Zentralisierungsthese der Skeptiker gegenüber dem demokratischen Potenzial von Online-Öffentlichkeiten zu bestätigen. Auch Barabási (ebd.) bestätigt: „The hubs are the strongest arguments against the utopian vision of an egalitarian cyberspace. Yes, we all have the right to put anything we wish on the Web. But will anybody notice?“ Gleichzeitig jedoch sorgen *hubs* durch ihre außergewöhnlich hohe Anzahl von Verbindungen für relativ kurze Informationswege zwischen sämtlichen Knoten von Netzwerken im Web: „While two pages on the Web are nineteen clicks away, *Yahoo.com*, a giant hub, is reachable from most webpages in two or three clicks. From the perspective of the hubs, the world is indeed very tiny“ (ebd.: 64).

Die entscheidenden Fragen für eine normative Beurteilung neuer, gegebenenfalls transnational-europäischer Kommunikationsnetzwerke im Web sind demnach, wie es zur beschriebenen Strukturbildung sehr vieler kleiner und sehr weniger sehr großer Knoten kommt und ob diese spezielle Netzwerkdynamik tatsächlich mit einer aus öffentlichkeitstheoretischer Perspektive unzulässigen Zentralisierung einhergeht?

Auf deskriptiver Ebene hat Barabási bereits Anfang des Jahrtausends herausgefunden, dass die Verteilung von Hyperlinks im Web einem mathematischen Potenzgesetz, einem „power law“ (Barabási 2003: 67) folgt:

„Die Wahrscheinlichkeit dafür, dass ein beliebiger Knoten genau k Verbindungen aufweist, ist ungefähr proportional zu $1/k^n$. Wenn man die Zählung auf ‚eingehende‘ Verbindungen

beschränkt, also Hyperlinks, die nicht auf der Website selbst stehen, sondern von anderen auf sie verweisen, ergibt sich für den Exponenten n etwa der Wert 2. Das heißt, Knoten mit k eingehenden Verbindungen sind ungefähr viermal so häufig wie solche mit der doppelten Anzahl $2k$ “ (Barabási 2004: 18).

Obgleich hier nicht weiter auf die mathematische Herleitung dieser Feststellung eingegangen werden kann, wird bereits aus dieser vereinfachten Beschreibung deutlich, was eine *power law*-Verteilung für das Mengenverhältnis von Knoten in Abhängigkeit zu ihrer Größe bedeutet: Erstens dominieren sehr wenige sehr große Knoten das Netzwerk; zweitens nimmt die Anzahl der Knoten mit verschwindender Größe deutlich überproportional zu. Anders ausgedrückt: Auf den größten Knoten eines Netzwerkes folgen ein paar wenige unwesentlich kleiner Knoten, auf diese folgen Dutzende ebenfalls etwas kleinere, darauf hunderte, die wieder etwas kleiner sind usw., bis man schließlich bei den unzähligen kleinen Knoten angelangt ist (vgl. Barabási 2003: 70).

Wie es im Web zu einer solchen Aufmerksamkeitsverteilung (nichts anderes besagt ja die Verteilung von Links) kommt, erklärt Barabási mit seiner Theorie des *preferential attachment*: Wer im Web eine Entscheidung für das Setzen eines Links trifft, so diese Theorie, tut das nicht unvoreingenommen. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass er sich bei dem Ziel der Verlinkung für eine Website entscheidet, die bereits viele Hyperlinks aufweist:

„In the end we all follow an unconscious bias, linking with a higher probability to the nodes we know, which are inevitably the more connected nodes on the Web. We prefer hubs. [...] When choosing between two pages, one with twice as many links as the other, about twice as many people link to the more connected page“ (ebd.: 85).

Dieses Prinzip ergänzt sich mit den zweiten Prinzip, dass das World Wide Web in fundamentaler Weise prägt: Wachstum. Im Web kommen immer neue Websites hinzu und jede neue Website muss, den Logiken der Netzwerkstruktur folgend, Verbindungen schaffen, sprich: Links zu anderen Websites erstellen. Dabei wird sie vorzugsweise jene Knoten auswählen, die bereits viele Links aufweisen. Aufgrund dieser Dynamik spricht Barabási (ebd.: 88) auch von einem „rich-get-richer phenomenon“, dass der Theorie nach eine Proportionalität zwischen Alter und Größe von Knoten bzw. Websites postulieren müsste: Je länger eine Websites online ist, desto mehr Links hat sie und desto mehr Links bekommt sie hinzu. In der Tat macht Barabási für skalenfreie Netzwerke mit *power law*-Verteilung zwei Gesetze aus: „growth and preferential attachment. Each network starts from a small nucleus and expands with the addition of new nodes“ (ebd.: 86).

Die Annahme des Wachstumsvorteils für ältere Knoten allerdings, und darauf haben besonders Adamic und Huberman (2000) hingewiesen, kann nicht erklären, warum es im

Web immer wieder auch neue Knoten gibt, die schnell wachsen und sich bezüglich der Verlinkungsanzahl mit älteren Knoten messen können oder solche gar hinter sich lassen. Das eindringlichste Beispiel hierfür ist heute *Google*. Obwohl erst 1998 auf den Markt der Internet-Suchmaschinen getreten – ein Markt, der damals von der 1994 gestarteten Suchmaschine *Yahoo* dominiert wurde –, ist *Google* 2008 zum Marktführer aufgestiegen.¹⁰² Diesen Umstand des schnelleren Wachstums neuerer Knoten hat Barabási erklärt, indem er neben der Größe eines Knotens (ein Faktor, nach dem immer die älteren Websites bevorzugt werden müssten) dessen „Fitness“ (Barabási 2003: 95ff.) als zweite Determinante für seine Wachstumsdynamik anführt. Diese *Fitness* sei „a Webpage’s ability to bring us back on a daily basis relative to the billions of other pages competing for our attention. It is a quantitative measure of a node’s ability to stay in front of the competition“ (ebd.: 95). Dieser Wettbewerbsvorteil in Form einer besseren *Fitness* kann sich bei unterschiedlichen Genres von Websites unterschiedlich äußern: effektivere Logarithmen bei Suchmaschinen, schnellere, informativere oder exklusivere Aufbereitung von Nachrichten und Texten bei Medienportalen oder Blogs oder – so darf man es etwa für das Beispiel von *Facebook* annehmen – ein besseres Verständnis für soziale Interaktion im virtuellen Raum bei Social-Network-Seiten. Das Phänomen des *preferential attachment*, also der bevorzugten Verlinkung bestimmter Websites sei demnach ein Produkt aus der *Fitness* eines Knotens und seiner durch die Anzahl bereits vorhandener Hyperlinks bedingten Attraktivität. Dabei jedoch würden Websites mit größerer *Fitness* im dynamischen Wachstumsprozess des Web diejenigen Websites mit kleinerer *Fitness* früher oder später hinter sich lassen – und das unabhängig davon, wie lange diese bereits existieren (vgl. ebd.: 96). So sei etwa *Google* ein „latecomer with great search technology“ (ebd.: 97) und deshalb folgerichtig schneller gewachsen als alle schon länger existenten Konkurrenten auf dem Suchmaschinen-Markt.

Während Barabási als Physiker in seiner Analyse auf dieser primär deskriptiven Ebene stehen bleibt, gilt es im hiesigen Kontext, Barabásis Forschungsergebnisse normativ-öffentlichkeitstheoretisch zu interpretieren. Der entscheidende Punkt innerhalb dieser Interpretation ist die Annahme, dass die von Barabási beschriebenen und mathematisch erklärten strukturellen Dynamiken des Web zwar jene basisdemokratisch-egalitären Utopien, die besonders in den 1990er Jahren mit dem internetbasierten Kommunikationsformen immer wieder verbunden worden sind, endgültig zurückweisen; gleichzeitig aber mitnichten eine Reproduktion der zentralistischen Strukturen von

¹⁰² Vgl. <http://www.elcario.de/der-weltweite-suchmaschinenmarkt/498/>; Stand: 26.4.2013.

Öffentlichkeit stattfindet, wie sie für die klassischen Massenmedien prägend sind (vgl. auch Benkler 2006: 242). Neben den größten *hubs*, die in ihrer Reichweite und ihrer begrenzten Partizipationsoffenheit an klassische Massenmedien erinnern, gibt es nach Benkler schließlich eine beträchtliche Anzahl von kommunikativen Knoten mit immer noch moderaten Reichweiten und gleichzeitig „vastly greater numbers of speakers than we heard in the mass-media environment“ (ebd.).

Es sind besonders diese mittelgroßen Knoten des Web, die innerhalb von Kommunikationsnetzwerken klein genug sind, um Informationen und Kommunikationen aus den unzähligen kleinen Knoten aufzunehmen und die gleichzeitig groß genug und vernetzt genug sind, um diese zu Filtern und Wichtiges an größere Knoten weiterzugeben. Sie dienen kommunikationstheoretisch als „points of transfer“ (ebd.: 254). Aus diesem Grund beantwortet Benkler die aus seiner Sicht normativ relevante Frage danach, ob eine aus Kommunikationsnetzwerken des Web sich bildende Öffentlichkeit „broader intake, participatory filtering, and relatively incorruptible platforms for creating public salience“ (ebd.) gewährleisten könne, eindeutig mit ja (vgl. ebd.). Benkler verweist hierzu auf Untersuchungen – etwa jene von Chakrabarti *et al.* (2002) –, nach denen das *power law* in kleineren Kommunikationsclustern (also weit jenseits der Betrachtung des gesamten Web; Benkler spricht hier von „hundreds or even low thousands of Web pages“ [ebd.]) im Web nicht mehr in Reinform gelte: Websites würden sich hier vielmehr zu thematisch- und interessengeleiteten Kommunikationsgemeinschaften zusammenschließen und sich auch nach diesen Gesichtspunkten untereinander verlinken (vgl. Benkler 2006: 250). Besonders in solchen thematischen Kommunikationsclustern, in denen Hyperlinks eben auch nach inhaltsspezifischen Gesichtspunkten und nicht ausschließlich gemäß der Prinzipien des *preferential attachment* gesetzt werden, gäbe es zwar weiterhin eine kleine Anzahl von großen, also hochgradig vernetzten Seiten; auf der Ebene darunter fände man aber eine Verteilung von Hyperlinks, die eher einer stochastischen Normalverteilung als einer *power law*-Verteilung gleiche (siehe Abb. 2; vgl. ebd.; vgl. Chakrabarti *et al.* 2002).

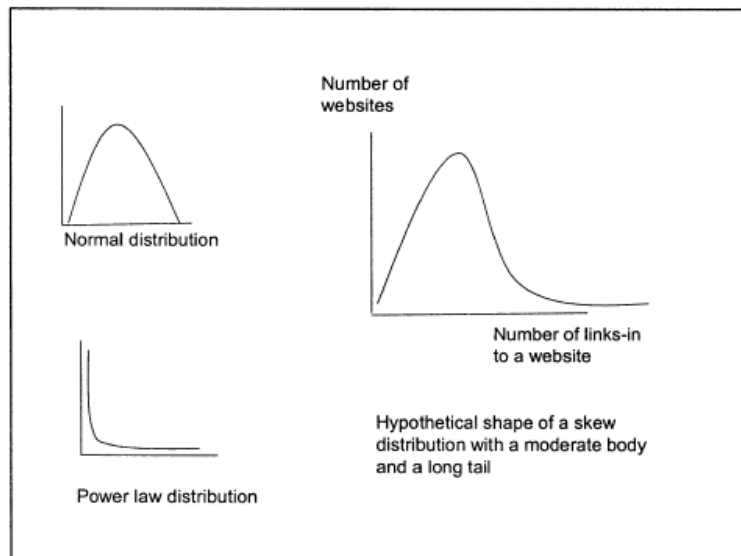


Abb. 2: Unterschiede zwischen einer stochastischen Normalverteilung (links oben), einer *power law*-Verteilung (links unten) und einer moderaten Verteilung von Links, wie sie in kleineren, thematisch bedingten Kommunikationsclustern im Web beobachtet werden kann (rechts) (Quelle: Benkler 2006: 252).

Diese Feststellung aber hat Auswirkungen auf eben jene von Benkler (2006: 247) genannten, normativen Öffentlichkeitskriterien der breiten Zugangsmöglichkeit, der partizipativen Filterprozesse und der annähernd gleichen Chancenverteilung beim Erringen von Sichtbarkeit:

„There is a big difference between a situation where no one is looking at any of the sites on the low end of the distribution, because everyone is looking only at the superstars, and a situation where dozens or hundreds of sites at the low end are looking at each other, as well as at the superstars. The former leaves all but the very few languishing in obscurity, with no one to look at them. The latter [...] offers a mechanism for topically related and interest-based clusters to form a peer-reviewed system of filtering, accreditation, and salience generation. It gives the long tail on the low end of the distribution heft (and quite a bit of wag)” (ebd.: 252f.).

Die bis hierhin aufgezeigten strukturellen Ordnungsprinzipien von Kommunikationsnetzwerken im World Wide Web vermögen eine digitale Netzwerk-Öffentlichkeit zumindest bis zu einem gewissen Grad gegen die demokratie- und öffentlichkeitstheoretisch motivierten Kritiken der unzulässigen Zentralisierung bzw. Fragmentierung zu verteidigen. Dafür sind auf struktureller Ebene vor allem die von Benkler aufgezeigten stufenweisen Filterprozesse verantwortlich. Diese Filterprozess sind – obgleich sie zentrale Instanzen wie *hubs* nicht nur nicht ausschließen, sondern sogar aktiv hervorbringen – informationstheoretisch nicht abhängig von einzelnen Kontrollpunkten,

weil die *bubs* nicht einseitig die Quelle, sondern gleichsam selbst das Produkt von interdependenten Kommunikations- und Verlinkungsprozessen auf den Ebenen mittlerer und kleiner Cluster sind. Des Weiteren – darauf macht Benkler (vgl. ebd.) in Abgrenzung zu den Prinzipien von Aufmerksamkeitsverteilung in klassischen Massenmedien aufmerksam – mögen finanzielle Möglichkeiten zwar nützlich sein, um in Kommunikationsnetzwerken im Web Aufmerksamkeit zu generieren, sie sind aber weder notwendig („necessary“) noch hinreichend („sufficient“): „The networked information economy, unlike its industrial predecessor, does not offer simple points of dissemination and control for purchasing assured attention“ (ebd.).

Die in diesem Kapitel auf Mikro- wie auf Makroebene von Kommunikationsnetzwerken im Web aufgezeigten strukturellen Ordnungs- und dynamischen Wachstumsregeln können auf theoretischer Ebene argumentativ genutzt werden, wenn es um das Potenzial digitaler Kommunikationsnetzwerke geht, politische Öffentlichkeiten zu generieren, die dem in dieser Arbeit entwickelten, europäischen Öffentlichkeitsbegriff standhalten. Sowohl die These einer unzulässigen Zentralisierung wie auch jene einer übermäßigen Fragmentierung der Netzwerke lassen sich also mithilfe der strukturellen Netzwerkanalyse zurückweisen.

Im folgenden Kapitel soll hierauf aufbauend erstens dargelegt werden, dass die hier aufgezeigten Strukturmechanismen für Kommunikationsnetzwerke in und zwischen Weblogs – den sogenannten „Blogosphären“ (Bucher/Büffel 2004; Sunstein 2007: 139) – in besonderer Weise gültig sind; zweitens – und daran anschließend – gilt es zu fragen, inwiefern sich über Weblog-Kommunikation beständige politische Öffentlichkeiten entwickeln können.

7. Politische Blogosphären als netzwerkartige Online-Öffentlichkeiten

Weblogs, als im Internet neu entstandenes Medienformat, haben besonders in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts große Aufmerksamkeit in der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Forschung erregt. Die grösste Definition dieser spezifischen Publikationstechnik, auf die man sich dabei hat einigen können, besagt, dass Weblogs Websites sind, auf denen ein Autor oder mehrere Autoren regelmäßig kürzere oder längere Texte, so genannte Einträge oder *Posts* veröffentlichen, die auf der Website journal-artig und in umgekehrter chronologischer Reihenfolge angezeigt werden (vgl. etwa

Bar-Ilan 2005: 297; Benkler 2006: 217; Wijnia 2004). Die aktuellsten *Posts* sind also stets oben auf der Website zu finden. Ein weiteres, fast durchgängig vorhandenes Charakteristikum besteht darin, dass die Leser von Weblogs unter jedem *Post* Kommentare hinterlassen können, die es theoretisch ermöglichen, dass sich unter den Lesern eines Weblogs bzw. zwischen dem Autor eines *Posts* und seinen Lesern Anschlusskommunikationen entwickeln. Benkler (2006: 217) spricht deshalb davon, dass Blogs mehr eine „weighted conversation“ als ein „finished good“ darstellen würden und Wijnia unterstellt Blog-Autoren generell die Intention, mit ihren Texten Konversationen anregen zu wollen (vgl. Wijnia 2004).

Noch tiefgreifender ist in diesem Zusammenhang die von Perschke geprägte Unterscheidung zwischen „Inselmedien“ und „Oszillationsmedien“ (Perschke 2005 [ohne Seitenangaben]): Während es sich bei ersteren im Web typischerweise um Online-Portale von klassischen Massenmedien handele, „die darauf ausgerichtet sind, Inhalte konzentriert und in geschlossener Form darzubieten und zugänglich zu machen“ (ebd.), hätten Oszillationsmedien demgegenüber die Funktion, Informationen zu generieren und zu synthetisieren, indem Raum für Diskussionen geschaffen wird“ (ebd.). Zu dieser Medienart zählt Perschke explizit die Weblogs, die diesem Anspruch des Schaffens von Diskussionsräumen eben durch die Möglichkeit der unmittelbaren Leser-Kommentierung gerecht würden (vgl. ebd.).¹⁰³

Das dritte Grundcharakteristikum der Weblog-Kommunikation schließlich, dem für die vorliegende Arbeit die größte Relevanz zukommt und auf das deshalb in diesem Kapitel später noch genauer einzugehen ist, sieht die Forschung in der ausgeprägten Vernetzung der Weblogs untereinander und der dadurch entstehenden clusterartigen Entitäten vernetzter Blogs: der sogenannten Blogosphären.

Zeitlich lässt sich das wissenschaftliche Interesse mit der Neuartigkeit, vor allem aber mit der rasanten Verbreitung von Weblogs als Kommunikationsform erklären. Existierten vereinzelte Weblogs bereits ab Mitte der 1990er Jahre – meist in Form persönlicher

¹⁰³ Des Weiteren hat sich vor allem die diskurstheoretisch orientierte medien- und kommunikationswissenschaftliche Forschung immer wieder mit der Frage beschäftigt, ob durch die Möglichkeit des Dialoges zwischen Autor und Lesern in Weblogs und anderen webbasierten Kommunikationsformen eine kommunikative Situation geschaffen werde, in der jene diskursethischen Regeln Anwendung finden, die Habermas in seinem Modell des kommunikativen Handelns zu Bedingungen für einen Sprechakt im Sinne „verständigungsorientierter Einstellung“ (Habermas 1989: 595) der Teilnehmer erhoben hat (siehe hierzu für die deutsche Kommunikationswissenschaft etwa Albrecht [2010] und für die englischsprachige Kommunikationswissenschaft Wijnia [2004]). Diese diskurstheoretische Perspektive ist für einen Fokus auf die netzwerkartige Transnationalisierung von Öffentlichkeiten im WWW nicht gänzlich unbedeutend, sie steht aber in der vorliegenden Arbeit nicht im Zentrum des Interesses und sie kann daher hier nur gestreift werden.

Online-Journale von Webdesignern, die ihre Texte untereinander verlinkten (vgl. Keren 2006: 5) – so begann die massenhafte Verbreitung dieses Online-Publikationstypus Anfang der 2000er Jahre, als verschiedene IT-Firmen eine Software entwickelten, mit der jeder Internetnutzer verhältnismäßig voraussetzungsarm eigene Weblogs kreieren und ins Netz stellen konnte (im Jahr 2008 listete die größte Weblog-Suchmaschine www.technorati.com schließlich mehr als 112 Millionen Blogs¹⁰⁴).

Damit war bereits vor der Etablierung des Begriffs ‚Web 2.0‘ die Zeit der Beschreibbarkeit des Internet durch Leihen faktisch angebrochen. Besonders in den USA starteten viele Internetnutzer ihre eigenen Weblogs in Form von dem Inhalt nach privaten, aber öffentlich zugänglichen Online-Tagebüchern, auf denen sie in periodischen Abständen über ihr eigenes Leben berichteten. Reisetagebücher, Auslassungen über den beendeten

¹⁰⁴ Quelle: Wikipedia (<http://en.wikipedia.org/wiki/Technorati>; Stand: 3.6.2013). Diese Zahl der auf [technorati.com](http://www.technorati.com) registrierten Weblogs hat sich allerdings drastisch verringert, seit die Suchmaschine darauf umgestiegen ist, nur noch englischsprachige Weblogs zu listen. Im Juni 2013 sprach Technorati selbst nur noch von einer Größenordnung von „more than a million blogs“ (Quelle: <http://technorati.com/about-technorati/>; Stand: 3.6.2013). Ungeachtet dessen dürfte die Anzahl der weltweit existenten Weblogs jenseits der Technorati-Listung weiter gestiegen sein und nach Schätzungen aus dem Jahr 2012 bei über 170 Millionen liegen (Quelle: <http://blog.grey.de/allgemein/zahl-der-blogs-weltweit-steigt-stetig-und-in-deutschland/#.Ua2bkJX6-GM>; Stand: 4.6.2013).

Allerdings, so betont etwa Schmidt, ist es aus methodischen Gründen extrem schwierig, die genaue Anzahl von Weblogs im Internet überhaupt zu ermitteln: „Viele Weblogs werden außerhalb von einschlägigen Plattformen (wie z. B. today.net oder myblog.de) geführt, sodass kein zentrales Verzeichnis registrierter Weblogs (analog zu registrierten Nutzern auf anderen Plattformen) existiert. Auf Blogs spezialisierte Suchmaschinen wie Technorati sind daher darauf angewiesen, mit Hilfe spezieller Programme (sog. ‚Crawler‘) das Internet zu durchsuchen. Dabei stellt sich das Problem, dass ein substantieller Anteil von Weblogs inzwischen einzig zum Zweck der Suchmaschinenoptimierung angelegt und automatisch mit Beiträgen befüllt wird. Diese ‚Spam Blogs‘ oder ‚Splogs‘ machen Schätzungen der Technorati-Betreiber zufolge einen Anteil von etwa 5 bis 10 Prozent aller Blogs aus“ (Schmidt 2009: 51).

Darüber hinaus veröffentlicht Technorati seit 2004 jedes Jahr den so genannten *State of the Blogosphere*-Bericht – einen auf Umfragen und statistischen Auswertungen basierenden Jahresbericht über die Entwicklung der weltweiten Blogosphäre, bei dem jedes Jahr andere thematische Schwerpunkte gesetzt werden. Laut Bericht aus dem Jahr 2010 kamen im selben Jahr 49% der weltweit erfassten Weblogs aus den USA und 29% aus der EU (Quelle: <http://technorati.com/social-media/article/state-of-the-blogosphere-2010-introduction/>; Stand: 3.6.2013). Hierbei gilt es erneut zu erwähnen, dass nur englischsprachige Blogs in dieser Listung aufgenommen sind. Im Jahresbericht 2011 vermerkt Technorati die Aufteilung zwischen unterschiedlichen Webblog-Kategorien: Danach seien 60% der gelisteten Weblogs „Hobbyist“-Blogs (also überwiegend mit privaten Inhalten gefüllt), 18% der Blogger seien „Professional Part-and-Full-Timers“ (medienähnliche Angebote), bei 8% handele es sich um „Corporate“-Weblogs (zu PR- und Marketingzwecken) und bei 13% um „Entrepreneur“-Weblogs (Eigentümer und Chefs von Firmen und Organisationen, die über ihre Arbeit bloggen; Quelle: <http://technorati.com/social-media/article/state-of-the-blogosphere-2011-introduction/page-1/>; Stand: 3.6.2013). Im Jahresbericht 2009 hingegen hatte Technorati die Themen erfragt, über die gebloggt wird. Hier gaben im Durchschnitt aller Weblog-Kategorien 32% aller Blogger an, regelmäßig über Politik zu schreiben. Nach den Antworten „Other“ und „Personal Musings“ war Politik damit die dritthäufigste Antwort auf die Themenfrage (Quelle: <http://technorati.com/social-media/article/day-2-the-what-and-why2/>; Stand: 3.6.2013).

Arbeitstag oder die Feier vom Wochenende waren thematische Mittelpunkte subjektiver Erzählungen, an denen plötzlich jeder Interessierte aus Familie oder Freundeskreis teilhaben konnte. Die im Internet veröffentlichten Texte hatten dabei nicht selten den spärlichen rhetorischen Stil von Logbucheinträgen, so nannte man sie Web-logs oder kurz: Blogs.

Mit zunehmender Verbreitung dieses Formats kam es auch zu einer zunehmenden Professionalisierung. Politische Wahlkämpfer und Aktivisten jeglicher Couleur starteten eigene Weblogs, um eine potenziell unbegrenzte Leserschaft an ihren Anschauungen, Forderungen und Aktivitäten teilhaben zu lassen¹⁰⁵. Bereits mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, und noch stärker im Zuge des Irak-Krieges im Jahr 2003, in dessen Kontext sich in den USA sogenannte ‚Warblogs‘ etablierten, erlangte neben den privaten Online-Tagebüchern und den als politische Kommunikationsinstrumente genutzten Blogs eine weitere Unterkategorie von Blogs weltweite Popularität: die (laien-)journalistischen Publikationsformate mit subjektiven Krisenberichten und -deutungen (vgl. ebd.). Im ersten Fall veröffentlichten individuelle Augenzeugen unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September persönliche Eindrücke und Deutungen vom Geschehen, während es zwei Jahre später im Irak-Krieg alternative, meist kritische Deutungen des amerikanischen Kriegseinsatzes waren, die die *War-Blogger* unmittelbar aus dem Kriegsgebiet ins Web schickten und die dort zum Teil große Verbreitung erfuhren. Nicht selten distanzieren sich die Autoren dabei gezielt von der Berichterstattung der amerikanischen Massenmedien¹⁰⁶.

Diese dem Inhalt nach politischen, dem Anspruch nach journalistisch-medialen Weblogs (neben denen die als private Online-Tagebücher geführten Blogs bis heute weiter existieren) sind deshalb besonders in den USA zu einem zunehmend einflussreichen Player auf dem Medienmarkt geworden (vgl. Berendt 2008: 73). Heute haben die erfolgreichsten und professionalisierten Blog-Betreiber mit den größten Leserkreisen (sogenannte *A-List-Blogger* [vgl. Schmidt 2009: 52]) in den USA längst eine respektierte Stimme im Rahmen

¹⁰⁵ Das erste prominente Beispiel hierfür war die Kandidatur des US-Politikers Howard Dean, der sich 2003 um das offizielle Kandidatenamt der Demokratischen Partei für die Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten bewarb. Dean war der erste Spitzenpolitiker, der seine gesamte Kampagne an zentralen Punkten auf Internet-Wahlkampftools und im speziellen auf Weblog-Kommunikation aufbaute.

¹⁰⁶ In diesem Zusammenhang konstatiert etwa Jürgen Habermas eine unzulängliche bzw. nicht vorhandene kritische Distanz der amerikanischen Printpresse gegenüber der Kommunikationspolitik des Weißen Hauses vor und nach dem Einmarsch amerikanischer Truppen in den Irak im März 2003: „Verglichen mit den gleichzeitig in der europäischen Presse erscheinenden Berichten und Kommentaren hat die amerikanische Presse, haben insbesondere Qualitätszeitungen wie die *New York Times* vor der Aufgabe versagt, konkurrenzfähige Interpretationen anzubieten“ (Habermas 2008: 181).

politischer Diskurse und werden sowohl von Politikern als auch von traditionellen Medieninstitutionen wahr- und ihre Ansichten ernst genommen.

Eine vergleichbare politische und mediale Wirkmächtigkeit von Weblogs hat sich in Deutschland bis heute nicht etablieren können, obgleich einige Autoren den erfolgreicherer deutschen Bloggern sehr wohl attestieren, „wichtige Nischen“ zu besetzen, „untereinander gut vernetzt“ zu sein und „von Multiplikatoren gelesen“ zu werden (Beyer/Rolke 2013: 11). Hauptgründe für die vergleichsweise beschränkte publizistische Wirkungsmacht der deutschen Blogosphäre sind, dass die relativen Nutzerzahlen dieses Online-Medienformats in Deutschland weit hinter denen in den USA liegen (vgl. Bieber 2012: 18f.) und dass die Blogosphäre hierzulande stärker als in den USA eingeklemmt ist „zwischen den mächtigen klassischen Medien und den schnell wachsenden Communities wie Facebook und Twitter“ (Beyer/Rolke 2013: 11)¹⁰⁷.

Dieses Faktum erklärt auch den von Eilders bereits 2006 beklagten und bis heute gültigen Umstand, dass „der bisherige empirische Forschungsstand zu Weblog-Inhalten im deutschsprachigen Raum als äußerst dürftig zu bezeichnen“ (Eilders 2006: 65) ist. Die aussagekräftigsten Ergebnisse zur Weblog-Nutzung hierzulande haben in den letzten Jahren sicherlich Martin Emmer, Gerhard Vowe und Jens Wolling in ihrer 2011 publizierten Langzeitstudie vorgelegt, in der sie im Zeitraum von 2002 bis 2009 die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland in verschiedenen Hinsichten untersucht haben (vgl. Emmer/Vowe/Wolling 2011). Für den Bereich der Nutzung von politischen Weblogs, den die Autoren vor allem in den Jahren 2008 und 2009 untersuchten, kommen sie zu dem Ergebnis, dass jeweils knapp 30% aller Befragten¹⁰⁸ und jeweils ca. 45% der Onliner unter den Befragten¹⁰⁹ angaben, schon einmal „ein Weblog gelesen zu haben, das politische Themen behandelt“ (ebd. 134). Das, so räumen die Autoren ein, seien zwar deutlich höhere Werte als bei der Nutzung von Politiker-Homepages (vgl. ebd.: 136), jedoch sei der Anteil an Weblog-Nutzern im Vergleich zu den Nutzeranteilen anderer Online-Angebote mit Informationen über das tagesaktuelle politische Geschehen eher gering (vgl. ebd.). Bei der publizistisch aktiven Nutzung von Blogs „durch die Bereitstellung eigener Inhalte“ (ebd.: 196) wird der Nischenstatus des

¹⁰⁷ Felix Salmon hat zudem auf vorwiegend kulturelle Gründe hingewiesen, um den Nischenstatus der deutschen Blogosphäre zu erklären. Vgl.: <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/29176>; Stand: 11.6.2013.

¹⁰⁸ Repräsentative Stichprobe der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren (vgl. Emmer/Vowe/Wolling 2011: 34).

¹⁰⁹ Die ausschlaggebende Frage zur Einstufung als *Onliner* lautete dabei: „Haben Sie persönlich die Möglichkeit, ins Internet zu gehen? Damit meinen wir nicht nur zu Hause, sondern auch an anderen Orten, z.B. an ihrem Arbeitsplatz“ (ebd.: 52).

Bloggens als (laien-)journalistische Praxis in Deutschland dann sehr deutlich: Während in einer ersten Befragungswelle im Jahr 2004 noch fast 9% aller Onliner angegeben hatten, selbst ein Weblog zu führen (vgl. ebd.), sei dieser Wert im Jahr 2009 auf weniger als 1% der deutschen Onliner gesunken (vgl. ebd.). Die Autoren relativieren dieses Ergebnis zwar mit dem Hinweis auf veränderte Abfragemethoden ab dem Jahr 2007 (vgl. ebd.), räumen aber dennoch ein, dass Weblogs in Deutschland „nach einem kurzen Hype in den Jahren 2004 und 2005 [...] nur noch für eine kleine Minderheit ein relevantes Medium [sind], um sich auszudrücken“ (ebd.: 198). Auch die ARD/ZDF-Online-Studie 2013 kommt zu ähnlich verhaltenen Ergebnissen: So hat sich der Anteil an deutschen Onlinenutzern ab 14 Jahren, die als Leser „zumindest gelegentlich“ Weblogs nutzen, im Vergleich zu 2012 zwar mehr als verdoppelt (von 7% auf 16%), allerdings nutzen nur 4% dieses Medienformat „zumindest 1x wöchentlich“ (van Eimeren/Frees 2013: 364).

Obgleich für den gesamten europäischen Raum keine vergleichbaren Untersuchungen aus den letzten fünf Jahren existieren und die Ergebnisse ähnlicher vorhandener Untersuchungen zur aktiven und passiven Weblognutzung, abhängig von der Methodik, teilweise zu auffallend divergierenden Ergebnissen kommen (vgl. hierzu Neuberger 2007: 97), hat Neuberger in einer synoptischen Metauntersuchung verschiedener Studien zu Angebot und Nutzung von Weblogs im Jahr 2007 versucht, Trends herauszuarbeiten¹¹⁰. Im Ergebnis seiner Meta-Studie wird ebenfalls deutlich, „dass Deutschland bei der Diffusion des Formats Weblog in der Entwicklung hinter anderen Industrieländern zurückbleibt“ (ebd.). In diesem Kontext zitiert er etwa eine 2006 durchgeführte Studie der *European Interactive Advertising Association* (EIAA), nach der in Deutschland im September 2006 nur 8% der Internetnutzer „mindestens monatlich in Weblogs aktiv“ (ebd.) waren, während der Durchschnitt aus acht weiteren untersuchten EU-Ländern plus Norwegen im gleichen Zeitraum bei 15% lag (vgl. ebd.). Eine besonders hohen Anteil an Weblognutzern konnten hier Frankreich (25%), Dänemark (20%) sowie Belgien (19%) verzeichnen. Eine ebenfalls im Jahr 2006 durchgeführte und von Neuberger ausgewertete *Edelman*-Studie zeichnet ein etwas stärker ausgeglichenes, der Tendenz nach aber ähnliches Bild: Während hier 15% der deutschen Internetnutzer angaben, „Weblogs zu lesen“ (ebd.: 100), lagen die entsprechenden Werte in Großbritannien bei 23%, in Frankreich bei 22% und in Italien und Polen jeweils bei 16%. Auch zeigt die selbe Studie, dass die Weblog-Leser in Deutschland im globalen und europäischen Vergleich eine eher geringe Affinität aufweisen, neben dem Lesen von Weblogs auch aktiv, etwa in Form des Schreibens von

¹¹⁰ Allerdings beziehen sich die hier von Neuberger ausgewerteten Studien auf Weblogs allgemein und nicht explizit auf politische Weblogs.

Kommentaren, in die Kommunikation einzusteigen. Während die Aktivitätswerte für die USA, Großbritannien, China und Polen hier jeweils bei 28% der Weblognutzer liegen, kommt Frankreich immerhin auf 27% – Deutschland fällt mit 15% recht deutlich dahinter zurück.

Aus diesen Daten, deren methodische Vergleichbarkeit – so betont Neuberger ausdrücklich (ebd.: 97) – nur in sehr engen Grenzen gegeben ist, wird immerhin deutlich, dass die passive wie aktive Nutzung von Weblogs in Europa nicht einheitlich ist. Lediglich ein Abfallen der europäischen Länder hinter den USA sowie ein Abfallen Deutschlands im innereuropäischen Vergleich sind vergleichsweise deutlich auszumachen. Zur Erklärung des letzteren Phänomens führt Neuberger unter anderem ein kulturelles Argument an, nämlich die in Deutschland besonders ausgeprägte „vorrangige Orientierung an der Reputation von Anbietern“ (ebd.: 102). Über einen in Deutschland vergleichsweise nach wie vor stabilen Printmedien-Sektor (vor allem im Vergleich zu den USA) als weiteren Grund zumindest für eine eher reichweitschwache politische Blogosphäre ließen sich wohl berechnete Vermutungen anstellen.

Ungeachtet der Verhältnisse in Deutschland haben in der anglo-amerikanischen wie auch in der deutschen Kommunikationswissenschaft besonders die technische Entwicklung, die Verbreitung und die politische Wirkmächtigkeit von Weblogs in den USA zu intensiven Betrachtungen des Verhältnisses von Weblogs und traditionellem Journalismus bzw. der vermeintlichen Aufhebung einer Grenze zwischen professionellem und Laienjournalismus auf der einen Seite und der Grenzauflösung zwischen Medienproduzenten und Medienrezipienten auf der anderen Seite geführt (siehe hierzu etwa: Blood 2003; Bucher/Büffel 2004; Eilders 2006; Neuberger 2004, 2005, 2007, 2009; Wall 2005). Diese publizistikwissenschaftlichen Diskurse, die fast immer in normative Debatten über die Funktionen und Aufgaben von Medien in einer Demokratie eingebettet werden, stehen in der vorliegenden Arbeit jedoch nicht im Zentrum des Interesses. Sie sollen daher im Folgenden nur ausschnittsweise abgebildet werden.

Auf normativer Ebene lässt sich dabei zunächst der mit dem Medienformat der Weblogs immer wieder verknüpfte Anspruch ausmachen, den klassischen Journalismus „durch ein aktives Publikum“ zu ergänzen, „das Inhalte aus etablierten und neuen Quellen beobachtet, nach eigenen Kriterien bewertet und neu zusammenstellt“ (Schmidt 2009: 57). Besonders die Verfechter eines Ideals von möglichst barrierefreier und egalitärer Online-Kommunikation, bei der gilt: „Everyone is a pamphleteer“ (Benkler 2006: 242), haben

immer wieder auf die publizistischen und medientheoretischen Konsequenzen dieses Anspruchs hingewiesen. Im Web generierte Öffentlichkeiten, so schreibt etwa Bruns,

„no longer rely on the presence of specific entities in the journalism industry to provide their information, but are engaged in a communal process of *gatewatching* in which bloggers and citizen journalists identify and link to or directly cite relevant materials as they become available” (Bruns 2008b: 74).

Dieser nicht nur in Weblogs, aber in besonderer Weise dort stattfindende Prozess des *Gatewatching* unterscheidet sich vom für die Arbeitsweise klassischer Massenmedien charakteristischen Prozess des *Gatekeeping* ja gerade dadurch, dass er einen fundamental anderen Kontrollmechanismus für das Agenda-Setting und die Verbreitung von Nachrichten etabliert: Die Entscheidung, welche Nachrichten auf die öffentliche Agenda gelangen, werden dem Anspruch der Netz-Apologeten nach im Web nicht mehr von wenigen privilegierten Medieninstitutionen getroffen – vielmehr kann alles veröffentlicht werden und die Kommunikations-Communities im Netz entscheiden im Kollektiv darüber, welche Themen sie diskursiv weiterverarbeiten und welche mehr oder weniger ungehört verhallen. Clay Shirky hat diesen Paradigmenwechsel am Treffendsten auf den Punkt gebracht:

„The order of things in broadcast is ‚filter, then publish.‘ The order in communities is ‚publish, then filter.‘ If you go to a dinner party, you don't submit your potential comments to the hosts, so that they can tell you which ones are good enough to air before the group, but this is how broadcast works every day. Writers submit their stories in advance, to be edited or rejected before the public ever sees them. Participants in a community, by contrast, say what they have to say, and the good is sorted from the mediocre after the fact” (Shirky 2002).

Damit findet im Web, zumindest dem normativen Anspruch nach, ein auf die Kontrolle von Nachrichtenthemen bezogener publizistischer Machtwechsel statt, der der kollaborativen Arithmetik von Weblogs, wie sie im Folgenden noch genauer zu beschreiben ist, tendenziell näher kommt, als dem klassischen, vor-publizistischen Auswahlprozess der traditionellen Massenmedien. Diesem Anspruch allerdings ist vonseiten der empirischen Forschung die Tatsache entgegengehalten worden, dass solche Weblogs, die dem Inhalt nach politisch und der Form nach quasi-journalistisch operieren, keinesfalls hermetisch vom Output der klassischen Massenmedien abgeschnitten sind – dass sie im Gegenteil sogar zu keiner Kategorie von Websites so häufig Bezugnahmen in Form von Hyperlinks erstellen wie zu Online-Portalen traditioneller Medienorganisationen (vgl. Tsui 2008: 78) und somit keineswegs thematisch autarke Öffentlichkeiten schaffen (vgl. Woody 2008: 122). Anhand dieser empirisch gesicherten Intensität der thematischen

Bezugnahmen von Blogs auf klassische Massenmedien lässt sich also die begründete Vermutung aufstellen, dass der Prozess des *Gatewatching* den klassischen Prozess des *Gatekeeping* selbst im Netz allenfalls ergänzt, keinesfalls jedoch verdrängt.

Eine weitere Perspektive in der Debatte um die publizistischen Konfliktlinien zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Medien nehmen Bucher und Büffel (2004) ein, indem sie Weblogs als konsequente Antwort auf eine unzureichende Globalisierung der klassischen Massenmedien deuten (vgl. Bucher/Büffel 2004 [ohne Seitenangaben]). In Anlehnung an Castells und mit Bezug auf die fortschreitende Globalisierung unterschiedlichster Bereiche der gegenwärtigen Gesellschaften sprechen die Autoren von einer zunehmend „globale[n] Netzwerkorientierung der neuen Kommunikationsverhältnisse“ (ebd.), die das „Funktionssystem Journalismus [...] nicht hinreichend aufgenommen und als Anstoß zu Strukturveränderungen genutzt“ (ebd.) habe. Weblog-Kommunikation verkörpere deshalb nichts weniger als den „Strukturwandel des Journalismus unter den Bedingungen der Weltgesellschaft“ (ebd.):

„Weblogs sind, auf einer höheren systemischen Abstraktionsebene, als Versuch des Systems der Medienkommunikation zu verstehen, die strukturelle Kopplung an eine veränderte – globale – Umwelt zu optimieren und damit die Integrationsleistung der Medienkommunikation auch unter den veränderten Bedingungen sicherzustellen. Insbesondere die globalen Krisen des letzten Jahrzehnts haben gezeigt, dass die Thematisierungsfunktion für die öffentliche Meinungsbildung nicht mehr ausschließlich dem traditionellen Journalismus überlassen werden kann“ (ebd.).

Diese These ist, zumindest auf abstrakter Ebene, in hohem Maße anschlussfähig an die in der vorliegenden Arbeit vorgenommene kausale Verknüpfung von digitalen Netzwerk-Öffentlichkeiten auf der einen und Translokalisierungs- bzw. Transnationalisierungsprozessen von Kommunikation auf der anderen Seite. In ihrem damit verbundenen Abgesang auf die Funktionalität des traditionellen Journalismus allerdings ist den Autoren dennoch nur äußerst begrenzt und auf die transnationale Ebene bezogen zuzustimmen. Dass die klassischen Massenmedien auf nationaler und subnationaler Ebene mitnichten ihre Funktionalität verloren haben, gesellschaftliche Globalisierungsprozesse mitunter sogar mit einer Stärkung von regionalen Identitäten und Identifikationen einhergehen (Stichwort „Glokalisierung“ [vgl. etwa Klaus 2006: 98]), ist ja unbestritten die andere Seite der Medaille. So scheint das Phänomen der Globalisierung von Kommunikation ein eindeutiges Faktum zu sein, dass jedoch nicht mit einem funktionalen Legitimationsverlust der traditionellen Massenmedien auf nationaler oder subnationaler Ebene gleichgesetzt werden sollte.

Neben den beiden bislang aufgezeigten Konfliktlinien zwischen dem klassischen Journalismus und der Weblog-Kommunikation – der Frage nach Informationskontrolle sowie nach medialer Anpassungsfähigkeit gegenüber Globalisierungsprozessen – lassen sich zwei weitere Punkte ausmachen, an denen sich Weblog-Kommunikation vor allem auf kultureller Ebene von klassischem Massenmedien-Journalismus unterscheidet. Zum einen muss hier mit Klaus Beck (2008: 67) das für Weblog-Kommunikation spezifische „Verständnis von Objektivität und Ausgewogenheit“ benannt werden. Beck macht darauf aufmerksam, dass die in der traditionellen journalistischen Ethik durchaus grundlegende Frage nach der Möglichkeit von Objektivität im Rahmen journalistischer Berichterstattung im Bereich der Weblog-Publikation von vielen Autoren entweder „nicht thematisiert“ oder gar „explizit verneint“ werde (ebd.). Hier liege ein Selbstbild von Weblog-Autoren als Publizisten vor, das sich vom traditionellen Selbstbild eines Journalisten eklatant unterscheidet:

„[...] der Wert Objektivität wird auch als operative Fiktion, also in der Praxis zwar nicht erreichbares, aber anzustrebendes Handlungsziel, abgelehnt und entweder durch einen emphatischen Subjektivitätsbegriff oder durch ein außenpluralistisches Diskursmodell ersetzt“ (ebd.).

Diese Vermutung korrespondiert mit den Ergebnissen einer nicht-repräsentativen Umfrage aus dem Jahr 2005, in der deutschsprachige Blogger nach ihren Motiven zum Betreiben eines Weblogs gefragt wurden (vgl. Neuberger 2007: 103). Die am häufigsten genannte Antwort war dabei „Ich will Diskussionen anregen“ (51%), gefolgt von den Antworten „Ich möchte meine persönliche Meinung verbreiten“ (47%), sowie „Ich möchte mein Wissen über wichtige Themen mit möglichst vielen teilen“ (47%) (vgl. ebd.). Auch hier wird eine gewisse Idealisierung von Subjektivität sehr deutlich¹¹¹. Korrespondierend dazu, so hält etwa Jan Schmidt als ein Ergebnis seiner kommunikationssoziologischen Studie zu Weblogs fest, ist diese emphatisch aufgeladene Subjektivität auch für viele Weblog-*Leser* ein Hauptgrund für die Nutzung dieser Formate: „Es wird von einem Weblog-Autor erwartet, authentisch und ‚mit seiner eigenen Stimme‘ zu kommunizieren“ (Schmidt 2006b: 47). Anhand der Frage nach dem Umgang mit dem Ideal der Objektivität wird also ein weiteres Distinktionsmerkmal der Weblog-Kommunikation deutlich, das Johnson *et al.* (2007 [ohne Seitenangaben]) so zusammenfassen:

„While studies of traditional media suggest that opinionated writing lowers the credibility of the medium, blog users claim that opinionated, thoughtful analysis of the news is precisely what is missing from mainstream media and adds to blog credibility.“

¹¹¹ Zu ähnlichen Ergebnissen kommen für die US-amerikanische Blogosphäre auch Johnson *et al.* (2007).

Mit dem Verhältnis der Blogger zu ihren Lesern ist der letzte Punkt der Debatte um die Grenzziehungen zwischen Weblog- und traditioneller Medienkommunikation bereits benannt. Park (2009: 266) spricht hier in Anlehnung an einen Begriff von Pierre Bourdieu von einem „double break“ (vgl. Bourdieu 1990: 150), der sich in der Distanzierung von vielen Bloggern gegenüber dem traditionellen Stereotyp eines Journalisten und dem gleichzeitigen Verwischen einer sozialen Grenze zwischen Bloggern und ihren Lesern zeige. Während Journalisten im traditionellen Sinne ihre publizistische Autorität markieren würden, indem sie sich gegenüber ihren Lesern als Experten auf ihrem Publikationsgebiet stilisieren und somit einen sozialen „single break“ (Park 2009: 266) aufbauen, sei es für Blogger gerade ein typisches Verhalten, mit diesem sozialen Distinktionsmechanismus zu brechen, indem sie jenen Expertenstatus offensiv zurückweisen. Genau hierin liege im Sinne Bourdieus der ‚double break‘:

„By taking on journalists and laying claim to equality with the audience, the political bloggers construct a picture of the world that locates themselves on the side of their audience and against the journalists“ (ebd.).

Damit findet, analog zur verhältnismäßig voraussetzungsarmen Möglichkeit der Publikation von Inhalten auf technischer Ebene, auch auf sozialer Ebene ein Verwischen der traditionell nur schwer überwindbaren Grenze zwischen publizistisch aktiven Autoren auf der einen Seite und passiven Lesern auf der anderen Seite statt. Allerdings verschweigt auch Park – wie beinahe alle Apologeten einer möglichst egalitären Kommunikationsumwelt im Web –, dass es eine empirisch bislang durchaus ambivalent beantwortete Frage ist, ob gerade erfolgreiche Blogger sich sozial tatsächlich mit ihrer Leserschaft gemein machen und ihren Expertenstatus als Autor dabei explizit negieren oder ob sich bei reichweitenstarken Blogs nicht vielmehr ebenfalls die sozialen Rollenverteilungen der Massenmedien etablieren.

Damit sind die zentralsten Aspekte der Debatte um einen durch Weblogs etablierten, neuen und gebietsweise politisch wirkmächtigen Typus von Laienjournalismus und sein Verhältnis zum klassischen Massenmedienjournalismus benannt: Neue Mechanismen des Agenda-Setting und die Frage nach dem Anpassungswillen und den Anpassungsmöglichkeiten an die zunehmende Globalisierung von Kommunikation auf struktureller Ebene, sowie ein neues Verständnis von publizistischer Objektivität und eine zumindest *idealiter* stattfindende Neudefinition des Verhältnisses zwischen Autoren und Lesern auf Akteursebene.

Von weitaus zentralerer Bedeutung als dieser publizistikwissenschaftlich geführte Diskurs um Trennungslinien und Verbindungselemente zwischen ‚altem‘ und ‚neuem‘ Journalismus ist im hiesigen Kontext jedoch die Diskussion um spezielle kommunikationstechnische

Eigenschaften von Weblogs, die es ihnen auf struktureller Ebene ermöglichen, themenbezogene, untereinander vernetzte und gegebenenfalls translokale Öffentlichkeiten zu generieren. Diese Eigenschaften und die sich daraus ergebenden kommunikativen Strukturen der Blogosphäre sollen im Folgenden analysiert, bewertet und hinsichtlich ihrer Implikationen für Online-Ausprägungen einer netzwerkartig organisierten europäischen Öffentlichkeit, wie sie die vorliegende Arbeit als Modell zu entwickeln trachtet, untersucht werden.

Wie bereits im vorigen Kapitel für das gesamte World Wide Web dargelegt, sind die Möglichkeiten der strukturellen Vernetzung von Kommunikation *via* Hyperlinks auch für das Format der Weblogs von absolut zentraler Bedeutung. Bereits seit den Anfängen des Bloggens in der Mitte der 1990er Jahre stellen die Hyperlink-Verweise auf Quellen oder andere Referenzen *das* entscheidende Charakteristikum innerhalb von Weblog-Texten dar. Neben den klassischen Hyperlinks, deren Funktionsweise bereits im vorigen Kapitel besprochen wurde, verwenden Weblogs des Weiteren die sogenannte *Trackback*-Technologie, welche eine entscheidende Erweiterung der Verknüpfungsmöglichkeiten darstellt. Während der Autor eines Textes beim Hyperlink aktiv auf eine Quelle oder einen anderen Referenztyp verweist, funktioniert der Trackback genau umgekehrt: Er befindet sich zumeist unterhalb der Weblog-Einträge, zeigt an, wenn sich in anderen Texten auf den speziellen Weblog-Eintrag bezogen wurde und verweist dabei auf diese Bezüge – verfolgt sie also gewissermaßen zurück. Katzenbach schreibt hierzu:

„Dadurch [durch die Trackback-Technologie, *D.W.*] können Weblog-Beiträge, im Gegensatz zu herkömmlichen Websites, eine Liste der Seiten, die auf sie Bezug genommen haben, darstellen. Auf diese Weise wird das Netz zwischen Blog-Beiträgen (und anderen Seiten, die diese Technologie verwenden) wesentlich enger geknüpft – nämlich beidseitig. Autoren und Nutzer sehen, an welcher Stelle eine Diskussion weiter geführt oder zumindest Bezug auf den Text genommen wird. Während bei gewöhnlichen Links Teile der Debatte, und besonders ihre Fortführung unsichtbar bleiben, machen Trackbacks den gesamten Diskussionszusammenhang manifest. Autor und Leser eines Dokuments sehen sowohl die Texte, die die Diskussion weiterführen, als auch andere Dokumente, die sich ebenfalls auf das Ursprungsdokument beziehen“ (Katzenbach 2008: 77f.).

Weblog-Kommunikation ermöglicht es dadurch bereits auf technisch-struktureller Ebene, Kommunikationsnetze zu schaffen, die in hohem Maße durch wechselseitige Bezugnahme gekennzeichnet sind. Im Hinblick auf ein Verständnis europäischer Öffentlichkeit, wie es in der vorliegenden Arbeit entwickelt wurde, ist das eine nicht zu unterschätzende Fähigkeit – war es doch das Zustandekommen „kontinuierlicher kommunikativer

Austauschprozesse und wechselseitiger Bezugnahmen“ (Tobler 2006b: 113), welches oben als eines der zentralen Kriterien für transnationale Öffentlichkeit eingeführt wurde (siehe Kap. 3.2.).

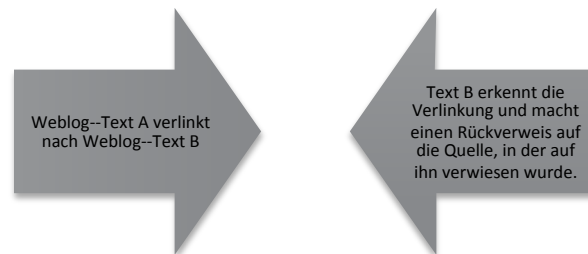


Abb. 3: Die Gegenläufigkeit von Hyperlinks und Trackbacks.

Im Rahmen der Analyse von Links und Trackbacks innerhalb von Weblog-Kommunikationen ist dabei grundsätzlich zu beachten, dass Weblog-Autoren Links in der Regel nutzen, um ihren Lesern Hintergrundwissen und -informationen zu dem von ihnen behandelten Thema zur Verfügung zu stellen oder um ihre Argumentation positiv oder negativ zu untermauern. Sie berufen sich auf andere Quellen, nachrichtliche oder meinungsorientierte Texte, die das dargelegte Thema in einer anderen Weise aufnehmen und/oder weiterführen, die ihre Positionen bestätigen oder die sie mit ihrer eigenen Argumentation widerlegen können. Das gedankliche Zustandekommen eines Weblogtextes wird damit entweder „als begehrter und nachvollziehbarer Weg“ (Katzenbach 2008: 102) offen gelegt oder mit thematisch verwandten und weiterführenden Gedanken verknüpft.

Diese Möglichkeit der Transparenz ist als Glaubwürdigkeits-Stütze für ein (immer noch junges) Medium nicht zu unterschätzen. Auf semantischer Ebene, so schreibt Benkler (2006: 218), hat sich hier eine „see for yourself“-Kultur etabliert, innerhalb derer Vertrauen in die Information – anders als in den klassischen Massenmedien – nicht allein durch die Reputation des Absenders, sondern gleichfalls durch die Möglichkeit entsteht, spezifische Quellen der Information unmittelbar selbst zu überprüfen, weil der Absender in der Regel mithilfe von Hyperlinks auf sie verweist.

Hyperlinks kommt damit bereits jenseits der strukturellen Ebene eine „funktionale Bestimmung“ (Krauss 2008: 332) zu: „Sie tragen zur Transparenz und Orientierung in der Blogosphäre bei und erleichtern es dadurch Online-Nutzern, sich zurechtzufinden und die Blogosphäre bereits nach kurzer Zeit als einen vertrauten (d.h. bekannten) Raum zu erleben“ (ebd.). Zwar könne hier nicht, so betont Krauss, „von einer ‚sozialen Beziehung‘ (im Sinne Webers)“ gesprochen werden, weil Links in Weblogs oftmals nur unidirektional und zudem auf die inhaltliche Ebene beschränkt seien; wohl aber handele es sich um eine

„soziale Navigation“ (ebd.), welche die gedankliche Entstehung einer Publikation, deren Inspirationen oder mögliche Anknüpfungspunkte für jeden Leser unmittelbar nachvollziehbar werden lässt. Hinzu kommt eine durch die Möglichkeit der themenorientierten Verlinkung – etwa zu anderen Blogs oder verwandten Artikeln aus den Online-Portalen klassischer Massenmedien – potenziell entstehende Informations- und Perspektivvielfalt, wie sie die ‚Inselmedien‘ (siehe weiter oben in diesem Kapitel) nur schwerlich gewährleisten können (vgl. hierzu auch Woodly 2008: 115). Diese durch Referenzen entstehende Unabgeschlossenheit der Kommunikation in Weblogs hat der Soziologe Josef Wehner bereits 1997, kurz nach der Einführung der ersten Weblogs, weitsichtig beschrieben:

„Botschaften in den Netzen sind offenbar nicht mehr fixierbar und abgrenzbar wie in den Printmedien. Jedes Kommunikat im Netz wird mit einer Fülle bereits vorhandener Symbolsequenzen verknüpft. Jeder Schreibvorgang knüpft an bereits Geschriebenes an. Der Text im Netz ist deshalb kein abgeschlossenes Textelement mehr, sondern wird bereits im Akt des Verfertigens verwoben in einen komplexen ‚Gesamttext‘, der aus einer unbegrenzten Fülle verknüpfter Texte, Bilder und Töne besteht“ (Wehner 1997: 135).

Dabei lassen sich in Weblogs zwei unterschiedliche Arten des Fortschreibens von Inhalten *via* Hyperlinks ausmachen (vgl. Perschke 2005: 13): Zum einen kann ein bestimmtes Thema „immer wieder unter Bezug auf ein- und dieselbe Quelle aufgegriffen“ (ebd.) und weiterdiskutiert werden – entweder in Form neuer *Posts* des Autors oder neuer Leserkommentare. Zum anderen kann es zu einer „den Diskussionszusammenhang stetig erweiternden und verschiebenden Fortschreibung von Links“ (ebd.) kommen, im Rahmen derer ein diskutiertes Thema kontinuierlich durch neue Informationen angereichert wird. Beide Diskussionsmechanismen können sich entweder innerhalb eines Weblogs oder verteilt über eine Vielzahl von Weblogs abspielen, die ihre Diskussionen fortwährend untereinander verlinken.

Eine erste Konsequenz dieser Verlinkungs-Kultur auf öffentlichkeitstheoretischer Ebene kann in der viral erzeugten medialen Macht gesehen werden, die Weblog-Kommunikationsprozesse in bestimmten Fällen entfalten können. Wenn ein Thema bestimmte, thematisch verknüpfte Blogosphären nachhaltig ‚bewegt‘, wenn Artikel also durch Verlinkung weite Verbreitung finden und/oder von überdimensional vielen Lesern kommentiert werden, dann wächst die Aufmerksamkeit im Netz aufgrund der im vorigen Kapitel beschriebenen Mechanismen des *preferential attachment* exponentiell. Das Thema tritt als Folge daraus nicht selten auch auf die Agenda der traditionellen Massenmedien. In der Smitten (2007: 248) schreibt dazu:

„Diese Stärke [der mitunter sehr schnellen und ausgeprägten Referenzierungsmechanismen in der Blogosphäre, *D.W.*] wird dabei durch bekannte Suchmaschinen gefördert, da beispielsweise Google für die Relevanzeinschätzung einer Seite berücksichtigt, wie aktuell sie ist und wie stark sie mit anderen Seiten verlinkt ist. Durch diese Kriterien schaffen es Weblogs [...] in den Trefferlisten weit nach oben. Sie können folglich von Journalisten als Startpunkt einer Recherche leicht gefunden werden [...]“.

Damit ist die Diskussion am für den hiesigen Kontext relevantesten Punkt – den strukturgebenden Mechanismen der Blogosphäre – angelangt.

Die Auswirkungen der oben dargelegten Verweismöglichkeiten sind dabei zunächst nach Mikro- und Makroebene zu unterscheiden: Verweise wie Links oder Trackbacks strukturieren Weblog-Öffentlichkeiten auf einer Mikro-Ebene, „indem sie Leser auf andere Angebote hinweisen und somit als eine Art Mikro-Gatekeeper funktionieren“ (Katzenbach 2008: 102). Es entsteht ein komplexes, nach Inhalten oder auch nach Beschaffenheit der Teilnehmer analysierbares kommunikatives Netz, das von hypermedialen Verweisen zusammengehalten wird. Auf Makro-Ebene hingegen wirken sich Hyperlinks und Trackbacks vor allem auf die Listung eines Blogs in speziellen Weblog-Suchmaschinen (wie das bereits genannte *www.technorati.com*) bzw. auf die Bewertung durch das von *Google* betriebene *Pagerank*-System aus. Sowohl Blog-Suchmaschinen als auch *Google-Pagerank* erfassen Weblogs quantitativ und bereiten sie mithilfe von Algorithmen hinsichtlich ihrer Vernetzung auf. Die Anbieter zählen Links und Trackbacks, die auf einen Weblog verweisen und berücksichtigen dabei auch, welchen Vernetzungsgrad die Seite besitzt, von welcher der Link ausgeht¹¹²: Verlinkt eine Website, die selbst ein großer Knoten im Web ist (*ergo* über viele Verlinkungen verfügt), auf ein Weblog, so hat das größere Auswirkungen auf dessen Listung bei *Technorati* oder *Pagerank* als wenn der Link von einem weniger großen Knoten ausgeht. Beide Systeme bewerten also sowohl die Quantität wie auch die Qualität von Hyperlinks und fassen die Ergebnisse als von der Verbreitung der Inhalte abhängigen Autoritätsgrad zusammen. Weblogs mit mehr Verlinkungen tauchen in den Suchergebnissen auf *Google* oder auf *Technorati* weiter oben auf. Diese hohe Sichtbarkeit wiederum beeinflusst die Rezeption einzelner Angebote erneut positiv und führt in der Regel zu noch mehr Verweisen auf diese Angebote. Diese Mechanismen führen nach Katzenbach im Sinne einer Makro-Weblog-Öffentlichkeit zu „kohärenten

¹¹² Hier vereinfachte Darstellung. Vgl. auch: für *Technorati*: <http://technorati.com/what-is-technorati-authority/> (Stand: 13.6.2013); für *Google-Pagerank*: <http://en.wikipedia.org/wiki/Pagerank> (Stand: 13.7.2013). Während *Technorati* seine Indexierung auf Weblogs beschränkt, erfasst das *Pagerank*-System von *Google* potenziell alle Kategorien von Websites.

Kommunikationsräumen [...], die über einfache Öffentlichkeiten hinausreichen“ (ebd.: 124). Anders ausgedrückt: Es entstehen Aufmerksamkeits-Kreisläufe innerhalb der Blogosphäre, in denen viel zitierte, sprich: stark verlinkte Blogs besonders hohe Sichtbarkeit erlangen.

Diese besonders sichtbaren Blogs, die Drezner als „focal points“ der Blogosphäre (Drezner 2008: 22) bezeichnet hat, erfüllen eine wichtige Funktion an der Schnittstelle zwischen den stark fragmentierten und themenbezogenen Teilöffentlichkeiten, wie sie das Web und auch die Blogosphäre dominieren und den thematisch universellen, reichweitenstarken und von Massenmedien geprägten Öffentlichkeiten. Auf der einen Seite sind die *focal point*-Blogs durch eine Vielzahl von Links und Trackbacks mit reichweitenstärkeren Knoten und kleineren, dezentralen und individualisierten Teilöffentlichkeiten der Blogosphäre verbunden (hierdurch erwächst ja gerade ihre herausgehobene Stellung), auf der anderen Seite erreichen sie selbst so viele Leser, dass die in ihnen behandelten Inhalte mitunter auch von klassischen Massenmedien wahrgenommen werden. In diesem Sinne fungieren diese *focal points* nicht nur als Schnittstellen, sondern gleichsam als eine Art Filter, der gewisse Inhalte aus den kleineren, dezentral vernetzten Clustern der Blogosphäre aufgreift (und ihnen damit im Web zu Aufmerksamkeit verhilft), während andere Inhalte auf der Ebene der reichweitenstarken Knoten der Blogosphäre verhallen. Drezner beschreibt diesen Mechanismus wie folgt:

„In this manner, bloggers with fewer links function as ‘fire alarms’ for focal point blogs, providing new information and links. [...] The skewed network structure of the blogosphere makes it less costly for outside observers to acquire information from blogs. The networked structure of the blogosphere allows interesting arguments to make their way to the top of the blogosphere. Because of the lognormal distribution of weblogs, the media only needs to look at the top blogs to obtain a ‘summary statistic’ about the distribution of opinions on a given political issue“ (ebd.).

Es handelt sich also um einen mehrstufigen Informationsfluss, dessen thematische Initiation durchaus in den weniger vernetzten und reichweitenstärkeren Knoten der Blogosphäre stattfinden kann, dessen strukturell bedingter Mechanismus aber dafür sorgt, dass ein Thema – sofern es im Web auf Interesse stößt und weitreichend verlinkt wird – über die reichweitenstarken *focal points* Aufmerksamkeit gewinnen und auch in die Massenmedien vordringen kann. Der im vorigen Kapitel diskutierte Mechanismus des *preferential attachment*, aus dem die Web-typischen *power law*-Aufmerksamkeitsverteilungen hervorgehen, stellt dabei die herausragende Bedeutung der *focal point*-Blogs sicher.

Damit finden sich auch in der Blogosphäre genau jene hierarchisch gegliederten Kommunikationsräume wieder, die oben für das Web als Ganzes beschrieben wurden. Das

Einspeisen von Informationen, Themen und Nachrichten ist hier zwar durchaus in egalitärer Weise möglich – die Fähigkeit, einem Thema Aufmerksamkeit zu verleihen allerdings ist hochgradig unterschiedlich verteilt. Im Rahmen von Weblog-Kommunikation, so schreibt Katzenbach, sei es deshalb „nicht angebracht, ‚Zugang‘ schlicht als mögliche Publikation von Inhalten zu definieren“ (Katzenbach 2008: 133). Vielmehr müsse „der tatsächliche Zugang zu Debatten und die dafür notwendige Aufmerksamkeit“ (ebd.) in eine Beurteilung der kommunikativen Egalität mit eingeschlossen werden: „In diesem Sinne ist der Zugang zu großen Weblog-Öffentlichkeiten durchaus voraussetzungsvoll, da er ein gewisses Maß an Sichtbarkeit und Reputation in der Blogosphäre bedingt“ (ebd.).

Es liegt somit nicht ausschließlich an der Attraktivität eines Themas, die sich im Netz vor allem durch die Anzahl an Verlinkungen äußert, sondern ebenso an den durchaus mit den Prinzipien der Massenmedien vergleichbaren Auswahlentscheidungen reichweitenstarker Blogs, ob es ein Thema aus einer kleinen Teilöffentlichkeit der Blogosphäre in die großen Knoten und evtl. sogar in die Massenmedien schafft. Dabei gilt ganz allgemein:

„Je mehr individuelle und schließlich auch gesellschaftliche Relevanz einem Sachverhalt abgewonnen werden kann, desto wahrscheinlicher ist es, dass sich ein Kommunikationszusammenhang in der Blogosphäre ausbildet und ausweitet, da sich Anschlusswahrscheinlichkeiten einzelner Nachrichten, Mitteilungen und Dokumente erhöhen“ (Perschke 2005: 22).

Diese Aufmerksamkeitsökonomie hat, zusammengenommen mit den technisch-strukturellen Besonderheiten von Weblog-Kommunikation, gewichtige Auswirkungen auf die spezielle Form von Öffentlichkeiten, die sich in und durch Weblogs bilden. Um diese Weblog-Öffentlichkeiten analytisch fassen zu können, ist es lohnenswert, sich noch einmal das bereits in Kapitel 3.1.3.4. diskutierte Mehrebenenmodell von Öffentlichkeit zu vergegenwärtigen, wie es Gerhards und Neidhardt entwickelt haben.

Eine erste Ebene von Öffentlichkeit hatten die Autoren als *Encounter*-Öffentlichkeit bezeichnet. Diese *Encounters* entstehen durch das zufällige Aufeinandertreffen von „Menschen heterogener Herkunft“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 50) und sie weisen thematisch eine „hohe Offenheit und Umweltsensibilität“ (ebd.) sowie große Fähigkeiten zur Informationssammlung bei einer relativ geringen Anfälligkeit gegenüber Vermachtungstendenzen auf (vgl. ebd.). Die Schwäche dieser Ebene von Öffentlichkeit lag allerdings in ihrer weitgehenden Strukturlosigkeit und ihrer daraus folgenden Unfähigkeit, Kontinuitäten oder Synthetisierungen von Themen herzustellen, sprich: öffentlichkeitstheoretisch wirkmächtig zu agieren. Klassische *Encounters* seien vor allem

isolierte soziale Situationen, „zwischen denen kein Kommunikationsfluss stattfindet, der synergetische Effekte der Meinungsbildung auslösen könnte“ (ebd.).

Die zweite Öffentlichkeits-Ebene, diejenige der „öffentlichen Veranstaltungen“ (ebd.: 52) bzw. der „Versammlungs-Öffentlichkeiten“ (Zimmermann 2006a: 138), unterscheidet sich von den *Encounters* dadurch, dass sie zumeist bereits unterschiedliche soziale Rollen, etwa die von Sprecher und Publikum kennt und daneben oft um ein festgelegtes, strukturbildendes Thema kreist. Sie ist also im Gegensatz zu den *Encounters* weniger zufällig und weniger strukturlos, teilt mit ihnen aber das Manko einer auf physisch anwesende Personen beschränkten Reichweite der Kommunikationsinhalte (werden öffentliche Versammlungen medial vermittelt, dann fallen sie automatisch in die dritte Kategorie, die der „Massenmedienkommunikation“ [Gerhards/Neidhardt 1991: 54], innerhalb derer dem Publikum dann aber ein rein passiver Status zukommt).

Betrachtet man nun die kommunikativen Prozesse innerhalb von und zwischen Weblogs, so weisen diese – je nach Reichweitenstärke des Blogs – große Analogien entweder zum Typ der *Encounters* oder zum Typ der Versammlungs-Öffentlichkeit auf. Handelt es sich um sehr kleine Knoten in der Blogosphäre, in denen ein Blogger Themen aufgreift, die – mehr oder weniger zufällig – von vereinzelt Rezipienten gefunden und ggf. kommentiert werden, dann lässt sich von einer Verschiebung der klassischen *Encounter*-Situation in die Umwelt des World Wide Web sprechen; handelt es sich um einen reichweitenstärkeren Blog, in dem regelmäßig bestimmte Themen erörtert und von einer nicht eindeutig einzugrenzenden Gruppe von Lesern rezipiert und kommentiert werden, dann sind große Ähnlichkeiten zur Ebene der Versammlungs-Öffentlichkeit gegeben. Der öffentlichkeitstheoretisch entscheidende Punkt liegt nun in der strukturell begründeten Fähigkeit von Weblog-Kommunikation, online sowohl *Encounter*- als auch Versammlungs-Öffentlichkeiten erschaffen zu können, die die Defizite der offline-Varianten – namentlich die fehlende Kohärenz und die daraus folgende Strukturlosigkeit von Debatten – überwinden, ohne dabei den Vorzug dieser Öffentlichkeitstypen – ihre hohe Flexibilität und Umweltsensibilität – preiszugeben.

Während sowohl die klassischen *Encounter*- als auch die Versammlungs-Öffentlichkeiten nicht untereinander vernetzt, sondern von episodenhaftem Charakter sind, „so dass zwischen ihnen kein Kommunikationsfluss stattfindet, der synergetische Effekte der Meinungsbildung auslösen könnte“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 21), ist Weblog-Kommunikation ja gerade durch die starke Vernetzung einzelner Kommunikationsbeiträge charakterisiert. Die von Gerhards und Neidhardt beschriebenen „Synergie- oder Akkumulationseffekte“ (ebd.) von Kommunikation, die in einfachen *Encounter*-

Öffentlichkeiten nie und in Versammlungs-Öffentlichkeiten nur selten entstehen, die für ein normatives Modell politischer Öffentlichkeit aber zentral sind, können sich im Rahmen von Weblog-Kommunikation eben durch die hier spezifischen Vernetzungsleistungen ausbilden. Durch die oben beschriebenen Mechanismen der Vernetzung von Knoten verschiedener Größe und Reichweite innerhalb der Blogosphäre erfüllen die durch Weblogs generierten Öffentlichkeiten also durchaus „auf einer höheren Betrachtungsebene auch Funktionen, die sonst den Massenmedien zugeschrieben werden: das Bündeln und Bereitstellen von Themen bzw. ihre Selektion, Verarbeitung und Verbreitung“ (Katzenbach 2008: 125). Der entscheidende Unterschied zur massenmedialen Kommunikation ist dabei allerdings, dass der Prozess der „Aushandlung von Relevanz“ (ebd.: 128), bereits dezentral, auf der Ebene einzelner und gegebenenfalls kleiner Knoten in der Blogosphäre beginnt. Die Makro-Struktur der Blogosphäre, die von den *focal points* geprägt wird, ist ja eben nicht von der Mikro-Ebene einzelner, reichweiteschwacher und weniger vernetzter Blogs getrennt – vielmehr entsteht erstere Ebene gerade erst „durch die individuellen Handlungen der Nutzer auf der Mikro-Ebene“ (ebd.).

Vor dem Hintergrund des Mehrebenenmodells von Öffentlichkeit, wie es Gerhards und Neidhardt für verschiedene Kommunikationsphänomene jenseits des Internet entwickelt haben, ist die Neuartigkeit und die Bedeutung von Weblog-Kommunikationsprozessen also vor allem darin zu sehen,

„dass sie einfache Kommunikationsräume eröffnen, in denen sich Nutzer über gesellschaftliche Themen und lebensweltliche Fragen austauschen können, und die gleichzeitig eine Verknüpfung dieser Mikro-Ebene der individuellen Artikulation und Rezeption im jeweiligen Lebensumfeld des Nutzers mit der Meso- und Makro-Ebene der mittleren und komplexen Öffentlichkeit und den dort stattfindenden gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen um Bedeutung und Relevanz unterstützen“ (ebd.: 146).

Dieser Feststellung kommt auf normativ-öffentlichkeitstheoretischer Ebene durchaus Gewicht zu: Der von Castells als „mass self-communication“ (Castells 2009: 55) bezeichnete Kommunikationstypus trifft in der stark *issue*-bezogen agierenden Blogosphäre¹¹³ auf spezifische Strukturen, die individuellen, dezentral entstehenden Kommunikationen, sofern sie die Aufmerksamkeitshierarchie der Blogosphäre erklimmen können, publizistisches Gewicht verleihen.

¹¹³ Siehe hierzu etwa Bruns (2008b: 74): „As the role of the traditional, society-wide public sphere in enabling citizens to form their views declines, a wide variety of new, conceptually localised public spheres has thus emerged, focussing on specific topics which are of interest to their particular constituencies of users and participants. Such issue publics no longer rely on the presence of specific entities in the journalism industry to provide their information, but are engaged in a communal process of gatewatching in which bloggers and citizen journalists identify and link to or directly cite relevant materials as they become available.“

Was Bruns für Web-Kommunikation *in toto* darlegt, gilt somit in besonderem Maße auch für Weblog-Kommunikation:

„What we see emerging, then, is not simply a fragmented society composed of isolated individuals, but instead a patchwork of overlapping public spheres centred around specific themes and communities which through their overlap nonetheless form a network of issue publics that is able to act as an effective substitute for the conventional, universal public sphere of the mass media age; the remnants of that mass-mediated public sphere itself, indeed, remain as just one among many other such public spheres, if for the moment continuing to be located in a particularly central position within the overall network” (Bruns 2008b: 75).

Damit aber kann politischen Blogosphären zum einen attestiert werden, dass ihre thematische Fragmentierung nicht zwingend mit einem Verlust der klassischen Integrations- und Legitimationsfunktion von Öffentlichkeit einhergehen muss; zum zweiten prädestiniert die kommunikative Struktur von Blogosphären, das ‚patchwork of overlapping public spheres centred around specific themes‘, diese Kommunikationsform in höchstem Maße dafür, exemplarisch jene Formen europäischer Öffentlichkeit zu untersuchen, die sich in Form digitaler, transnational agierender Kommunikationsnetzwerke im World Wide Web bilden. Mit ihrer starken *issue*-Bezogenheit auf der einen Seite, die zwar zu einer dezentral organisierten und auf Mikro-Ebene durchaus auch fragmentierten Kommunikations-Sphäre führt, und mit ihrer enormen Vernetzungsleistung auf der anderen Seite, die solchen Fragmentierungsprozessen auf Makro-Ebene entgegenwirkt, indem sie kohärente und durchaus hierarchisch strukturierte Kommunikationsräume schafft, ist Weblog-Kommunikation damit in hohem Maße anschlussfähig an den pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie er in der vorliegenden Arbeit vor allem in Anlehnung an Eder und Kantner entwickelt wurde.

Vor diesem Hintergrund soll das Format der Weblogs deshalb im Folgenden exemplarisch genutzt werden, um Transnationalisierungs- bzw. Europäisierungsprozesse in digital vernetzten Kommunikationsräumen zu untersuchen. Die Ergebnisse einer exemplarischen Untersuchung kleiner Ausschnitte aus der europapolitischen Blogosphäre als Beispiel für die Ausbildung europäischer Netzwerk-Öffentlichkeit im Internet sollen im Folgenden Kapitel dargelegt werden, bevor ein solcher spezifischer Öffentlichkeitstypus in Kapitel 9. Abschließend theoretisch modelliert und als deduktive Grundlage für zukünftige, größere Untersuchungszusammenhänge aufbereitet werden soll.

8. Exemplarische Untersuchung zur Ausbildung transnationaler Netzwerk-Öffentlichkeiten in der europapolitischen Blogosphäre

Mit der folgenden Untersuchung europäischer Kommunikationsstrukturen in einem bestimmten Segment der politischen Blogosphäre sollen Möglichkeiten der empirischen Anwendung einer auf digitale Netzwerke zugeschnittenen Theorie europäischer Öffentlichkeit exemplarisch am Beispiel von Weblog-Kommunikation und der dieser Kommunikation zugrunde liegenden Hyperlink-Strukturen aufgezeigt werden. Die folgenden Untersuchungsergebnisse können dabei keine Repräsentativität für sich beanspruchen – vielmehr soll mit ihnen der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich ein Modell digitaler europäischer Netzwerk-Öffentlichkeit in konkreten Kommunikationsformen im Web operationalisieren lässt. Repräsentative empirische Forschung mit einer weiter reichenden Aussagekraft als die hier geleisteten exemplarischen Untersuchungen ist demgegenüber extrem ressourcenaufwendig und muss an anderer Stelle geleistet werden.

Dennoch, und das ist das Ziel der folgenden Untersuchung, kann auch eine exemplarische und nicht-repräsentative Herangehensweise wie die folgende das analytische Potenzial eines Begriffs digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa, wie er theoretisch in der vorliegenden Arbeit hergeleitet und entwickelt wurde, aufzeigen. Dabei wird sich die Untersuchung auf die Analyse von Hyperlinks innerhalb eines bestimmten Teils der europapolitischen Blogosphäre konzentrieren. Diese Fokussierung begründet sich auf der im Kapitel 6.3. der vorliegenden Arbeit herausgehobenen sozialen Funktion von Hyperlinks als „social symbols“ und „signs of communication“ (Park 2003 [ohne Seitenangaben]), welche „diskursive Strategien“ (Rilling 1998: 150) verfolgen. Der Schwerpunkt liegt somit primär im Bereich kommunikativer Strukturbildung, von der allerdings angenommen wird, dass sie soziale Relevanzen entfalten kann. Die Ebene der konkreten Inhalte der untersuchten Kommunikate tritt dagegen in den Hintergrund.

Allerdings ließe sich selbst mit einer ausschnitthaften und nicht-repräsentativen empirischen Untersuchung der Strukturen von europapolitischer Weblog-Kommunikation ein unübersichtlich großes Spektrum unterschiedlicher Erkenntnisinteressen verfolgen. Deshalb sind an dieser Stelle zunächst verschiedene inhaltliche und methodische Einschränkungen vorzunehmen.

8.1. Theoretische Vorbemerkungen

Dabei geht es zunächst um die grundlegende Frage, anhand welcher Parameter die Europäisierung von Kommunikationsvorgängen – als Grundlage für jegliche Formen europäischer Öffentlichkeit – in der folgenden Untersuchung konkret gemessen werden soll. Hierzu hat die vorliegende Arbeit auf theoretischer Ebene bereits detaillierte Vorarbeiten geleistet, die in ein spezifisches Konzept digitaler europäischer Netzwerk-Öffentlichkeit münden, wie es später in Kapitel 9. noch einmal zusammenfassend und begrifflich zugespitzt dargestellt werden soll. Eine solche, verhältnismäßig komplexe theoretische Konzeption allerdings muss im Rahmen der folgenden, konkreten Untersuchung allein aus forschungspragmatischen Gründen auf einige ausgewählte Kernpunkte reduziert werden. Deshalb wird sich die Untersuchung auf wenige wesentliche Untersuchungskriterien für europäische Öffentlichkeit beschränken, die mit den theoretischen Annahmen der vorliegenden Arbeit vereinbar sind. Teilweise haben diese Kriterien bereits in empirischen Untersuchungen zu europäischer Öffentlichkeit in massenmedialen Kontexten Anwendung gefunden; jedoch lassen sich aus ihnen auch im Kontext von digitaler Netzwerkkommunikation verschiedene konkrete Untersuchungsaspekte ableiten.

Hierzu soll, zunächst auf Meta-Ebene, eine Unterteilung in drei Untersuchungskriterien herangezogen werden, die Renée van Os *et al.* aus der bisherigen empirischen Forschung zu Strukturen europäischer Öffentlichkeit abgeleitet haben und auf die sich bereits in der Einleitung der vorliegenden Arbeit kurz bezogen wurde. Zur Erinnerung: In ihrem Aufsatz *Exploring the Online European Public Sphere* (van Os *et al.* 2009) arbeiten die Autoren diese Meta-Kriterien heraus und ordnen ihnen verschiedene bisher erprobte empirische Forschungsansätze, sowohl zu Online- als auch zu Offline-Kommunikationsvorgängen in Europa, zu. Es handelt sich um die Kriterien „Visibility of Communication“, „Interpretative Schemes“ sowie „Connectivity of Communication“ (ebd.: 76ff.). Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass van Os *et al.* die analytische Produktivität dieser Kategorien sowohl für die empirische Untersuchung klassischer Massenmedienkommunikation (vgl. ebd.: 76-82) als auch für die Untersuchung von Online-Kommunikation (vgl. ebd.: 83) nachweisen können.

Die erste Kategorie zur Untersuchung der Europäisierung von Kommunikationsvorgängen, die *Visibility of Communication*, bezieht sich laut van Os *et al.* auf den Anteil spezifisch europäischer Themen in medial vermittelten Diskursen. Hier wird mit empirischen Methoden gefragt, „how often Europe, European institutions and European

affairs are mentioned in the mass media“ (ebd.: 76). Es handelt sich also um einen relativen Zugang, der den Grad der Europäisierung von medialen Kommunikationsvorgängen durch eine Verhältnisbestimmung zu anderen, etwa spezifisch nationalen Themen bestimmt. Wie weiter unten dargelegt wird, setzt die hiesige Untersuchung von Weblog-Kommunikation bei ihrer Auswahl des Datenmaterials eine thematische Spezifizierung auf Europa allerdings *a priori* voraus – zum Verhältnis gegenüber anderen Themen können daher im Folgenden nur sehr begrenzt Aussagen getroffen werden.

Ähnlich, wenn auch aus anderen methodischen Gründen, gestaltet es sich bei der zweiten Kategorie, der Frage nach *Interpretative Schemes*. Dieser vornehmlich qualitative (vgl. ebd.: 78) Analysezugang geht über die Frage, *was* kommuniziert wird, hinaus; er untersucht vielmehr, *wie* über Europa kommuniziert wird – sprich, in welche Interpretationskontexte europäische Themen von den Kommunikationsteilnehmern gesetzt werden (vgl. ebd.: 79). Van Os *et al.* verweisen hier vor allem auf drei Interpretationsrahmen, die von der empirischen Forschung bislang ausgemacht worden sind: So stehe etwa der materiell geprägte „benefit-and-losses-frame“ (ebd.: 81) für europäische Kommunikationsvorgänge, deren Teilnehmer das Diskursobjekt Europa nach seiner Nützlichkeit bzw. seiner Problematik für verschiedene gesellschaftliche oder individuelle Lebensbereiche beurteilen und es damit primär funktionalistisch kontextualisieren. Der zweite Interpretationsrahmen beschreibt Europa als „moral community“ (ebd.) – er erfasst Diskurse, in denen spezifische, inkludierende bzw. exkludierende europäische Werte verhandelt werden. Schließlich gebe es den „identity frame“ (ebd.), innerhalb dessen die Diskursteilnehmer Europa entweder als identitätsstiftendes Phänomen darstellen oder ihm diese Fähigkeit gerade absprechen. Die Analyse von Kommunikationsvorgängen anhand dieser interpretativen Rahmungen bedarf im Bereich des Web allerdings – vor allem aufgrund des hier in der Regel großen Materialumfangs – eines extrem hohen Forschungsaufwandes, da alle Bestandteile der Kommunikate detailliert qualitativ untersucht werden müssten, um Interpretationsschemata herausarbeiten zu können. Weil eine solch aufwendige Untersuchung in der vorliegenden Arbeit nicht in befriedigender Weise geleistet werden kann und auch der Schwerpunktsetzung auf die strukturelle Ebene nicht entspreche, soll die Frage nach der interpretativen Rahmung von Weblog-Diskursen im Folgenden nur in einem Teilaspekt, nämlich den intentionalen Mustern von Hyperlinkstrukturen nachgegangen werden. Wie es später noch im Detail auszuführen gilt, wird dabei gefragt, inwieweit die Verlinkungen zu transnationalen bzw. europäischen Websites im Aggregat mit kritischen, affirmativen oder neutralen Intentionen der Ersteller von Hyperlinks verbunden sind und ob es hier Unterschiede zu den Verlinkungen nationaler Websites gibt.

Daraus können zumindest begründete Vermutungen über die von den Diskursteilnehmern – bewusst oder unbewusst – vorgenommenen Interpretationen des Diskursobjektes Europa abgeleitet werden.

Ihren Schwerpunkt setzt die vorliegende Untersuchung bei der dritten der von van Os *et al.* aufgeführten Kategorien, der *Connectivity of Communication*. Hier soll anhand der Verlinkungsstrukturen im ausgewählten Teil der europapolitischen Blogosphäre detailliert untersucht werden, inwiefern Debatten transnational verknüpft bzw., in der nächsten Interpretationsstufe, horizontal oder vertikal europäisiert sind, ob es innerhalb der ausgewählten Kommunikationsvorgänge so etwas wie kommunikative Zentren bzw. Peripherien gibt und ob diese sich ggf. mit geographischen oder politischen Zentrum-Peripherie-Strukturen in Europa respektive der EU decken.

Die drei von van Os *et al.* erarbeiteten, grobmaschigen Kriterien zur Einordnung empirischer Forschung auf dem Gebiet europäischer Öffentlichkeit können auf nächster Ebene in verschiedene Untersuchungsparameter übersetzt werden, mit denen der Europäisierungsgrad von Kommunikationsvorgängen konkret analysiert werden kann. Im Kapitel 5.2. der vorliegenden Arbeit wurden mit Bernhard Peters bereits vier unterschiedliche Parameter zur Messung des Europäisierungsgrades von Öffentlichkeit herausgearbeitet.

Peters *et al.* hatten insgesamt „vier Dimensionen der Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten“ (Peters 2007: 300) aufgestellt, von denen drei Dimensionen in der folgenden Untersuchung unter der Klammer der *Connectivity of Communication* Anwendung finden sollen. Die erste Dimension, bei Peters *et al.* „vertikale Dimension“ (ebd.) der Europäisierung genannt, betrifft die Aufmerksamkeit gegenüber Institutionen und Politikern der Europäischen Union. Sie soll im Folgenden auf die Frage nach der Präsenz sämtlicher explizit europäischer Referenzen (Politiker, Parteien, Institutionen, Organisationen, Blogs etc.) innerhalb der Weblog-Kommunikation ausgeweitet werden. Die zweite, „horizontale Dimension“ (ebd.) der Europäisierung von Kommunikation untersucht die gegenseitige Beobachtung von nationalen oder sub-nationalen Öffentlichkeiten – hier geht es um die Frage, ob und inwieweit sich Kommunikationsteilnehmer auf Quellen oder Kommunikationsvorgänge beziehen (bzw. diese voraussetzen), die nicht aus ihrem eigenen Land stammen. Die Analyse von Hyperlinks im Rahmen von Weblog-Kommunikation eignet sich für die Betrachtung dieser Dimension besonders gut, wie später zu zeigen sein wird. Die dritte und letzte Dimension,

die im Folgenden von Peters übernommen und operationalisiert werden soll,¹¹⁴ analysiert die diskursive Interaktion zwischen den Öffentlichkeiten einzelner oder mehrerer EU-Staaten – also die Frage, „ob Europäer nur übereinander oder auch miteinander reden“ (ebd.). Dieser Dimension lässt sich aufgrund der in der Regel unidirektionalen Beschaffenheit von Hyperlinks im Rahmen von Weblog-Kommunikation bedeutend schwerer erfassen als die Dimensionen der vertikalen oder horizontalen Europäisierung. Zwar ist die diskursive Interaktion in Form der Kommentar-Möglichkeit gerade ein charakteristisches Merkmal von Weblogs, allerdings gibt es bei der Abgabe von Kommentaren keine Pflicht zur Offenbarung der Nationalität der kommentierenden Weblog-Leser. Eine Analyse von Diskursen innerhalb bestimmter Weblogs kann daher schwerlich auf eine geografische Zusammensetzung der Diskursgemeinschaft eingehen.

Allerdings steht, wie bereits in Kapitel 5.2. ausgeführt wurde, eine Überlegung von Jürgen Habermas als Grundvoraussetzung hinter dieser Dimension der diskursiven Interaktion, welche in der folgenden Untersuchung durchaus operationalisiert werden kann: Nach Habermas ist es für eine Europäisierung von Öffentlichkeit essenziell, dass die nationalen Medienarenen imstande sind, sich füreinander zu öffnen (vgl. Kapitel 4.4.) – ohne eine gegenseitige Öffnung fehlt die Basis für jegliche diskursive Interaktion. Erweitert man den Begriff der Medienarena im Vergleich zu Habermas auch auf medial vermittelte Kommunikationen im Web, dann kann der Frage einer gegenseitigen Öffnung von nationalen Medienarenen im Folgenden empirisch nachgegangen werden. Dazu soll untersucht werden, inwieweit Weblogs auf Datenmaterial aus den Massenmedien anderer europäischer Länder verlinken und diese ‚ausländischen‘ massenmedialen Arenen damit für ihre eigenes Kommunikationsumfeld öffnen.

Damit sind die primären Erkenntnisinteressen der folgenden Analyse überblicksartig benannt und theoretisch eingeordnet: Während die *Visibility of Communication* ebenso wie die *Interpretative Schemes* aus unterschiedlichen Gründen nur sehr beschränkt untersucht werden können, soll sich die folgende, auf der Untersuchung von Hyperlinks basierende Analyse vor allem auf die Konnektivitätsstrukturen innerhalb der ausgewählten Weblog-Kommunikationen konzentrieren, und dabei verschiedene Dimensionen der Europäisierung dieser Kommunikationsvorgänge untersuchen. Damit wird das netzwerktheoretische Konzept der *Indegree-Zentralität* zur Messung der Autorität

¹¹⁴ Peters vierte Dimension, die Kategorie kollektiver Identität, welche mit der Frage nach einem „Gefühl von Zugehörigkeit zu einer europäischen Gemeinschaft“ (Peters 2007: 300) übersetzt wird, lässt sich im Rahmen einer Analyse von Hyperlinkstrukturen nicht adäquat untersuchen und muss daher in der hiesigen Analyse vernachlässigt werden.

spezifischer Knoten innerhalb eines digitalen Kommunikationsnetzwerkes (vgl. Kapitel 6.3.) von der Ebene einzelner Websites abstrahiert und auf Gruppen von Weblogs aus einem bestimmten europäischen Land übertragen. So lassen sich im Sinne eines netzwerkanalytischen Ansatzes die Zentralität, die Sichtbarkeit und das „Prestigemaß“ (Holzer 2006: 40) einzelner Länder innerhalb europäischer Weblog-Kommunikationsnetzwerke bestimmen und schließlich Aussagen über das Niveau der Europäisierung dieser Kommunikationsnetzwerke generieren.

8.2. Methodische Vorbemerkungen

Neben diesen theoretisch bedingten Einschränkungen des Erkenntnisinteresses anhand übergeordneter Kategorien von Europäisierung innerhalb von medial vermittelten Kommunikationsvorgängen und den sich daraus ergebenden, leitenden Untersuchungsparametern für die Analyse spezifischer Erscheinungsformen europäischer Öffentlichkeit bedarf es weiterhin einiger grundlegender methodischer Vorbemerkungen. Mit Jan Schmidt gilt es dabei zunächst zu betonen, dass eine strukturelle Analyse der Blogosphäre ganz generell dort möglich ist, „wo sich – ähnlich wie bei Untersuchungen zur Struktur des Internet – die Beziehungen zwischen einzelnen Knoten (etwa In- und Outgoing Links) vermessen lassen und so eine Momentaufnahme der Struktur des Blognetzes entsteht“ (Schmidt 2005: 9).

Diese allgemeine Aussage beinhaltet zwei für den hiesigen Kontext zentrale Punkte: Zum einen ist die Analyse von Hyperlink-Strukturen in der folgenden Untersuchung deshalb von Relevanz, weil einzelne Weblog-Inhalte – wie im vorigen Kapitel dargelegt – *per se* einen un abgeschlossenen Charakter aufweisen und erst durch ihre Verknüpfung untereinander *via* Hyperlinks oder Trackbacks ihre diskursive und damit auch ihre öffentlichkeitstheoretische Relevanz entfalten können. Hinzu kommt, dass es eben diese vom Charakter her technischen, jedoch kommunikationstheoretisch und sozial aufgeladenen Beziehungen (vgl. hierzu Kapitel 6.2.) sind, die eine Transnationalisierung bzw. eine Europäisierung von Debatten im Web in Form länderübergreifender Bezugnahmen überhaupt erst ermöglichen. Daher fokussiert sich die folgende Untersuchung vornehmlich auf die Analyse von Verlinkungsstrukturen bzw. die Bewertung ihrer kommunikations- und öffentlichkeitstheoretischen Folgen.

Der zweite relevante, von Schmidt angesprochene Punkt ist der in höchstem Maße ephemere Charakter dieser Strukturen – das Faktum, dass eine Analyse von Weblog-Kommunikation stets nur ‚Momentaufnahmen‘ wiedergeben kann. Zwar werden Weblog-

Texte und ihre Kommentierungen inklusive der eingebauten Hyperlinks und Trackbacks in der Regel auf den Weblogs archiviert; um diachrone Veränderungen und Trends in bestimmten Kommunikationsumgebungen (etwa der auf Europapolitik spezialisierten Blogosphäre) untersuchen zu können, müssten die Verlinkungsstrukturen über den untersuchten Zeitraum hinweg aber eine gewisse Vergleichbarkeit aufweisen, was herauszufinden einer eigenen Untersuchung bedürfe. Es lässt sich vermuten, dass eine solche Vergleichbarkeit – operationalisierbar etwa in Form eines gleichbleibenden Pools von Blogs, gleicher technischer Entwicklungsstandards, gleicher Autoren, gleicher Themen etc. – desto weniger gegeben ist, je länger man den Untersuchungszeitraum ansetzt. Diese Einschätzung ist schlicht mit der extremen Dynamik von webbasierter Kommunikation zu begründen. Aus diesem Grund beschränkt sich die folgende Untersuchung auf Weblog-Kommunikationen innerhalb des verhältnismäßig kurzen Untersuchungszeitraums von einem Monat (1.5.2013 – 31.5.2013). Die daraus resultierende Einschränkung, Ergebnisse von relativ geringer diachroner Verallgemeinerbarkeit zu produzieren, soll dabei nicht verschwiegen werden; allerdings bleibt sie aufgrund der Intention dieser Untersuchung, vorwiegend exemplarisch die empirische Operationalisierbarkeit eines spezifischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit aufzuzeigen, vertretbar.

Eine Untersuchung der Verlinkungsstrukturen, so Schmidt (ebd.) weiter, „würde sowohl etwas über die Erreichbarkeit einzelner Teile der Blogosphäre aussagen, als auch darüber, welche Bedeutung einzelne Teile besitzen“. Auch an dieser Stelle lässt sich bei einer Untersuchung der Transnationalisierung bzw. Europäisierung von Kommunikation ansetzen. Dabei geht es um verschiedene Punkte: die Frage nach kommunikativen Zentren und Peripherien innerhalb ausgewählter Teile der europäischen Blogosphäre, einen Abgleich solcher Strukturen mit dem geographischen bzw. dem politischen Europa, die geografische Spannweite der digitalen Kommunikationsstrukturen und schließlich, darauf aufbauend, um die Frage nach dem Grad der strukturellen Transnationalisierung bzw. horizontalen oder vertikalen Europäisierung einzelner Kommunikationsprozesse. Hier gilt es, territoriale Kommunikationscluster innerhalb der europäischen Blogosphäre zu identifizieren und in einem zweiten Schritt begründete Vermutungen hinsichtlich der Motivationen ihrer diskursiven Vernetzung (gegenseitige inhaltliche Unterstützung, kritische Abgrenzung etc.) aufzustellen.¹¹⁵

¹¹⁵ Mit der Diskursanalyse bzw. mit qualitativen Verfahren wie halbstandardisierten Gesprächen mit Bloggern nennt Schmidt neben der Analyse von Verlinkungsstrukturen zwei weitere Ansätze der empirischen Untersuchung von Weblog-Kommunikation (vgl. Schmidt 2005: 10), die in der hiesigen Untersuchung mit eindeutigem Fokus auf die strukturellen und kommunikativen Ausformungen von Transnationalisierung allerdings vernachlässigt werden müssen.

Der nächste methodische Aspekt, den es zu klären gilt, betrifft die Eingrenzung der zu untersuchenden Kommunikationsvorgänge anhand der Kategorien Form, Inhalt und Sprache. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der einzelnen Ergebnisse ist auf allen drei Ebenen, ähnlich wie auf der Ebene des Untersuchungszeitraumes, eine strikte Eingrenzung geboten.

Die Kategorie der Form beinhaltet dabei die grundlegendste Festlegung – sie bestimmt das Untersuchungsmaterial und hat daher, so ist anzunehmen, große Auswirkungen auf die Untersuchungsergebnisse. Dabei ist es keineswegs hinreichend, sich innerhalb der verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten im World Wide Web auf die Publikations- und Kommunikationsform der Weblogs festzulegen. Diese Form ist in sich so heterogen, dass es hier weiterer Spezifizierungen bedarf: Zunächst einmal wird sich die Untersuchung bei der Generierung des Datenmaterials auf nicht-profitorientierte Blogs beschränken, die zudem finanziell in keiner erkennbaren Abhängigkeit zu bestimmten Akteuren oder Institutionen stehen. Durch diese Festlegung fallen jene PR-Blogs, die zu einem Wirtschaftsunternehmen gehören, aus der Untersuchung heraus. Zudem werden Politiker- bzw. Parteien-Blogs herausgefiltert. Dabei steht außer Frage, dass auch durch Unternehmens- oder Politiker-Blogs Formen europäischer Öffentlichkeit generiert werden können; um das Datenmaterial aber in einer überschaubaren Größe zu halten sowie um an Wirtschaftsinteressen gebundene oder politisch-persuasive Kommunikation nach Möglichkeit aus der Untersuchung herauszuhalten und sich auf zumindest formal unabhängige, quasi „laienjournalistische“ (K. Beck 2008: 66) Kommunikatoren zu beschränken, fallen die genannten Weblog-Kategorien aus der Untersuchung heraus. Gleiches gilt für die mittlerweile ebenfalls verbreiteten Blogs klassischer Massenmedien¹¹⁶. Da die neuen Kommunikationsformen des WWW in der vorliegenden Arbeit, gerade vor dem Hintergrund der Habermas'schen Theorie, wiederholt in Abgrenzung zu durch klassische Massenmedien generierten Formen von Öffentlichkeit analysiert wurden, soll auch hier das Untersuchungsbild nicht durch Blogs verzerrt werden, welche auf die finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen eines klassischen Massenmediums zurückgreifen können.

Damit spezialisiert sich die Untersuchung auf formaler Ebene auf Weblogs, die von einem oder mehreren Autoren geführt werden und die – zumindest formal – politisch und wirtschaftlich unabhängig agieren.

¹¹⁶ Siehe hierzu exemplarisch etwa die Blogs der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (<http://blogs.faz.net>; Stand: 31.7.2013) oder des *Wall Street Journal* (<http://blogs.wsj.com>; Stand: 31.7.2013).

Bezüglich der Eingrenzung des Datenmaterials nach der zweiten Kategorie, der Frage nach Inhalt bzw. Thematik der Blogs, wird sich die Untersuchung auf Weblogs beschränken, die sich ausdrücklich auf Publikationen und Debatten über Europa bzw. Europa- und EU-Politik spezialisiert haben. Diese Eingrenzung mag auf den ersten Blick verwundern. Dem Autor ist bewusst, dass diese Entscheidung die universelle Vergleichbarkeit der Ergebnisse zumindest deutlich mindert, wenn man davon ausgeht, dass Öffentlichkeitsstrukturen, die in spezifisch auf europäische Themen beschränkten Kommunikationsgemeinschaften emergieren, *per se* ein viel höheres Transnationalisierungs- bzw. Europäisierungsniveau aufweisen sollten als jegliche Form der medialen *general-interest*-Kommunikation, wie sie sich in klassischen Massen- oder in den meisten Online-Medien findet. Die Denkrichtung der folgenden Untersuchung ist jedoch in doppeltem Sinne eine andere: Zunächst einmal ist es, wie bereits betont, das Hauptziel der Untersuchung, methodische Möglichkeiten zur empirischen Untersuchung digitaler Netzwerk-Öffentlichkeiten im Bereich europäisierter Kommunikation aufzuzeigen. Um dieses Ziel erreichen zu können ist es hilfreich, zumindest ein Grundniveau an Europäisierung in dem zu untersuchenden Datenmaterial voraussetzen zu können. Diese Voraussetzung dient nicht dem Zweck, am Ende Loblieder auf eine im Netz stattfindende Überwindung der voneinander abgegrenzten Nationalstaats-Öffentlichkeiten anstimmen zu können; vielmehr sichert sie schlicht die Überprüfbarkeit der Methodik in einem möglichst hohen Maß: Dort, wo mit größerer Wahrscheinlichkeit ‚europäisch‘ kommuniziert wird, lassen sich die Methoden zur Überprüfung dieser Kommunikationen besser austesten. Das zweite Argument für eine Beschränkung auf europathematische Weblogs berücksichtigt die in der vorliegenden Arbeit ebenfalls dargelegten Positionen der Skeptiker gegenüber jeglichen Formen einer weitreichenden Europäisierung von Kommunikation und Öffentlichkeit. Sollte das Europäisierungsniveau der Kommunikationsstrukturen selbst in der hier untersuchten spezifisch europathematischen Blogosphäre deutlich wahrnehmbar begrenzt sein; sollten Debatten auch hier vornehmlich unter Mitgliedern einzelner Nationalstaaten geführt werden, dann hätte das zumindest hypothetische Konsequenzen auch für andere Formen medialer Kommunikation, die a) ein größeres und heterogenes Publikum ansprechen und b) eine größere Themenvielfalt verhandeln als die hier untersuchten Blogs. Anders ausgedrückt: Ist in der europapolitischen Blogosphäre nicht ein hoher Grad an transnationaler *Connectivity of Communication* auszumachen, dann wird man diesen vermutlich auch in anderen medialen Kommunikationsstrukturen vergeblich suchen.

Die letzte kategorische Eingrenzung des Datenmaterials betrifft die Sprache. Die vorliegende Untersuchung wird sich auf englischsprachige Blogs beschränken. Dies

geschieht zum einen aus Gründen der Eingrenzung des Datenmaterials auf eine handhabbare Menge, zum anderen – und hier spielt das eben erörterte Argument einer möglichst hohen Transnationalisierung erneut eine Rolle – wird davon ausgegangen, dass es vor allem die englischsprachigen Kommunikationsvorgänge sind, deren Europäisierungsniveau aufgrund der weiten Verbreitung der Sprache verhältnismäßig hoch ist. Eine gemeinsame Sprache, das ist an dieser Stelle allerdings wichtig zu betonen, wird damit lediglich zu einer forschungspragmatischen, nicht wie bei den ‚Pessimisten‘ (vgl. Kapitel 5.1.) zu einer normativ-essentialistischen Voraussetzung für transnationale Kommunikation.

8.3. Datenauswahl

Bevor die Untersuchungsergebnisse dargelegt und ausgewertet werden, muss abschließend noch auf die konkrete Methode der Datenerhebung, sprich die Auswahl der untersuchten Weblogs und Weblog-Einträge eingegangen werden. Zunächst ist die Datenmenge der vorliegenden Untersuchungen aufgrund ihres exemplarischen Charakters verhältnismäßig gering, so dass – nach der Bestimmung von Ruud Koopmans – auf eine computergesteuerte Datenerhebung verzichtet werden konnte.

„Data on hyperlinked networks can be obtained by human observation or by using specialized computer programs. For a small sample of Web sites, human coding is the best way to generate valid data. However, for our aim to investigate hyperlink connections among more than 1,000 often very large Web sites, this method was not feasible“ (Koopmans 2010a: 183).

Da die Anzahl der hier untersuchten Weblogs deutlich unter 1.000 bleibt, wurden die Blogs manuell, allerdings nach den strikten, oben dargelegten Kriterien ausgesucht. Hierfür wurde sich mit der Website www.bloggingportal.eu eines sogenannten Blogmonitoring-Anbieters¹¹⁷ bedient. Wie bereits in Kapitel 7 dargelegt, erfassen diese Anbieter Weblogs quantitativ und klassifizieren sie mithilfe von Algorithmen wie dem *Google Pagerank*-System¹¹⁸ hinsichtlich ihrer Vernetzung. Der Anbieter [bloggingportal.eu](http://www.bloggingportal.eu) hat sich dabei

¹¹⁷ Schmidt empfiehlt solche Anbieter für die „Recherche in blogbasierten Öffentlichkeiten“ (Schmidt 2009: 53).

¹¹⁸ „Der PageRank-Algorithmus bildet einen zufällig durch das Netz surfenden Benutzer nach. Die Wahrscheinlichkeit, mit der dieser auf eine Website stößt, korreliert mit dem PageRank“ (Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/PageRank>; Stand: 31.7.2013). Siehe außerdem: Kapitel 7. der vorliegenden Arbeit.

bereits auf Weblogs spezialisiert, die sich spezifisch europäischen bzw. europapolitischen Themen widmen und listet derzeit knapp über 1.000 Blogs¹¹⁹.

Um hinsichtlich der Kategorie der *Connectivity of Communication* möglichst aufschlussreiche Ergebnisse zu erhalten, wurden zunächst alle auf Bloggingportal gelisteten Blogs ausgewählt, denen das Portal einen *Google-PageRank*-Wert von mindestens 5 zuweist (generell existieren im Web PageRank-Werte zwischen 0 und 10, durch die die Verlinkungspopularität einer speziellen Website angezeigt wird. 0 steht dabei für eine sehr geringe, 10 für eine extrem hohe Anzahl von Links, die auf diese Seite verweisen¹²⁰). Die extrem populären Seiten www.google.com und www.facebook.com weisen bspw. einen *PageRank*-Wert von 9 auf¹²¹). Damit sind alle hier ausgewählten Weblogs innerhalb des Netzwerks der Euro-Blogosphäre auf netzwerktheoretischer Ebene als Knoten mit vergleichsweise hoher *Indegree*-Zentralität, sprich: hohem „Prestigemaß“ (Holzer 2006: 40) anzusehen (vgl. hierzu auch die Diskussion zur hierarchischen Strukturierung digitaler Netzwerkkommunikation durch Hyperlinks in Kapitel 6.3.).

Nach dieser ersten Filterung fanden sich auf bloggingportal.eu insgesamt 207 Blogs, davon zwei Blogs mit dem *PageRank* 8, zwölf Blogs mit dem *PageRank* 7, 62 Blogs mit dem *PageRank* 6 und 131 Blogs mit dem *PageRank* 5 (siehe Anlage 1: Blogs nach der Auflistung auf www.bloggingportal.eu: Erste Filterung).

Im nächsten Schritt wurden diese Blogs nach den oben dargelegten Kriterien gefiltert (Form-Kriterium und Sprach-Kriterium; das Inhaltskriterium wurde hingegen bereits vorab durch die thematische Spezialisierung von bloggingportal.eu erfüllt). Dabei fielen von den ursprünglich 207 Blogs 184 Blogs aus der Stichprobe heraus, weil sie entweder nicht ausschließlich englischsprachig waren, von Politikern, Unternehmen oder Massenmedien betrieben wurden oder – dieses Kriterium wurde hinzugefügt, um die Aktualität der Weblogs zu gewährleisten – weil ihre letzte Aktualisierung weiter zurücklag als der 1.1.2013.

Nach dieser formalen, sprachlichen und aktualitätsbezogenen Filterung wurden die auf bloggingportal.eu vermerkten *PageRank*-Angaben der übrig gebliebenen 23 Weblogs auf zwei unabhängigen Websites, die sich auf die Ermittlung von *PageRank*-Werten spezialisiert haben¹²², noch einmal überprüft. Dabei stellten sich die Angaben auf bloggingportal.eu bei insgesamt vier Blogs als falsch heraus. Alle vier Blogs haben nach der Überprüfung einen *PageRank*-Wert von unter 5 und fallen damit aus dem Untersuchungsraster heraus. Somit

¹¹⁹ Vgl.: www.bloggingportal.eu; Stand: 31.7.2013.

¹²⁰ Vgl.: <http://de.wikipedia.org/wiki/PageRank>; Stand: 31.7.2013.

¹²¹ Ermittlung durch <http://www.prchecker.info>; Stand: 31.7.2013.

¹²² www.pagerank.complex.de; Stand: 31.7.2013/ www.prchecker.onfo; Stand: 31.7.2013.

blieben letztlich die folgenden 19 Weblogs übrig, die das Datenmaterial für die Untersuchung bilden:

Blog-Name	Webadresse	Ein-Autoren-Blog (E)/ Mehr-Autoren-Blog (M)	Herkunftsland	Pagerank
EU Energy Policy Blog	www.energypolicyblog.com	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten	7
Jon Worth's Euroblog	www.jonworth.eu	E	Großbritannien	6
ECHR Blog	www.echrblog.blogspot.com	E	Niederlande	6
Centre for European Reform	www.centreforeuropeanreform.blogspot.de	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Sitz der zugehörigen Organisation in Großbritannien)	6
European Tribune	www.eurotrib.com	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten	6
Social Europe Journal	www.social-europe.eu	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Sitz in London)	6
Ann Mettler	www.innovation.blogactiv.eu	E	Deutschland	6
Open Europe Blog	www.openeuropeblog.blogspot.de	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten	6
The Antitrust	www.professorge	M	Autoren	5

Hotchpotch	radin.blogs.com		unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Arbeitsort: Brüssel)	
Babel in Brussels	www.cafebabel.co.uk/brussels	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Arbeitsort: Brüssel)	5
ECJ Blog	www.courtjustice.blogspot.nl	E	Niederlande	5
Kosmopolito	www.kosmopolito.org	E	Herkunftsland des Autors nicht ermittelbar (in jedem Fall aber europäisch)	5
DARE Network	www.dare-network.blogspot.de	M	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Sitz der zugehörigen Organisation in Deutschland)	5
Grahn Law	www.grahnlaw.blogspot.de	E	Finnland	5
M.G in Progress	www.mgiannini.blogspot.de	E	Autorin aus Italien; lebt und arbeitet in Brüssel	5
Dr. Sean's Diary	www.drseansdiary.wordpress.com	E	Großbritannien	5
Reuniting Europe	www.reuniting-europe.blogactiv.eu	E	Bulgarien	5
Content and Carrier	www.contentandcarrier.eu	E	Österreich	5

Eberhard Rhein	www.rhein.bloga ctiv.eu	E	Deutschland	5
-------------------	----------------------------	---	-------------	---

Abb. 4: Datenmaterial der Untersuchung auf Ebene der Weblogs

Unter den 19 Blogs sind somit 8 Blogs, die von mehreren Autoren aus verschiedenen Ländern betrieben werden und 11 Blogs von einzelnen Autoren. Geografisch ergibt sich damit folgende Verteilung:

- 8 Blogs mit Autoren aus unterschiedlichen europäischen Ländern
- 2 Blogs aus Deutschland
- 2 Blogs aus Großbritannien
- 2 Blogs aus den Niederlanden
- 1 Blog aus Österreich
- 1 Blog aus Bulgarien
- 1 Blog aus Italien
- 1 Blog aus Finnland
- 1 Blog mit nicht ermittelbarer Herkunft des Autors

Damit ist das Datenmaterial auf der Ebene der benutzten Weblogs final eingegrenzt. Auf der nächsten Ebene gilt es zu ermitteln, wie viele Autoren-Einträge (*Posts*) diese Blogs im angesetzten Untersuchungszeitraum zwischen dem 1.5.2013 und dem 31.5.2013 aufweisen: Im Aggregat kommen die 19 Blogs dabei auf insgesamt 146 Einträge. Um zu überprüfen, ob die Aktivität der ausgewählten Blogs im Untersuchungszeitraum möglicherweise unterdurchschnittlich schwach oder überdurchschnittlich stark war, wurden alle *Posts* der Blogs des Datenmaterials aus den sechs Monaten zwischen dem 1.1.2013 und dem 30.6.2013 gezählt. Die 19 Blogs kamen dabei insgesamt auf 982 Einträge, was einen monatlichen Durchschnitt von 163,7 Einträgen ergibt. Damit liegen die 146 Einträge des Untersuchungszeitraums um ca. 11% unter dem Durchschnitt des ersten Halbjahres 2013. Im nächsten Schritt galt es, das *a priori* festgelegte Kriterium der europäischen bzw. europapolitischen Thematik noch einmal sicherzustellen. Dazu wurden alle 146 Einträge nach den thematischen Schlüsselbegriffen „EU“, „Europe“ bzw. „Euro“ gescannt. Nur Einträge, die mindestens einen dieser drei Begriffe enthielten, wurden in der Untersuchung verwendet. Von den insgesamt 146 Einträgen blieben nach dieser Filterung 130 Einträge übrig, die auf textlicher Ebene bzw. auf der Ebene der in ihnen enthaltenen Hyperlinks und auf der Ebene ihrer Kommentierungen die in der Untersuchung verwendete Stichprobe bilden (siehe Anlage 2: Ausgewählte Blog-Posts).

Dabei ist die Anzahl der Einträge zwischen den Blogs jedoch auffallend ungleich verteilt: Während das *Open Europe Blog* die Liste mit 41 Einträgen im Untersuchungszeitraum anführt, gibt es bei insgesamt fünf Blogs (*The Antitrust Hotchpotch*, *ECJ Blog*, *Ann Mettler*, *M.G. in Progress*, *Content and Carrier*) zwischen dem 1.5.2013 und dem 31.5.2013 keinen einzigen Eintrag. Diese Blogs bleiben formal zwar Bestandteil der Stichprobe, spielen aufgrund nicht vorhandener Publikationen im Untersuchungszeitraum in den Einzeluntersuchungen aber keine Rolle. Die 130 Einträge verteilen sich somit wie folgt auf die 19 Blogs:

Blog-Name	Anzahl der Einträge innerhalb des Untersuchungszeitraums, die mindestens einen der Schlüsselbegriffe enthalten (n)
EU Energy Policy Blog	1
Jon Worth's Euroblog	8
ECHR Blog	6
Centre for European Reform	4
European Tribune	13
Social Europe Journal	4
Ann Mettler	0
Open Europe Blog	41
The Antitrust Hotchpotch	0
Babel in Brussels	1
ECJ Blog	0
Kosmopolito	2
DARE Network	5
Grahn Law	32
M.G in Progress	0
Dr. Sean's Diary	2
Reuniting Europe	2
Content and Carrier	0
Eberhard Rhein	9
Summe	130

Abb. 5: Anzahl der Einträge in den einzelnen Weblogs innerhalb des Untersuchungszeitraums

8.4. Untersuchungsergebnisse

Im Rahmen eines Untersuchungsschwerpunktes im Bereich der Kategorie *Connectivity of Communication* spielt die Analyse der Verlinkungsstrukturen als Ausdruck des im Web spezifischen technischen Verknüpfungstools eine zentrale Rolle. Beschreibt man die durch solche Verlinkungen entstehenden Kommunikationsstrukturen mit Silke Adam als „symbolische Netzwerke“ (Adam 2007; 2008: 185) und stellt somit heraus, „dass diese medialen Netzwerke keine Abbildungen der Realität, sondern vielmehr mediale Wirklichkeitskonstruktionen widerspiegeln“ (ebd.), dann sind es genau jene drei von Adam benannten, charakteristischen Eigenschaften von kommunikativen Beziehungen in solchen symbolischen Netzwerken, an deren Analyse die folgende Untersuchung interessiert ist: Zum ersten geht es dabei auf grundlegender Ebene um die Richtung einer Beziehung (vgl. Adam 2007: 57). Eine Richtungsanalyse ist notwendig, um die die Frage beantworten zu können, welcher Akteur innerhalb eines symbolischen Netzwerkes eine Verbindung zu welchem anderen Akteur aufbaut, sprich: welcher Akteur den Beziehungsimpuls gibt. Zum zweiten geht es um „die Wertung, die durch Beziehungen ausgedrückt wird“ (ebd.): Hier wird die folgende Untersuchung unter Rückbezug auf Adam zwischen affirmativen, kritischen und neutralen Beziehungen¹²³ unterscheiden. Die dritte Eigenschaft von Beziehungen in symbolischen Netzwerken schließlich bezieht Adam selbst konkret auf die Betrachtung von Europäisierungsprozessen in solchen Netzwerken: „Möchte man die ‚Europäisierung‘ symbolischer Netzwerke ins Blickfeld rücken, so müssen Akteure gemäß ihrer Herkunft unterschieden werden“ (ebd.: 58). Auch eine solche Herkunftsanalyse soll im Folgenden für die ausgesuchte Weblog-Kommunikation geleistet werden.

Dabei gilt im hiesigen Kontext zunächst Folgendes festzuhalten: Beziehungen in Form von Hyperlinks sind im Rahmen von Weblog-Kommunikation zumeist gerichtete Beziehungen (vgl. etwa Jansen 2006: 142), die auf zwei verschiedenen Ebenen auftauchen können: Innerhalb der Einträge der Blog-Autoren sowie innerhalb der Leser-Kommentierungen dieser Einträge. Trackbacks hingegen existieren lediglich auf der Ebene der Autoren-Einträge, nämlich dann, wenn diese Einträge von einer Website, die ebenfalls über die Trackback-Technologie verfügt, zitiert werden – diese Zitationen sind dann im Originaltext sichtbar.

Im Folgenden soll sich zunächst der Autorenebene gewidmet werden. Im zweiten Untersuchungsteil werden dann die Leser-Kommentierungen untersucht, bevor sich der

¹²³ Adam spricht von „positiven“, „negativen“ und „neutralen“ Beziehungen (Adam 2007: 57).

dritte Untersuchungsteil der Habermas'schen Prämisse einer Öffnung nationaler medialer Arenen füreinander anhand von Hyperlinkstrukturen auf Autoren- und Leser-Ebene widmet.

8.4.1. Erster Untersuchungsteil: Europäisierungstendenzen durch Verlinkungsstrukturen auf der Ebene der Weblog-Autoren

Die von den Autoren in den insgesamt 130 Blog-Einträgen der Stichprobe gesetzten Hyperlinks sowie die zumeist unter den Texten erscheinenden Trackbacks wurden zunächst gezählt und anschließend anhand unterschiedlicher Parameter analysiert. Die 130 Einträge beinhalten danach insgesamt 803 Autoren-Hyperlinks, was im Aggregat einem durchschnittlichen Wert von 6,2 Links pro Eintrag entspricht – jeder Autor versieht seinen Text also im Durchschnitt mit mehr als 6 externen, für den Leser *per* Mausklick nachvollziehbaren Verweisen. Trackbacks hingegen sind weitaus weniger verbreitet: Sie erscheinen in den 130 Einträgen lediglich 13 Mal, was einem Durchschnitt von 0,1 Trackbacks pro Eintrag entspricht¹²⁴. Ähnlich wie bereits bei der Anzahl der Einträge in den unterschiedlichen Blogs ist auch die Häufigkeit der ein- oder ausgehenden Verweise (Trackbacks bzw. Hyperlinks) erneut relativ ungleich verteilt – netzwerktheoretisch formuliert: die ausgewählten Weblogs weisen bezüglich der *Outdegree*-Zentralität zum Teil deutlich unterschiedliche Werte auf. Abbildung 6 zeigt dies auf. Während etwa das Blog von *Jon Worth* durchschnittlich 12,1 Hyperlinks in einen Eintrag einbaut, ist es bei den Blogs *Centre for European Reform* und *Reuniting Europe* durchschnittlich weniger als ein Hyperlink.

¹²⁴ Im Rahmen der Analyse der Trackbacks gilt es, ähnlich wie bei der später folgenden Analyse der Kommentar-Links, einen wichtigen Zusatz anzufügen: Weblog-Texte werden in der Regel dauerhaft archiviert und sind zeitlich unbegrenzt auch nach ihrer Publikation kommentier- oder zitierbar. Das bedeutet, dass sich sowohl die Anzahl der Trackbacks als auch die Anzahl der Kommentare kontinuierlich verändern können. Die vorliegende Untersuchung basiert bezüglich sämtlicher Daten auf dem Stand des 27.6.2013, also knapp einen Monat nach Beendigung des Untersuchungszeitraumes. In der Regel ist die Diskussion eines Weblog-Eintrages in dieser Zeitspanne erheblich abgeflacht oder gänzlich beendet. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass auch nach diesem Stichtag noch einzelne Kommentare oder Trackbacks hinzugefügt wurden – diese konnten dann in der Untersuchung nicht mehr berücksichtigt werden.

Blog-Name	#	Gesamtanzahl Autoren-Links in #	Durchschnitt Autoren-Links/ Eintrag	Gesamtanzahl Trackbacks in #	Durchschnitt Trackbacks/ Eintrag
EU Energy Policy Blog	1	0	0	0	0
Jon Worth's Euroblog	8	97	12,1	7	0,9
ECHR Blog	6	16	2,7	0	0
Centre for European Reform	4	3	0,8	0	0
European Tribune	13	90	6,9	0	0
Social Europe Journal	4	8	2	0	0
Ann Mettler	0	-	-	-	-
Open Europe Blog	41	188	4,6	0	0
The Antitrust Hotchpotch	0	-	-	-	-
Babel in Brussels	1	0	0	0	0
ECJ Blog	0	-	-	-	-
Kosmopolito	2	3	1,5	5	2,5
DARE Network	5	11	2,2	0	0
Grahn Law	32	371	11,6	0	0
M.G in Progress	0	-	-	-	-
Dr. Sean's Diary	2	15	7,5	1	0,5
Reuniting Europe	2	1	0,5	0	0
Content and Carrier	0	-	-	-	-
Eberhard Rhein	9	0	0	0	0
Summe (Durchschnitt im Aggregat)	130	803	(6,2)	13	(0,1)

Abb. 6: Verteilung der Autoren-Hyperlinks und Trackbacks in #

Aus der reinen Anzahl bzw. der durchschnittlichen Häufigkeit der Verlinkungen in den Blog-Einträgen lassen sich allerdings weder aussagekräftige Schlüsse über die strukturelle Beschaffenheit der Konnektivität noch über die Ausprägungen der verschiedenen Möglichkeiten zur Transnationalisierung in den ausgewählten Weblog-Kommunikationsprozessen ziehen. Deshalb wurden im nächsten Schritt zunächst die 13 Trackbacks und anschließend alle 803 Autoren-Links hinsichtlich verschiedener Kriterien untersucht. Bei den Trackbacks, die aufgrund ihrer geringen Anzahl auch nur eine geringe Aussagekraft über das Datenmaterial im Aggregat besitzen, ist diese Untersuchung vergleichsweise simpel. Da prinzipiell nur Weblogs über die Trackback-Technologie verfügen, musste lediglich untersucht werden, aus welchen Ländern die eingehenden Verweise auf das hier analysierte Datenmaterial stammen, die in Form der Trackbacks angezeigt werden. Hierzu wurden die Trackbacks rückverfolgt und das Land ermittelt, aus dem die Website stammt, welche für den Trackback verantwortlich ist. Abbildung 7 veranschaulicht das Ergebnis.

Blog-Name	Herkunftsland	Gesamtanzahl Trackbacks in <i>n</i>	Herkunftsländer (Anzahl) der für die Trackbacks verantwortlichen Websites
Jon Worth	Großbritannien	7	Deutschland (4), Großbritannien (2), Polen (1)
Kosmopolito	nicht ermittelbar	5	Deutschland (2), Frankreich (2), Großbritannien (1)
Dr. Sean's Diary	Großbritannien	1	Großbritannien

Abb. 7: Herkunftsländer der für die Trackbacks verantwortlichen Websites

Wie bereits betont, besitzen diese Ergebnisse aufgrund der geringen absoluten Anzahl der Trackbacks nur sehr begrenzte Aussagekraft. Zumindest lässt sich allerdings für das Blog von *Jon Worth* und das Blog *Kosmopolito* festhalten, dass diese definitiv außerhalb des Heimatlandes ihrer Autoren, nämlich jeweils in mindestens zwei anderen europäischen Ländern rezipiert werden.

Bei den Autoren-Hyperlinks ermöglicht die Menge des Datenmaterials erheblich mehr Untersuchungsschritte. So wurden die Autoren-Links nach verschiedenen inhaltlichen, territorialen und intentionalen Kriterien untersucht. Zunächst wurden die 803 von den Autoren in den Einträgen der Stichprobe gesetzten Hyperlinks nach dem Typus ihres Verlinkungsziels analysiert. Dafür wurden 13 verschiedene Kategorien von Websites erstellt, denen die einzelnen Links zugeordnet werden können:

- Website eines klassischen Massenmediums (Printmedium, TV, Radio etc.)
- professionelles Online-Medium
- Weblog aus der Stichprobe der hier vorliegenden Untersuchung
- sonstiges Weblog
- Wikipedia
- Social Network (Facebook, Twitter etc.)
- Website einer politischen Institution auf EU-Ebene (Europäischer Rat, Europaparlament etc.)
- Website einer Non-Profit-Organisation (bspw. NGO's)
- Social Network-Profil einer EU-Politikerin/eines EU-Politikers
- Website einer EU-Politikerin/eines EU-Politikers
- Social Network-Profil einer nationalen Politikerin/eines nationalen Politikers
- Website einer nationalen Politikerin/eines nationalen Politikers/ einer nationalen politischen Institution (bspw. Deutscher Bundestag)
- Sonstige Websites (hierzu wurden sowohl Websites von Wirtschaftsunternehmen als auch Google gezählt)

Mit dieser Einteilung lassen sich in einem ersten Untersuchungsschritt die Konnektivitätsstrukturen der Stichprobe typologisch, nach unterschiedlichen Teilgruppen innerhalb der diskursiven Netzwerke auswerten. Es lässt sich somit untersuchen, welche Typen von Websites den Autoren der Blog-Einträge innerhalb der Diskurse zu europäischen bzw. europapolitischen Themen als Referenzen besonders wichtig erscheinen – sprich, zu welchen Typen sie überdurchschnittlich viel verlinken und welche Typen in den untersuchten Ausschnitten der Blogosphäre nur eine untergeordnete Rolle spielen. Hier lässt sich etwa nach der Präsenz von Politikern bzw. politischen Institutionen im Allgemeinen, nach der Gewichtung zwischen nationalen und EU-Politikern, nach der kommunikativen Sichtbarkeit der Blogs aus der hiesigen Stichprobe bzw. nach dem Verhältnis zwischen der Verlinkung zu Massenmedien, Online-Medien und Weblogs fragen.

Die Ergebnisse dieses Untersuchungsschritts zeigen dabei einige deutlich erkennbare Trends auf (siehe Abb. 8, für die detaillierten Ergebnisse der einzelnen Weblogs siehe Anlage 3: Aufteilung der Autoren-Links nach Kategorien von Websites):

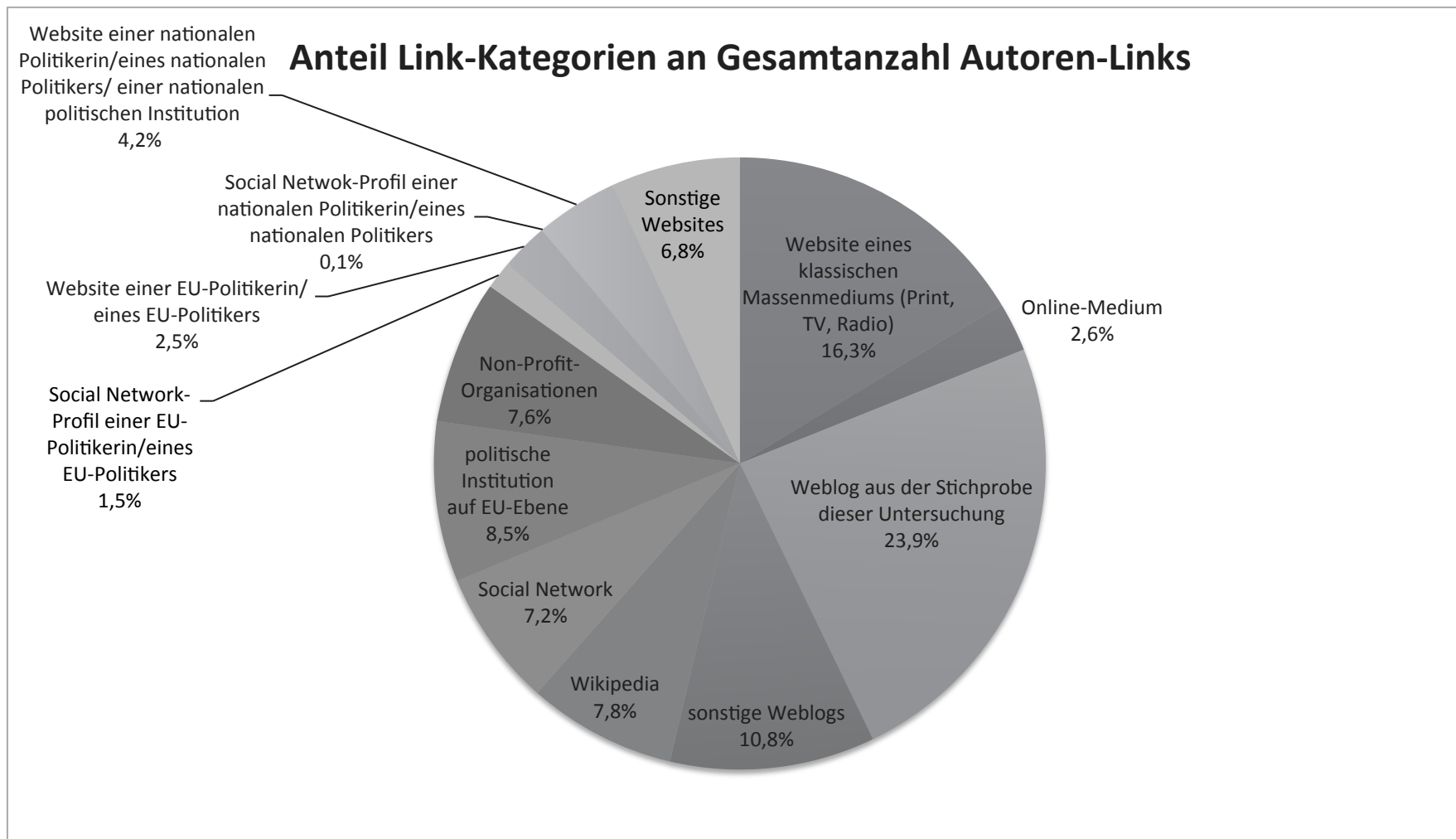


Abb. 8: Aufteilung der 803 Autoren-Links nach Typen von Websites

Zunächst wird deutlich, dass innerhalb der europapolitischen Blogosphäre eine starke konnektive Zentrierung derjenigen Blogs vorherrscht, die Teil der Stichprobe dieser Untersuchung bilden. Das überrascht einerseits insofern nicht, als dass diese Blogs ja gerade nach der Höhe ihres *Pagerank*-Wertes ausgewählt wurden, welcher eben den Grad ihrer Einbindung in Verlinkungsstrukturen wiedergibt; auf der anderen Seite misst der *Pagerank* eingehende Links von allen Typen von Websites. Die hiesige Untersuchung allerdings belegt für die Daten der Stichprobe, dass die ausgewählten Blogs sich besonders untereinander sehr stark verlinken. Wenn fast jeder vierte Autoren-Hyperlink (23,9%) aus der Stichprobe an ein anderes Blog der Stichprobe geht, dann lässt sich daraus auf eine starke Zentrierung mit Tendenzen hin zu einer *power law*-Verteilung innerhalb der europapolitischen Blogosphäre schließen, wie sie in Kapitel 6.3. eingeführt und erläutert wurde. Wir haben es also in der Stichprobe, typisch für Weblog-Kommunikation, mit clusterartigen diskursiven Zentren zu tun, die in der Tendenz sehr viele eingehende Links, sprich: eine hohe *Indegree*-Zentralität aufweisen und sich auch untereinander stark verlinken (nimmt man die 10,8% der Kategorie „sonstige Weblogs“ hinzu, dann geht mehr als jeder dritte Link der Stichprobe zu einer Website des Typs Blog. Auch hier zeigt sich prototypisch die hohe Selbstreferentialität innerhalb dieser Kommunikationsform). Allerdings darf in diesem Zusammenhang ein Detail-Untersuchungsergebnis nicht verschwiegen werden, welches diese Interpretation in ihrer Deutlichkeit relativiert: Auch eine Verlinkung auf das eigene Blog zählt zur Kategorie der „Weblogs aus der Stichprobe dieser Untersuchung“. Besonders beim *Gravn Law*-Blog, welches von allen Blogs den zweithöchsten Durchschnitt an Autoren-Links pro Eintrag aufweist (vgl. Abb. 6), geschieht die Verlinkung auf einen anderen Eintrag des eigenen Blogs überdurchschnittlich häufig. Dieses Faktum spezifiziert die These einer clusterartigen Zentrumsbildung innerhalb der europapolitischen Blogosphäre insofern, als dass die Eigenverlinkung für einen Teil dieser Clusterbildung verantwortlich ist; die Konzentrations-These als solche wird dadurch jedoch nicht erschüttert.

Das nächste Ergebnis, das sich aus diesem Untersuchungsschritt ziehen lässt, betrifft die hohe Prominenz der klassischen Massenmedien innerhalb der durch Autoren-Links entstehenden Weblog-Kommunikationsstruktur. Nach der Kategorie der „Weblogs aus der Stichprobe dieser Untersuchung“ sind Websites klassischer Massenmedien das zweithäufigste Verlinkungsziel der Autoren (16,3%). Die professionellen Online-Medien machen im Gegensatz hierzu mit nur 2,6% der Autoren-Links einen verschwindend geringen Anteil aus. Die innerhalb der Forschung zu neuen Medien verbreitete These, nach der die Nachrichten-Agenden der klassischen Massenmedien auch im Web 2.0 von

entscheidender Bedeutung sind (vgl. Kapitel 7), wird also durch dieses Teilergebnis auch für die europapolitische Blogosphäre gestärkt.

Während die Social Networks, die Online-Enzyklopädie *Wikipedia* sowie Websites von Non-Profit-Organisationen mit 7,2%, 7,8% und 7,6% der Links immerhin einen erwähnenswerten Anteil der Gesamtheit an Links ausmachen, spielen die Kommunikationskanäle von Politikern als Referenzen innerhalb der Weblog-Kommunikation nur eine sehr geringe Rolle – das gilt für EU-Politiker ebenso wie für nationale Politiker bzw. nationale politische Institutionen. Nimmt man die Websites und die Social Network-Profile der jeweiligen Politikergruppen zusammen, dann kommen sowohl die nationalen als auch die EU-Politiker jeweils nur auf ca. 4% der Links in den Einträgen der Stichprobe. Ein wenig anders verhält es sich mit den Websites von EU-Institutionen, auf die die Weblog-Autoren immerhin in mehr als 8 von 100 Fällen verweisen (8,5%). Bei diesen Verweisen handelt es sich – korrespondierend zu der thematischen Europa-Spezialisierung der Weblogs – in den meisten Fällen um Pressemitteilungen oder andere, der Entscheidungsdokumentation gewidmete Publikationen von politischen Institutionen der Europäischen Union wie der EU-Kommission oder dem Europäischen Rat. Im Unter-Bereich der politischen Kommunikation lässt sich also bereits an dieser Stelle von einer ungleichen Aufmerksamkeitsverteilung zugunsten der EU-Ebene gegenüber der nationalen Ebene sprechen.

Ungeachtet dessen lässt sich aus dieser kategorialen Untersuchung jedoch vor allem die Dominanz von professionellen journalistischen und laien-journalistischen Quellen innerhalb der Referenzen der Weblog-Autoren festhalten. So machen die klassischen Massenmedien, die Online-Medien und beide Kategorien der Weblogs im Aggregat mehr als die Hälfte (53,6%) aller Autoren-Links aus. Zählt man *Wikipedia* als der Neutralität verpflichtetes Online-Lexikon dazu, dann ließe sich tendenziell auf eine Bevorzugung von zumindest der Form nach objektiven Quellen gegenüber Quellen, die jegliche Arten von Partialinteressen vertreten, schließen.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurde die territoriale Herkunft der Websites, auf die die Autoren verlinken, untersucht. Diese Untersuchung ist für die Beurteilung von Transnationalisierungs- bzw. Europäisierungsprozessen von entscheidender Bedeutung und soll daher etwas mehr Raum einnehmen.

Zunächst einmal ging es dabei darum, die geographische Verteilung von Hyperlinks auf einem abstrakten Level, jenseits einzelner Herkunftsländer der Verlinkungsziele zu entschlüsseln. Dafür wurden die Autoren-Hyperlinks anhand folgender Fragen untersucht:

- Wie hoch ist der Anteil der Links ins Herkunftsland des Weblog-Autors bzw. in das Land, von dem aus das Weblog arbeitet (sofern diese Angaben spezifisch ermittelbar sind)?
- Wie hoch ist der Anteil der Links zu europäischen Nationalstaaten (hier gilt ein geografisch weiter gefasster Europa-Begriff, inkl. der Schweiz, Russland und der Türkei)?
- Wie hoch ist der Anteil der Links ins außereuropäische Ausland?
- Wie hoch ist die Anzahl der (ermittelbaren) Nationalitäten der Verlinkungsziele der einzelnen Blogs?
- Wie hoch ist die Anzahl der Links zu spezifisch europäischen Websites (europäisch hier im trans- bzw. supranationalen Sinne)?

Bezogen auf die 19 Blogs der Stichprobe kommt die Untersuchung hier zu folgenden Ergebnissen (Abb. 9 und 10 enthalten nur noch jene Blogs, die innerhalb des Untersuchungszeitraums Autoren-Links aufweisen):

Blog-Name	Herkunftsland	Gesamtanzahl Autoren-Links in n	Anzahl der Links ins eigene Herkunftsland (sofern ermittelbar)	Anzahl der Links zu europäischen Nationalstaaten	Anzahl der Links ins außereuropäische Ausland	Anzahl der (ermittelbaren) Nationalitäten der Verlinkungsziele	Anzahl der Links zu spezifischen europäischen Websites (trans-/supranational)
Jon Worth's Euroblog	Großbritannien	97	22	39	0	7	58
ECHR Blog	Niederlande	16	3	8	2	5	6
Centre for	Autoren unterschiedl.	3	2 (GB)	2	0	1	1

European Reform	edlicher europäischer Nationalitäten (Sitz der zugehörigen Organisation in Großbritannien)						
European Tribune	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten	90	-	47	8	9	35
Social Europe Journal	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Sitz in London)	8	1 (GB)	2	1	3	5
Open Europe Blog	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten	188	-	89	8	10	91
Kosmopolito	Herkunftsland des Autors	3	-	0	0	0	3

	nicht ermittelbar (europäisch)						
DARE Netzwerk	Autoren unterschiedlicher europäischer Nationalitäten (Sitz der zugehörigen Organisation in Deutschland)	11	0 (D)	6	0	3	5
Grahn Law	Finnland	371	86	231	7	19	133
Dr. Sean's Diary	Großbritannien	15	6	7	4	3	4
Reuniting Europe	Bulgarien	1	0	0	0	0	1
Summe (prozentualer Anteil)	-	803	119 (*) (14,8%)	431 (53,7%)	30 (3,7%)	5,5 (Durchschnittliche Anzahl verlinkter Nationalitäten)	342 (42,6%)

Abb. 9: Erster Untersuchungsschritt zur territorialen Analyse der Autoren-Hyperlinks

* Diese Summe ist nur bedingt aussagekräftig, da der zugehörige Einzelwert bei den fünf transnationalen Blogs nicht ermittelt werden konnte.

Link-Anteil

- Links in europäische Nationalstaaten (geographisches Europa)
- Links ins außereuropäische Ausland
- Links zu spezifisch europäischen Websites (trans-/ bzw. supranational)

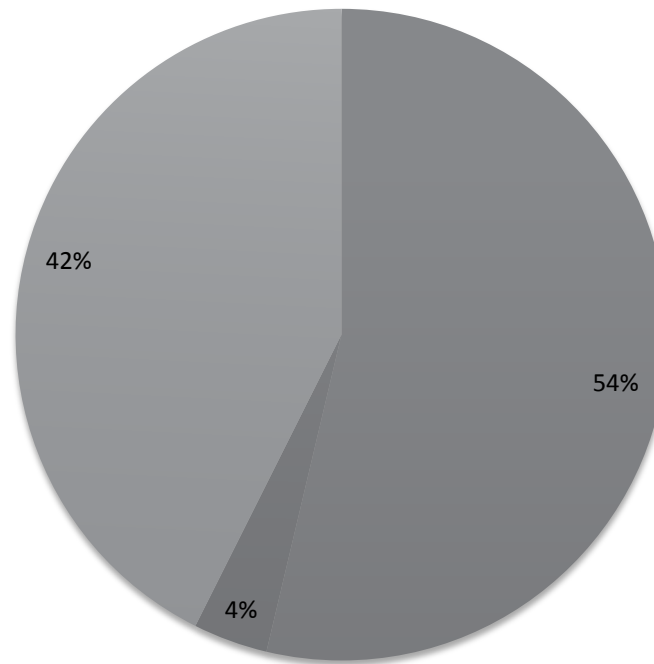


Abb. 10: Anteile der Autoren-Links nach erster, nicht-länderspezifischer territorialer Einteilung

Bei dieser ersten groben Untersuchung der Autoren-Links nach territorialen Gesichtspunkten wird vor allem die Begrenzung der kommunikativen Vernetzung auf den Raum des geografischen Europa sehr deutlich: Zwar wurden der Kategorie „europäische Websites (trans- bzw. supranational)“ formal auch transnationale Websites jenseits des europäischen Rahmens (wie etwa Websites weltweit agierender NGO's [*Amnesty International*, *Greenpeace* etc.]) zugeordnet; weil es sich bei der großen Mehrheit innerhalb dieser Kategorie aber um Links zu spezifisch europäischen Websites handelt und hier nur sehr wenige Ausnahmen als transnational in einem über-europäischen Sinn qualifiziert werden können, lässt sich bereits auf dieser Untersuchungsstufe festhalten, dass Verweise auf Quellen aus dem außereuropäischen Raum innerhalb der untersuchten Weblog-Kommunikationen eine sehr geringe Rolle spielen. Diese Erkenntnis sagt zwar noch nichts über eine mögliche horizontale Europäisierung aus (die Vernetzung der einzelnen Länder untereinander werden hier ja noch nicht erfasst), sie verdeutlicht aber einen signifikanten Anteil an vertikaler Europäisierung innerhalb der Stichprobe (in Form jener Links zu spezifisch europäischen Websites im trans- bzw. supranationalen Sinn) und verweist zugleich auf ein Phänomen, welches im Sinne des Transnationalisierungs-Begriffs, wie er sich sowohl bei Karl W. Deutsch, als auch bei Jürgen Gerhards findet¹²⁵, ebenfalls als Merkmal von Europäisierung gedeutet werden kann: Die verhältnismäßig geringen Beachtung von außer- bzw. meta-europäischen Kommunikationsarenen¹²⁶. Zuletzt veranschaulicht das Ergebnis dieses Untersuchungsschrittes, dass die Weblog-Autoren innerhalb ihres Verlinkungs-Verhaltens den nationalen Rahmen, aus dem sie (sofern ermittelbar) selber stammen, deutlich aufbrechen: Nur 14,8% der Links, das ist weniger als jede sechste Referenz, verweisen auf Websites aus dem eigenen Land (siehe Abb. 9, inklusive des Hinweises auf die methodische Einschränkung der Aussagekraft dieses Teilergebnisses).

Im nächsten Untersuchungsschritt wurden die unterschiedlichen Formen der Europäisierung, besonders die Ausprägungen ihrer horizontalen Variante, näher untersucht. Dazu wurden sämtliche Autoren-Links aus der Stichprobe erneut verfolgt und die konkreten Länder der Websites, auf die sie verweisen, sowie ihr Anteil an der Summe

¹²⁵ Wie bereits oben dargelegt, ist Transnationalisierung für beide Autoren ein „relationaler Begriff [...], der die Interaktionen oder Transaktionen innerhalb eines Nationalstaats in das Verhältnis zu Interaktionen und Transaktionen mit außerhalb des Nationalstaats liegenden Einheiten setzt“ (Gerhards 2000: 280).

¹²⁶ Vgl. hierzu auch die in Kapitel 4.4. dargelegten Äußerungen von Habermas zu einer bis zu einem gewissen Punkt notwendigen äußeren Abgrenzung eines nach innen solidarischen europäischen Kollektivs.

aller Links ausgewertet.¹²⁷ Auch wurden hier nicht nur außereuropäische Websites den europäischen gegenübergestellt, sondern es wurde innerhalb der Kategorie des geographischen Europa ebenfalls zwischen Websites aus EU-Ländern und Websites aus europäischen Nicht-EU-Ländern unterschieden. Das Ergebnis dieser Analyse aller 803 Autoren-Links gestaltet sich wie folgt:

¹²⁷ Auch in diesem Untersuchungsschritt existiert erneut die Kategorie „europäischer Websites (trans- bzw. supranational)“; auch hier gilt, dass die große Mehrheit der Websites aus dieser Kategorie als ‚europäische‘, im Sinne von durch europaweite Kollaborationen erstellte Websites anzusehen sind.

Verteilung von Autoren-Links nach Zielländern

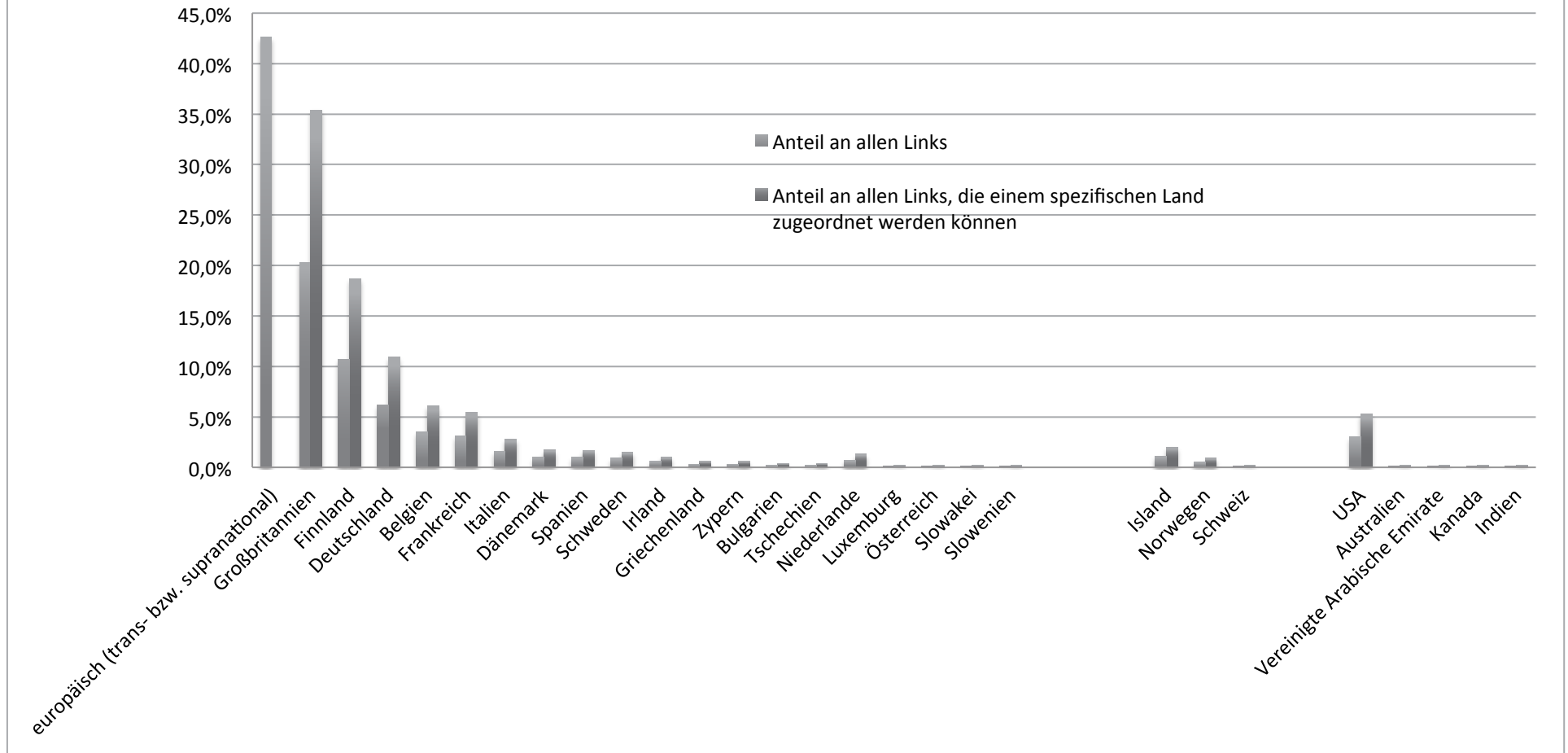


Abb. 11: Verteilung von Autoren-Links nach Zielländern

Wie aus Abbildung 11 hervorgeht, wurden die Anteils-Werte in diesem Untersuchungsschritt auf zwei verschiedene Gesamtwerte bezogen ermittelt: zunächst wurden die Anteile der einzelnen Länder an allen 803 Links der Stichprobe ermittelt (blaue Säulen in Abb. 11), danach wurden die Anteile der Länder an allen Links, die einem spezifischen Land zugeordnet werden können, ermittelt. Die Kategorie der Links zu „europäischen (trans- bzw. supranationalen)“ Websites wurde in dieser zweiten Ermittlung also herausgenommen, um einen genaueren Blick auf die Struktur der horizontalen Europäisierungstendenzen zu erhalten.

Im Rahmen dieses Untersuchungsschrittes gilt es, auf verschiedene Teilergebnisse besonders aufmerksam zu machen: Zum ersten wird hier, wie schon in Abb. 10, die Dominanz spezifisch „europäischer“ Verlinkungsziele deutlich, die als Gattung innerhalb von Weblog-Kommunikationen mit europäischer bzw. europapolitischer Thematik offenbar eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus aber zeigen verschiedene Ergebnisse auch eine signifikante Tendenz zur horizontalen Europäisierung der Weblog-Einträge: Zum einen verweisen die 803 Autoren-Links insgesamt auf Websites aus 27 verschiedenen Ländern. Diese territorial breite Streuung der Hyperlinks zeugt, bezogen auf die Weblog-Autoren, von einem Bestreben nach möglichst multinationaler Kontextualisierung der eigenen Kommunikation. Den Autoren scheint es demnach wichtig zu sein, mit ihren eigenen Äußerungen an Debatten, Publikationen und Kommunikationsvorgänge aus einer möglichst breiten Auswahl unterschiedlicher, überwiegend europäischer Länder anzuknüpfen. Nimmt man die fünf in der Stichprobe auftauchenden außereuropäischen Länder heraus, dann existieren insgesamt Verweise auf 22 Länder, die dem geographischen Europa zuzuordnen sind. Unter ihnen sind (exklusive Island, Norwegen und der Schweiz) 19 EU-Mitgliedstaaten. Damit sind 68% aller EU-Mitgliedstaaten in den hier untersuchten Ausschnitten der europäischen Blogosphäre in Form von Hyperlink-Verweisen vertreten¹²⁸.

Die Intensität der Verweise auf Websites aus spezifischen Ländern durch die Weblog-Autoren ist zwischen den EU-Staaten allerdings sehr ungleich verteilt (siehe Abb. 11). Auch diese Verteilung lässt durchaus interessante Schlüsse zu: Zunächst gilt es, den verhältnismäßig hohen Wert Finnlands (10,7% aller Links; 18,7% aller Links, die einem spezifischen Land zugeordnet werden können, siehe Abb. 11) zu relativieren: Diese Werte sind allein auf das aus Finnland stammende *Gravn Law*-Blog zurückzuführen, dass sich im Rahmen seiner insgesamt 371 Autoren-Links 86 mal selbst verlinkt. Die Prominenz Finnlands lässt sich also nicht auf verschiedene finnische Websites zurückführen, die in

¹²⁸ Bezogen auf die Ausdehnung der EU im August 2013 (28 Mitgliedstaaten).

hoher Frequenz Ziel von Verweisen anderer Autoren wären, sondern ergibt sich lediglich aus einer stark ausgeprägten Selbstreferenzialität des *Grabm Law*-Blogs. Die Werte der restlichen Zielländer der Hyperlinks lassen – mit einzelnen Ausnahmen, aber dennoch relativ deutlich – vor allem zwei Trends erkennen, die unübersehbar Analogien zur politischen Gewichtsverteilung in Europa und vor allem innerhalb der Europäischen Union aufweisen:

1. Die Anzahl der auf Websites aus einem spezifischen Land verweisenden Links steigt tendenziell mit der territorialen Größe des Landes (dieser Trend umfasst auch die Links auf Websites aus den USA)
2. Die Anzahl der auf Websites aus einem spezifischen Land verweisenden Links steigt tendenziell mit der geografischen Zentralität des Landes in Europa (die USA bilden hier mit 5,2% aller Links eine Ausnahme).

Beide Trends sorgen im Rahmen der Link-Verteilung für – nicht immer eindeutige, aber dennoch erkennbare – Zentrum-Peripherie-Strukturen innerhalb der kommunikativen Vernetzung der ausgewählten Weblog-Kommunikation. Veranschaulicht man, wie in Abbildung 12, den relativen Anteil der eingehenden Links pro Land auf einer Karte, dann lässt sich diese hierarchische Struktur visuell verdeutlichen. Um die Karte übersichtlich zu halten, wurden die einzelnen Länder (bzw. Europa als Symbol für Verweise auf spezifisch europäische Websites) je nach ihrem Anteil an allen Autoren-Links in Gruppen eingeteilt.

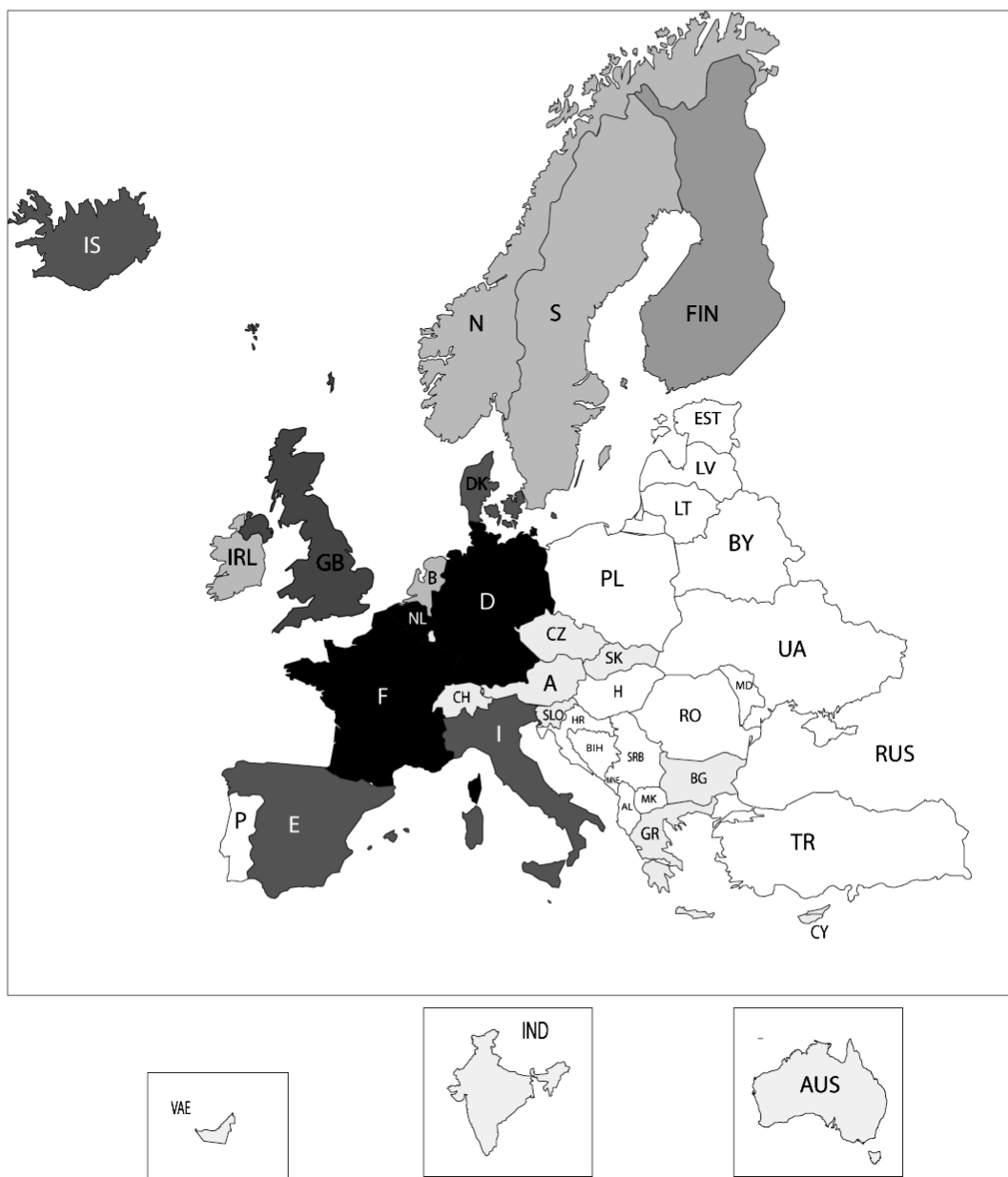
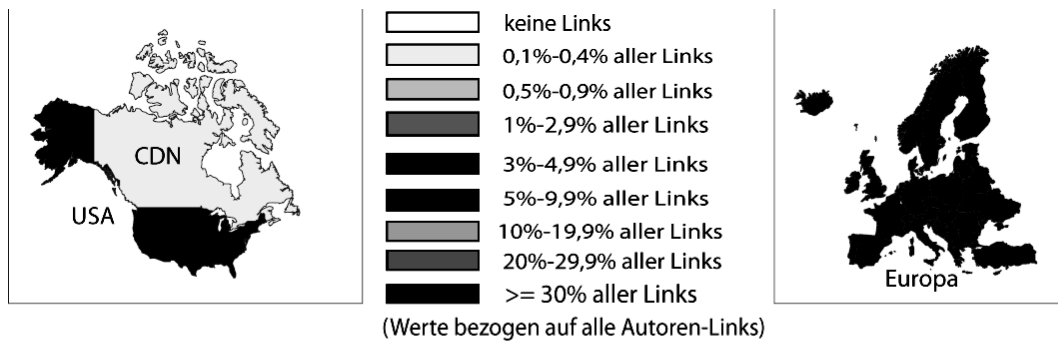


Abb. 12: Verteilung der Autoren-Links nach Ländern (plus Europa als Kontinent)

Neben der Sonderstellung Finnlands und der großen Prominenz spezifisch europäischer Websites innerhalb der Verlinkungsstrukturen, auf die bereits oben eingegangen wurde,

besitzt Großbritannien innerhalb der Stichprobe ebenfalls eine herausgehobene Stellung: Als einziger Staat weist es einen Link-Anteil von mehr als 20% aller Autoren-Links auf. Diese starke Stellung, die häufige Bezugnahme auf Websites aus Großbritannien innerhalb der untersuchten Blog-Einträge, vermag zunächst verwundern, ist sie doch weder mit dem Ruf der Briten als Euroskeptiker noch mit der geografischen Lage Großbritanniens, jenseits von Kontinentaleuropa, in Einklang zu bringen.

Der große Anteil britischer Websites an der Verlinkung im hier untersuchten Ausschnitt der europäischen Blogosphäre soll an dieser Stelle deshalb mithilfe von drei Thesen erklärt werden, die jedoch alle in der vorliegenden Untersuchung empirisch nicht überprüft werden konnten und so nur Vermutungen des Autors wiedergeben können: Zum ersten kommt die von der hiesigen Untersuchung *a priori* vorgenommene Eingrenzung auf englischsprachige Blogs selbstredend britischen Websites entgegen. Es darf vermutet werden, dass viele Blog-Autoren dazu neigen, überproportional auf englischsprachige Websites zu verlinken (von denen die meisten naturgemäß aus Großbritannien oder den USA stammen), um die Links für eine möglichst transnationale Leserschaft verständlich und damit interessant zu machen. Die zweite These hängt unmittelbar mit der ersten zusammen und betrifft die britischen Massenmedien, die einen gewichtigen Teil der Links zu Websites aus Großbritannien ausmachen. Hier gilt es zu berücksichtigen, dass viele große britische Medienerzeugnisse in ganz Europa einen hohen Bekanntheitsgrad besitzen und ihren Inhalten Vertrauen entgegengebracht wird (auch das hängt mit der länderübergreifend großen Verbreitung der englischen Sprache zusammen). Möchten Weblog-Autoren ihre Inhalte mithilfe von Quellen aus einem Massenmedium argumentativ stützen, dann bieten sich hierfür also vor allem bekannte Namen wie der *Guardian*, die *Times*, die *Financial Times* oder die *BBC* an. Die dritte These lässt sich empirisch am schwersten überprüfen, sie soll hier dennoch genannt werden, weil die Eindrücke, die der Autor während der Untersuchung der Weblogs gewonnen hat, diese These stützen: Die Briten mögen in der Tendenz euroskeptischer sein als die Kontinentaleuropäer, sie sind aber gegenüber Europa- und EU-Fragen keineswegs indifferent. Im Gegenteil: Solche Fragen werden gerade auf britischen Websites (auch in Blogs) viel und leidenschaftlich diskutiert – eine Tatsache, welche die Wahrscheinlichkeit von Verlinkungen anderer Weblogs (aus anderen Ländern) auf solche digital geführten Debatten erhöht.

Die restliche Verteilung der Autoren-Links entspricht relativ deutlich den beiden oben beschriebenen Trends zur bevorzugten Verlinkung von Websites aus großen und aus geografisch zentralen EU-Staaten. So erhalten Deutschland und Frankreich ebenso wie die

kleinen, aber zentral gelegenen Niederlande nach Großbritannien die meisten Verweise¹²⁹, gefolgt von den etwas peripherer gelegenen Ländern Spanien und Italien im Süden sowie Dänemark im Norden. Folgend schließen sich das kleine aber ebenfalls zentrale Belgien, das innerhalb der EU vor allem ökonomisch und wirtschaftspolitisch polarisierende Irland, sowie Schweden und das nicht zur EU gehörende Norwegen an.

Ein weiteres, unverkennbar deutliches Ergebnis dieser Untersuchung ist die extrem periphere Rolle, die die osteuropäischen Staaten innerhalb der untersuchten Weblog-Kommunikation einnehmen. Lediglich Tschechien, die Slowakei, Slowenien und Bulgarien fallen in die Gruppe der Länder mit einem verschwindend geringen Anteil (0,1%-0,4%) an den Autoren-Links. Die restlichen osteuropäischen Staaten – darunter mit Estland, Lettland, Litauen, Polen, Ungarn, Kroatien und Rumänien sieben EU-Mitgliedstaaten – weisen überhaupt keine diskursive Einbeziehung in Form von Hyperlinks auf. Die Ost-West-Teilung Europas, wie sie aus Abbildung 12 hervorgeht, lässt sich somit als die signifikanteste Tendenz innerhalb der Strukturen horizontaler Europäisierung der untersuchten Weblog-Kommunikation ausmachen. Europäisierung müsste somit, bezogen auf die durch Autoren-Links erzeugten Konnektivitätsstrukturen, streng genommen als west-, mittel- und nordeuropäische Transnationalisierung beschrieben werden.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurde die geografische Verteilung der Autoren-Links differenziert nach der Herkunft der Blog-Autoren untersucht. Hierzu wurden die Weblogs mit Autoren-Links in die folgenden Gruppen eingeteilt (die Weblogs, bei denen die Autoren aus unterschiedlichen Ländern stammen, zählen bei dieser Einteilung zur Gruppe „europäisch/transnational“):

- *Centre for European Reform, European Tribune, Social Europe Journal, Open Europe Blog, Kosmopolito, DARE Network*: europäisch (transnational); insgesamt 303 ausgehende Autoren-Links
- *Jon Worth's Euroblog, Dr. Sean's Diary*: Großbritannien; insgesamt 112 ausgehende Autoren-Links
- *ECHR-Blog*: Niederlande; insgesamt 16 ausgehende Autoren-Links
- *Grahn Law*: Finnland; insgesamt 371 ausgehende Autoren-Links
- *Reuniting Europe*: Bulgarien; ein ausgehender Autoren-Link

¹²⁹ Auch die USA fallen in diese Gruppe, was sich vermutlich ebenfalls mit sprachlichen Gründen ebenso wie mit ihrem weltpolitischen Gewicht erklären lässt.

Die Ergebnisse für die einzelnen Länder bzw. die Gruppe der europäischen Websites werden in den Abbildungen 13-17 veranschaulicht. Dabei markiert die Breite der Pfeile die absolute Anzahl der Hyperlinks aus dem jeweiligen Sender-Land, während die Farbausfüllung – wie bereits in Abbildung 12 – den Gesamtanteil der einzelnen Empfänger-Länder an allen gesetzten Autoren-Links veranschaulicht.

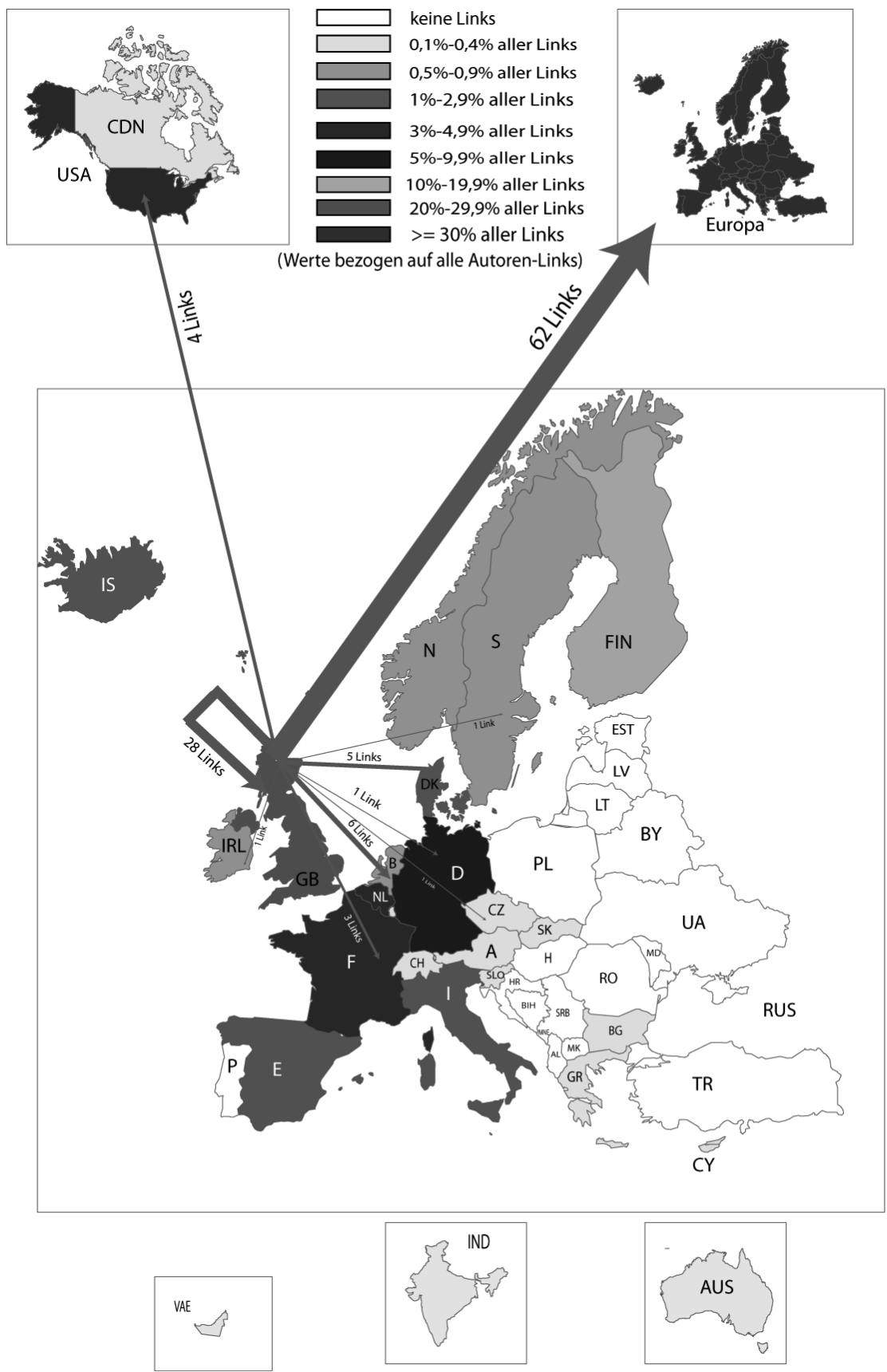


Abb. 14: Pfeile: Autoren-Links, die von Weblogs aus Großbritannien ausgehen (insgesamt 112 Links); Farben der Länder: Verteilung aller eingehenden Autoren-Links aus der Stichprobe

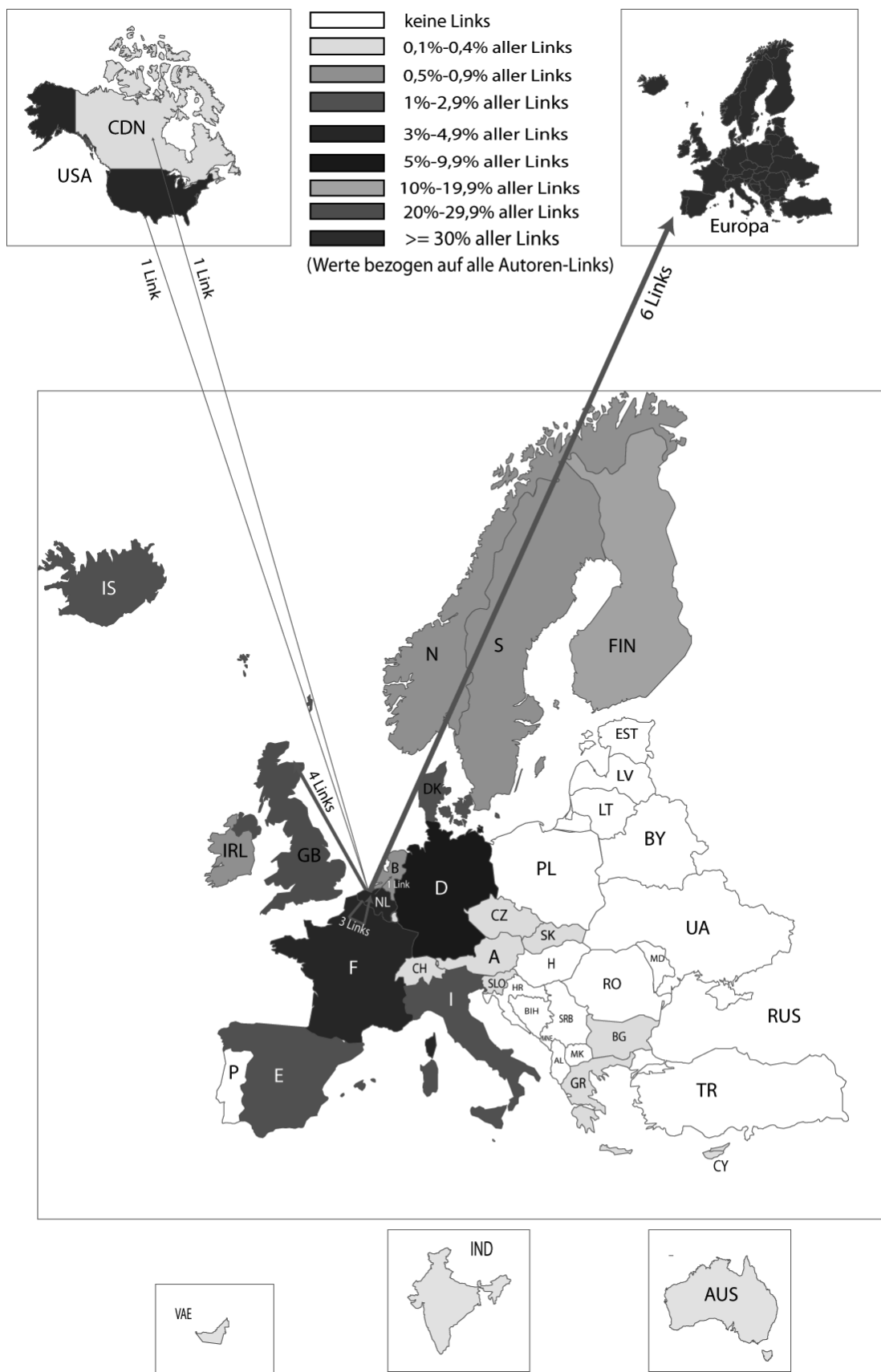


Abb. 15: Pfeile: Autoren-Links, die vom *ECHR*-Blog (Niederlande) ausgehen (insgesamt 16 Links); Farben der Länder: Verteilung aller eingehenden Autoren-Links aus der Stichprobe

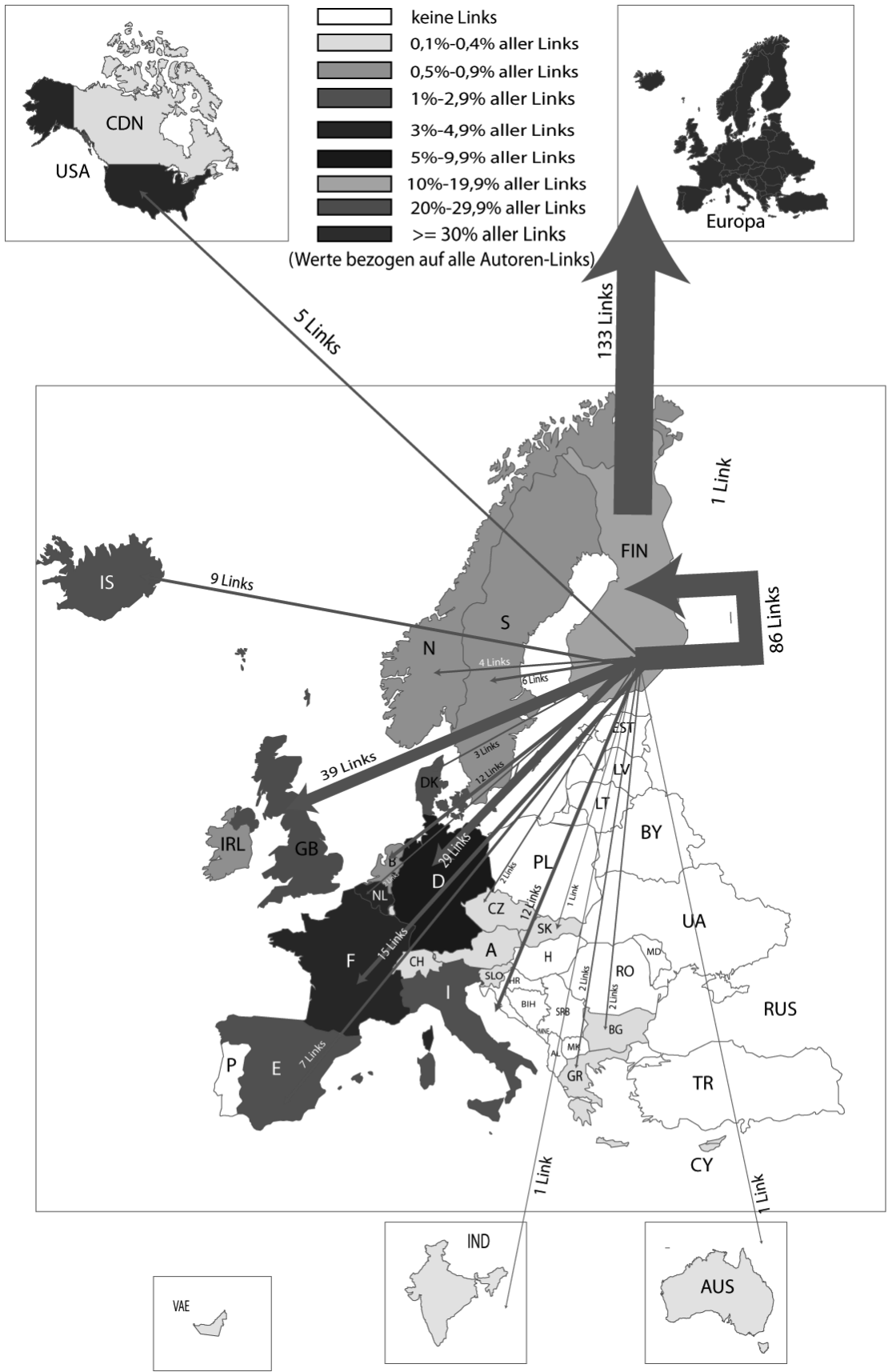
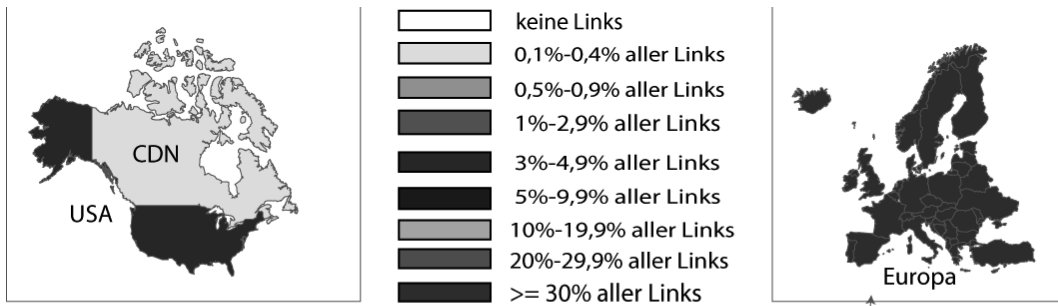


Abb. 16: Pfeile: Autoren-Links, die vom Blog *Grahn Law* (Finnland) ausgehen (insgesamt 371 Links); Farben der Länder: Verteilung aller eingehenden Autoren-Links aus der Stichprobe



(Werte bezogen auf alle Autoren-Links)

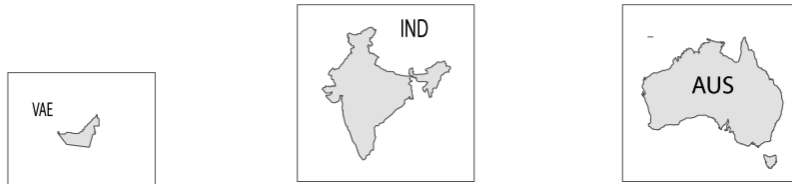
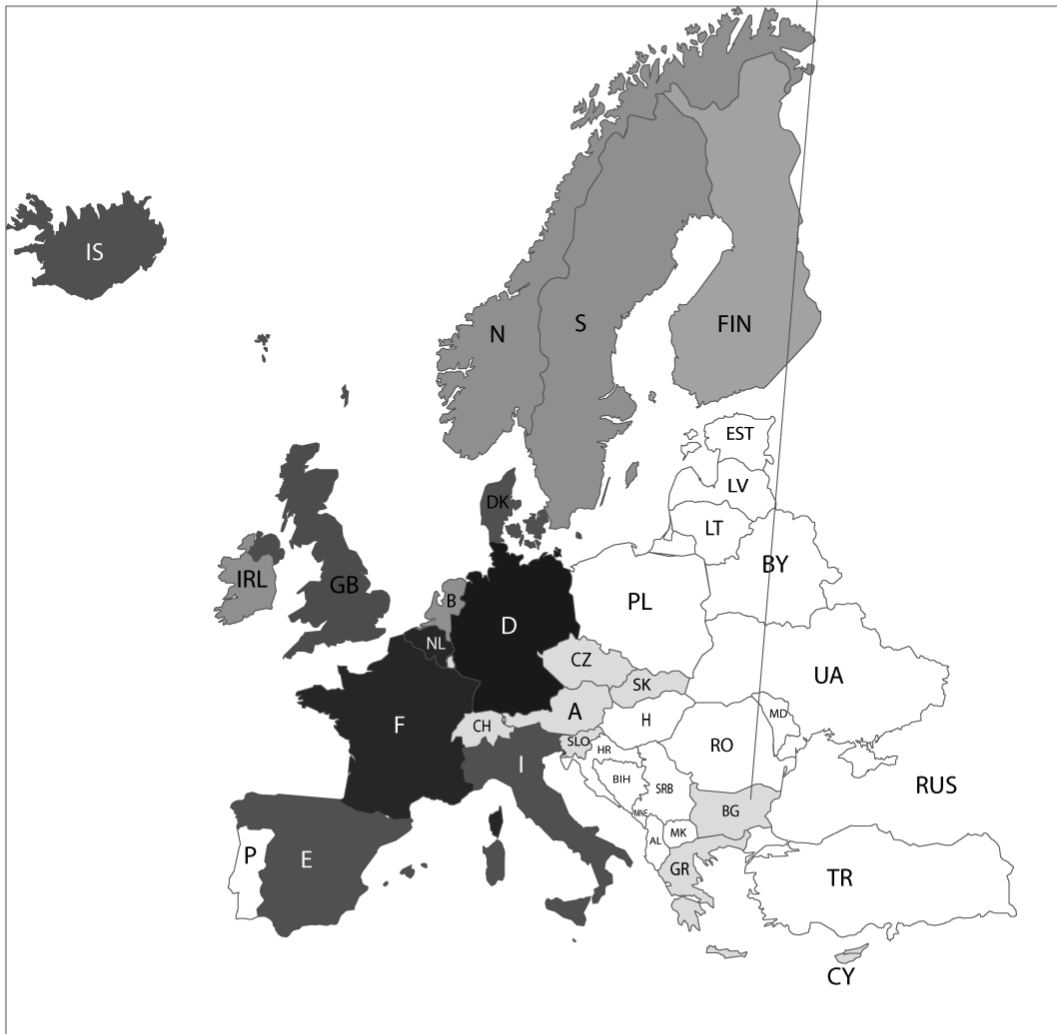


Abb. 17: Pfeil: Autoren-Link, der vom Blog *Reuniting Europe* (Bulgarien) ausgeht; Farben der Länder: Verteilung aller eingehenden Autoren-Links aus der Stichprobe

Während der einzelne Autoren-Hyperlink des Blogs *Reuniting Europe* aus Bulgarien (Abb. 17) hier aus formalen Gründen zwar mit einer eigenen Grafik aufgeführt wird, im Gesamtzusammenhang aber vernachlässigt werden kann, lassen sich aus den Link-Verteilungen der übrigen Länder durchaus Rückschlüsse auf die Strukturen der horizontalen Europäisierung innerhalb der untersuchten Weblog-Kommunikationsprozesse ziehen. Dabei fällt zunächst erneut die große Streuung der Autoren-Links in verschiedene Zielländer auf, die sich sowohl in der Gruppe der europäischen (transnationalen) Weblogs (163 Links auf 17 unterschiedliche Länder verteilt), als auch bei den britischen Weblogs (50 Links auf 9 unterschiedliche Länder verteilt), als auch beim niederländischen *ECHR*-Blog (10 Links auf fünf unterschiedliche Länder verteilt) und beim finnischen Blog *Gravn Law* (238 Links auf 19 unterschiedliche Länder verteilt) finden lässt¹³⁰.

Obgleich es innerhalb dieser Streuung deutliche Konzentrationsprozesse gibt, die sich ja auch auf der Ebene der eingehenden Links in der Farbgebung der unterschiedlichen Länder spiegeln (häufige Verlinkung von Websites aus Großbritannien bzw. von europäischen Websites), lässt sich bezüglich der Daten aus der Stichprobe doch von Kommunikationsprozessen sprechen, deren Initiatoren – die Weblog-Autoren – deutlich wahrnehmbar auf eine internationale, zumeist auf das geografische Europa beschränkte Kontextualisierung ihrer Kommunikationen aus sind. Auf diese Weise kann innerhalb der Stichprobe eine deutliche Tendenz zur horizontalen Europäisierung ausgemacht werden, wie sie oben mit Bernhard Peters (vgl. Peters 2007: 300) definiert wurde. So beschreibt diese Dimension der Europäisierung von Öffentlichkeit ja genau jene kommunikativen Vorgänge, die sich als gegenseitige Beobachtung von nationalen oder sub-nationalen Öffentlichkeiten interpretieren lassen. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, ob und inwieweit sich Kommunikationsteilnehmer auf Quellen oder Kommunikationsvorgänge beziehen (bzw. diese voraussetzen), die nicht aus ihrem eigenen Land stammen (vgl. Kapitel 8.1.). Beide Phänomene sind auf der Ebene der Autoren-Links aus der Stichprobe relativ deutlich auszumachen.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurde der Frage nach der intentionalen Rahmung des Diskursobjektes „Europa“ innerhalb der vorliegenden Weblog-Kommunikationen nachgegangen. Dieses Erkenntnisinteresse lässt sich, wie im vorigen Kapitel beschrieben, auf den von van Os *et al.* aufgestellten Europäisierungsparameter der „Interpretative

¹³⁰ Aus dieser Rechnung sind die Links an Websites aus der Kategorie „europäisch (transnational)“ jeweils herausgenommen.

Schemes“ (van Os *et al.* 2009: 78) zurückführen. Um diesen Parameter zumindest auf einer groben Ebene jenseits der einzelnen, von van Os *et al.* dargelegten qualitativ-interpretativen Dimensionen untersuchen zu können, wurden die 803 Autoren-Links drei intentionalen Kategorien zugeordnet und diese kategoriale Einteilung anschließend mit der geografischen Lage der Ziel-Websites verknüpft. Auf der Ebene der Hyperlink-Intentionen wurden dabei unterschieden:

- Hyperlinks mit einer erklärenden, informativen, nicht-wertenden Funktion (die Zielseite der Hyperlinks vermittelt in diesen Fällen neutrales Hintergrundwissen zum Weblog-Text; der Weblog-Autor positioniert sich dabei nicht zu diesem Hintergrundwissen. Zugeordnet wurden Links zu dieser Kategorie immer dann, wenn im Text, der den Link unmittelbar umgibt, wertende Ausdrücke oder Umschreibungen fehlten sowie dann, wenn die Ziel-Website eindeutig eine neutral-erklärende Funktion besitzt [gilt etwa für *Wikipedia*]).
- Hyperlinks mit einer affirmativen Funktion (zugeordnet wurden Links zu dieser Kategorie immer dann, wenn die Referenz vom Autoren ausdrücklich als positiv bewertet wird, oder dann, wenn der Autor die Referenz nutzt, um seine eigenen Positionen, Bewertungen und Ansichten zu untermauern. Ausschlaggebend dafür waren positive Ausdrücke oder Umschreibungen wie „worth reading“, „interesting“, „I agree with...“ etc. in direkter textlicher Umgebung des Hyperlinks).
- Hyperlinks mit einer kritischen Funktion (zugeordnet wurden Links zu dieser Kategorie immer dann, wenn sich der Autor in seinem Text deutlich vom Inhalt oder den Verantwortlichen des Hyperlink-Ziels abgrenzt oder diese kritisiert. Ausschlaggebend dafür waren negative Ausdrücke oder Umschreibungen wie „I disagree with...“ oder semantische Kritik, die sich deutlich aus der textlichen Umgebung des Hyperlinks ergibt).

Die intentional kategorisierten Hyperlinks wurden daraufhin nach der geografischen Beschaffenheit ihrer Ziel-Website in drei Gruppen eingeteilt: spezifisch europäische bzw. EU-Websites, nationale Websites sowie Websites, die territorial nicht einzuordnen sind bzw. den europäischen Rahmen sprengen (bspw. *www.google.com*). Bei den affirmativen bzw. kritischen Links, die auf eine Website aus einem spezifischen Land verweisen, wurde zudem betrachtet, ob es sich bei diesem Land um dasselbe Land handelt, aus dem der Autor des Links stammt oder ob die Ziel-Website einem anderen Land zuzuordnen ist.

Dieses Untersuchungsdesign erlaubt es, zu überprüfen, inwieweit die Verlinkung zu europäischen Websites im Aggregat eher mit neutralen, affirmativen oder mit kritischen Intentionen der Ersteller von Hyperlinks verbunden ist und ob es hier Unterschiede zur Verlinkung nationaler oder a-territorialer Websites gibt. Auch kann überprüft werden, ob

die Weblog-Autoren etwa dazu neigen, Verweise auf Websites aus ihrem eigenen Land inhaltlich eher affirmativ zu konnotieren als Verweise auf Websites aus anderen Ländern.

Die Einteilung in die intentionalen bzw. die geografischen Kategorien führte zunächst, bezogen auf alle Autoren-Hyperlinks, zu der in Abbildung 18 dargestellten Verteilung (für die detaillierten Ergebnisse der einzelnen Weblogs, siehe Anlage 4):

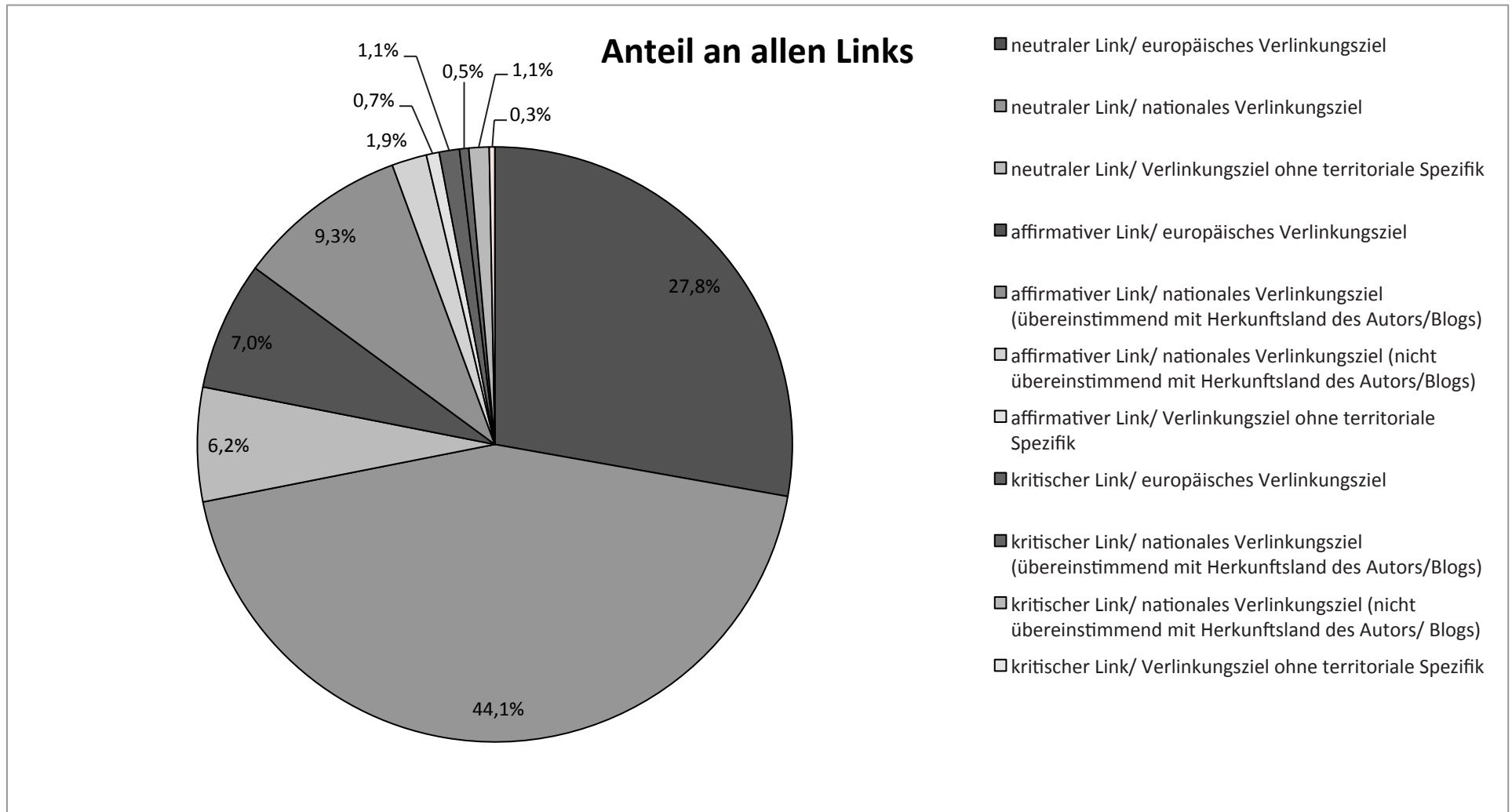


Abb. 18: Analyseparameter *Interpretative Schemes*: Auswertung der Autoren-Link-Anteile nach intentionalen Kategorien und geografischer Beschaffenheit der Ziel-Websites

In Abbildung 18 wird zunächst deutlich, dass die neutralen Links die große Mehrheit (in der Summe 78,1%) der Autoren-Verweise ausmachen. Mit einigem Abstand folgen die affirmativen Links (in der Summe 18,9%). Der Anteil an kritischen Links schließlich ist zusammengenommen mit 3,0% verschwindend gering. Dieses Ergebnis lässt erstens den Rückschluss zu, dass die Blog-Autoren das technische Mittel des Direktverweises auf andere Websites in Form von Hyperlinks überwiegend zur Erweiterung der Informationsbasis ihrer Texte nutzen, indem sie auf neutrale, erklärende und informtive Quellen verweisen, die den Lesern entweder zusätzliche Informationen zum Thema bieten oder die den geistigen Entstehungsprozess der jeweiligen Weblog-Publikation nachvollziehbar und das vom Autor Geschriebene kontextualisierbar machen sollen. Hier greift deutlich das Konzept des Hyperlinks als „soziale Navigation“ zum besseren Verständnis einer Publikation, wie es bereits in Kapitel 7 mit Krauss beschrieben wurde.

Zweitens spricht das Ergebnis dieser Teiluntersuchung für einen relativ nüchternen und sachlichen Umgang mit externen Verweisen innerhalb der ausgewählten Weblog-Texte: die Autoren verzichten beinahe völlig auf kritische, polemische oder gar diffamierende Abgrenzung zu anderen Quellen aus dem Web bzw. sie erstellen keine direkten Verweise auf solche Quellen. Bezüglich der Kategorie der Links zu nationalen Websites lassen sich drittens erkennbare Unterschiede zwischen Links zu Websites aus demselben Land des Autors und Links zu Websites aus anderen Ländern feststellen: Während bei den affirmativen Links die Websites aus demselben Land, aus dem der Link-Sender stammt, einen deutlich größeren Anteil ausmachen als die Links in andere Länder (9,3% zu 1,9%), ist es bei den kritischen Links, auf insgesamt niedrigerem Niveau, genau umgekehrt: Hier geht ein größerer Anteil zu Websites aus Ländern, die nicht mit dem Herkunftsland des Autors übereinstimmen (1,1% zu 0,5%). Die Weblog-Autoren neigen also in der Tendenz dazu, Websites aus ihrem eigenen Land positiver zu konnotieren als Websites, die einem anderen Land zuzuordnen sind. Im Sinne eines Begriffs von Silke Adam lassen sich hier Rückschlüsse auf für symbolische Netzwerke typische, kommunikative „Unterstützungsbeziehungen“ (Adam 2008: 185) ziehen, die in diesem Fall entlang von Landesgrenzen verlaufen.

Noch aufschlussreicher für eine Analyse der interpretativen Rahmung der europäischen bzw. europapolitischen Kommunikationsthematik ist es jedoch, die Einzelergebnisse nicht nach den Anteilen von intentionalen Kategorien und geografischer Beschaffenheit an allen Links aufzubereiten, sondern die Anteile der geografischen Gruppen innerhalb der intentionalen Kategorien zu ermitteln. Abbildung 19 veranschaulicht das Ergebnis dieser Auswertung.

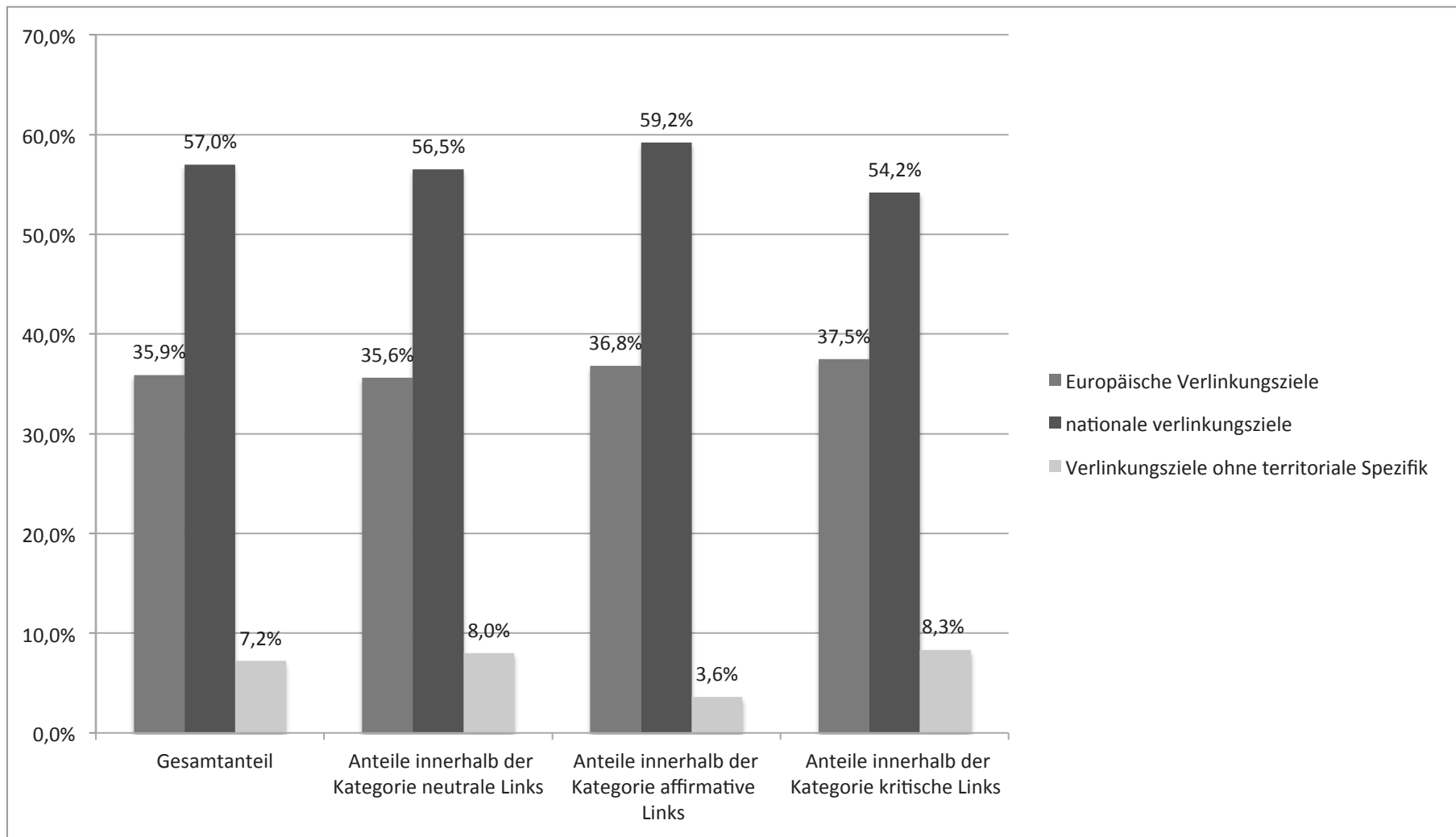


Abb. 19: Analyseparameter „Interpretative Schemes“: Auswertung der Autoren-Links nach anteiliger geografischer Beschaffenheit der Zielwebsites innerhalb der intentionalen Link-Kategorien

Hierbei wird deutlich, dass die europäischen Ziel-Websites von Hyperlinks interpretativ nicht signifikant anders gerahmt werden als die nationalen Verlinkungsziele oder die Websites ohne territoriale Spezifik. Besonders die Anteile der europäischen und die Anteile der nationalen Verlinkungsziele entsprechen innerhalb der einzelnen intentionalen Kategorien fast exakt ihren Anteilen an der Gesamtheit der Links (ausgenommen einer leichten Steigerung des Anteils nationaler Websites innerhalb der Kategorie affirmativer Links). Es gibt im Aggregat der von den Weblog-Autoren erstellten Konnektivitätsstrukturen also weder eine auffällig kritische, noch eine auffällig affirmative interpretative Rahmung spezifisch europäischer Quellen und Verweise. Vielmehr erfahren diese Quellen und Verweise von den Weblog-Autoren fast exakt ebenso häufig Zustimmung oder Ablehnung wie Quellen und Verweise aus nationalen oder a-territorialen Kommunikationsarenen.

8.4.2. Zweiter Untersuchungsteil: Europäisierungstendenzen durch Verlinkungsstrukturen auf der Ebene der Weblog-Leser

Neben den Weblog-Autoren haben auch die Weblog-Leser im Rahmen der Kommentarfunktion die Möglichkeit, Konnektivitätsstrukturen in Form von Hyperlinks aufzubauen. Deshalb sollen die Kommentar-Links aus der Stichprobe der Weblog-Einträge im Folgenden ähnlichen Detail-Untersuchungen unterzogen werden, wie oben die Autoren-Links. Aufgrund der Tatsache, dass ein Weblog-Leser in der Regel weniger Daten von sich preis gibt als ein Weblog-Autor (bspw. nicht seine Nationalität), muss dabei allerdings auf einzelne Untersuchungsschritte, die im Rahmen der Autoren-Links durchführbar waren, verzichtet werden.

Wie bei den Autoren-Links gilt es zunächst, alle Kommentar-Links innerhalb der Stichprobe *n* (hierbei handelt es sich um dieselben Weblogs und Blogeinträge wie in der Untersuchung der Autoren-Links) zu erfassen. Dabei fallen erneut die Weblogs heraus, die während des Untersuchungszeitraumes keine Einträge zu verzeichnen haben (denn hier gibt es folgerichtig auch keine Möglichkeit der Kommentierung). Danach kommen die Weblog-Einträge aus der Stichprobe *n* insgesamt auf eine Anzahl von 832 Leser-Kommentaren, die insgesamt 156 Hyperlinks enthalten. Abbildung 20 stellt die Häufigkeit der Kommentierung und die Häufigkeit der Kommentar-Links in den einzelnen Weblogs aus der Stichprobe dar:

Blog-Name	Gesamtanzahl Einträge im Untersuchungszeitraum (#)	Gesamtanzahl Leser-Kommentare in #	Durchschnittliche Anzahl Leser-Kommentare pro Eintrag	Gesamtanzahl Kommentar-Links in #	durchschnittliche Anzahl Kommentar-Links pro Kommentar	Durchschnittliche Anzahl Kommentar-Links pro Eintrag
EU Energy Policy Blog	1	0	0	-	-	-
Jon Worth's Euroblog	8	64	8,0	14	0,2	1,8
ECHR Blog	6	0	0	-	-	-
Centre for European Reform	4	0	0	-	-	-
European Tribune	13	387	29,8	113	0,3	8,7
Social Europe Journal	4	6	1,5	1	0,2	0,3
Open Europe Blog	41	332	8,1	18	0,05	0,4
Babel in Brussels	1	0	0	-	-	-
Kosmopolito	2	10	5,0	2	0,2	1
DARE Network	5	0	0	-	-	-
Grahn Law	32	15	0,5	4	0,3	0,1
Dr. Sean's Diary	2	1	0,5	0	0	0
Reuniting Europe	2	0	0	-	-	-
Eberhard Rhein	9	17	1,9	4	0,2	0,4
Summe	130	832	4,0	156	0,2	1,6
(Durchschnitt im Aggregat)					(errechnet nur aus den Blogs, die in der Stichprobe Leser-Kommentare aufweisen)	

Abb. 20: Anzahl und Durchschnittswerte von Leser-Kommentaren und Kommentar-Links in den Blog-Einträgen der Stichprobe

Bei dieser Übersicht des Kommentierungs- und Verlinkungsverhaltens der Weblog-Leser fällt zunächst auf, dass sowohl die Bereitschaft der Leser, einen Weblog-Eintrag zu kommentieren, als auch ihre Bereitschaft, einen Kommentar mit einem Link zu versehen, als gering einzustufen sind: Im Durchschnitt wird jeder Blog-Eintrag aus der Stichprobe lediglich mit 4,0 Kommentaren und mit 1,6 Kommentar-Links versehen. Bezogen auf alle 832 Leser-Kommentare der Stichprobe ergibt das eine Verlinkungsintensität der Leser von 0,2 Links pro Kommentar – nur jeder fünfte Leserkommentar enthält also einen Verweis des jeweiligen Lesers auf eine externe Referenz oder Quelle.

Allerdings ist – wie schon bei den Autoren-Links – auch die Frequenz der Kommentar-Links bei den verschiedenen Blogs sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während das Blog *European Tribune* die Liste mit durchschnittlich 8,7 Kommentar-Links pro Blog-Eintrag anführt, gibt es etwa beim *Gravn Law*-Blog durchschnittlich nur 0,1 und beim *Social Europe Journal* nur 0,3 Kommentar-Links pro Blog-Eintrag. Diese im Gegensatz zu der durchschnittlichen Anzahl der Autoren-Links auffällig geringen Werte lassen sich wohl zum einen damit erklären, dass die Leser-Kommentare in der Regel wesentlich kürzer sind als die Autoren-Texte sind und somit deutlich weniger Inhalt enthalten, der durch externe Verweise argumentativ oder erklärend aufgewertet werden müsste. Zum zweiten, so lässt sich zumindest vermuten, ist den Lesern eine stabile Argumentationslinie, deren Stringenz durch das Verweisen auf externe Referenzen erhöht wird, weniger wichtig als den Weblog-Autoren, die mit ihren Einträgen in der Regel eigene Positionen ausführlich und argumentativ begründet darlegen und Debatten initiieren möchten (vgl. hierzu auch Kapitel 7).

Trotz der geringeren Intensität können allerdings auch die Kommentar-Links innerhalb der ausgewählten Weblog-Kommunikationen Konnektivitätsstrukturen ausbilden. Deshalb wurden auch diese Links anhand verschiedener Kategorien der Europäisierung analysiert. Dabei wurden die Kommentar-Links zunächst, analog zu den Autoren-Links, nach den Typen ihrer Verlinkungsziele in Gruppen eingeteilt. Hier gilt die gleiche Kategorisierung wie bei den Autoren-Links (vgl. Kapitel 8.4.1.). Abbildung 21 zeigt das Ergebnis (für die detaillierten Ergebnisse der einzelnen Weblogs siehe Anlage 5: Aufteilung der Kommentar-Links nach Typen von Websites).

Anteil Link-Kategorien an Gesamtanzahl Kommentar-Links

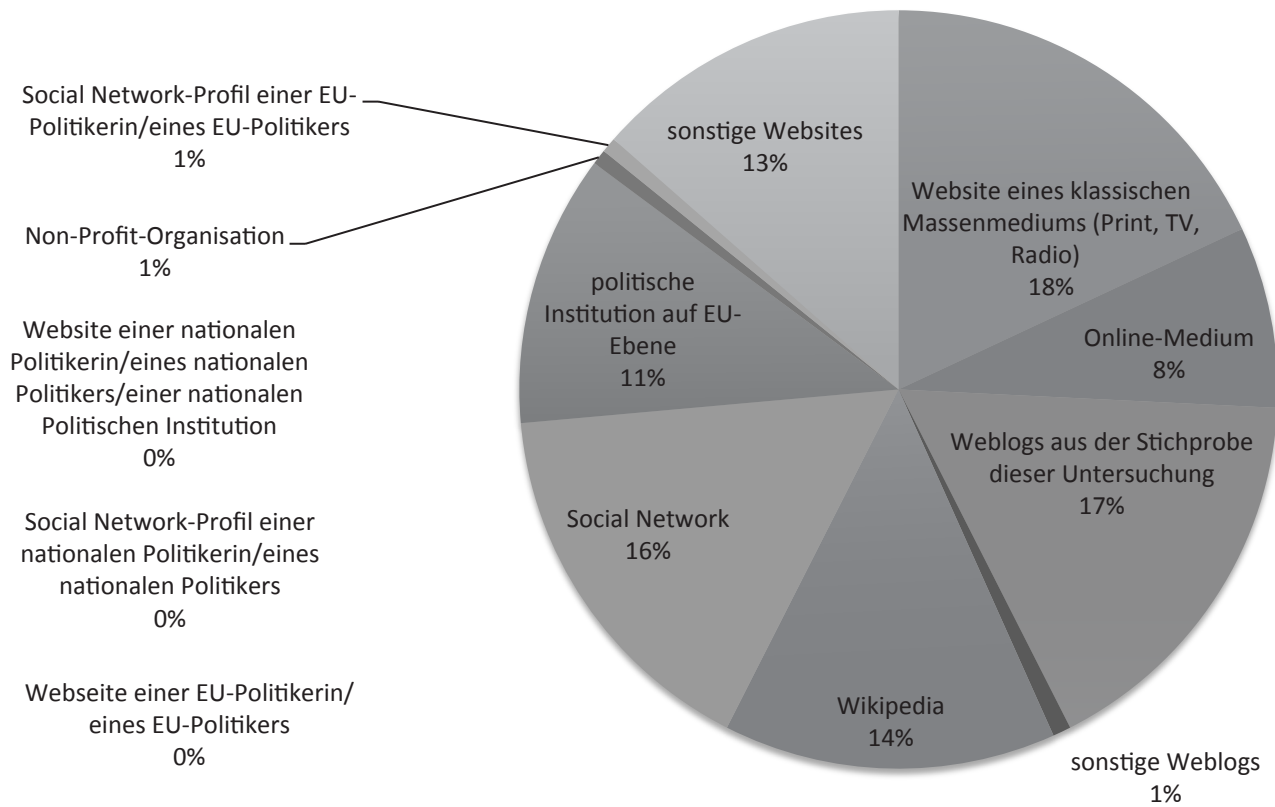


Abb. 21: Aufteilung der 156 Kommentar-Links nach Typen von Websites

Auffällig ist hier eine im Gegensatz zu den Autoren-Links veränderte Verteilung zwischen den einzelnen Kategorien. Zunächst nehmen die Web-Auftritte (Websites und Social Network-Profile) von nationalen und von EU-Politikern einen noch stärker marginalisierten, nun gänzlich zu vernachlässigenden Stellenwert ein. In der Summe kommen diese Kategorien, zu denen erneut Links zu nationalen politischen Institutionen dazuzählen, gerade einmal auf 1% aller Kommentar-Links. Im Gegensatz dazu ist die Verlinkung von politischen Institutionen auf EU-Ebene mit 11% der Links auffallend prägnant. Im Bereich der Links zu Websites, die sich unter dem Überbegriff der politischen Kommunikation sammeln lassen (Politiker-Websites und Websites von politischen Institutionen), haben wir es innerhalb der Kommentar-Links also mit deutlich erkennbaren vertikalen Europäisierungstendenzen zu tun: Während nationale Politiker bzw. nationale politische Institutionen überhaupt keine Rolle spielen, werden zumindest die EU-Institutionen mit deutlich höherer Häufigkeit verlinkt.

Im Bereich der professionellen Medien gleicht sich die Verteilung zwischen Websites klassischer Massenmedien und spezifischen Online-Medien im Vergleich zu den Autoren-Links zugunsten letzterer Kategorie an, auch wenn die klassischen Massenmedien weiterhin häufiger verlinkt werden als Online-Medien (18% zu 8%).

Die Kategorie der Weblogs aus der hiesigen Stichprobe ist mit 17% der Kommentar-Links erneut stark vertreten, wogegen die Kategorie der sonstigen Blogs praktisch gar nicht verlinkt wird (1%). Auch hier lassen sich also, was die Verlinkung innerhalb der Blogosphäre angeht, deutliche Konzentrationstendenzen ausmachen, die die Vermutung einer *power law*-ähnlichen Aufmerksamkeitsverteilung innerhalb der Blogosphäre erneut nahelegen.

Die bei den Autoren-Links ausgemachte Dominanz von professionellen journalistischen und laien-journalistischen Quellen (klassische Massenmedien, Online-Medien und beide Kategorien von Weblogs) ist bei den Lesern mit zusammengenommen 44% aller Links zwar weniger ausgeprägt als bei den Blog-Autoren, alles in allem herrscht aber auch hier ein Übergewicht an Quellen mit formalem Objektivitätsanspruch (Medien, Blogs und *Wikipedia* kommen zusammen auf 58%). Des Weiteren sind Links zu *Wikipedia* (14%) sowie zu Social Networks (16%) bei den Lesern erkennbar beliebter als bei den Weblog-Autoren.

Der nächste Untersuchungsschritt widmet sich der territorialen Herkunft der Websites, auf die die Links der Weblog-Leser verweisen. Ähnlich wie bei den Autoren-Links soll dabei zunächst eine grobe territoriale Übersicht nach folgenden Leitfragen erstellt werden:

- Wie hoch ist der Anteil der Links zu europäischen Nationalstaaten (hier gilt ein geografisch weiter gefasster Europa-Begriff, inkl. der Schweiz, Russland und der Türkei)?
- Wie hoch ist der Anteil der Links ins außereuropäische Ausland?
- Wie hoch ist die Anzahl der (ermittelbaren) Nationalitäten der Verlinkungsziele innerhalb der Kommentare in den einzelnen Blogs?
- Wie hoch ist die Anzahl der Links zu spezifisch europäischen Websites (europäisch hier im trans- bzw. supranationalen Sinn)?

Im Gegensatz zur Untersuchung der Autoren-Links muss hier allerdings auf die Frage nach der Anzahl der Links zu Websites, die aus dem selben Land kommen, wie der Sender des Links, verzichtet werden. Diese Kategorie ist – das gilt auch für die folgenden Einzeluntersuchungen – auf der Ebene der kommentierenden Leser nicht überprüfbar, da diese innerhalb ihrer Kommentare keinerlei Angaben zu ihrer Herkunft machen.

Die Abbildungen 22 und 23 zeigen die Auswertung dieser Aspekte und enthalten dabei nur noch jene Blogs aus der Stichprobe, deren Einträge Kommentar-Links aufweisen.

Blog-Name	Gesamtanzahl Kommentar-Links in #	Anzahl der Links zu europäischen Nationalstaaten (geographisches Europa)	Anzahl der Links ins außereuropäische Ausland	Anzahl der (ermittelbaren) Nationalitäten der Verlinkungsziele	Anzahl der Links zu spezifisch europäischen Websites (trans- bzw. supranational)
Jon Worth's Euroblog	14	10	2	6	2
European Tribune	113	30	21	10	62
Social Europe	1	0	1	1	0
Kosmopolito	2	1	0	1	1
Open Europe Blog	18	14	3	8	1
Grahn Law	4	3	0	2	1
Eberhard Rhein	4	0	0	0	4
Summe (prozentualer Anteil)	156	58 (37,2%)	27 (17,3%)	4 (durchschnittliche Anzahl verlinkter Nationalitäten)	71 (45,6%)

Abb. 22: Erster Untersuchungsschritt zur territorialen Analyse der Kommentar-Hyperlinks

Link-Anteile

- Links zu europäischen Nationalstaaten (geografisches Europa)
- Links ins außereuropäische Ausland
- Links zu spezifisch europäischen Websites (trans- bzw. supranational)

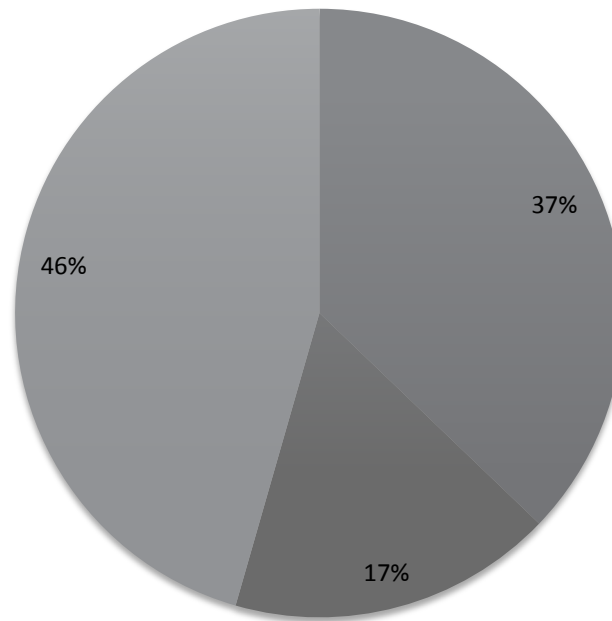


Abb. 23: Anteile der Kommentar-Links nach erster, nicht-länderspezifischer territorialer Einteilung

Wie die Abbildungen 22 und 23 veranschaulichen, lassen sich auf der Ebene der Kommentar-Links nach einer ersten, groben Untersuchung der Links nach territorialen Gesichtspunkten ähnliche Trends ausmachen wie auf der Ebene der Autoren-Links: Wenn auch nicht ganz so deutlich wie bei den Autoren-Links, so ist doch auch hier in der Tendenz eine Begrenzung der kommunikativen Vernetzung auf den Raum des geografischen Europa (Kategorie spezifisch europäischer Websites¹³¹ und Kategorie europäische Nationalstaaten) auszumachen, während die Links zu Websites aus dem außereuropäischen Raum mit 17% in der Minderheit bleiben. Damit erfolgt erneut eine Abgrenzung gegenüber außereuropäischen Kommunikationsarenen. Neben diesen Europäisierungstendenzen im Sinne einer Begrenzung auf den europäischen Rahmen ist hier ebenfalls ein Trend zur vertikalen Europäisierung auszumachen: Fast jeder zweite Kommentar-Link (46%) verweist auf eine spezifisch europäische Website im trans- bzw. supranationalen Sinn.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurde der Analyseschwerpunkt – ebenfalls analog zur Untersuchung der Autoren-Links – auf die Möglichkeit horizontaler Europäisierungstendenzen gelegt. Dazu wurden die 156 Kommentar-Links aus der Stichprobe erneut verfolgt und die konkreten Länder der Websites, auf die sie verweisen, sowie ihr Anteil an der Summe aller Links ausgewertet. Die bereits bei den Autoren-Links getroffenen Unterscheidungen zwischen europäischen und außereuropäischen Websites auf der einen Seite und, innerhalb der europäischen Websites, zwischen Websites aus EU-Ländern und Websites aus Nicht-EU-Ländern auf der anderen Seite wurden dabei beibehalten. Abbildung 24 zeigt das Ergebnis.

¹³¹ Für diese Kategorie gilt hier allerdings die gleiche Einschränkung wie auf der Ebene der Autoren-Links: Sie enthält auch Links zu transnationalen Websites jenseits des europäischen Rahmens (wie etwa Websites weltweit agierender NGO's [*Amnesty International*, *Greenpeace* etc.]). Auch hier aber handelt es sich bei der großen Mehrheit innerhalb dieser Kategorie um Links zu spezifisch europäischen Websites; wie bei den Autoren-Links sind innerhalb der Kategorie nur wenige Ausnahmen als transnational in einem trans-europäischen Sinn zu klassifizieren.

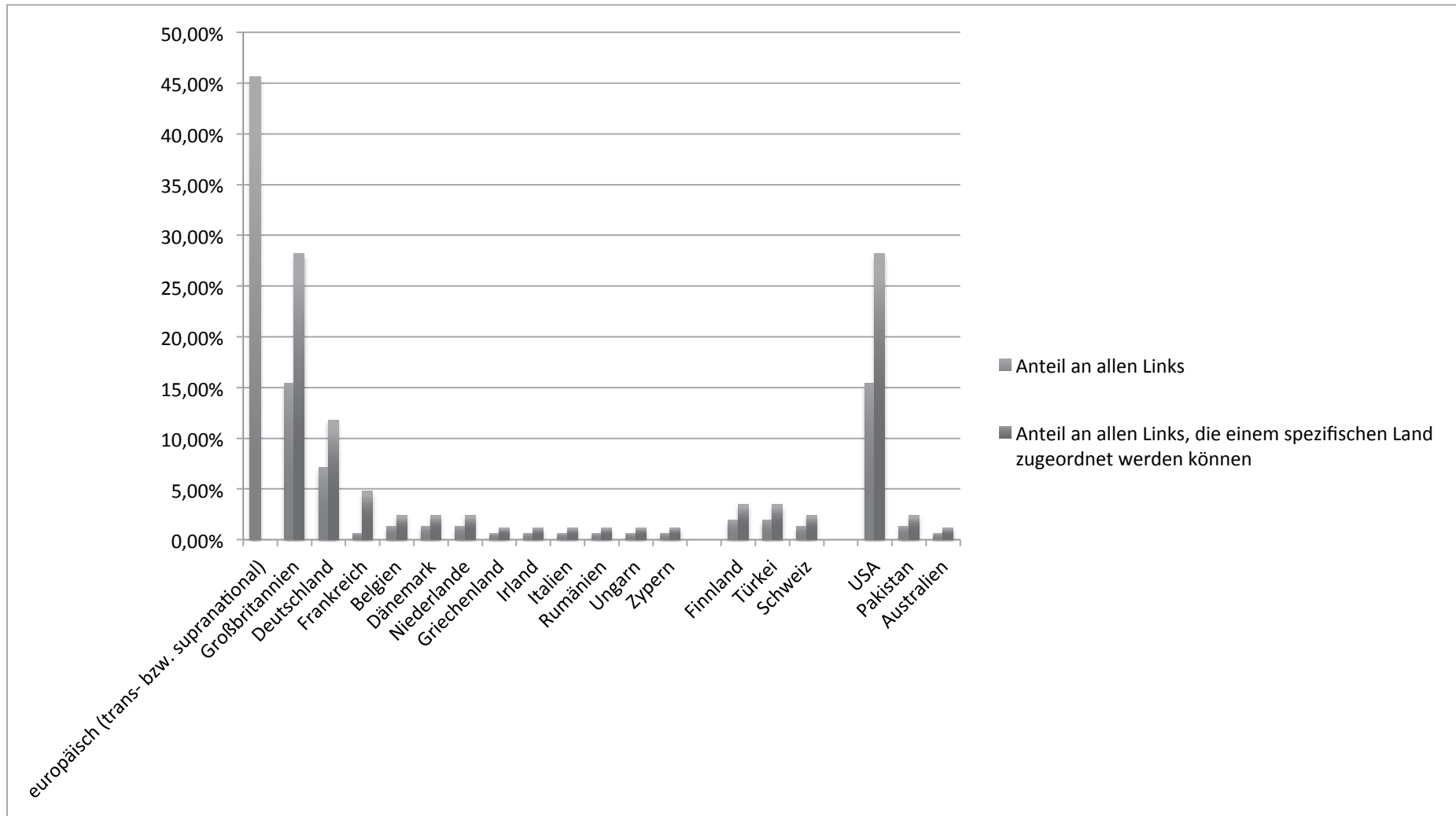


Abb. 24: Verteilung von Kommentar-Links nach Zielländern

Wie bereits bei den Autoren-Links, wurden die Anteils-Werte auch hier auf zwei verschiedene Gesamtwerte bezogen ermittelt: zunächst wurden die Anteile der einzelnen Länder an allen 156 Kommentar-Links der Stichprobe ermittelt (blaue Säulen in Abb. 24), danach wurden die Anteile der Länder an allen Links, die einem spezifischen Land zugeordnet werden können (insgesamt 85 Links), ermittelt, um die Kategorie der horizontalen Europäisierung unverfälschter betrachten zu können (rote Säulen in Abb. 24). Die Ergebnisse weisen – mit kleinen Unterschieden im Detail – verblüffende Ähnlichkeiten zu den Ergebnissen dieses Untersuchungsschrittes auf der Ebene der Autoren-Links auf:

Zunächst gibt es hier, wie bereits der vorige Untersuchungsschritt verdeutlichen konnte, eine Dominanz spezifisch europäischer Verlinkungsziele. Geht man auf die Ebene der Verlinkung in einzelne Länder, dann ist eine ähnlich breit gestreute Verteilung wie bei den Autoren-Links zu erkennen: Insgesamt sind 18 Länder in der durch die Kommentar-Links produzierten Konnektivitätsstruktur vertreten, davon 12 EU-Mitgliedstaaten, drei europäische Nicht-EU-Mitglieder und drei außereuropäische Staaten. Damit sind auf der Ebene der Kommentar-Links trotz der – verglichen mit den Autoren-Links – geringeren absoluten Link-Anzahl insgesamt Websites aus fast der Hälfte (43%¹³²) der EU-Mitgliedstaaten in Form von Verweisen und Quellen an die untersuchte Kommunikationsstruktur angebunden. *Wenn* die Weblog-Leser also mit Verweisen in Form von Hyperlinks arbeiten, dann tun sie dies erstens nur geringfügig weniger multinational orientiert als die Weblog-Autoren und sie tun es zweitens ebenfalls mit einer Präferenz für den europäischen bzw. den EU-Rahmen.

Ebenso wie bei den Autoren-Links gibt es auch hier zwischen den einzelnen Ziel-Ländern eine sehr ungleiche Verteilung, welche zwei der bereits oben beobachteten Phänomene bestätigt: Erstens ist auch hier eine Tendenz zur ausgeprägten Verlinkung von Websites aus englischsprachigen Ländern (Großbritannien und USA; siehe dazu die Erklärungsansätze in Kapitel 8.4.1.) auszumachen und zweitens dominieren auch hier Links zu Websites aus großen (vor allem Deutschland und Frankreich) bzw. zentral- und nordeuropäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Niederlande). Damit sind auch auf der Ebene der durch Kommentar-Links entstehenden kommunikativen Vernetzung deutliche Zentrum-Peripherie-Strukturen auszumachen, die zumindest einen Teil der geografischen Zentrum-Peripherie-Strukturen in Europa spiegeln.

Um diese durch die unterschiedliche Häufigkeit von Verlinkungen entstehende Zentrum-Peripherie-Struktur zu visualisieren, wird der länderspezifische, relative Anteil an allen

¹³² Bezogen auf die Ausdehnung der EU im August 2013 (28 Mitgliedstaaten).

Kommentar-Links in Abbildung 25 erneut auf einer Karte veranschaulicht. Auch hier wurden die einzelnen Ziel-Länder (bzw. Europa als Symbol für Verweise auf spezifisch europäische Websites) je nach ihrem Anteil an allen Kommentar-Links in Gruppen eingeteilt.

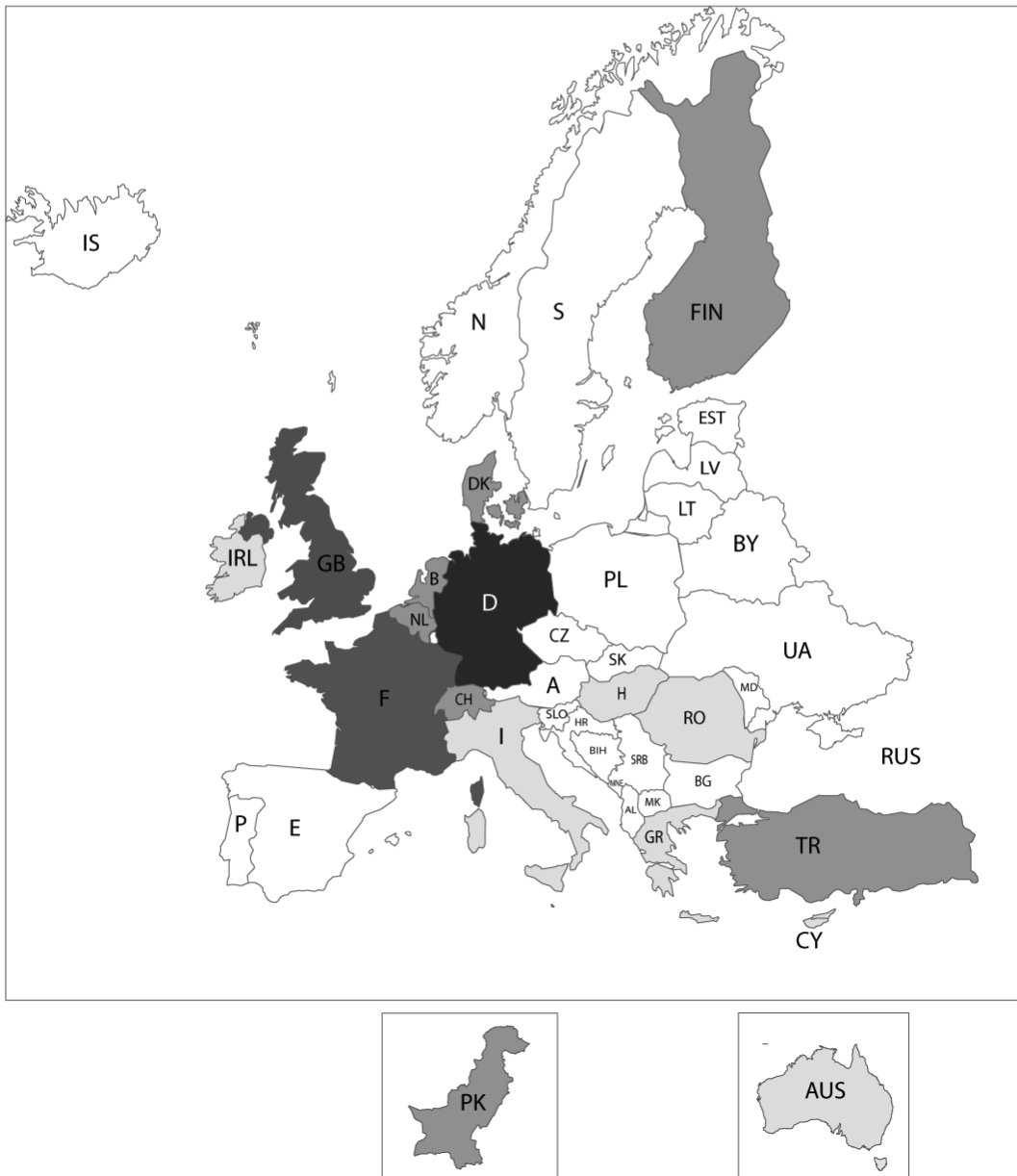
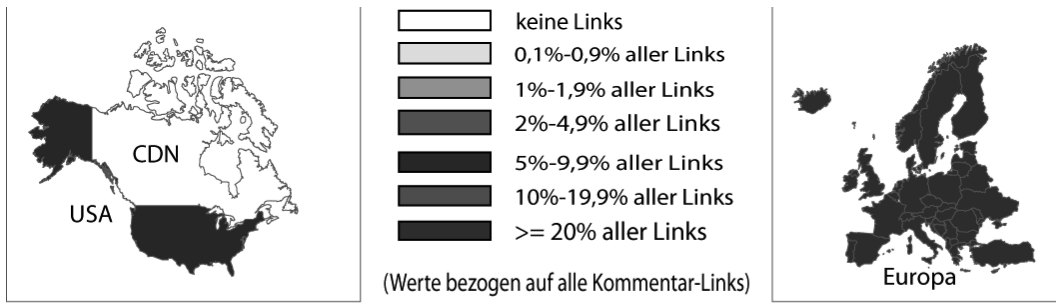


Abb. 25: Verteilung der Ziele von Kommentar-Links nach Ländern (plus Europa als Kontinent)

Wie schon bei den Autoren-Links, so wird auch hier deutlich, dass Osteuropa – nun mit den Ausnahmen Ungarns und Rumäniens, die jedoch beide auf weniger als 1% der Links kommen – auf der Ebene der eingehenden Hyperlinks völlig von den kommunikativen Strukturen innerhalb der untersuchten Weblog-Kommunikation abgeschnitten ist. Auch hier haben wir es also mit rein mitteleuropäischen (bzw. in Teilen süd- und nordeuropäischen) Transnationalisierungsprozessen zu tun, aus denen selbst die EU-Mitgliedstaaten Osteuropas ausgeklammert bleiben. Es fällt somit zumindest auf der Ebene der Verlinkungsstrukturen schwer, überhaupt von horizontaler Europäisierung im Peters'schen Sinne zu sprechen.

Analog zu den Autoren-Links wurden im nächsten Untersuchungsschritt auch die Kommentar-Links anhand der Frage nach intentionaler Kontextualisierung untersucht, um dem von van Os *et al.* aufgestellten Europäisierungsparameter der „Interpretative Schemes“ (van Os *et al.* 2009: 78) in einer abgestuften Variante nachzugehen. Auch hier wurden die Links dafür drei intentionalen Kategorien zugeordnet und diese kategoriale Einteilung anschließend mit der geografischen Charakteristik der Ziel-Websites verknüpft. Erneut handelt es sich dabei um die intentionale Einteilung in

- Hyperlinks mit einer erklärenden, informativen, nicht-wertenden Funktion,
- Hyperlinks mit einer affirmativen Funktion und
- Hyperlinks mit einer kritischen Funktion,

sowie um eine geografische Einteilung der Ziel-Websites in

- spezifisch europäische bzw. EU-Websites,
- nationale Websites und
- Websites, die territorial nicht einzuordnen sind bzw. den europäischen Rahmen sprengen (etwa *www.google.com*).

Wie schon bei den Autoren-Links soll damit überprüft werden, inwieweit die Verlinkung zu europäischen Websites im Aggregat eher mit neutralen, affirmativen oder mit kritischen Intentionen der Ersteller von Hyperlinks verbunden ist und ob es hier Unterschiede zur Verlinkung nationaler Websites gibt. Abbildung 26 stellt zunächst die Verteilung aller sich aus diesen beiden Einteilungen ergebenden Unterkategorien dar (für die detaillierten Ergebnisse der einzelnen Weblogs siehe Anlage 6):

Anteil an allen Links

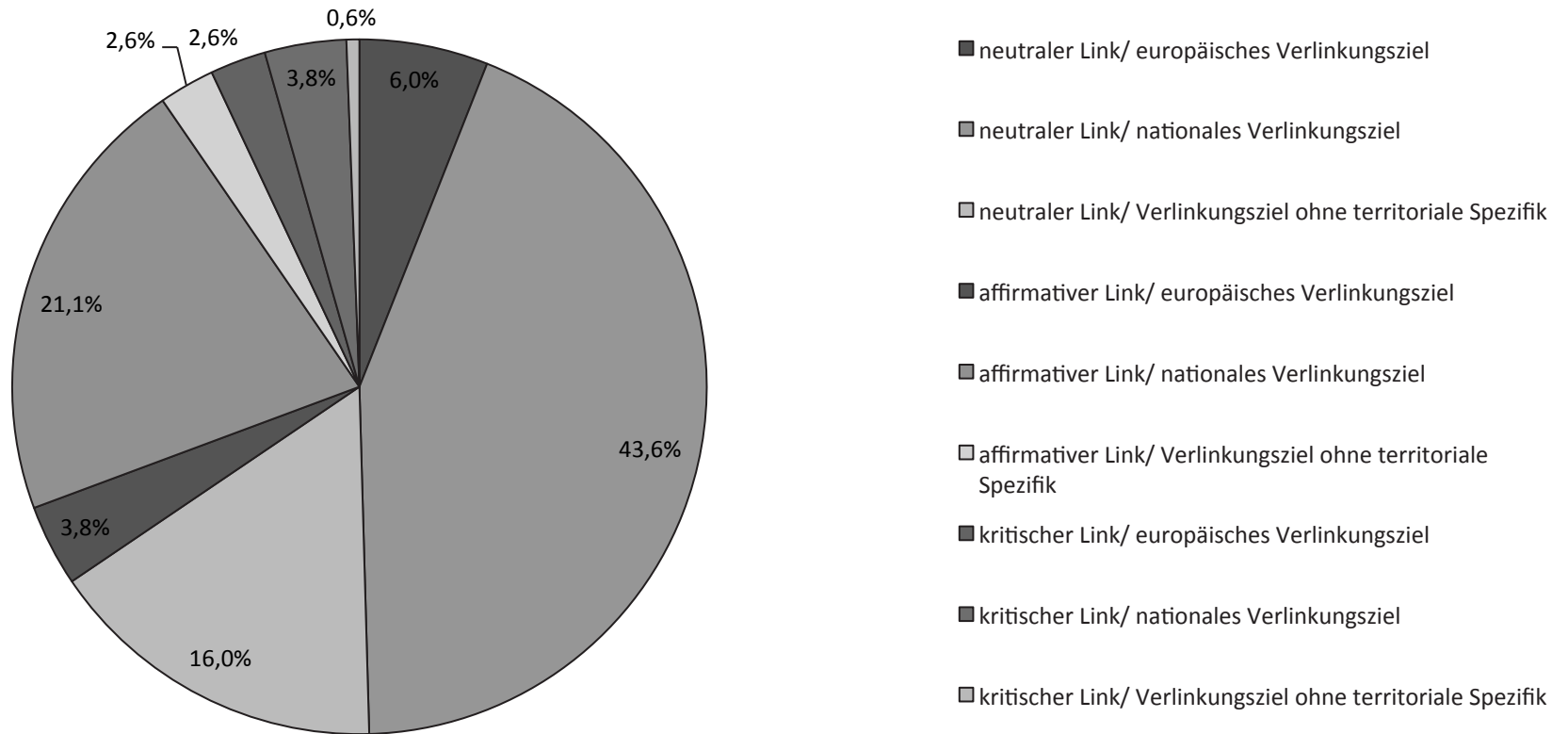


Abb. 26: Analyseparameter *Interpretative Schemes*: Auswertung der Kommentar-Link-Anteile nach intentionalen Kategorien und geografischer Beschaffenheit der Ziel-Websites

Wie schon bei den Autoren-Links, wenn auch etwas weniger deutlich, machen auch hier die neutralen Links die große Mehrheit (in der Summe 65,6%) der Verweise aus. Auch hier folgen die affirmativen Links mit einigem Abstand; allerdings bestimmen sie im Gegensatz zur Autoren-Ebene nun doch einen größeren Teil (in der Summe 27,5%): Immerhin wird fast jeder dritte Verweis von den kommentierenden Weblog-Lesern affirmativ konnotiert. Auch die kritischen Links weisen mit insgesamt 7% einen größeren Anteil auf als bei den Autoren, dennoch sind sie auch hier im Vergleich zu den anderen Kategorien abgeschlagen. Der bei diesem Untersuchungsschritt auf der Ebene der Autoren gezogene Rückschluss auf eine insgesamt eher nüchtern-sachliche und wenig polemische Nutzung von Hyperlink-Verweismöglichkeiten gilt im Grundsatz also auch auf der Ebene der Kommentar-Links; allerdings ist das Ergebnis hier weniger deutlich als bei den Autoren-Links: die kritischen Links, vor allem aber die affirmativen Links weisen Anteile auf, deren Größenordnung auf eine zumindest nicht gänzlich zu vernachlässigende Tendenz zur semantisch wertenden Nutzung von Hyperlinks durch die Leser schließen lässt.

In einem zweiten Schritt wurden nun erneut die Anteile der geografischen Gruppen *innerhalb* der intentionalen Kategorien ermittelt. Abbildung 27 veranschaulicht das Ergebnis.

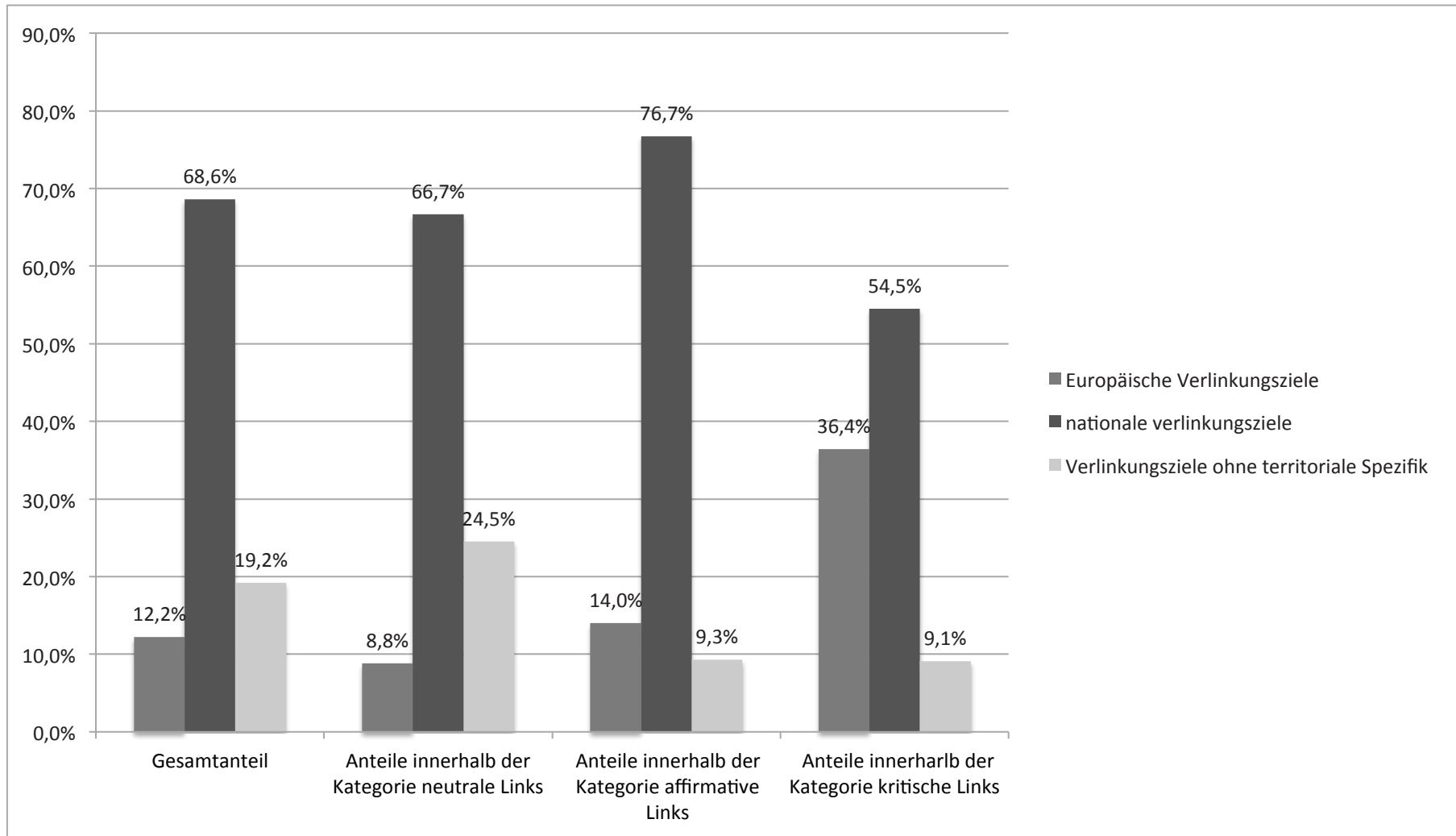


Abb. 27: Analyseparameter *Interpretative Schemes*: Auswertung der Kommentar-Links nach anteiliger geografischer Beschaffenheit der Zielwebsites innerhalb der intentionalen Link-Kategorien

Bei diesem Untersuchungsschritt gibt es nun eine verhältnismäßig deutliche Veränderung gegenüber der Ebene der Autoren-Links. Während die europäischen Ziel-Websites von Hyperlinks bei den Blog-Autoren interpretativ nicht signifikant anders gerahmt wurden als die nationalen Verlinkungsziele oder die Websites ohne territoriale Spezifik, fällt nun auf, dass die Anteile europäischer Verlinkungsziele innerhalb der drei intentionalen Kategorien deutlich voneinander abweichen: Während die europäischen Verlinkungsziele innerhalb der neutral konnotierten Links nur 8,8% und innerhalb der affirmativ konnotierten Links 14% ausmachen, steigt ihr Anteil bei den kritisch konnotierten Links deutlich auf 36,4%. Damit gibt es unter denjenigen Weblog-Lesern, die Kommentare schreiben und diese Kommentare mit Hyperlinks versehen, eine signifikante Tendenz, spezifisch europäische Websites eher mit einer kritischen Intention zu verlinken. Bei der Verlinkung zu nationalen Websites ist der Trend – wenn auch etwas weniger deutlich ausgeprägt – genau umgekehrt: Hier ist der Wert innerhalb der Kategorie affirmativ konnotierter Hyperlinks am höchsten (76,7%) und in der Kategorie kritisch konnotierter Hyperlinks am niedrigsten (54,5%). Damit werden Hyperlinks von den Weblog-Lesern eher in kritischer Weise benutzt, sofern sie auf spezifisch europäische Websites verweisen und eher in affirmativer Weise, sofern sie auf nationale Websites verweisen. Transnational-europäische Websites erfahren also innerhalb der Kommentar-Links der Stichprobe, anders als bei den Autoren-Links, eher eine kritische interpretative Rahmung.

8.4.3. Dritter Untersuchungsteil: Verlinkungsstrukturen und die Öffnung für nationale Medienarenen

In diesem letzten Teil der Untersuchung soll versucht werden, mithilfe der durch Weblogs erzeugten kommunikativen Konnektivitätsstrukturen eine Möglichkeit der Operationalisierung von Jürgen Habermas' Forderung einer gegenseitigen Öffnung nationaler Medien- und Öffentlichkeitsarenen exemplarisch aufzuzeigen. Wie bereits in Kapitel 4.4. besprochen wurde, ist es nach Habermas für jegliche Form der Europäisierung von Öffentlichkeit essenziell, „ob die nationalen Arenen füreinander so geöffnet werden können, dass sich über nationale Grenzen hinweg die Eigendynamik einer gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen entfalten kann“ (Habermas 2011: 81). Habermas fixiert mit diesem Anspruch vor allem die klassischen, reichweitenstarken nationalen Medienöffentlichkeiten und fordert eine Intensivierung gegenseitiger Bezugnahmen zwischen diesen Öffentlichkeiten, um ihre jeweiligen Publika für gleiche Probleme und Themen zu sensibilisieren und sie somit kollektiv handlungsfähig

zu machen. Diesem Habermas'schen Postulat wird im Kontext dieses dritten Untersuchungsteils deshalb so große Bedeutung beigemessen, weil es die theoretische Grundlage für die dritte von Peters *et al.* (2007: 300) aufgestellte Dimension der Europäisierung von Öffentlichkeit, nämlich die diskursive Interaktion zwischen den Öffentlichkeiten einzelner oder mehrerer EU-Staaten (vgl. ebd.) bildet. Wie bereits oben erwähnt, kann die Peters'sche Dimension der diskursiven Interaktion in ihrem dialogisch geprägten Ansatz, mithin der Zentrierung der Frage, „ob Europäer nur übereinander oder auch miteinander reden“ (ebd.), im hiesigen Kontext nicht adäquat untersucht werden. Das ‚miteinander Reden‘ findet in Weblogs vor allem auf der Ebene der Leser-Kommentare statt, welche jedoch nicht nach territorialen Gesichtspunkten analysiert werden können, da kommentierende Leser in Weblogs in der Regel keinerlei Angaben zu ihrer Person oder ihrer Herkunft machen.

Hingegen kann der Frage nach einer gegenseitigen Öffnung von nationalen Medien- und Kommunikationsarenen, welche hier als grundlegende Voraussetzung für jegliche Form von diskursiver Interaktion in Europa eingestuft wird, auf der Basis des vorhandenen Datenmaterials und mithilfe der Hyperlink-Analyse zumindest in Teilen nachgegangen werden. Dabei wird im hiesigen Kontext davon ausgegangen, dass die nationalen Massenmedien, allein aufgrund ihrer Reichweite, nach wie vor die entscheidendste Größe bei der Entstehung nationaler Öffentlichkeitsarenen darstellen.

Vor diesem Hintergrund soll in diesem Untersuchungsteil gefragt werden, inwieweit die Blog-Einträge aus der Stichprobe und die ihnen zugehörigen Leser-Kommentare *via* Hyperlinks konnektive Bezüge zu Massenmedien herstellen, welche aus einem Land kommen, das mit dem Herkunftsland des jeweiligen Weblog-Autors bzw. Weblogs nicht identisch ist. Dahinter steht die Frage, ob und inwiefern den Weblog-Kommunikationsgemeinschaften (sich zusammensetzend aus dem Autor und den kommentierenden Lesern) an einem Einbringen ‚ausländischer‘ Massenmedien-Kommunikation in den eigenen Kommunikationsprozess gelegen ist; ob sie diesen eigenen Kommunikationsprozess also für Massenmedienkommunikation und damit für öffentlich relevante Debatten aus Drittländern ‚öffnen‘.

Auch hier geht es also um die Kategorie horizontaler Europäisierung, der Fokus ist dabei jedoch ein anderer als bei den obigen Untersuchungen. Im Vordergrund stehen hier nicht mehr die multinationalen Konnektivitätsstrukturen als solche, sondern die Frage nach der konkreten Eigenschaft einiger Konnektivitätsstrukturen, massenmediale Debatten aus anderen Ländern in den eigenen Kommunikationsprozess zu integrieren.

Um dieser Frage empirisch nachzugehen, wurden die Autoren- und Kommentar-Links der jeweiligen Weblogs – anders als im ersten und zweiten Untersuchungsteil – nun pro Weblog zusammengefasst, so dass jedes Weblog jetzt als zusammengehörige Diskursgemeinschaft betrachtet wird, die sich aus dem Autor (bzw. den Autoren) und den kommentierenden Lesern zusammensetzt. Vor diesem Hintergrund wurden zunächst all diejenigen Autoren- und Kommentar-Links aus der Stichprobe isoliert, die auf die Webseite eines Massenmediums oder auf ein professionelles Online-Medium¹³³ verweisen. Dabei handelt es sich um insgesamt 192 Links aus insgesamt sechs verschiedenen Weblogs der Stichprobe. Bei diesen Links wurde zunächst untersucht, aus welchem Land die jeweiligen Massen- oder Online-Medien stammen, auf die sie verlinken (Link-Empfänger-Seite). Gleichzeitig wurden die sechs Blogs, die auf der Ebene der Autoren- oder der Kommentar-Links Verweise zu Massen- oder Online-Medien aufweisen (Link-Sender-Seite), zu territorial definierten Diskursgemeinschaften zusammengefasst. Für diese Gruppierung war die Herkunft des Weblog-Autors bzw. des Weblogs ausschlaggebend (die territorialen Diskursgemeinschaften inkludieren dann auch die kommentierenden Leser der jeweiligen Blogs, obgleich nicht überprüfbar ist, ob diese Leser nicht teilweise aus anderen Ländern stammen).

Auf der Senderseite ergibt sich aus dem Datenmaterial der Stichprobe damit eine Einteilung in drei territorial definierte Diskursgemeinschaften, deren Blog-Einträge und/oder Blog-Kommentierungen Verweise zu Massen- oder Online-Medien beinhalten (für eine detaillierte Übersicht siehe Anlage 7):

- vier Blogs mit Autoren aus Großbritannien (respektive Arbeitsort des Weblogs in Großbritannien): *Jon Worth's Euroblog*, *Social Europe Journal*, *Open Europe Blog*, *Dr. Sean's Diary*. Diese enthalten insgesamt 89 der 192 Massenmedien-Links (46,4%);
- ein transnational-europäisches Blogs (*European Tribune*). Dieses enthält 75 der 192 Massenmedien-Links (39,1%);
- ein Blog aus Finnland (*Gravn Law*). Dieses enthält 28 der 192 Massenmedien-Links (14,6%).

Betrachtet man zunächst – unabhängig von der Link-Sender-Seite – die geografische Verteilung aller 192 Links zu Massen- bzw. Online-Medien auf der Link-Empfänger-Seite, dann ergibt sich bezüglich der Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern das in Abbildung 28 veranschaulichte Bild. Die Häufigkeit der Verlinkungen zu Massen- bzw. Online-Medien einzelner Länder ist zum einen durch die farbige Ausfüllung der Länder verdeutlicht (Dunkelrot markiert eine

¹³³ Die Kategorie der professionellen, profitorientierten Online-Medien wurde in diese Betrachtung mit reingenommen, da hier der Aspekt der professionellen Generierung journalistischer Inhalte im Vordergrund steht. Weblogs zählen deshalb hier ausdrücklich nicht dazu.

verhältnismäßig häufige Verlinkung, hellblau eine verhältnismäßig seltene), zum anderen sind für jedes Land die genauen Anteilswerte an allen Links zu Massen- bzw. Online-Medien angegeben.

In Analogie zu den bereits im ersten und zweiten Untersuchungsteil festgemachten Untersuchungsergebnissen wird auch hier deutlich, dass die britische Medienarena am stärksten in die Weblog-Kommunikationsprozesse der Stichprobe hineinwirkt; für sie – um den Habermas'schen Begriff zu nutzen – öffnen sich die Weblogs am weitesten: Mehr als jeder zweite Hyperlink zu Massen- bzw. Online-Medien geht an britische Medienerzeugnisse. Auf die britischen Medien folgen mit großem Abstand die deutschen Medien (14,1%), dahinter Medien aus den USA (9,9%), Belgien (5,7%), Frankreich (4,7%) und Dänemark (2,6%).

Auch bei der Öffnung für ‚ausländische‘ Medienarenen – welche hier zunächst nur einseitig betrachtet wird, da die Link-Sender in diesem Schritt noch nicht territorial spezifiziert wurden – sind also deutliche Zentrum-Peripherie-Strukturen auszumachen: Nach den britischen Medien, die aufgrund der englischen Sprache mit großem Abstand am meisten verlinkt werden, folgt eine von Deutschland ausgehende Zentrum-Peripherie-Abnahme der Häufigkeit von Verweisen zu nationalen Massenmedien: Nach Frankreich und Belgien können auch irische und norwegische Medien noch einige wenige Links auf sich vereinen, die Medien südeuropäischer Länder wie Spanien, Italien oder Griechenland erfahren schon kaum noch Wahrnehmung und die Medien osteuropäischer Länder sind – mit Ausnahme von Rumänien und Tschechen – wie schon bei den obigen Analysen der Hyperlinks komplett von den Kommunikationsprozessen abgeschnitten. Ohne an dieser Stelle bereits von einer gegenseitigen Öffnung im Sinne des Habermas'schen ‚füreinander‘ sprechen zu können, lässt sich bereits festhalten, dass massenmediale Debatten nur aus Großbritannien und dem geografischen (wie auch politischen) Zentral-Europa nachhaltig in die europapolitische Blogosphäre hineindringen.

Betrachtet man diese Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen im nächsten Schritt nicht mehr aus der Gesamtperspektive, sondern unterteilt jene Blogs, welche als Absender von Links zu Massen- bzw. Online-Medien fungieren, in die drei oben genannten territorialen Weblog-Diskursgemeinschaften, dann wird das Bild noch eindeutiger. Die Abbildungen 29-31 veranschaulichen dies.

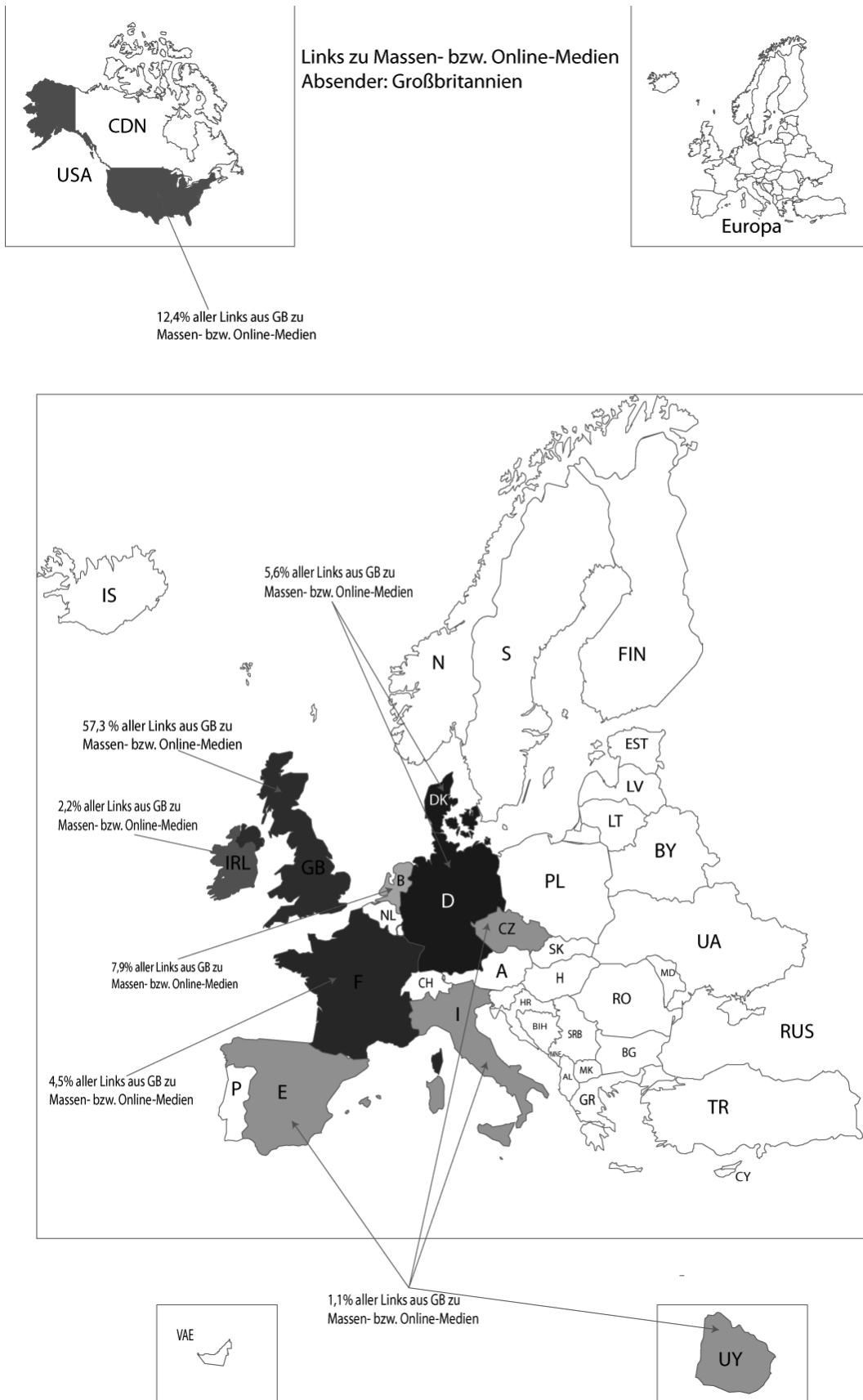


Abb. 29: Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: Häufigkeit der Verlinkungen zu Massen- bzw. Online-Medien aus der Perspektive der vier britischen Blogs (*Jon Worth's Euroblog, Social Europe Journal, Open Europe Blog, Dr. Sean's Diary*).

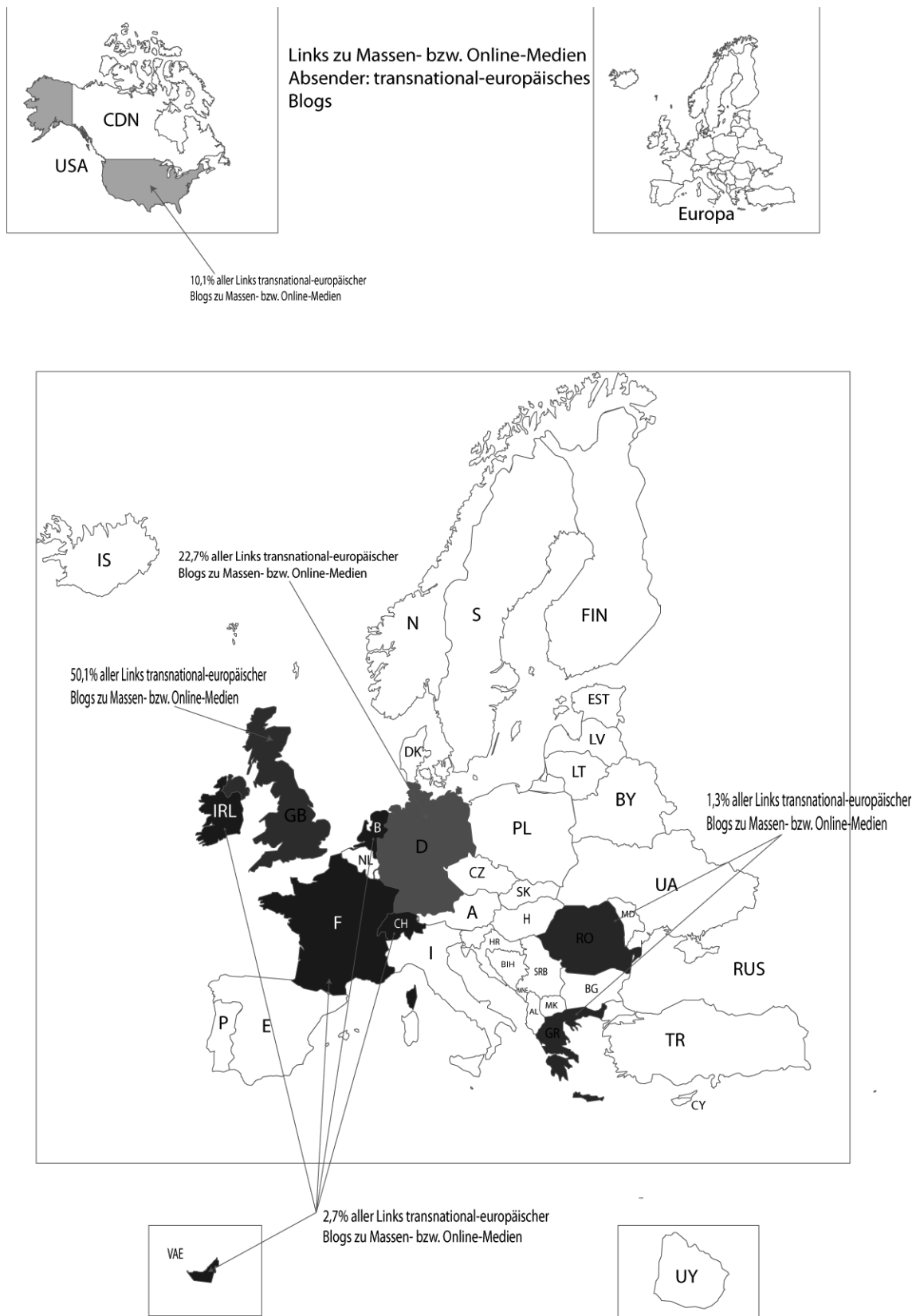


Abb. 30: Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: Häufigkeit der Verlinkungen zu Massen- bzw. Online-Medien aus der Perspektive des transnational-europäischen Blogs (*European Tribune*).

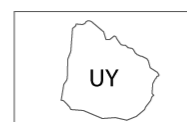
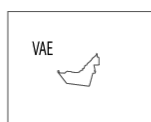
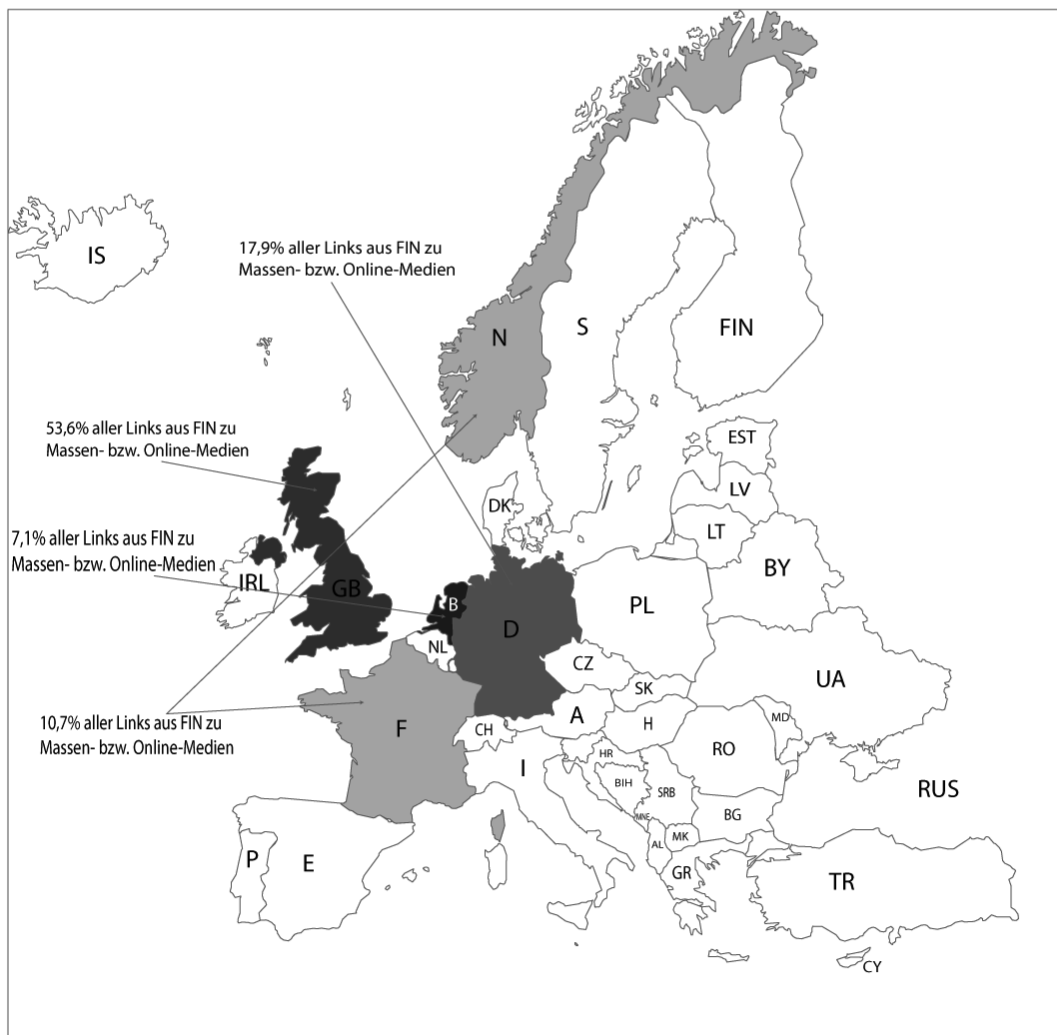
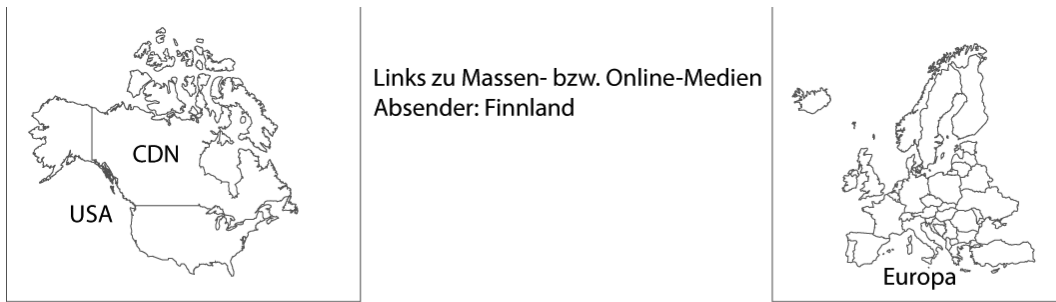


Abb. 31: Öffnung der Weblog-Kommunikationsprozesse für nationale Medienarenen aus anderen Ländern: Häufigkeit der Verlinkungen zu Massen- bzw. Online-Medien aus der Perspektive des finnischen Blogs (*Gråhn Law*).

Wie aus Abbildung 29 deutlich wird, öffnet sich die Diskursgemeinschaft der vier britischen Blogs, welche für insgesamt 89 Links zu Massen- bzw. Online-Medien verantwortlich ist, generell nur sehr schwach für Medienarenen aus anderen Ländern, das gilt insbesondere für Medienarenen aus anderssprachigen Ländern: Mehr als die Hälfte (57,3%) aller Medien-Links der britischen Blogs verweisen auf britische Medien. Nimmt man die Links zu den – ebenfalls englischsprachigen – Medien aus den USA (12,4%) und Irland (2,2%) hinzu, dann verweisen insgesamt 71,9% der Medien-Links zu Massen- bzw. Online-Medien aus englischsprachigen nationalen Öffentlichkeitsarenen. Die restlichen Links sind erneut vor allem auf die zentraleuropäischen Staaten (Belgien, Deutschland, Dänemark, Frankreich) verteilt, während auf Medien aus südeuropäischen Staaten lediglich in vernachlässigenswertem Ausmaß (Italien und Spanien: jeweils 1,1%) und auf sämtliche nord- und osteuropäischen Staaten (mit der Ausnahme Tschechiens: 1,1%) überhaupt nicht verlinkt wird. Von einer Öffnung des hier betrachteten Ausschnitts aus der britischen Blogosphäre für Medienarenen aus anderen Ländern kann bei diesen Ergebnissen also nur unter sehr großen Vorbehalten gesprochen werden. Die auf massenmediale Öffentlichkeit bezogenen Konnektivitätsstrukturen verlassen Großbritannien bzw. den anglo-amerikanischen Raum zum größten Teil nicht; lediglich eine sehr geringfügige Öffnung in die Medienarenen Belgiens, Deutschlands, Dänemarks und Frankreichs ist im hiesigen Datenmaterial zu beobachten.

In der zweiten territorial definierten Diskursgemeinschaft, welche sich aus den Kommunikationsvorgängen des transnational-europäischen Blogs *European Tribune* zusammensetzt (insgesamt 75 Links zu Massen- bzw. Online-Medien) ist die Tendenz einer mangelnden Öffnung für mediale Arenen aus anderen Ländern noch deutlicher. Obgleich die hier erfassten Kommunikationsprozesse auf der Absenderseite nicht einem bestimmten Land zugeordnet werden können, sondern eben aus einem explizit transnationalen Weblog stammen, verdeutlicht Abbildung 30, dass hier lediglich die massenmedialen Arenen aus Großbritannien (50,1% aller Links), Deutschland (22,7% aller Links) und den USA (10,1% aller Links) eine erwähnenswerte Rolle spielen, während alle anderen Länder entweder überhaupt nicht oder nur in verschwindend geringem Maße verlinkt werden. Die Öffnung der Kommunikationsprozesse aus dem transnational-europäischen Blog für nationalstaatliche massenmediale Öffentlichkeitsarenen ist demnach ebenfalls in keiner Weise als gesamteuropäische Öffnung zu beschreiben. Vielmehr dringen vor allem britische und, mit großem Abstand, deutsche Medien in die Weblog-Kommunikation ein.

Auch bei den Massenmedien-Links der dritten, finnischen Diskursgemeinschaft (*Gravn Law*-Blog) ist eine signifikante Öffnung nur hinsichtlich der britischen Medienarena

auszumachen. Auch hier geht mehr als jeder zweite (53,6%) Medien-Link nach Großbritannien. Dahinter allerdings gibt es im Gegensatz zu den beiden obigen territorialen Diskursgemeinschaften eine etwas ausgeglichene Verteilung, die Deutschland (17,9%), Frankreich (10,7%), Norwegen (10,7%) und Belgien (7,1%) in zumindest erwähnenswertem Maße einbezieht. Allerdings werden auch hier die süd- und osteuropäischen Medienarenen komplett aus den Kommunikationsprozessen ausgeschlossen – zu ihnen findet keinerlei Öffnung statt.

Bewertet man, wie es dieser dritte Untersuchungsteil tut, professionell-journalistische und vor allem klassische massenmediale Kommunikation als am nachhaltigsten prägend für das, was Habermas als nationale Öffentlichkeitsarenen beschreibt, dann sind die Ergebnisse dieser Teiluntersuchung ernüchternd. Von einer Öffnung der hier betrachteten Weblog-Kommunikationsprozesse für Mediendebatten aus Ländern, die nicht mit dem Herkunftsland des Weblog-Autors bzw. des Weblogs übereinstimmen, kann nur bezüglich der britischen Medienarena und, mit deutlichen Abstrichen, bezüglich der deutschen Medienarena gesprochen werden. Eine Öffnung für massenmediale Debatten hingegen, die so viele unterschiedliche nationale Öffentlichkeiten in Europa einbeziehen würde, dass man ihr ein europäisches Niveau attestieren könnte, ist vor dem Hintergrund des Datenmaterials aus der Stichprobe in keiner Weise in Sicht. In die osteuropäischen Medienarenen findet vielmehr überhaupt keine, in die süd- und nordeuropäischen Medienarenen nur eine hochgradig marginale Öffnung statt. Lediglich die Medien einiger weniger, geografisch zentraler und politisch bedeutsamer Staaten erfahren in den hier untersuchten Weblog-Diskursen eingeschränkte Beachtung und allein für die britische Medienarena öffnen sich die Weblog-Kommunikationsprozesse in signifikantem Maße.

8.5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Analysen symbolischer Netzwerke können nach Adam „mit zwei unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen“ (Adam 2007: 185) durchgeführt werden: Zum einen akteursbezogen und zum anderen auf die Gesamtstruktur von Debatten ausgerichtet (vgl. ebd.). Die hiesige Analyse hat die zweite Schwerpunktsetzung, die strukturelle Fokussierung verfolgt, um somit exemplarisch und „aus einer territorialen Logik heraus [...] [zu] zeigen, ob Kommunikationsbeziehungen in Europa innerhalb traditioneller politischer Räume verbleiben oder ob sie Grenzen überschreiten und damit das Bild einer in wechselseitiger Abhängigkeit stehenden Gemeinschaft zeichnen“ (ebd.: 190).

Aus diesem Grund haben sich die einzelnen, oben dargestellten Schritte der hiesigen Untersuchung ausschließlich auf strukturelle Parameter der Emergenz von europäischer Öffentlichkeit *via* Weblog-Kommunikation konzentriert – die Inhalte dieser Kommunikation wurden dabei, mit der kurzen Ausnahme der Untersuchung von intentionaler Kontextualisierung der Hyperlinks, nicht betrachtet. Deshalb konnte die Untersuchung, die ohnehin exemplarischen und nicht-repräsentativen Charakter hat, auf einzelne Bestandteile des in der vorliegenden Arbeit erarbeiteten spezifischen Begriffs digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit nicht, bzw. nur peripher eingehen. So konnten sämtliche qualitative Parameter der Europäisierung von Öffentlichkeit, etwa die in ihr stattfindenden Verhandlungen von europäischer Identität, die politische Qualität und Wirkmächtigkeit der Kommunikation und bis zu einem gewissen Grad auch die interpretativen Rahmungen von europäischer Kommunikation sowie die in ihr auftretenden Interdiskursivitätsstrukturen nicht näher betrachtet werden.

Ihren Schwerpunkt hat die Untersuchung demgegenüber in der Analyse von Hyperlinkstrukturen gesetzt und dabei in verschiedenen Untersuchungsschritten aufgezeigt, inwieweit man anhand dessen Rückschlüsse auf die strukturelle Europäisierung von Kommunikationsprozessen im Web ziehen kann. Theoretisch lässt sich diese Schwerpunktsetzung vor allem auf die von van Os *et al.* ausgemachte Europäisierungskategorie der „Connectivity of Communication“ (van Os *et al.* 2009: 76; vgl. auch die Kapitel 1 und 8) zurückführen.

Das in Kapitel 6.3. vorgestellte, netzwerktheoretische Konzept der *Indegree*-Zentralität zur Messung der Autorität spezifischer Knoten innerhalb eines digitalen Kommunikationsnetzwerkes¹³⁴ wird damit von einzelnen Websites abstrahiert und auf Gruppen von Weblogs aus einzelnen europäischen Ländern übertragen, um so die Zentralität, die Positionierung und die Sichtbarkeit dieser Länder innerhalb europäischer Weblog-Kommunikationsnetzwerke bestimmen zu können.

Die Europäisierungskategorie der *Connectivity of Communication* wurde dabei in der hiesigen Untersuchung mithilfe von Begriffsbestimmungen von Peters *et al.* (vgl. Peters *et al.* 2007: 300ff.) weiter unterteilt – vornehmlich in die Untersuchungsparameter der vertikalen Europäisierung, der horizontalen Europäisierung sowie der diskursiven Interaktion. So wurde hier anhand von Verlinkungsstrukturen analysiert, inwiefern Debatten transnational verknüpft bzw., in der nächsten Interpretationsstufe, horizontal oder vertikal europäisiert sind. Darüber hinaus wurde gefragt, ob es innerhalb des ausgewählten Teils der

¹³⁴ Vgl. etwa Zimmermann 2006: 260: „Der Indegree gilt innerhalb der netzwerkanalytischen Verfahren als einfache Maßzahl für Prestige, Popularität, Reputation oder soziale Unterstützung von Akteuren im Netzwerk.“

europapolitischen Blogosphäre so etwas wie netzwerktheoretische Zentren bzw. Peripherien gibt und ob diese sich ggf. mit geographischen und/oder politischen Zentrum-Peripherie-Strukturen in Europa decken.

Als Datengrundlage für die Stichprobe, welche sich aus verschiedenen formalen, inhaltlichen und sprachlichen Filterungsprozessen ergab, hat die Untersuchung auf insgesamt 19 englischsprachige Weblogs zurückgegriffen, die einen Google *Pagerank*-Wert von mindestens 5 aufweisen, sich thematisch auf Europa bzw. Europa- und EU-Politik spezialisiert haben, jeweils von einem oder mehreren Autoren geführt werden und – zumindest formal – politisch und wirtschaftlich unabhängig agieren. Diese Blogs wiesen im Untersuchungszeitraum zwischen dem 1.5.2013 und dem 31.5.2013 insgesamt 130 Autoren-Einträge auf, welche der thematischen Filterung nach den Schlüsselbegriffen „EU“, „Europe“ und „Euro“ standhielten.

Im ersten Untersuchungsteil wurden die insgesamt 803 Autoren-Hyperlinks der 130 Blog-Einträge in unterschiedlichen Einzeluntersuchungen hinsichtlich inhaltlicher, territorialer und intentionaler Charakteristika untersucht. Im zweiten Untersuchungsteil wurden die insgesamt 156 Hyperlinks der Leser-Kommentare – soweit möglich – denselben Untersuchungen unterzogen. Bezüglich der Kategorien von Websites, auf welche die Autoren und die Leser verlinken, lässt sich dabei festhalten, dass beide Gruppen in hohem Maße auf jene Weblogs verlinken, die Bestandteil der hiesigen Stichprobe sind und die somit zu den größten kommunikativen Knoten innerhalb der europathematischen Blogosphäre gehören. Die Häufigkeit von Verlinkungen zu Weblogs, die nicht Bestandteil der Stichprobe sind, fällt weit dahinter zurück. Hier wird eine für die Gattung Weblog typische kommunikative Konzentration in Form von Clusterbildung zwischen thematisch zusammengehörenden Weblogs sichtbar, wie sie in Kapitel 7 theoretisch hergeleitet wurde und wie sie mathematisch mit der Annäherung an eine *power law*-Verteilung erfasst werden kann. Jenseits territorialer Untersuchungskategorien lässt sich also bereits innerhalb der Blogosphäre als kommunikativer Kategorie eine Art thematisch strukturierte Zentrum-Peripherie-Struktur ausfindig machen, in der einige wenige Blogs hohe Zentralitäts-Werte besitzen und sich dabei auch untereinander stark verlinken. Anders ausgedrückt: Sie agieren als kommunikative Knotenpunkte, als *hubs* (vgl. Kapitel 6.3.).

Daneben sind Websites klassischer Massenmedien in beiden Link-Gruppen überdurchschnittlich stark vertreten, was auf ein nach wie vor großes Gewicht des nachrichtlichen Agendasettings von Massenmedien auch innerhalb von Weblog-Kommunikationen schließen lässt. Generell lässt sich – vor allem für den Bereich der

Autoren-Links, in abgeschwächter Form auch für die Kommentar-Links – festhalten, dass Websites mit formalem Objektivitäts- und Informationsanspruch (Websites von Massenmedien, Online-Medien, Weblogs sowie *Wikipedia*) im Aggregat in überdurchschnittlicher Häufigkeit verlinkt werden. Dieses Ergebnis lässt auf die Präferenz einer wertneutralen und informierenden Nutzung von Hyperlinks innerhalb von Weblog-Kommunikation schließen: Hyperlinks als Verweisform werden primär dazu genutzt, im Kontext der eigenen Kommunikation externe Quellen anzuführen, die das selbst Gesagte weiter ausführen, unterstützen, erklären oder Randaspekte näher beleuchten. Damit erschaffen sich vor allem die Weblog-Autoren, aber auch die kommentierenden Weblog-Leser ein Instrument zur Generierung von inhaltlicher Legitimation, Autorität und Glaubwürdigkeit. Dies geschieht im Sinne der in Kapitel 7 theoretisch beschriebenen *see for yourself*-Kultur – eine Funktion, die in den klassischen Massenmedien so nicht existiert und dort eher durch die Reputation des Mediums erfüllt wird.

Ein drittes Ergebnis der kategorialen Untersuchung von Hyperlinks war die vor allem bei den Kommentar-Links, aber auch bei den Autoren-Links ausgeprägte vertikale Europäisierung im Bereich politischer Kommunikation: Während Websites oder Social Media-Präsenzen nationaler Politiker oder nationaler politischer Institutionen nur in verschwindend geringem Maße verlinkt wurden, waren es vor allem die EU-Institutionen, welche innerhalb der Weblog-Kommunikationsprozesse vergleichsweise große Aufmerksamkeit in Form von Hyperlinks erfahren haben. Dieses Ergebnis kann sicher zum Teil mit der inhaltlichen Spezialisierung der hier betrachteten Weblogs auf europäische Themen erklärt werden und lässt sich wohl nicht ohne Weiteres auf einen größeren Kommunikationskontext projizieren; gleichwohl widerspricht es dem verbreiteten, auch in der vorliegenden Arbeit angesprochenen Urteil über die vermeintlich allzu bürgerfernen und kommunikationsdefizitären politischen Institutionen der Europäischen Union.

Die anschließend vorgenommene territoriale Untersuchung der Hyperlink-Strukturen brachte auf einer ersten Untersuchungsebene folgende Ergebnisse: Sowohl die durch Autoren-Links als auch die durch Kommentar-Links erzeugten Kommunikationsstrukturen sind zunächst einmal als europäisiert in dem Sinne zu betrachten, dass außereuropäische Kommunikationsarenen in ihnen so gut wie keine Rolle spielen. Mit einer gewissen Sonderstellung der USA blieben Verlinkungen zu Websites aus dem außereuropäischen Raum in beiden Link-Gruppen die Ausnahme. Die hier entstehende, europäische Kommunikationsarena grenzt sich also wahrnehmbar nach außen ab. In dieser Abgrenzung kann ein erstes Indiz zur Europäisierung von Kommunikationsprozessen gesehen werden,

sofern man den Transnationalisierungs-Begriff von Karl W. Deutsch und Jürgen Gerhards zugrunde legt (vgl. Kapitel 3.2.).

Daneben konnte dieser Untersuchungsschritt für beide Link-Gruppen eine bereits weit fortgeschrittene vertikale Europäisierung nachweisen: 42% der Autoren-Links und 46% der Kommentar-Links verwiesen auf spezifisch trans- bzw. supranational-europäische Websites, seien es europaweit und kollaborativ produzierte Online-Medien oder Blogs, seien es Websites von europäischen Organisationen oder EU-Institutionen.

Um neben diesen vertikalen auch die horizontalen Europäisierungstendenzen näher untersuchen zu können, wurden die Links aus beiden Gruppen anschließend nach den konkreten Herkunftsländern der Websites, auf die sie verweisen, aufgeschlüsselt. Dabei gilt es vor allem drei Ergebnisse festzuhalten, die – in unterschiedlicher Abstufung – für beide Link-Gruppen gelten: Zum ersten sind die Hyperlinks durchschnittlich auf relativ große Anzahl an Ländern innerhalb des geografischen Europa verteilt (22 europäische Länder, davon 19 EU-Mitgliedstaaten bei den Autoren-Links; 15 europäische Länder, davon 12 EU-Mitgliedstaaten bei den Kommentar-Links). Zum zweiten aber ist die Häufigkeitsverteilung der Verlinkung zwischen diesen europäischen Ländern extrem ungleich: Während Websites aus Großbritannien in beiden Gruppen mit Abstand am häufigsten verlinkt werden (zur Diskussion möglicher Gründe für dieses Phänomen siehe Kapitel 8.4.1.), ergibt sich hinter Großbritannien eine erstaunlich konsistente Zentrum-Peripherie-Struktur der verlinkten Länder, die auf zwei deutlich wahrnehmbaren Tendenzen beruht:

1. Die Anzahl der auf Websites aus einem spezifischen Land verweisenden Links steigt tendenziell mit der territorialen Größe des Landes.
2. Die Anzahl der auf Websites aus einem spezifischen Land verweisenden Links steigt tendenziell mit der geografischen Zentralität des Landes in Europa.

Diese Tendenzen decken sehr deutlich Analogien auf: nicht nur zwischen der geografischen Lage eines Landes und der Position und Sichtbarkeit von Websites aus diesem Land innerhalb der europapolitischen Blogosphäre, sondern vor allem zwischen der Sichtbarkeit von Websites aus einem Land in den untersuchten Kommunikationsstrukturen und der politischen Bedeutung des Landes innerhalb der EU: So sind es vor allem Großbritannien, Deutschland und Frankreich, welche (in dieser Reihenfolge) die größten kommunikativen Knoten innerhalb des hier untersuchten Teils der europapolitischen Blogosphäre bilden – die *Indegree*-Zentralitätswerte der Websites aus diesen Ländern sind im Aggregat mit Abstand am höchsten. Mit wachsendem geografischem Abstand zu diesen Ländern schrumpft tendenziell die Sichtbarkeit (netzwerktheoretisch: das ‚Prestige‘) von

Websites innerhalb der untersuchten Stichprobe. Dabei fällt – als drittes Ergebnis der Untersuchung horizontaler Europäisierungstendenzen – in beiden Linkgruppen die Abgeschnittenheit fast sämtlicher osteuropäischer Staaten von den Weblog-Kommunikationsprozessen auf. Mit wenigen Ausnahmen gibt es innerhalb des Datenmaterials der Stichprobe keinerlei konnektive Bezüge zu Staaten, die bis 1989 östlich des „Eisernen Vorhangs“ lagen – völlig unabhängig von der Tatsache, ob diese Staaten mittlerweile zur Europäischen Union gehören oder nicht. Insofern zeigen die Untersuchungsergebnisse eine zumindest innerhalb des Datenmaterials der Stichprobe weiterhin gültige Ost-West-Teilung der Weblog-Kommunikationsprozesse. Somit fällt es, zumindest auf der Ebene der Verlinkungsstrukturen, schwer, überhaupt von horizontaler Europäisierung im gesamteuropäischen, Peters’schen Sinn zu sprechen.

Zwischen den europäischen Ländern, die in die Kommunikationsprozesse in Form von Links einbezogen sind, lassen sich allerdings relativ dichte Konnektivitätsstrukturen ausmachen, die innerhalb der untersuchten Kommunikation für ein fortgeschrittenes Stadium horizontaler Europäisierung sprechen, auch wenn – wie eben dargelegt – der Begriff der Europäisierung hier nicht automatisch das gesamte geografische Europa oder die gesamte EU umfasst. So hat vor allem der (ausschließlich bei der Gruppe Autoren-Links durchgeführte) Untersuchungsschritt, in dem die Häufigkeitsverteilung von Zielländern je nach Herkunftsland der Link-Sender untersucht wurde, aufgezeigt, dass es sich bei den untersuchten Daten durchaus um Kommunikationsprozesse handelt, deren Initiatoren – die Weblog-Autoren – deutlich wahrnehmbar auf eine multinationale, zumeist auf das geografische (Kern-)Europa beschränkte Kontextualisierung ihrer Kommunikationen bedacht sind. Definiert man die Kategorie horizontaler Europäisierung mit Bernhard Peters im Sinne kommunikativer Vorgänge, die sich als gegenseitige Beobachtung von nationalen oder sub-nationalen Öffentlichkeiten interpretieren lassen (vgl. Peters et al. 2007: 300), dann bildet die konnektive Vernetzung zwischen Kommunikationsteilnehmern einzelner Länder, wie sie hier beobachtet wurde, dafür zumindest eine notwendige Voraussetzung.

Beim nächsten Untersuchungsschritt, der intentionalen Analyse der Hyperlinks, gab es die erste deutliche Abweichung zwischen der Gruppe der Autoren-Links und der Gruppe der Kommentar-Links. Neben der Tatsache, dass im Aggregat in beiden Gruppen Hyperlinks mit neutraler Intention des Link-Erstellers eindeutig häufiger vorkamen als Hyperlinks mit affirmativer oder kritischer Intention bezüglich des Verlinkungsziels, zeigte die verknüpfende Untersuchung zwischen intentionaler und territorialer Charakteristik

Folgendes deutlich auf: Diejenigen Leser, welche ihre Kommentare mit Hyperlinks versehen, nutzen diese Links im Vergleich zu den Autoren häufiger dazu, eine kritische Haltung gegenüber einer spezifisch europäischen Website zum Ausdruck zu bringen. So war bei den Kommentar-Links der Anteil an spezifisch europäischen Verlinkungszielen innerhalb der Gruppe der kritisch konnotierten Links am höchsten, während innerhalb der Gruppe der affirmativ konnotierten Links die nationalen Verlinkungsziele vergleichsweise am häufigsten vorkamen. Wir haben es auf der Ebene der Kommentarlösungen also mit einer tendenziell stärker ausgeprägten „Abschottung durch Polarisierung von Debatten entlang nationaler Grenzen“ (Adam 2007: 70) zu tun als bei den Autoren-Links. Bei letzteren gab es solche Tendenzen zur überwiegend kritischen Konnotation von Hyperlinks zu spezifisch europäischen Websites nicht; die Verteilung zwischen europäischen und nationalen Websites innerhalb der drei intentionalen Kategorien ‚neutral‘, ‚affirmativ‘ und ‚kritisch‘ war hier annähernd identisch.

Im dritten und letzten Untersuchungsteil wurden jene Hyperlinks, die auf Websites von klassischen Massenmedien bzw. professionellen Online-Medien verweisen, gesondert untersucht. Dabei wurden die Gruppen von Autoren- und Kommentar-Links nicht länger getrennt betrachtet, sondern jedes Weblog vielmehr als territorial definierte Diskursgemeinschaft zwischen dem Autor/den Autoren und den Lesern angesehen. Die territorialen Zuweisungen ergaben sich dabei aus dem Herkunftsland des Autors bzw. des Weblogs. Ziel dieses Untersuchungsschrittes war die Beantwortung der Frage, inwiefern sich die untersuchten Weblog-Kommunikationsprozesse für massenmediale Diskurse aus Ländern öffnen, die nicht mit dem Herkunftsland der betrachteten Weblog-Diskursgemeinschaft übereinstimmen. Auf theoretischer Ebene steht dahinter die Habermas'sche Annahme, nach der es für jede Form der Europäisierung von Öffentlichkeit essenziell sei, „ob die nationalen Arenen füreinander so geöffnet werden können, dass sich über nationale Grenzen hinweg die Eigendynamik einer gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen entfalten kann“ (Habermas 2011: 81). Da die klassischen Massenmedien aufgrund ihrer Reichweite nach wie vor als einflussreichste Größe für die Generierung der ‚nationalen Arenen‘ im Habermas'schen Sinne angesehen werden müssen, standen die Hyperlinks zu Websites solcher Massenmedien, ergänzt um professionelle Online-Medien, bei diesem Untersuchungsschritt im Mittelpunkt.

Die Analyse allerdings brachte bezüglich der Öffnung von Weblog-Diskursen für ‚ausländische‘ Öffentlichkeitsarenen (operationalisiert durch Websites von Massenmedien

aus anderen Ländern) ernüchternde Ergebnisse. Die Zentrum-Peripherie-Strukturen, die bereits im ersten und zweiten Untersuchungsteil ausgemacht worden waren, sind auf der Ebene der Hyperlinks zu Massen- bzw. Online-Medien noch deutlicher und noch einseitiger auszumachen: Keine der territorial definierten Weblog-Diskursgemeinschaften öffnete die eigenen Kommunikationsstrukturen in signifikanter Weise für ‚ausländische‘ Massenmedienarenen, sofern man von den britischen Massenmedien absieht. Letztere finden in allen Diskursgemeinschaften in signifikanter Weise Berücksichtigung, was sicherlich primär mit der Verbreitung der englischen Sprache zu begründen ist (siehe hierzu die Erklärungsversuche in der Untersuchung, Kapitel 8.4.1.). Mit Abstrichen öffnen sich die Weblog-Diskursgemeinschaften auch für deutsche Massenmedien sowie für Medien aus den USA; dahinter allerdings kann von einer Rückwirkung ‚ausländischer‘ Medienerzeugnisse auf die Weblog-Kommunikationsprozesse aus der Stichprobe keine Rede mehr sein. Es sind erneut vor allem die osteuropäischen Massenmedien, welche von den Weblog-Diskursen völlig abgeschnitten bleiben und es sind diesmal auch die massenmedialen Arenen süd- und nordeuropäischer Länder, deren publizistischer Output keinen Einzug in die hiesigen Kommunikationsgemeinschaften erhält. Von einer europaweiten, flächendeckenden Resonanz nationaler massenmedialer Debatten in der Weblog-Kommunikation kann deshalb zumindest auf der Basis des hier untersuchten Datenmaterials nicht gesprochen werden.

Zwar kann hier mit Kantner entlastend angeführt werden, dass bei der Untersuchung europäischer Öffentlichkeit bis zu einem gewissen Grad hingenommen werden sollte, „wenn nicht unbedingt alle Mitgliedsnationen an allen Themen intensiv Anteil nehmen“ (Kantner 2004: 150) – eine so deutliche Marginalisierung ganzer europäischer Gebiete allerdings scheint das Akzeptanzvolumen doch deutlich zu sprengen.

Damit aber, so muss an dieser Stelle zusammenfassend festgehalten werden, fehlt der dritten, von Peters *et al.* aufgestellten Dimension der Europäisierung von Öffentlichkeit – jener Dimension, die nicht nur nach punktuellen kommunikativen Berührungen verschiedener Länder, sondern nach diskursiver Interaktion zwischen kollektiven nationalstaatlichen Öffentlichkeitsarenen in Europa fragt – zumindest laut des Datenmaterials der hiesigen Stichprobe eine entscheidende Grundvoraussetzung: Die Öffnung der spezifischen Online-Kommunikationsprozesse für jene nationalen Massenmedien-Arenen, von denen angenommen wird, dass sie im jeweiligen Nationalstaat die größte Menge an Bürgern erreichen und die damit als konstitutiv für nationale Öffentlichkeitsarenen und „politische Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen“ (Habermas 2011: 81) im Habermas’schen Sinne gelten.

9. Conclusio: Prämissen und Charakteristika einer digitalen Netzwerk-Öffentlichkeit in und für Europa

Die Frage, ob im Europa des frühen 21. Jahrhunderts eine europäische Öffentlichkeit existiert – dieser Ernüchterung bedarf es gleich zu Beginn der Konklusion –, kann hier nicht beantwortet werden. Damit soll nicht gesagt werden, dass eine Antwort auf diese Frage generell unmöglich wäre.

Sie ließe sich mit einem klaren „Nein“ beantworten, wenn man die Kategorie der Öffentlichkeit unverändert in jenem normativen Korsett beließe, aus dem heraus sie sich innerhalb von Nationalstaaten – bezogen auf kollektiv integrierende und politisch wirkmächtige Kommunikationsprozesse – seit mehr als 200 Jahren behaupten muss. Eine solche Öffentlichkeit – territorial definiert, politisch wirkmächtig, permanent und homogen – existiert in Europa gegenwärtig fraglos nicht.

Die Frage ließe sich auch mit „Ja“ beantworten, wenn man die im Zuge der Aufklärung entwickelten und im 20. Jahrhundert theoretisierten normativen Standards als antiquiert abtäte und europäische Öffentlichkeit in der Gegenwart stattdessen schlicht als Kommunikation zwischen Europäern (bzw. europäischen Eliten) verschiedener Nationalitäten begriffe, so wie sie sich heute tagtäglich ereignet: In der Politik, in der Wirtschaft, im Journalismus, in Kunst und Kultur, beim Studentenaustausch, im Sport oder im Urlaub. Fraglos war es zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte Europas so leicht und zugleich so selbstverständlich, mit wenig Aufwand viel über Europa zu erfahren, regelmäßig mit Europäern anderer Nationalitäten zu kommunizieren.

Der Ansatz der vorliegenden Arbeit jedoch war ein anderer. Es ging hier nicht um Verifikation oder Falsifikation, nicht um Ja oder Nein. „So ist die Frage auch falsch gestellt“, möchte diese Arbeit gar mit einer Abwandlung des Habermas'schen Diktums zur europäischen Identität behaupten. Im hiesigen Kontext lauteten die entscheidenden Fragen eher: Wie muss ein spezifischer Begriff europäischer Öffentlichkeit im 21. Jahrhundert beschaffen sein, der die gesellschaftliche Konstitution des Europa der Gegenwart, vor allem aber die darin wirkmächtigen technologischen Gegebenheiten von Kommunikation und ihre soziologischen Hintergründe nicht nur in angemessener Weise berücksichtigt, sondern sie an zentraler Stelle integriert? Und: Wie kann ein solcher Begriff die normativen Prämissen, die seit der Aufklärung in der politischen Vorstellung von Öffentlichkeit mitschwingen und die in der Gegenwart, sowie auch in transnationalen Räumen sicher anpassungs-, keinesfalls aber komplett revisionsbedürftig geworden sind, nutzen, um

europäische Öffentlichkeit auch in ihrer kritischen Funktion erstens überhaupt empirisch erfassen und zweitens analytisch bewerten zu können? Kurz gefasst: Welche Art von Seismographen¹³⁵ sind in einer europäisierten und digitalisierten Mediengesellschaft trag- und funktionsfähig?

Um diese Fragen zu beantworten, um einen zeitgemäßen, medientechnologisch und kommunikationstheoretisch abgesicherten Begriff europäischer Öffentlichkeit vorlegen zu können, hat sich die vorliegende Arbeit dem Thema von verschiedenen Seiten genähert:

- von der historischen Seite, um darzulegen, dass zivilgesellschaftliche und medial vermittelte Kommunikation in und über Europa kein genuines Phänomen der Gegenwart ist;
- von der öffentlichkeitssoziologischen Seite, um den normativen Rahmen politischer Öffentlichkeit, wie er in der Aufklärung entstanden ist und seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wissenschaftlich reflektiert und debattiert wurde, einzufangen und ihn später auf die Gegenwart bezogen kritisch adaptieren zu können;
- von der ‚europawissenschaftlichen‘ Seite, um den Kommunikationsraum, in dem europäische Öffentlichkeit entsteht und agiert, zu kennen – seine Spezifika sowohl aus politologischer, als auch aus soziologischer, kulturwissenschaftlicher und historischer Warte zu verstehen;
- und schließlich und entscheidend von der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Seite, um die Charakteristika einer auf Netzwerken aufbauenden digitalen Medienumwelt, wie sie im Zentrum der hiesigen Betrachtungen europäischer Öffentlichkeit steht, zu erfassen.

Ein solch interdisziplinärer Zugang mag dem Vorwurf mangelnder fachspezifischer Festlegung ausgesetzt werden; er ist aber – so die grundlegende Auffassung des Autors der vorliegenden Arbeit – unumgänglich, wenn man europäische Öffentlichkeit, wie sie sich im von medientechnologischen Umbrüchen gekennzeichneten, frühen 21. Jahrhundert darstellt, umfassend theoretisieren möchte.

Beginnen wir die resümierende Darstellung des hier erarbeiteten Begriffs europäischer Öffentlichkeit im Kontext digitaler Netzwerkmedien auf makrosoziologischer Ebene. Betrachtet man die vor allem von Castells geprägte Gesellschaftstheorie – nach der wir in einem in höchstem Maße globalisierten „Informationszeitalter“ leben, innerhalb dessen das Netzwerk die entscheidende Metapher zur Beschreibung kollektiven Zusammenlebens

¹³⁵ Zur seismographischen Funktion von Öffentlichkeit vgl. Kapitel 1.

darstellt – als treffende Gegenwartsanalyse¹³⁶, dann muss eine solche Betrachtung gravierende Auswirkungen auf jegliche Form der Emergenz von Öffentlichkeit haben: Wurde das bürgerliche Publikum als soziales Konstitutivum von Öffentlichkeit noch bei Habermas vor allem deshalb zum Publikum, weil es, bei allen Differenzen im Einzelnen, bei sich selbst übergeordnete, permanent gültige und kollektive Interessenlagen entdeckte und diese mithilfe von Medienvermittlung zunehmend wirkmächtig artikulieren konnte, so haben wir es im Zeitalter der Netzwerkgesellschaft mit Bürgern zu tun, die sich gerade dadurch auszeichnen, dass sie zunehmend punktuell und themenbezogen, als vernetzte Individuen und weniger in Form von homogenen, permanent aktiven Gruppen oder Kollektiven agieren. Scharnhorst (2003 [ohne Seitenangaben]) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Zeitgeist of living in a globally connected world, where many different kinds of human activities are embedded in networks.“

In diesem Zusammenhang – die These soll hier exkursartig gewagt werden – wäre auch der Begriff des europäischen Bürgers bzw. des „Unionsbürgers“ (Bundesverfassungsgericht; vgl. Kapitel 5.1.) in seinen nicht-juristischen Konnotationen durchaus noch einmal neu und kritisch zu überdenken¹³⁷. Kann es wirklich, wie Habermas behauptet, nur eine politische Verfassung sein, die aus „Besitzern weinroter Pässe europäische Bürger“ macht? (Habermas 2008: 99 [auch Habermas spielt hier ja durchaus nicht nur auf den juristischen Bürgerstatus an]). Oder konstituiert sich ein europäischer Bürgerstatus, als sekundäre Eigenschaft von Nationalstaatsbürgern, im Zeitalter des vernetzten Individualismus zumindest aus sozialwissenschaftlicher Perspektive nicht anders – punktueller, stärker themen- und ereignisbezogen? Konkret gefragt: Waren die Europäer, die am 15. Februar 2003 zeitgleich in London, Rom, Madrid, Barcelona, Berlin und Paris gegen den Irak-Krieg auf die Straße gingen, nicht gerade in einem „kulturellen Identifikationsmuster“¹³⁸, nämlich ihrer moralischen Verurteilung eines von der Bush-Administration mindestens fragwürdig begründeten Militärschlags geeint? Dem Autor der vorliegenden Arbeit sind keine Untersuchungen darüber bekannt, ob diese Demonstrationsteilnehmer auch in ihrer Selbstwahrnehmung mehr ein europäisches Kollektiv denn ein Produkt aus nationalen Kollektiven bildeten – die Frage danach scheint unter den makrosoziologischen Prämissen

¹³⁶ Die vorliegende Arbeit tut dies mit großer Überzeugung, möchte aber die Gegenpositionen nicht verschweigen. So spricht etwa Oskar Negt bezüglich soziologischer Oberbegriffe wie *Kommunikationsgesellschaft* oder *Informationsgesellschaft* von „ideologischen Konstruktionen“ (Negt 2010: 282) und betont demgegenüber die Relevanz einer „primären Öffentlichkeitsform“ (ebd.: 284), welche „die Kulturbedeutung öffentlicher Räume selbst“ (ebd.: 282) ins Zentrum rückt.

¹³⁷ Für eine juristische und rechtsgeschichtliche Abhandlung des Begriffs der ‚Unionsbürgerschaft‘ siehe etwa: Rabenschlag 2009.

¹³⁸ Begriff aus dem Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz 251; vgl. Kapitel 5.1.).

der vorliegenden Arbeit aber mehr als legitim. Und sie ließe sich thematisch ausweiten, etwa auf die Thematik des Klimaschutzes, den Umgang mit der Finanzkrise oder auf das Feld des im Jahr 2013 in den Fokus der (europäischen) Öffentlichkeit gerückten Datenschutzes im Internet: Gibt es nicht hier wie dort eine gemeinsame Betroffenheit europäischer Bürger, die sich von nationalstaatlich begrenzten Betroffenheitsmustern längst emanzipiert hat, die aber nicht permanent und thematisch universell, gleichsam wie ein kultureller Bodensatz, sondern in höchstem Maße punktuell und themenbezogen auftritt?

Als Grundlage solcher Betroffenheitsmuster ließe sich durchaus eine Reihe von Werten ausmachen, denen in Europa offensichtlich höheres Gewicht zukommt als in anderen Teilen der Erde. Der US-Amerikaner Jeremy Rifkin hat diese Werte in seinem gleichnamigen Buch (nicht eben unpathetisch, aber in gewisser Weise dennoch treffend) unter dem Oberbegriff des „Europäischen Traums“ (Rifkin 2004) gebündelt:

„Der Europäische Traum stellt Gemeinschaftsbeziehungen über individuelle Autonomie, kulturelle Vielfalt über Assimilation, Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes materielles Wachstum, spielerische Entfaltung über ständige Plackerei, universelle Menschenrechte und die Rechte der Natur über Eigentumsrechte und globale Zusammenarbeit über einseitige Machtausbildung“ (ebd.: 9f).

Hiermit soll – um einem möglichen Missverständnis gleich vorzubeugen – nicht einer essentialistischen, supranational-europäischen Identität das Wort geredet werden; diese Denkrichtung hat die vorliegende Arbeit aus verschiedenen Gründen eher zurückgewiesen. Vielmehr geht es um die Frage, ob spezifische Teile der Bürgerschaften europäischer Nationalstaaten sich nicht punktuell *als* europäische Bürger vernetzen – nämlich dann, wenn es gilt, gemeinsam geteilte Grundüberzeugungen herauszustellen, sie zu verteidigen bzw. gegenüber den politischen Entscheidungsträgern sowohl der EU als auch der EU-Mitgliedstaaten möglichst wirkmächtig zu artikulieren. Daran anschließend ließe sich ein mit der Kategorie der Öffentlichkeit in hohem Maße verknüpfter Begriff der europäischen Bürgerschaft (re-)formulieren, der die staatsrechtliche Konnotation des Bürgerbegriffs freilich weder ersetzen kann noch soll. Vielmehr geht es darum, dem Bürgerstatus auf europäischer Ebene aus soziologischer Perspektive eine neue, stärker punktuelle, themenbezogene und damit eher ephemere Form zu verleihen, die europäische Bürger immer dann als solche (an)erkennt, wenn sie als solche agieren. Dahinter steht die Überzeugung, dass ein auf permanent existente und thematisch universelle Solidarität setzender Bürgerbegriff in einer individualisierten und tendenziell zunehmend fragmentierten Netzwerkgesellschaft (zumindest jenseits einer verfassungsrechtlichen

Perspektive) schlicht nicht mehr zeitgemäß und auch nicht mehr praxistauglich zu sein scheint – erst recht nicht als sekundärer Status im transnationalen Raum.

Nun kann man diesen im Vergleich zu früheren Epochen eher fragmentierten gesellschaftlichen Zustand natürlich *in toto* kritisieren. Oskar Negt etwa tut dies aus kapitalismuskritischer Perspektive (Negt 2012: 78), wenn er behauptet, dass die „riesige Spannung zwischen zunehmender Globalisierung und wachsender Individualisierung [...] lebensnotwendige Zwischenebenen“ zerstöre, indem sie die Menschen von ihrer „persönlichen und gegenständlichen Umwelt“ entkoppele¹³⁹. Das aber wirkt in den Augen des Autors der vorliegenden Arbeit erstens doch arg defätistisch und zweitens wie eine Rechtfertigung, sich nicht weiter mit diesen Trends auseinandersetzen zu müssen. Damit soll nicht gesagt werden, dass Globalisierung und vernetzte Individualisierung *per se* nicht kritisiert werden sollten; sie müssen es sogar! Dabei aber darf nicht übersehen werden, dass im Kontext dieser beiden Phänomene auch eine neue Form persönlicher Umwelten entsteht, dass wir gewissermaßen einen Strukturwandel der ‚Zwischenebenen‘ beobachten können, den die vorliegende Arbeit am Beispiel digitaler europäischer Öffentlichkeiten versucht hat auszuleuchten.

Diese beiden gesamtgesellschaftlichen und, mit Abstrichen, letztlich global gültigen Tendenzen – die Tendenz der Globalisierung und die Tendenz der vernetzten Individualisierung – korrespondieren nun (und das alles andere als zufällig!) mit einem medientechnologischen Wandel, der die Existenz von Netzwerken sowohl strukturell als auch auf die Möglichkeiten seiner sozialen Appropriation bezogen gleichsam voraussetzt und vorantreibt. Das Internet, in der vorliegenden Arbeit mit Klaus Beck und Herbert Kubicek als Medium erster Ordnung sowie als technische Infrastruktur zur Generierung von Medien zweiter Ordnung beschrieben, ist dabei der prominenteste Ausläufer einer wechselseitigen Durchdringung von soziologischen Strukturmerkmalen und dem kommunikationstechnologischen *State of the Art*: „The revolutionary social change from small groups to broader personal networks has been powerfully advanced by the widespread use of the Internet and mobile phones“, schreiben etwa Rainie und Wellman

¹³⁹ Negt verbindet diese Diagnose auch mit einer expliziten Medien- und Internetkritik: „Demokratie beginnt dort, wo die Menschen leben, arbeiten, primäre Erfahrungen im öffentlichen Austausch machen. Diese primäre gesellschaftliche Erfahrungswirklichkeit zu fördern, zu entwickeln, schafft die Basis dafür, dass wir die technischen Medien für Zwecke der Lebensgestaltung nutzen können. Wo die Medienwelt die suggestive Kraft einer zweiten Wirklichkeit annimmt, welche die primäre Erfahrungswelt überlagert oder gar erdrückt, entsteht eine Ersatzwelt der Illusion und des Selbstbetrugs. Der bloße Zugang eines Menschen zum Internet macht ihn nicht zum aufgeklärten und vorurteilsfreien Weltbürger; der Netzanschluss erhöht auch nicht unmittelbar seine politische Urteilsfähigkeit“ (Negt 2012: 79f.).

(2012: 8). Vor dem Hintergrund eines solchen *revolutionary social change* kommt auch Öffentlichkeit in ihrer seismographischen Funktion, selbst in ihren (freilich weiterhin existenten) Offline-Varianten, heute nicht mehr am Organisationsprinzip des Netzwerkes vorbei. Ihre soziale Struktur besteht eben nicht mehr aus jenen *zum Publikum versammelten Privatleuten* des 18. Jahrhunderts und auch nicht mehr primär aus den *zum Publikum gemachten Medienrezipienten* der industriellen Ära des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts; vor allem im Internet emergiert Öffentlichkeit heute vielmehr aus sich *zu verschiedenen Publika aktiv vernetzenden Individuen*. Damit – und hierin liegt genau der zu leistende öffentlichkeitstheoretische Spagat zwischen historisch erwachsenen Normenanforderungen und gegenwärtigen Strukturbrüchen – werden ihre normativ-kritischen Funktionen, wie sie in dieser Arbeit mit Manheim, Habermas, Peters, Dahrendorf, Luhmann, Gerhards und Neidhardt theoretisiert worden sind, zwar herausgefordert; sie werden aber längst nicht obsolet. Vielmehr sollten die Bewertungsmaßstäbe dieser Funktionen von Öffentlichkeit an ihre veränderten Strukturen angepasst werden – erst recht in transnationalen Kommunikationsräumen wie Europa.

Bleiben wir dafür zunächst bei den Strukturen und kommen später noch einmal auf die normativen Maßstäbe zurück. Wenn Öffentlichkeit sich vor dem Hintergrund soziologischer Megatrends auf der einen Seite und der zunehmenden Diffusion digitaler Netzwerkmedien auf der anderen Seite gegenwärtig stärker denn je in Netzwerken organisiert, dann wird ihre Struktur zwangsläufig dezentraler und die in ihr stattfindenden Kommunikationsprozesse damit tendenziell unabhängiger von tradierten Eingrenzungsmechanismen. Diese Unabhängigkeit betrifft an zentraler Stelle eben auch territoriale und nationalstaatliche Grenzen. Castells (2008: 90) bemerkt hierzu: „There is a shift from a public sphere anchored around the national institutions of territorially bound societies to a public sphere constituted around the media system“. Der Kontext der Netzwerkgesellschaft kommt, in Kombination mit Struktur und Arbeitsweise der Netzwerkmedien, einer Transnationalisierung von Öffentlichkeit also prinzipiell entgegen. Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Arbeit mehrfach den epistemologischen Gewinn betont, der mit einer gedanklichen Entkopplung von nationalstaatlicher Geografie auf der einen Seite und dem Konstrukt eines integrativ wirkenden Kommunikationsraums auf der anderen Seite einhergeht.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass sich die Mediensysteme, die in der Vergangenheit vornehmlich nationalstaatlich integrierten waren, immer mehr zu einem Netzwerk aus klassischen Massenmedien (die als System primär immer noch

innerhalb von Landesgrenzen agieren), und digitalen Netzwerkmedien (die *eo ipso* eine größere Unabhängigkeit gegenüber territorialen Grenzen besitzen) entwickeln. Im Ergebnis entsteht dabei ein komplexes Kommunikationsnetzwerk, eine „public of publics“ (Bohman 2004: 50). Diese *public of publics* ist im Vergleich zu tradierten Formen von Öffentlichkeit stärker deterritorialisiert, sie ist dezentraler organisiert, sie ist tendenziell heterogener und pluralistischer.

Ein kommunikationstheoretisch zunehmend wichtiger werdender Operationsmodus innerhalb der *public of publics*, das hat die vorliegende Arbeit ausführlich dargelegt, ist jene Kommunikationsform, die von verschiedenen Theoretikern zwar mit unterschiedlichen Namen, jedoch mit ähnlichen Intentionen beschrieben worden ist: Bei Castells heißt sie „mass self-communication“, bei Cardoso „networked communication“ und Benkler schließlich bezeichnet sie weitläufiger als „networked information economy“ (vgl. Kapitel 6.). All diese theoretischen Beschreibungen zielen auf ein und das selbe kommunikationstheoretische Faktum ab: Innerhalb des beschriebenen Typus der Netzwerkkommunikation, der heute auch für die Arbeit klassischer Massenmedien nicht mehr folgenlos bleibt, werden die tradierten kommunikationswissenschaftlichen Sender-Empfänger-Modelle der *one-to-one*- und der *one-to-many*-Kommunikation um ein neues Modell, das Modell der *many-to-many*-Kommunikation ergänzt. Dieses Modell wurde in den Kapiteln 6. und 7. an unterschiedlichen Beispielen aus dem Bereich der Internet-Kommunikation ausführlich beschrieben und öffentlichkeitstheoretisch kontextualisiert. An dieser Stelle gilt es – bezogen auf die Struktur der so entstehenden neuen Formen von Öffentlichkeit –, lediglich das Folgende noch einmal herauszustellen: Die digitalen Netzwerkmedien sorgen durch den von ihnen etablierten Kommunikationsmodus der *many-to-many*-Kommunikation dafür, dass sich innerhalb bestimmter Kommunikationsformen im Internet potenziell jeder Nutzer als Absender von Botschaften an eine Vielzahl von Empfängern richten kann. Damit kommt es zu einer potenziellen Demokratisierung der Möglichkeiten zur Initiation von öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsprozessen, die allerdings – wie die vorliegende Arbeit ebenfalls herausgearbeitet hat – nicht mit einer Demokratisierung der Chancen auf Sichtbarkeit und Wirkmächtigkeit gleichgesetzt werden sollte.

Was bedeuten diese kommunikationstheoretischen Feststellungen nun für eine durch das Organisationsprinzip des Netzwerkes charakterisierte Form von Öffentlichkeit, wie sie im

digitalen Raum entsteht? Es lassen sich an dieser Stelle – stark verkürzt – vor allem zwei Merkmale festhalten:

Erstens: Die Architektur von digitalen Kommunikationsnetzwerken sorgt dafür, dass die durch sie entstehenden Öffentlichkeiten der Tendenz nach weniger an territorial abgeschlossene (etwa nationalstaatliche) Kommunikationsräume gebunden sind als dies in der Ära des Monopols elektronischer Massenmedien der Fall war.

Zweitens: Durch den im Rahmen der digitalen Netzwerkkommunikation möglich gewordenen Modus der *many-to-many*-Kommunikation wird die kommunikative Potenz des Publikums zumindest der Theorie nach ausgeweitet. Aus diesem Grund ist der Begriff des *Nutzers* (respektive *Users*) in diesem Bereich passender als der des *Rezipienten* und erst Recht passender als der Habermas'sche Begriff des *Konsumenten* (obgleich es auch im Internet immer noch genügend Medienformate gibt, die diese beiden Begriffe weiterhin rechtfertigen!). Jeder Nutzer kann, weitgehend unabhängig von sozialem oder finanziellem Kapital, Botschaften in die digitalen Kommunikationsnetzwerke einspeisen. Die Fähigkeit, diesen Botschaften planmäßig Sichtbarkeit und der eigenen Rolle als Absender damit kommunikative Autorität zu verleihen, ist dabei jedoch mitnichten egalitär verteilt. Hier setzen sich soziale Muster, wie wir sie aus den Massenmedien kennen, teilweise fort, teilweise werden sie um neue Formen kommunikativer Hierarchien ergänzt (vgl. etwa das Phänomen der *hubs* in Kapitel 6.3.).

So weist die innerhalb verschiedener Medien im Internet stattfindende Netzwerkkommunikation einige spezifische Operations- und Strukturmerkmale auf, die für einen durch digitale Netzwerke geprägten Begriff europäischer Öffentlichkeit nachhaltige Konsequenzen haben müssen. Dabei ging es der vorliegenden Arbeit zunächst darum, die beiden aus normativ-öffentlichkeitstheoretischer Perspektive schwerwiegendsten Kritiken gegenüber im Web entstehender Öffentlichkeit – die Kritik einer zu starken Zentralisierung wie auch jene Kritik einer zu starken Fragmentierung dieser Öffentlichkeiten – auf struktureller Ebene zu relativieren. In diesem Zusammenhang wurde in Kapitel 6.2. gezeigt, dass es vor allem die strukturellen Ordnungsprinzipien von Kommunikationsnetzwerken im World Wide Web sind, welche eine digitale Netzwerk-Öffentlichkeit zumindest bis zu einem gewissen Grad gegen diese beiden Kritikpunkte verteidigen können. Obgleich (oder gerade weil) die Strukturen des Web weit davon entfernt sind, jedem *User* ein Recht auf maximale Verbreitung der eigenen Botschaften einzuräumen, lässt sich von einer netzwerkartig organisierten Öffentlichkeit sprechen, welche die Möglichkeit einer aktiven Partizipation zwar grundsätzlich für jeden *User* gewährleistet, dabei aber nicht zu einer

öffentlichkeitstheoretisch fragwürdigen Kakophonie verkommt. Einer destruktiven Fragmentierung von Kommunikationsprozessen im Web durch totalen Egalitarismus stehen also deren innere Ordnung wie auch deren dynamische Wachstumsregeln entgegen. Wie in Kapitel 6.3. dargelegt wurde, ist es dabei vor allem die mathematisch systematisierbare Verteilung von Hyperlinks (und damit von Aufmerksamkeit), welche für ein gewisses Maß an struktureller Ordnung mit Filterwirkung sorgt. Diese Aufmerksamkeitsverteilung folgt auf der Makroebene des Web einem so genannten *power law* und auf der Ebene einzelner kleinerer und meist thematisch bedingter Kommunikationscluster (wie sie auch und vor allem im Bereich der Weblog-Kommunikation existieren) einer weniger strengen Verteilung mit einigen großen und vielen moderaten Kommunikationsknoten (siehe Kapitel 6.3.).

Eine solche Ordnung aber stellt gerade *kein* strukturelles Äquivalent zur stark von Gatekeepern abhängigen massenmedialen Aufmerksamkeitsorganisation dar: Besonders auf der Ebene der themenspezifischen Verknüpfung von Websites zu kleineren und mittleren Kommunikationsclustern kann jeder Knoten kommunikationstheoretisch zu einem „point of intake“ (Benkler 2006: 253) werden, der in effizienter Weise Informationen, Kommunikationen und Meinungen einzelner Nutzer in mittelgroße Kommunikationszusammenhänge zu transportieren vermag. Die nichtsdestotrotz auch in diesen moderaten Kommunikationsclustern vorhandenen *hubs* (Knoten mit verhältnismäßig großer Sichtbarkeit) dienen dabei als Verknüpfungen und „points of transfer“ (ebd.: 254) zu größeren, ggf. thematisch verwandten Clustern mit mehr Aufmerksamkeit. Es gibt also sowohl auf Mikro- als auch auf Makroebene von Kommunikationsnetzwerken im Web strukturelle Ordnungs-, wie auch dynamische Wachstumsmechanismen (siehe hierzu ebenfalls Kapitel 6.3.), welche das Potenzial dieser Netzwerke erhöhen, zugangsoffene und gleichzeitig politisch potenziell wirkmächtige Öffentlichkeiten zu generieren, die weder zu stark zentralisiert, noch zu stark fragmentiert sind.

Bezogen auf das thematisch zumeist stark segmentierte Kommunikationsformat der Weblogs, an dem digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in der vorliegenden Arbeit primär exemplifiziert wurde, bedeutet das, dass eine hohe *issue*-Bezogenheit von Kommunikationsprozessen eben nicht mehr zwingend mit einem Verlust der klassischen Integrations- oder Legitimationsfunktion von politischer Öffentlichkeit einhergeht: Dadurch, dass Themen, die es bis an die Spitze der Aufmerksamkeitshierarchie der Blogosphäre schaffen, zwangsweise auf das Interesse einer großen Zahl von Weblog-Nutzern gestoßen sein müssen, wirken sie zumindest innerhalb dieser

Kommunikationsgemeinschaften integrierend; dadurch, dass solche Themen nicht nur im Web prominent werden, sondern mithilfe der *focal points* als Scharniere (siehe hierzu Kapitel 7.) auch breite, mitunter sogar massenmediale Aufmerksamkeit und damit gegebenenfalls auch politische Wirkmächtigkeit im Sinne der traditionellen Input-Funktion von politischer Öffentlichkeit generieren können, kann dieser Art der digitalen Netzwerkkommunikation auch ein im öffentlichkeitstheoretischen Sinn legitimatorischer Charakter zukommen (wenngleich diese Feststellung nicht *per se* gültig ist, sondern im Einzelfall empirisch überprüft werden muss).

Mit ihrer starken *issue*-Bezogenheit auf der einen und ihrer enormen Vernetzungsleistung auf der anderen Seite, sind Weblog-Kommunikationsprozesse im Speziellen und Web-Kommunikation im Allgemeinen zudem in hohem Maße anschlussfähig an einen stärker pragmatisch orientierten Begriff europäischer Öffentlichkeit, der die tradierten normativen Erwartungen an Öffentlichkeit vor dem Hintergrund neuer Medientechnologien und neuer, transnationaler Kommunikationsräume neu bewertet.

Issue-Orientierung sowie gegenseitige Bezugnahmen in Form der Vernetzung von Diskursen anstelle der Utopie einer umspannenden Meta-Öffentlichkeit auf transnationaler Ebene sind dabei zwei der wichtigsten Grundprämissen eines normativ entdramatisierten, jedoch nicht normenlosen Verständnisses von europäischer Öffentlichkeit, wie es in den Kapiteln 5.1. bis 5.4. (siehe vor allem Kapitel 5.3.) herausgearbeitet wurde. Dabei wurde die Notwendigkeit einer Anpassung der normativen Implikationen eines politischen Öffentlichkeitsbegriffs an die Besonderheiten transnationaler Kommunikationsräume betont, ohne diese Implikationen dabei jedoch in Gänze zu verwerfen. Es sind, bezogen auf die Weblog-Kommunikation, vor allem deren in Kapitel 7. dargelegten *funktionalen* Äquivalenzen zum traditionellen Journalismus (bei gleichzeitigen *kulturellen* Differenzen) und darüber hinaus Eigenschaften wie eine hohe thematische Offenheit, strukturell bedingte Flexibilität und Umweltsensibilität (bei gleichzeitiger Ausbildung von publizistischer Wirkmächtigkeit durch Vernetzung), der dezentrale Netzwerkcharakter, und schließlich die wechselseitigen Interaktionen mit klassischen Massenmedien, mit denen in der vorliegenden Arbeit die Vermutung begründet wurde, dass dieses Kommunikationsformat die normativen Standards eines an transnationale Räume angepassten Begriffs politischer Öffentlichkeit zumindest der Theorie nach erfüllen kann.

Die von makrosoziologischen Tendenzen unterstützten und diese Tendenzen gleichsam selbst unterstützenden Kommunikationsprozesse in digitalen Netzwerken sind also in

hohem Maße anschlussfähig an einen stärker pragmatisch geprägten Begriff transnationaler bzw. europäischer Öffentlichkeit, der die normativen Prämissen kritischer politischer Öffentlichkeit, wie sie in der vorliegenden Arbeit ausführlich diskutiert wurden, nicht gänzlich abschüttelt, sie aber an die kommunikativen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anpasst. Anstelle des in der Forschung verbreiteten, aber hinsichtlich medientechnologischer Kontextualisierung eher unspezifischen Begriffs einer europäischen Öffentlichkeit verwendet die vorliegende Arbeit daher den Begriff einer *digitalen Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa*.

Eine solche digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa, das ist ihrer Fokussierung auf die Organisationsform des Netzwerkes geschuldet, arbeitet mit sehr feingliedrigen Kategorien kommunikativer Kongruenz – sie rückt von einer möglichst maximalen sozialen Inklusion ab und bleibt für thematisch wie regional unterschiedlich deutliche Prozesse von Kommunikationsverdichtung empfänglich. Damit negiert sie nicht die seismographische Funktion von Öffentlichkeit, sie verändert gewissermaßen aber die Skalierung des Seismographen. In Analogie zum europäischen Identitätsbegriff bei Wolfgang Schmale (vgl. Kapitel 4.4.) wird digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa somit als ein pluralistisches, temporäres und mitunter ephemeres (deshalb aber keinesfalls ein nicht-nachweisbares!) Phänomen aufgefasst. Anders als ein „eher vertikale[r] Blick moderner Öffentlichkeitskonzepte“ (Lingenberg 2010: 68) neigt ein auf digitale Netzwerke fokussierter Begriff von Öffentlichkeit eben nicht dazu, vorhandene transnationale Vernetzungen, „die mit dünnen Linien völlig unterschiedliche Medienstrukturen und Diskurse miteinander verbinden“ (ebd.), zu übersehen. Er stellt sie vielmehr in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen.

Weil es bei der Etablierung von transnationaler Öffentlichkeit heute – anders als noch im 18. und 19. Jahrhundert – eben nicht mehr um die „Expansion von Modernität, sondern um Vernetzung, Relativität, um Konvergenz und Kompatibilität unterschiedlicher Diskurse und Diskursethiken“ (Ingrid Volkmer, zit.n. ebd.) geht, eignet sich das Paradigma des Netzwerkes dabei nicht nur auf struktureller, sondern auch auf semantischer Ebene für die Beschreibung von im digitalen Raum emergierender europäischer Öffentlichkeit. Schmale hat in diesem Zusammenhang von einem Öffentlichkeitstypus auf europäischer Ebene gesprochen, der sich – anders als in nationalstatlichen Kontexten – nicht mehr vor dem Hintergrund von Meistererzählungen, sondern in Form eines Hypertextes konstituiert (vgl. Kapitel 4.4.). Diese Metaphorik ist nicht nur deshalb so treffend, weil sie die Pluralität von verschiedenen Erzähl- und Deutungssträngen (und durchaus auch deren Ambiguitäten) innerhalb einer Netzwerk-Öffentlichkeit betont, sondern vor allem, weil sie deren

definitive Unverträglichkeit gegenüber *a priori* festgelegten Grenzen auf den Punkt bringt: ein Hypertext zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass er von verschiedenen Seiten ständig erweitert werden kann.

Auf normativer Ebene jedoch kann ein solcher Öffentlichkeitsbegriff – das hat die vorliegende Arbeit ebenfalls herausgearbeitet – den nationalstaatlich geprägten Konzepten von Demokratie und Identität nicht eins zu eins verhaftet bleiben. Wie in Kapitel 4.2. vor allem mithilfe der demokratietheoretischen Einlassungen von Ingolfur Blühdorn und Robert Dahl aufgezeigt wurde, sind schon die politischen Strukturen der EU weit schwieriger mit den normativen Forderungen klassischer Demokratietheorien zu versöhnen als diejenigen in den traditionellen europäischen Nationalstaaten. Damit aber sollte auch die Kategorie europäischer Öffentlichkeit ein stärker pragmatisches Verhältnis zu den tradierten demokratietheoretischen Anforderungen an politische Öffentlichkeit entwickeln. Auf der Ebene der kollektiven Identität, die seit jeher ebenfalls eng mit dem politischen Öffentlichkeitsbegriff verknüpft ist, bietet sich parallel dazu ein stärker pluralistisches Begriffsverständnis an, wie es in der vorliegenden Arbeit zum einen mit dem an der Physiognomie des Netzwerkes orientierten Begriff europäischer Identität bei Wolfgang Schmale (vgl. Kapitel 4.4.) und zum anderen mit dem Beck'schen „Sowohl-als-auch“-Paradigma von Europäisierung (vgl. Kapitel 4.3.3.) hergeleitet wurde. Besonders letzteres Paradigma hat sich auch für einen Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa als hochgradig anschlussfähig erwiesen: So haben Beck und Grande am Beispiel der Kategorie eines europäischen Gesellschaftsraumes das Dilemma eines Europa-Bildes aufgezeigt, welches Europäisierung nur vertikal, im Sinne von Supranationalisierung denken kann. In Wahrheit europäisiert sich der Kontinent als Gesellschaftsraum aber horizontal, als „Vernetzung und Vermischung nationaler Gesellschaften, nationaler Wirtschaften, nationaler Bildungssysteme usw.“ (U. Beck/Grande 2007: 151). Dieses Verständnis von Europäisierung hat die vorliegende Arbeit auf einen kommunikationswissenschaftlich und medientechnologisch geprägten Begriff europäischer Öffentlichkeit übertragen: Auch dieser muss sich von einem national geprägten Öffentlichkeitsverständnis, das europäische Öffentlichkeit allenfalls als Addition nationaler Öffentlichkeiten oder als Bildung einer gleichsam über den nationalen Öffentlichkeiten schwebenden supranationalen, europäischen Meta-Öffentlichkeit denken kann, bis zu einem gewissen Grad befreien. Gerade vor dem Hintergrund der Fokussierung auf digitale Netzwerkmedien kommt es auch hier vielmehr auf die Chancen und Möglichkeiten horizontaler kommunikativer Verknüpfungen an, im Rahmen derer sich nationale und

transnationale Öffentlichkeiten nicht nur *nicht* ausschließen, sondern sich – getreu der „Sowohl-als-Auch“-Logik von Europäisierung, wie wir sie bei Beck und Grande finden – gegebenenfalls sogar gegenseitig bedingen.

Vor dem Hintergrund eines solchen, transnational geprägten Demokratie-, Identitäts- und Gesellschaftsverständnisses auf europäischer Ebene hat die vorliegende Arbeit nach einem angemessenen theoretischen Konzept europäischer Öffentlichkeit gesucht, das an zentraler Stelle für die Charakteristika von digitalen Öffentlichkeiten in der Netzwerkgesellschaft anschlussfähig ist. Sie ist beim hermeneutisch-pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie ihn Klaus Eder und vor allem Cathleen Kantner entwickelt haben, fündig geworden. Die zentrale Setzung innerhalb dieses Konzepts europäischer Öffentlichkeit ist das Habermas'sche Diktum, nach dem eine Öffentlichkeit im Kern bereits dann als europäisch zu betrachten ist, wenn sie es „den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen“ (Habermas 1996: 190). Vor diesem Hintergrund formt Kantner ein „hermeneutisch-pragmatisches Öffentlichkeitsverständnis“ (Kantner 2003: 233), das an der *per se* vorhandenen Heterogenität und der Multiperspektivität der Kommunikationsteilnehmer im transnationalen Raum nicht scheitert, sondern auf diesen Tendenzen gerade an zentraler Stelle aufbaut. Vornehmlich aus diskurstheoretischer Perspektive entwickelt sie die hermeneutische Komponente dieses Begriffs europäischer Öffentlichkeit mithilfe der philosophischen Hermeneutik Gadamers. Eder und Kantner übernehmen dabei von einem stärker inhaltlich geprägten Öffentlichkeitsbegriff zwar die Prämisse, dass sich Kommunikation auf gleiche Inhalte beziehen muss, betonen aber, dass dies eben nicht in Form „weitreichender Übereinstimmung in den Meinungen und Einstellungen“ (Eder/Kantner 2000: 314) der Kommunikationsteilnehmer geschehen muss, sondern dass unterschiedliche Perspektiven innerhalb von transnationalen Meinungs- und Willensbildungsprozessen gerade die Grundvoraussetzung für stattfindende Kommunikation darstellen. Auch pragmatisieren sie ihr Verständnis europäischer Öffentlichkeit gegenüber einem institutionell geprägten Öffentlichkeitsbegriff, der eine europaweit integrierte Medieninfrastruktur voraussetzen würde. Diese ist im Rahmen des hermeneutisch-pragmatischen Begriffs europäischer Öffentlichkeit weder möglich noch nötig – vielmehr ist die Feststellung ausreichend, dass „Kommunikation in modernen Gesellschaften medial und organisationell auf Rückendeckung angewiesen ist“ (ebd.). Diese Rückendeckung kann auf medienorganisationeller Ebene durchaus heterogener und pluralistischer Natur sein.

Damit ist auch die pragmatische Komponente des europäischen Öffentlichkeitsbegriffs bereits angedeutet. Sie geht primär zurück auf das Öffentlichkeitsverständnis von John Dewey, nach dem Öffentlichkeit innerhalb eines heterogenen Publikums vornehmlich als Folge von geteilten Handlungskonsequenzen ausgebildet wird. Genau diese Prämisse trifft die Situation in Europa und vor allem diejenige in der EU in zunehmendem Maße auf den Punkt: Die oben ausgemachte, pluralistische, temporäre und mitunter ephemere Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa kann zwar weder auf eine gemeinsame Sprache, noch auf eine gemeinsame Medieninfrastruktur, noch zwangsweise auf dieselben Perspektiven der Diskursteilnehmer auf Diskursgegenstände zurückgreifen, sie entsteht aber mehr und mehr durch eine Angleichung der sozialen Problemzusammenhänge des Publikums respektive der Bürger Europas respektive der *User* im digitalen Kommunikationsraum.

Zwar ist ein solcher, funktional geprägter Öffentlichkeitsbegriff ganz allgemein für transnationale Kommunikationszusammenhänge anschlussfähig; dennoch ist es eben jene Prämisse der Intensität geteilter Problemzusammenhänge, die eine digitale *europäische* Öffentlichkeit auch von digitalen Kommunikationsnetzwerken auf *globaler* abzugrenzen vermag: Aufgrund der weit fortgeschrittenen politischen Institutionalisierung europäischer Integration in Form der EU ist die Ausbildung geteilter Problemzusammenhänge hier deutlich wahrscheinlicher als im globalen Maßstab. Nie zuvor ist diese Tatsache deutlicher zutage getreten als in der aktuellen Krisensituation der Europäischen Union, wie sie in der Einleitung beschrieben wurde.

Darüber hinaus bleibt ein solcher funktionaler Öffentlichkeitsbegriff für die Kommunikationsverhältnisse in Europa deshalb besonders anschlussfähig, weil er sich gegenüber stark *issue*-gebundenen und mitunter sozial segmentierten Teilöffentlichkeiten, wie sie sowohl für transnationale Kommunikationsprozesse als auch für digitale Netzwerkkommunikation *per se* charakteristisch sind, nicht verschließt. Wenn „Issue-Betroffenheit, aber nicht mehr generalisierte Betroffenheit“ (Eder et al. 1998: 325) auf europäischer Ebene zum „Organisationsprinzip von Öffentlichkeit“ (ebd.) wird, dann steht das zwar in deutlichem Widerspruch zum Anspruch des aufklärerischen, stets am universellen Gemeinwohl orientierten Begriffs politischer Öffentlichkeit, es spiegelt aber eben auch die zentralen Charakteristika einer transnationalisierten und zunehmend informationstechnologisch bestimmten Netzwerkgesellschaft wider.

Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Arbeit den hermeneutisch-pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit von Eder und Kantner mit den technologischen Charakteristika der digitalen Netzwerkkommunikation verknüpft, welche das gegenwärtige

„Informationszeitalter“ (Castells) kommunikationstheoretisch am nachhaltigsten prägen. Dabei ist vor allem dreierlei deutlich geworden:

Erstens: Der hermeneutisch-pragmatische Begriff europäischer Öffentlichkeit baut an zentraler Stelle auf der Existenz eines pluralistischen Nebeneinander von *issue*- und Teilöffentlichkeiten auf. Es sind aber jene in den Kapiteln 6. bis 6.3. diskutierten technischen Spezifika der digitalen Netzwerkkommunikation, die eine solche themengebundene Pluralisierung von Öffentlichkeit bei (und das ist der entscheidende Zusatz) gleichzeitiger Vernetzung der einzelnen *issue*-Öffentlichkeiten überhaupt erst ermöglichen: Weil die Nutzer hier die Informationen, mit denen sie konfrontiert werden, aktiv auswählen und deren Verwertung selbst bestimmen, können sie sich innerhalb eines digitalen Kommunikationsnetzwerkes fast beliebig zu *issue*- und Teilöffentlichkeiten zusammenschließen, ohne dass diese Fragmente jedoch zwangsläufig voneinander isoliert und unverbunden wären. Dadurch, dass alle Botschaften und Inhalte im digitalen Raum potenziell jederzeit auch für Nutzer außerhalb einer bestimmten Teilöffentlichkeit abrufbar und verwertbar sind, ist es gerade der Charakter jener Teilöffentlichkeiten, in ihrer Struktur dynamisch und untereinander verknüpfbar zu sein. Wir erinnern uns: Der zentrale informationstheoretische Wert der in Kapitel 6.3. vorgestellten Granovetter'schen Theorie einer *Strength of weak ties* liegt mithin genau darin: dem netzwerkartigen Zugang zu Kommunikationsclustern außerhalb des engeren eigenen kommunikativen und sozialen Umfelds. Und es sind eben jene, im Web entstehenden Verknüpfungen von Informationen und Kommunikationen, die qualitativ und quantitativ völlig neue Dimensionen der Ausbildung von *weak ties* ermöglichen.

Zweitens: Wenn die neue kommunikative Potenz der Nutzer von digitaler Netzwerkkommunikation die erste technische Voraussetzung zur Realisierung von (europäisierten) *issue*-Öffentlichkeiten markiert, dann findet auch deren zweite, stärker strukturelle Voraussetzung – das zielgerichtete Verknüpfen von Inhalten nach thematischen Gesichtspunkten – im Web nie dagewesene Realisierungsmöglichkeiten: In Form von Hyperlinks. Zu der Feststellung, dass Hyperlinks eine „internetspezifische Form von Öffentlichkeit [generieren], indem sie öffentlich sichtbare mediale kommunikative Räume zwischen unterschiedlichen Akteuren herstellen“ (Zimmermann 2006a: 149), muss deshalb ergänzend hinzugefügt werden, dass Hyperlinks ebenfalls eine spezifische *issue*-Orientierung dieser kommunikativen Räume ermöglichen, wie sie vor allem für das Phänomen europäischer Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist, weil diese Form eben nicht mehr zwangsläufig auf geteilte Wertemuster zurückgreifen kann.

Drittens: Darauf aufbauend lässt sich festhalten, dass es gerade die internetgestützten Kommunikationsmöglichkeiten und deren soziale Appropriation *via* World Wide Web und Web 2.0 sind, die zur Konstituierung transnationaler Öffentlichkeiten in besonderer Weise beitragen können – dann nämlich, „wenn gemeinsam interessierende Themen von räumlich getrennten Kommunikationsgemeinschaften behandelt werden müssen“ (Grunwald 2006: 79), wenn Diskussionen „immer weniger durch räumlich (regional oder national) zusammenhängende Kommunikationsgemeinschaften erfolgen, sondern [...] themen- und politikfeldbezogener [...] Teilöffentlichkeiten“ (ebd.) bedürfen. Beide Voraussetzungen prägen gerade die Europäische Union als Kommunikationsgemeinschaft so existenziell wie gegenwärtig kaum einen anderen transnationalen Raum der Erde.

Neben einer solchen theoretischen Anschlussfähigkeit sowohl gegenüber dem makrosoziologischen Konzept der Netzwerkgesellschaft als auch gegenüber den strukturellen Gegebenheiten der digitalen Netzwerkkommunikation muss sich ein auf hermeneutisch-pragmatischen Grundannahmen aufbauender Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa allerdings auch den Kriterien stellen, welche die stärker normativ orientierte Forschung an die Kategorie europäischer Öffentlichkeit herangetragen hat. In der vorliegenden Arbeit wurde dafür vor allem auf die Kriterien von Bernhard Peters sowie jene von Stefan Tobler zurückgegriffen (vgl. Kapitel 5.2.). Mit der „vertikalen“ und der „horizontalen“ Dimension der Europäisierung von Kommunikationsräumen sowie dem „diskursive[n] Austausch“ zwischen den nationalen Öffentlichkeiten einzelner oder mehrerer EU-Staaten und der Kategorie der „kollektive[r] Identität“ nennt Peters (2007: 300) insgesamt vier Dimensionen, anhand derer die Europäisierung von Öffentlichkeit beurteilt werden könne.

Auch bei Tobler (2006b) ließen sich ähnliche Kriterien für die Analyse transnationaler Kommunikationsräume finden. So lässt sich etwa Toblers „Relevanzdimension“ (ebd.: 113), welche die Schnittmenge gemeinsam geteilter Aufmerksamkeitsstrukturen in unterschiedlichen Öffentlichkeitsarenen angibt, als qualitative Weiterentwicklung der Peters’schen Dimensionen horizontaler und vertikaler Europäisierung deuten. Die zweite Dimension Toblers, die „Interdiskursivitätsdimension“ (ebd.), weist große Analogien zu Peters’ Kategorie des diskursiven Austauschs auf; hier wie dort geht es um die kommunikative Verknüpfung einzelner nationaler oder sub-nationaler Kommunikationsarenen und die wechselseitige Bezugnahme zwischen ihnen. Toblers dritte Dimension, die „Identitätsdimension“ (ebd.: 114) ist sogar deckungsgleich mit der Kategorie kollektiver Identität bei Peters, während lediglich die vierte Dimension bei

Tobler, die „politische Prozessdimension“ (ebd.: 114) auf die politische Wirkmächtigkeit von europäischer Öffentlichkeit abzielt und damit über Peters hinausgeht.

Die Dimension der kollektiven Identität hat die vorliegende Arbeit theoretisch reflektiert und dabei mit Wolfgang Schmale argumentiert, dass tradierte Identitätskonzepte für einen Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa ihren konditionalen Charakter weitgehend verloren haben. Die Kategorie der politischen Prozessdimension bei Tobler hingegen konnte hier aus Umfangsgründen keine nähere Betrachtung finden. Die restlichen Kategorien von Peters und Tobler aber können auf der Grundlage der in dieser Arbeit spezifizierten Begriffe ‚Kommunikationsraum‘ und ‚Transnationalisierung‘ (vgl. Kapitel 3.2.) in vier Kriterien gebündelt werden, die im Rahmen einer Analyse europäischer Öffentlichkeit strukturgebend sind und denen sich auch ein Konzept digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa stellen muss:

- (1) Die vertikale Ausrichtung von Diskursen an Institutionen und Akteuren der EU,
- (2) ihre horizontale Ausrichtung an anderen europäischen Ländern und deren Öffentlichkeiten,
- (3) die diskursive Interaktion bzw. Verschränkung zwischen verschiedenen europäisierten Öffentlichkeiten und schließlich
- (4) die kommunikative Kongruenz bezogen auf die Art und Weise, wie Debatten in einzelnen Öffentlichkeiten geführt und welchen Deutungshoheiten ihre Inhalte unterzogen werden.

Erkennt man diese Kriterien als relevante Grundvoraussetzungen einer wie auch immer gearteten europäischen Öffentlichkeit an, dann stellt sich im hiesigen Kontext die Frage, ob sie in der kommunikativen Umgebung digitaler Netzwerke, sprich: im Bereich der Internetkommunikation, höhere Realisierungschancen erhalten als auf der Ebene elektronischer Massenmedienkommunikation. Die Beantwortung dieser Frage kann dabei teils auf Grundlage der theoretischen Erkenntnisse dieser Arbeit erfolgen, teils kann sie mit den Ergebnissen der hier durchgeführten, exemplarischen Untersuchung von europäischer Weblog-Öffentlichkeit gestützt werden. Bezogen auf die vier einzelnen Kriterien fällt sie allerdings durchaus unterschiedlich aus.

Bezüglich des Kriteriums der vertikalen Ausrichtung von Kommunikationsprozessen an EU-Institutionen und -Akteuren lässt sich die Vermutung aufstellen, dass eine Intensivierung der Kommunikation über die EU in den einzelnen Öffentlichkeiten Europas nur sekundär eine medientechnologisches Problem darstellt; vielmehr handelt es sich hier erstens um eine Frage von Themen und zweitens um eine Frage der politischen

Struktur der EU. Wie vor allem in Kapitel 4.3. dargelegt wurde, waren es bereits in der Vergangenheit zumeist die weitreichenden (nicht nur die gelungenen, auch die misslungenen!) Schritte im Rahmen der politischen Integration Europas, welche zu Öffentlichkeiten geführt haben, die sich an supranational-europäischen Themen ausrichteten. Auch hängt die Frage der Entstehung solcher Debatten, die sich bspw. mit der Struktur oder der Politik der EU beschäftigen, heute in nicht zu unterschätzendem Ausmaß mit dem Kommunikationsverhalten der EU selbst zusammen. In diesem Punkt hat einerseits der Exkurs in Kapitel 4. nicht allzu viel Hoffnung geben können, weil die Strategie der EU zur Verbesserung des kommunikativen Austausches mit der europäischen Zivilgesellschaft stark artifiziellen und von oben herab verordnenden Charakter hat. Andererseits, und hier kann dieses erste Kriterium durchaus doch zur medientechnologischen Frage werden, haben einige Teilergebnisse der in Kapitel 8. vorgestellten Untersuchung gezeigt, dass EU-Politiker, vor allem aber EU-Institutionen innerhalb der untersuchten Online-Kommunikationsprozesse durchaus signifikante Sichtbarkeit erlangen können, wenn sie sich auf die Eigenheiten digitaler Netzwerkkommunikation einlassen. Zwar ist davon auszugehen, dass diese Sichtbarkeit stark mit der in diesem Fall europapolitischen *issue*-Bezogenheit der untersuchten Weblog-Kommunikationen zusammenhängt und nicht eins zu eins auf thematisch und sozial weniger eingegrenzte Kommunikationsprozesse übertragen werden kann; wie dargelegt, ist es aber gerade eine strukturelle Eigenart von digitaler Netzwerkkommunikation, den relevantesten Kommunikationsinhalten aus den *issue*-bezogenen Teilöffentlichkeiten heraus, in größere Aufmerksamkeitskontexte zu verhelfen. Dies für den thematischen Einzelfall zu überprüfen, bliebe freilich eine empirische Aufgabe.

Bezüglich des zweiten Kriteriums, der horizontalen Ausrichtung von Kommunikation an anderen europäischen Ländern und deren Öffentlichkeiten wird der Einfluss der Technologie digitaler Netzwerkkommunikation bereits größer. Der Vorteil in diesem Zusammenhang liegt vor allem in der vereinfachten Beschaffung von Informationen über Debatten in anderen Ländern *via* digitaler Netzwerkmedien. Jenes Phänomen, das Benkler „see for yourself“-Kultur genannt hat (vgl. Kapitel 7.) – die prinzipiell höhere Bereitschaft von Nutzern digitaler Kommunikationsangebote, aktiv Informationen einzuholen und zu verknüpfen – macht im Netz allein schon deshalb an nationalstaatlichen Grenzen nicht mehr zwingend Halt, weil diese Grenzen hier von thematischen Verknüpfungsprozessen aufgeweicht (wenn auch nicht gänzlich aufgehoben) werden. Aus kommunikationsökonomischer Sicht spielt hier vor allem die Technik der Hyperlinks eine entscheidende Rolle: Im Netz ist es jedem Teilnehmer eines Kommunikationsprozesses

ohne größeren Aufwand möglich, die anderen Teilnehmer *via* Hyperlinks direkt zu thematisch verwandten, gegebenenfalls auch in anderen Ländern geführten öffentlichen Debatten weiterzuleiten. Allerdings, das haben die hier vorgelegten Untersuchungsergebnisse gezeigt, ist die Sprach-Hürde – der in der vorliegenden Arbeit zwar ihre essentialistische, nicht aber ihre pragmatische Brisanz abgesprochen wurde – damit noch längst nicht überwunden. Transnationale Aufmerksamkeitsstrukturierungen in Form von Hyperlinks zu Websites aus anderen Ländern finden überwiegend dann statt, wenn es sich um Websites in verbreiteten Sprachen (vor allem Englisch, mit einigem Abstand auch Deutsch) handelt. Zudem haben die Ergebnisse der Untersuchung von Weblog-Kommunikation nahegelegt, dass die Öffnung solcher Kommunikationen gegenüber (massen-)medialen Debatten aus anderen Ländern auch im Netz auf wenige große, politisch bedeutende und geografisch zentrale Länder beschränkt bleibt und mitnichten als gesamteuropäische Öffnung zu charakterisieren ist. Horizontale Europäisierung besitzt, zumindest in der Breite, also durchaus deutlich wahrnehmbare Grenzen – auch in der digitalen Kommunikationsumgebung.

Die Kategorie der diskursiven Interaktion beziehungsweise der Verschränkung zwischen verschiedenen europäisierten Öffentlichkeiten ist diejenige, welche der Struktur von digitaler Netzwerkkommunikation in Europa, wie sie hier aufgezeigt wurde, am weitesten entgegen kommt. Dadurch, dass sie die Europäisierung einzelner Öffentlichkeiten im Sinne der ersten und zweiten Kategorie bereits voraussetzt und nun eine Verschränkung dieser Öffentlichkeiten fordert, entspricht sie auf konzeptioneller Ebene genau jener *Public of Publics*, wie sie für eine digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa als charakteristisch bezeichnet wurde und wie sie erst im Rahmen der technischen Möglichkeiten digitaler Netzwerkkommunikation realisierbar geworden ist: Waren vertikale und horizontale Europäisierungsprozesse auch in der Ära des Monopols elektronischer Massenmedien möglich, weil es hier zunächst um thematische und nicht um strukturelle Aspekte geht, so setzt eine diskursive Interaktion zwischen diesen europäisierten Öffentlichkeiten strukturelle Gegebenheiten voraus, die im Zeitalter der digitalen Netzwerkkommunikation deutlicher ausgeprägt sind als je zuvor. Hier geht es genau um jene, von Castells beschriebene Netzwerk-Öffentlichkeit, die sich an die neuen, territorial *entgrenzten* Mediensysteme und nicht mehr allein an territorial *begrenzte* Institutionen einer Gesellschaft bindet. Allerdings bedarf es, was die tatsächliche interaktionale Nutzung dieser strukturellen Gegebenheiten angeht, im Einzelfall empirischer, vornehmlich diskurstheoretisch orientierter Untersuchungen, wie sie in der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden konnten. So sorgen Hyperlinks als solche noch nicht für diskursive

Interaktion – selbst dann nicht, wenn man ihre kommunikationssoziologischen Implikationen (vgl. dazu Kapitel 6.3.) berücksichtigt. Zunächst vereinfachen sie lediglich die Voraussetzungen für solche Interaktionen, indem sie die Verteilung von Sichtbarkeit strukturieren und damit mögliche, ggf. auch transnationale Kontexte von Kommunikation determinieren (vgl. Rilling 1998: 150).

Die vierte Kategorie – so lässt sich an dieser Stelle vermuten, obwohl diese Kategorie in der hiesigen empirischen Untersuchung nicht erfasst wurde – erfährt durch die Verbreitung digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa (noch) keine nachhaltige Veränderung. Die kommunikative Kongruenz von Debatten, also die Angleichung von Interpretations- und Bewertungsmaßstäben zwischen einzelnen (nationalstaatlichen) Öffentlichkeiten hängt in hohem Maße mit der kommunikativen Autorität und Wirkmächtigkeit einzelner Akteure innerhalb dieser Öffentlichkeiten zusammen. Dieser Aspekt aber, das hat die theoretische Analyse in Kapitel 6.2. gezeigt, wird durch die kommunikationstechnologischen und soziologischen Entwicklungen hin zu einer zunehmend netzwerkartig strukturierten Öffentlichkeit bislang keinen nachhaltigen Umbrüchen unterworfen. Zwar hat sich die Möglichkeit zur Diffusion von Informationen und Kommunikationen in digitalen Netzwerken tendenziell demokratisiert und die Arbeitsmechanismen der Netzwerke sorgen der Theorie nach auch für eine größere Unabhängigkeit gegenüber finanziellem und sozialem Kapital der Absender von Botschaften – in der Praxis aber setzen sich hier gegenwärtig überwiegend noch soziale Mechanismen fort, wie wir sie aus den klassischen Massenmedien kennen: Die Fähigkeit, öffentlich geführten Debatten einen speziellen *Spin* zu verleihen, sie hinsichtlich der Bewertung von Themen massenwirksam zu steuern, liegt weiterhin vor allem bei wirtschaftlich starken sowie bei politisch wirkmächtigen Akteuren und bei breit rezipierten Massenmedienerzeugnissen (online wie offline). Das bedeutet nicht, dass eine europäische Angleichung der interpretativen Rahmung von Debatten unter der Autorität dieser Akteure nicht im Einzelfall vorkommen kann – bei moralisch aufgeladenen weltpolitischen Themen wie Kriegen ist dies sogar häufig der Fall. Es ist lediglich so, dass die digitale Netzwerkkommunikation hier augenscheinlich bislang keine größeren strukturellen Änderungen hervorrufen konnte. Was zur „öffentlichen Meinung“ (im Sinne Gerhards und Neidhardts; vgl. Kapitel 3.1.3.4.) generiert, bestimmen weitgehend immer noch die etablierten Akteure. Ausnahmen wie die Diskussion um das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen *ACTA*, innerhalb derer die entscheidenden und letztlich auch die politisch wirkmächtigen Impulse zuerst aus der digitalen Netzwerkkommunikation hervorgingen und erst danach von Politikern und klassischen

Massenmedien aufgegriffen wurden, bestätigen hier allerdings auch auf europäischer Ebene inzwischen die Regel.

Der Gesamteindruck bezüglich größerer Realisierungsmöglichkeiten der hier aufgeführten Kategorien von Europäisierung durch die strukturellen Umbrüche im Rahmen der Etablierung der digitalen Netzwerkkommunikation ist damit ein verhalten positiver. Die vertikale Ebene von Europäisierung, also der kommunikative Austausch mit Institutionen und Akteuren auf EU-Ebene, ebenso wie die transnationale Angleichung einer Beeinflussung von öffentlicher Meinung und einer Erzeugung von tatsächlich massenwirksamen Deutungshoheiten über einzelne Themen sind weiterhin von Faktoren abhängig, die durch die Verbreitung der digitalen Netzwerkkommunikation wenn überhaupt, dann nur sehr langsam restrukturiert werden. Die entscheidenden Veränderungen, die mit dem beschriebenen kommunikationstechnologischen Wandel einhergehen, scheinen vor allem im Bereich der horizontalen Europäisierung von Teilöffentlichkeiten und primär auf der Ebene der Zivilgesellschaft zu liegen. Die oft themenbezogene Erstellung von Verknüpfungen zwischen einzelnen Debatten, gegenseitige Bezugnahmen sowie die Möglichkeiten zur Interdiskursivität im transnationalen Raum sind vor allem für Akteure ohne außergewöhnlich hohes soziales oder finanzielles Kapital bedeutend einfacher realisierbar geworden. Wenn die entscheidende Frage zur Bewertung von Europäisierungsprozessen aus kommunikationswissenschaftlichem Blickwinkel lautet, „ob und wie Diskurse, die in den verschiedenen europäischen Ländern geführt werden, wechselseitig anschlussfähig werden“ (Wessler 2004: 20), dann werden die Chancen zu einer solchen Anschlussfähigkeit durch die Ausbreitung digitaler Netzwerkkommunikation vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene erhöht – in dieser Entwicklung liegt letztlich das Hauptcharakteristikum digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa.

Letzteres bedeutet allerdings nicht, dass horizontal europäisierte Kommunikation in digitalen Netzwerken heute schon ein Phänomen darstellt, welches breite Teile der europäischen Gesellschaften einschließt. Das Gegenteil ist der Fall. Wie in Kapitel 5.4. ausgeführt wurde, handelt es sich bei digital emergierenden Teilöffentlichkeiten im europäischen Raum in der Regel um Elitenöffentlichkeiten. Sie setzen sich in sozialer Hinsicht zusammen aus denjenigen, die sich erstens „in den jeweiligen Handlungskontexten betroffen fühlen“ (Eder/Hellmann/Trenz 1998: 340) und die zweitens „die supranationale Ebene als neues Tätigkeitsfeld für die Diffusion und Kommunikation ihrer Anliegen“ (ebd.) erschlossen haben. Gerade das letztere Kriterium,

so muss vermutet werden, korreliert in hohem Maße zumindest mit dem Bildungsniveau, der politischen Affinität und der medientechnologischen Kompetenz von Bürgern. „The emerging divide in this world“, so argumentieren deshalb auch Rainie und Wellman (2012: 255), „is not the ‚digital divide‘ but the ‚network divide‘“.

Dieses Faktum kann man aus demokratiethoretischer wie auch aus öffentlichkeitssoziologischer Perspektive als problematisch bewerten. Aus demokratiethoretischer Perspektive haben bereits Eder und Kantner darauf hingewiesen, dass auch ihr hermeneutisch-pragmatischer Begriff ein Verständnis von Öffentlichkeit als „in demokratischen Verfahren zur Genese von Legitimität administrativer Macht dienendes Netz von Kommunikation“ (Eder/Kantner 2000: 315) impliziert. Allein die auch auf europäischer Ebene notwendige rechtliche Institutionalisierung von Partizipationschancen könne sicherstellen, dass jene „handlungsrelevante Verbindung zwischen Reden und entscheiden“ (ebd.) zustande kommt, die für den demokratischen Prozess eine *conditio sine qua non* darstellt. Auch nach Tobler ist es die „ausschlaggebende Frage [...], ob es in Europa eine unter demokratiethoretischen Gesichtspunkten funktionierende europäische Öffentlichkeit gibt“ (Tobler 2006a: 168). Dabei gehe es letztlich darum, „dass massenmedial vermittelte europäische Kommunikation auf die politischen Prozesse der Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen regelmäßig und langfristig bezogen ist“ (ebd.).

Diesen demokratiethoretischen Ansprüchen, so scheint es, kann der hier erarbeitete Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa gegenwärtig noch schwerer genügen als eine territorial integrierte und auf einem relativ homogenen (Massen-)Mediensystem aufbauende Öffentlichkeit, wie wir sie aus Nationalstaaten kennen. Eine *public of publics*, die gerade auf einer dezentralen Organisationsstruktur und auf der Verknüpfung verschiedener ephemerer Teil- und *issue*-bezogener Öffentlichkeiten aufbaut, führt im europäischen bzw. im EU-Rahmen momentan noch nicht automatisch zur Genese von Legitimität administrativer Macht im klassischen demokratiethoretischen Sinne. Zwar hat die vorliegende Arbeit diesem Vorwurf tendenziell ein Demokratieverständnis vorgehalten, das der supranationalen Struktur der EU nur in ungenügender Weise Rechnung trägt, dieses Argument entkräftet aber nicht den Vorwurf einer allzu starken Eliten-Fokussierung des hier beschriebenen Typus von Netzwerk-Öffentlichkeit im europäischen Raum.

Aus öffentlichkeitssoziologischer Perspektive ließe sich zudem mit Gerhards und Neidhardt argumentieren, dass die Hauptaufgabe von Öffentlichkeit gerade in ihrer normativen Inklusionsfunktion, nämlich der „Herstellung von Allgemeinheit“ (Gerhards/Neidhardt 1991: 49; vgl. auch Kapitel 3.1.3.4.) liegt. Es war ja letzten Endes

diese Fähigkeit, welche die seismographische Qualität von Öffentlichkeit ausmachte. Einem solchen Universalitätsanspruch aber widerstreben die Struktur und die Arbeitsweise von digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit *per se*. Auch eine zentrale Forderung Niklas Luhmanns an einen mediensystemisch geprägten Öffentlichkeitsbegriff wird damit tendenziell ausgehebelt: Wie in Kapitel 3.1.3.3. dargelegt, lag die „gesellschaftliche Funktion“ (Luhmann 2004: 83) der Massenmedien für Luhmann gerade in ihrer Fähigkeit, ein kollektives Gedächtnis zu erzeugen, welches dafür sorgt, „dass man bei jeder Kommunikation bestimmte Realitätsannahmen als bekannt voraussetzen kann, ohne sie eigens in die Kommunikation einführen und begründen zu müssen“ (ebd.). Auch dieser integrative Kollektivitätsanspruch an Öffentlichkeit wird im Rahmen einer stark elitenkonzentrierten Netzwerk-Öffentlichkeit im europäischen Kontext mittelfristig schwer einzulösen sein.

Diese demokratie- wie auch öffentlichkeitstheoretische Problematik weist die vorliegende Arbeit im Rahmen ihres Begriffs digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa nicht vollständig zurück – im Gegenteil: die oft ungenügende oder sogar fehlende politische Rückkopplung muss gegenwärtig als eine zentrale Schwäche transnationaler Netzwerk-Öffentlichkeiten angesehen werden.

Allerdings hat die vorliegende Arbeit versucht, diese Problematik mit dem Hinweis zu entdramatisieren, dass die hier beschriebenen Formen von Öffentlichkeit im europäischen Kontext sehr wohl eine *teilkfunktionale Legitimität* für sich beanspruchen können (siehe Kapitel 5.4.). Vor dem Hintergrund der zentralen Habermas'schen Forderung an eine durch das Verfahren medialer Vermittlung geprägte politische Öffentlichkeit, nach der Medien eine Rückkopplung zwischen sozial begrenzten Elitendiskursen und der breiten Zivilgesellschaft sicherstellen müssen (vgl. Kapitel 3.1.2.), lässt sich behaupten, dass elitendominierte *issue*-Öffentlichkeiten in digitalen Netzwerken der Legitimationsfunktion von Öffentlichkeit nicht *per se* abträglich sind. Wenn die hier beschriebenen Elitenöffentlichkeiten im europäischen Raum potenziell in der Lage sind, sich mit den Ansprüchen und Bedürfnissen der breiten Zivilgesellschaft rückzukoppeln (und ihre Struktur spricht tendenziell dafür, wie in den Kapiteln 6. und 7. dargelegt wurde), dann ist diese Art von Öffentlichkeit auf europäischer Ebene nicht mehr Gegenstück, sondern eher strukturelles Komplement von politisch wirkmächtigen (Massen-)Medienöffentlichkeiten, wie wir sie gegenwärtig primär noch auf nationaler Ebene finden. Damit, so hat die vorliegende Arbeit argumentiert (vgl. Kapitel 5.4.), kommt den digitalen Netzwerk-Öffentlichkeiten eine *teilkfunktionale Legitimation* zu: Sie können im europäischen Kontext als Schnittstelle fungieren zwischen gesellschaftlicher und ökonomischer Transnationalisierung

sowie der verhältnismäßig weit fortgeschrittenen supranationalen Institutionalisierung (im Bereich der Politik ist hiermit vor allem die Europäische Union gemeint) einerseits und den massenmedialen Öffentlichkeiten in den Nationalstaaten Europas andererseits. Wie effizient diese Schnittstellen arbeiten, wie stark die Rückkopplungseffekte zwischen den eher elitengeprägten und den massenmedialen Öffentlichkeiten sind, ist dabei eine empirische Frage, die es im Einzelfall auch empirisch zu beantworten gilt. Auch hier wäre erneut auf das Beispiel der *ACTA*-Diskussion aus dem Jahr 2012 zu verweisen: Innerhalb der damals in den digitalen Netzwerkmedien entstandenen und anschließend europaweit artikulierten Kritik gegenüber diesem Abkommen ist in bislang beispielloser Deutlichkeit jene Emergenz einer im digitalen Raum sich konstituierenden europäischen Problemlösungsgemeinschaft zutage getreten, wie sie bereits in Kapitel 5. angesprochen wurde.

Vieles spricht deshalb dafür, dass dieser Vorgang kein historisch einmaliger bleiben wird. So gilt es an dieser Stelle abschließend noch einmal zu betonen, dass die Analyse der Herausbildung einer bürgerlichen Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert in der vorliegenden Arbeit nicht zuletzt deshalb so detailliert erfolgt ist, weil der Entwicklungsprozess eines Kollektivs hin zur Eigenwahrnehmung als eben eine solche kommunikations- und artikulationsfähige Problemlösungsgemeinschaft hier geradezu prototypisch erfasst werden konnte. Tobler schreibt dazu:

„Im Rekurs an die sich entwickelnden bürgerlichen Kommunikationsgemeinschaften an der Schwelle zur Moderne könnte man zunächst von Problemgemeinschaften ausgehen. Man erinnere sich: Die bürgerlichen Privatleute wurden adressiert von Personen in vergleichbarer sozialer Stellung, die angesichts der merkantilistischen Interventionen der absolutistischen Herrschaftsregimes in den Wirtschaftsbereich auf Problemlagen aufmerksam machten, die alle bürgerlichen Privatleute als solche gleichermaßen betrafen. Daraus sind Problemlösungsgemeinschaften entstanden, die vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen und miteinander diskutierten Problemlage gewillt waren, diese Probleme gemeinsam anzugehen und nach politischen Lösungen zu suchen. Mit Blick auf die Europäische Union sehen sich die Bürgerinnen und Bürger der europäischen Nationalstaaten infolge Globalisierung und starker Verflechtungen auf mehreren Gebieten nicht nur zunehmend mit gleichen Problemlagen konfrontiert, die supranationalen Institutionen und Akteure können von sich aus als Problemlöser auftreten, sie können als Problemlöser adressiert werden oder die nationalen Akteure gemeinsam neue supranationale Regeln und Institutionen schaffen“ (Tobler 2010: 81).

Zwar steht eine solche Problemlösungsgemeinschaft gesellschaftstheoretisch heute unter einem anderen Primat als im 18. Jahrhundert – nämlich jenem der vernetzten Individualisierung –, die Eigenwahrnehmung einer solchen Gemeinschaft als ein

Interessenkollektiv muss dadurch aber nicht grundsätzlich angetastet werden. Darüber hinaus stellt die Etablierung einer übernationalen Problemlösungsgemeinschaft und die Wahrnehmung ihrer Mitglieder *als* Mitglieder die entscheidenden Zusatzbedingungen bei der in dieser Arbeit erfolgten Entkopplung der Begriffe ‚Nationalstaat‘ und ‚Kommunikationsraum‘ dar (vgl. Kapitel 3.2.). Letztlich erlangt sogar der Begriff europäischer Öffentlichkeit erst aus dieser Erkenntnis heraus seine normativ-demokratiethoretische Relevanz: Vor dem Hintergrund der seismographischen Funktion von Öffentlichkeit besitzt nur ein Kollektiv von Bürgern, dass sich selbst als Problemlösungsgemeinschaft *wahrnimmt* und als solche *agiert*, die Fähigkeit, einem politischen System die notwendige Input-Legitimität zu verleihen. Allein sind die Emergenz und die Beschaffenheit solcher Kollektive, wie die vorliegende Arbeit gezeigt hat, in der Netzwerkgesellschaft gänzlich anderen, dezentraleren, stärker temporären, pluralen und ephemeren Prämissen unterworfen als in früheren historischen Epochen.

10. Forschungsdesiderata

Es war das Hauptziel der vorliegenden Arbeit, einen Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa theoretisch herzuleiten, welcher an zentraler Stelle die medientechnologischen wie auch die makrosoziologischen Entwicklungen berücksichtigt, wie sie sich am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht nur, aber eben auch auf diesem Kontinent ausmachen lassen. Ein solcher Begriff jedoch erhält erst durch die Möglichkeiten seiner empirischen Operationalisierung forschungspraktische Legitimation und damit letztlich auch wissenschaftlichen Nutzwert. Deshalb wurden in der vorliegenden Arbeit einige solcher empirischer Anwendungsmöglichkeiten exemplarisch, in Form einzelner Untersuchungsschritte zur Analyse der Europäisierung von Weblog-Kommunikation aufgezeigt.

Weil sich die Dissertation aber primär nicht der empirischen Operationalisierung, sondern der Herleitung und der Modellierung theoretischer Grundlagen verschrieben hat, konnte der hiesige empirische Teil nur einen kleinen explorativen Ausschnitt jener Untersuchungsmöglichkeiten abdecken, die sich bezüglich der Europäisierung von Öffentlichkeit in digitalen Netzwerken auf tun und für die der hier theoretisch entwickelte Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa sowohl als Grundlage wie auch als Bewertungsmaßstab fungieren kann. So bleiben am Ende zwangsläufig eine Reihe weiterer empirischer Operationalisierungsmöglichkeiten des hier entwickelten theoretischen

Konstrukts offen, von denen zu wünschen wäre, dass sie an anderer Stelle wissenschaftlich bearbeitet werden. Lediglich ein paar dieser offenen Möglichkeiten sollen im Folgenden, als kommunikationswissenschaftliche Forschungsdesiderata, kurz aufgezeigt werden.

Zunächst hat sich die hier durchgeführte Untersuchung aus forschungspragmatischen Gründen auf einen vergleichsweise kleinen Datensatz von Weblog-Kommunikationsprozessen beschränkt; daher kann sie in ihren Ergebnissen auch keine Repräsentativität beanspruchen. Obgleich sich das zentralste Ergebnis der Untersuchung – eine bezüglich der Aufmerksamkeitsstrukturierung zwischen Kommunikationsteilnehmern aus verschiedenen Ländern Europas deutlich auszumachende Konzentration von Verlinkungsprozessen bei Websites aus großen und zentraleuropäischen Ländern – durchaus mit den Ergebnissen anderer, aufwendigerer empirischer Untersuchungen zu europäischer Öffentlichkeit deckt¹⁴⁰, müsste dieser Trend mithilfe einer größeren Datenmenge aus der europäischen Blogosphäre verifiziert werden, um beständigere und stärker verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können.

Auch wäre es dabei interessant, in weiteren empirischen Arbeiten auf den thematischen Filter, der in der hiesigen Untersuchung angewandt wurde, zu verzichten, um so strukturalistische Vergleiche zwischen einer spezifisch europathematischen Blogosphäre und der europäischen Weblog-Kommunikation im Allgemeinen ziehen zu können. Die Frage, ob Weblog-Diskurse über Europa im Vergleich zu anderen Themenschwerpunkten tatsächlich als – nach den hier aufgestellten Kriterien – stärker europäisiert einzustufen sind, oder ob es eine solche Korrelation zwischen Thematik und struktureller Transnationalität nicht gibt, ist für den Autor der vorliegenden Arbeit eine der spannendsten und zugleich aufschlussreichsten Fragen im Kontext digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa.

Um größere Datenmengen aus den digitalen Netzwerken in befriedigender Weise erfassen und auswerten zu können, bedarf es allerdings gegenüber der hier durchgeführten

¹⁴⁰ So kommt etwa Marianne van de Steeg in ihrer Untersuchung von Zeitschriften aus Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Großbritannien, die sich mit dem Thema EU-Osterweiterung befassen, zu dem Ergebnis, dass eine Öffnung der durch diese Medienkommunikation erzeugten Arenen nur bezogen auf Akteure aus sehr wenigen Ländern stattfindet: Die britischen und niederländischen Zeitschriften aus ihrer Untersuchung beziehen sich primär auf Akteure aus Deutschland, die deutschen Zeitschriften primär auf Akteure aus Frankreich (vgl. van de Steeg 2003: 183ff.). Auch hier also haben wir es mit einer Konzentration auf zentraleuropäische Akteure zu tun. Auch Ann Zimmermann kommt in ihrer Untersuchung europäischer Online-Öffentlichkeiten, die durch Hyperlink-Verweise strukturiert werden zu dem Ergebnis, dass diese Öffentlichkeiten zwar einen „relativ stark transnationalisierten Kommunikationsraum“ (Zimmermann 2006a: 264) generieren, dass sich dessen kommunikative Prozesse aber weitgehend auf Akteure „aus den drei einflussreichsten EU-Mitgliedsländern Frankreich, Deutschland und Großbritannien“ (ebd.: 271) konzentrieren.

Untersuchung auch einer methodischen Anpassung. Während die Aufbereitung der Daten aus der Weblog-Kommunikation in der vorliegenden Arbeit manuell durchgeführt wurde, bieten sich für ausgreifendere Untersuchungszusammenhänge verschiedene Software-Programme an, mit denen sich Netzwerkanalysen erstens durchführen und zweitens graphisch auswerten lassen. Programme wie *Pajek*¹⁴¹, *UNICET*¹⁴², *Visione*¹⁴³ oder *NODEXL*¹⁴⁴ bieten – je nach Untersuchungsschwerpunkt – verschiedene Möglichkeiten zur computergesteuerten Erfassung und Auswertung komplexerer Netzwerke und folgen dabei zum Großteil stärker quantitativ-mathematischen Prämissen als die hiesige Auswertung von Weblog-Kommunikationen dies tun konnte.

Auch könnten in weiteren empirischen Untersuchungen digitaler europäischer Kommunikationsnetzwerke im Internet jene beiden von Renée van Os *et al.* aufgestellten Kriterien, die im hier vorliegenden Kontext aus unterschiedlichen Gründen (vgl. Kapitel 8.1.) marginalisiert oder gänzlich vernachlässigt wurden, in den Mittelpunkt gestellt werden. Dabei handelt es sich zum einen um das Kriterium der „Visibility of Communication“ (van Os *et al.* 2009: 76), welches den Anteil spezifisch europäischer Themen in medial vermittelten Diskursen betrachtet und diese Themen in ein quantitatives Verhältnis zu anderen, etwa nationalstaatlich oder global geprägten Themen setzt. Ein solcher Untersuchungsschwerpunkt böte sich bspw. bei der Betrachtung des Europäisierungsgrades von spezifisch politischer Kommunikation innerhalb von digitalen Netzwerken – also etwa bei Politiker-Blogs und -Websites – an.

Das zweite von van Os *et al.* eingeführte Kriterium, das hier nur peripher behandelt wurde, legt den Schwerpunkt bei der Betrachtung von kommunikativen Europäisierungsprozessen auf die sogenannten „Interpretative Schemes“ (ebd.). In diesem Kontext könnte unter einer stärker qualitativen Prämisse untersucht werden, *wie* – sprich: in welchen Interpretationskontexten – in digitalen Netzwerken über das Thema Europa kommuniziert wird. Dabei müssen strukturelle netzwerkanalytische Fragestellungen keinesfalls in den Hintergrund geraten. Vielmehr ließen sich mit der Analyse von *Interpretative Schemes* innerhalb digitaler Kommunikationsnetzwerke Kritik- und Unterstützungsbeziehungen ausmachen, die im Sinne von Silke Adam (2008: 185) „Rückschlüsse über die Disputkonstellation“ in Netzwerken zulassen. Die Entschlüsselung solcher Disputkonstellationen kann im Rahmen der Betrachtung von europäisierter Öffentlichkeit in digitalen Netzwerken ungemein aufschlussreich sein, lässt sich hiermit doch aufzeigen,

¹⁴¹ <http://vlado.fmf.uni-lj.si/pub/networks/pajek/>; Stand: 5.9.2013.

¹⁴² <https://sites.google.com/site/ucinetsoftware/home>; Stand: 5.9.2013.

¹⁴³ <http://visone.info>; Stand: 5.9.2013.

¹⁴⁴ <http://nodexl.codeplex.com>; Stand: 5.9.2013.

„wer wen wie bewertet, und damit, wo die Hauptkonfliktlinien einer Debatte verlaufen und welche Diskurskoalitionen sich formieren“ (ebd.: 192). In diesem Zusammenhang müsste eine Untersuchung transnationaler Kommunikationsnetzwerke überprüfen, ob solche Konfliktlinien nur *zwischen*, oder auch *innerhalb* von Gruppen von Kommunikationsteilnehmern (bzw. Websites) aus einem Nationalstaat verlaufen. Für die Bildung von Diskurskoalitionen, bei Adam definiert als Gruppen von „Akteure[n], die die gleiche ‚Story-line‘ vertreten“ (ebd.), würde gleiches in umgekehrter Weise gelten. Die Ergebnisse solcher, stärker am Inhalt der Kommunikation orientierter Netzwerkanalysen könnten den hier entwickelten Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa durchaus stützen, vor allem dann, wenn sie im Netz das vermehrte Auftreten transnationaler, *issue*-bezogener Diskurskoalitionen oder eine tendenzielle De-Nationalisierung von Disputkonstellationen nachweisen könnten.

Des Weiteren wäre es von wissenschaftlichem Interesse, das hier etablierte Konstrukt digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa im Rahmen einer empirischen Untersuchung stärker akteurstheoretisch zu wenden und zu fragen, welche möglichen Korrelationen im europäischen Kontext zwischen den Eigenschaften eines Akteurs und seiner Bedeutung innerhalb eines Kommunikationsnetzwerkes existieren. Mit einer ähnlichen Intention hat bspw. Zimmermann festgestellt, dass es innerhalb von Online-Öffentlichkeiten vor allem staatliche Akteure sind, denen es gelingt, im Netz massenmedienähnliche Sichtbarkeit zu erlangen (vgl. Zimmermann 2006a: 271). Diese Erkenntnis fügt sich durchaus in den hier erarbeiteten Funktionsmechanismus digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit, dem eine Egalitarisierung vor allem bezüglich der Möglichkeit zum Versenden von Botschaften an eine unbestimmte Masse von Empfängern, nicht jedoch bezüglich der Chance, mit diesen Botschaften hohe Aufmerksamkeit zu generieren, attestiert werden konnte. In diesem Kontext aber ließen sich noch viel weitergehende empirische Fragen stellen: Etwa jene Frage nach möglichen Zusammenhängen zwischen dem Herkunftsland von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren und ihrer Sichtbarkeit in digitalen europäischen Kommunikationsnetzwerken, oder die Frage danach, ob die Selektionsmechanismen zur Generierung von Sichtbarkeit und Prestige in europäisierten Online- und Offline-Kommunikationsnetzwerken kongruent sind bzw. wo sich diese Mechanismen unterscheiden. Schließlich wäre es in einem größeren Untersuchungszusammenhang von Interesse, ob es bei den Chancen politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure, innerhalb digitaler europäischer Öffentlichkeiten Sichtbarkeit zu erlangen, in den letzten Jahren auf diachroner Ebene Veränderungen gegeben hat, die sich gegebenenfalls mit

kommunikationstechnologischen Fortschritten in Zusammenhang bringen lassen. Hierzu allerdings bedarf es sehr aufwendiger Längsschnittuntersuchungen.

Als letzter Punkt im Rahmen der Möglichkeiten von Netzwerkanalysen zur Untersuchung digitaler europäischer Öffentlichkeit soll hier noch kurz auf weitere Eigenschaften von Netzwerken eingegangen werden, die in der hiesigen Untersuchung vernachlässigt wurden, die aber für die Frage nach der Europäisierung von Kommunikationsprozessen im Web durchaus aussagekräftig sein können. Hierbei handelt es sich maßgeblich um Kriterien zur Beurteilung der Qualität von Netzwerken, die Anja Ebersbach in Anlehnung an Barry Wellman aufgestellt hat (vgl. Ebersbach 2011). Zwei von diesen Kriterien sollen hier exemplarisch aufgegriffen werden: So ließen sich digitale Kommunikationsnetzwerke, wie diejenigen der hier untersuchten Weblog-Kommunikation etwa nach ihrer *Netzwerk-Dichte* analysieren. Die Dichte besagt in diesem Zusammenhang, wie oft die einzelnen Mitglieder solcher Netzwerke miteinander in Kontakt treten (vgl. ebd.: 198) – ein Untersuchungskriterium, das in der hiesigen Untersuchung nicht zur Geltung kam, das aber, wiederum im Rahmen einer Längsschnittanalyse, Auskunft etwa darüber geben kann, ob digitale Kommunikationsnetzwerke ihre Beschaffenheit abhängig von gesellschaftlichen oder politischen Kontexten ändern. So wäre etwa zu untersuchen, ob es in zeitlicher Nähe zu spezifischen politischen Integrationsschritten oder -krisen in der Europäischen Union zu einer Erhöhung der Dichte einzelner europäisierter Kommunikationsnetzwerke kommt. Ein solcher Nachweis wiederum, könnte er denn erbracht werden, ließe auch Rückschlüsse auf die normative Funktion von digitaler europäischer Öffentlichkeit zu, politische Prozesse auf europäischer Ebene kritisch zu begleiten oder ihnen gegebenenfalls sogar Input-Legitimation zu verleihen.

Ein weiteres, von Ebersbach genanntes Kriterium ist die *soziale Kontrolle* innerhalb von Netzwerken (vgl. ebd.: 199). Von sozialer Kontrolle lässt sich dann sprechen, wenn Mitglieder eines Kommunikationsnetzwerkes in der Lage sind, „das Verhalten und die sozialen Beziehungen anderer zu beeinflussen“ (ebd.). Damit kann auch dieser netzwerktheoretischen Größe im europäischen Zusammenhang durchaus Relevanz zukommen. Es ließen sich mit einer entsprechend angelegten empirischen Untersuchung etwa hierarchische Strukturen innerhalb von transnationalen Kommunikationsnetzwerken aufdecken und dahingehend untersuchen, ob und inwiefern diese Strukturen in einen territorialen Zusammenhang zu stellen sind. So ließe sich etwa auf Basis der hier vorgelegten Untersuchung vermuten, dass Kommunikationsteilnehmer aus großen, zentraleuropäischen Ländern tendenziell eher dazu in der Lage sind, soziale Kontrolle auszuüben: ganz einfach deshalb, weil ihnen in europäischen Kommunikationsnetzwerken

in der Regel eine höhere Sichtbarkeit und damit eine größere kommunikative Autorität zukommt. Sie sind – um es mit den Vokabeln der Hyperlink-Analyse auszudrücken – verstärkt dazu in der Lage, den Stellenwert von *hubs* zu erlangen, an die sich kleinere Knoten kommunikativ anbinden möchten.

Die Netzwerktheorie im Allgemeinen und die *Hyperlink Network Analysis* im Speziellen bieten also weit über den empirischen Rahmen dieser Arbeit hinaus eine Reihe von Untersuchungsmöglichkeiten, mit denen sich digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa nachweisen und quantitativ wie qualitativ charakterisieren lässt. Das gilt freilich nicht nur für das Kommunikationsformat der Weblogs. Das in der vorliegenden Arbeit etablierte Konstrukt kann vielmehr als theoretische Basis der Untersuchung unterschiedlichster Kommunikationsformate im Web 2.0 dienen. So wären anhand der eben dargelegten wie auch anhand weiterer Kriterien auch Untersuchungen der Europäisierung von Kommunikationsprozessen innerhalb von Social Networks wie *Facebook* oder *Twitter* (um hier nur die beiden bekanntesten zu nennen) denkbar. Weil das hier erarbeitete Konzept digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa ein auf dezentrale und pluralistische Kommunikationsstrukturen ausgerichtetes Konzept ist, das temporäre und *issue*-bezogene transnationale Öffentlichkeiten an zentraler Stelle miteinschließt, wären sowohl auf *Facebook* als auch auf *Twitter* eine Vielzahl an europäisierten Kommunikationsnetzwerken denkbar, die sich sowohl um Themen als auch um Institutionen oder Personen im europäischen Kontext herum bilden können. So hat etwa das Europäische Parlament – um nur ein Beispiel zu nennen – gegenwärtig fast 900.000 Anhänger auf *Facebook* und über 28.000 Follower auf *Twitter* (Stand: 5.9.2013). Das mag bei einer Gesamtbevölkerung der EU von über 500 Millionen nach einer verschwind geringen Zahl klingen – bedenkt man aber das in dieser Arbeit ausführlich dargelegte virale Organisationsprinzip von digitalen Netzwerken, dann wird das Potenzial zur Ausbildung von Teilöffentlichkeiten, die mit der hier erarbeiteten Theorie erfasst und bewertet werden können, doch sehr deutlich. Im Vergleich zu Weblogs bieten die meisten *Social Networks* aus Forschungsperspektive zudem den Vorteil, dass ihre Mitglieder in der Regel mehr soziodemografische Daten von sich preisgeben als Blogger und erst Recht mehr als kommentierende Blog-Leser. Dieses Faktum eröffnet auch der sozialwissenschaftlichen Untersuchung von Europäisierung in solchen Netzwerken ein großes Feld.

Darüber hinaus kann mit Jan Schmidt (2009: 58) an dieser Stelle konstatiert werden, dass im Rahmen des medientechnologischen Fortschritts in Zukunft wohl „noch leistungsfähigere Werkzeuge entwickelt werden, um das Informationsmanagement

einerseits weiter zu personalisieren“ und die Möglichkeiten digitaler Kommunikation „andererseits mit Hilfe von semantischen Analysen und kollaborativen Filtern noch stärker an den geteilten thematischen oder lebensweltlichen Interessen von Gruppen auszurichten.“ Der Vorteil des hier entwickelten Begriffs digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa besteht in diesem Zusammenhang darin, dass er die dabei weiterhin entstehenden Wechselwirkungen zwischen sozialen Entwicklungen, kommunikationssoziologischen Praktiken und informations- und kommunikationstechnologischen Fortschritten nicht nur abbilden kann, sondern gerade sein normatives Öffentlichkeitsverständnis aus diesen Wechselwirkungen bezieht, wie in der vorliegenden Arbeit am Beispiel der Netzwerkgesellschaft und der *mass self-communication* dargelegt wurde.

Es soll an dieser Stelle noch ein weiteres Forschungsdesiderat der vorliegenden Arbeit angesprochen werden, das die Ebene der Netzwerkanalyse im engeren Sinn verlässt und bei der Betrachtung digitaler Kommunikationsnetzwerke einen stärker normativ und diskurstheoretisch orientierten Schwerpunkt setzt. So ließe sich besonders im Bereich der digitalen Kommunikation zwischen europäischen Institutionen oder Politikern auf der einen Seite und Akteuren aus der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite ein diskursanalytisches Untersuchungsdesign vorstellen, welches stärker auf jene normative Komponente des Habermas'schen Öffentlichkeitsbegriffs rekurriert, wie sie bereits in Kapitel 3.1.2. gestreift wurde: gemeint ist hier die primär verfahrensorientierte Legitimation medial vermittelter Öffentlichkeit im Kontext der deliberativen Demokratietheorie. Wenn europäisierte Kommunikationsprozesse innerhalb digitaler Netzwerk-Öffentlichkeiten in vergleichsweise hohem Maße jenen diskurstheoretischen Normen¹⁴⁵ entsprechen sollten, die bei Habermas im Begriff der „kommunikativen Rationalität“ (Habermas 1987: 28) gespiegelt werden, und die letztendlich – bezogen auf ihre Wirkung auf politische Entscheidungsprozesse – so etwas wie „kommunikativ erzeugte Macht“ (Habermas 1992b: 415) generieren können, dann ließe sich, sofern man der deliberativen Demokratietheorie Habermas'scher Prägung¹⁴⁶ folgt, eine diskurstheoretische Beurteilung der Input-Funktion solcher Öffentlichkeiten treffen. Das Potenzial zur Wahrnehmung solcher Input-Funktionen wird digital vernetzten europäischen Kommunikationsprozessen zwar selbst von Vertretern der deliberativen Demokratietheorie noch weitgehend abgesprochen, weil

¹⁴⁵ Für die Herleitung und Aufzählung dieser Normen siehe vor allem: Habermas 1987: 28ff. Darüber hinaus hat Steffen Albrecht (2010: 59) diese Normen für digitale Netzwerkkommunikation spezifiziert.

¹⁴⁶ Siehe hierfür vor allem: Habermas 1992a, 1992b.

digitale Öffentlichkeiten auf europäischer Ebene gegenwärtig nicht in ausreichendem Maße in institutionelle politische Kontexte eingebettet sind und somit keinen Handlungsdruck erzeugen können (vgl. etwa Bohman 2004: 56); das strukturelle Potenzial für eine zumindest konsultative und in jedem Fall verfahrensgesteuerte Einbindung von Bürgern in Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene, so viel kann vor dem Hintergrund der hiesigen Arbeit festgehalten werden, besitzen die Mechanismen digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa aber allemal. Unter dem Stichpunkt *E-Government* tun sich hier zukünftig vor allem für die Politikwissenschaft Forschungsperspektiven auf, die nicht allein, aber an zentraler Stelle auf ein Konzept digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa zurückgreifen können.

Abschließend soll auf ein stärker soziologisch orientiertes Forschungsdesiderat hingewiesen werden, welches auf der Existenz europäisierter Kommunikationsnetzwerke im Web aufbaut und diese Netzwerke nach gruppensoziologischen Gesichtspunkten klassifiziert. Seit Howard Rheingold 1993 sein Buch *The Virtual Community* publiziert hat, ist die Frage nach einem für den virtuellen Raum digitaler Netzwerkkommunikation adäquaten Gemeinschafts-Begriff ausführlich diskutiert worden. Für Rheingold sind virtuelle Gemeinschaften „soziale Zusammenschlüsse, die dann im Netz entstehen, wenn genug Leute diese öffentlichen Diskussionen lange genug führen und dabei ihre Gefühle einbringen, sodass im Cyberspace ein Geflecht persönlicher Beziehungen entsteht“ (Rheingold 1994: 16). Vertreter des tradierten soziologischen Gemeinschaftskonzepts von Ferdinand Tönnies haben dagegen immer wieder argumentiert, dass es sich bei internetbasierten Sozialräumen *per definitionem* nicht um Gemeinschaften handeln könne, weil ein instrumentelles Themeninteresse hier als zentraler Faktor für das Eintreten in eine Kommunikationsgruppe anzusehen ist, während das Konzept der Gemeinschaft bei Tönnies „insbesondere mit nichtvoluntaristischen Bezügen verbunden“ (Stegbauer 2001: 69) bliebe: Es unterliegt nicht der Entscheidung des Einzelnen, einer Gemeinschaft beizutreten oder sie zu verlassen (vgl. ebd.: 69). Das Ergebnis dieser Interpretationsrichtung: „Praktisch kein einziger internetbasierter Kommunikationsraum lässt sich als Gemeinschaft bezeichnen. [...] Würde aber ein Zustand, der mit ‚Vergemeinschaftung‘ bezeichnet werden könnte, erreicht, ergäbe sich ein Problem bezüglich der Offenheit des internetbasierten Sozialraums“ (ebd.: 71).

Dagegen tut sich ein eher an Georg Simmel orientierter Begriff sozialen Zusammenlebens weniger schwer damit, gruppensoziologische Prämissen auf die digitale Sphäre zu übertragen (vgl. etwa Rainie/Wellman 2012: 43). Festhalten lässt sich an dieser Stelle, dass

die zunehmende, medientechnologisch wie auch makrosoziologisch erklärbare Transnationalisierung virtueller Kommunikationsgruppen in der Diskussion um einen adäquaten Gemeinschaftsbegriff bislang zu wenig Berücksichtigung findet. Besonders im Kontext von Europäisierung aber hat diese Diskussion bereits jenseits der virtuellen Ebene – nämlich in Form der Debatte um die Existenz bzw. die Möglichkeiten zur Existenz eines europäischen *Demos* – intensiv stattgefunden und sie ist auf virtueller Ebene weiterzuführen. Zwar sollte ein wie auch immer gearteter Begriff virtueller europäischer Gemeinschaft – auch das ist in der vorliegenden Arbeit deutlich geworden – pluralistischer Natur sein und den Anspruch auf universelle Inklusivität, wie er im Begriff des *Demos* mitschwingt, von vornherein abstreifen; das macht die soziologische Beschäftigung mit einem Gemeinschaftsbegriff, der sowohl eine digitale Kommunikationsumwelt, wie auch einen transnationalen Charakter dieser Umwelt berücksichtigt, jedoch nicht weniger interessant. Auch hier kann der in dieser Dissertation erarbeitete Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa zumindest auf struktureller Ebene eine Grundlage bilden.

Als Anregung dazu soll mit einem Zitat Manuel Castells' geschlossen werden, welches in hohem Maße auch auf das Phänomen europäischer Öffentlichkeit, wie es in der vorliegenden Arbeit verstanden wurde, projiziert werden kann:

„Sind also am Ende virtuelle Gemeinschaften wirkliche Gemeinschaften? Ja und Nein. Sie sind Gemeinschaften, aber keine physischen, und sie folgen nicht denselben Mustern von Kommunikation und Interaktion wie physische Gemeinschaften. Aber sie sind nicht ‚unwirklich‘, sie funktionieren vielmehr auf einer anderen Wirklichkeitsebene. Sie sind interpersonelle Sozialnetzwerke, die zumeist auf schwachen Verbindungen beruhen, hochgradig diversifiziert und spezialisiert sind, es aber immer noch schaffen durch die Dynamik anhaltender Interaktion Gegenseitigkeit und Unterstützung hervorzubringen“ (Castells 2001: 410).

11. Literaturverzeichnis

- Abold, Roland (2006): The Audience is listening. Nutzung und Akzeptanz von Weblogs im Bundestagswahlkampf 2005. In: Kommunikation@Gesellschaft 7: ohne Seitenangaben.
- Abromeit, Heidrun (2003): Möglichkeiten und Ausgestaltung einer europäischen Demokratie. In: Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trenz, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske + Budrich, 31-54.
- Adam, Silke (2007): Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Adam, Silke (2008): Medieninhalte aus der Netzwerkperspektive. Neue Erkenntnisse durch die Kombination von Inhalts- und Netzwerkanalyse. In: Publizistik 2: 180-199.
- Adam, Silke, Pfetsch, Barbara (2009): Europa als Konflikt in nationalen Medien - Zur Politisierung der Positionen in der Integrationsdebatte. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 559-584.
- Adamic, Linda A., Huberman, Bernardo A. (2000): Power-Law Distribution of the World Wide Web. In: Science: 2115.
- Adamic, Lada (2008): The Social Hyperlink. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 227-249.
- Ahrens, Daniela (2003): Die Ausbildung hybrider Raumstrukturen am Beispiel technosozialer Zusatzräume. In: Funken, Christiane, Löw, Martina (Hg.), Raum - Zeit - Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien, Opladen: Leske + Budrich, 173-190.
- Albrecht, Steffen (2008): Netzwerke und Kommunikation. Zum Verhältnis zweier sozialwissenschaftlicher Paradigmen . In: Stegbauer, Christian (Hg.), Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 165-178.
- Albrecht, Steffen (2010): Reflexionsspiele. Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Altides, Christina (2008): Auf der Suche nach einer reformierten Kommunikationspolitik. Europäische Kommission und Europäisches Parlament zwischen institutionellen Strukturbedingungen und Eigenverantwortung. . In: Ulrich, Sarcinelli, Tenscher, Jens (Hg.), Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation, Köln: Herbert von Halem Verlag, 123-147.
- Altmeppen, Klaus-Dieter, Karmasin, Matthias, von Rimscha, M. Björn (2012): Die Ökonomie grenzüberschreitender Medienkommunikation. Ein Beitrag zum Verhältnis von Marktstrukturen und Medienmanagement in transnationaler Perspektive. In: Wessler, Hartmut, Awerbeck-Lietz, Stefanie (Hg.), Grenzüberschreitende Medienkommunikation, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 40-58.
- Altwater, Elmar (2010): Der große Krach. Oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur. Münster: Verlag westfälisches Dampfboot.
- Ammon, Ulrich, Mattheier, Klaus J., Nelde, Peter H. (Hg.) (1995): Europäische Identität und

- Sprachenvielfalt, o.O.: Niemeyer Max Verlag.
- Arendt, Hannah (1974): *Über die Revolution*. München: Piper.
- Asbach, Olaf (2005): *Staat und Politik zwischen Absolutismus und Aufklärung. Der Abbé de Saint-Pierre und die Herausbildung der französischen Aufklärung bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts*. Hildesheim u.a.: Georg Olms Verlag.
- Aydin, Esra, et al. (2008): *Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation*. Berlin: LIT Verlag.
- Bach, Maurizio (1999): *Die Bürokratisierung Europas. Verwaltungseliten, Experten und politische Legitimation in Europa*. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Bach, Maurizio (Hg.) (2000): *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bach, Maurizio (2008): *Europa ohne Gesellschaft. Politische Soziologie der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bach, Maurizio (Hg.) (2013): *Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?* Baden-Baden: Nomos.
- Baerns, Barbara, Raupp, Juliana (2000a): *Defizite der Forschung und Öffentlichkeitsdefizite in Europa*. In: dies. (Hg.), *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*, Berlin: Vistas Verlag, 39-60.
- Baerns, Barbara, Raupp, Juliana (Hg.) (2000b): *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*. Berlin: Vistas Verlag.
- Baisnée, Olivier (2007): *The European Public Sphere does not exist (At least it's worth wondering...)*. In: *European Journal of Communication* 4: 493-503.
- Bar-Ilan, Judit (2005): *Information Hub Blogs*. In: *Journal of Information Science* 4: 297-307.
- Barabási, Albert-László, Albert, Reka (1999): *Emergence of Scaling in Random Networks*. In: *Science*: 509.
- Barabási, Albert-László (2003): *Linked. How everything is connected to everything else and what it means for Business, Science, and everyday Live*. New York: Plume.
- Barabási, Albert-László (2004): *Skalenfreie Netze*. In: Bieber, Christoph, Leggewie, Claus (Hg.), *Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff*, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 15-27.
- Baringhorst, Sigrid (2009a): *Politischer Konsumerismus im Netz - Chancen und Probleme demokratischer Protestpolitik*. In: Bieber, Christoph, Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.), *Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht*, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 179-202.
- Baringhorst, Sigrid (2009b): *Politischer Protest im Netz - Möglichkeiten und Grenzen der Mobilisierung transnationaler Öffentlichkeit im Zeichen digitaler Kommunikation*. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), *Politik in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 609-634.
- Barlow, Aaron (2007a): *Blogging America. The new Public Sphere*. London: Praeger.
- Barlow, Aaron (2007b): *The Rise of the Blogosphere*. London: Praeger.
- Barlow, Aaron, Leston, Robert (2012): *Beyond the Blogosphere. Information and its Children*. London: Praeger.
- Barney, Darin (2000): *Prometheus Wired. The Hope for Democracy in the Age of Network Technology*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Beck, Klaus (2003): *Neue Medien - neue Theorien? Klassische Kommunikations- und Medienkonzepte im Umbruch*. In: Löffelholz, Martin, Quandt, Thorsten (Hg.), *Die*

- neue Kommunikationswissenschaft. Theorien, Themen und Berufsfelder im Internet-Zeitalter - eine Einführung, Opladen: Westdeutscher Verlag, 71-87.
- Beck, Klaus (2005): Computervermittelte Kommunikation im Internet. München/Wien: Oldenbourg.
- Beck, Klaus (2008): Neue Medien - alte Probleme? Blogs aus medien- und kommunikationstheoretischer Sicht. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum, Köln: Herbert von Halem Verlag, 62-77.
- Beck, Klaus (2010a): Ethik der Online-Kommunikation. In: Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 130-155.
- Beck, Klaus (2010b): Soziologie der Onlinekommunikation. In: Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-35.
- Beck, Ulrich (1983): Jenseits von Stand und Klasse? Soziale Ungleichheiten, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten. In: Kreckel, Reinhard (Hg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz, 35-74.
- Beck, Ulrich, Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1994): Riskante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1995): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in einer andere Moderne. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Giddens, Anthony, Lash, Scott (Hg.), Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 19-112.
- Beck, Ulrich, Giddens, Anthony, Lash, Scott (1996): Reflexive Modernisierung: Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (2003): No sense of place? Das Internet und der Wandel von Kommunikationsräumen. In: Funken, Christiane, Löw, Martina (Hg.), Raum - Zeit - Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien, Opladen: Leske + Budrich, 119-137.
- Beck, Ulrich, Grande, Edgar (2007): Das kosmopolitische Europa. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Beckert, Jens, Streeck, Wolfgang (2012): Die Fiskalkrise und die Einheit Europas. In: APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte 4: 7-17.
- Bee, Christiano, Bello, Valeria (2009): A European Model of the Public Sphere: Towards a networked governance model. In: Harrison, Jackie, Wessels, Bridgette (Hg.), Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere, o.O.: Berghahn Books, 128-149.
- Bee, Christiano, Bozzini, Emanuela (Hg.) (2010): Mapping the European Public Sphere. Institutions, Media and Civil Society. Farnham: Ashgate.
- Beer, Raphael (1999): Zwischen Aufklärung und Optimismus. Vernunftbegriff und Gesellschaftstheorie bei Jürgen Habermas. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Beher, Stefan, Hilgert, Christian, Mämecke, Thorben (2012): Netz-Werke. Funktionale Differenzierung, Selbstdarstellung und Beziehungspflege auf Social Networking Platforms. In: Greif, Hajo, Werner, Matthias (Hg.), Vernetzung als soziales und technisches Paradigma, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 289-315.

- Beichelt, Timm (2009): Delegation to the EU: Participation versus Efficiency in German EU-Policy. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 151-164.
- Beiderbeck, Friedrich (2009): Das Heilige Römische Reich als Modell europäischer Koexistenz bei Saint-Pierre und Leibniz. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 47-61.
- Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom. New Haven und London: Yale University Press.
- Bennett, W. Lance, Entman, Robert M. (Hg.) (2010): Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hg.) (2003): Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hg.) (2006): Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft. Wiesbaden: Vs Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berendt, Bettina, Schlegel, Martin, Koch, Robert (2008): Die deutschsprachige Blogosphäre: Reifegrad, Politisierung, Themen und Bezug zu Nachrichtenmedien. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik, Köln: Herbert von Halem Verlag, 72-96.
- Bertelli, Dominique, Julia, Jean-Thierry (Hg.) (2006): Démocratie Participative en Europe. Toulouse.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2008): Kommunikationsreform. Drei Perspektiven auf die Zukunft der Regierungskommunikation.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2009): Lernen von Obama. Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik. Gütersloh.
- Bessette, Joseph M. (1980): Deliberative Democracy: The majority Principle in Republican Government. In: Goldwin, Robert A., Schambra, William A. (Hg.), How democratic is the Constitution?, Washington, DC: American Enterprise Institute for Public Policy Research, 102-116.
- Bessette, Joseph M. (1994): The mild Voice of Reason: Deliberative Democracy and American national Government. Chicago: University of Chicago Press.
- Beyer, Andrea, Rolke, Lothar (Hg.) (2013): Deutschland Deine Blogger. Ein persönlicher Report über die Blogosphäre. Mainz: o.A..
- Bieber, Christoph, Leggewie, Claus (Hg.) (2004): Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Bieber, Christoph (2004): Mediendemokratie: Begriffsgeschichte, Entwicklung, Forschungsüberblick. In: Massing, Peter (Hg.), Mediendemokratie: Eine Einführung, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 10-34.
- Bieber, Christoph (2006): Weblogs, Podcasts und die Architektur der Partizipation. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2: 60-67.
- Bieber, Christoph (2009a): Soziale Netzwerke als neue Arena politischer Kommunikation. In: ders., Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.), Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 53-64.
- Bieber, Christoph, Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (2009b): Soziale Netze in der digitalen Welt. In: ders., Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.), Soziale

- Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 11-22.
- Bieber, Christoph, Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.) (2009c): Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Bieber, Christoph (2012): Digitale Freiheiten und Bürgerrechte - Wie politisch wirksam sind Nerds und Blogger?. In: , Digitale Demokratie, Netzfreiheiten, Plebiszitäre Kampagnen: Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft, Berlin: GDA, 17-27.
- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Konturen und Perspektiven einer europäischen Zivilgesellschaft. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), Die kulturelle Integration Europas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 31-50.
- Bieling, Hans-Jürgen (2011): Eine gemeinsame europäische Krisenüberwindungsstrategie - Probleme und Perspektiven. In: Hentges, Gudrun, Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.), Europa - quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 69-92.
- Bimber, Bruce (2003): Information and American Democracy: Technology in the Evolution of Political Power. Cambridge: Cambridge University Press.
- Birk, Johanna (2011): Die EU und ihre Nachbarn - Integrationsmodelle zwischen Nachbarschaftspolitik und Vollmitgliedschaft. In: Hentges, Gudrun, Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.), Europa - quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 43-66.
- Blichner, Lars Chr. (2007): Political integration in Europe and the need for a common political language. In: Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.), The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?, New York: Routledge, 154-168.
- Block, David (2004): Globalization, Transnational Communication and the Internet. In: International Journal on Multicultural Societies 1: 22-37.
- Blühdorn, Ingolfur (2009a): Democracy beyond the Modernist Subject: Complexity and the Late-modern Reconfiguration of Legitimacy. In: ders. (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 17-50.
- Blühdorn, Ingolfur (Hg.) (2009b): In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity. Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers.
- Böning, Holger (1997): Aufklärung und Presse im 18. Jahrhundert. In: Jäger, Hans-Wolf (Hg.), "Öffentlichkeit" im 18. Jahrhundert, Göttingen: Wallstein, 151-163.
- Bohman, James (2004): Expanding Dialogue: The Internet, Public Sphere, and transnational Democracy. In: Shane, Peter M. (Hg.), Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet, New York: Routledge, 47-61.
- Bolz, Norbert (2012): Das Internet als Katalysator für den Wandel von Sprache und Kultur. In: , Digitale Demokratie, Netzfreiheiten, Plebiszitäre Kampagnen: Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft, Berlin: GDA, 29-37.
- Bonacker, Thorsten (1997): Kommunikation zwischen Konsens und Konflikt: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Rationalität bei Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. Oldenburg: BIS-Verlag der Universität Oldenburg.
- Bonfadelli, Heinz (2004): Medienwirkungsforschung II. Anwendungen in Politik, Wirtschaft und Kultur. Konstanz: UVK.
- Bonfadelli, Heinz (2008a): Medien zwischen Seismographie- und Frühwarnfunktion. In: ders., u.a. (Hg.), Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-14.

- Bonfadelli, Heinz, u.a. (Hg.) (2008b): Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böning, Holger, Kutsch, Arnulf, Stöber, Rudolf (Hg.) (2005): Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte, 7. Jg.. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Bornschiefer, Volker, u.a. (Hg.) (1990): Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Bourdieu, Pierre (1990): In other Words. Stanford: Stanford University Press.
- Bräuer, Marco, Seifert, Markus, Wolling, Jens (2008): Politische Kommunikation 2.0 - Grundlagen und empirische Ergebnisse zur Nutzung neuer Partizipationsformen im Internet. In: Zerfuß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik, Köln: Herbert von Halem Verlag, 188-209.
- Brantner, Cornelia, Langenbucher, Wolfgang R. (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel: Herausforderungen für die Kommunikationswissenschaft. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 402-415.
- Breslow, Harris (1997): Civil Society, Political Economy and the Internet. In: Jones, Steve (Hg.), Virtual Culture: Identity and Communication in Cybersociety, London: Sage, 236-257.
- Brettschneider, Frank, Rettich, Markus (2006): Europe: A Lack of Democracy or a Lack of Information?. In: Marcinkowski, Frank, Meier, Werner A., Trappel, Josef (Hg.), Media and Democracy. Experiences from Europe, Bern: Haupt Verlag, 141-159.
- Broers, Michael (Hg.) (2012): The Napoleonic empire and the new European political culture, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Brüggemann, Michael, Sifft, Stefanie, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Peters, Bernhard, Wimmel, Andreas (2006): Segmentierte Europäisierung - Trends und Muster der Transnationalisierung von Öffentlichkeiten in Europa. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 214-231.
- Brüggemann, Michael, Schulz-Forberg, Hagen (2009): Becoming pan-European? Transnational media and the European public sphere. In: the International Communication Gazette 8: 693-712.
- Brüggemann, Michael, Hepp, Andreas, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Wessler, Hartmut (2009): Transnationale Öffentlichkeit in Europa: Forschungsstand und Perspektiven. In: Publizistik: 391-414.
- Brunn, Gerhard (2009): Die Europäische Einigung von 1945 bis heute. Stuttgart: Reclam.
- Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart (Hg.) (1993): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.4. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Bruns, Axel (2008a): Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond. From Production to Produsage. New York: Peter Lang.
- Bruns, Axel (2008b): Life beyond the public sphere: Towards a networked model for political deliberation. In: Information Polity: 71-85.
- Bruns, Axel (2009): Produktion. Von medialer zu politischer Partizipation . In: Bieber, Christoph, Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.), Soziale Netze in der

- digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 65-85.
- Bucher, Hans-Jürgen (2004): Online-Interaktivität - Ein hybrider Begriff für eine hybride Kommunikationsform . In: Bieber, Christoph, Leggewie, Claus (Hg.), Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 132-167.
- Bucher, Hans-Jürgen (2005): Macht das Internet uns zu Weltbürgern? Globale Online-Diskurse: Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Netzwerk-Kommunikation. In: Fraas, Claudia, Klemm, Michael (Hg.), Mediendiskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Frankfurt a.M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften, 187-218.
- Bucher, Hans-Jürgen, Erlhofer, Sebastian, Kallass, Kerstin, Liebert, Wolf-Andreas (2008): Netzwerkkommunikation und Internet-Diskurse: Grundlagen eines netzwerkorientierten Kommunikationsbegriffs. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum, Köln: Herbert von Halem Verlag, 41-61.
- Buchstein, Hubertus (1996): Bittere Bytes: Cyberbürger und Demokratietheorie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie: 583-607.
- Buchstein, Hubertus (2006): Jürgen Habermas. In: Massing, Peter (Hg.), Demokratietheorien: Von der Antike bis zur Gegenwart, Bonn: Wochenschau Verlag, 253-261.
- Buck, August (Hg.) (1992): Der Europa-Gedanke. Tübingen: Niemeyer.
- Bundesverfassungsgericht (2009): 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009 ("Lissabon-Urteil").
- Burkart, Roland (2003): Kommunikationstheorien. In: Bentele , Günter, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hg.), Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. , Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 169-192.
- Bursens, Peter (2009): The Legitimacy of EU Decision-Making: Theory and Practice of the Open Method of Co-ordination and the European Employment Strategy. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 165-182.
- Busch, Klaus (1996): Spill-over-Dynamik und Spill-back-Potenzial in der europäischen Währungsintegration - ein Beitrag zur Integrationstheorie. In: Jachtenfuchs, Markus, Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen : Leske + Budrich, 281-311.
- Busch, Klaus, Flore, Manfred, Kohl, Heribert, Schlattermund, Heiko (Hg.) (2011): Europa in sozialer Schieflage. Sozialpolitische Vorschläge in Zeiten der Krise. Hamburg: VSA Verlag.
- Busemann, Katrin (2013): Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. Wer nutzt was im Social Web?. In: Media Perspektiven 7/8: 391-399.
- Bussemer, Thymian (2008): Propaganda: Konzepte und Theorien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Calhoun, Craig (Hg.) (1992): Habermas and the Public Sphere. Cambridge/London: M.I.T. Press.
- Cardoso, Gustavo (2008): From Mass to Networked Communication: Communicational Models and the Informational Society . In: International Journal of Communication: 587-630.
- Carey, James W. (2005): Historical Pragmatism and the Internet. In: New Media & Society 4: 443-455.

- Castells, Manuel (1994): Space of Flows - Raum der Ströme. Eine Theorie des Raumes in der Informationsgesellschaft. In: Noller, Peter, Prigge, Walter, Ronneberger, Klaus (Hg.), Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 120-134.
- Castells, Manuel (2000): Materials for an Exploratory Theory of the Network Society. In: British Journal of Sociology 1: 5-24.
- Castells, Manuel (2001): Das Informationszeitalter. Teil 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen : Leske + Budrich.
- Castells, Manuel (2003): Das Informationszeitalter. Teil 3: Jahrtausendwende . Opladen : Leske + Budrich.
- Castells, Manuel (2005): Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft. o.O.: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Castells, Manuel (2007): Communication, Power and counter-power in the network Society . In: International Journal of Communication: 238-266.
- Castells, Manuel (2008): The New Public Sphere: Global Civil Society, Communication Networks, and Global Governance. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 616: 78-91.
- Castells, Manuel (2009): Communication Power. Oxford: Oxford University Press.
- Chau, Michael, Xu, Jennifer (2008): Using Web Mining and Social Network Analysis to study the Emergence of Cyber Communities in Blogs. In: Integrated Series in Informations Systems: 473-494.
- Chin, Alvin, Chignell, Mark (2007): Identifying communities in blogs: roles for social network analysis and survey instruments. In: Int. J. Web based Communities 3: 345-363.
- Christov, Theodore (2009): The Federal Idea of Europe: Eighteenth Century Debates. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 63-79.
- Coenen, Christopher (2005): Weblogs als Mittel der Kommunikation zwischen Politik und Bürgern - Neue Chancen für E-Demokratie?. In: Kommunikation@Gesellschaft.
- Coester, Christiane (2009): Der Europagedanke in Voltaires Essai sur les Moeurs. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 97-110.
- Coleman, Stephen, Wright, Scott (2008): Political Blogs and representative Democracy. In: Information Polity 1: 1-6.
- Coleman, Stephen, Blumler, Jay G. (2009): The Internet and Democratic Citizenship. Theory, Practice and Policy. Cambridge: Cambridge University Press.
- Conti, Luisa (2010): Vom interkulturellen zum transkulturellen Dialog: Ein Perspektivenwechsel. In: Hühn, Melanie, u.a. (Hg.), Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen, Berlin: Lit Verlag, 173-189.
- Conzelmann, Thomas (2010): Neofunktionalismus. In: Schieder, Siegfried, Spindler, Manuela (Hg.), Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen : Verlag Barbara Budrich, 157-186.
- Corcoran, Farrel, Fahy, Declan (2009): Exploring the European Elite Sphere. The Role of the "Financial Times". In: Journalism Studies 1: 100-113.
- Coudenhove-Kalergi, Richard N. (1924): Pan-Europa. Wien: Pan-Europa-Verlag.
- Creifelds, Carl (1986): Rechtswörterbuch. München: C. H. Beck.
- Crouch, Colin (2005): Post-democracy. Cambridge: Polity Press.

- Dahinden, Urs (2000): Demokratisierung dank Internet? Zum Austauschverhältnis zwischen neuen elektronischen und massenmedialen Öffentlichkeiten. In: Jarren, Otfried (Hg.), *Zerfall der Öffentlichkeit?*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 240-254.
- Dahl, Robert A. (1985): *A Preface to Economic Democracy*. Berkeley: University of California Press.
- Dahl, Robert A. (1994): A Democratic Dilemma: System Effectiveness versus Citizen Participation. In: *Political Science Quarterly* 1: 23-34.
- Dahlberg, Lincoln (2001): Computer-mediated Communication and the Public Sphere: A Critical Analysis. In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 1.
- Dahlberg, Lincoln (2007): The Internet, Deliberative Democracy, and Power: Radicalizing the Public Sphere. In: *International Journal of Media and Cultural Politics* 1: 47-64.
- Dahlgreen, Peter (2010): The Public Sphere and the Net: Structure, Space, and Communication . In: Bennett, W. Lance, Entman, Robert M. (Hg.), *Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy*, Cambridge: Cambridge University Press, 33-55.
- Dahrendorf, Ralf (1969): Aktive und passive Öffentlichkeit. Über Teilnahme und Initiative im politischen Prozess moderner Gesellschaften. In: Löffler, Martin (Hg.), *Das Publikum*, München: C. H. Beck, 1-12.
- Dai, Xiudian, Norton, Philip (2008a): Parliamentary Democracy Online: Lessons from Europe. In: dies. (Hg.), *The Internet and Parliamentary Democracy in Europe. A comparative Study of the Ethics of Political Communication in the Digital Age*, London and New York: Routledge, 136-141.
- Dai, Xiudian (2008b): Prospects and Concerns of e-Democracy at the European Parliament . In: ders., Norton, Philip (Hg.), *The Internet and Parliamentary Democracy in Europe. A comparative Study of the Ethics of Political Communication in the Digital Age*, London and New York: Routledge, 29-46.
- Dai, Xiudian, Norton, Philip (Hg.) (2008c): *The Internet and Parliamentary Democracy in Europe. A comparative Study of the Ethics of Political Communication in the Digital Age*. London and New York: Routledge.
- de Beus, Jos (2010): The European Union and the Public Sphere: Conceptual Issues, Political Tensions, Moral Concerns, and Empirical Questions. In: Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 13-33.
- de Vreese, Claes H., Boomgaarden, Hajo G. (2006): Media Effects on public Opinion about the Enlargement of the European Union. In: *Journal of Common Market Studies*: 419-436.
- de Vreese, Claes, Schmitt, Hermann (Hg.) (2007): *A European Public Sphere. How much of it do we have, and how much do we need?*. Mannheim.
- de Zúniga, Homero Gil (2009): Weblogs, traditional sources online and political participation: an assessment of how the internet is changing the political environment. In: *New Media & Society* 4: 553-574.
- della Porte, Donatella (2007): The Europeanization of Protest: A Typology and Empirical Evidence. In: Kohler-Koch, Beate, Rittberger, Berthold (Hg.), *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers, 189-208.
- Delli Carpini, Michael X. (2004): Mediating Democratic Engagement: The Impact of Communications on Citizens' Involvement in Political and Civic Life. In: Kaid, Lynda Lee, *Handbook of political Communication Research*, Mahawa: Lawrence Erlbaum Associates, 395-434.

- Delli Carpini, Michael X., Williams, Bruce A. (2010): Let Us Infotain You: Politics in the New Media Environment. In: Bennett, W. Lance, Entman, Robert M. (Hg.), Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy, Cambridge: Cambridge University Press, 160-181.
- Delschen, Karl Heinrich, Gieraths, Jochem (Hg.) (2009): Europa - Krise und Selbstverständigung. Kommentierte Schlüsseltexte aus dem philosophischen Feld von Nietzsche, Simmel, Heidegger, Gadamer, Derrida, Habermas u.a.. Berlin: Lit Verlag.
- Derrida, Jacques, Habermas, Jürgen (31.05.2003): Unsere Erneuerung - Nach dem Krieg: Die Weidergeburt Europas. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung: 33f..
- Deutsch, Karl W. (1969): Nationalism and social Communication. Cambridge: M.I.T. Press.
- Dewey, John (2001): Die Öffentlichkeit und ihre Probleme. Berlin/Wien: Philo Verlagsgesellschaft.
- Diekmann, Andreas (5. Aufl. 2011): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Diermann, Melanie (2011): Regierungskommunikation in modernen Staaten . VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Diéz Medrano, Juan, Gray, Emely (2010): Framing the European Union in National Public Spheres. In: Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.), The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention, Cambridge: Cambridge University Press, 195-219.
- Döring, Nicola (2010): Sozialkontakte online: Identitäten, Beziehungen, Gemeinschaften. In: Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159-183.
- Donges, Patrick (2000): Technische Möglichkeiten und soziale Schranken elektronischer Öffentlichkeit: Positionen zur elektronischen Öffentlichkeit und ihr Bezug zu Öffentlichkeitsmodellen. In: Jarren, Otfried (Hg.), Zerfall der Öffentlichkeit? , Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 255-265.
- Dopita, Miroslav (2008): Transnationale Identität. In: Stiftung Haus der action (Hg.), Europäische Identität - Grundlagen, Nationen, Kulturen, Bildung, Frankfurt a.M.: Verlag der action, 83-90.
- Dowe, Christoph (2009): Neue Medien als Ressource strategischen Regierens . In: (Hg.), Lernen von Obama. Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik, Gütersloh, 45-82.
- Drezner, Daniel W., Farrell, Henry (2008): The Power and Politics of Blogs. In: Public Choice: 15-30.
- Duchhardt, Heinz (1992): Europa-Bewusstsein und politisches Europa - Entwicklungen und Ansätze am Beispiel des Deutschen Reiches. In: Buck, August (Hg.), Der Europa-Gedanke, Tübingen: Niemeyer, 120-131.
- Ebersbach, Anja, Glaser, Markus, Heigl, Richard (2011): Social Web. Konstanz: UVK.
- Eder, Klaus, Hellmann, Kai-Uwe, Trenz, Hans-Jörg (1998): Regieren in Europa jenseits öffentlicher Legitimation? Eine Untersuchung zur Rolle von politischer Öffentlichkeit in Europa. In: Kohler-Koch, Beate (Hg.), Regieren in entgrenzten Räumen, Opladen: Westdeutscher Verlag, 321-344.
- Eder, Klaus, Kantner, Cathleen (2000): Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit. In: Bach, Maurizio (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 306-331.
- Eder, Klaus (2000): Zur Transformation nationalstaatlicher Öffentlichkeit. Von der

- Sprachgemeinschaft zur issuespezifischen Kommunikationsgemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 2: 167-184.
- Eder, Klaus (2002): Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial 5/6: 79-88.
- Eder, Klaus (2004): Europäische Öffentlichkeit und multiple Identitäten - das Ende des Volksbegriffs?. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 61-80.
- Eder, Klaus (2007a): Europa als besonderer Kommunikationsraum. Zur Frage der sozialen Integration einer kulturell heterogenen Gemeinschaft. In: Berliner Journal für Soziologie 1: 33-50.
- Eder, Klaus (2007b): The public sphere and European democracy: mechanisms of democratisation in the transnational situation. In: Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.), The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?, New York: Routledge, 44-64.
- Eder, Klaus, Trenz, Hans-Lörg (2007): Prerequisites of Transnational Democracy and Mechanisms for Sustaining it: The Case of the European Union. In: Kohler-Koch, Beate, Rittberger, Berthold (Hg.), Debating the Democratic Legitimacy of the European Union, Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers, 165-181.
- Efler, Michael, Häfner, Gerald, Huber, Roman, Vogel, Percy (2009): Europa: Nicht ohne uns!. Hamburg: VSA Verlag.
- Eggel, Dominic (2009): Schiller: conceptualizing Europe at the threshold of modernity. In: ders., Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 125-142.
- Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.) (2009a): Europavorstellungen im 18. Jahrhundert. o.O.: Wehrhahn Verlag.
- Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (2009b): Zur Europaidee im 18. Jahrhundert. In: ders., Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 7-16.
- Egloff, Daniel (2002): Digitale Dmokratie: Mythos oder Realität? Auf den Spuren der demokratischen Aspekte des Internets und der Computerkultur. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Eigner, Christian, Leitner, Helmut, Nausner, Peter, Schneider, Ursula (Hg.) (2003a): Online-Communities, Weblogs und die soziale Rückeroberung des Netzes. Graz: Nausner & Nausner.
- Eigner, Christian (2003b): Wenn die Medien zu oszillieren beginnen: (Dann macht es) BLOG!. In: ders., Leitner, Helmut, Nausner, Peter, Schneider, Ursula (Hg.), Online-Communities, Weblogs und die soziale Rückeroberung des Netzes, Graz: Nausner & Nausner, 115-125.
- Eikmann, Julia (2006): Die Blogosphäre: Teenager auf Selbstfindungskurs neben One-Man-Journalismus. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2: 91-96.
- Eilders, Christiane, Voltmer, Katrin (2003): Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen. In: Medien & Kommunikationswissenschaft 2: 250-270.
- Eilders, Christian, Hasebrink, Uwe, Herzog, Anja (2006): Das aktive Publikum. Institutionalisierung zivilgesellschaftlicher Kontrolle des Fernsehens auf europäischer Ebene. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 330-351.

- Eilders, Christiane, Lichtenstein, Dennis (2010): Diskursive Konstruktionen von Europa. Eine Integration von Öffentlichkeit- und Identitätsforschung. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 2: 190-207.
- Eilders, Christiane, Geißler, Sebastian, Hallermayer, Michael, Noghero, Michael, Schnurr, Jan-Mathis (2010): Zivilgesellschaftliche Konstruktionen politischer Realität. Eine vergleichende Analyse zu Themen und Nachrichtenfaktoren in politischen Weblogs und professionellem Journalismus. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 1: 63-82.
- Elias, Norbert (1987): *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Elitz, Ernst (2008): Zur Eröffnung der *BerlinMediaProfessionalSchool*. In: Siebenhaar, Klaus (Hg.), *Medien im 21. Jahrhundert: Theorie – Technologie – Markt*, Münster, LIT Verlag, 7-13.
- Elter, Andreas (2010): *Bierzelt oder Blog? Politik im digitalen Zeitalter*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Emmer, Martin, Vowe, Gerhard (2004): Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer emoiischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. In: *Politische Vierteljahresschrift* 2: 191-212.
- Emmer, Martin (2005): *Politische Mobilisierung durch das Internet? Eine kommunikationswissenschaftliche Untersuchung zur Wirkung eines neuen Mediums*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Emmer, Martin, Vowe, Gerhard, Wolling, Jens (2010): Ein Medium wird erwachsen: Die Entwicklung der politischen Internetnutzung der Deutschen von 2002 bis 2008. In: Wolling, Jens, Seifert, Markus, Emmer, Martin (Hg.), *Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 87-106.
- Emmer, Martin, Wolling, Jens (2010): Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In: Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.), *Handbuch Online-Kommunikation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 36-58.
- Emmer, Martin, Vowe, Gerhard, Wolling, Jens (2011): *Bürger Online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*. Konstanz: UVK.
- Enders, Katrin (2010): Online-Journalismus. Selbstregulierung als Mehrebenenmodell. In: Pöttker, Horst, Schwarzenegger, Christian (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 396-416.
- Endrweit, Günter, Trommsdorff, Gisela (Hg.) (2002): *Wörterbuch der Soziologie*. 2., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Engelmann, Ines (2009): Der mediale Diskurs über die EU-Osterweiterung. Europäisierung der deutschen Medienöffentlichkeit am Beispiel zweier Qualitätszeitungen. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 1: 39-55.
- Enzensberger, Hans Magnus (2011): *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*. Berlin: Suhrkamp.
- Eriksen, Erik Oddvar (2007): Conceptualising European public spheres: general, segmented and strong publics. In: Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.), *The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?*, New York: Routledge, 23-42.
- Eriksen, Erik Oddvar, Fossum, John Erik (Hg.) (2012): *Rethinking Democracy and the European Union*. New York: Roudletge.
- Ertler, Klaus-Dieter (2008): Entwürfe von Kommunikation in 'La Pensadora gaditana' von Doña Beatriz Cienfuegos. In: Jüttner, Siegfried (Hg.), *Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des*

18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 1-11.
- Escher, Tobias (2010): Wi(e)der die "üblichen Verdächtigen"? Politische Beteiligung via Internet. In: Wolling, Jens, Seifert, Markus, Emmer, Martin (Hg.), Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 131-150.
- Europäische Union (Hg.) (1992): Vertrag über die Europäische Union (Amtsblatt der Europäischen Union C 191). Brüssel.
- Europäische Union (Hg.) (2008): Konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union (Amtsblatt der Europäischen Union C 115). Brüssel.
- Europäische Kommission (2013): Standard Eurobarometer 79 - Frühjahr 2013: Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Brüssel.
- Europub (2005): The Transformation of Political Mobilisation and Communication in European Public Spheres. Final Report to the European Commission.
- Eurostat (Hg.) (2012): Pressemitteilung: Internetzugang und Nutzung im Jahr 2012. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/4-18122012-AP/DE/4-18122012-AP-DE.PDF (überprüft: Oktober 2013).
- Evas, Tatjana, Liebert, Ulrike, Lord, Christopher (Hg.) (2012): Multilayered Representation in the European Union. Parliaments, Courts and the Public Sphere. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Faber, Anne (2005): Europäische Integration und politikwissenschaftliche Theoriebildung. Neofunktionalismus und Intergouvernementalismus in der Analyse . Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Faist, Thomas (2000): Soziale Bürgerschaft in der Europäischen Union: Verschachtelte Mitgliedschaft. In: Bach, Maurizio (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 229-250.
- Ferdinand, Peter (Hg.) (2004): The Internet, Democracy and Democratization. London and New York: Routledge.
- Ferree, Myra Marx, Gamson, William A., Gerhards, Jürgen, Rucht, Dieter (2002): Four models of the public sphere in modern democracies. In: Theory and Society: 289-324.
- Ferreira, Gil Baptista (2011): Political Debate on Weblogs: a virtual public Sphere for Deliberation?. In: Estudos em Comunicação: 223-236.
- Fetscher, Iring (1989): Aufklärung über Aufklärung. In: Honneth, Axel, u.a. (Hg.), Zwischenbetrachtungen. Im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 657-689.
- Fetzer, Thomas (2002): Zivilgesellschaftliche Organisationen in Europa nach 1945: Katalysatoren für die Herausbildung transnationaler Identitäten?. In: Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 355-392.
- Finkelstein, Seth (2008): Google, Links, and Popularity versus Authority. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 104-120.
- Fisher, Dana R., Wright, Larry Michael (2001): On Utopias and Dystopias: Towards an Understanding of the Discourse Surrounding the Internet. In: Journal of Computer-Mediated Communication 2.
- Flake, Gary W. (2002): Self-Organization and Identification of Web Communities. In: IEEE Computer 3: 66-71.

- Flüting, Angelika (2008): Wer ist die 'Politische Online Elite' in Deutschland?. In: Aydin, Esra, et al., Düsseldorf Forum Politische Kommunikation, Berlin: LIT Verlag, 55-75.
- Follesdal, Andreas, Hix, Simon (2006): Why there is a Democratic Deficit in the EU: a Response to Majone and Moravcsik. In: Journal of Common Market Studies 3: 533-562.
- Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.) (2007a): The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?. New York: Routledge.
- Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (2007b): The European Union and the public sphere: a communicative space in the making?. In: dies. (Hg.), The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?, New York: Routledge, 1-19.
- Fossum, John Erik (Hg.) (2000): Democracy in the European Union. Integration through deliberation?. London: Roudletge.
- Foucault, Michel (1978): Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin: Merve.
- Foucault, Michel (2003): Die Ordnung der Dinge. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Fraas, Claudia (2005): Diskurse on- und offline. In: dies., Klemm, Michael (Hg.), Mediendiskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Frankfurt a.M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften, 83-103.
- Fraas, Claudia, Klemm, Michael (Hg.) (2005): Mediendiskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Frankfurt a.M.: Europäischer Verlag der Wissenschaften.
- Fraas, Claudia, Barczok, Achim (2006): Intermedialität - Transmedialität. Weblogs im öffentlichen Diskurs. In: Germanistische Linguistik: 132-160.
- Frank, Robert, Kaelble, Hartmut, Lévy, Marie-Francoise, Passerini, Luisa (Hg.) (2010): Building a European Public Sphere. From the 1950s to the Present. Brüssel: P.I.E. Peter Lang.
- Franz, Julia (2005): Praktiken des Bloggens im Spannungsfeld von Demokratie und Kontrolle. In: Kommunikation@Gesellschaft.
- Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.) (2004): Europäische Öffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Fraser, Nancy (1992): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. In: Calhoun, Craig (Hg.), Habermas and the Public Sphere, Cambridge/London: M.I.T. Press, 109-142.
- Friedland, Lewis A. (1996): Electronic Democracy and the new Citizenship. In: Media, Culture & Society 2: 185-212.
- Friedland, Lewis A., Hove, Thomas, Rojas, Hernando (2006): The Networked Public Sphere. In: Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture 4: 5-26.
- Fröb, Sarah, Rodriguez Amat, Joan Ramon (2013): An Analysis on a (symbolic) "European Public Sphere", based on the Article 11 (2) of the Treaty of the European Union. In: Pichler, Johannes W., Balthasar, Alexander (Hg.), Open Dialogue between EU Institutions and Citizens - Chances and Challenges, Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 109-119.
- Fuchs, Thomas, Trakulhun, Sven (Hg.) (2003): Das eine Europa und die Vielfalt der Kulturen. Kulturtransfer in Europa 1500-1850. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Fuhse, Jan, Stegbauer, Christian (Hg.) (2011): Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Fuhse, Jan (2011): Welche kulturellen Formationen entstehen in mediatisierten Kommunikationsnetzwerken?. In: ders., Stegbauer, Christian (Hg.), Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 31-54.
- Funken, Christiane, Löw, Martina (Hg.) (2003): Raum - Zeit - Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien. Opladen: Leske + Budrich.
- Gabel, Matthew (1998): Public support for European Integration. An empirical test of five theories. In: The Journal of Politics 2: 52-72.
- Gates, Bill (1995): Der Weg nach vorn. Die Zukunft der Informationsgesellschaft. Hamburg: Hoffman und Campe.
- Gellner, Winand (1998a): Das Ende der Öffentlichkeit?. In: ders., von Korff, Fritz (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 11-24.
- Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.) (1998b): Demokratie und Internet. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Gerhards, Jürgen, Neidhardt, Friedhelm (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. [Discussion Paper FS III 90-101]. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Gerhards, Jürgen, Neidhardt, Friedhelm (1991): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In: Müller-Doohm, Stefan, Neumann-Braun, Klaus (Hg.), Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie, Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 31-89.
- Gerhards, Jürgen (1993): Europäische Öffentlichkeit durch Massenmedien?. In: Schäfers, Bernhard (Hg.), Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 558-567.
- Gerhards, Jürgen (1993): Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Soziologie 2: 96-110.
- Gerhards, Jürgen (1994): Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, 77-105.
- Gerhards, Jürgen (1998): Konzeptionen von Öffentlichkeit unter heutigen Medienbedingungen. In: Jarren, Otfried, Krotz, Friedrich (Hg.), Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 25-48.
- Gerhards, Jürgen (2000): Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. In: Bach, Maurizio (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 277-305.
- Gerhards, Jürgen (2002): Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien. In: Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 135-158.
- Gerhards, Jürgen, Schäfer, Mike S. (2007): Demokratische Internet-Öffentlichkeit? Ein Vergleich der öffentlichen Kommunikation im Internet und in den Printmedien am Beispiel der Humangenforschung. In: Publizistik 2: 210-228.
- Gerhards, Jürgen, Offerhaus, Anke, Roose, Jochen (2009): Wer ist verantwortlich? Die Europäische Union, ihre Nationalstaaten und die massenmediale Attribution von Verantwortung für Erfolge und Misserfolge. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch,

- Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 529-558.
- Gerhardt, Volker (2012): Öffentlichkeit. Die politische Form des Bewusstseins. München: C.H.Beck.
- Giddens, Anthony, Lash, Scott (Hg.) (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Giesen, Bernhard (2002): Europäische Identität und transnationale Öffentlichkeit. Eine historische Perspektive. In: Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 67-84.
- Gimmler, Antje (2000): Deliberative Demokratie, Öffentlichkeit und das Internet. In: Marotzki, Winfried, Sandbothe, Mike (Hg.), Subjektivität und Öffentlichkeit, Opladen: Herbert von Halem Verlag, 191-208.
- Gläser, Jochen (2005): Neue Begriffe, alte Schwächen: Virtuelle Gemeinschaft. In: Jäckel, Michael, Mai, Manfred (Hg.), Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 51-72.
- Glutz, Peter (2004): Warum brauchen wir eine europäische Öffentlichkeit?. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 22-30.
- Goffman, Erving (1961): Encounters: Two Studies in the Sociology of Interaction. Indianapolis: Bobbs-Merrill.
- Goldwin, Robert A., Schambra, William A. (Hg.) (1980): How democratic is the Constitution?. Washington, DC: American Enterprise Institute for Public Policy Research.
- Gräf, Lorenz, Krajewski, Markus (Hg.) (1997): Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk. . Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Graf Kielmansegg, Peter (1996): Integration und Demokratie. In: Jachtenfuchs, Markus, Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen : Leske + Budrich, 47-71.
- Granovetter, Mark (1973): The Strength of weak Ties. In: American Journal of Sociology 6: 1360-1380.
- Greif, Hajo, Werner, Matthias (Hg.) (2012a): Vernetzung als soziales und technisches Paradigma. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Greif, Hajo, Werner, Matthias (2012b): Zur Analyse sozialer und technischer Vernetzung. In: dies. (Hg.), Vernetzung als soziales und technisches Paradigma, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-26.
- Grimm, Dieter (1994): Braucht Europa eine Verfassung? . München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung.
- Gripsrud, Jostein (2007): Television and the European Public Sphere. In: European Journal of Communication 4: 479-492.
- Gripsrud, Jostein (2011): Critical Ideas and Reflections on the European Public Sphere. In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action, Brüssel: Peter Lang, 31-39.
- Grosse Hüttmann, Martin (2010): "Rettungsgurte nicht nur für Banker" - eine europaweite Debatte. In: Deutschland & Europa 59: 18-27.
- Grünwald, Robert (2011): Mediale und kommunikative Rahmenbedingungen der Politik im Wandel. In: ders., Gülden-zopf, Ralf, Piepenschneider, Melanie (Hg.), Politische Kommunikation. Beiträge zur politischen Bildung , Berlin: Lit Verlag, 13-24.

- Grünewald, Robert, Gülden-zopf, Ralf, Piepenschneider, Melanie (Hg.) (2011): Politische Kommunikation. Beiträge zur politischen Bildung . Berlin: Lit Verlag.
- Grunwald, Armin, Banse, Gerhard, Coenen, Christopher, Hennen, Leonhard (2006): Netzöffentlichkeit und digitale Demokratie. Tendenzen politischer Kommunikation im Internet. Berlin: Edition Sigma.
- Guile, Bruce R. (Hg.) (1985): Information Technologies and Social Transformation. Washington, DC: National Academy of Engineering.
- Haarmann, Harald (1995): Europeanness, European identity and the role of language - giving profile to an anthropological infrastructure. In: Ammon, Ulrich, Mattheier, Klaus J., Nelde, Peter H. (Hg.), Europäische Identität und Sprachenvielfalt, o.O.: Niemeyer Max Verlag, 1-55.
- Haarmann, Hermann (2002): Theater als Öffentlichkeit. In: Sösemann, Bernd (Hg.), Kommunikation und Medien in Preußen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, Stuttgart: Steiner, 154-158.
- Haas, Ernst B. (1968): The Uniting of Europe. Political, Social and Economical Forces 1950-1957. Stanford: Stanford University Press.
- Habermas, Jürgen (1985a): Der philosophische Diskurs der Moderne. Zwölf Vorlesungen . Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1985b): Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V.. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1985c): Theorie des Kommunikativen Handelns, Band I: Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1987): Theorie kommunikativen Handelns, Band II: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1989): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1992a): Drei normative Modeller der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie. In: Münkler, Herfried (Hg.), Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie, München/Zürich: Piper, 11-24.
- Habermas, Jürgen (1992b): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1995): Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1996): Die Einbeziehung des Anderen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2004): Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2006): Political Communication in Media Society: Does Democracy still enjoy an epistemic Dimension? The Impact of normative Theory on empirical Research. In: Communication Theory 4: 411-426.
- Habermas, Jürgen (2008): Ach, Europa. Kleine politische Schriften XI. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2013): Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII. Berlin: Edition Suhrkamp.
- Häseler, Jens (2008): Zwischen Gelehrsamkeit und Aufklärung: Umbrüche der

- französischsprachigen Zeitschriftenlandschaft in der Mitte des 18. Jahrhunderts. In: Jüttner, Siegfried (Hg.), Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 41-53.
- Häussling, Roger, Mangold, Michael: Reflektierte und populäre Kritik der elektronischen Massenmedien. Anforderungen an eine kritische und gestaltende Medienforschung. In: Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.), Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation , , 39-48.
- Hagen, Lutz M. (Hg.) (2004): Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Hahn, Oliver, Rosenwerth, Karen K./ Schröder, Roland (2006): News-Management zwischen Europa-PR und EU-Journalismus: Theoretische Überlegungen zu einem effizienten transnationalen Kommunikationskonzept. In: Langenbacher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 286-295.
- Halavais, Alexander (2008): The Hyperlink as organizing Principle. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 39-55.
- Haller, Max (2009): Die Europäische Integration als Elitenprozess. Das Ende eines Traums?. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hampton, Keith, Wellman, Barry (2003): Neighboring in Netville: How the Internet supports Community and social Capital in a wired Suburb. In: City and Community 4: 277-311.
- Harrer, Andreas, Krämer, Nicole, Zeini, Sam, Haferkamp, Nina (2008): Ergebnisse und Fragestellungen aus Psychologie und Informatik zur Analyse und Interaktion in Online-Communities und Potenziale interdisziplinärer Forschung. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum, Köln: Herbert von Halem Verlag, 301-326.
- Harrison, Jackie (2009): Introduction: Mediating Europe and the public sphere. In: ders., Wessels, Bridgette (Hg.), Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere, o.O.: Berghahn Books, 1-23.
- Harrison, Jackie, Wessels, Bridgette (Hg.) (2009): Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere. o.O.: Berghahn Books.
- Hartmann, Christian, Hüttig, Christoph (Hg.) (1998): Netzdiskurs. Das Internet und der Strukturwandel von Kommunikation und Öffentlichkeit. Loccum: Evangelische Akademie.
- Heard-Lauréote, Karen (2009): Advisory Committees in EU Agricultural Policy: A Suitable Source of Political Legitimacy?. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 183-204.
- Heft, Annett, Pfetsch, Barbara (2011): Conditions of the Emergence of a European Public Sphere. Political Actors and Mass Media Under Scrutiny . In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action, Brüssel: Peter Lang, 147-165.
- Heikkilä, Heikki (2007): Beyond 'Insofas as' Questions. Contingent social Imaginaries of the

- European Public Sphere. In: *European Journal of Communication* 4: 427-441.
- Heipertz, Martin, Verdun, Amy (2010): *Ruling Europe. The Politics of the Stability and Growth Pact*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hempfer, Klaus (2005): Zum Verhältnis von Literatur und Aufklärung. In: *Zeitschrift für französische Sprache und Literatur* 115: 21-53.
- Hentges, Gudrun, Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.) (2011): *Europa - quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hepp, Andreas, Wessler, Hartmut (2009): Politische Diskurskulturen. Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 2: 174-197.
- Hepp, Andreas, Lingenberg, Swantje, Offerhaus, Anke, Möller, Johanna, Elsler, Monika, Mollen, Anne (2011): Europe Beyond the Crisis? Citizen's (re)actions on the Multi-segmentation of the European Public Sphere. In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), *The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action*, Brüssel: Peter Lang, 69-84.
- Hepp, Andreas (2011): Kommunikationsnetzwerke und kulturelle Verdichtungen: Theoretische und methodologische Überlegungen. In: Fuhse, Jan, Stegbauer, Christian (Hg.), *Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-29.
- Hepp, Andreas, Brüggemann, Michael, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Lingenberg, Swantje, Möller, Johanna (2012): Politische Diskurskulturen in Europa. Die Mehrfachsegmentierung europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hepp, Andreas (2012): Transkulturelle Kommunikation als Ansatz der Erforschung grenzüberschreitender und grenzziehender Medienkommunikation. In: Wessler, Hartmut, Averbeck-Lietz, Stefanie (Hg.), *Grenzüberschreitende Medienkommunikation*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 19-39.
- Hermann, Friederike, Lünenborg, Margreth (Hg.) (2001): *Tabubruch als Programm. Privates und Intimes in den Medien*. Opladen: Leske + Budrich.
- Herring, Susan C., Scheidt, Lois Ann, Wright, Elija, Bonus, Sabrina (2005): Weblogs as a bridging genre. In: *Information Technology & People* 2: 142-171.
- Herrmann, Leonhard (2009): Transzendente Historiografien. Europa als geschichtliches Deutungsmuster in der Romantik. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), *Europavorstellungen im 18. Jahrhundert*, o.O.: Wehrhahn Verlag, 187-204.
- Hickethier, Knut (2003): Medienkultur. In: Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hg.), *Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 435-457.
- Hill, Kevin A., Hughes, John E. (1998): *Cyberpolitics: Citizen Activism in the Age of the Internet*. Lanham: Rowman and Littlefield.
- Hindman, Matthew (2008): What is the Online Public Sphere good for?. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), *The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age*, o.O.: The University of Michigan Press, 268-288.
- Hirzalla, Fadi: The Internet and Democracy: Participation, Citizens and Politics. In: *Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture*.
- Hobsbawm, Eric (1992): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Hobsbawm, Eric (1998): *Wieviel Geschichte braucht die Zukunft?*. München: Hanser

Verlag.

- Höflich, Joachim R. (1995): Vom dispersen Publikum zu "elektronische Gemeinschaften". Plädoyer für einen erweiterten kommunikationswissenschaftlichen Blickwinkel. In: Rundfunk und Fernsehen: 518-537.
- Höflich, Joachim R. (1996): Technisch vermittelte interpersonale Kommunikation. Grundlage, organisatorische Medienverwendung, Konstitution "elektronischer Gemeinschaften". Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hölscher, Lucian (1993): Öffentlichkeit. In: Brunner, Otto, Conze, Werner, Koselleck, Reinhart (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd.4, Stuttgart: Klett-Cotta, 413-467.
- Hörisch, Jochen: "Talking about my Generation" - Mediensozialisation im Zeitalter von Cyberspace und Digitalisierung. In: Siebenhaar, Klaus (Hg.), Medien im 21. Jahrhundert: Theorie - Technologie - Markt. Berlin, Münster: Lit Verlag, 51-60.
- Hofmann, Jeanette (1998): Am Herzen der Dinge - Regierungsmacht im Internet. In: Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 55-77.
- Hofmann, Andreas, Wessels, Wolfgang (2011): Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon - ein weiterer Schritt auf der Suche nach Problemlösungsfähigkeit und demokratischer Legitimität. In: Hentges, Gudrun, Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.), Europa - quo vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-41.
- Holler, Sebastian, Vollnhals, Sven, Faas, Thorsten (2008): Focal Points und Journalisten - Bedingungen für den Einfluss der Blogosphäre?. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum, Köln: Herbert von Halem Verlag, 94-111.
- Holtz-Bacha, Christina (2004): Political Communication Research Abroad: Europe. In: Kaid, Lynda Lee, Handbook of political Communication Research, Mahawa: Lawrence Erlbaum Associates, 463-477.
- Holtz-Bacha, Christina (Hg.) (2006): Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Holzer, Boris (2006): Netzwerke. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Holzer, Boris, Schmidt, Johannes F.K. (2009): Theorie der Netzwerke oder Netzwerktheorie?. In: Soziale Systeme. Zeitschrift für soziologische Theorie 2: 227-242.
- Honneth, Axel, u.a. (Hg.) (1989): Zwischenbetrachtungen. Im Prozess der Aufklärung. Jürgen Habermas zum 60. Geburtstag. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hooghe, Liesbet, Marks, Gary (2009): A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus. In: British Journal of Political Science 1: 1-23.
- Hookway, Nicholas (2008): 'Entering the Blogosphere': Some Strategies for using Blogs in Social Research. In: Qualitative Research 1: 91-113.
- Horkheimer, Max, Adorno, Theodor W. (1992): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hühn, Melanie, Lerp, Dörte, Petzold, Knut, Stock, Miriam (2010a): In neuen Dimensionen denken? Einführende Überlegungen zu Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit und Translokalität. In: dies., u.a. (Hg.), Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen, Berlin: Lit Verlag, 11-46.

- Hühn, Melanie, Lerp, Dörte, Petzold, Knut, Stock, Miriam (Hg.) (2010b): Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen. Berlin: Lit Verlag.
- Hüller, Thorsten (2010): Demokratie und Sozialregulierung in Eurooa. Die Online-Konsultationen der EU-Kommission. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Imhof, Kurt (1990): Mythos und Moderne. Zur Fragilität der posttraditionalen Gesellschaft. In: Bornschiefer, Volker, u.a. (Hg.), Diskontinuität des sozialen Wandels. Entwicklung als Abfolge von Gesellschaftsmodellen und kulturellen Deutungsmustern, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 55-90.
- Imhof, Kurt (2002): Öffentlichkeit und Identität. In: Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 37-56.
- Imhof, Kurt (2003): Öffentlichkeitstheorien. In: Bentele, Günter, Brosius, Hans-Bernd, Jarren, Otfried (Hg.), Öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. , Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 193-209.
- Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.) (2006): Demokratie in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Imhof, Kurt (2006): Die Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Imhof, Kurt (2008): Die seismographische Qualität der Öffentlichkeit. In: Bonfadelli, Heinz, u.a. (Hg.), Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 17-56.
- Imhof, Kurt (2011): Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- In der Smitten, Susanne (2007): Online-Vergemeinschaftung. Potentiale politischen Handelns im Internet. München: Fischer.
- Issing, Otmar (2011): Krise des Euro? - Krise Europas? Vortrag vom 5. November 2010 anlässlich der Jahrsfeier der Akademie der Wissenschaften und der Literatur . Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Ivic, Sanja (2011): European commission's plan D for democracy, dialogue and debate: The path towards deliberation?. In: Journal of Law and Conflict Resolution: 14-19.
- Jachtenfuchs, Markus, Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1996): Europäische Integration. Opladen : Leske + Budrich.
- Jäckel, Michael, Mai, Manfred (Hg.) (2005): Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jäger, Hans-Wolf (Hg.) (1997): "Öffentlichkeit" im 18. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein.
- Jankowski, Hans, Bohr-Jankowski, Karin (Hg.) (2010): Europa 2010 - Das Ende der Solidarität?. München: Herbert Utz Verlag.
- Jansen, Dorothea (2006): Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Janssen, Davy, Kies, Raphael (2004): Online Forums and Deliberative Democracy: Hypotheses, Variables and Methodologies. e-Working Papers 2004/1.Hg. v. E-Democracy Center. Genf.
- Januschek, Franz (2010): Die Krise und der Alltagsdiskurs. Eine Krise zwischen den Zeilen? . In: Ötsch, Walter Otto, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hg.), Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten, Marburg: Metropolis-Vrlag, 223-242.

- Jarren, Otfried, Krotz, Friedrich (Hg.) (1998): Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Jarren, Otfried, Sarcinelli, Ulrich, Saxer, Ulrich (Hg.) (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried (Hg.) (2000): Zerfall der Öffentlichkeit? . Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jarren, Otfried, Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jennings, M. Kent, Zeitner, Vicki (2003): Internet Use and Civic Engagement: A longitudinal Analysis. In: Public Opinion Quarterly 3: 311-334.
- Jörke, Dirk (2003): Demokratie als Erfahrung. John Dewey und die politische Philosophie der Gegenwart. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Johnson, Thomas J., Kaye, Barbara K., Bichard, Shannon L., Wong, Joann W. (2007): Every Blog has it's Day: Politically-interested Internet Users' Perceptions of Blog Credibility. In: Journal of Computer-Mediated Communication 1.
- Jones, Steve (Hg.) (1998): Virtual Culture: Identity and Communication in Cybersociety. London: Sage.
- Jordan, Tim (2000): Cyberpower: The Culture and Politics in Cyberspace and the Internet. London and New York: Roudletge.
- Jüttner, Siegfried (2008a): Archive der Nationenbildung im Namen Europas. Die Presse im Spanien der Aufklärung als Medium nationaler Regeneration. In: ders. (Hg.), Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 67-109.
- Jüttner, Siegfried (Hg.) (2008b): Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts. Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Jüttner, Siegfried (2008c): Vorwort des Herausgebers. In: ders. (Hg.), Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, VII-XVII.
- Jun, Uwe (2009a): Informal Government: Complexity, Transparency and Legitimacy. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 113-134.
- Jun, Uwe (2009b): Liegt die Zukunft politischer Partizipation wirklich bei "Produztung"? In: Bieber, Christoph, Eifert, Martin, Groß, Thomas, Lamla, Jörn (Hg.), Soziale Netze in der digitalen Welt. Das Internet zwischen egalitärer Teilhabe und ökonomischer Macht, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 87-98.
- Kaase, Max (1998): Politische Kommunikation - Politikwissenschaftliche Perspektiven. In: Jarren, Otfried, Sarcinelli, Ulrich, Saxer, Ulrich (Hg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 97-113.
- Kaelble, Hartmut (2002a): Das europäische Selbstverständnis und die europäische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert. In: ders., Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 85-109.
- Kaelble, Hartmut (2002b): The Historical Rise of a European Public Sphere?. In: Journal of European Integration History 2: 9-22.

- Kaelble, Hartmut, Passerini, Luisa (2002): European Public Sphere and European Identity in 20th Century History. In: Journal of European Integration History 2: 5-9.
- Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.) (2002): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Kaelble, Hartmut (2007): The European Public Sphere. Florenz: Europäisches Hochschulinstitut.
- Kaelble, Hartmut (2010): The European Public Sphere. In: Frank, Robert, Kaelble, Hartmut, Lévy, Marie-Francoise, Passerini, Luisa (Hg.), Building a European Public Sphere. From the 1950s to the Present, Brüssel: P.I.E. Peter Lang, 21-40.
- Kahn, Richard, Kellner, Douglas (2005): Oppositional Politics and the Internet: A critical/reconstructive Approach . In: Cultural Politics 1: 75-100.
- Kaid, Lynda Lee (2004): Handbook of political Communication Research. Mahawa: Lawrence Erlbaum Associates.
- Kalb, Jürgen (2010): Die Finanz- und Wirtschaftskrise - eine Herausforderung für die EU. In: Deutschland & Europa 59: 3-9.
- Kamber, Esther, Ettinger, Patrik (2008): Strukturen und Wandel von Öffentlichkeit und ihre seismographische Funktion. In: Bonfadelli, Heinz, u.a. (Hg.), Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 170-190.
- Kamps, Klaus (2000): Die Agora des Internet: Zur Debatte politischer Öffentlichkeit und Partizipation in Netz. In: Jarren, Otfried (Hg.), Zerfall der Öffentlichkeit? , Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 227-239.
- Kamps, Klaus, Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) (2006): Regieren und Kommunikation. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Kant, Immanuel (1985 [1795]): Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf aus dem Jahre 1795. Berlin: Verlag der Nation Berlin.
- Kant, Immanuel (1998 [1781]): Kritik der reinen Vernunft. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Kant, Immanuel (1999 [1784]): Was ist Aufklärung? Ausgewählte kleine Schriften. Hamburg: Felix Meiner Verlag.
- Kantner, Cathleen (2003): Öffentliche politische Kommunikation in der EU. Eine hermeneutisch-pragmatische Perspektive. In: Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trenz, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske + Budrich, 213-229.
- Kantner, Cathleen (2004): Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kantner, Cathleen (2005): Konformismus oder 'Vierte Gewalt' - Alexis de Tocqueville über die Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial 6: 94-107.
- Kantner, Cathleen (2006): Die thematische Verschränkung nationaler Öffentlichkeiten in Europa und die Qualität transnationaler politischer Kommunikation. In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 145-160.
- Karppinen, Kari (2009): European Public Spheres and the Challenge of Radical Pluralism. In: Salovaara-Moring, Inka (Hg.), Manufacturing Europe. Spaces of Democracy, Diversity and Communication, Göteborg: Nordicom, 53-66.
- Katzenbach, Christian (2008): Weblogs und ihre Öffentlichkeiten. Motive und Strukturen der Kommunikation im Web 2.0. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Kaye, James (2009): Out of Maelstroms: Crises and Parlous Developments of Europe since

- World War Two. In: Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth, Krzyzanowski, Michael (Hg.), *The European Public Sphere and the Media. Europe in Crisis*, New York: Palgrave Macmillan, 53-82.
- Kelso, Alexandra (2009): *Re-engaging Citizens: Institutional Responses to Political Disengagement*. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), *In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity*, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 93-112.
- Kemper, Peter, Mentzer, Alf, Tillmanns, Julika (Hg.) (2012): *Wirklichkeit 2.0. Medienkultur im digitalen Zeitalter*. Stuttgart: Reclam.
- Kenix, Linda Jean (2009): *Blogs as Alternative*. In: *Journal of Computer-Mediated Communication*: 790-822.
- Keren, Michael (2006): *Blogosphere. The new political Arena*. Plymouth: Lexington.
- Kettner, Matthias (2004): *Die Rolle netzbasierter Kommunikation für die Rationalität demokratischer Deliberation*. Frankfurt a.M.: o.A..
- Keul, Hans-Klaus (1997): *Kritik der emanzipatorischen Vernunft. Zum Aufklärungsbegriff der Kritischen Theorie*. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.) (2007): *Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kimpeler, Simone, Schweiger, Wolfgang (2007): *Computervermittelte Kommunikation als Forschungsgegenstand in der Publizistik und Kommunikationswissenschaft*. In: Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.), *Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 15-23.
- Klaus, Elisabeth (2001): *Das Öffentliche im Privaten - Das Private im Öffentlichen. Ein kommunikationstheoretischer Ansatz*. In: Hermann, Friederike, Lünenborg, Margreth (Hg.), *Tabubruch als Programm. Privates und Intimes in den Medien*, Opladen: Leske + Budrich, 15-37.
- Klaus, Elisabeth (2006): *Von der Beschränktheit unserer Öffentlichkeitstheorie im europäischen Kontext*. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 93-106.
- Klein, Hans Hugo (2011): *Europäische Integration und demokratische Legitimation*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trenz, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.) (2003): *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kleinsteuber, Hans J. (2001): *Habermas and the public sphere: From German to a European perspective*. In: *Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture* 1: 95-108.
- Kleinsteuber, Hans J. (2003): *Medien und Kommunikation im internationalen Vergleich: Konzepte, Methoden und Befunde*. In: Pfetsch, Barbara, Esser, Frank (Hg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 78-103.
- Kleinsteuber, Hans J. (2004): *Strukturwandel der europäischen Öffentlichkeit? Der Öffentlichkeitsbegriff von Jürgen Habermas und die European Public Sphere*. In: Hagen, Lutz M. (Hg.), *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 29-46.

- Klump, Dieter, Kubicek, Herbert, Roßnagel, Alexander (Hg.) (2003): *Nexste Generation Information Society? Notwendigkeit einer Neuorientierung*. Mössingen-Talheim: Talheimer.
- Knellingen, Wilhelm (2011): Vertrauenskrise - Die EU und das schwierige Verhältnis zu den Bürgerinnen und Bürgern. In: Varwick, Johannes (Hg.), *Krise und Zukunft der EU*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 60-73.
- Knellingen, Wilhelm (2012): Euroskepsis? Die EU und der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger. In: APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte 4: 32-40.
- Knieper, Thomas, Tonndorf, Katrin, Wolf, Cornelia (2013): *Access Denied: Der Mythos vom unkontrollierbaren Internet*. In: Bach, Maurizio (Hg.), *Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?*, Baden-Baden: Nomos, 217-45.
- Knodt, Michèle, Finke, Barbara (Hg.) (2005): *Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kohler-Koch, Beate (1996): Die Gestaltungsmacht organisierter Interessen. In: Jachtenfuchs, Markus, Kohler-Koch, Beate (Hg.), *Europäische Integration*, Opladen : Leske + Budrich, 193-222.
- Kohler-Koch, Beate (Hg.) (1998): *Regieren in entgrenzten Räumen*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kohler-Koch, Beate, Rittberger, Berthold (Hg.) (2007): *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*. Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers.
- Kohler-Koch, Beate (2007): The Organization of Interests and Democracy in the European Union. In: ders., Rittberger, Berthold (Hg.), *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*, Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers, 255-271.
- Kokkoris, Ioannis, Olivares-Caminal, Rodrigo (2010): *Antitrust Law amidst Financial Crises*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (2001): *Europäisches Regieren. Ein Weissbuch (Kom[2001] 428 endgültig)*. Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (2005): *Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion (KOM[2005] 494 endgültig)*. Brüssel.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) (2006): *Weißbuch über eine europäische Kommunikationspolitik (Kom[2006] 35 endgültig)*. Brüssel.
- Koopmans, Ruud, Zimmermann, Ann (2003): *Internet: A new potential for European Political Communication?*. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Koopmans, Ruud, Zimmermann, Ann (2007): Visibility and Communication Networks on the Internet: The Role of Search Engines and Hyperlinks. In: de Vreese, Claes, Schmitt, Hermann (Hg.), *A European Public Sphere. How much of it do we have, and how much do we need?*, Mannheim, 213-264.
- Koopmans, Ruud, Erbe, Jessica, Meyer, Martin F. (2010): The Europeanization of Public Spheres. Comparisons across Issues, Time, and Countries. In: ders., Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 63-96.
- Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.) (2010a): *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Koopmans, Ruud, Statham, Paul (2010b): Theoretical Framework, Research Design, and Methods. In: dies. (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 34-59.
- Koopmans, Ruud, Zimmermann, Ann (2010): *Transnational Political Communication on*

- the Internet. In: ders., Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 171-194.
- Koopmans, Ruud (2010): *Winners and Losers, Supporters and Opponents in Europeanized Public Debates*. In: ders., Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 97-121.
- Kopeinig, Margaretha, Petritsch, Wolfgang (2010): *Die europäische Chance. Neustart nach der Krise*. Wien: Kremayr & Scheriau KG.
- Korte, Karl-Rudolf (2008): *Kommunikation und Entscheidungsfindung von Regierungen. Das Beispiel einer Reformkommunikation*. In: Sarcinelli, Ulrich, Teschner, Jens (Hg.), *Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 20-43.
- Koselleck, Reinhart (1997): *Kritik und Krise: eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Kranzberg, Melvin (1985): *The Information Age: Evolution or Revolution?*. In: Guile, Bruce R. (Hg.), *Information Technologies and Social Transformation*, Washington, DC: National Academy of Engineering, 35-53.
- Kraus, Peter A. (2004): *Vielfalt als Herausforderung: Die Bedeutung von Sprachpolitik im Prozess der Gestaltung europäischer Öffentlichkeit*. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 105-121.
- Krauss, Susanne (2008): *Weblogs als soziale Netzwerke: Eine qualitative Beziehungsanalyse*. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 327-347.
- Kreckel, Reinhard (Hg.) (1983): *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz.
- Kreis, Georg (2010): *Topos und Realität der europäischen Vielfalt. Europa ist überall - mindestens in Europa*. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), *Die kulturelle Integration Europas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 122-142.
- Kremer, Martin (2004): *Problemfelder eines neuen Schlüsselbegriffs*. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 39-42.
- Kriesi, Hanspeter (1994): *Akteure - Medien - Publikum. Die Herausforderung direkter Demokratie durch die Transformation der Öffentlichkeit*. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 234-260.
- Kriesi, Hanspeter (2003): *Strategische politische Kommunikation: Bedingungen und Chancen der Mobilisierung öffentlicher Meinung im internationalen Vergleich*. In: Pfetsch, Barbara, Esser, Frank (Hg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 208-239.
- Kronacher, Michael, Ruhenstroth-Bauer, Peter, Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (2008): *Kommunikationsreform. Drei Perspektiven auf die Zukunft der Regierungskommunikation*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Krotz, Friedrich (1998): *Öffentlichkeit aus der Sicht des Publikums*. In: Jarren, Otfried, Krotz, Friedrich (Hg.), *Öffentlichkeit unter Viel-Kanal-Bedingungen*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 95-117.

- Krotz, Friedrich (2003): Metaprozesse sozialen und kulturellen Wandels und die Medien. In: Medien Journal 1: 7-19.
- Krueger, Brian S. (2002): Assessing the Potential of Internet Political Participation in the United States. In: American Politics Research: 476-498.
- Krzyzanowski, Michal, Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth (2009): Conclusions: Europe, Media, Crisis and the European Public Sphere. In: Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth, Krzyzanowski, Michael (Hg.), The European Public Sphere and the Media. Europe in Crisis, New York: Palgrave Macmillan, 261-268.
- Krzyzanowski, Michal (2009): Europe in Crisis? Discourses on Crisis Events in the European Press 1956-2006. In: Journalism Studies 1: 18-35.
- Kubicek, Herbert (1997): Das Internet auf dem Weg zum Massenmedium? Ein Versuch, Lehren aus der Geschichte alter und neuer Medien zu ziehen. In: Werle, Raymund, Lang, Christa (Hg.), Modell Internet? Entwicklungsperspektiven neuer Kommunikationsnetze, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 213-239.
- Kühnhardt, Ludger (2010): Europa: Innere Verfassung und Wende zur Welt. Standortbestimmungen der Europäischen Union. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Kühnhardt, Ludger (2011): Die Neubegründung des europäischen Projekts. In: Varwick, Johannes (Hg.), Krise und Zukunft der EU, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 32-48.
- Kuhn, Oliver (2010): Lokalisierung von Kommunikation am Beispiel von Internetforen.. In: Hühn, Melanie, u.a. (Hg.), Transkulturalität, Transnationalität, Transstaatlichkeit, Translokalität. Theoretische und empirische Begriffsbestimmungen, Berlin: Lit Verlag, 217-232.
- Kunczik, Michael (1997): Geschichte der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland. Köln: Böhlau Verlag.
- Kunelius, Risto, Sparks, Colin (2001): Problems with a European public sphere: An introduction. In: Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture 1: 5-20.
- Landfried, Christine (2004): Das Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 123-137.
- Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.) (1979): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung. München: Piper.
- Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.) (2006): Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Langenbucher, Wolfgang R. (2010): Ein Rat für die Freiheit der gesellschaftlichen Kommunikation. Plädoyer für die Überwindung des journalistischen Nationalismus. In: Pöttker, Horst, Schwarzenegger, Christian (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung, Köln: Herbert von Halem Verlag, 464-472.
- Latzer, Michael, Saurwein, Florian (2006): Europäisierung durch Medien: Ansätze und Erkenntnisse der Öffentlichkeitsforschung. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 10-44.
- Lauristin, Marju (2007): The European Public Sphere and the Social Imaginary of the 'New Europe'. In: European Journal of Communication 4: 397-412.
- Lawson-Borders, Gracie (2005): Blogs in Campaign Communication. In: American Behavioral Scientist 4: 548-559.
- Lefebure, Pierre (2009): Citizens' Expectations: Is What Matters only What Works?. In:

- Blühdorn, Ingolfur (Hg.), *In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity*, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 73-92.
- Leggewie, Claus (1997): Netizens oder der gut informierte Bürger heute. In: *Transit* 13: 3-25.
- Leggewie, Claus (2002): Netzwerkparteien? Parteien in der digitalen Öffentlichkeit. In: von Alemann, Ulrich, Marschall, Stefan (Hg.), *Parteien in der Mediendemokratie*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173-188.
- Leggewie, Claus (2003): Von der elektronischen zur interaktiven Demokratie. Das internet für demokratische Eliten. In: Klumpp, Dieter, Kubicek, Herbert, Roßnagel, Alexander (Hg.), *Next Generation Information Society? Notwendigkeit einer Neuorientierung*, Mössingen-Tahlheim: Tahlheimer, 115-128.
- Leggewie, Claus (2004): *Demokratietheoretische und demokratiepolitische Einordnung netzbasierter Kommunikation*. Gießen: o.A..
- Leggewie, Claus, Bieber, Christoph (2004): Interaktivität - Soziale Emergenzen im Cyberspace?. In: Bieber, Christoph, Leggewie, Claus (Hg.), *Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff*, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 7-14.
- Lichtenstein, Dennis (2012): Auf der Suche nach Europa: Identitätskonstruktionen und das integrative Potenzial von Identitätskrisen. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 4: 3-7.
- Liebert, Ulrike (2012a): *Civil Society, Public Sphere and Democracy in the EU*. In: Eriksen, Erik Oddvar, Fossum, John Erik (Hg.), *Rethinking Democracy and the European Union*, New York: Routledge, 112-142.
- Liebert, Ulrike (2012b): *Rethinking the "No European Demos" Thesis: Transnational Discursive Representation as a Prerequisite of EU Democracy*. In: Evas, Tatjana, Liebert, Ulrike, Lord, Christopher (Hg.), *Multilayered Representation in the European Union. Parliaments, Courts and the Public Sphere*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 233-254.
- Liebert, Ulrike, Müller, Henrike (2012): *Zu einem europäischen Gedächtnisraum? Erinnerungskonflikte als Problem einer politischen Union Europas*. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 4: 40-48.
- Lietzmann, Hans J., Wilde, Gabriele (2003): *Der supranationale Charakter einer europäischen Bürgerschaft*. In: Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trenz, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.), *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*, Opladen: Leske + Budrich, 55-73.
- Lim, Merlyna, Kann, Mark E. (2008): *Politics: Deliberation, Mobilization, and Networked Practices of Agitation*. In: Varnelis, Kazys (Hg.), *Networked Publics*, Cambridge: M.I.T. Press, 77-107.
- Limbach, Jutta, Gerhards, Jürgen (2012): *Europäische Sprachenpolitik*. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 4: 48-57.
- Lingenberg, Swantje (2006): *The European public sphere and its audience. Citizens' participation in the European constitutional debate*. In: Bertelli, Dominique, Julia, Jean-Thierry (Hg.), *Démocratie Participative en Europe*, Toulouse, 52-59.
- Lingenberg, Swantje (2009): *Europäische Öffentlichkeit - Öffentlichkeit ohne Publikum? Ein pragmatischer Ansatz mit Fallstudien zur europäischen Verfassungsdebatte* . Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lingenberg, Swantje (2010): *Europäische Publikumsöffentlichkeiten. Ein pragmatischer Ansatz*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lipp, Wolfgang (2002): *Kultursoziologie*. In: Endruweit, Günter, Trommsdorff, Gisela (Hg.), *Wörterbuch der Soziologie*. 2., völlig neubearbeitete und erweiterte Auflage,

- Stuttgart: Lucius & Lucius, 298-304.
- Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.) (1999): Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverweigerung durch Wissenschaft. Hannover: Offizin-Verlag.
- Löffelholz, Martin, Quandt, Thorsten (Hg.) (2003): Die neue Kommunikationswissenschaft. Theorien, Themen und Berufsfelder im Internet-Zeitalter - eine Einführung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Löffler, Martin (Hg.) (1969): Das Publikum. München: C. H. Beck.
- Lövenich, Friedhelm (1990): Paradigmenwechsel. Über die Dialektik der Aufklärung in der revidierten Kritischen Theorie. Würzburg: Königshausen u. Neumann.
- Loth, Wilfried (Hg.) (2005): Europäische Gesellschaft. Grundlagen und Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lottes Günther (2009): Grenzen in und um Europa. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 17-46.
- Lübbe, Herrmann (1994): Abschied vom Superstaat: Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben. Bern: Siedler.
- Lüsebrink, Hans-Jürgen (2008): Enzyklopädismus und transkulturelle Erfahrung - europäische Dimensionen von Werk und Biographie Bruzen de la Martinières (1662-1746). In: Jüttner, Siegfried (Hg.), Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 111-129.
- Luhmann, Niklas (1979): Öffentliche Meinung. In: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.), Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München: Piper, 29-61.
- Luhmann, Niklas (Hg.) (2005): Soziologische Aufklärung 5. Konstruktivistische Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, Niklas (2009): Die Realität der Massenmedien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lund, Anker B. (2006): Institutions of Current Affairs. Framework for Comparative Research in European Public Spheres. In: Marcinkowski, Frank, Meier, Werner A., Trappel, Josef (Hg.), Media and Democracy. Experiences from Europe, Bern: Haupt Verlag, 127-140.
- Lutz-Bachmann, Matthias, Bohman, James (Hg.) (2002): Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Lyotard, Jean-Francois (1986): Das postmoderne Wissen: ein Bericht. Graz: Böhlau.
- Machill, Marcel, Beiler, Markus, Fischer, Corinna (2006): Europa-Themen in Europas Medien - die Debatte um die europäische Öffentlichkeit. Eine Metaanalyse medieninhaltsanalytischer Studien. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 132-155.
- Manheim, Ernst (1979): Aufklärung und öffentliche Meinung. Studien zur Soziologie der Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert. Stuttgart: Frommann-Holzboog.
- Manin, Bernard (1987): On Legitimacy and political Deliberation. In: Political Theory: 338-368.
- Marchetti, Andreas (2009): Eine neue Europäische Union? Zur Ratifikation des Vertrags von Lissabon. In: Dokumente. Zeitschrift für deutsch-französischen Dialog: 40-45.
- Marcinkowski, Frank (1993): Publizistik als autopoietisches System - Politik und

- Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marcinkowski, Frank, Meier, Werner A., Trappel, Josef (Hg.) (2006): Media and Democracy. Experiences from Europe. Bern: Haupt Verlag.
- Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.) (2009): Politik in der Mediendemokratie.. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marotzki, Winfried, Sandbothe, Mike (Hg.) (2000): Subjektivität und Öffentlichkeit. Opladen: Herbert von Halem Verlag.
- Marr, Mirko (2006): Das Internet als politisches Informationsmedium. Eine aktuelle Bestandsaufnahme. In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 260-284.
- Marschall, Stefan (1998): Netzöffentlichkeit - Eine demokratische Alternative?. In: Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 43-54.
- Martinsen, Renate (2009): Öffentlichkeit in der Mediendemokratie aus der Perspektive konkurrierender Demokratietheorien. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 37-69.
- Marx, Stefan (2008): Die Legende vom Spinddoctor. Regierungskommunikation unter Schröder und Blair. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Marx, Karl, Engels, Friedrich (1960[1845-47]): Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten . Berlin: Dietz Verlag.
- Massing, Peter (Hg.) (2004): Mediendemokratie: Eine Einführung. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Massing, Peter (Hg.) (2006): Demokratie-Theorien: Von der Antike bis zur Gegenwart. Bonn: Wochenschau Verlag.
- Meckel, Miriam, Kamps, Klaus (2006): Regierungskommunikation und Marketing. Differenzen und Schnittstellen. In: Kamps, Klaus, Nieland, Jörg-Uwe (Hg.), Regieren und Kommunikation, Köln: Herbert von Halem Verlag, 54-73.
- Medosch, Armin (2004): Die Gesellschaft im Ad-hoc-Modus - dezentral, selbst organisiert, mobil. In: Bieber, Christoph, Leggewie, Claus (Hg.), Interaktivität. Ein transdisziplinärer Schlüsselbegriff, Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag, 41-66.
- Meier, Werner A., TRappel, Josef (2006): Die Transnationale Vermachtung durch Medienkonzerne als Voraussetzung für europäische Öffentlichkeit?. In: Langenbacher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 362-375.
- Metzeltin, Michael, Wallmnn, Thomas (2010): Wege zur Europäischen Identität. Individuelle, nationalstaatliche und supranationale Identitätskonstrukte. Berlin: Frank & Timme.
- Meyer, Jan-Henrik (2010): The European Public Sphere. Media and Transnational Communication in European Integration 1969-1991. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Michailidou, Asimina (2008): The European Union Online: The Role of the Internet in the European Union's public Communication Strategy and the emerging European Public Sphere. Saarbrücken: VDM Verlag.
- Michailidou, Asimina (2010): Vertical Europeanisation of Online Public Dialogue: EU Public Communication Policy and Online Implementation. In: Bee, Christiano, Bozzini,

- Emanuela (Hg.), Mapping the European Public Sphere. Institutions, Media and Civil Society, Farnham: Ashgate, 65-82.
- Michailidou, Asimina, Trenz, Hans-Jörg, de Wilde, Peter (2012): (W)e the Peoples of Europe: Representations of the European Union Polity During 2009 European Parliamentary Elections on the Internet. In: Evas, Tatjana, Liebert, Ulrike, Lord, Christopher (Hg.), Multilayered Representation in the European Union. Parliaments, Courts and the Public Sphere, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 215-232.
- Mihelj, Sabina (2007): The European and the National in Communication Research. In: European Journal of Communication 4: 443-459.
- Moore, Simon, McDonald, Sean (2011): New Borders, New Citizens. Virtual Communication Strategies for Remaking European Union Citizenship. In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action, Brüssel: Peter Lang, 51-68.
- Moravcsik, Andrew (1998): The Choice for Europe: Social purpose and state power from Messina to Maastricht. Ithaca: Cornell University Press.
- Moravcsik, Andrew (2002): In Defence of the 'Democratic Deficit': Reassessing Legitimacy in the European Union. In: Journal of Common Market Studies 4: 603-624.
- Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.) (2011): The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action. Brüssel: Peter Lang.
- Morin, Edgar (1991): Europa denken. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Mossberger, Karen, Tolbert, Caroline J., McNeal, Ramona S. (2008): Digital Citizenship: The Internet, Society and Participation. Cambridge: M.I.T. Press.
- Müller, Christoph (2008): Portugals Öffnung nach Europa: Die Rolle der *Estrangeirados* im 18. Jahrhundert . In: Jüttner, Siegfried (Hg.), Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18. Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 157-163.
- Müller, Hans-Peter (2007): Auf dem Weg in eine europäische Gesellschaft? Begriffsproblematik und theoretische Perspektiven. In: Berliner Journal für Soziologie 1: 7-31.
- Müller-Doohm, Stefan, Neumann-Braun, Klaus (Hg.) (1991): Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation. Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie. Oldenburg: Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg.
- Münch, Richard (1993): Das Projekt Europa: Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münker, Stefan, Roesler, Alexander (Hg.) (1997): Mythos Internet. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münker, Stefan (2009): Emergenz digitaler Öffentlichkeit. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Münkler, Herfried (Hg.) (1992): Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie. München/Zürich: Piper.
- Munger, Michael C. (2008): Blogging and political information: truth or truthiness?. In: Public Choice: 125-138.
- Nanz, Patrizia, Steffek, Jens (2005): Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft in der supranationalen Politik. In: Knodt, Michèle, Finke, Barbara (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79-102.
- Negroponte, Nicholas (1995a): Being Digital. New York: Vintage.
- Negroponte, Nicholas (1995b): Total digital. Die Welt zwischen 0 und 1 oder die Zukunft

- der Kommunikation. München: C. Bertelsmann.
- Negt, Oskar (1999): Globalisierung und das Problem menschlicher Risiken. Ideologiekritische Anmerkungen zu den Modernisierungstheorien von Ulrich Beck und Anthony Giddens. In: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.), Die Illusion der neuen Freiheit. Realitätsverweigerung durch Wissenschaft, Hannover: Offizin-Verlag, 11-51.
- Negt, Oskar (2010): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform. Göttingen: Steidl.
- Negt, Oskar (2012): Gesellschaftsentwurf Europa. Plädoyer für ein gerechtes Gemeinwesen. Göttingen: Steidl.
- Neidhardt, Friedhelm (Hg.) (1994a): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neidhardt, Friedhelm (1994b): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. In: ders. (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: Westdeutscher Verlag, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm (2006): Europäische Öffentlichkeit als Prozess. Anmerkungen zum Forschungsstand. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 46-61.
- Neuberger, Christoph (2005): Formate der aktuellen Internetöffentlichkeit. Über das Verhältnis von Weblogs, Peer-to-Peer-Angeboten, und Portalen zum Journalismus - Ergebnisse einer explorativen Anbieterbefragung. In: Medien & Kommunikationswissenschaft 1: 73-92.
- Neuberger, Christoph, Nuernbergk, Christian, Rischke, Melanie (2007): Weblogs und Journalismus: Konkurrenz, Ergänzung oder Integration?. In: Media Perspektiven 2: 96-111.
- Neuberger, Christoph (2009): Journalismus im Internet: Zwischen Profession, Partizipation und Technik. In: Media Perspektiven 4: 174-188.
- Neumann, W. Russell: The Impact of the New Media . In: Bennett, W. Lance, Entman, Robert M. (Hg.), Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy, , 299-320.
- Newig, Jens, Fritsch, Oliver (2009): More Input - Better Output: Does Citizen Involvement Improve Environmental Governance?. In: Blühdorn, Ingolfur (Hg.), In Search of Legitimacy. Policy Making in Europe and the Challenge of Complexity, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Publishers, 205-224.
- Newman, M.E.J. (2003): The Structure and Function of complex Networks. In: SIAM Review: 167-256.
- Nielsen, Bernd (Hg.) (2010a): Psychohistorie der Krise. Heidelberg: Mattes Verlag.
- Nielsen, Bernd (2010b): Psychohistorie der Krise - Versuch einer Einführung. In: ders. (Hg.), Psychohistorie der Krise, Heidelberg: Mattes Verlag, 17-32.
- Nieminen, Hannu (2009): The European Public Sphere as a Network? Four plus one Approaches. In: Salovaara-Moring, Inka (Hg.), Manufacturing Europe. Spaces of Democracy, Diversity and Communication, Göteborg: Nordicom, 19-34.
- Nitoiu, Cristian: The European Public Sphere: Myth, Reality or Aspiration?. In: Political Studies Review: 26-38.
- Nohlen, Dieter (2004): Integration. In: ders., Schultze, Rainer-Olaf (Hg.), Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1, München: C. H. Beck, 368-369.
- Nohlen, Dieter, Schultze, Rainer-Olaf (Hg.) (2004): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1. München: C. H. Beck.

- Noller, Peter, Prigge, Walter, Ronneberger, Klaus (Hg.) (1994): Stadt-Welt. Über die Globalisierung städtischer Milieus. Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Nordmann, Jürgen (2010): Was ist eine Krise?. In: Ötsch, Walter Otto, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hg.), Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten, Marburg: Metropolis-Vrlag, 7-20.
- Novy, Leonard, Schwickert, Dominic (2009): Ressource und Risiko: Potenziale des Internets für die Politik. In: (Hg.), Lernen von Obama. Das Internet als Ressource und Risiko für die Politik, Gütersloh, 13-44.
- O'Brien, Karen (1997): Narratives of Enlightenment. Cosmopolitan history from Voltaire to Gibbon. Cambridge: Cambridge University Press.
- O'Donnell, Susan (2001): Analysing the Internet and the Public Sphere: The Case of 'Womenslink'. In: Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture 1: 39-57.
- Oelze, Berthold (2013): Unbehagen an der Politik. Zum neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit . In: Bach, Maurizio (Hg.), Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?, Baden-Baden: Nomos, 247-259.
- Örnebring, Henrik (2009): Questioning European Journalism. In: Journalism Studies 1: 2-17.
- Ötsch, Walter Otto, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hg.) (2010): Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten. Marburg: Metropolis-Verlag.
- Ogilvy, Jay (1998): 'Dark Side of the Boom': Interview with Manuel Castells . In: Wired 11: 188.
- Ott, Raphaela (2006): Weblogs als Medium politischer Kommunikation im Bundestagswahlkampf 2005. In: Holtz-Bacha, Christina (Hg.), Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 213-233.
- Pannen, Ute (2010): Social Media: Eine neue Architektur politischer Kommunikation. In: Forschungsjournal NSB 3.
- Papacharissi, Zizi (2002): The Virtual Sphere. The Internet as a Public Sphere. In: New Media & Society 1: 9-27.
- Pappi, Franz Urban (Hg.) (1987): Methoden der Netzwerkanalyse. München: Oldenbourg.
- Pariser, Eli (2011): The Filter Bubble: What the Internet is hiding from you. New York: Penguin Press.
- Pariser, Eli (2012): Wie wir im Internet entmündigt werden. In: Kemper, Peter, Mentzer, Alf, Tillmanns, Julika (Hg.), Wirklichkeit 2.0. Medienkultur im digitalen Zeitalter, Stuttgart: Reclam, 58-69.
- Park, Han Woo (2003a): Hyperlink Analyses of the World Wide Web: A Review. In: Journal of Computer-Mediated Communication 4.
- Park, Han Woo (2003b): Hyperlink Network Analysis: A new Method for the Study of Social Structure on the Web. In: Connections 1: 49-61.
- Park, David W. (2009): Blogging with Authority: Strategic Positioning in political Blogs. In: International Journal of Communication: 250-273.
- Passoth, Jan-Hendrik, Wieser, Matthias (2012): Medien als soziotechnische Arrangements: Zur Verbindung von Medien- und Technikforschung. In: Greif, Hajo, Werner, Matthias (Hg.), Vernetzung als soziales und technisches Paradigma, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 101-121.
- Patzelt, Werner J. (2008): Was ist und zu welchem Zweck befasst man sich mit 'Europäischer Identität'?. In: Stiftung Haus der action (Hg.), Europäische Identität - Grundlagen, Nationen, Kulturen, Bildung, Frankfurt a.M.: Verlag der action, 9-32.

- Perlot, Flooh (2008): *Deliberative Demokratie und Internetforen - Nur eine virtuelle Diskussion?*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Pernice, Ingolf, Otto, Lars S. (2011a): *Einführung: Elemente einer europäischen Öffentlichkeit*. In: dies. (Hg.), *Europa vermitteln im Diskurs*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Pernice, Ingolf, Otto, Lars S. (Hg.) (2011b): *Europa vermitteln im Diskurs*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Perschke, Rasco, Lübcke, Maren (2005): *Zukunft Weblog?! - Lesen, Schreiben und die Materialität der Kommunikation. Anmerkungen zu einem neuen Typus der Online-Kommunikation aus kommunikationstheoretischer Sicht*. In: *Kommunikation@Gesellschaft 6*: ohne Seitenangaben.
- Peters, Bernhard (1993): *Die Integration moderner Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Peters, Bernhard, et al. (2005): *National and transnational public spheres: The case of the EU*. In: *European Review 1*: 139-160.
- Peters, Bernhard, Weßler, Hartmut (2006): *Transnationale Öffentlichkeiten - analytische Dimensionen, normative Standards, soziokulturelle Produktionsstrukturen*. In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), *Demokratie in der Mediengesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 125-144.
- Peters, Bernhard (2007): *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pfeffer, Jürgen (2008): *Visualisierung sozialer Netzwerke*. In: Stegbauer, Christian (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 227-238.
- Pfetsch, Barbara, Esser, Frank (Hg.) (2003a): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pfetsch, Barbara, Esser, Frank (2003b): *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich: Neuorientierung in einer veränderten Welt*. In: dies. (Hg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 9-34.
- Pfetsch, Barbara, Koopmans, Ruud (2006): *Unter falschem Verdacht - Massenmedien und die Europäisierung der politischen Öffentlichkeit in Deutschland*. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 178-191.
- Pfetsch, Barbara (2006): *Wandlungsprozesse politischer Öffentlichkeit - Zur "Entgrenzung" lokaler, nationaler und alternativer Kommunikationsinfrastrukturen*. In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), *Demokratie in der Mediengesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 228-236.
- Pfetsch, Barbara (2008): *Agents of transnational Debate. The Press in emerging European Public Sphere*. In: Javnost/the public. *Journal of the European Institute for Communication and Culture 4*: 21-40.
- Pfetsch, Barbara, Adam, Silke, Eschner, Barbara (2010): *The Media's Voice over Europe: Issues Salience, Openness, and Conflict Lines in Editorials*. In: Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 151-170.
- Pichler, Johannes W., Balthasar, Alexander (Hg.) (2013): *Open Dialogue between EU Institutions and Citizens - Chances and Challenges*. Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag.

- Plake, Klaus, Jansen, Daniel, Schuhmacher, Birgit (2001): Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit im Internet. Politische Potenziale der Medienentwicklung. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pörksen, Bernhard, Loosen, Wiebke, Scholl, Armin (Hg.) (2008): Paradoxien des Journalismus: Theorie - Empirie - Praxis. Festschrift für Siegfried Weischenberg. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pörksen, Bernhard, Detel, Hanne (2012): Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Pöttker, Horst (2008): Öffentlichkeit als Sisyphusarbeit. In: Pörksen, Bernhard, Loosen, Wiebke, Scholl, Armin (Hg.), Paradoxien des Journalismus: Theorie - Empirie - Praxis. Festschrift für Siegfried Weischenberg, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 63-78.
- Pöttker, Horst, Schwarzenegger, Christian (Hg.) (2010): Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Polat, Rabia Karakaya (2005): The Internet and Political Participation. Exploring the Explanatory Links. In: European Journal of Communication 4: 435-459.
- Polster, Werner (2009): Europa auf dem Weg zur Renationalisierung. In: Kommune, Forum für Politik, Ökonomie, Kultur: 15-21.
- Preston, Paschal (2009): An elusive transnational public sphere? Journalism and news cultures in the EU setting. In: Journalism Studies 1: 114-129.
- Preston, Paschal, Metykova, Monika (2009): Media, Political Communication and the European Public Sphere. In: Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth, Krzyzanowski, Michael (Hg.), The European Public Sphere and the Media. Europe in Crisis, New York: Palgrave Macmillan, 34-49.
- Preuß, Ulrich K. (2004): Transformation des europäischen Nationalstaats - Chance für die Herausbildung einer Europäischen Öffentlichkeit?. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 44-60.
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt: Sozialräume jenseits von Nationalgesellschaften. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Pries, Ludger (2010): Transnationalisierung. Theorie und Empirie grenzüberschreitender Vergesellschaftung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prior, Markus (2008): Are Hyperlinks "Weak Ties"?. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 250-267.
- Putnam, Robert (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community . New York: Simon and Schuster.
- Rabenschlag, David (2009): Leitbilder der Unionsbürgerschaft. Die Auslegung der Unionsbürgerschaft durch den EuGH im Spiegel umstrittener Konzeptionen eines europäischen Bürgerrechts . Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Rainie, Lee, Wellman, Barry (2012): Networked. The new social operating System. Cambridge: M.I.T. Press.
- Ratcliffe, Mitch, Lebkowsky, Jon (Hg.) (2007): Extreme Democracy. o.O.: Lulu PR.
- Rau, Harald: Soziale Netzwerke und die Frage nach der Effizienz. In: Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.), Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation , , 197-208.
- Rees, Joachim, Siebers, Winfried (2005): Erfahrungsraum Europa. Reisen politischer Funktionsträger des Alten Reichs 1750-1800. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Reichardt, Rolf (2003): Arbeitsperspektiven zur interkulturellen Kommunikation zwischen

- Ancien Régime und Moderne. In: Fuchs, Thomas, Trakulhun, Sven (Hg.), Das eine Europa und die Vielfalt der Kulturen. Kulturtransfer in Europa 1500-1850, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag, 27-46.
- Requate, Jörg, Schulze Wessel, Martin (2002a): Europäische Öffentlichkeit: Realität und Imagination einer appellativen Instanz. In: dies. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 11-39.
- Requate, Jörg, Schulze Wessel, Martin (Hg.) (2002b): Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Reynié, Dominique (2011): Does a "European Public Opinion" exist?. In: Pernice, Ingolf, Otto, Lars S. (Hg.), Europa vermitteln im Diskurs, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 107-122.
- Rheingold, Howard (1994): Virtuelle Gemeinschaft. Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Bonn: Addison-Wesley.
- Rifkin, Jeremy (2004): Der Europäische Traum. Die Visionen einer leisen Supermacht. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Rijgersberg, Rudolf W. (2010): The State of Interdependence. Globalization, Internet and Constitutional Governance. Leiden: T.M.C. Asser Press.
- Rilling, Rainer (1998): Politische Netzkommunikation und Entscheidung. In: Hartmann, Christian, Hüttig, Christoph (Hg.), Netzdiskurs. Das Internet und der Strukturwandel von Kommunikation und Öffentlichkeit, Loccum: Evangelische Akademie, 149-156.
- Risse, Thomas (2002): Zur Debatte um die (Nicht-)Existenz einer europäischen Öffentlichkeit. In: Berliner Debatte Initial 5/6: 15-23.
- Risse, Thomas (2004): Auf dem Weg zu einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft: Theoretische Überlegungen und empirische Evidenz. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 139-153.
- Risse, Thomas (2010): A Community of Europeans? Transnational Identities and Public Spheres. Ithaca: Cornell University Press.
- Roesler, Alexander (1997): Bequeme Einmischung. Internet und Öffentlichkeit. In: Münker, Stefan, Roesler, Alexander (Hg.), Mythos Internet, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 171-182.
- Rössler, Patrick: Wirkungsmodelle: die digitale Herausforderung revisited. Forschungsstand zu Wirkungen von Online-Kommunikation - ein rückblickender Essay. In: Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.), Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 91-103.
- Romahn, Boris (2006): Renaissance der Public Sphere? Öffentlichkeit als Ziel und Mittel neuerer marktkritischer Bewegungen. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 352-377.
- Ronge, Volker (2011): Idee oder Identität? - Die Triebkräfte der Europäischen Union. In: Scors, Konrad, Sander, Gerald G. (Hg.), Die Identität Europas - Was ist "europäisch"?, Hamburg: Verlag Dr. Kovac, 9-30.
- Rosato, Sebastian (2011): Europe United. Power Politics and the Making of the European Community. o.O.: Cornell University Press.
- Rousseau, Jean-Jacques (1988): Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart: Reclam ([Nachdruck], durchgesehe und bibliographisch ergänzte Ausgabe).

- Rucht, Dieter (2002): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen. In: Kaelble, Hartmut, Kirsch, Martin, Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 327-351.
- Rucht, Dieter, Yang, Mundo, Zimmermann, Ann (2004): Die Besonderheiten netzbasierter politischer Kommunikation am Beispiel des Genfood-Diskurses. Gutachten im Auftrag des Deutschen Bundestages. Berlin.
- Ruß-Mohl, Stephan (2000): Grenzen des europäischen Journalismus. In: Baerns, Barbara, Raupp, Juliana (Hg.), *Information und Kommunikation in Europa. Forschung und Praxis*, Berlin: Vistas Verlag, 128-137.
- Ruß-Mohl, Stephan (2003): Towards a European Journalism? - Limits, Opportunities, Challenges. In: *Studies in Communication Sciences 2*: 203-216.
- Ruß-Mohl, Stephan (2013): Über europäische Öffentlichkeit und europäischen Journalismus. In: *Gegenworte. Hefte für den Disput über Wissen 30*: 32-36.
- Russell, Adrienne, Ito, Mizuko, Reichmond, Todd, Tuters, Marc (2008): *Culture: Media Convergence and Networked Participation*. In: Varnelis, Kazys (Hg.), *Networked Publics*, Cambridge: M.I.T. Press, 43-76.
- Russell, Adrienne, Echchaibi, Nabil (Hg.) (2009): *International Blogging. Identity, Politics, and Networked Publics*. New York: Peter Lang.
- Russell, Adrienne (2009): Introduction: International Blogging-Identity, Politics, and Networked Publics. In: dies., Echchaibi, Nabil (Hg.), *International Blogging. Identity, Politics, and Networked Publics*, New York: Peter Lang, 1-10.
- Rußmann, Uta (2007): *Agenda Setting und Internet. Themensetzung im Spannungsfeld von Onlinemedien und sozialen Netzwerken*. München: Verlag Reinhard Fischer.
- Sabathil, Gerhard (2011): Von der Vielstimmigkeit zum Chor - Kommunikation in Europa. In: Pernice, Ingolf, Otto, Lars S. (Hg.), *Europa vermitteln im Diskurs*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 67-80.
- Salovaara-Moring, Inka (Hg.) (2009): *Manufacturing Europe. Spaces of Democracy, Diversity and Communication*. Göteborg: Nordicom.
- Sarcinelli, Ulrich (Hg.) (1987): *Politikvermittlung. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Sarcinelli, Ulrich (1998): Mediatisierung. In: Jarren, Ottfried, Sarcinelli, Ulrich, Saxer, Ulrich (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil*, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 678-679.
- Sarcinelli, Ulrich (2005): *Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sarcinelli, Ulrich, Teschner, Jens (Hg.) (2008): *Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Saxer, Ulrich (2006): Europäischer Gesellschafts-, Medien- und Öffentlichkeitswandel - eine kommunikationssoziologische Perspektive. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 62-92.
- Schachtner, Christina (2012): Das Soziale im Kontext digitaler Netzwerke: auf den Spuren von Bruno Latour. In: Greif, Hajo, Werner, Matthias (Hg.), *Vernetzung als soziales und technisches Paradigma*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79-99.
- Schaefer, Cora, Hoser, Bettina (2008): Die Beeinflussung von Zentralitätsmaßen der sozialen Netzwerkanalyse durch Gästeaccounts in Internet-Diskussionsforen. In: Stegbauer, Christian (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 273-286.

- Schäfers, Bernhard (Hg.) (1993): *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992.* Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Scharnhorst, Andrea (2003): *Complex Networks and the Web: Insights from Nonlinear Physics.* In: *Journal of Computer-Mediated Communication* 4.
- Scharpf, Fritz W. (1970): *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung.* Konstanz: UVK.
- Scharpf, Fritz W. (1999): *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?.* Frankfurt a.M./New York : Campus Verlag.
- Schelske, Andreas (2005): *Computerunterstützte Vergesellschaftung.* In: Jäckel, Michael, Mai, Manfred (Hg.), *Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 137-154.
- Schenk, Michael, Wolf, Malthe (2006): *Die digitale Spaltung der Gesellschaft: Zur politikorientierten Nutzung des Internet und der traditionellen Medien in den sozialen Milieus.* In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), *Demokratie in der Mediengesellschaft,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 239-260.
- Scherer, Helmut, Vesper, Simone (2004): *Was schreiben die anderen? Ausländische Pressestimmen als Vorform paneuropäischer Öffentlichkeit - Eine Inhaltsanalyse deutscher Qualitätszeitungen .* In: Hagen, Lutz M. (Hg.), *Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess,* Köln: Herbert von Halem Verlag, 195-211.
- Scheyli, Martin (2000): *Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas: Institutionelle Gestaltung durch direktdemokratische Beteiligungsformen?.* Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Schieder, Siegfried (2010): *Neuer Liberalismus.* In: ders., Spindler, Manuela (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen,* Opladen : Verlag Barbara Budrich, 187-222.
- Schieder, Siegfried, Spindler, Manuela (Hg.) (2010): *Theorien der Internationalen Beziehungen.* Opladen : Verlag Barbara Budrich.
- Schiller, Dietmar (1998): *Parlamente Online: Zum Strukturwandel parlamentarischer Öffentlichkeit im Internet-Zeitalter.* In: Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.), *Demokratie und Internet,* Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 127-142.
- Schimank, Uwe, Volkmann, Ute (Hg.) (2000): *Soziologische Gegenwartsdiagnosen I .* Opladen: Leske + Budrich.
- Schlesinger, Philip (1993): *Wishful thinking: Cultural Politics, Media, and Collective Identities in Europe.* In: *Journal of Communication* 2: 6-17.
- Schlesinger, Philip (1999): *Changing Spaces of Political Communication.* In: *Political Communication* 16: 263-279.
- Schlesinger, Philip, Kevin, Deidre (2000): *Can the European Union become a sphere of publics?.* In: Fossum, John Erik (Hg.), *Democracy in the European Union. Integration through deliberation?,* London: Roudletge, 206-229.
- Schlesinger, Philip (2007a): *A cosmopolitan Temptation.* In: *European Journal of Communication* 4: 413-426.
- Schlesinger, Philip (2007b): *A fragile cosmopolitanism. On the unresolved ambiguities of the European public sphere.* In: Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.), *The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?,* New York: Routledge, 65-83.

- Schmale, Wolfgang (2010): Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität. Bonn: Kohlhammer.
- Schmalz-Bruns, Rainer (1995): Reflexive Demokratie. Die demokratische Transformation moderner Politik . Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Schmalz-Bruns, Rainer (2001): Internet-Politik. Zum demokratischen Potenzial der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. In: Simonis, Georg, Martinsen, Renate, Saretzki, Thomas (Hg.), Politik und Technik. Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am ANfang des 21. Jahrhunderts., Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 108-131.
- Schmalz-Bruns, Rainer (2002): Demokratisierung der EUropäischen Union - oder: Europäisierung der Demokratie? Überlegungen zur Zukunft der Demokratie jenseits des Nationalstaates. In: Lutz-Bachmann, Matthias, Bohman, James (Hg.), Weltstaat oder Staatenwelt? Für und wider die Idee einer Weltrepublik, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 260-307.
- Schmalz-Bruns, Rainer (2007): The Euro-Polity in Perspective: Some normative Lessons from Deliberative Democracy. In: Kohler-Koch, Beate, Rittberger, Berthold (Hg.), Debating the Democratic Legitimacy of the European Union, Plymouth: Rowman & Littlefield Publishers, 281-303.
- Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung . Bonn: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Jan, Schönberger, Klaus, Stegbauer, Christian (2005): Erkundungen von Weblog-Nutzungen. Anmerkungen zum Stand der Forschung. In: Kommunikation@Gesellschaft 6: ohne Seitenangaben.
- Schmidt, Jan (2006a): Social Software: Onlinegestütztes Informations-, Identitäts- und Beziehungsmanagement. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2: 37-47.
- Schmidt, Jan (2006b): Weblogs. Eine kommunikationssoziologische Studie. Konstanz: UVK.
- Schmidt, Jan (2007): Stabilität und Wandel von Weblog-Praktiken: Erste empirische Befunde. In: Kimpeler, Simone, Mangold, Michael, Schweiger, Wolfgang (Hg.), Die digitale Herausforderung. Zehn Jahre Forschung zur computervermittelten Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 51-60.
- Schmidt, Jan (2008a): Was ist neu am Social Web? Soziologische und kommunikationswissenschaftliche Grundlagen. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum, Köln: Herbert von Halem Verlag, 18-40.
- Schmidt, Jan (2008b): Zu Form und Bestimmungsfaktoren weblogbasierter Netzwerke. Das Beispiel twoday.net. In: Stegbauer, Christian (Hg.), Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken: Beispiele aus dem Bereich "Social Software", Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 71-94.
- Schmidt, Jan (2009): Das neue Netz: merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0. Konstanz: UVK.
- Schmidt, Jan, Frees, Beate, Fisch, Martin (2009): Themenscan im Web 2.0: Neue Öffentlichkeiten in Weblogs und Social-News-Plattformen. In: Media Perspektiven 2: 50-59.
- Schneider, Christoph (2009): Europa als einheitlich-christlicher Kulturraum. Novalis' Schrift "Die Christenheit oder Europa" von 1799. In: Eggel, Dominic, Wehinger, Brunhilde (Hg.), Europavorstellungen im 18. Jahrhundert, o.O.: Wehrhahn Verlag, 169-185.
- Schneiders, Werner (2003a): Einheit und Vielfalt der Aufklärung. In: ders. (Hg.), The Enlightenment in Europa - Unity and Diversity, Berlin: Berliner Wissenschafts-

- Verlag, XIX-XXII.
- Schneiders, Werner (Hg.) (2003b): *The Enlightenment in Europa - Unity and Diversity*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Schönbach, Klaus (1998): Politische Kommunikation - Publizistik- und kommunikationswissenschaftliche Perspektiven. In: Jarren, Ottfried, Sarcinelli, Ulrich, Saxer, Ulrich (Hg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 114-137.
- Schorkopf, Frank (2010): *Der Europäische Weg. Grundlagen der Europäischen Union*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schröder, Konrad (1995): Zur Problematik von Sprache und Identität in Westeuropa. Eine Analyse aus sprachpolitischer Perspektive. In: Ammon, Ulrich, Mattheier, Klaus J., Nelde, Peter H. (Hg.), *Europäische Identität und Sprachenvielfalt*, o.O.: Niemeyer Max Verlag, 56-66.
- Schuberth, Helene (2010): Europäische Wirtschaftspolitik: Das Paradigma von "nur Markt" im Widerspruch zu einem funktionsfähigen gemeinsamen Markt. In: Ötsch, Walter Otto, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hg.), *Krise! Welche Krise? Zur Problematik aktueller Krisendebatten*, Marburg: Metropolis-Verlag, 111-124.
- Schuck, Andreas R. T., deVreese, Claes H. (2006): Between Risk and Opportunity. News Framing and its Effects on public Support for EU Enlargement. In: *European Journal of Communication*: 5-32.
- Schulz-Forberg, Hagen (2010): Europa entzaubert? Öffentlichkeit und Integration Europas. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), *Die kulturelle Integration Europas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 51-96.
- Schulz-Forberg, Hagen, Strath, Bo (2010): Soft and Strong European Public Spheres. In: Frank, Robert, Kaelble, Hartmut, Lévy, Marie-Francoise, Passerini, Luisa (Hg.), *Building a European Public Sphere. From the 1950s to the Present*, Brüssel: P.I.E. Peter Lang, 55-76.
- Schulze, Gerhard (1992): *Die Erlebnisgesellschaft: Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Schulze Wessel, Martin (2002): Religiöse Intoleranz, grenzüberschreitende Kommunikation und die politische Geographie Ostmitteleuropas im 18. Jahrhundert. In: Requate, Jörg, Schulze Wessel, Martin (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit. Transnationale Kommunikation seit dem 18. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 63-78.
- Schwan, Anna (2011): *Werbung statt Waffen. Wie strategische Außenkommunikation die Außenpolitik verändert..* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwarzer, Daniela (2012): Economic Governance in der Eurozone. In: *APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte* 4: 17-24.
- Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.) (2010): *Handbuch Online-Kommunikation*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schwelling, Birgit (2010): Erinnerung als Medium der kulturellen Integration Europas?. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), *Die kulturelle Integration Europas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 213-234.
- Scorl, Konrad, Sander, Gerald G. (Hg.) (2011): *Die Identität Europas - Was ist "europäisch"?*. Hamburg: Verlag Dr. Kovac.
- Seethaler, Josef (2006): Entwicklung und Stand der kommunikationswissenschaftlichen Forschung zur europäischen Öffentlichkeit. Eine Analyse der Beiträge in vier europäischen Fachzeitschriften . In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre*

- Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 244-260.
- Seifert, Markus (2006): Neue Demokratie durch das Internet? Zum Einfluss des Netzes auf die bürgerschaftliche politische Kommunikation. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 2: 48-59.
- Shah, Dhavan, Kwak, Nojin, Holbert, R. Lance (2001): Connecting and disconnecting with civic life: Patterns of Internet use and the production of social capital. In: *Political Communication* 2: 141-162.
- Shah, Dhavan, Schmierbach, Mike, Hawkins, Robert P., Espino, Rodolfo, Donovan, Janet (2002): Nonrecursive Models of Internet Use and Community Engagement: Questioning whether Time spent Online erodes social Capital. In: *Journalism & Mass Communication Quarterly* 4: 964-987.
- Shah, Dhavan, Cho, Jaeho, Eveland, William P., Kwak, Nojin (2005): Information and Expression in Digital Age. Modeling Internet Effects on Civic Participation. In: *Communication Research* 5: 531-565.
- Shahin, Jamal, Neuhold, Christine (2008): 'Connecting Europe': The Use of 'New' Information and Communication Technologies within European Parliament Standing Committees. In: Dai, Xiudian, Norton, Philip (Hg.), *The Internet and Parliamentary Democracy in Europe. A comparative Study of the Ethics of Political Communication in the Digital Age*, London and New York: Routledge, 47-61.
- Shane, Peter M. (Hg.) (2004): *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet*. New York: Routledge.
- Shirky, Clay (2007): Power Law, Weblogs, and Inequality. In: Ratcliffe, Mitch, Lebkowsky, Jon (Hg.), *Extreme Democracy*, o.O.: Lulu PR, 46-52.
- Siebenhaar, Klaus (Hg.) (2008a): *Medien im 21. Jahrhundert: Theorie - Technologie - Markt*. Berlin, Münster: Lit Verlag.
- Siebenhaar, Klaus (2008b): Wie und warum kommt der Mensch zu seinen Medien?. In: ders. (Hg.), *Medien im 21. Jahrhundert: Theorie - Technologie - Markt*, Berlin, Münster: Lit Verlag, 13-18.
- Siedschlag, Alexander, Rogg, Arne, Welzel, Carolin (2002): *Digitale Demokratie. Willensbildung und Partizipation per Internet*. Opladen: Leske + Budrich.
- Siedschlag, Alexander (2004): *Die Bewertung des Internets als Kanal und Verstärker deliberativer Demokratiekultur*. München: o.A..
- Sievers, Burkard (2010): Zu einer Sozioanalyse der Finanzkrise. In: Nielsen, Bernd (Hg.), *Psychohistorie der Krise*, Heidelberg: Mattes Verlag, 45-68.
- Sifft, Stefanie, Brüggemann, Michael, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Peters, Bernhard, Wimmel, Andreas (2007): Segmented Europeanization: Exploring the Legitimacy of the European Union from a Public Discourse Perspective. In: *Journal of Common Market Studies* 1: 127-155.
- Simonis, Georg, Martinsen, Renate, Saretzki, Thomas (Hg.) (2001): *Politik und Technik. Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts..* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Skopalová, Jitka (2008): Wie entsteht eine 'Europäische Identität'?. In: Stiftung Haus der action (Hg.), *Europäische Identität - Grundlagen, Nationen, Kulturen, Bildung*, Frankfurt a.M.: Verlag der action, 71-82.
- Sloterdijk, Peter (1994): *Falls Europa erwacht. Gedanken zum Programm einer Weltmacht am Ende des Zeitalters ihrer politischen Absence*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Smith, Jackie (2001): Cyber Subversion and the Information Economy.. In: *Dissent. A quarterly of Politics and Culture* 2: 48-52.
- Sösemann, Bernd (Hg.) (2002): *Kommunikation und Medien in Preußen vom 16. bis zum*

19. Jahrhundert. Stuttgart: Steiner.
- Sparks, Colin: The Internet and the global Public Sphere. In: Bennett, W. Lance, Entman, Robert M. (Hg.), *Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy*, , 75-95.
- Splichal, Slavko (2006): In search of a strong European public Sphere: some critical observations on conceptualizations of publicness and the (European) public sphere. In: *Media, Culture & Society* 5: 695-714.
- Statham, Paul (2007): Journalists as Commentators on European Publics. In: *European Journal of Communication* 4: 461-477.
- Statham, Paul (2010a): Making Europe News: Journalism and Media Performance. In: Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 125-150.
- Statham, Paul (2010b): What Kind of Europeanized Public Politics?. In: Koopmans, Ruud, Statham, Paul (Hg.), *The Making of a European Public Sphere. Media Discourse and Political Contention*, Cambridge: Cambridge University Press, 277-306.
- Steg, Thomas, Wixforth, Daniel (2012): Mut zur Lücke. Über die Gegenläufigkeit von Bürgererwartungen und politischen Sachzwängen in einer digitalisierten und europäisierten Mediengesellschaft. In: *Perspektive 21. Brandenburgische Hefte für Wissenschaft und Politik* 52: 55-64.
- Stegbauer, Christian (2001): *Grenzen virtueller Gemeinschaft. Strukturen internetbasierter Kommunikationsforen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Stegbauer, Christian (2005): Soziale Formen im Internet. In: Jäckel, Michael, Mai, Manfred (Hg.), *Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 201-221.
- Stegbauer, Christian, Rausch, Alexander (2006): *Strukturalistische Internetforschung. Netzwerkanalysen internetbasierter Kommunikationsräume*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stegbauer, Christian (Hg.) (2008a): *Formen der Kooperation in computerbasierten Netzwerken: Beispiele aus dem Bereich "Social Software"*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stegbauer, Christian (Hg.) (2008b): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stegbauer, Christian (2008c): *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Einige Anmerkungen zu einem neuen Paradigma*. In: ders. (Hg.), *Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-19.
- Stegbauer, Christian (2011): *Kulturwandel in Wikipedia - oder von der Befreiungs- zur Produktideologie*. In: Fuhse, Jan, Stegbauer, Christian (Hg.), *Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 55-74.
- Stegbauer, Christian, Fuhse, Jan (2011): *Über das Verhältnis von Kultur, Kommunikationstechnologien und sozialen Netzwerken*. In: Fuhse, Jan, Stegbauer, Christian (Hg.), *Kultur und mediale Kommunikation in sozialen Netzwerken*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7-12.
- Steinbiecker, Jochen (2013): *Der Staat und das globale Internet. In: Bach, Maurizio (Hg.), Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?*, Baden-Baden:

- Nomos, 199-215.
- Steinkamp, Volker (2003): *L'Europe éclairée. Das Europa-Bild der französischen Aufklärung.* Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.
- Sterr, Matthias (2007): *Social Network Analysis - Eine Darstellung des State of the Art und die Anwendung auf virtual Communities.* Norderstedt: GRIN Verlag.
- Stiftung Haus der Action (Hg.) (2008): *Europäische Identität - Grundlagen, Nationen, Kulturen, Bildung.* Frankfurt a.M.: Verlag der action.
- Stockhorst, Stefanie (Hg.) (2010): *Cultural transfer through translation: The circulation of enlightened thought in Europe by means of translation.* Amsterdam: Rodopi.
- Stollberg-Rilinger, Barbara (2000): *Europa im Jahrhundert der Aufklärung.* Stuttgart: Reclam.
- Strath, Bo (2002): *A European Identity. To the historical Limits of a Concept.* In: *European Journal of Social Theory* 4: 387-401.
- Strath, Bo, Wodak, Ruth (2009): *Europe - Discourse - Politics - Media - History: Constructing 'Crises'?*. In: Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth, Krzyzanowski, Michael (Hg.), *The European Public Sphere and the Media. Europe in Crisis,* New York: Palgrave Macmillan, 15-33.
- Strath, Bo (Hg.) (2010a): *Europe and the Other and Europa as the Other.* Brüssel: P.I.E. Peter Lang.
- Strath, Bo (2010b): *Introduction: Europe as a Discourse.* In: ders. (Hg.), *Europe and the Other and Europa as the Other,* Brüssel: P.I.E. Peter Lang, 13-44.
- Sturm, Roland (2013): *Europäisierung und Wandel der Staatlichkeit.* In: Bach, Maurizio (Hg.), *Der entmachtete Leviathan. Löst sich der souveräne Staat auf?,* Baden-Baden: Nomos, 93-103.
- Suchanek, Andreas (2004): *Europäische Öffentlichkeit aus institutionenökonomischer Sicht.* In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit,* Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 191-208.
- Sunstein, Cass R. (2007): *Republic.com 2.0.* Princeton and Oxford: Princeton University Press.
- Surowiecki, James (2007): *Die Weisheit der Vielen. Warum Gruppen klüger sind als Einzelne.* München: Goldmann.
- Sutter, Tilmann (2005): *Vergesellschaftung durch Medienkommunikation als Inklusionsprozess.* In: Jäckel, Michael, Mai, Manfred (Hg.), *Online-Vergesellschaftung? Mediensoziologische Perspektiven auf neue Kommunikationstechnologien,* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-32.
- Swaan, Abram de (2007): *The European void. The democratic deficit as a cultural deficiency.* In: Fossum, John Erik, Schlesinger, Philip (Hg.), *The European Union and the Public Sphere. A communicative space in the making?,* New York: Routledge, 135-153.
- Swanson, David L. (2003): *Transnationale politische Kommunikation: Konventionelle Sichtweisen und neuen Realitäten.* In: Pfetsch, Barbara, Esser, Frank (Hg.), *Politische Kommunikation im internationalen Vergleich. Grundlagen, Anwendungen, Perspektiven,* Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 56-77.
- Tambini, Damian (2009): *Transformation of the Public Sphere: Law, Policy and the Boundaries of Publicness.* In: Harrison, Jackie, Wessels, Bridgette (Hg.), *Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere,* o.O.: Berghahn Books, 47-72.
- Tedesco, John C. (2004): *Changing the Channel: Use of the Internet for Communicating about Politics.* In: Kaid, Lynda Lee, *Handbook of political Communication Research,*

- Mahawa: Lawrence Erlbaum Associates, 507-532.
- Tenscher, Jens (2009): Informationsnutzung und politische Orientierung: Eine Vermessung der Europäischen Union. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 496-526.
- Thelwall, Mike, Hasler, Laura (2007): Blog Search Engines. In: Online Information Review 4: 467-479.
- Thelwall, Mike (2007): Blog Searching. The first general-purpose source of retrospective public opinion in the social sciences?. In: Online Information Review 3: 277-289.
- Thelwall, Mike (2009): Introduction to Webometrics. Quantitative Web Research for the Social Sciences. o.O.: Morgan & Claypool.
- Thomaß, Barbara (2006): Changing Media, Changing Policy: Public Service Broadcasting in the Digital Age. In: Marcinkowski, Frank, Meier, Werner A., Trappel, Josef (Hg.), Media and Democracy. Experiences from Europe, Bern: Haupt Verlag, 41-57.
- Tobler, Stefan (2006a): Deliberation und transnationale Öffentlichkeit. Eine Prozessperspektive demokratischer Öffentlichkeit. In: Imhof, Kurt, Blum, Roger, Bonfadelli, Heinz, Jarren, Otfried (Hg.), Demokratie in der Mediengesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 161-181.
- Tobler, Stefan (2006b): Konfliktinduzierte Transnationalisierung nationaler und supranationaler Öffentlichkeitsarenen. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 107-131.
- Tobler, Stefan (2010): Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit. Konfliktinduzierte Kommunikationsverdichtungen und kollektive Identitätsbildung in Europa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Tocqueville, Alexis de (1987): Über die Demokratie in Amerika. Erster Teil von 1835. Zürich: Manesse Verlag.
- Tolbert, Caroline J., McNeal, Ramona S. (2003): Unraveling the Effects of the Internet on Political Participation. In: Political Research Quarterly 2: 175-185.
- Tréfas, David, Lucht, Jens (Hg.) (2010): Europe on Trial. Shortcomings of the EU with Regard to Democracy, Public Sphere and Identity . o.O.: Studienverlag.
- Trenz, Hans-Jörg (2000): Korruption und politischer Skandal in der EU. Auf dem Weg zu einer europäischen politischen Öffentlichkeit?. In: Bach, Maurizio (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 332-359.
- Trenz, Hans-Jörg (2003): Einführung: Auf der Suche nach einer europäischen Öffentlichkeit. In: Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trezn, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske + Budrich, 161-168.
- Trenz, Hans-Jörg (2004): Öffentlichkeit und gesellschaftliche Integration in Europa. In: Franzius, Claudio, Preuß, Ulrich K. (Hg.), Europäische Öffentlichkeit, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 81-103.
- Trenz, Hans-Jörg, Eder, Klaus (2004): The Democratizing Dynamics of a European public Sphere: Towards a Theory of Democratic Functionalism. In: European Journal of Social Theory 1: 5-25.
- Trenz, Hans-Jörg (2005a): Europa in den Medien. Die europäische Integration im Spiegel nationaler Öffentlichkeiten. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Trenz, Hans-Jörg (2005b): Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im europäischen Integrationsprozess: normative Desiderate und empirische Interdependenzen in der Konstitution einer europäischen Herrschaftsordnung. In: Knodt, Michèle, Finke,

- Barbara (Hg.), Europäische Zivilgesellschaft. Konzepte, Akteure, Strategien, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 55-78.
- Trenz, Hans-Jörg (2010): The Europeanization of Political Communication: Conceptual Clarifications and Empirical Measurements. In: Bee, Christiano, Bozzini, Emanuela (Hg.), Mapping the European Public Sphere. Institutions, Media and Civil Society, Farnham: Ashgate, 15-29.
- Triandafyllidou, Anna, Wodak, Ruth, Krzyzanowski, Michael (Hg.) (2009): The European Public Sphere and the Media. Europe in Crisis. New York: Palgrave Macmillan.
- Trier, Matthias, Bobrik, Annette (2008): Dynamische Analyse von Netzwerken elektronischer Kommunikation. Kann der Zentralität getraut werden?. In: Stegbauer, Christian (Hg.), Netzwerkanalyse und Netzwerktheorie. Ein neues Paradigma in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 323-334.
- Trunk, Achim (2010): Eine Sprache für Europa, zwei oder viele? Die Sprachenfrage in der frühen europäischen Integration. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), Die kulturelle Integration Europas, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173-211.
- Tsui, Lokman (2008): The Hyperlink in Newspapers and Blogs. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 70-84.
- Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.) (2008): The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age. o.O.: The University of Michigan Press.
- Valentini, Chiara, Laursen, Bo (2011): The Mass Media. A Privileged Channel for the EU's Political Communication. In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action, Brüssel: Peter Lang, 129-146.
- van de Steeg, Marianne (2002): Rethinking the Conditions for a Public Sphere in the European Union. In: European Journal of Social Theory 4: 499-519.
- van de Steeg, Marianne (2003): Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU.. In: Klein, Ansgar, Koopmans, Ruud, Trezn, Hans-Jörg, Klein, Ludger, Lahusen, Christian, Rucht, Dieter (Hg.), Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa, Opladen: Leske + Budrich, 169-190.
- van de Steeg, Marianne (2010): Theoretical Reflections on the Public Sphere in the European Union: A Network of Communication or a Political Community. In: Bee, Christiano, Bozzini, Emanuela (Hg.), Mapping the European Public Sphere. Institutions, Media and Civil Society, Farnham: Ashgate, 31-45.
- van den Brande, Luc (2013): The European Public Sphere can only emerge through the Development of a multi-level Governance Culture in Europe. In: Pichler, Johannes W., Balthasar, Alexander (Hg.), Open Dialogue between EU Institutions and Citizens - Chances and Challenges, Wien: Neuer Wissenschaftlicher Verlag, 52-58.
- van Deth, Jan W., Elff, Martin (2004): Politicisation, Economic Development, and Political Interest in Europe. In: European Journal of Political Research 3: 477-508.
- Van Dijk, Jan A. G. M. (2005): The Deepening Divide: Inequality in the Information Society. London: Sage.
- van Eimeren, Birgit, Frees, Beate (2013): Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. In: Media Perspektiven 7/8: 358-372.
- Van Horn Melton, James (2001): The Rise of the Public in Enlightenment Europe . Cambridge: Cambridge University Press.
- van Os, Renee (2005): Framing Europe Online: French Political Parties and the European Election of 2004. In: Information Polity: An International Journal of Government

- and Democracy in the Information Age 3-4: 205-218.
- van Os, Renee, Jankowski, Nicholas W., Vergeer, Maurice (2007): Political Communication about Europe on the Internet during the 2004 European Parliament Election Campaign in nine EU member states. In: *European Societies* 5: 755-775.
- van Os, Renee, Wester, Fred, Jankowski, Nicholas W. (2007): Presentations of Europe on Political Party Websites during the 2004 EP Election Campaign. In: *Javnost/the public. Journal of the European Institute for Communication and Culture* 2: 63-82.
- van Os, Renee, Jankowski, Nicholas W., Wester, Fred (2009): Exploring the Online European Public Sphere: The Web and Europeanization of Political Communication in the European Union. In: Harrison, Jackie, Wessels, Bridgette (Hg.), *Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere*, o.O.: Berghahn Books, 73-98.
- Varnelis, Kazys (2008a): Conclusion: The Meaning of Network Culture. In: ders. (Hg.), *Networked Publics*, Cambridge: M.I.T. Press, 145-163.
- Varnelis, Kazys (Hg.) (2008b): *Networked Publics*. Cambridge: M.I.T. Press.
- Varnelis, Kazys, Friedberg, Anne (2008): Place: The Networking of Public Space. In: Varnelis, Kazys (Hg.), *Networked Publics*, Cambridge: M.I.T. Press, 15-42.
- Varwick, Johannes (Hg.) (2011a): *Krise und Zukunft der EU*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Varwick, Johannes (2011b): *Krise und Zukunft der Europäischen Integration*. In: ders. (Hg.), *Krise und Zukunft der EU*, Schwalbach: Wochenschau Verlag, 11-31.
- Verhulst, Stefaan G. (2008): Linked Geographies: Maps are Mediators of Reality. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), *The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age*, o.O.: The University of Michigan Press, 191-205.
- Vesnic-Alujevic, Lucia (2011): The European Parliament's Online Communication Strategy. Creation of the European Public Sphere. In: Morganti, Luciano, Bekemans, Léonce (Hg.), *The European Public Sphere. From Critical Thinking to Responsible Action*, Brüssel: Peter Lang, 85-94.
- Vetters, Regina (2008): Frankreichs Referendumsdebatte in deutschen Printmedien: Beobachtung von außen oder Stellvertreterdebatte?. In: Bonfadelli, Heinz, u.a. (Hg.), *Seismographische Funktion von Öffentlichkeit im Wandel*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 230-246.
- Vobruba, Georg (2010): Intellektualität in der europäischen Integration. In: Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.), *Die kulturelle Integration Europas*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 341-357.
- Volkmer, Ingrid (2003): Jenseits des 'Globalen' und 'Lokalen': Strukturen politischer Öffentlichkeit im Zeitalter der globalen Netzwerk-Gesellschaft. In: Wiedemann, Dieter (Hg.), *Die medialisierte Gesellschaft. Beiträge zur Rolle der Medien in der Demokratie*, Bielefeld: AJZ Druck & Verlag, 41-56.
- von Alemann, Ulrich, Marschall, Stefan (Hg.) (2002): *Parteien in der Mediendemokratie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- von Lücke, Albrecht (Juli 2003): Gegenmacht Kerneuropa? Nachfragen . In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*: 801-806.
- Wagner, Hartmut (2006): Bezugspunkte europäischer Identität. Territorium, Geschichte, Sprache, Werte, Symbole, Öffentlichkeit - Worauf kann sich das Wir-Gefühl der Europäer beziehen?. Berlin: Lit Verlag.
- Wall, Melissa (2005): 'Blogs of War': Weblogs as News. In: *Journalism. Theory, Practice and Criticism* 2: 153-172.
- Wallace, Helen (1996): Die Dynamik des EU-Institutionengefüges. In: Jachtenfuchs, Markus,

- Kohler-Koch, Beate (Hg.), Europäische Integration, Opladen : Leske + Budrich, 141-163.
- Wallner, Cornelia (2010): Kommunikationswissenschaftliche Europaforschung braucht Ausweitung. Mediale Unterhaltung als Bestandteil europäischer Öffentlichkeit . In: Pöttker, Horst, Schwarzenegger, Christian (Hg.), Europäische Öffentlichkeit und journalistische Verantwortung, Köln: Herbert von Halem Verlag, 76-91.
- Wallström, Margot (2011): Communicating Europe - Mission Impossible?. In: Pernice, Ingolf, Otto, Lars S. (Hg.), Europa vermitteln im Diskurs, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 21-28.
- Walter-Raymond-Stiftung der BDA (Hg.) (2012): Digitale Demokratie, Netzfreiheiten, Plebiszitäre Kampagnen: Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft. Berlin: GDA.
- Wasserman, Stanley, Faust, Katherine (1999): Social Network Analysis: Methods and Applications.. Cambridge: Cambridge University Press.
- Watts, Duncan J., Strogatz, Steven H. (1998): Collective Dynamics of 'small-world' Networks. In: Nature: 440-442.
- Weber, Johannes (1997): Deutsche Presse im Zeitalter des Barock. Zur Vorgeschichte öffentlichen politischen Rasonnements. In: Jäger, Hans-Wolf (Hg.), "Öffentlichkeit" im 18. Jahrhundert, Göttingen: Wallstein, 137-149.
- Weber, Johannes (2005): Straßburg 1605: Die Geburt der Zeitung. In: (Hg.), Jahrbuch für Kommunikationsgeschichte, 7. Jg., , 3-26.
- Wehner, Josef (1997): Medien als Kommunikationspartner. Zur Entstehung elektronischer Schriftlichkeit im Internet . In: Gräf, Lorenz, Krajewski, Markus (Hg.), Soziologie des Internet. Handeln im elektronischen Web-Werk. , Frankfurt a.M.: Campus Verlag, 125-149.
- Weinberger, David (2008): The Morality of Links. In: Turow, Joseph, Tsui, Lokman (Hg.), The Hyperlinked Society: Questioning Connections in the Digital Age, o.O.: The University of Michigan Press, 181-190.
- Weiß, Ulrich (1998): Das Politische am Internet. Eine politikphilosophische Reflexion. In: Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 27-42.
- Welker, Martin, Wunsch, Carsten (2010): Methoden der Online-Forschung. In: Schweiger, Wolfgang, Beck, Klaus (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 487-517.
- Wendelin, Manuel (2011): Medialisierung der Öffentlichkeit. Kontinuität und Wandel einer normativen Kategorie der Moderne. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Werle, Raymund, Lang, Christa (Hg.) (1997): Modell Internet? Entwicklungsperspektiven neuer Kommunikationsnetze. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Weske, Simone (2011): Europapolitik im Widerspruch. Die Kluft zwischen Regierenden und Regierten.. Wiesbaden: vs Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wessels, Bridgette (2009): Exploring the Role of European Information Society Developments in the Europeanization of Public Spheres. In: Harrison, Jackie, Wessels, Bridgette (Hg.), Mediating Europe. New Media, Mass Communications and the European Public Sphere, o.O.: Berghahn Books, 150-179.
- Wessels, Bridgette (2010): The Public Sphere and the European Information Society. In: Bee, Christiano, Bozzini, Emanuela (Hg.), Mapping the European Public Sphere. Institutions, Media and Civil Society, Farnham: Ashgate, 47-61.
- Wessler, Hartmut (2004): Europa als Kommunikationsnetzwerk. Theoretische Überlegungen zur Europäisierung von Öffentlichkeit. In: Hagen, Lutz M. (Hg.), Europäische Union und mediale Öffentlichkeit. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde zur

- Rolle der Medien im europäischen Einigungsprozess, Köln: Herbert von Halem Verlag, 13-28.
- Wessler, Hartmut, Peters, Bernhard, Brüggemann, Michael, Kleinen-von Königslöw, Katharina, Sifft, Stefanie (2008): *Transnationalization of Public Spheres*. London: Palgrave Macmillan.
- Wessler, Hartmut, Averbeck-Lietz, Stefanie (Hg.) (2012a): *Grenzüberschreitende Medienkommunikation*. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Wessler, Hartmut, Averbeck-Lietz, Stefanie (2012b): *Grenzüberschreitende Medienkommunikation. Konturen eines Forschungsfeldes im Prozess der Konsolidierung*. In: dies. (Hg.), *Grenzüberschreitende Medienkommunikation*, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 5-18.
- Wessler, Hartmut, Brüggemann, Michael (2012): *Transnationale Kommunikation. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wetzstein, Thomas A., Dahm, Hermann, Steinmetz, Linda, Lentens, ANja, Schampaul, Stephan, Eckert, Roland (1995): *Datenreise. Die Kultur der Computernetze*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- White, Hayden (2010): *The Discourse of Europe and the Search for a European Identity*. In: Strath, Bo (Hg.), *Europe and the Other and Europa as the Other*, Brüssel: P.I.E. Peter Lang, 67-86.
- White, Harrison (2008): *Identity and Control: How social Formations emerge*. Princeton: Princeton University Press.
- Wiedemann, Dieter (Hg.) (2003): *Die medialisierte Gesellschaft. Beiträge zur Rolle der Medien in der Demokratie*. Bielefeld: AJZ Druck & Verlag.
- Wienand, Johannes, Wienand, Christiane (Hg.) (2010): *Die kulturelle Integration Europas*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wimmel, Andreas (2006): *Transnationale Diskurse in Europa: der Streit um den Türkei-Beitritt in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*. Frankfurt a.M.: Campus Verlag.
- Wimmer, Jeffrey (2008): *Gegenöffentlichkeit 2.0: Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web*. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 210-230.
- Winkler, Roman, Kozeluh, Ulrike, Brandstetter, Günther (2006): *Deliberation im europäischen Kontext: Online Debatten und Online Konsultationen auf der EU Plattform Your Voice in Europa*. In: Langenbucher, Wolfgang R., Michael Latzer (Hg.), *Europäische Öffentlichkeit und medialer Wandel. Eine transdisziplinäre Perspektive*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 379-400.
- Witschge, Tamara (2004): *Online Deliberation: Possibilities of the Internet for Deliberative Democracy*. In: Shane, Peter M. (Hg.), *Democracy Online. The Prospects for Political Renewal Through the Internet*, New York: Routledge, 109-122.
- Witte, Barbara (2008): *Journalismus - Partizipation - Öffentlichkeit: Das Social Web in der Politikberichterstattung*. In: Zerfaß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.), *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik*, Köln: Herbert von Halem Verlag, 97-116.
- Witthaus, Jan-Henrik (2008): *Zur Europäisierung der Kritik in der Presse der spanischen Aufklärung*. In: Jüttner, Siegfried (Hg.), *Die Konstituierung eines Kultur- und Kommunikationsraumes Europa im Wandel der Medienlandschaft des 18.*

- Jahrhunderts, Frankfurt a.M.: Peter Lang Internationaler Verlag der Wissenschaften, 231-242.
- Wobbe, Theresa (2000): Die Koexistenz nationaler und supranationaler Bürgerschaft. Neue Formen politischer Inkorporation. In: Bach, Maurizio (Hg.), Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 251-274.
- Wolling, Jens (2009): Onlinenutzung und Einstellung zur Politik. Ergebnisse einer repräsentativen Studie. In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 447-467.
- Wolling, Jens, Seifert, Markus, Emmer, Martin (Hg.) (2010): Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges..
- Woodly, Deva (2008): New competencies in democratic communication? Blogs, agenda setting and political participation. In: Public Choice: 109-123.
- Zafropoulos, Kostas, Vrana, Vasiliki (2011): Hyperlink Analysis of Political Blogs Communication Patterns. New York: Nova Science Publishers.
- Zerfuß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.) (2008a): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 1: Grundlagen und Methoden: Von der Gesellschaft zum Individuum. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Zerfuß, Ansgar, Welker, Martin, Schmidt, Jan (Hg.) (2008b): Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web. Band 2: Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Zielonka, Jan (2012): Paradoxien aus 20 Jahren Integration und Erweiterung. In: APuZ - Aus Politik und Zeitgeschichte 4: 24-30.
- Zimmermann, Ann (2006a): Demokratisierung und Europäisierung online? Massenmediale politische Öffentlichkeiten im Internet. Berlin.
- Zimmermann, Ann (2006b): Online-Öffentlichkeiten und Zivilgesellschaft: Neue Chancen auf massenmediale Sichtbarkeit?. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 2: 22-36.
- Zimmermann, Ann (2007): Online-Öffentlichkeit als Gegenstand empirischer Forschung. In: Berliner Journal für Soziologie 2: 167-187.
- Zittel, Thomas (1998): Repräsentativverfassung und neue Kommunikationsmedien. In: Gellner, Winand, von Korff, Fritz (Hg.), Demokratie und Internet, Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 111-125.
- Zittel, Thomas (2009): Entmedialisierung durch neue digitale Medien? Direkte Wählerkommunikation im WWW aus der Sicht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages . In: Marcinkowski, Frank, Pfetsch, Barbara (Hg.), Politik in der Mediendemokratie., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 366-392.

Literatur aus dem Internet

- Adamic, Lada (2005): The Political Blogosphere and the 2004 U.S. Election: Divides they Blog. Paper presented at the 2nd annual Workshop on the Weblogging Ecosystem - Aggregation, Analysis, and Dynamics. Japan 10. Mai 2005. http://nielsen-online.com/downloads/us/buzz/wp_PoliticalBlogosphere_Glance_2004.pdf (überprüft: Oktober 2013).

- Adar, Eytan (2004): Implicit structure and the dynamics of blogosphere.
<http://research.microsoft.com/en-us/um/people/lzha/papers/blogspace-c.pdf>
 (überprüft: Oktober 2013).
- Blood, Rebecca (2003): Weblogs and Journalism: Do they connect? Niemann Reports, Fall 2003 <http://www.nieman.harvard.edu/reports/article/101025/Weblogs-and-Journalism-Do-They-Connect.aspx> (überprüft: Oktober 2013).
- Bucher, Hans-Jürgen, Büffel, Steffen (2004): Vom Gatekeeper-Journalismus zum Netzwerk-Journalismus. Weblogs als Beispiel journalistischen Wandels unter den Bedingungen globaler Medienkommunikation. <http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb2/prof/MED/POM/Bucher-Bueffel-Gatekeeper-Journalismus-Netzwerk-Journalismus-.pdf> (überprüft: Oktober 2013).
- Chakrabarti, Soumen (2002): The Structure of broad Topics on the Web.
<http://www.cse.iitb.ac.in/soumen/doc/www2002t/p338-chakrabarti.pdf> (überprüft: Oktober 2013).
- Dollase, Felix (2010): Medienwirkungsforschung - die Theorie der kognitiven Dissonanz im Bereich des Marketings. <http://blog.plista.com/2010/08/medienwirkungsforschung-die-theorie-der-kognitiven-dissonanz-im-bereich-des-marketings/> (überprüft: Oktober 2013).
- Fischer, Joschka (2000): Vom Staatenverbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der Europäischen Union. Vortrag von Joschka Fischer an der Humboldt-Universität zu Berlin am 12. Mai 2000. <http://whi-berlin.de/documents/fischer.pdf> (überprüft: Oktober 2013).
- Ghitalla, Franck (2005): Le Web et la débat sur la constitution européenne en France.
<http://www.observatoire-presidentielle.fr/?pageid=20> (überprüft: Oktober 2013).
- Hertie School of Governance (Hg.) (2012): "Herausforderungen für Politik und Wirtschaft in der europäischen Krise" - Gespräch mit Gerhard Schröder an der Hertie School of Governance am 19.4.2012. <http://www.youtube.com/watch?v=bYR-15-nmcE> (überprüft: Oktober 2013).
- Juncker, Jean-Claude (2005): Die Denkpause nutzen: Strategien zur Verfassung für Europa. Humboldt-Rede zu Europa von Jean-Claude Juncker am 21. November 2005.
<http://whi-berlin.de/documents/HRE-Juncker.pdf> (überprüft: Oktober 2013).
- Kottke, Jason (2003): Weblogs and Power Laws. <http://www.kottke.org/03/02weblogs-and-power-laws>. (überprüft: Oktober 2013).
- Kumar, Ravi (2003): On the Bursty Evolution of Blogspace.
<http://www2003.org/cdrom/papers/refereed/p477/p477-kumar/p477-kumar.htm>.
 (überprüft: Oktober 2013).
- Merkel, Angela (2009): Humboldt-Rede zu Europa von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 27. Mai 2009. http://www.hu-berlin.de/pr/medien/aktuell/reden/standardseite/humboldt-rede_merkel
 (überprüft: Oktober 2013).
- Merkel, Angela (2011): Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 in Brüssel vor dem Deutschen Bundestag am 2. Dezember 2011 in Berlin.
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2011/12/131-1-bk-bt.html>
 (überprüft: Oktober 2013).
- Milioni, Dimitra, Kyza, Eleni A. (2009): "How do we study the Blogosphere? Research and Methods of assessing the impact of blogging on the public sphere".
http://www.academia.edu/1613414/How_do_we_study_the_blogosphere_Research_and_methods_of_assessing_the_impact_of_blogging_on_the_public_sphere
 (überprüft: Oktober 2013).

- Neuberger, Christoph (2004): Wandel der aktuellen Öffentlichkeit im Internet. Gutachten im Auftrag des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag. http://www.ifkw.uni-muenchen.de/personen/professoren/neuberger_christoph/technikfolgen/tab_gutachten.pdf (überprüft: Oktober 2013).
- Posner, Richard (2004): Introduction to the Becker-Posner Blog. http://www.becker-posner-blog.com/archives/2004/12/introduction_to_1.html (überprüft: Oktober 2013).
- Salmon, Felix (2009): Zehn Gründe, warum Blogs in Deutschland nicht funktionieren. <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/29176> (überprüft: Oktober 2013).
- Shirky, Clay (2002): Broadcast Institutions, Community Values. http://www.shirky.com/writings/herecomeseverybody/broadcast_and_community.html (überprüft: Oktober 2013).
- Schuster, Michael (2004): Applying social network analysis to a small weblog community: hubs, power laws, the ego effect and the evolution of social networks. http://www.knallgrau.at/blogtalk/files/twoday.net_network.pdf (überprüft: Oktober 2013).
- Technorati (Hg.) (2009): Technorati - "State of the Blogosphere 2009". <http://technorati.com/social-media/article/day-2-the-what-and-why2/> (überprüft: Oktober 2013).
- Technorati (Hg.) (2010): Technorati - "State of the Blogosphere 2010". <http://technorati.com/social-media/article/state-of-the-blogosphere-2010-introduction/> (überprüft: Oktober 2013).
- Technorati (Hg.) (2011): Technorati - "State of the Blogosphere 2011". <http://technorati.com/social-media/article/state-of-the-blogosphere-2011-introduction/page-1/> (überprüft: Oktober 2013).
- Tricas, Fernando (2004): Do we live in a small world? Measuring the spanish-speaking blogosphere <http://www.blogalia.com/pdf/20030506blogtalk.pdf> (überprüft: Oktober 2013).
- Wijnia, Elmine (2004): Understanding Weblogs: A communicative Perspective. http://elmine.wijnia.com/weblog/archives/wijnia_understandingweblogs.pdf (überprüft: Oktober 2013).

Sonstige benutzte Websites

- Bloggingportal. <http://www.bloggingportal.eu> (überprüft: Oktober 2013).
- Der weltweite Suchmaschinenmarkt. <http://www.elcario.de/der-weltweite-suchmachschienenmarkt/498/> (überprüft: Oktober 2013).
- Die 100 mächtigsten Deutschen. 1. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Wirtschaftswoche Online, 01.01.2012. <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/ranking-der-macht-die-100-maechtigsten-deutschen/5996842.html>. (überprüft: Oktober 2013).
- Google PageRank Checker. <http://www.prchecker.info> (überprüft: Oktober 2013).
- Google PageRank ermitteln. <http://www.pagerank.complex.de> (überprüft: Oktober 2013).
- Netzwerkanalyse-Software "NODEXL". <http://nodexl.codeplex.com> (überprüft: Oktober 2013).
- Netzwerkanalyse-Software "Pajek". <http://vlado.fmf.uni-lj.si/pub/networks/pajek/>

(überprüft: Oktober 2013).
Netzwerkanalyse-Software "UNICET". <https://sites.google.com/site/ucinetsoftware/home>
(überprüft: Oktober 2013).
Netzwerkanalyse-Software "Visone". <http://visone.info> (überprüft: Oktober 2013).
Technorati. <http://www.technorati.com> (überprüft: Oktober 2013).
Technorati - "About Technorati". <http://technorati.com/about-technorati/> (überprüft:
Oktober 2013).
Technorati - "What is Technorati-Authority?". [http://technorati.com/what-is-technorati-
authority/](http://technorati.com/what-is-technorati-authority/) (überprüft: Oktober 2013).
Überblick über alle Blogs auf FAZ.NET. <http://blogs.faz.net> (überprüft: Oktober 2013).
Wallstreet Journal Blogs. <http://blogs.wsj.com> (überprüft: Oktober 2013).
Wikipedia-Eintrag "Pagerank". <http://en.wikipedia.org/wiki/Pagerank> (überprüft: Oktober
2013).
Wikipedia-Eintrag "Strukturwandel der Öffentlichkeit".
http://de.wikipedia.org/wiki/Strukturwandel_der_Öffentlichkeit (überprüft:
Oktober 2013).
Wikipedia-Eintrag "Technorati". <http://en.wikipedia.org/wiki/Technorati> (überprüft:
Oktober 2013).
Zahl der Blogs weltweit steigt stetig. Und in Deutschland?
[http://blog.grey.de/allgemein/zahl-der-blogs-weltweit-steigt-stetig-und-in-
deutschland/#.Ua2bkjX6-GM](http://blog.grey.de/allgemein/zahl-der-blogs-weltweit-steigt-stetig-und-in-deutschland/#.Ua2bkjX6-GM) (überprüft: Oktober 2013).

(Für die Websites der Blogs aus der empirischen Untersuchung: Siehe "Anlagen zur empirischen Untersuchung").

12. Anhang

12.1. Anlagen zur empirischen Untersuchung

Anlage 1: Blogs nach der Auflistung auf www.bloggingportal.eu: Erste Filterung

- unterstrichen: Blog erfüllt vorab definierte Kriterien bezüglich Form, Inhalt, Sprache und Aktualität (nur für diese Blogs wurden die vergleichenden *Pagerank*-Werte, das Datum des letzten Eintrags sowie der Wert der *Technorati*-Authority ermittelt).
- Nicht unterstrichen: Blog erfüllt vorab definierte Kriterien nicht

Name	Web-Adresse	Anmerkungen zu Filter-Kriterien	<i>Bloggingportal-Pagerank</i>	<i>Pagerank-Vergleich 1</i> (http://www.pagerank.complex.de)	<i>Pagerank-Vergleich 2</i> (http://www.prchecke.r.info)	Datum des letzten Posts	<i>Technorati</i> -Authority
Brussels Blog (Financial Times)	http://blogs.ft.com/brusselsblog/	Massenmedien-Blog	8				
Anders Fogh Rasmussen	http://andersfogh.info/	Politiker-Blog	8				
EU Minister's Blog	http://se2009.wordpress.com/	Politiker-Blog	7				
Neelie Kroes	http://blogs.ec.europa.eu/neelie-	Politiker-Blog	7				

	kroes/						
«Visiones de Europa»: A Beautiful Vision	http://ec.europa.eu/spain/blog/index_es.htm	Politiker-Blog	7				
Gavin Hewitt's Europe (BBC)	http://www.bbc.co.uk/blogs/thereporters/gavinhewitt/	Massenmedien-Blog	7				
L'UE en Belgique - Talktome - Le blog de Willy Hélin	http://ec.europa.eu/belgium/blog/index_fr.htm	Politiker-Blog	7				
De Europese Unie in Nederland - Ervaringen van een EU-woordvoerd	http://ec.europa.eu/nederland/your_opinion/blog/index_nl.htm	Politiker-Blog	7				
Jon Worth's Euroblog	http://www	Individual-Blog	<u>7</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>11.6.2013</u>	<u>1</u>

	w.jonworth.eu/						
Andris Piebalgs	http://blogs.ec.europa.eu/piebalgs/	Politiker-Blog	7				
New Europe - WSJ	http://blogs.wsj.com/new-europe/	Massenmedien-Blog	7				
Innovation unlimited	http://blogs.ec.europa.eu/innovationunlimited/	Politiker-Blog	7				
L'europe en débat	http://blogs.arte.tv/L'europe_en_debat/frontUser.do?method=getHomePage	Massenmedien-Blog	7				
Kristalina Georgieva	http://blogs.ec.europa.eu/	Politiker-Blog	7				

	eu/georgie va/						
<u>The Antitrust Hotch Potch</u>	http://professorgeradin.blogs.com/professorgeradins_weblog/	Mehr-Autoren-Blog	<u>6</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>7.6.2013</u>	nicht ermittelbar
Atlantic Review	http://atlanticreview.org/	letzter Post 2012	6				
Talking about the EU	http://euonym.wordpress.com/	Politiker-Blog	6				
Antonio Masip	http://antonioimasipeuropa.blogspot.com/	Politiker-Blog	6				
Presidencia en la sombra	http://presidenciaenlasombra.es/	nicht mehr online	6				
Alex Stubb blogi (FI)	http://www.alexstubb.com/fi/bl	Politiker-Blog	6				

	og/						
Climate Worlds	http://blog.goethe.de/climate-worlds/	nicht mehr online	6				
Eurozone Watch	http://www.euro-area.org/blog/	letzter Post 2010	6				
Brussels Comment	http://www.brusselcomment.blogspot.com/	nicht mehr aktualisiert seit 2009	6				
<u>ECHR Blog</u>	http://echrblog.blogspot.com/	<u>Individual-Blog</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>11.6.2013</u>	<u>1</u>
Cecilia Malmström Mitt Europa	http://ceciliamalmstrom.wordpress.com/	Politiker-Blog	6				
Coulisses de Bruxelles (Libération)	http://bruxelles.blogs.liberation.f	französisch	6				

	r/						
Europe & Us	http://www.europeus.org/	letzter Post 2012	6				
Casa Europei Cluj-Napoca	http://casa.europei.blogspot.com/	tschechisch	6				
Europe@s	http://lacomunidadelpais.com/efurom1/posts	spanisch	6				
Henrik-Alexandersson.se	http://henrikalexandersson.blogspot.com/	Politiker-Blog	6				
Diana Wallis	http://www.dianawallis.mep.org.uk/	Politiker-Blog	6				
Blogactiv Support Blog	http://support.blogactiv.eu/	letzter Post 2008	6				
Carlos Carnero	http://ccar	spanisch	6				

	nero.blogspot.com/						
Más Europa	http://encarnahernandez.wordpress.com/	spanisch	6				
Charlemagne's notebook (The Economist)	http://www.economist.com/blogs/charlemagne/	Massenmedien-Blog	6				
Eva en Europa	http://evaneuropa.blogspot.com/	hauptsächlich spanisch	6				
Alex Stubb	http://www.alexstubb.com/en/index.php?trg=diary	Politiker-Blog	6				
BlogEuropa.eu	http://blogeuropa.eu/	spanisch	6				
Planet in Progress (Die Zeit)	http://blog.zeit.de/bitt	Massenmedien-Blog	6				

	ner-blog/						
Edward Lucas (The Economist)	http://www.edwardlucas.blogspot.com/	nicht mehr online	6				
EU Law Blog	http://eu-law.typepad.com/	seit 2011 nicht mehr aktualisiert	6				
Erkan's field diary	http://erkan-saka.net/	teilweise türkisch	6				
Espacio de Ideas	http://paulosolanilla.blogspot.com/	spanisch	6				
Timothy Garton Ash (Guardian)	http://commentisfree.guardian.co.uk/timothy_garton_ash/	Massenmedien-Blog	6				
L'Europe décalée	http://les27.blog.lemonde.fr/	französisch/ Massenmedien-Blog	6				
Europe di Andrea Bonanni	http://bonanni.blogau	italienisch	6				

	tore.repubblica.it/						
SAIS Next Europe	http://newsweek.washingtonpost.com/postglobal/sais/nexteurope/	Massenmedien-Blog	6				
EU Suomessa - Marjatta Hautalan blogi	http://ec.europa.eu/finland/blog/index_fi.htm	Politiker-Blog	6				
Ideas on Europe	http://ideasoneurope.eu/	Organisationswebsite mit integrierten Blogs	6				
Fondation Robert Schuman	http://www.blogeurope.net/	Reise-Blog über Europa - > keine politischen Themen	6				
Christian Engström, Pirate MEP	http://christianengstrom.wordpress.com/	Politiker-Blog	6				
Nouvelle Europe	http://www	französisch	6				

	w.nouvelle-europe.eu/						
Europhrenia	http://www.presseurop.eu/en/blog	Zusammengestellt aus Inhalten von europäischen Zeitungen; ins Englische übersetzt; von der EU-Kommission finanziell unterstützt	6				
Carl Bildt	http://carlbildt.wordpress.com/	Politiker-Blog/schwedisch	6				
Nosemonkey's EUtopia	http://www.jcm.org.uk/blog	letzter Post 2012	6				
Real Time Brussels - WSJ	http://blogs.wsj.com/brussels/	Massenmedien-Blog	6				
EuroSuisse - Y'a pas le feu à l'Europe	http://euro-suisse.eurosblog.eu/	französisch	6				
<u>EU Energy Policy Blog</u>	http://www.energypolicyblog.com/	<u>Mehr-Autoren-Blog</u>	<u>6</u>	<u>7</u>	<u>7</u>	<u>28.5.</u>	<u>1</u>

<u>Babel in Brussels</u>	http://bruxelles.cafebabel.com/en/	Mehr-Autoren-Blog	<u>6</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>22.5.</u>	=
<u>Centre for European Reform</u>	http://centreforeuropeanreform.blogspot.com/	Mehr-Autoren-Blog	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>10.6.</u>	<u>1</u>
<u>European Tribune</u>	http://www.eurotrib.com/	Mehr-Autoren	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>12.6.</u>	<u>1</u>
<u>Europe's World</u>	http://europeworld.blogactiv.eu/	traditionelles Medium/Organisation im Hintergrund	<u>6</u>				
<u>Presidencia en la sombra</u>	http://presidenciaenlasombra.es/	spanisch	<u>6</u>				
<u>Think About It - EU Blog Competition</u>	http://www.thinkaboutit.eu/	Blogging-Competition; letzter Post 2011	<u>6</u>				
<u>La Oreja de Europa</u>	http://www.laorejadeeuropa.eu/	spanisch	<u>6</u>				

Social Europe	http://www.social-europe.eu/	Mehr-Autoren-Magazin (Kategorie „Blogs“!!)	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>12.6.</u>	<u>1</u>
farmsubsidy.org	http://farmsubsidy.org/	letzter Post 2012	6				
Telos	http://www.telos-eu.com/	französisch	6				
50/50 Campaign for Democracy	http://5050campaign.wordpress.com/	Organisations-/ Kampagnenwebseite	6				
Un espejo parcial	http://largaarlito.blogspot.com/	spanisch	6				
German Marshall Fund Blog	http://blog.gmfus.org/	Organisations-Webseite	6				
Europabloggen	http://www.europabloggen.se/	schwedisch	6				
Raul Romeva (MEP)	http://blogs.mesvilawe	Politiker-Blog	6				

	b.cat/raulromeva						
ECJBlog.com	http://courtofjustice.blogspot.com/	Individual-Blog	<u>6</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>29.4.</u>	nicht ermittelbar
ECJBlog	http://courtofjustice.blogspot.com/	doppelt enthalten (siehe oben)	6				
Le Taurillon	http://www.taurillon.org/	französisch	6				
Stanley Crossick	http://crossick.blogactiv.eu/	letzter Post 2011	5				
L'Europe, l'Europe, l'Europe	http://www.rue89.com/europe-europe-europe	französisch	5				
A l'heure européenne	http://heureeuropeenne.blogactiv.	französisch	5				

	eu/						
Jason O'Mahony	http://www.jasonomahony.ie/	ausschließlich irische Politik	5				
England Expects	http://englandexpects.blogspot.com/	letzter Post 2012	5				
Global Dashboard	http://www.globaldashboard.org/category/region/europe-and-central-asia/	globale Themen	5				
eurooppa.net/blogi	http://www.eurooppa.net.fi/blogi.html	finnisch	5				
Gerald Loftus	http://loftus.blogactiv.eu/	letzter Post 2010	5				
Andreas Schieder	http://www	Politiker-Blog	5				

	w.schieder. spoe.at/						
Joan Marc Simon	http://www.simonlluma.eu/	hauptsächlich spanisch	5				
Brussels Log	http://blogs.fed.nl/brussels/	letzter Post 2012	5				
Challenge for Europe	http://challengeforeurope.blogactiv.eu/	letzter Post 2009	5				
<u>Kosmopolito</u>	http://www.kosmopolito.org/	Individual-Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>26.5.</u>	<u>1</u>
ECJWatch	http://ecjwatch.com/	Webseite nicht mehr erreichbar	5				
Mats Engström	http://matsengstrom.wordpress.com/	letzter Post von 2010	5				
Graham Watson	http://www.grahamwatsonmep.org/	letzter Post von 2012	5				

	rg/pages/blog.html						
Straneuropa	http://www.lastampa.it/_web/cmstp/tmplrubriche/giornalisti/hrubrica.asp?ID_blog=113	italienisch	5				
Trade Matters - ECIPE Global Economy Blog	http://www.ecipe.org/blog	Organisations-Blog	5	Kein PR	Kein PR	16.4.	
CTA Brussels Weblog	http://brussels.cta.int/	Organisationswebseite	5				
espacioeuropa blog	http://www.espacioeuropa.eu/blog-eu/	spanisch	5				
Jean-Pierre Jouyet	http://www.jpjouyet.eu/	polnisch	5				
Pierre Moscovici	http://mos	französisch	5				

	covici.type pad.fr/blog national/						
EU.ropé	http://www.blogg.org/blog-50164.html	französisch	5				
EU-OSHA Blog	http://osha.europa.eu/en/blog	Organisationswebseite	5				
Guillaume Klossa	http://www.guillaume-klossa.eu/	französisch	5				
NOS Weblog Europa	http://weblogs.nos.nl/europa/	niederländisch	5				
Stuart Langridge (Blogactiv)	http://stuartlangridge.blogactiv.eu/	letzter Post 2011	5				
Agir pour l'Europe	http://agirpoureurope.blogspot.com	französisch	5				

	com/						
Gulf Stream Blues	http://gulfstreamblues.blogspot.com/	nur zugänglich für angemeldete Leser	5				
<u>Ann Mettler (The Lisbon Council)</u>	http://innovation.blogactiv.eu/	Individual-Blog	<u>5</u>	<u>6</u>	<u>6</u>	<u>13.3.</u>	<u>nicht ermittelbar</u>
Law of the EMU and euro	http://www.lawofemu.info/	letzter Post 2012	5				
Žiga Turk - Growth, jobs and more	http://zturk.blogactiv.eu/	letzter Post 2012	5				
Chris Bryant - Minister for Europe	http://blog.s.fco.gov.uk/roller/bryant/	Politiker-Blog	5				
Les Européens du Grand Lille	http://www.grandlille.eu/	letzter Post 2012	5				
Foreign Policy Association - EU at 50	http://foreignpolicyblogs.com/ca	Organisationsblog	5				

	tegory/ane weurope/						
Alain Lipietz	http://lipietz.net/	Politiker-Blog/französisch	5				
Diner's room	http://dinersroom.eu/	französisch	5				
Journal du Marché Intérieur	http://jmi-europe.typepad.com/jmi/	französisch	5				
Richard Corbett	http://corbett.pir2.info/blog/	Politiker-Blog	5				
Open Europe blog	http://openuropeblog.blogspot.com/	Mehr-Autoren-Blog	5	6	6	12.6.	nicht ermittelbar
IP::JUR	http://www.ipjur.com/blog2	letzter Post 2011	5				
DJ Nozem	http://djnozem.blogspot.com/	letzter Post 2010	5				
Le blog de Valéry Giscard d'Estaing	http://vge-	französisch	5				

	europe.eu/						
Jonathan Fryer	http://jonathanfryer.wordpress.com/	Politiker-Blog	5				
Julien Frisch	http://julienfrisch.blogspot.com/	letzter Post 2010	5				
<u>DARE Network</u>	http://dare-network.blogspot.com/	Mehr-Autoren-Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>11.6.</u>	=
<u>Grahnlaw</u>	http://grahnlaw.blogspot.com/	Individual-Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>12.6.</u>	<u>1</u>
L'Europe en bouteille	http://bordeaux.eurosblog.eu/	letzter Post 2012	5				
Observatory (euronews)	http://observatory.euronews.net/	letzter Post 2009	5				
Eurojunkie	http://eurojunkie.eu/	letzter Post 2009	5				

	junkie.blog activ.eu/						
Knowledge Ecology International (ACTA)	http://www.keionline.org/taxonomy/term/95	letzter Post 2011	5				
The Federal Union blog	http://www.federalunion.org.uk/blog/	Organisationsseite	5				
Opinion européenne - Dominique Reynié	http://reynie.typepad.fr/opinion_europenneeuropean/	französisch	5				
Der Nachbar (EurActiv.de)	http://nachbar.blogactiv.eu/	deutsch	5				
blogUE (Gazeta Wyborcza)	http://blogue.blox.pl/html	polnisch	5				
Eurosfera	http://www.presseur	polnisch	5				

	op.eu/pl/blog						
Central Europe Active	http://central.blogactiv.eu/	letzter Post 2011	5				
Robert Toulemon	http://toulemon.blogs.pot.com/	französisch	5				
3E Intelligence	http://3eintelligence.wordpress.com/	Thema Umweltpolitik	5				
Finnegan's Take	http://finneganstake.blogactiv.eu/	letzter Post 2012	5				
Adina Valean (MEP)	http://www.valean.eu/	Politiker-Blog	5				
NeoConOpticon: Notes on the European security research programme	http://neconopticon.wordpress.com/	letzter Post 2011	5				
Mieux connaître vos droits en Europe	http://euro	französisch	5				

	pe-liberte- securite- justice.org/						
State of the Union (Irish Times)	http://www.irishtimes.com/blogs/stateoftheunion/	letzter Post 2009	5				
Global Europe	http://www.globeurope.com/blog/	letzter Post 2012	5				
EU for US	http://euforus.blogspot.com/	letzter Post 2012	5				
Yellow Stars blog	http://blog.yellowstars.com/	teilweise niederländisch	5				
Bente Kalsnes' blog	http://bentekalsnes.wordpress.com/	Thema Medien	5				
Quoi de neuf en Europe	http://quoideneufeneu	französisch	5				

	rope.hautetfort.com/						
europaeum	http://www.europaeum.eu/	teilweise deutsch	5				
CAP Health Check	http://caphealthcheck.eu/	deutsch	5				
Cap al Futur	http://capalfutur.blogspot.com/	spanisch	5				
Renate Weber (MEP)	http://renateweber.eu/	Politiker-Blog	5				
European Union Blue Card	http://www.europeanunionbluecard.com/	letzter Post 2012	5				
Europa league	http://www.presseurop.eu/it/blog	italienisch	5				
Eurothinkers (Centre for European Studies)	http://www.eurothinkers.eu/	letzter Post 2012	5				

	kers.eu/						
EU lobbying - lifting the veil of secrecy	http://blog.brusselssunshine.eu/	letzter Post 2012	5				
Michael Berendt's blog	http://michaelberendt.blogactiv.eu/	letzter Post 2012	5				
Bitácora	http://www.presseurop.eu/es/blog	spanisch	5				
Writing for (y)EU	http://www.epwebeditors.eu/	Politiker-Blog	5				
SHIFT Mag	http://shiftmag.eu/	nicht mehr Online	5				
Gunnar Hökmark	http://www.gunnar.moderat.se/	schwedisch	5				
Brussels Log	http://www.fd.nl/brussels	letzter Post 2011	5				

IEEA - Blogosphere	http://ieea.com/blogosphere	Organisationswebseite mit eigenem Blog	5				
GroenLinks Europa	http://europa.groenlinks.nl/	niederländisch	5				
Personal Democracy Forum Europe	http://personaldemocracy.com/europe	letzter Post 2010	5				
Common Agricultural Policy	http://commonagriculture.blogspot.com/	Thema „agricultural policy“	5				
Mathew's Tagsmanian Devil	http://mathew.blogactiv.eu/	seit 2012 geschlossen	5				
L'Europe dans la campagne	http://catyemi.blog.lemonde.fr/	letzter Post 2011	5				
Corina Cretu	http://corinacretu.wordpress.com/	rumänisch	5				

Adjudicating Europe	http://adjudicatingeurope.eu/	letzter Post 2011	5				
Karpfenteich	http://karpfenteich.blogactiv.eu/	deutsch	5				
blogs@ELIAMEP	http://blogs.eliamep.gr/en/	letzter Post 2012	5				
porsilasmoscas.net	http://www.porsilasmoscas.net/	letzter Post 2009	5				
FollowTheMoney.eu	http://www.followthemoney.eu/	letzter Post 2010	5				
Jana Hybášková	http://blog.aktualne.centrum.cz/blog/jana-hybaskova.php	letzter Post 2010	5				
Le Blogueur (arte)	http://leblogueur.arte	Massenmedien-Blog	5				

	tv/						
Brysselbloggen	http://brysselkontoret.blogg.se/	schwedisch	5				
Fredrik Bertilsson	http://www.fredrikbertilsson.se/	schwedisch	5				
Bit more complicated...	http://www.bitmorecomplicated.com/	Individual-Blog, nicht ausschließlich über EU-Themen	5	3 (!)	3 (!)		
Modernpolitics (AT)	http://www.modernpolitics.at/	letzter Post 2008	5				
European Federalists	http://federalists.cafebabel.com/	letzter Post 2011	5				
Europabloggen.no	http://www.europabloggen.no/	norwegisch	5				
EU News from Iceland	http://eunews.blogspot.com/	Individual-Blog	5	4 (!)	4 (!)	11.5.	
euforic	http://eufo	Thema: Social media	5				

	ric.blogspot.com/						
Martin Westlake	http://www.martinwestlake.eu/	eher persönlich-privates Tagebuch	5	4 (!)	4 (!)	9.6.	
The EU in Malta: Joanna Drake	http://ec.europa.eu/malta/blog/index_en.htm	Politiker-Blog, nicht mehr Online	5				
Shiraz Socialst	http://shirazsocialist.wordpress.com/	kein Europa-Blog; gemischte Themen	5				
Global Power Europe	http://www.globalpowereurope.eu/	letzter Post 2010	5				
<u>M.G. in Progress - The Unbearable Lightness of Being an economis</u>	http://mgianini.blogspot.com/	große Zeitabstände zwischen Posts	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>6.4.</u>	<u>1</u>
Pasaporte Europa	http://www.didacp.blogspot.co	spanisch	5				

	m/						
Europablog	http://weblogs.nrc.nl/europablog/	niederländisch	5				
<u>Dr. Sean's Diary</u>	https://drseansdiary.wordpress.com/	Individual-Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>12.6.</u>	<u>1</u>
The Honeyball Buzz	http://thehoneyballbuzz.com/	Politiker-Blog	5				
The European Citizen	http://theeuropeancitizen.blogspot.com/	Individual-Blog	5	4 (!)	4 (!)	5.6.	
Michel Barnier: L'Europe en plus	http://michelbarnier.eu/	Politiker-Blog	5				
Le Blog Note de Bruxelles (La Chaîne Info)	http://blog-note-bruxelles.lci.fr/	französisch	5				
L'Européen jamais content	http://www.leuropeenjamaiscontent.fr/	französisch	5				

	w.puisney.eu/						
<u>Reuniting Europe</u>	http://reuniting-europe.blogspotactiv.eu/	Individual-Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	7.5.	=
Europe Hebdo	http://www.andreversailledeiteur.com/europe/	letzter Post 2011	5				
Central Europe - Between Brussels and Gazprom	http://blogs.tol.org/	letzter Post 2010	5				
European Alternatives	http://www.euroalter.com/	letzter Post 2011	5				
<u>Content and carrier</u>	http://www.contentandcarrier.eu/	Mehr-Autoren -Blog	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	5.2.	<u>1</u>
Európában	http://www.eublog.hu/	ungarisch	5				

Mary Honeyball	http://maryhoneyball.mep.blogspot.com/	alte Adresse von Honeyball (s. o.; Politiker-Blog)	5				
Brusselsblogger	http://brusselsblogger.blogactiv.eu/	letzter Post 2012	5				
<u>Eberhard Rhein</u>	http://rhein.blogactiv.eu/	<u>Individual-Blog</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>5</u>	<u>12.6.</u>	<u>1</u>
Frans Timmermans - Dutch EU minister	http://www.europahortbijnederland.nl/weblog/	Politiker-Blog	5				
EU - Erről Uगतok...	http://errőlugatok.blog.hu/	ungarisch	5				
AriRusila's BalkanPerspective	http://arirusila.blogactiv.eu/	Thema: Balkan-Politik	5				
The Lobby	http://theulobby.wor	letzter Post 2012	5				

	dpress.com /						
Political Economy 101	http://blogs.euroobserver.com/irvin/ /	letzter Post 2012	4	6	6		

Anlage 2: Ausgewählte Blog-Posts

Blog-Name	Datum des Eintrags	Titel des Eintrags	Web-Adresse des Eintrags (alle Adressen zuletzt überprüft am 1.8.2013)
EU Energy Policy	16.5.2013	„Why the European Emissions Trading Scheme needs reforming, and how this can be done“	http://www.energypolicyblog.com/2013/05/16/why-the-european-emissions-trading-scheme-needs-reforming-and-how-this-can-be-done/
Jon Worth's Euroblog	30.5.2013	„Good news on CFP reform greets the arrival of Arctic Sunrise in Fowey“	http://www.jonworth.eu/good-news-on-cfp-reform-greets-the-arrival-of-arctic-sunrise-in-fowey/
	27.5.2013	„What's wrong with the French Parti Socialiste when it comes to fishing?“	http://www.jonworth.eu/whats-wrong-with-the-french-parti-socialiste-when-it-comes-to-fishing/
	19.5.2013	„Candidates for President of the European Council“	http://www.jonworth.eu/candidates-for-president-of-the-european-council/
	19.5.2013	„Candidates for High Rep for EU Foreign Policy“	http://www.jonworth.eu/candidates-for-high-rep-for-eu-foreign-policy/
	15.5.2013	„Best of the rest – candidates for President of the European Commission“	http://www.jonworth.eu/best-of-the-rest-candidates-for-president-of-the-european-commission/
	11.5.2013	„EPP candidates for Commission President“	http://www.jonworth.eu/epp-candidates-for-commission-president/

	10.5.2013	„Denmark’s possible EU Patent Court referendum – an opportunity?“	http://www.jonworth.eu/denmarks-possible-eu-patent-court-referendum-an-opportunity/
	10.5.2013	„Barroso’s promise of a federal Europe is an insult. The post the College of Europe doesn’t want the Commission to see?“	http://www.jonworth.eu/barrosos-promise-of-a-federal-europe-is-an-insult-the-post-the-college-of-europe-doesnt-want-the-commission-to-see/
ECHR Blog	27.5.2013	„Blog Anniversary - 5 Years!“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/blog-anniversary-5-years.html
	24.5.2013	„Protocol 15 to the ECHR Adopted“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/protocol-15-to-echr-adopted.html
	23.5.2013	„Book on Constitutional Relevance of the ECHR“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/book-on-constitutional-relevance-of-echr.html
	14.5.2013	„ECHR Articles in Liber Amicorum Pieter van Dijk“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/echr-articles-in-liber-amicorum-pieter.html
	13.5.2013	„New ECHR Publications“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/new-echr-publications.html
	1.5.2013	„New Book Constituting Europe“	http://echrblog.blogspot.de/2013/05/new-book-constituting-europe.html
Centre for European Reform	29.5.2013	„Tilting at European windmills“	http://centreforeuropeanreform.blogspot.de/2013/05/tilting-at-european-windmills.html
	16.5.2013	„A dose of inflation would help the eurozone medicine go down“	http://centreforeuropeanreform.blogspot.de/2013/05/a-dose-of-inflation-would-help-eurozone.html
	9.5.2013	„Commission should move to structural reform of the ETS“	http://centreforeuropeanreform.blogspot.de/2013/05/commission-should-move-to-structural.html

	1.5.2013	„NATO and the costs of star wars“	http://centreforeuropeanreform.blogspot.de/2013/05/nato-and-costs-of-star-wars.html
European Tribune	29.5.2013	„Fiscal and Organizational Capacity of States and Sovereignty“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/24/114710/538
	27.5.2013	„The beatings shall continue ...“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/27/52357/8690
	26.5.2013	„Rail News Blogging #25“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/25/91210/4927
	24.5.2013	„Hollande Hartz Schröder“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/24/92356/0657
	21.5.2013	„An Irish mile.“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/21/51053/4938
	20.5.2013	„Glue“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/20/3141/55596
	18.5.2013	„Issues don't matter“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/18/72319/0896
	15.5.2013	„Bloodletting Proceeding Normally“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/15/25818/9969
	14.5.2013	„Standing on the Shoulders of Giants - Europe and the Mongol Empire“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/10/124654/927
	12.5.2013	„Rail News Blogging #24“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/11/142445/331
	10.5.2013	„Balancing Act“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/10/4124/09215
	7.5.2013	„Origins of German Neo-Austerianism“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/4/05719/40807
	4.5.2013	„Weimar Greece“	http://www.eurotrib.com/story/2013/5/4/51730/16866
Social Europe Journal	29.5.2013	„Skills Shortages In Europe – Do They Exist And Who Is To	http://www.social-europe.eu/2013/05/skills-shortages-in-europe-do-they-exist-and-who-is-to-blame-if-they-do/

		Blame If They Do?“	
	28.5.2013	„On Farce And Tragedy“	http://www.social-europe.eu/2013/05/on-farce-and-tragedy/
	20.5.2013	„The Good Society Debate Is Thriving In Europe“	http://www.social-europe.eu/2013/05/global-capital-and-the-nation-state/
	3.5.2013	„The Good Society Debate Is Thriving In Europe“	http://www.social-europe.eu/2013/05/the-good-society-debate-is-thriving-in-europe/
Ann Mettler	Keine Einträge im Untersuchungszeitraum		
Open Europe Blog	31.5.2013	„The march of eurozone unemployment continues“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/the-march-of-eurozone-unemployment.html
	31.5.2013	„Hague says UK wants national parliaments to have power to show 'red card' to EU proposals“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/hague-says-uk-wants-national.html
	30.5.2013	„Cypriot deposit developments“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/cypriot-deposits-continue-to-decline.html
	30.5.2013	„Why the Commission has grossly over-stepped the mark with its court challenge on right to reside“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/why-commission-has-grossly-over-stepped.html
	30.5.2013	„Any Commission changes to the eurozone crisis policy are largely semantic as the bloc continues to shy away from the tough choices“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/any-commission-changes-to-eurozone.html

30.5.2013	„The European Commission’s decision to take UK to court over migrants’ access to benefits is a spectacular own goal“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/the-european-commissions-decision-to.html
29.5.2013	"'You don't have to dictate': Hollande doesn't like to be bossed around by Europe“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/you-dont-have-to-dictate-hollande.html
29.5.2013	„Despite much fanfare, the European Commission recommends much of the same for the eurozone“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/despite-much-fanfare-european.html
28.5.2013	„Unintended consequences: could tariffs on Chinese imports actually harm the EU's solar panel industry?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/unintended-consequences-could-tariffs.html
28.5.2013	„New Open Europe/ComRes poll: British voters want changed relationship with EU rather than outright withdrawal“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/new-open-europecomres-poll-british.html
24.5.2013	„When ideology meets economic reality (part III): Germany squabbles over the Financial Transaction Tax“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/when-ideology-meets-economic-reality_24.html
24.5.2013	„Would an 'independent' UK	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/would-independent-uk-get-better-

		get a better US trade deal than the EU?“	us.html
	23.5.2013	„Good news: Commission bottles it on olive oil ban“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/good-news-commission-bottles-it-on.html
	23.5.2013	"If you had kept quiet, you would have remained a philosopher' - The Commission utterly fails to address flaws in the financial transaction tax“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/if-you-had-kept-quiet-you-would-have.html
	22.5.2013	„Another blow in the bank bonus debate - but there's something far more fundamental at work here“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/another-blow-in-bank-bonus-debate-but.html
	21.5.2013	„The UK manages to water down the EU's north sea power grab - to Scotland's benefit“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/the-uk-manages-to-water-down-eus-north.html
	21.5.2013	„Why not shrink the European Commission?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/why-not-shrink-european-commission.html
	21.5.2013	„EEA plus: a model for the future of the UK in Europe?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/eea-plus-model-for-future-of-uk-in.html
	20.5.2013	„The UK electorate is in the market for something more than the false choice of status quo or exit“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/the-uk-electorate-is-in-market-for.html

20.5.2013	„Howarth: It's Crunch Time for Britain and the EU“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/howarth-its-crunch-time-for-britain-and.html
17.5.2013	„This is welcome stuff: David Lidington says national parliaments could be given a 'red card' over EU proposals“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/this-is-welcome-stuff-david-lidington.html
16.5.2013	„Hollande goes on the offensive - two years to achieve political union in Europe“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/hollande-goes-on-offensive-two-years-to.html
16.5.2013	„EU Referendum Bill faces many hurdles“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/a-private-members-eu-referendum-bill.html
15.5.2013	„Where do EU member states stand on bank bail-in plans?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/where-do-eu-member-states-stand-on-bank.html
15.5.2013	„Nick Clegg: EU referendum a question of ‚when not if“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/nick-clegg-eu-referendum-question-of-if.html
14.5.2013	„Cameron: Before the 2015 election, we will do everything we can to make an EU referendum the law“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/cameron-before-2015-election-we-will-do.html
14.5.2013	„Do you think that the United Kingdom should remain a member of the European Union? - the Tories publish their EU Referendum Bill“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/do-you-think-that-united-kingdom-should.html

	14.5.2013	„Lord Leach: EU reform is the best option, even for us sceptics“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/lord-leach-eu-reform-is-best-option.html
	13.5.2013	„Splits in Germany (and beyond) over banking union?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/splits-in-germany-and-beyond-over.html
	13.5.2013	„Number of MPs backing referendum amendment grows - we see where they're coming from, but what are they backing?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/number-of-mps-backing-referendum.html
	10.5.2013	„Going global: Germany is slowly shifting its trade away from the EU (or why German growth alone cannot save the eurozone periphery)“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/going-global-germany-is-shifting-trade.html
	10.5.2013	„New ONS Figures show the trade deficit with the EU is widening - but total volumes show the EU market is still important“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/new-ons-figures-show-trade-deficit-with.html
	9.5.2013	„EU referendum: What will the Tory backbench motion actually achieve?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/eu-referendum-what-will-tory-backbench.html
	9.5.2013	„When ideology meets	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/when-ideology-meets-economic-

		economic reality (Part III): Opposition to the FTT grows at the heart of Europe“	reality.html
	8.5.2013	„The real Europe question: how to kick-start growth“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/the-real-europe-question-how-to-kick.html
	7.5.2013	„Is Lord Lawson's intervention likely to be a game-changer?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/is-lord-lawsons-intervention-likely-to.html
	6.5.2013	„Exclusive: Internal docs give first look at EU plans to regulate 'shadow banking“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/exclusive-internal-docs-give-first-look.html
	3.5.2013	„Alarm für die SPD: German voters not impressed by the party's approach to the eurozone crisis“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/german-poll-update-no-shifting-merkel.html
	2.5.2013	„It's election day and David Cameron has promised to legislate for an EU referendum - or has he?“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/its-election-day-and-david-cameron-has.html
	1.5.2013	„ECB increasingly likely to cut rates but running short of tools to help the eurozone economy“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/ecb-increasingly-likely-to-cut-rates.html
	1.5.2013	„Merkel and Letta shadowbox on 'growth' vs 'austerity“	http://openeuropeblog.blogspot.de/2013/05/merkel-and-letta-shadowbox-on-growth-vs.html
The Antitrust Hotchpotch	Keine Einträge im Untersuchungszeitraum		

Babel in Brussels	22.5.2013	„EU Presidency: Six Months on the Green!“	http://www.cafebabel.co.uk/brussels/article/eu-presidency-six-months-on-the-green.html
ECJ Blog	Keine Einträge im Untersuchungszeitraum		
Kosmopolito	26.5.2013	„How the EU works“	http://www.kosmopolito.org/2013/05/26/how-the-eu-works/
	14.5.2013	„How to become a British Eurosceptic“	http://www.kosmopolito.org/2013/05/14/how-to-become-a-british-eurosceptic/
DARE Network	26.5.2013	„Rethinking Education“	http://dare-network.blogspot.de/2013/05/rethinking-education.html
	22.5.2013	„The EU Citizenship Report 2013 is out!“	http://dare-network.blogspot.de/2013/05/the-eu-citizenship-report-2013-is-out.html
	22.5.2013	„Memorandum to the Council of Europe regarding the Spanish government's project to remove democratic citizenship and human rights education in school curriculum“	http://dare-network.blogspot.de/2013/05/memorandum-to-council-of-europe.html
	10.5.2013	„Report from the 6th Fundamental Rights Platform Meeting“	http://dare-network.blogspot.de/2013/05/report-from-6th-fundamental-rights.html
	7.5.2013	„We make Europe – active citizenship and lifelong learning“	http://dare-network.blogspot.de/2013/05/we-make-europe-active-citizenship-and.html
Grahn Law	30.5.2013	„EU Council adopted annual report on public access to documents“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/30/eu-council-adopted-annual-report-on-public-access-to-documents-16071723/

28.5.2013	„Nordic countries and EU: Public opinion in Iceland“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/28/nordic-countries-and-eu-public-opinion-in-iceland-16065466/
27.5.2013	„#MyEurope blogging – Part four: Citizens“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/27/myeurope-blogging-part-four-citizens-16060193/
26.5.2013	Democracy in Europe (26 May 2013): European Parliament elections 2014	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/26/democracy-in-europe-26-may-2013-european-parliament-elections-16057521/
25.5.2013	„European Federalist Paper number seven: democracy versus Hollande“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/25/european-federalist-paper-number-seven-democracy-versus-hollande-16054971/
24.5.2013	„Nordic countries and EU: Public opinion in Norway“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/24/nordic-countries-and-eu-public-opinion-in-norway-16052367/
23.5.2013	„Iceland voted for ‚fax democracy“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/23/iceland-voted-for-fax-democracy-16047400/
22.5.2013	„#MyEurope blogging – Part three“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/22/myeurope-blogging-part-three-16043658/
21.5.2013	„#MyEurope blogging – Part two“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/21/myeurope-blogging-part-two-16036062/
20.5.2013	„Hollande’s EU proposals in media“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/20/hollande-s-eu-proposals-in-media-16032637/
20.5.2013	„Empty phrases from the Elysée Palace“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/20/empty-phrases-from-the-elysee-palace-16029413/
19.5.2013	„Democracy in Europe (19 May 2013): Citizenship, democracy,	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/19/democracy-in-europe-19-may-2013-citizenship-democracy-human-rights-16019447/

		human rights“	
18.5.2013		„European Federalist Paper number six: Secession and EU referendum“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/18/european-federalist-paper-number-six-secession-and-eu-referendum-16008015/
17.5.2013		„The real engine of European integration: Jon Worth“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/17/the-real-engine-of-european-integration-jon-worth-16002696/
16.5.2013		„Socialist and Green primaries for European elections 2014“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/16/socialist-and-green-primaries-for-european-elections-15993162/
16.5.2013		„Eurofoundations, Europarties and the public“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/16/eurofoundations-europarties-and-the-public-15992181/
15.5.2013		„Mass desertion from European Union“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/15/mass-desertion-from-european-union-15980553/
13.5.2013		„Value for money? Europarties prepare for European Parliament elections“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/13/value-for-money-europarties-prepare-for-european-parliament-elections-15962138/
12.5.2013		„France's republican values at European level“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/12/democracy-in-europe-12-may-2012-france-s-republican-values-at-european-level-15956713/
11.5.2013		„European Federalist Paper number five: United States, federal or republic?“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/11/european-federalist-paper-number-five-united-states-federal-or-republic-15952889/
10.5.2013		„#MyEurope blogging on #EuropeDay – Part one“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/10/myeurope-blogging-on-europeday-part-one-15931262/
9.5.2013		„Europe Day for democracy, unity and diversity“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/09/europe-day-for-democracy-unity-and-diversity-15907177/

	9.5.2013	„'Anything goes' for Daniel Hannan MEP“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/09/anything-goes-for-daniel-hannan-mep-15904509/
	8.5.2013	„One notch closer to Brexit: Queen's Speech“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/08/one-notch-closer-to-brexit-queen-s-speech-15886067/
	7.5.2013	„François Villon on Europe Day“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/07/francois-villon-on-europe-day-15858116/
	6.5.2013	„Speak your mind on Europe Day, 9 May 2013“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/06/speak-your-mind-on-europe-day-9-may-15845482/
	5.5.2013	„Democracy in Europe (5 May 2013): a Citizen of Europe“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/05/democracy-in-europe-5-may-2013-a-citizen-of-europe-15830807/
	4.5.2013	„European Federalist Paper number four: USA“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/04/european-federalist-paper-number-four-usa-15825967/
	3.5.2013	„Van Rompuy's clarion call“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/03/van-rompuy-s-clarion-call-15820093/
	2.5.2013	„Letta goes Europe, but no democratic EU in sight“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/02/letta-goes-europe-but-no-democratic-eu-in-sight-15816780/
	2.5.2013	„Italy's Letta challenges European Council“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/02/italy-s-letta-challenges-european-council-15816257/
	1.5.2013	„Habermas preparing Europe Day“	http://grahnlaw.blogs.fi/2013/05/01/habermas-preparing-europe-day-15813128/
M.G. in Progress	Keine Einträge im Untersuchungszeitraum		
Dr. Sean's Diary	26.5.2013	Czech Republic: How to bale out the civic democrats?	https://drseansdiary.wordpress.com/2013/05/26/how-to-bale-out-the-civic-democrats/
	7.5.2013	„Eastern Europe: Parties and the mirage of technocracy“	https://drseansdiary.wordpress.com/2013/05/07/eastern-europe-parties-and-the-mirage-of-technocracy/

Reuniting Europe	7.5.2013	„Sir Graham Watson: The Commission has been too gentle with Borissov’s government“	http://reuniting-europe.blogactiv.eu/2013/05/07/sir-graham-watson-the-commission-has-been-too-gentle-with-borissov’s-government/#.Ufp-whb6-GM
	1.5.2013	„Top Bulgarian envoy: Skopje’s stance on neighbours is alarming“	http://reuniting-europe.blogactiv.eu/2013/05/01/top-bulgarian-envoy-skopjes-stance-on-neighbours-is-alarmed/#.Ufp-5Bb6-GM
Content and Carrier	Keine Einträge im Untersuchungszeitraum		
Eberhard Rhein	28.5.2013	„Germany should support EU stricter EU Car Emission Standards 2025“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/28/germany-should-support-eu-strict-eu-car-emission-standards-2025/
	27.5.2013	„The EU should do without very small coins“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/27/the-eu-should-do-without-very-small-coins/
	22.5.2013	„The Arab World should give priority to phasing out Subsidies on fossil Fuels“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/22/the-arab-world-should-give-priority-to-phasing-out-subsidies-on-fossil-fuels/
	21.5.2013	„No Need for an Euro-zone Government à la Hollande“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/21/no-need-for-an-euro-zone-government-a-la-hollande/
	15.5.2013	„Solar Plane breaking Records but not fit for commercial Traffic“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/15/solar-plane-breaking-records-but-not-fit-for-commercial-traffic/
	13.5.2013	„The EU should only target 45 per cent CO2 Reductions 1990-2030“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/13/the-eu-should-only-target-45-per-cent-co2-reductions-1990-2030/
	10.5.2013	„Living without fossil energies“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/10/living-without-fossil-energies/

	8.5.2013	„Coping with growing Diversity in a EU 28+“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/08/coping-with-growing-diversity-in-a-eu-28/
	7.5.2013	„Achieving an effective and equitable Climate Change Agreement by 2015“	http://rhein.blogactiv.eu/2013/05/07/achieving-an-effective-and-equitable-climate-change-agreement-by-2015/

Anlage 3: Aufteilung der Autoren-Links nach Kategorien von Websites

K (Kategorie) 1: Klassisches Massenmedium

K 2: Online-Medium

K 3: Weblogs aus der hier verwendeten Stichprobe

K 4: Sonstiges Weblog

K 5: Wikipedia

K 6: Social Network

K 7: Politische Institution auf EU-Ebene

K 8: Non-Profit-Organisation

K 9: Social Network-Profil eines EU-Politikers

K 10: Website eines EU-Politikers

K 11: Social Network-Profil eines nationalen Politikers

K 12: Website eines nationalen Politikers/ einer nationalen politischen Institution

K 13: Sonstige Website

Blog-Name	Gesamtanzahl Autoren-Links in #	K 1	K 2	K 3	K 4	K 5	K 6	K 7	K 8	K 9	K 10	K 11	K 12	K 13
EU Energy Policy Blog	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jon Worth's Euroblog	97	5	2	17	4	51	3	3	4	1	4	1	1	1

ECHR Blog	16	0	0	2	0	0	0	5	0	0	0	0	0	9
Centre for European Reform	3	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0
European Tribune	90	37	11	27	6	1	0	0	2	0	0	0	1	5
Social Europe Journal	8	1	0	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	4
Ann Mettler	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Open Europe Blog	188	58	5	49	4	3	0	19	20	1	0	0	18	11
The Antitrust Hotchpotch	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Babel in Brussels	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ECJ Blog	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosmopolito	3	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0
DARE Network	11	0	0	0	2	0	0	5	2	0	0	0	0	2
Grahn Law	371	27	1	96	68	6	54	31	29	10	16	0	13	20
M.G in Progress	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dr. Sean's Diary	15	3	2	0	1	2	1	0	3	0	0	0	0	3

Reuniting Europe	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Content and Carrier	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Eberhard Rhein	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe (Anteil)	803	131 (16,4%)	21 (2,6%)	192 (24,0%)	87 (10,8%)	63 (7,8%)	58 (7,2%)	68 (8,5%)	61 (7,6%)	12 (1,5%)	20 (2,5%)	1 (0,1%)	34 (4,2%)	55 (6,8%)

Anlage 4: Intention der Autoren-Links

Blog-Name	Gesamtanzahl Autoren-Links in <i>n</i>	Neutrale Links			Affirmative Links					Kritische Links		
		europ.	nat.	sonst.	europ.	nat.		sonst.	europ.	nat.		sonst.
						Herkunftsland d. Aut.	anderes Land			Herkunftsland d. Aut.	anderes Land	
Jon Worth's Euroblog	97	25	54	7	3	2	3	0	2	0	1	0
ECHR Blog	16	5	8	0	1	2	0	0	0	0	0	0
Centre for European Reform	3	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0
European Tribune	90	23	27	19	6	0	7	2	0	0	5	1
Social Europe Journal	8	1	6	1	0	0	0	0	0	0	0	0
Open Europe Blog	188	50	79	8	5	33	5	1	2	4	1	0
Kosmopolito	3	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0
DARE Network	11	6	2	1	2	0	0	0	0	0	0	0

Grahn Law	371	109	168	12	36	37	0	3	4	0	1	1
Dr. Sean's Diary	15	2	10	2	0	1	0	0	0	0	0	0
Reuniting Europe	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe (Anteil)	803	223	354	50	56	75	15	6	9	4	9	2
		(27,8%)	(44,1%)	(6,2%)	(7,0%)	(9,3%)	(1,9%)	(0,7%)	(1,1%)	(0,5%)	(1,1%)	(0,3%)
		90 (11,2%)		13 (1,6%)								
		627 (78,1%)			152 (19,0%)				24 (3,0%)			

Anlage 5: Aufteilung der Kommentar-Links nach Kategorien von Websites

K (Kategorie) 1: Klassisches Massenmedium

K 2: Online-Medium

K 3: Weblogs aus der hier verwendeten Stichprobe

K 4: Sonstiges Weblog

K 5: Wikipedia

K 6: Social Network

K 7: Politische Institution auf EU-Ebene

K 8: Non-Profit-Organisation

K 9: Social Network-Profil eines EU-Politikers

K 10: Website eines EU-Politikers

K 11: Social Network-Profil eines nationalen Politikers

K 12: Website eines nationalen Politikers/ einer nationalen politischen Institution

K 13: Sonstige Website

Blog-Name	Gesamtanzahl Kommentarlinks in n	K 1	K 2	K 3	K 4	K 5	K 6	K 7	K 8	K 9	K 10	K 11	K 12	K 13
EU Energy Policy Blog	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jon Worth's Euroblog	14	4	1	6	1	0	1		0	0	0	0	0	1

ECHR Blog	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Centre for European Reform	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
European Tribune	113	20	7	18	15	25	12	1	0	0	0	0	1	14
Social Europe Journal	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ann Mettler	-	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Open Europe Blog	18	3	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0	1	6
The Antitrust Hotchpotch	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Babel in Brussels	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
ECJ Blog	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kosmopolito	2	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0
DARE Network	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grahn Law	4	0	0	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0
M.G in Progress	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Dr. Sean's Diary	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Reuniting Europe	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Content and Carrier	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Eberhard Rhein	4	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Summe (Anteil)	156	28 (17,9%)	12 (7,7%)	26 (16,7%)	22 (14,1%)	25 (16,0%)	18 (11,5%)	1 (0,6%)	1 (0,6%)	0	0	0	2 (1,3%)	21 (13,5%)

Anlage 6: Intention der Kommentar-Links

Blog-Name	Gesamtanzahl Kommentar- Links in <i>n</i>	Neutrale Links			Affirmative Links			Kritische Links		
		europ.	nat.	sonst.	europ.	nat.	sonst.	europ.	nat.	sonst.
Jon Worth's Euroblog	14	1	7	0	0	4	1	0	1	0
European Tribune	113	8	44	24	5	20	3	4	4	1
Social Europe	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0
Kosmopolito	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Open Europe blog	18	0	9	1	0	7	0	0	1	0
Grahnlaw	4	0	3	0	1	0	0	0	0	0
Dr. Sean's Diary	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Eberhard Rhein	4	0	4	0	0	0	0	0	0	0
Summe	156	9	68	25	6	33	4	4	6	1
(Anteil)		(6,0%)	(43,6%)	(16,0%)	(3,8%)	(21,1%)	(2,6%)	(2,6%)	(3,8%)	(0,6%)
		102 (65,4%)			43 (27,6%)			11 (7,1%)		

Anlage 7: Verlinkung zu Massen- bzw. Online-Medien; Autoren- und Kommentar-Links kumuliert

L (Land) 1: Belgien, L 2: Großbritannien, L 3: Dänemark, L 4: Irland, L 5: Schweiz, L 6: Deutschland, L 7: Frankreich, L 8: USA, L 9: Vereinigte Arabische Emirate, L 10: Tschechien, L 11: Spanien, L 12: Italien, L 13: Norwegen, L 14: Rumänien, L 15: Griechenland, L 16: Uruguay

Blog-Name	Herkunft des Autors (bzw. Arbeitsort des Blogs, falls ermittelbar)	Gesamtanzahl Autoren- und Kommentar-Links	Gesamtanzahl Links zu Massen- bzw. Online-Medien	Länder der Link-Ziele (Massen- bzw. Online-Medien)															
				L 1	L 2	L 3	L 4	L 5	L 6	L 7	L 8	L 9	L 10	L 11	L 12	L 13	L 14	L 15	L 16
Jon Worth's Euroblog	GB	111	12	2	3	5	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	
Social Europe Journal	Sitz in GB	9	2	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	
Open Europe	Sitz in GB	206	70	5	45	0	2	0	5	4	6	0	0	1	1	0	0	0	1

Blog																			
Dr. Sean's Diary	GB	15	5	0	2	0	0	0	0	0	2	0	1	0	0	0	0	0	0
Summe Blogs aus GB (Anteil)	GB	344	89	7 (7,9 %)	51 (57,3 %)	5 (5,6 %)	2 (2,2 %)	0	5 (5,6 %)	4 (4,5 %)	11 (12,4 %)	0	1 (1,1 %)	1 (1,1 %)	1 (1,1 %)	0	0	0	1 (1,1 %)
European Tribune	transnational-europäisch	203	75	2	38	0	2	2	17	2	8	2	0	0	0	0	1	1	0
Grahn Law	Finnland	375	28	2	15	0	0	0	5	3	0	0	0	0	0	3	0	0	0
Summe gesamt (Anteil)	-	959	192	11 (5,7 %)	104 (54,2 %)	5 (2,6 %)	4 (2,1 %)	2 (1,0 %)	27 (14,1 %)	9 (4,7 %)	19 (9,9 %)	2 (1,0 %)	1 (0,5 %)	1 (0,5 %)	1 (0,5 %)	3 (1,6 %)	1 (0,5 %)	1 (0,5 %)	1 (0,5 %)

12.2. Kurzfassung der Ergebnisse der Dissertation

Die vorliegende Dissertation baut auf der Beobachtung einer bislang auffälligen Zurückhaltung der empirischen Forschung auf dem Gebiet der Europäisierung von Online-Öffentlichkeiten auf. Als einen möglichen Grund für diese Zurückhaltung führt die Dissertation nach der Betrachtung der bisher auf diesem Gebiet durchgeführten empirischen Studien und Untersuchungen eine unzureichend kohärente Theoretisierung der Kategorie digitaler europäischer Öffentlichkeit an. Es fehlt, so die These, an einem Raster von verallgemeinerbaren theoretischen und normativen Maßstäben zum empirischen Nachweis und zur kritischen Bewertung der Europäisierung von Öffentlichkeit im und durch das Internet.

Diese Grundannahme führt die vorliegende Arbeit hinsichtlich der Konstruktion einer Theorie digitaler europäischer Öffentlichkeit zu zwei elementaren Prämissen: (1) Um empirisch anschlussfähig und aussagekräftig zu sein, muss Öffentlichkeit als „Seismograph“ (Kurt Imhof) auf transnationaler Ebene theoretisch grundlegend anders konstruiert werden als die klassische Kategorie politischer Öffentlichkeit, die sich in ihrer räumlichen Ausdehnung auf politisch und kulturell weitergehend integrierte Nationalstaaten bezieht. Dabei allerdings dürfen die normativen Kriterien, die den Seismographen Öffentlichkeit im klassischen, nationalstaatlichen Sinn geprägt haben, nicht gänzlich über Bord geworfen, sondern müssen an die Charakteristika transnationaler Kommunikationsräume angepasst werden. (2) Diese Anpassung bedarf an zentraler Stelle einer Berücksichtigung der gesellschaftlich rückgekoppelten, medientechnologischen Entwicklung der immer wichtiger werdenden Form digitaler Netzwerkkommunikation.

Beide Prämissen verstärken das Bild einer in diesem Sinne bislang unzureichenden Theoretisierung von europäischer Öffentlichkeit im Kontext digitaler Kommunikation. Vor dem Hintergrund dieser Beobachtungen hat die vorliegende Arbeit einen spezifischen Begriff digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa erarbeitet und seine Konturen theoretisch bestimmt. Die zentrale Forschungsfrage dabei lautete:

Wie kann ein Begriff digitaler europäischer Öffentlichkeit modelliert werden, der erstens die normativen Komponenten des klassischen Öffentlichkeitsbegriffs mit dem veränderten Kontext eines transnational-europäischen Kommunikationsraumes versöhnt, der dabei zweitens die Mechanismen, Strukturen und die Arbeits- und Funktionsweisen von digitalen Netzwerken, wie sie bei allen Arten der Online-Kommunikation zum Tragen kommen, nicht nur berücksichtigt, sondern – im Lichte einer zunehmend netzwerkartig organisierten, globalen Gesellschaft – an zentraler Stelle auf ihnen aufbaut, und der drittens in einem solchen Maße für unterschiedliche Formen von Online-Kommunikation und Online-

Öffentlichkeiten empirisch anschlussfähig bleibt, dass er zukünftigen Untersuchungen auf diesem Forschungsfeld als theoretische Richtschnur und als Orientierungs- und Vergleichsrahmen dienen kann?

Um diese Frage in gebotenerem Umfang beantworten zu können, hat sich die vorliegende Dissertation zunächst der Kategorie europäischer Öffentlichkeit von verschiedenen Seiten genähert: von der historischen Seite, um darzulegen, dass zivilgesellschaftliche und medial vermittelte Kommunikation in und über Europa kein genuines Phänomen der Gegenwart ist; von der öffentlichkeitssoziologischen Seite, um den normativen Rahmen politischer Öffentlichkeit, wie er in der Aufklärung entstanden ist und seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts wissenschaftlich reflektiert und debattiert wurde, einzufangen und ihn später auf die Gegenwart bezogen kritisch adaptieren zu können; von der ‚europawissenschaftlichen‘ Seite, um den Kommunikationsraum, in dem europäische Öffentlichkeit entsteht und agiert, zu kennen – seine Spezifika sowohl aus politologischer, als auch aus soziologischer und kulturwissenschaftlicher Warte zu verstehen; und schließlich von der kommunikations- und medienwissenschaftlichen Seite, um die Charakteristika einer auf Netzwerken aufbauenden digitalen Medienumwelt, wie sie im Zentrum der hiesigen Betrachtungen europäischer Öffentlichkeit steht, zu erfassen.

Dabei hat die Arbeit die von Manuel Castells geprägte Gesellschaftstheorie des „Informationszeitalters“, innerhalb dessen das Netzwerk die entscheidende Metapher zur Beschreibung kollektiven Zusammenlebens darstellt, zugrunde gelegt und darauf aufbauend erörtert, dass die Kategorie des Publikums, als notwendige Bedingung für die Entstehung von Öffentlichkeit, im Zeitalter der „Netzwerkgesellschaft“ (Castells) neu gedacht werden muss: wir haben es heute – nicht nur, aber auch auf europäischer Ebene – mit Bürgern zu tun, die sich dadurch auszeichnen, dass sie zunehmend punktuell und themenbezogen, als vernetzte Individuen und weniger in Form von homogenen, permanent aktiven Gruppen oder Kollektiven agieren.

Die soziale Struktur von Öffentlichkeit besteht demnach eben nicht mehr aus jenen *zum Publikum versammelten Privatleuten* des 18. Jahrhunderts und auch nicht mehr primär aus den *zum Publikum gemachten Medienrezipienten* der industriellen Ära des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Gerade im Internet – das in der vorliegenden Arbeit mit Klaus Beck und Herbert Kubicek als Medium erster Ordnung sowie als technische Infrastruktur zur Generierung von Medien zweiter Ordnung beschrieben wurde – emergiert Öffentlichkeit heute aus sich *zu verschiedenen Publika aktiv vernetzenden Individuen*. Damit werden ihre normativ-kritischen Funktionen, wie sie in dieser Arbeit mit Manheim, Habermas, Peters, Dahrendorf, Luhmann, Gerhards und Neidhardt theoretisiert worden sind, zwar

herausgefordert; sie werden aber längst nicht obsolet. Die Bewertungsmaßstäbe dieser Funktionen von Öffentlichkeit sollten jedoch an ihre veränderten Strukturen angepasst werden – erst recht in transnationalen Kommunikationsräumen wie Europa.

Auf der einen Seite wird die Beschaffenheit von Öffentlichkeit also von soziologischen Megatrends wie der Etablierung einer globalen Netzwerkgesellschaft beeinflusst, auf der anderen Seite werden ihre Funktionsmechanismen zunehmend von der Diffusion der digitalen Netzwerkmedien des Internet geprägt. Durch beide Entwicklungen wird die Struktur von Öffentlichkeit zwangsläufig dezentraler und die in ihr stattfindenden Kommunikationsprozesse damit tendenziell unabhängiger von tradierten Eingrenzungsmechanismen. Diese Unabhängigkeit betrifft an zentraler Stelle eben auch territoriale und nationalstaatliche Grenzen.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang zudem die Tatsache, dass sich die Mediensysteme, die in der Vergangenheit vornehmlich nationalstaatlich integrierten waren, immer mehr zu einem Netzwerk aus klassischen Massenmedien (die als System primär immer noch innerhalb von Landesgrenzen agieren), und digitalen Netzwerkmedien (die *eo ipso* eine größere Unabhängigkeit gegenüber territorialen Grenzen besitzen) entwickeln. Im Ergebnis entsteht dabei ein komplexes Kommunikationsnetzwerk, eine „public of publics“ (James Bohman). Diese *public of publics* ist im Vergleich zu tradierten Formen von Öffentlichkeit stärker deterritorialisiert, sie ist dezentraler organisiert, sie ist tendenziell heterogener und pluralistischer.

Ein kommunikationstheoretisch zunehmend wichtiger werdender Operationsmodus innerhalb der *public of publics*, das hat die vorliegende Arbeit ausführlich dargelegt, ist jene Kommunikationsform, die von verschiedenen Theoretikern zwar mit unterschiedlichen Namen, jedoch mit ähnlichen Intentionen beschrieben worden ist: Bei Castells heißt sie „mass self-communication“, bei Gustavo Cardoso „networked communication“ und Yochai Benkler schließlich bezeichnet sie weitläufiger als „networked information economy“. All diese theoretischen Beschreibungen zielen jedoch auf das selbe kommunikationstheoretische Faktum ab: Innerhalb des beschriebenen Typus der Netzwerkkommunikation werden die tradierten kommunikationswissenschaftlichen Sender-Empfänger-Modelle der *one-to-one*- und der *one-to-many*-Kommunikation um ein neues Modell, das Modell der *many-to-many*-Kommunikation ergänzt.

Durch diesen von ihnen etablierten Kommunikationsmodus der *many-to-many*-Kommunikation sorgen die digitalen Netzwerkmedien dafür, dass sich innerhalb bestimmter Kommunikationsformen im Internet potenziell jeder Nutzer als Absender von

Botschaften an eine Vielzahl von Empfängern richten kann. Damit kommt es zu einer potenziellen Demokratisierung der Möglichkeiten zur Initiation von öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsprozessen, die allerdings nicht mit einer Demokratisierung der Chancen auf Sichtbarkeit und Wirkmächtigkeit gleichgesetzt werden sollte.

Zwei, hinsichtlich der Kategorie europäischer Öffentlichkeit essenzielle Grundannahmen lassen sich also bis hierher ausmachen. Erstens: Die Architektur gegenwärtiger Kommunikationsnetzwerke sorgt dafür, dass die durch sie entstehenden Öffentlichkeiten der Tendenz nach weniger an territorial abgeschlossene (etwa nationalstaatliche) Kommunikationsräume gebunden sind als dies in der Ära des Monopols elektronischer Massenmedien der Fall war. Zweitens: Durch den im Rahmen der digitalen Netzwerkkommunikation möglich gewordenen Modus der *many-to-many*-Kommunikation wird die kommunikative Potenz des Publikums zumindest der Theorie nach ausgeweitet.

Auf der strukturellen Ebene digitaler Netzwerkkommunikation hat die Arbeit darlegen können, dass die beiden aus normativ-öffentlichkeitstheoretischer Perspektive schwerwiegendsten Kritiken gegenüber im Web entstehender Öffentlichkeit – die Kritik einer zu starken Zentralisierung wie auch jene Kritik einer zu starken Fragmentierung dieser Öffentlichkeiten – relativiert werden müssen. Es sind vor allem die strukturellen Ordnungsprinzipien von Kommunikationsnetzwerken im World Wide Web, welche eine digitale Netzwerk-Öffentlichkeit zumindest bis zu einem gewissen Grad gegen diese beiden Kritikpunkte verteidigen können. Obgleich (oder gerade weil) die Strukturen des Web weit davon entfernt sind, jedem User ein Recht auf maximale Verbreitung der eigenen Botschaften einzuräumen, lässt sich von einer netzwerkartig organisierten Öffentlichkeit sprechen, welche die Möglichkeit einer aktiven Partizipation zwar grundsätzlich für jeden User gewährleistet, dabei aber nicht zu einer öffentlichkeitstheoretisch fragwürdigen ‚Kakophonie‘ verkommt. Einer destruktiven Fragmentierung von Kommunikationsprozessen im Web durch totalen Egalitarismus stehen also deren innere Ordnung wie auch deren dynamische Wachstumsregeln entgegen.

Bezogen auf das thematisch zumeist stark segmentierte Kommunikationsformat der Weblogs, an dem digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in der vorliegenden Arbeit primär exemplifiziert wurde, bedeutet das, dass eine hohe thematische Fragmentierung von Kommunikationsprozessen (*issue*-Öffentlichkeiten), wie sie für dieses Format prägend ist, eben nicht mehr zwingend mit einem Verlust der klassischen Integrations- oder Legitimationsfunktion von politischer Öffentlichkeit einhergeht: Dadurch, dass Themen,

die es bis an die Spitze der Aufmerksamkeitshierarchie der unterschiedlichen Blogosphären schaffen, zwangsweise auf das Interesse einer großen Zahl von Weblog-Nutzern gestoßen sein müssen, wirken sie zumindest innerhalb dieser Kommunikationsgemeinschaften integrierend; dadurch, dass solche Themen nicht nur im Web prominent werden, sondern mithilfe der großen Kommunikationsknoten im Web, der sogenannten *focal points* auch breite, mitunter sogar massenmediale Aufmerksamkeit und damit gegebenenfalls auch politische Wirkmächtigkeit im Sinne der traditionellen Input-Funktion von politischer Öffentlichkeit generieren können (siehe etwa die *ACTA*-Debatte aus dem Jahr 2012), kann dieser Art der digitalen Netzwerkkommunikation auch ein im öffentlichkeitstheoretischen Sinn legitimatorischer Charakter zukommen. Inwieweit dies der Fall ist, gilt es allerdings im Einzelfall empirisch zu überprüfen.

Mit ihrer starken *issue*-Bezogenheit auf der einen und ihrer enormen Vernetzungsleistung auf der anderen Seite, sind Weblog-Kommunikationsprozesse im Speziellen und Web-Kommunikation im Allgemeinen deshalb in hohem Maße anschlussfähig an einen pragmatisch orientierten Begriff europäischer Öffentlichkeit, der die tradierten normativen Erwartungen an Öffentlichkeit vor dem Hintergrund neuer Medientechnologien und neuer, transnationaler Kommunikationsräume neu bewertet. *Issue*-Orientierung sowie punktuelle gegenseitige Bezugnahmen in Form der Vernetzung von Diskursen anstelle der Utopie einer umspannenden Meta-Öffentlichkeit auf transnationaler Ebene sind dabei zwei der wichtigsten Grundprämissen eines normativ entdramatisierten, jedoch nicht normenlosen Verständnisses von europäischer Öffentlichkeit, wie es in der vorliegenden Dissertation herausgearbeitet und mit dem Begriff der *digitalen Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa* umschrieben wurde.

Eine solche digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa, das ist ihrer Fokussierung auf die Organisationsform des Netzwerkes geschuldet, arbeitet mit sehr feingliedrigen Kategorien kommunikativer Kongruenz – sie rückt von einer möglichst maximalen sozialen Inklusion ab und bleibt für thematisch wie regional unterschiedlich deutliche Prozesse von Kommunikationsverdichtung empfänglich. Damit negiert sie nicht die seismographische Funktion von Öffentlichkeit, sie verändert gewissermaßen aber die Skalierung des Seismographen. In Analogie zum europäischen Identitätsbegriff bei Wolfgang Schmale wird digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa somit als ein pluralistisches, temporäres und mitunter ephemeres Phänomen aufgefasst, das sich vornehmlich dadurch auszeichnet, aufgrund seiner strukturellen und kommunikationstheoretischen Charakteristika sub-

nationale, nationale und transnationale *issue*-Öffentlichkeiten in Europa miteinander zu themenspezifischen *publics of publics* verknüpfen zu können.

Auf normativer Ebene jedoch kann ein solcher Begriff europäischer Öffentlichkeit den nationalstaatlich geprägten Konzepten von Demokratie und Identität nicht eins zu eins verhaftet bleiben. Weil nach der Auffassung der vorliegenden Arbeit bereits die politischen Strukturen der Europäischen Union weit schwieriger mit den normativen Forderungen klassischer Demokratietheorien zu versöhnen sind als diejenigen in den traditionellen europäischen Nationalstaaten, muss auch die Kategorie europäischer Öffentlichkeit ein stärker pragmatisches Verhältnis zu den tradierten demokratietheoretischen Anforderungen an politische Öffentlichkeit entwickeln. Auf der Ebene der kollektiven Identität, die ebenfalls eng mit dem politischen Öffentlichkeitsbegriff verknüpft ist, bietet sich parallel dazu ein stärker pluralistisches Begriffsverständnis an, wie es in der vorliegenden Arbeit zum einen mit dem an der Physiognomie des Netzwerkes orientierten Begriff europäischer Identität bei Wolfgang Schmale und zum anderen mit dem auf Ulrich Beck zurückgehenden „Sowohl-als-auch“-Paradigma von Europäisierung herausgearbeitet wurde.

Dieses spezifische, stark horizontale Verständnis von Europäisierung hat die vorliegende Arbeit auf einen kommunikationswissenschaftlich und medientechnologisch geprägten Begriff europäischer Öffentlichkeit übertragen: Auch dieser muss sich von einem national geprägten Öffentlichkeitsverständnis, das europäische Öffentlichkeit allenfalls als Addition nationaler Öffentlichkeiten oder als Bildung einer gleichsam über den nationalen Öffentlichkeiten schwebenden supranationalen, europäischen Meta-Öffentlichkeit denken kann, bis zu einem gewissen Grad befreien. Gerade vor dem Hintergrund der Fokussierung auf digitale Netzwerkmedien kommt es auch hier vielmehr auf die Chancen und Möglichkeiten horizontaler kommunikativer Verknüpfungen an, im Rahmen derer sich nationale und transnationale Öffentlichkeiten nicht nur *nicht* ausschließen, sondern sich gegebenenfalls sogar gegenseitig bedingen und befruchten.

Vor dem Hintergrund eines solchen, transnational geprägten Demokratie-, Identitäts- und Gesellschaftsverständnisses auf europäischer Ebene hat die vorliegende Arbeit nach einem angemessenen theoretischen Konzept europäischer Öffentlichkeit gesucht, das an zentraler Stelle für die Charakteristika von digitalen Öffentlichkeiten in der Netzwerkgesellschaft anschlussfähig ist. Sie ist beim hermeneutisch-pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit, wie ihn Klaus Eder und vor allem Cathleen Kantner entwickelt haben, fündig geworden. Die zentrale Setzung innerhalb dieses Konzepts europäischer Öffentlichkeit ist das Habermas'sche Diktum, nach dem eine Öffentlichkeit im Kern

bereits dann als europäisch zu betrachten ist, wenn sie es „den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen“ (Habermas 1996: 190). Vor diesem Hintergrund formt Kantner ein „hermeneutisch-pragmatisches Öffentlichkeitsverständnis“ (Kantner 2003: 233), das an der *per se* vorhandenen Heterogenität und der Multiperspektivität der Kommunikationsteilnehmer im transnationalen Raum nicht scheitert, sondern auf diesen Tendenzen gerade an zentraler Stelle aufbaut.

Die pragmatische Komponente dieses Öffentlichkeitsverständnisses betont im Sinne des Pragmatismus' John Deweys zudem die Tatsache, dass Öffentlichkeit innerhalb eines heterogenen Publikums vornehmlich als Folge von geteilten Handlungskonsequenzen ausgebildet wird. Genau diese Prämisse trifft die Situation in Europa und vor allem diejenige in der EU in zunehmendem Maße auf den Punkt: Die oben ausgemachte, pluralistische, temporäre und mitunter ephemere Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa kann zwar weder auf eine gemeinsame Sprache, noch auf eine gemeinsame Medieninfrastruktur, noch zwangsweise auf dieselben Perspektiven der Diskursteilnehmer auf Diskursgegenstände zurückgreifen, sie entsteht aber mehr und mehr durch eine Angleichung der sozialen Problemzusammenhänge des Publikums respektive der Bürger Europas respektive der *User* im digitalen Kommunikationsraum. Zwar ist ein solcher, funktional geprägter Öffentlichkeitsbegriff ganz allgemein für transnationale Kommunikationszusammenhänge anschlussfähig; dennoch ist es eben jene Prämisse der Intensität geteilter Problemzusammenhänge, die eine digitale *europäische* Öffentlichkeit auch von digitalen Kommunikationsnetzwerken auf *globaler* Ebene abzugrenzen vermag: Aufgrund der weit fortgeschrittenen politischen Institutionalisierung europäischer Integration in Form der EU ist die Ausbildung geteilter Problemzusammenhänge hier deutlich wahrscheinlicher als im globalen Maßstab. Darüber hinaus bleibt ein solch funktionaler Öffentlichkeitsbegriff für die Kommunikationsverhältnisse in Europa deshalb besonders anschlussfähig, weil er sich gegenüber stark *issue*-gebundenen und mitunter sozial segmentierten Teilöffentlichkeiten, wie sie sowohl für transnationale Kommunikationsprozesse als auch für digitale Netzwerkkommunikation *per se* charakteristisch sind, nicht verschließt.

Vor diesem Hintergrund hat die vorliegende Arbeit den hermeneutisch-pragmatischen Begriff europäischer Öffentlichkeit von Eder und Kantner mit den technologischen Charakteristika der digitalen Netzwerkkommunikation verknüpft, welche das gegenwärtige

„Informationszeitalter“ kommunikationstheoretisch am nachhaltigsten prägen. Dabei ist vor allem dreierlei deutlich geworden:

Erstens: Der hermeneutisch-pragmatische Begriff europäischer Öffentlichkeit baut an zentraler Stelle auf der Existenz eines pluralistischen Nebeneinander von *issue*- und Teilöffentlichkeiten auf. Es sind aber jene technischen Spezifika der digitalen Netzwerkkommunikation, die eine solche themengebundene Pluralisierung von Öffentlichkeit bei (und das ist der entscheidende Zusatz) gleichzeitiger Vernetzung der einzelnen *issue*-Öffentlichkeiten überhaupt erst ermöglichen: Weil die Nutzer hier die Informationen, mit denen sie konfrontiert werden, aktiv auswählen und deren Verwertung selbst bestimmen, können sie sich innerhalb eines digitalen Kommunikationsnetzwerkes fast beliebig zu *issue*- und Teilöffentlichkeiten zusammenschließen, ohne dass diese Fragmente jedoch zwangsläufig voneinander isoliert und unverbunden wären. Dadurch, dass alle Botschaften und Inhalte im digitalen Raum potenziell jederzeit auch für Nutzer außerhalb einer bestimmten Teilöffentlichkeit abrufbar und verwertbar sind, ist es gerade der Charakter jener Teilöffentlichkeiten, in ihrer Struktur dynamisch und untereinander verknüpfbar zu sein.

Zweitens: Wenn die neue kommunikative Potenz der Nutzer von digitaler Netzwerkkommunikation die erste technische Voraussetzung zur Realisierung von (europäisierten) *issue*-Öffentlichkeiten markiert, dann findet auch deren zweite, stärker strukturelle Voraussetzung – das zielgerichtete Verknüpfen von Inhalten nach thematischen Gesichtspunkten – im Web nie dagewesene Realisierungsmöglichkeiten: In Form von Hyperlinks. Diese ermöglichen eine spezifische *issue*-Orientierung von digitalen Kommunikationsräumen, wie sie vor allem für das Phänomen europäischer Öffentlichkeit von zentraler Bedeutung ist, weil hier – anders als im Nationalstaat – eben nicht zwangsläufig auf ein hohes Maß an kultureller und politischer Integration der Kommunikationsräume zurückgegriffen werden kann.

Drittens: Darauf aufbauend lässt sich festhalten, dass es gerade die internetgestützten Kommunikationsmöglichkeiten und deren soziale Appropriation *via* World Wide Web und Web 2.0 sind, die zur Konstituierung transnationaler Öffentlichkeiten in besonderer Weise beitragen können – dann nämlich, „wenn gemeinsam interessierende Themen von räumlich getrennten Kommunikationsgemeinschaften behandelt werden müssen“ (Grunwald 2006: 79), wenn Diskussionen „immer weniger durch räumlich (regional oder national) zusammenhängende Kommunikationsgemeinschaften erfolgen, sondern [...] themen- und politikfeldbezogener [...] Teilöffentlichkeiten“ (ebd.) bedürfen. Beide

Voraussetzungen prägen gerade die Europäische Union als Kommunikationsgemeinschaft so existenziell wie gegenwärtig kaum einen anderen transnationalen Raum der Erde.

Darüber hinaus hat die vorliegende Dissertation verschiedene, von der Wissenschaft (v.a. von Bernhard Peters und Stefan Tobler) bislang aufgestellte normative Bedingungen für die Existenz europäischer Öffentlichkeit zu vier Kriterien gebündelt, an denen sich auch eine Theorie digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa überprüfen lassen muss:

- (1) Die vertikale Ausrichtung von medienvermittelten Diskursen an Institutionen und Akteuren der EU,
- (2) ihre horizontale Ausrichtung an anderen europäischen Ländern und deren Öffentlichkeiten,
- (3) die diskursive Interaktion bzw. Verschränkung zwischen verschiedenen europäisierten Öffentlichkeiten und schließlich
- (4) die kommunikative Kongruenz bezogen auf die Art und Weise, wie Debatten in einzelnen Öffentlichkeiten geführt und welchen Deutungshoheiten ihre Inhalte unterzogen werden.

Die im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit zentrale Frage lautete dabei, ob diese Kriterien in der kommunikativen Umgebung digitaler Netzwerke, sprich: im Bereich der Internetkommunikation, höhere Realisierungschancen erhalten als auf der Ebene elektronischer Massenmedienkommunikation. Die Beantwortung dieser Frage ist dabei teils auf Grundlage der theoretischen Erkenntnisse der vorliegenden Arbeit, teils auf Grundlage der Ergebnissen der hier durchgeführten, exemplarischen Untersuchung von europäischer Weblog-Öffentlichkeit erfolgt.

Der Gesamteindruck bezüglich größerer Realisierungsmöglichkeiten der oben aufgeführten Kriterien von Europäisierung durch die strukturellen Umbrüche im Rahmen der Etablierung der digitalen Netzwerkkommunikation war dabei ein Verhalten positiver. Die vertikale Ebene von Europäisierung, also der kommunikative Austausch mit Institutionen und Akteuren auf EU-Ebene (1), ebenso wie die transnationale Angleichung einer Beeinflussung von öffentlicher Meinung und einer Erzeugung von tatsächlich massenwirksamen Deutungshoheiten über einzelne Themen (4) sind nach wie vor von Faktoren abhängig, die durch die Verbreitung der digitalen Netzwerkkommunikation nur sehr langsam restrukturiert werden. Zwar hat die hier durchgeführte Untersuchung von ausgewählter Weblog-Kommunikation in durchaus signifikantem Maße Bezugnahmen zu europäischen bzw. EU-Websites in Form von Hyperlinks ausmachen können; dieses Ergebnis steht aber unter dem Vorbehalt der thematischen Eingrenzung der hiesigen

Untersuchung auf europapolitische Weblogs. Inwiefern es auf andere thematische Kontexte projizierbar ist, muss an anderer Stelle überprüft werden.

Die entscheidenden Veränderungen, die mit dem beschriebenen kommunikationstechnologischen Wandel einhergehen, scheinen vor allem im Bereich der horizontalen Europäisierung von Teilöffentlichkeiten (2) und primär auf der Ebene der Zivilgesellschaft zu liegen. Die oft themenbezogene Erstellung von Verknüpfungen zwischen einzelnen Debatten, gegenseitige Bezugnahmen sowie die Möglichkeiten zur Interdiskursivität im transnationalen Raum (3) sind vor allem für Akteure ohne außergewöhnlich hohes soziales oder finanzielles Kapital bedeutend einfacher realisierbar geworden. So konnten in der hier durchgeführten, exemplarischen Untersuchung von Weblog-Kommunikationsprozessen auf verschiedenen Analyseebenen auch deutlich horizontale Europäisierungstendenzen im Sinne eines ausgeprägten Verlinkungsverhaltens der untersuchten Weblogs zu Websites aus anderen europäischen Ländern ausgemacht werden.

Wenn die entscheidende Frage zur Bewertung von Europäisierungsprozessen aus kommunikationswissenschaftlichem Blickwinkel lautet, „ob und wie Diskurse, die in den verschiedenen europäischen Ländern geführt werden, wechselseitig anschlussfähig werden“ (Wessler 2004: 20), dann werden die Chancen zu einer solchen Anschlussfähigkeit durch die Ausbreitung digitaler Netzwerkkommunikation vor allem auf zivilgesellschaftlicher Ebene erhöht – in dieser Entwicklung liegt letztlich das Hauptcharakteristikum digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa.

Letzteres bedeutet allerdings nicht, dass horizontal europäisierte Kommunikation in digitalen Netzwerken heute schon ein Phänomen darstellt, welches breite Teile der europäischen Gesellschaften einschließt. Das Gegenteil ist der Fall: Bei digital emergierenden Teilöffentlichkeiten im europäischen Raum handelt es sich in der Regel um Elitenöffentlichkeiten. Die demokratie- wie auch öffentlichkeitstheoretische Problematik, die mit dieser Feststellung einhergeht, weist die vorliegende Arbeit im Rahmen ihres Begriffs digitaler Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa nicht vollständig zurück – im Gegenteil: die oft ungenügende oder sogar fehlende politische Rückkopplung muss gegenwärtig als eine zentrale Schwäche transnationaler Netzwerk-Öffentlichkeiten angesehen werden.

Allerdings wurde diese Problematik mit dem Hinweis entdramatisiert, dass die hier beschriebenen Formen von Öffentlichkeit im europäischen Kontext sehr wohl eine *teilkfunktionale Legitimität* für sich beanspruchen können. Vor dem Hintergrund der zentralen Habermas'schen Forderung an eine durch das Verfahren medialer Vermittlung geprägte

politische Öffentlichkeit, nach der Medien eine Rückkopplung zwischen sozial begrenzten Elitendiskursen und der breiten Zivilgesellschaft sicherstellen müssen, lässt sich sogar behaupten, dass elitendominierte *issue*-Öffentlichkeiten in digitalen Netzwerken der Legitimationsfunktion von Öffentlichkeit nicht *per se* abträglich sind. Wenn die hier beschriebenen Elitenöffentlichkeiten im europäischen Raum potenziell in der Lage sind, sich mit den Ansprüchen und Bedürfnissen der breiten Zivilgesellschaft rückzukoppeln (und ihre strukturellen Charakteristika sprechen tendenziell dafür), dann ist diese Art von Öffentlichkeit auf europäischer Ebene nicht mehr Gegenstück, sondern eher strukturelles Komplement von politisch wirkmächtigen (Massen-)Medienöffentlichkeiten, wie sie sich gegenwärtig primär noch auf nationaler Ebene konstituieren.

Damit, so hat die vorliegende Arbeit argumentiert, kommt den digitalen Netzwerk-Öffentlichkeiten eine *teilstfunktionale Legitimation* zu: Sie können im europäischen Kontext als Schnittstelle fungieren zwischen gesellschaftlicher und ökonomischer Transnationalisierung sowie der verhältnismäßig weit fortgeschrittenen supranationalen Institutionalisierung (im Bereich der Politik ist hiermit vor allem die Europäische Union gemeint) einerseits und den massenmedialen Öffentlichkeiten in den Nationalstaaten Europas andererseits.

12.3. Summary of the results

This dissertation was written in response to the observation of a striking lack of empirical research exploring the Europeanization of the online public sphere.

After careful assessment of those empirical studies and investigations which have been presented on this topic to date, one of the possible reasons for this lack is developed within the body of this paper and may be described as an insufficient coherency of theoretical categories surrounding the European digital public sphere. According to this hypothesis, there seems to be no framework of general, theoretical and normative criteria that would allow an empirical validation and a critical evaluation of the specifically European perception of the public sphere on and through the Internet.

In order to devise a theory concerning a specifically European digital public sphere, this paper follows on two basic premises: (1) In order to become meaningful and significant, the public sphere as a “Seismograph” (Kurt Imhof) must be devised in a completely different manner at transnational level than is done within the confines of the classical category of the political public sphere, which is otherwise understood to cover a space that is, to a large extent, equivalent to the nation states with their specific political and cultural systems. At the same time, instead of rejecting the normative criteria that lent distinction to the seismographic public sphere in its classical, national sense, these criteria must be adapted to assimilate the characteristics of transnational communication arenas.

(2) This adaptation must take into consideration the ever increasing importance of digital, web-based communication, which can be measured both in the developments being made in media technology and in their influence on society.

Both of these premises confirm that a theoretical framework from which to examine the European public sphere within the context of digital communication has not yet been sufficiently developed. Based on this observation, this paper has designed a specific concept of a European digital network public sphere and has defined the contours of this concept. The main objective of the research is centered on fashioning a concept of a digital European public sphere that fulfills the following three criteria:

Firstly, the normative components of the classical image of the public sphere must be adapted to the changing context of a transnational European communication arena.

At the same time, the concept must not only make allowances for, but also base itself on the specific mechanisms, structures and the mode of operation inherent to digital networks as they affect all types of online communication in an increasingly linked and global society.

Thirdly, the developed concept must have the ability to gain empirical recognition across

the various forms of a web based public sphere and communication, to set standards and provide a framework of orientation and comparison for future research in this field.

In order to achieve this objective in an appropriate fashion, the preliminary aim of this paper is to approach the category of the European public sphere from various angles. One of these is the historical angle, which demonstrates that transnational civic communication as transmitted through various media is not a purely modern phenomenon. The sociological angle provides the normative framework of a political public sphere as it was generated through the period of Enlightenment and has been scientifically examined and debated upon since the early days of the 20th century; this framework may be critically adapted and applied to the present. A view from the angle of European cultural research allows us to recognize and understand the political, sociological and cultural perspectives that influence the communication arena within which the European public sphere originates and operates. Finally, the angle of communication and media studies allows us to identify the characteristics of the network-based digital media environment such as are central to this analysis of the European public sphere.

The sociological theory of the “Information Age” as defined by Manuel Castell, which uses “Network” as a crucial metaphor to describe collective coexistence, provided the basis for this study, which then goes on to discuss how thinking regarding the category of “the public”, a necessary requirement for the generation of a public sphere, must be adapted to the current age of the “Network Society” (Castells). We are confronted with contemporary citizens, who operate – at European level and elsewhere – less and less as members of homogenous, permanently active groups, and increasingly as individuals linked periodically through common topics of interest.

The social structure of the public sphere is no longer composed of private people, coming together to form a public, as in the 18th century, nor primarily of the recipients of the media which are hence deemed “the public”, as in the industrial age of the 19th and first half of the 20th centuries. Especially on the Internet, which, following the work of Klaus Beck and Herbert Kubicek, was described in this study as the “primary medium” and additionally as “the technical infrastructure generating secondary media”, the public sphere emerges today as individuals who actively link up to create various public spheres. In accordance with the work of Manheim, Habermas, Peters, Dahrendorf, Luhmann, Gehrards, and Neidhard, this paper purports the theory that this development, while challenging the public’s function of furnishing norms and criticism, certainly does not deem this function obsolete. However, the evaluation criteria for this function of the public sphere must be adapted to the current

structures, especially within the context of the transnational communication arenas of Europe.

On one hand, the character of the public sphere is influenced by sociological megatrends such as the establishment of a global Network Society. On the other hand, its functional mechanisms are shaped by the diffusion of the digital network media through the Internet. Both of these developments naturally serve to decentralize the structure of the public sphere as well as to free the entailing communication processes from traditional confines. The ensuing independence centrally pertains to territorial and national borders.

A further decisive factor is that the media systems, which were in the past primarily embedded in the system of nation states, are being increasingly woven to a network of classical media, which tend to continue to operate within national borders, and digital network media, which automatically tend to be quite independent of territorial borders. A complex communication network – a “public of publics” (James Bohman) develops as a result. This public of publics is, in comparison to more traditional forms of the public sphere, more strongly de-territorialized, decentralized, and tends to be more heterogeneous and pluralistic.

One modus operandi that has gained significance for communication theory within the public of publics and has been described in detail in this paper is a form of communication that has been defined by a number of theorists using various names but with similar intentions. Castells uses the term “mass self-communication”, while Gustavo Cardoso chooses “networked communication”. Yochai Benkler, on the other hand, chooses the somewhat broader designation “networked information economy”. However, each of these theoretical descriptions aims to portray the same principle of communication theory: in order to include network communication, an additional category must be added to the traditional sender-receiver communication models of “one-to-one” and “one-to-many” communication – the “many-to-many” model.

By establishing this “many-to-many” communication mode, the digital network media have provided Internet communication opportunities within which any user may potentially act as a transmitter of messages to a multitude of receivers. This potentially democratizes the opportunity to initiate public communication processes, although this fact should not be understood to mean that the potential for visibility and effectiveness have been democratized to the same extent.

Thus, two fundamental assumptions can be identified regarding the category of the European public sphere. Firstly, when compared to the era of the monopoly of electronic

mass media, the architecture of contemporary communication networks creates a situation in which the evolving public spheres are decreasingly limited by territorial borders such as those of the nation states. Secondly, the potential for many-to-many communication as made possible through digital network communication expands the communicative power of the public sphere, at least in theory.

From the perspective of normative theory on the public sphere, digital network communication has been strongly criticized for two main reasons, one being an excessive centralization, the other an over-fragmentation of these public spheres. At a structural level of digital network communication, this paper has shown that both of these views must be revised. The primary defense against this criticism of the public sphere of digital network may, to a certain extent, be the structural organizing principles that govern communication networks on the World Wide Web. Although (or perhaps because) the structure of this web can hardly claim to grant every user the right to a maximal dissemination of his individual messages, the public sphere as organized through these networks provides every user with a basic opportunity to actively participate without causing the web to degenerate to a cacophony, a development that would necessarily be deemed as dubious from a theoretical viewpoint. In this way, a destructive fragmentation of communication processes on the Web due to total egalitarianism is combated by the web's intrinsic structure and dynamic system of growth.

When applied to the communication format of weblogs, which have been chosen in this paper as a primary example of the digital network public sphere, and are often heavily segmented with respect to topics, this proves that a strong topical fragmentation of communication processes (issue publics), as is typical for this format, is no longer inevitably accompanied by a loss of the political public sphere's classical function of integration or validation. Because the topics that reach the apogee of the attention hierarchy within the various blogospheres will need to have captured the interest of a high portion of the weblog users, they will serve as an integrative function. Within the theory on the public sphere, this type of digital network communication may even be seen as having validating character, as these topics go beyond simply becoming prominent on the web to arouse, thanks to the so-called *focal points*, the attention of the mass media and thus possibly have a political effect in the sense of the traditional input function of the political public, as seen in the case of the ACTA debate of 2012. Of course, each situation must be individually and empirically evaluated to prove whether such an effect has been reached.

Being so strongly issue oriented on one hand, and possessing enormous networking power on the other hand, specific weblog communication processes as well as web communication in general show a huge potential to interface with a practice-oriented concept of the European public sphere, when seeking to reevaluate the traditional normative expectations of the public sphere against the background of new media technology and new transnational communication arenas. This dissertation has coined the term “*digital network public sphere in Europe*“ (*digitale Netzwerk-Öffentlichkeit in Europa*) and has defined it as being a new understanding of the European public sphere, the standards of which are no longer dramatized, though they have not been abolished. The two most important basic premises for this new understanding are found in the issue orientation and the selective mutual referencing found in the networking of discourse as opposed to the utopia of an all-encompassing meta-public at a trans-national level.

Because of its focus on the organizational structure of networks, such a public sphere of digital network in Europe operates with subtle categories of communicative congruity and seeks to move away from maximizing social inclusion in order to remain sensitive to differences regarding topic or regional distinctiveness of processes that intensify communication. In doing so, the digital network public sphere does not negate the seismographic function of the public, it does, however, shift the scaling of the seismograph, so to speak. In analogy with Wolfgang Schmale’s definition of European Identity, the digital network public sphere in Europe can be understood as a pluralistic, temporary and even ephemeral phenomenon that is primarily characterized by its capability, due to its structural and communication-theoretical properties, to link sub-national, national and transnational issue publics in Europe to become a content-defined public of publics.

At a normative level, however, this understanding of a European public sphere will no longer completely correspond to concepts of democracy and identity that are closely linked to the structure of nation states. According to the viewpoint taken in this paper, the political structures of the European Union are already much more difficult to reconcile to the normative expectations of classical theories of democracy than the structures of the traditional European nation states, creating a necessity to develop a more pragmatic relationship to the traditional requirements of theories of democracy regarding a political public sphere. At the level of collective identity, which is also closely attached to the concept of a political public sphere, it also seems appropriate to veer towards a more pluralistic understanding of the term, as this paper has demonstrated using both Wolfgang

Schmale's concept of European identity as directed by physiognomy of a network as well as Ulrich Beck's so-called "BOTH/AND" ("*Sowohl- als auch*") paradigm of Europeanization. This paper has taken this specific, strongly horizontal understanding of Europeanization and applied it to an understanding of the European public sphere that has been heavily influenced by communication studies and media technology. And even this concept must liberate itself from an understanding of the public sphere that is too strongly viewed through the eyes of the nation state that considers a specifically European public sphere to be at best an addition to the national public sphere, or else some form of supra-national European meta-public. The chances and opportunities provided by these horizontal communicative interconnections are of utmost importance, especially in light of the focus on digital network media, as it is within this framework of interconnections that the national and transnational public spheres stand not only as anything but mutually exclusive, but rather may very well mutually stimulate and enrich each other.

In light of such a transnationally influenced understanding of democracy, identity and society at the European level, this study sought to find an appropriate theoretical concept of the European public sphere that can centrally interact with the characteristics of the digital public spheres in the network society. The hermeneutic-pragmatic concept of the European public sphere as developed by Klaus Eder and more notably Cathleen Kantner yields a suitable solution. Habermas' dictum serves as the central localization within this concept of the European public sphere, according to which the core of a public sphere may be regarded as specifically European if it "allows the citizens to express an opinion on the same topics of equal relevance at the same time" (Habermas 1996: 190¹⁴⁷). Proceeding from this assumption, Kantner establishes a "hermeneutic-pragmatic understanding of the public sphere" (Kantner 2003: 233¹⁴⁸) which is not undermined by the heterogeneity and diversity of perspectives inherent to those participants of communication in the transnational arena, but uses these tendencies as a main point of reference.

Following John Dewey's concept of pragmatism, the pragmatic component of this understanding of the public sphere also emphasizes the fact that the public sphere within a heterogeneous audience develops primarily as a result of shared consequences of action. To an increasing extent, it is precisely this premise which explicitly illustrates the situation in Europe, or to be more precise, within the European Union. The public sphere of networks in Europe, which have already been shown in this paper to be pluralistic and temporary to

¹⁴⁷ In the original: A public sphere may be regarded as specifically European "wenn sie es den Bürgern ermöglicht, zur gleichen Zeit zu gleichen Themen von gleicher Relevanz Stellung zu nehmen" (Habermas 1996: 190).

¹⁴⁸ In the original: „hermeneutisch-pragmatisches Öffentlichkeitsverständnis“ (Kantner 2003: 233).

the point of being ephemeral, cannot draw on a common language, a common media infrastructure, nor necessarily on the participants of discourse having common perspectives regarding the object of discourse. And yet, this public sphere is increasingly brought about by an alignment of social problem complexes of the public, which public is constituted by the citizens, or the *users*, of the digital communication arena. Although this functional concept of the public sphere may be considered meaningful for transnational communications issues in general, it is specifically this premise of the intensity of shared social problem complexes that distinguishes the *European* digital public sphere from *global* digital communication networks. Due to the advanced political institutionalization of European integration as embodied by the EU, there is a much higher probability that common social problem complexes will take shape. Furthermore, this type of functional concept of the public sphere proves particularly meaningful for the conditions of communication in Europe because it remains open to the various segmented publics, whether strongly issue related or socially defined, which are by definition characteristic of transnational communication processes as well as of digital network communication.

In this context, this paper has linked Eder and Kantner's hermeneutic-pragmatic concept of a European public sphere with the technological characteristics of digital network communication that have had the strongest influence on communication theories surrounding the Information Age. Thus, three main points have emerged:

Firstly, the hermeneutic-pragmatic concept of the European public sphere is substantially based on a pluralistic coexistence of issue publics and segmented publics. The issue related pluralism of the public sphere, including – and this is key – simultaneous interconnecting of the various issue publics, is only made possible by the technical specifics of digital network communication. The users are able to actively choose with which information they wish to be confronted, and decide how this information will be processed, allowing them to freely form issue and segmented publics of their own volition within the communication networks, without these fragments necessarily being disconnected nor isolated from one another. Since every message and any content within the digital arena are potentially accessible to and exploitable by any user even beyond these segmented publics, the character of these segmented publics itself becomes defined by their dynamic structure and the ability to interconnect.

Secondly: if the new communicative strength of the digital communication network user designates the initial technical prerequisite necessary to create a (Europeanized) issue public, hyperlinks provide a completely unprecedented opportunity for development of the

second, more structural prerequisite, which is the systematic interconnection of content according to topic. Hyperlinks offer the digital communication arenas a specific issue orientation, a fact of central importance within the phenomenon of the European public sphere, which lacks the high degree of cultural and political integration so typical of the nation states.

Thirdly: on this basis, we may determine that it is precisely the web based communication options and their social appropriations through the world wide web and web 2.0 that particularly contribute to the advancement of a transnational public sphere, especially “when topics of common interest require debate by geographically separated communication communities” (Grunwald 2006: 79¹⁴⁹), when the communities participating in discourse are “less and less defined by the spatial confines such as those presented by regions or nations (...) and increasingly require topically or politically related (...) segmented publics” (ibid.¹⁵⁰) No other transnational area in this world is as heavily influenced by these two requirements as community of communication that is the European Union.

In addition, this dissertation has bundled the normative conditions for the existence of a European public sphere that have been previously set up by researchers such as Bernhard Peters and Stefan Tobler into four criteria necessary for evaluation of a theory of a digital network public in Europe.

- (1) The vertical orientation of media-based discourse towards institutions and partners of the EU
- (2) The horizontal orientation towards other European countries and their public spheres,
- (3) The communicative interactions, or rather intertwining of various European public spheres, and lastly,
- (4) The congruence of communication related to the way in which discussion takes place within the individual public spheres and which interpretation of content is considered valid.

¹⁴⁹ In the original: (...) especially „wenn gemeinsam interessierende Themen von räumlich getrennten Kommunikationsgemeinschaften behandelt werden müssen“ (Grunwald 2006: 79).

¹⁵⁰ In the original: (...) when the communities participating in this discourse „immer weniger durch räumlich (regional oder national) zusammenhängende Kommunikationsgemeinschaften erfolgen, sondern [...] themen- und politikfeldbezogener [...] Teilöffentlichkeiten“ bedürfen.

The question central to this research is whether these criteria are more likely to be implemented within the communication environment of digital networks, which is to say in the arena of Internet communication, than they would within the framework of electronic mass media communication. The answer to this question is based partially on the theoretical insights described in this paper and partially on the results of the select methodological investigation of the European weblog- public presented here.

The overall impression did seem to indicate a somewhat heightened likelihood of implementation of the above-mentioned criteria for Europeanization due to the structural change brought about by the establishment of digital network communication. The communication exchange covering institutions and partners in the EU, described above as being the “vertical orientation” of Europeanization (1), as well as the transnational alignment regarding shaping the public opinion and the creation of widely accepted interpretation of various topics (4) both continue to be subject to factors which are being restructured by the spreading of digital network communication, albeit very slowly. While the investigation of select weblog communication for this paper was able to identify a significant number of references to European or EU websites in the form of hyperlinks, this result must be viewed against the backdrop of the restriction of this research to the evaluation of European political weblogs. It remains to be seen whether this conclusion can be extended to include other topics of content.

The pivotal shift that accompanies the change in communication technology described here seems to surround the horizontal Europeanization of segmented publics (2), primarily at the civilian community level. Especially for those participants lacking extensive social or financial capital, it has become much simpler to enter discourse in the transnational arena, creating mutual references or topic related links between various discussions. The investigation of selected weblog communication processes leading to this paper was able to clearly recognize several levels of such horizontal tendencies of Europeanization in terms of a marked propensity of the examined weblogs to provide links to websites from other European countries.

If the study of media considers the key question for the evaluation of processes of Europeanization to be “whether or not, and if so, how the discourse taking place in the various European countries becomes mutually meaningful” (Wessler 2004: 20¹⁵¹), the chances of gaining such mutual importance – especially at the civilian community level –

¹⁵¹ In the original: (...) the key question for the evaluation of processes of Europeanization to be „ob und wie Diskurse, die in den verschiedenen europäischen Ländern geführt werden, wechselseitig anschlussfähig werden“ (Wessler 2004: 20).

will be increased by the spread of digital network communication. This development constitutes one of the defining characteristics of the digital network public in Europe.

This statement should not, however, be misconstrued to mean that horizontal Europeanized communication in digital networks has already become a phenomenon that includes a majority of European societies. The opposite is true; the emerging digital segmented publics found in Europe tend to be elite public spheres. The difficulties for democracy and public theory associated with this declaration are not totally dismissed by the concept of a digital network public as presented in this paper. On the contrary, the current lack of sufficient political response must be considered one of the fundamental weaknesses of transnational network publics.

This weakness may be offset by the fact that the public sphere described here can well be justified by a part of the functions it fulfills. In light of Habermas' postulate regarding the political public sphere as influenced by media presence, which demands media to provide a gateway between discourse limited to social elites and the civil society at large, it may be concluded that issue publics dominated by elites are not detrimental for validation of the public sphere per se. If the European elite public spheres described here show the potential to feed back into the requirements and needs of society at large – and the structural characteristics do point to such potential – this type of public sphere at a European level turns from being an antagonist to becoming a structural supplement to politically effective mass media public spheres such as are currently found at a primarily national level.

As contended within the pages of this paper, digital network publics in the European context are justified to an extent by their ability to act as an interface between the societal and economic trans-nationalization and the relatively advanced supra-national institutions (primarily meaning the European Union in a political sense) on one hand, and the mass media public spheres of the European nation states on the other.

12.4. Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die Dissertation in allen Teilen selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Ich erkläre weiterhin, dass die vorliegende Arbeit noch nicht im Rahmen eines anderen Prüfungs- oder Promotionsverfahrens eingereicht wurde.

Berlin, 20. Januar 2014

Daniel Wixforth